Ob die Geschichte der Roten Armee Fraktion als Stadtguerilla in der BRD nach 25 Jahren bewaffnetem Kampf beendet ist, scheint momentan noch offen zu sein. Klar ist jedoch: Seit Oktober 1993 hat es einen Bruch zwischen den Illegalen der RAF und dem größten Teil der Gefangenen aus der RAF gegeben. Auch kann von keinem Gefangenenkollektiv mehr ausgegangen werden.

Dieses Buch macht den Diskussionsprozeß in der jüngsten Geschichte der RAF transparent. Die Textsammlung beginnt mit der sogenannten »April-Erklärung« von 1992 und umfaßt die darauf folgende Debatte. Weiter wird die Erklärung der RAF zum Anschlag auf den Gefängnisneubau Weiterstadt und die sich den Ereignissen in Bad Kleinen anschließende Auseinandersetzung zwischen den Illegalen der RAF und den verschiedenen Gefangenengruppen dokumentiert. Der Dokumententeil endet mit der Hungerstreikerklärung zur sofortigen Freilassung von Irmgard Möller im Sommer 1994.

Im Anhang finden sich, neben kurzen biographischen Angaben, eine umfassende Auswahlbibliographie zu den Diskussionen der militanten Linken, eine allgemeine Bibliographie der Texte der RAF und der Gefangenen sowie eine kurze Chronologie zur Geschichte der RAF von 1968–1993.

Nach der 1993 in der Edition ID-Archiv erschienenen Publikation »Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora«, ist das vorliegende Buch ein weiterer Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte und Wirkungsweise militanter Opposition in der BRD.

ISBN: 3-89408-044-2

›wir haben mehr fragen als antworten ...‹ RAF-diskussionen 1992–1994

EDITION ID-ARCHIV

›wir haben mehr fragen als antworten ...‹

RAF

diskussionen 1992–1994

EDITION ID-ARCHIV

»wir haben mehr fragen als antworten«

RAF

diskussionen 1992–1994

Edition ID-Archiv

ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.)

»wir haben mehr fragen als antworten«

RAF

diskussionen 1992–1994

Edition ID-Archiv
Berlin – Amsterdam

»wir haben mehr fragen als antworten«
RAF
Diskussionen 1992 – 1994

Herausgegeben vom
ID-Archiv im Internationalen Institut
für Sozialgeschichte/Amsterdam

Zusammengestellt von der Redaktionsgruppe RAF-Diskussion

Mit einem Vorwort des Herausgebers und einem
Anhang der Edition ID-Archiv

Herausgeber, Redaktionsgruppe und Verlag bedanken sich
bei allen, die mit Materialien und Diskussionen
zu diesem Buch beigetragen haben.

Edition ID-Archiv
Postfach 360 205
D-10972 Berlin

1. Auflage 1995

ISBN: 3-89408-044-2

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort 7
ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam
Einleitung 10
Redaktionsgruppe RAF-Diskussion

1. Erklärung der RAF von April 1992 und August 1992 sowie Reaktionen der politischen Gefangenen und ehemaliger Gefangener

RAF-Erklärung von April 1992 16
Irmgard Möller, 15. April 1992 21
Eva Haule, 25. April 1992 23
Rico Prauss, 2. Mai 1992 28
Interview mit Christine Kuby, Irmgard Möller, Hanna Krabbe und Gabriele Rollnik, 16. Mai 1992 33
Günter Sonnenberg, Rede in Bonn, 20. Juni 1992 47
Gabi Hanka und Sigrid Happe, Juni 1992 50
Stephan Feifel zum Weltwirtschaftsgipfel in München, 17. Juni 1992 61
RAF-Erklärung zum Weltwirtschaftsgipfel München, 29. Juni 1992 65
Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen, Michael Dietiker zum Weltwirtschaftsgipfel in München, Juni 1992 70
Monika Berberich, Beitrag auf dem Gegenkongreß zum Weltwirtschaftsgipfel in München, Juni 1992 74
Gisela Dutzi, Beitrag auf dem Gegenkongreß zum Weltwirtschaftsgipfel in München, Juni 1992 77
Sven Schmid und Stephan Feifel, zum Weltwirtschaftsgipfel in München, Juni 1992 80
Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen, Michael Dietiker, Mai 1992 82
Interview mit den Celler Gefangenen Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer 88
Michael Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter, Juli 1992 109
RAF-Erklärung vom August 1992 126
Christian Klar im Stammheimer Prozeß, 7. September 1992 159
Erklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen zum Prozeß gegen Christian Klar, 7. September 1992 162
Karl-Heinz Dellwo, November 1992 164
Knut Folkerts, 7. Januar 1993 168
Rolf Heißler, Anfang Januar 1993 174
Christian Klar, Anfang Januar 1993 177
Heidi Schulz, Anfang Januar 1993 179
Lutz Taufer, Januar 1993 185
Brigitte Mohnhaupt, Ende Februar 1993 197

2. Erklärung der RAF zum Anschlag auf den Knast Weiterstadt

RAF-Erklärung vom 30. März 1993 208

3. Zum Tod von Wolfgang Grams, der Verhaftung von Birgit Hogefeld in Bad Kleinen und den Folgen ...

RAF-Erklärung zum Tod von Wolfang Grams, 6. Juli 1993 218
Christian Klar, 14. August 1993 221
Helmut Pohl, August 1993 224
Rico Prauss an Birgit Hogefeld, 28. August 1993 227
Birgit Hogefeld an Helmut Pohl, 6. September 1993 230
Brigitte Mohnhaupt für die Gefangenen aus der RAF in Lübeck, Köln, Frankfurt, Schwalmstadt, Frankenthal, Bruchsal und Aichach, Oktober 1993 233
Karl-Heinz Dellwo an Brigitte Mohnhaupt, Anfang Oktober 1993 236
Rolf Heißler an Birgit Hogefeld, 10. Oktober 1993 240
Christian Klar, 16. Oktober 1993 243
Eva Haule, 23. Oktober 1993 247
Sigrid Happe und Gabi Hanka, 25. Oktober 1993 251
Richtigstellung von Sigrid Happe und Gabi Hanka zu ihrer Erklärung vom 25. Oktober 1993, 8. November 1993 254
Karl-Heinz Dellwo, im Namen von Lutz Taufer und Knut Folkerts »und in Verbundenheit mit Birgit Hogefeld«, 29. Oktober 1993 255
Norbert Hofmeier, Oktober 1993 257
Rolf Heißler, November 1993 263
Helmut Pohl an Birgit Hogefeld, Anfang November 1993 265
Heidi Schulz an Birgit Hogefeld, 1. November 1993 268
Manuela Happe an Birgit Hogefeld, 1. November 1993 274
RAF-Erklärung vom 2. November 1993 278
Prozeßerklärung von Eva Haule, 4. November 1993 286
Norbert Hofmeier, 22. November 1993 293
Birgit Hogefeld an Brigitte Mohnhaupt, 16. November 1993 296
Angehörige der politischen Gefangenen, November 1993 301
Vreni Lauterbach, November 1993 302
Lutz Taufer, Januar 1994 303
RAF-Erklärung vom 6. März 1994 333
Erklärung der Gefangenen aus der RAF zum Hungerstreik, 27. Juli 1994 360

Anhang

Abkürzungsverzeichnis 364
Biografische Angaben zu den VerfasserInnen 364
Auswahlbibliographie: Diskussionsbeiträge zur Politik der RAF und der politischen Gefangenen seit April 1992 367
Texte der RAF und der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand 386
Kleine Chronologie zur Geschichte der RAF 395

Vorwort

Ende Mai 1970 trat die Rote Armee Fraktion (RAF) mit dem in der Zeitschrift *agit 883* veröffentlichten Text »Die Rote Armee aufbauen« erstmals als Organisation in Erscheinung. Vorausgegangen war dem Papier die Befreiung des am 14. Mai 1970 festgenommenen Andreas Baader. Seit dieser Zeit ist die RAF ein Faktor in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung der Bundesrepublik Deutschland. Ende der 60er Jahre aus der Opposition gegen den Vietnamkrieg, gegen die Notstandsgesetze und den mit vielen Altfaschisten besetzten Staatsapparat entstanden, agiert die RAF seit nunmehr 25 Jahren als Stadtguerilla in der BRD. Mit Anschlägen auf US-Militäreinrichtungen, Attentaten auf Repräsentanten des Staates und der Wirtschaft verfolgte die RAF bis 1992 eine antiimperialistische und internationalistische Praxis, die bei den Linken seit den ersten Aktionen zu Polarisierungen geführt hat und immer umstritten war. Von Staatsseite wurden die Aktionen als fundamentale Angriffe auf die herrschende Ordnung verstanden und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft. Trotz immensem finanziellen und personellen Aufwand gelang es jedoch den staatlichen Organen bisher nicht, die RAF militärisch zu zerschlagen.

Mit ihrer Erklärung vom April 1992 vollzog die RAF einen Bruch in der bisherigen Auseinandersetzung mit dem Staat. Es wurde eine neue Phase angekündigt und das Papier als grundsätzliche Neuorientierung und Reflexion ihrer Politik seit 1982 verstanden. Ohne Vorleistungen bot die RAF eine Einstellung von direkten (tödlichen) Angriffen gegen Repräsentanten des Staates an, im Gegenzug sollten die staatlichen Organe verbesserte Haftbedingungen für die in der BRD inhaftierten politischen Gefangenen garantieren. Die Gefangenen aus RAF und Widerstand unterstützten in einer ersten Erklärung diesen Schritt. Angesichts der tiefgreifenden globalen und innergesellschaftlichen Umbrüche forderten sie ebenfalls eine grundsätzliche Aufarbeitung der Theorie und Praxis des bewaffneten Kampfs der letzten zwei Jahrzehnte. Gleichzeitig erwarteten die Gefangenen durch diese Initiative und die darüber einsetzende öffentliche Diskussion kurzfristig eine Verbesserung ihrer Haftbedingungen und die Freilassung der Haftunfähigen, langfristig die Freiheit aller (zum Teil seit über 20 Jahren inhaftierten) Gefangenen.

Explizit als Diskussionspapier angelegt und über die Zeitschrift *Konkret* weit verbreitet, stieß die »April-Erklärung« in der Linken allerdings nur auf verhaltene Resonanz. Die Gründe hierfür sind vielfältig und in dem Verhältnis RAF/Linke der letzten zwei Jahrzehnte und der momentanen Situation der Linken zu orten. Mit Ausnahme der Anfangsjahre war die RAF in der Linken weitgehend isoliert. Die wenigen theoretischen Analysen standen meist außerhalb des linken, auch linksradikalen, Diskurses. Die RAF hat jedoch, wie keine andere linke Organisation, die Geschichte der Linken in der Bundesrepublik nach 1968 geprägt. Als militantester Aus-

druck einer radikalen linken Opposition beeinflußten ihre militärischen Aktionen (z.B. Bombenanschläge und Liquidierungen) immer die öffentliche Diskussion, auch wenn sich große Teile der militanten Linken bereits lange von der RAF-Politik verabschiedet hatten und die Aktionen nur noch mit Desinteresse zur Kenntnis nahmen.

Nach 1977 zerbrach die militante Linke weitgehend an den Folgen des deutschen Herbstes. Ein nicht geringer Teil integrierte sich in den folgenden Jahren, oftmals mit voreilendem Gehorsam, in die Gesellschaft; die in den 70er Jahren entstandenen »neuen sozialen Bewegungen« (Anti-AKW-, Häuserkampfbewegungen u.a.) distanzierten sich zwar nicht duckmäuserisch von der RAF, sahen jedoch weder inhaltliche noch praktische Gemeinsamkeiten mit deren bewaffnetem Kampf. Mit Ausnahme der antiimperialistischen Gruppen akzeptierten sie den Avantgardeanspruch der RAF nicht und orientierte sich eher an den Stadtguerillagruppen Bewegung 2. Juni, Revolutionäre Zellen oder Rote Zora. Zudem entstanden in den 80er Jahren in vielen Städten autonome Gruppen mit einer eigenständigen militanten Theorie und Praxis.

Die (teilweise) Unterstützungen der Hungerstreiks der politischen Gefangenen in den 80er Jahren wurden mehr als solidarischer Akt denn als politische Intervention verstanden. An der Nichtreflexion dieser Entwicklung seit 1977 scheiterte u.a. auch der Dialogversuch der RAF-Gefangenen mit »allen gesellschaftlichen Gruppen« während des Hungerstreiks im Frühjahr 1989.

Nach 1989, dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und dem Scheitern der nationalen Befreiungsbewegungen, der Wiedervereinigung und dem dadurch stärker werdenden Nationalismus dezimierte sich die Linke weiter.

Ein wichtiger Faktor im Verhältnis der Linken zur RAF ist aber auch in der Repression des Staates zu sehen. Durch Zensurmaßnahmen und den Allzweckparagraphen 129a StGB (Werbung und Unterstützung für eine, bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) ist jede öffentliche Debatte und (kritische) Auseinandersetzung mit der RAF bis zum heutigen Tag von Kriminalisierung geprägt. So wurde z.B. am 10. August 1994, sieben Jahre nach Erstveröffentlichung, die Broschüre des GNN Verlag *BRD:RAF* beschlagnahmt und im Juli 1994 in Göttingen mehrere Wohnungen und eine Buchhandlung mit dem Vorwurf der Werbung für eine terroristische Vereinigung durchsucht.

So wenig die RAF-Erklärung vom April 1992 eine breitere linke Diskussion in Gang setzte, so sehr hatte deren weiterer Verlauf Konsequenzen im Verhältnis der RAF zu dem größten Teil des Gefangenenkollektivs und innerhalb der RAF-Gefangenen. Im Oktober 1993 wurde öffentlich ein »Bruch« sichtbar.

Darauf hatten offensichtlich Staatsschutzapparate, bürgerliche Medien und Teile der Linken nur gewartet, konnten sie doch damit die Legende der »Hardliner« und »Verlierer« weiter festigen, ohne auf die Inhalte der Debatte einzugehen.

Die RAF war und ist Bestandteil linker Politik in der BRD, egal wie distanziert man ihr gegenübersteht. Ebenso gehören die Gefangenen aus RAF und Widerstand zur Linken, deren Freilassung nach wie vor zu den Grundprinzipien linker Politik

gehören sollten. Auch wenn die Diskussion zur Reflexion und Neubestimmung revolutionärer Politik mittlerweile (ohne Ergebnis) abgeschlossen scheint, halten wir eine Dokumentation der bisherigen Debatte für sinnvoll. Diese ist in den letzten zwei Jahren in ein paar wenigen Zeitschriften geführt worden, konnte im Laufe der Zeit aber nur noch von »SpezialistInnen« nachvollzogen werden. Eine Intention dieses Buches ist es daher, allen Interessierten die Möglichkeit zu geben, sich mit den »RAF-Diskussionen 1992–1994« auseinanderzusetzen.

Dieses Buch ist kein Buch über die RAF. Es macht jedoch einen Diskussionsprozeß in der jüngeren Geschichte der RAF transparent und schließt damit an die Dokumentenbände *Texte: RAF* (Verlag Bo Cavevors, 1977), *das info. Briefe der Gefangenen aus der RAF 1973–1977* (Neuer Malik Verlag, 1987), *Widerstand heißt Angriff* (Selbstverlag, 1987) und Oliver Tolmein: *Stammheim vergessen. Deutschlands Aufbruch und die RAF* (Konkret Literatur Verlag, 1992), an. Nach der 1993 in der Edition ID-Archiv erschienenen Publikation *Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen/Rote Zora* ist das vorliegende Buch ein weiterer Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte und Wirkungsweise militanter Opposition in der BRD.

Zur Konzeption des Buches:

Die Diskussionstexte 1992–1994 sind chronologisch angeordnet. Aufgenommen sind Beiträge von politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand, die sich an der Debatte beteiligt haben, Texte von ehemaligen politischen Gefangenen, Angehörigen und der Illegalen aus der RAF. Bei der Abschrift wurden nur offensichtliche Satzfehler korrigiert. Die Auswahl der Originaltexte wurde mit Sorgfalt vorgenommen. Es kann aber weder die Vollständigkeit der Debatte noch eine Authentizität aller abgedruckten Texte garantiert werden.
Im Anhang finden sich:

- Kurze biographische Angaben zu den in dieser Dokumentation Vertretenen
- Eine umfassende Auswahlbibliographie der Stellungnahmen und Positionspapiere zu der Diskussion aus der militanten Linken
- Eine (unvollständige) allgemeine Bibliographie der Texte der RAF und der Gefangenen aus RAF und Widerstand
- Eine kurze Chronologie zur Geschichte der RAF von 1968 bis 1993

ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam

Einleitung

»Ich habe bemerkt«, sagte Herr Keuner, »daß wir viele abschrecken von unserer Lehre dadurch, daß wir auf alles eine Antwort wissen. Könnten wir nicht im Interesse der Propaganda eine Liste der Fragen aufstellen, die uns ganz ungelöst erscheinen.«

(Bertolt Brecht: Geschichten von Herrn Keuner)

I

Im August 1994 trat ein Teil der politischen Gefangenen aus der RAF mit der Forderung nach sofortiger Freilassung von Irmgard Möller in einen begrenzten Hungerstreik. Bis zur ihrer Entlassung nach 23 Jahren Haft im Dezember 1994 war sie die am längsten inhaftierte Frau in der BRD. Wie keine andere Person steht Irmgard Möller für die Geschichte der RAF seit deren Anfängen. Auch wenn sie nach ihrer Haftentlassung in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau (19.12.94) feststellt: »Die RAF, die ich meine, gibt es nicht mehr«, so ist damit dieses Kapitel linker Geschichte noch nicht abgeschlossen. Obwohl seit 1 1/2 Jahren keine Aktionen seitens der RAF bekannt wurden, kann solange nicht von deren Auflösung gesprochen werden, wie sie nicht offiziell von den Illegalen der RAF verkündet wird - oder die RAF zerschlagen ist.

Auch sitzen weiterhin politische Gefangene, zum Teil seit mehr als 15 Jahren, in bundesdeutschen Knästen. »Worum es wirklich jetzt geht, ist, daß sie alle rauskommen. Für die, die noch gefangen sind, ist es absolut notwendig, auch um zu überleben, daß sie zusammen sein können, daß sie miteinander reden« (Irmgard Möller, FR, 19.12.94).

Sicherlich ist der Wunsch staatlicherseits vorhanden, den bewaffneten Kampf als terroristische Episode in der deutschen Geschichte abzutun und damit gleichzeitig auch die Geschehnisse am 18. Oktober 1977 in Stammheim im Dunklen zu lassen. Nach wie vor werden ebenfalls sämtliche Ansätze kriminalisiert, eine öffentliche Diskussion über 25 Jahre bewaffneten Kampf in den Metropolen zu führen. Die Ereignisse um und nach Bad Kleinen (Ermittlungsverfahren aufgrund der Steinmetz-Aussagen) dokumentieren eindeutig diesen staatlichen Willen.

Aber auch die Linke, welches Spektrum auch immer, beschränkt sich in der Regel darauf, die Freilassungsforderung der politischen Gefangenen mit einer »Entsorgung« der Geschichte des bewaffneten Kampfes zu verknüpfen.

Die vorliegende Textsammlung wendet sich an alle, die die RAF nicht einfach auf den Müllhaufen der Geschichte werfen wollen, sondern sich der Notwendigkeit einer Reflexion stellen. Die dokumentierten Erklärungen, Stellungnahmen, Briefe und Redebeiträge von den Illegalen der RAF und den (ehemaligen) politischen Gefangenen dokumentieren den politischen Prozeß, der die Konflikte, Differenzen und Trennung innerhalb des Gefangenenkollektivs und dem Verhältnis der Gefangenen zur RAF ausgelöst hat.

Die Grundlage der Herausgabe dieses Buches ist ein solidarisches Verhältnis zu allen politischen Gefangenen und den Illegalen der RAF.

II.

Die Textsammlung beginnt mit der sogenannten »April-Erklärung« der RAF von 1992 und faßt die darauf folgenden Stellungnahmen und Diskussionen der Gefangenen zusammen. Teil 2 und 3 dokumentieren die Erklärung der RAF zum Anschlag auf den Gefängnisneubau Weiterstadt und die sich den Ereignissen in Bad Kleinen anschließende Auseinandersetzung zwischen den Illegalen der RAF und den verschiedenen Gefangenen-Gruppen und enden mit der Hungerstreik-Erklärung zur sofortigen Freilassung von Irmgard Möller im Sommer 1994.

Die Texte der politischen Gefangenen sind aufgrund unterschiedlicher Knastbedingungen entstanden. Solange weiterhin eine Brief- und Pressezensur stattfindet und die Zusammenlegung noch nicht erfolgt ist, kann nicht von einer »offenen« Diskussion gesprochen werden.

Hingewiesen werden soll ebenfalls noch auf Beiträge von Gruppen und politischen Gefangenen aus Belgien, Italien und Spanien, die als Reaktionen auf die Erklärung der RAF vom April 1992 erschienen sind. Diese Texte sind u.a. in der Broschüren-Reihe der »Gruppe Zwei« und der Publikation »Triple Oppression & bewaffneter Kampf« nachzulesen.[1]

III.

Im Oktober 1993 wurde es öffentlich: Es kann von keinem Gefangenenkollektiv mehr ausgegangen werden, und es hat einen Bruch zwischen der RAF und dem größten Teil der Gefangenen aus der RAF gegeben. Ein Bestandteil des Konflikts ist der Vorwurf an die Celler Gefangenen (Knut Folkerts, Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer) und an die Illegalen, daß sie »Geheimverhandlungen« mit der Regierung und dem Ziel der »Aufgabe des bewaffneten Kampfes« gegen die »Freilassung der Gefangenen« geführt haben sollen. In dieser Auseinandersetzung wird aber auch deutlich, daß die sogenannte »Kinkel-Initiative«, auf die sich u.a. die RAF in ihrer April '92-Erklärung bezog, zu keiner positiven Veränderung der Situation der Gefangenen geführt hat. Im Gegenteil. Spätestens die Ereignisse in Bad Kleinen haben die »Kinkel-initiative« als taktische Maßnahme des Staates in der militärischen Bekämpfung der RAF entlarvt. Ein Jahr nach Bad Kleinen, im Sommer 1994, stellen die Gefangenen in ihrer Hungerstreik-Erklärung fest: »es ist notwendig, einen schnitt zu machen, aufzuräumen mit dem denken, das sich in den letzten jahren etabliert hat. weg vom starren auf ›angebote‹, auf die justiz, auf die ganze elende tour, mit der der staat die schraube nur immer noch eine umdrehung weiter zugedreht hat.«

IV.

Es ist der Gruppe »Kein Friede...« zuzustimmen, die in ihrer Broschüre »Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken« schreibt, daß jede Datierung des Konfliktes zwischen Gefangenen und Illegalen »zu einer Vereinfachung und Verflachung« führt.[2] Diese Beschränktheit wird auch in der vorliegenden Dokumentation deutlich. Zur Zeit ist die legale Linke nicht in der Lage, öffentlich den prozessualen Charakter der letzten 20 Jahre bewaffneten Widerstands reflektiert darzustellen. Was diskutiert wurde und wird, ist im Anhang diesen Buches mit einer Auswahlbibliographie dokumentiert.

Die Situation ist aber auch davon gekennzeichnet, daß eine Reihe von Faktoren die öffentliche Diskussion zwischen »Drinnen« und »Draußen« erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen: Die Bedingungen der Illegalität, die den Militanten der RAF nur eine beschränkte Öffentlichkeit zuläßt und die zerstörerischen Haftbedingungen, denen nach wie vor alle Gefangenen unterworfen sind und das Fehlen einer breiteren Öffentlichkeit, die sich für die politischen Gefangenen einsetzt, bzw., es immer nur dann tut, wenn es opportun erscheint.

Die politischen Veränderungen seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Regierungen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Eine Gruppe der Revolutionären Zellen faßte dies im Januar 1992 wie folgt zusammen: »Die objektive Analyse dessen, was seit 1989/90 historisch gelaufen ist, der endgültige Sprung Deutschlands zur Weltmacht, die Ausrichtung eines deutschen Europas auch nach Osten hin und die Neue Weltordnung für die 90er Jahre mit ihrer sozialen und militärisch-strategischen Seite, erforderte im Grunde eine ganz andere Stufe der Organisierung des militanten und revolutionären Widerstands. Aber wir können das nur noch als leeren Anspruch formulieren. In Wahrheit sind wir von der Geschichte überrollt worden.«

Andere Gruppen bestreiten den hohen Stellenwert des »Zusammenbruchs des Staatssozialismus« für die Perspektive revolutionärer Politik in den Metropolen: »In den bisherigen Äußerungen wird der Zerfall der eigenen Perspektiven in erster Linie mit der Ausblutung des emanzipatorischen Durchbruchs der Befreiungskämpfe im Süden und des Zusammenbruchs des Staatssozialismus begründet. Natürlich haben beide Entwicklungen strategische Bedeutung für alle kämpfenden Gruppen und Bewegungen weltweit. Die in ihnen liegenden Hoffnungen für den internationalen Befreiungskampf sind bis auf weiteres korrumpiert. Aber beide Stränge waren doch in letzter Konsequenz, trotz aller subjektiven Orientierung an den Kämpfen im Süden und der Anerkennung realsozialistischer Macht gegen die Destruktion des kapitalistischen Weltmarktes, immer auch nur Rahmenbedingungen des eigenen Kampfes. Warum werden sie dann jetzt im nachhinein zur vermeintlichen Perspektive erklärt?« (Gruppe »Kein Friede«)[3]

Die zeitlich fast parallel stattgefundene Auflösung mehrerer Revolutionärer Zellen und die Erklärung der RAF vom April 1992 ist kein historischer Zufall. In all den Erklärungen wird deutlich, daß der bewaffnete Metropolenkampf in eine Sackgasse geraten ist und heute nicht unreflektiert fortgeführt werden kann. Trotz Ankündigung des Beginns einer Diskussion werden aber weder bei der RAF noch bei den Revolutionären Zellen grundlegende Analysen ihrer bisherigen Theorie und Praxis sichtbar. Einzig Frauen der Roten Zora, die aus der gleichen Entwicklungsgeschichte wie die Revolutionären Zellen kommen, haben sich Anfang 1994 mit einer Broschüre zu Wort gemeldet.[4]

Von der Linken sind jedoch ebenfalls viele inhaltliche und praktische Ansätze nicht fortgeführt worden. Gerade die Beiträge der Illegalen, der Gefangenen und Haftentlassenen zum Gegenkongreß beim Weltwirtschaftsgipfel in München im Juni 1992, die Rede von Günther Sonnenberg bei der Demonstration für die Zusammenlegung in Bonn 1992, die Interviews der Lübecker Gefangenen im NDR und der Celler Gefangenen in »konkret« wurden von zu wenigen als Diskussionsbeiträge aufgenommen.

V.

Für viele, die sich mit den Belangen der politischen Gefangenen und der Politik der RAF solidarisch verbunden fühlen, sind die Ereignisse und Auseinandersetzungen – spätestens seit Oktober 1993, wo der »Bruch« sichtbar wurde – irritierend. Bisher basierte die politische und persönliche Stärke der Gefangenen und Illegalen auch darauf, daß sämtliche Versuche einen Keil zwischen die Gefangenen und die RAF zu treiben, erfolglos blieben. Heute muß festgestellt werden, daß diese Einheit nicht mehr existiert. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen sind weitreichend. Der Kern radikalen Widerstandes, d.h. gelebte kollektive Beziehungen, ist durch die öffentliche Auseinandersetzung ad absurdum geführt worden. Die GenossInnen von »Analyse & Kritik« kamen im Januar 1994 zu dem Schluß: »der Bruch unter den Gefangenen darf den Blick auf das staatliche Kalkül nicht verdecken. Die KGT-Initiative ist nicht etwa gescheitert, wie jene meinen, die sich anfangs Chancen damit ausrechneten. Vielmehr steht sie, wie Rolf Heißler schrieb, in voller Blüte und erntet ihre ersten Früchte. Sie ist das staatliche Instrumentarium, daß der aktuellen Situation unter den Gefangenen am besten angepaßt ist.«

Mit dem letztjährigen zeitlich befristeten Hungerstreik eines Teils der Gefangenen für die Freilassung Irmgard Möllers wurde versucht, wieder die Initiative zu ergreifen. Nach deren längst überfälligen Entlassung Anfang Dezember 1994, steht nun die Freilassung der anderen Langzeitgefangenen und die Zusammenlegung der restlichen Gefangenen an. Vielleicht wird dann auch die abgebrochene Diskussion über die Geschichte des bewaffneten Kampfes und die Reflexion und Neubestimmung revolutionärer Politik in den Metropolen wieder aufgenommen. Hierfür Material zu liefern, wäre ein Zweck des Buches.

Die Redaktionsgruppe, Januar 1995

Anmerkungen:

1 Broschürengruppe (Hg.): Triple Oppression & bewaffneter Kampf. Berlin: Selbstverlag, 1994. Gruppe Zwei (Hg.): Krise, Guerilla und revolutionärer Prozeß. München: Selbstverlag, 1994

(Nr. 7) [Beide Broschüren werden in der Auswahlbibliographie näher vorgestellt, inkl. Bezugsadressen.]

2 Kein Friede (Hg.): Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken. Bad Kleinen, Steinmetz und der Bruch der RAF. Ein vorläufiger Bericht. Frankfurt a.M.: Selbstverlag o.J. (1994) [siehe auch Auswahlbibliographie]

3 Kein Friede (Hg.): Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken. Bad Kleinen, Steinmetz und der Bruch der RAF. Ein vorläufiger Bericht. Frankfurt a.M.: Selbstverlag o.J. (1994), S. 99

4 Die Erklärungen der Revolutionären Zellen sind dokumentiert in: Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora. Berlin/Amsterdam 1993, 2 Bände.
Rote Zora: Mili's Tanz auf dem Eis. Von Pirouetten, Schleifen, Einbrüchen, doppelten Saltos und dem Versuch, Boden unter die Füße zu kriegen. o.O., o.J. (Dezember 1993).

1 Erklärungen der RAF vom April 1992 und August 1992 sowie Reaktionen der politischen Gefangenen und ehemaligen Gefangenen

Rote Armee Fraktion

April 1992

An alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann.

Das ist auch unsere Suche. Es gibt Tausende Probleme, die auf dem Tisch liegen und nach Lösungen schreien und die, wenn sie nicht bald angepackt und gelöst werden, die ganze Menschheit in die Katastrophe führen. Sie alle sind entstanden durch das kapitalistische Prinzip, daß nur Profit und Macht zählen und die Menschen und die Natur dem untergeordnet sind.

Wir, die RAF, haben seit '89 angefangen, verstärkt darüber nachzudenken und zu reden, daß es für uns wie für alle, die in der BRD eine Geschichte im Widerstand haben, nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. Wir haben überlegt, daß es darum geht, neue Bestimmungen für eine Politik herauszufinden, die tatsächliche Veränderungen für das Leben der Menschen heute durchsetzen kann und die längerfristig den Herrschenden die Bestimmung über die Lebensrealität ganz entreißt. Dafür ist es notwendig, sich die eigene bzw. gemeinsame Geschichte aller im Widerstand anzusehen, darüber nachzudenken, was wir falsch gemacht haben und welche Bedeutung sie für die Zukunft haben können.

Ausgangspunkt war: 1. Die Tatsache, daß wir alle vor einer veränderten Situation im weltweiten Kräfteverhältnis standen – die Auflösung des sozialistischen Staatensystems, das Ende des Kalten Krieges. Wir waren damit konfrontiert, daß die Vorstellung, im gemeinsamen internationalen Kampf einen Durchbruch für Befreiung zu schaffen, nicht aufgegangen ist. Die Befreiungskämpfe waren insgesamt zu schwach, um gegen die auf allen Ebenen ausgeweitete Kriegsführung des Imperialismus anzukommen.

Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, der seine Ursache wesentlich in den im Innern ungelösten Widersprüchen hatte, hat katastrophale Auswirkungen für Millionen Menschen weltweit und hat alle, die rund um den Globus um Befreiung kämpfen, auf sich selbst zurückgeworfen. Aber dadurch hat sich für alle die Notwendigkeit noch mal deutlicher gezeigt, daß die Kämpfe um Befreiung nur aus dem Selbstbewußtsein der eigenen, speziellen Geschichte der Völker, den authentischen Bedingungen und Zielen entwickelt werden können. Und nur daraus kann eine neue internationale Kraft entstehen. Das haben viele GenossInnen aus dem Trikont in die Diskussionen eingebracht, und sie haben dort Anfänge einer ganz neuen Politik gefunden und umgesetzt – das werden wir hier auch. Darin sind wir mit ihnen verbunden.

2. Wir selbst waren damit konfrontiert, daß wir so, wie wir in den Jahren vor '89 Politik gemacht haben, politisch nicht stärker, sondern schwächer geworden sind.

Wir haben aus verschiedensten Gründen keine Anziehungskraft mehr für die Menschen hier entwickelt, die gemeinsames Handeln möglich macht. Als einen zentralen Fehler haben wir gesehen, daß wir viel zu wenig auf andere, die hier auch aufgestanden waren, zugegangen sind; und auf die, die noch nicht aufgestanden waren, gar nicht. Uns ist klar geworden, daß wir die Leute suchen müssen und daß es so nicht weitergeht, daß wir als Guerilla alle Entscheidungen allein treffen und erwarten, daß die anderen sich an uns orientieren. Wir haben das zwar oft anders formuliert, aber die Realität war so.

Wir hatten unsere Politik ganz stark auf Angriffe gegen die Strategien der Imperialisten reduziert, und gefehlt hat die Suche nach unmittelbaren positiven Zielen und danach, wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren. Daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben uns die Erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt. Die Verhältnisse zu den Leuten, mit denen wir am meisten zu tun hatten, waren aber in erster Linie darüber bestimmt, gemeinsam zum Angriff zu kommen. Deshalb gab es in der Bestimmung gar nicht den Raum, daß sie eigene soziale Werte in ihrem Alltag und mit vielen zusammen entwickeln und leben konnten. Nur daraus hätten wir zusammen zu einer Politik kommen können, die für mehr Menschen, auch für welche, die außerhalb der verschiedenen Szeneghettos leben, erfahrbar macht, daß die Kälte und Ohnmacht im Imperialismus nicht Schicksal wie Naturgewalt ist, sondern da aufhört, wo Menschen ihre Bedürfnisse, ihre Solidarität gemeinsam umsetzen und das hier und heute anfangen zu leben.

Daraus hatten wir die Konsequenzen gezogen und zwei Jahre lang einen parallelen Prozeß von Neubestimmung und praktischen Interventionen versucht. Wir dachten, wir könnten dadurch, wie wir unsere Aktionen bestimmen und wie wir reden, von uns aus ein neues Verhältnis schaffen und dadurch die notwendigen Voraussetzungen für eine gemeinsame Diskussion und daraus eine gemeinsame Perspektive mit viel mehr Menschen und Gruppen möglich machen. Daß wir unseren Prozeß nicht nachvollziehbar, sondern nur bruchstückhaft als Ergebnis unserer Diskussion in den Erklärungen und Briefen vermittelt haben, war ein Fehler. Und das hier ist auch nur ein Anfang, und wir werden demnächst über alles genauer reden.

Nach diesen zwei Jahren ist uns klar geworden, daß es so nicht ausgereicht hat, daß wir so nicht den Raum aufmachen können für alles das, was wir jetzt und für die nächste Zeit am wichtigsten finden: die seit langem notwendigen gemeinsamen Diskussionen und den Aufbau von Zusammenhängen unter den verschiedensten Gruppen und Menschen; da, wo sie leben, ausgehend vom Alltag der Menschen in dieser Gesellschaft, aus dem für viele die Notwendigkeit drängt, ihre eigene Lage in die Hand zu nehmen und gemeinsam mit anderen nach Lösungen zu suchen. Wir denken, solche Zusammenhänge können die Basis werden von der Kraft, die wir Gegenmacht von unten genannt haben und die so noch nicht lebt. Solange eine solche gesellschaftliche Alternative zur Zerstörung und Verzweiflung im System nicht spürbar und greifbar existiert, werden es immer mehr werden, die ausgegrenzt und ohne Per-

spektive alleine bleiben, immer mehr, die an der Nadel verrecken oder in den Selbstmord getrieben werden usw. Und es wird dabei bleiben, daß immer mehr Leute den Faschisten hinterherlaufen.

Aus unseren Erfahrungen und aus den Diskussionen mit GenossInnen über alle diese Fragen steht für uns heute fest, daß die Guerilla in diesem Prozeß von Aufbau nicht im Mittelpunkt stehen kann. Gezielt tödliche Aktionen von uns gegen Spitzen aus Staat und Wirtschaft können den jetzt notwendigen Prozeß im Moment nicht voranbringen, weil sie die gesamte Situation für alles, was in Anfängen da ist, und für alle, die auf der Suche sind, eskalieren. Die Qualität solcher Angriffe setzt eine Klarheit darüber voraus, was sie an Veränderungen konkret in Gang setzen können. Diese Klarheit kann es jetzt, in einer Zeit, in der es für alle um ein Sichfinden auf neuer Grundlage geht, nicht geben. So verstehen wir das auch, wenn uns welche sagen, mit solchen Aktionen nehmen wir das Ergebnis doch schon vorweg.

Wir haben uns entschieden, daß wir von uns aus die Eskalation zurücknehmen. Das heißt, wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einstellen.

Dieser Prozeß von Diskussionen und Aufbau einer Gegenmacht von unten schließt für uns als einen ganz wesentlichen Bestandteil den Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen mit ein. Aus 20 Jahren Ausnahmezustand gegen die Gefangenen, Folter und Vernichtung, geht es jetzt darum, ihr Recht auf Leben durchzusetzen – ihre Freiheit erkämpfen!

Justizminister Kinkel hat mit seiner Ankündigung im Januar, einige haftunfähige Gefangene und einige von denen, die am längsten im Knast sind, freizulassen, das erste Mal von staatlicher Seite offen gemacht, daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen.

Gegen die Gefangenen haben sie seit 20 Jahren auf Vernichtung gesetzt. Die Kinkel-Ankündigung wirft die Frage auf, ob der Staat dazu bereit ist, aus dem Ausmerzverhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen, die sich nicht der Macht des Geldes beugen, die eigene Interessen und Ziele entgegen den Profitinteressen formulieren und umsetzen. Also ob er Raum für politische Lösungen zuläßt (und wenn auch Vertreter aus der Wirtschaft dahingehend Druck auf die Regierung machen, kann das nur gut sein).

Wir werden uns genau ansehen, wie ernst der Kinkel-Vorstoß ist. Bis jetzt ist nicht viel davon zu sehen, außer, daß Claudia Wannersdorfer nur einige Monate, bevor sie sowieso entlassen worden wäre, rausgekommen ist. Alle anderen Haftunfähigen – Günter Sonnenberg, Bernd Rössner, Isabel Jacob, Ali Jansen – sind noch immer drin. Und Irmgard Möller, nach 20 Jahren immer noch im Knast. An den Haftbedinungen hat sich bis heute nichts verbessert. Die 2/3-Anhörungen bei Norbert Hofmeier, Bärbel Perau und Thomas Thoene glichen Inquisitionen. Angelika Goder wird trotz ihrer Krankheit mit Knast bedroht. In der Ankündigung neuer Prozesse

gegen Gefangene aufgrund der Kronzeugenaussagen drückt sich weiter das eiskalte Rachebedürfnis des Staates aus und das Ziel, Gefangene für ewig im Knast einzumauern. In der »Welt« wird mit Bezug auf das Stuttgarter Justizministerium der ungebrochene Vernichtungswille formuliert: Wenn es nach denen ginge, wäre bei Günter, der schon seit 15 Jahre haftunfähig gefangengehalten wird, nur dann an eine Freilassung zu denken, wenn er sich widerstandslos den repressiven Knastschikanen unterwirft. »Renitenter Gefangener«, weil er solidarisch ist und mit seinen Freunden weiterhin zu tun hat. So hetzen sie gegen seine Freilassung. Das alles steht im krassen Widerspruch dazu, daß sich auf seiten des Staates wirklich eine andere Haltung durchzusetzen beginnt.

Die Haftunfähigen und die Gefangenen, die am längsten sitzen, müssen sofort raus und alle anderen bis zu ihrer Freilassung zusammenkommen!

Das wird sich nicht nur am staatlichen Verhalten gegenüber den politischen Gefangenen zeigen. Es gibt auch andere Brennpunkte, an denen diese Weichenstellung ganz unmittelbar sichtbar wird. Da, wo die Kämpfe schon soweit sind, daß sie einen Raum durchquert haben, wird es sich schnell zeigen, wie weit sie politische Lösungen zulassen oder auf Krieg setzen. Zum Beispiel, ob sie den Leuten in der Hafenstraße nach zehn Jahren Kampf weiterhin ihre Existenzberechtigung streitig machen. Aber langfristig geht es ja um viel mehr.

– Es gibt Kämpfe der sozialen Gefangenen gegen Sonderhaft und überhaupt gegen unmenschliche Bedingungen in den Knästen. Es darf nicht so laufen, daß die politischen Gefangenen aus den Vernichtungstrakten kommen und danach andere hinein. Alle Isolationstrakte müssen geschlossen werden! – Es gibt Kämpfe um Zentren, um Lebens- und Wohnraum von vielen, die das heute hier nicht haben.

– Es wird sich zeigen, inwieweit die Menschen in der Ex-DDR weiterhin im Schnellverfahren zu willenlosen Objekten in das kapitalistische System gepreßt werden sollen oder sie Raum erobern können, die Entwicklung selbst zu bestimmen.

– Es ist eine wichtige Frage, wie lange noch der Staat den Rassismus gegen die Flüchtlinge schüren und sie als »Untermenschen« behandeln kann, um sich und die Wirtschaft damit aus der Verantwortung für Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Altersarmut usw. zu ziehen. Und wie lange er noch diese Menschen wieder ins Elend zurückschicken kann, das er ständig mitproduziert.

– Es ist seit langem Realität, daß die Bullen Faschisten schützen und Antifaschisten niederknüppeln, daß sie DemonstrantInnen in den Tod hetzen, wie Conny Wissmann, daß sie auf sie schießen, wie vor ein paar Monaten in Frankfurt, und Flüchtlinge mit Elektroschocks foltern usw.

– Es ist die Frage, ob deutsche Soldaten wieder gegen andere Völker marschieren und wie lange denn noch faschistische Regimes mit Waffen und Unterstützung von hier die Bevölkerung massakrieren können.

Vor allem daran, wie an allen diesen Fragen – und logisch ist das nicht vollständig hier – Kämpfe in der Gesellschaft entwickelt werden, wird sich entscheiden, wie weit

hier ein politischer Raum für Lösungen erkämpft werden kann. Von allein werden sie an keinem Punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe für unsere Forderungen notwendig sein.

Wir haben von uns aus jetzt mit der Rücknahme der Eskalation aus der Auseinandersetzung einen Schritt gemacht, um diesen politischen Raum aufzumachen. Jetzt ist die staatliche Seite gefragt, wie sie sich verhält; und weil das heute noch niemand weiß, wollen wir den Prozeß von Diskussionen und Aufbau schützen. Wenn sie diejenigen, die diesen Prozeß für sich in die Hand nehmen, mit ihrer Walze aus Repression und Vernichtung plattmachen, also weiter auf Krieg gegen unten setzen, dann ist für uns die Phase des Zurücknehmens der Eskalation vorbei – wir werden uns das nicht tatenlos anschauen.

Wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche Gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihre Eliten auch nicht leben können. Auch wenn es nicht unser Interesse ist: Krieg kann nur mit Krieg beantwortet werden.

Irmgard Möller

15.April 1992

Erklärung von Irmgard Möller

Wir wollen gleich kurz folgendes sagen: Die Entscheidung unserer Genossen draußen ist richtig, sie entspricht dem, worauf auch wir Gefangene für den politischen Prozeß aus sind.

Wir wollen – seit ’89 ja schon – eine Zäsur im gesamten politischen Zusammenhang. Ein solcher Schritt kann von allen Beteiligten nicht nur am Bereich der Gefangenen angepackt werden.

Wir sehen auch heute noch um vieles deutlicher, als es schon Mitte der 80er zu erkennen war und im Hungerstreik ’89 von uns das erste Mal politisch angepackt und in eine Praxis umgesetzt wurde, daß die globalen und innergesellschaftlichen Umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache Fortsetzung der Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre unmöglich machen.

Wer weiter an der Notwendigkeit revolutionärer Umwälzung der bestehenden weltweiten und innergesellschaftlichen ungerechten und zerstörerischen Verhältnisse festhält, muß diese Umbrüche begreifen und zu einer Neubestimmung von Inhalten und Formen der eigenen Politik kommen, auch im Verhältnis zu den jeweils anderen linken Erfahrungen und Lebensweisen.

Wir Gefangenen begreifen das als direkte politische Zielsetzung für jetzt und »nach dem Knast«:

Neuorientierung in der Gesellschaft und den internationalen Zusammenhängen und Beziehungen, ein offener Lernprozeß.

Das muß als erstes für die vier Haftunfähigen Realität werden.

Bernd und Günter müssen sofort raus.

Erst mit ihrer Freilassung gibt es wieder ein rationelles Moment in der Auseinandersetzung zwischen den politischen Gefangenen und dem Staat.

Dabei geht es um einen gründlicheren Schritt für alle Beteiligten. Einen Einschnitt gegenüber der Geschichte von 22 Jahren. Wir spinnen uns nicht an dem, was real möglich ist, vorbei, wenn wir sagen:

Wir wollen eine Perspektive der Freiheit für alle von uns in einem absehbaren nächsten Zeitraum.

Auch in unserer Vorstellung geht das nicht sofort und nicht auf einmal für alle von uns.

Wir sagen aber ganz deutlich: Was 22 Jahre lang nach politischen Erwägungen und Kriterien der Bekämpfung und Vernichtung auch gegenüber den Gefangenen entschieden wurde (von den Sondergesetzen über die Staatsschutzgerichte bis zu den Details der Isolation) – wogegen wir uns als Kollektiv durchgekämpft haben, neun von uns Gefangenen sind in diesem Kampf gestorben, aber in seinen Zielen haben

wir es zum Scheitern gebracht –, kann nicht nach diesen Jahrzehnten als scheinnormales Verfahren einer »Lösung« zugeführt werden.

Das ginge an der Wirklichkeit vorbei und wäre eine Verhöhnung aller, die einen anderen Begriff der politischen Geschichte der letzten 25 Jahre der BRD haben als die Sicherheitsapparate und die Staatsschutzjustiz, und die sich ihre politische Geschichte nicht rauben lassen wollen.

Geschichte ist kein Staatsbesitz, die staatsoffizielle Version ist nicht unsere.

Es geht nur so, daß mit gesellschaftlichen Widersprüchen politisch umgegangen wird.

Wir, die Gefangenen aus RAF und Widerstand, und die RAF haben dafür den Raum aufgemacht.

Mit »taktieren« hat das nichts zu tun.

Irmgard Möller
Für die Gefangenen aus RAF und Widerstand,
Lübeck, 15.4.92

Eva Haule

25.April 1992

Es ist zentral in unserer ganzen Geschichte: Die Aktion der RAF war bestimmt innerhalb einer konkreten Gesamtkonzeption und Zielvorstellung des revolutionären Prozesses, um ihn voranzutreiben. Was Lutz richtig die »Zentralperspektive« genannt hat, die sich historisch aus der Entwicklung des Befreiungskampfes im internationalen Klassenkrieg rausgebildet hatte – darin die bewaffnete Intervention hier, Guerilla als Offensivposition in der Metropole. Eben auch die Perspektive, die jede Aktion vermittelt hat. Das war seit 1970 unsere Sache. Ob das so begriffen und richtig gefunden wurde, ist jetzt nicht der Punkt, das ist ein extra Thema. Für uns war es so, und auch im Verständnis aller, zu denen wir hier und international Beziehungen hatten, daß ein lineares Weiterziehen dieser Bestimmung unmöglich ist, ist uns schon länger klar. Das ist eine Seite der Begründung dieses Schrittes jetzt. Wie für die gesamte militante Linke geht es auch für uns darum, uns neu zu orientieren und zu organisieren. Nicht in einem abstrakten ideologischen Raum oder als Positionsklopperei, sondern in dem sich radikal die Konsequenzen aus den globalen Umbrüchen klargemacht werden und um neue strategische Bestimmungen und Perspektiven gekämpft wird, um neue Konzeptionen verändernder Politik, daß es darum geht, diesen politischen Prozeß einzuleiten, in dem auch die Frage nach den Mitteln revolutionärer Politik und ihrem Einsatz neu geklärt und bestimmt werden wird, davon gehen wir Gefangene seit ’88 aus. »Ein offener Prozeß«, haben wir gesagt – den die ganze Situation verlangt und den wir aus unserer Geschichte auch anfangen können.

Die zweite Seite ist für uns, daß die Probleme, die gelöst werden müssen, so viele, konkrete und zugespitzt sind, daß die bewaffnete Aktion, wie sie in den 22 Jahren war, keine (strategische) Gesamtfunktion für den revolutionären Prozeß mehr erreichen kann. Die Realität für alle, die weiter um Veränderungen kämpfen, zeigt das jeden Tag. Es gibt nicht mehr die »zentrale Linie« in einer konkret zu definierenden Etappe, die die gesamte Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Revolution entscheidend bestimmt, wie es z.B. in den 80ern war und nicht nur von uns so begriffen wurde. Heute sind in verschiedenen »Bereichen«, »Problemkomplexen« gleichzeitig radikale Kämpfe dringend notwendig, und das drückt sich da, wo Widerstand entwickelt wird, schon praktisch aus, im Kampf um Wohn- und Lebensraum, bei den Antifa-Gruppen, beim Kampf gegen die staatliche Ausländerpolitik und dem gegen den neuen Interventionismus der imperialistischen Staaten, beim Kampf gegen Umweltvernichtung, beim Kampf in den Gefängnissen.

Und das angesichts einer gesellschaftlichen und internationalen Realität, die geprägt ist vom Zerfall der sozialen und politischen Strukturen, massiv von oben geschürten reaktionären Entwicklungen, Brutalisierung und Gewalt als »Normalität« –

und jeder Ansatz sinnvoller Lösungen für die Masse der Unterdrückten und Ausgestoßenen wird von oben mit allen Mitteln blockiert. Wie wir gesagt haben: Der langgezogene destruktive Prozeß ist das Bestimmende geworden, und er bedeutet wesentlich auch, daß der Sinn von Politik, Politik überhaupt, erstickt wird. Wir sagen, daß in einer solchen Entwicklung den politischen Militanten eine besondere Verantwortung zukommt. Wenn von oben Politik durch Krieg ersetzt wird und Gewalt sich in den (welt-)gesellschaftlichen Verhältnissen und Strukturen immer mehr ausbreitet, müssen wir um so mehr darum kämpfen, daß die Auseinandersetzungen politisch bestimmt geführt werden und produktive Entwicklungen möglich gemacht werden. Daran muß der Einsatz der Mittel orientiert sein. Das meint auch, daß die Radikalität in der Politik, die in allen Bereichen zwingend notwendig ist, zu neuen Inhalten und Formen in den innergesellschaftlichen und internationalen Prozessen kommen muß, um Wege für Lösungen freizukämpfen und zu verhindern, daß der destruktive Prozeß die Politik auffrißt – auch die der revolutionären Kräfte.

Wir begreifen es so und hoffen wirklich, daß die Militanten aus allen Ecken das auch anfangen – daß nach den 22 Jahren, und was darin nicht nur von uns durchgekämpft worden ist, klar ist: Die bewaffnete und militante Aktion ist ein Mittel der Politik, das uns, der gesamten radikalen Linken, hier, zur Verfügung steht und souverän und politisch bestimmt und gezielt eingesetzt werden kann. Eben nicht Politikersatz, nicht Ausdruck von Ziel- und Sprachlosigkeit, wo die Radikalität nur in der Form, nicht aber in den Inhalten und Perspektiven vermittelt ist, nicht einfach »reinhauen, wo reingehauen werden kann« – sondern: Mittel revolutionärer Politik, die neu zu entwickeln in der neuen Situation der Prozeß ist, der vor uns liegt und gemeinsam angepackt werden muß, unsere Verantwortung und auch unsere Freiheit.

Die Gefahr ist ganz real und schon überall sichtbar, daß in der allgemeinen Eskalation aus den objektiven Bedingungen – der imperialistischen Politik wie der gesellschaftlichen und internationalen Entwicklungen – Politik regelrecht zerrieben wird und die Auseinandersetzungen nicht mehr politisch bestimmt und kontrolliert verlaufen, sondern allein aus dem Krachen der Widersprüche. Und da ist die Frage, welche politische Bestimmung der Entwicklung möglich gemacht wird, wie Prozesse eingeleitet werden, die eine Orientierung geben können, die neue Bezüge und so neue Entwicklungen in der Auseinandersetzung einleiten können. Das ist einer der Inhalte des Schrittes der RAF und auch unserer Initiativen als Gefangene seit ’88.

Es gibt den Widerspruch, und er ist nicht glatt und nicht theoretisch aufzulösen: daß wir konfrontiert sind mit der Tendenz zu faschistischen Lösungen von oben – was den bewaffneten Angriff als »Antwort« permanent rechtfertigen würde. Man muß sich entscheiden – was ist jetzt wichtiger? Was bringt uns und den ganzen politischen Prozeß weiter?

Wir sind in einer Phase des Übergangs, die alten Bestimmungen und Bezüge für den revolutionären Prozeß kann es so nicht mehr geben, neue müssen entwickelt werden in einem Prozeß, der aus der gesamten Situation ganz anders als bisher als verbindlicher gemeinsamer hier wie international angegangen werden muß. Es gibt

überall Menschen, die das wollen, auch wenn die Vereinzelung und die Fragmentierung der politischen Zusammenhänge groß ist. Das ist aber aus der ganzen Situation auch erklärbar und kein Grund für Rückzug, Resignation, Übermachtmythen. Wer den Kampf für diesen Prozeß aufgibt – und das heißt vor allem jetzt auch den um neue Beziehungen zwischen allen, die weiter um Veränderungen kämpfen wollen –, gibt sich selbst auf. Es ist also die Frage, wie wir uns entscheiden – konkret wir, die Gefangenen und die RAF –, um an einer konkreten Frage und Auseinandersetzung anzufangen, eine produktive Lösung durchzusetzen und dafür den Raum zu öffnen. Wir wollen das erkämpfen im ganzen Zusammenhang der Geschichte von 22 Jahren Vernichtungsstrategie gegen die Gefangenen, der politischen Geschichte des Kampfes in dieser Zeit und mit einer Orientierung nach vorn, die im Durchkämpfen dieser Lösung: unsere Freiheit, liegt, im Kern eine politische Perspektive für alle Auseinandersetzungen. Was ist also wichtiger: in der Phase des Übergangs die »bewaffnete Position« praktisch in Aktionen zu »halten«, oder sie in dieser Phase zurückzustellen und so auch an der Frage der Gefangenen einen Weg freizukämpfen für unser Leben und unsere unmittelbare Teilnahme am politischen Prozeß.

Wir haben uns für das zweite entscheiden. Wie gesagt, nicht widerspruchsfrei. Aber wir sind aus unserer Geschichte drinnen und draußen stark genug dafür.

Wie weit wir kommen, hängt davon ab, ob und wie es gelingt, eine Mobilisierung aufzubauen, durch die in einem gemeinsamen Prozeß zwischen uns und gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen draußen (die nicht im Interesse der Repression handeln) erreicht wird, daß dem Staat die Bestimmung der Entwicklung in dieser Auseinandersetzung aus der Hand genommen wird. Das ist eine Frage an alle draußen, deren Interesse es auch ist, daß diese Auseinandersetzung politisch geführt wird – wie es der Geschichte und ihren Inhalten entspricht – und diese seit 22 Jahren laufende Vernichtungsstrategie gegen die Gefangenen durchbrochen wird. Es muß dahin kommen, daß der Staat nicht allein entscheidet, nicht die Entwicklung diktieren kann – so wie er es an allen Ecken und Enden über die Köpfe und Interessen der Menschen hinweg macht. Und daß er jetzt nicht einen neuen Weg versuchen kann (der wie alle anderen vorher an uns scheitern wird), um unsere Zerstörung doch noch zu erreichen, indem wir durch die Justizmühle gedreht werden sollen und unsere Geschichte, sowohl die politische wie auch die der ganzen Jahre Isolation, auf die Art jetzt liquidiert werden soll. Was genau Sinn und Zweck der KGT-»Initiative« ist. Ein genauer Ausdruck der staatlichen Nichtpolitik, die alles nur zertreten und entpolitisieren will, was sich ihren Interessen nicht unterwirft, und die im Verhältnis zu den realen Konflikten, ihren Ursachen und möglichen sinnvollen Lösungen nur noch irrational ist. Ihre einzige »Rationalität« ist die der Vernichtung. Das ist in allen Auseinandersetzungen so, und dagegen müssen die Kämpfe für andere Entwicklungen geführt werden.

In der Diskussion unter uns Gefangenen seit ’87, als sich anfing abzuzeichnen, daß wir mit einer in jeder Beziehung neuen historischen Situation konfrontiert sind, war von da an klar, daß wir verändert weiterkämpfen müssen, und wir denken natür-

lich auch im Knast weiter als RAF. (Wenn ich hier von »Diskussionen unter uns« rede, müssen alle im Kopf haben, wie eingeschränkt das aus den Bedingungen nur geht!) Das hat am wenigstens zu tun mit Fehlern, die wir früher gemacht haben; auch wenn wir heute sehen, daß wir uns in den ganzen 80er Jahren viel zu wenig auf die politische Arbeit, den politischen Prozeß konzentriert haben. Darüber wird noch zu reden sein – und dann richtig, inhaltlich. Aber das ist es nicht in der Hauptsache. Wir Gefangene hatten von Anfang an nicht im Kopf, daß wir die Bestimmungen unserer Politik, wie sie seit 1970 waren, so weiterverfolgen und sie nur besser vermitteln, die Leute besser »überzeugen« müssen o.ä.

Auch ging es nicht darum, wie die Guerilla hier in irgendwas anderes umgewandelt werden kann, von dem heute noch kein Mensch wirklich sagen kann, was es sein soll in Konzeption und Strategie – »Waffe der sozialen Bewegungen«, was hier und da rumgeisterte, »Bewegungen«, die es so gar nicht mehr gibt und die erst neu wachsen werden in den Auseinandersetzungen jetzt; (»schärfstes Mittel des Widerstands«); oder die alten Bestimmungen plus erweiterter Aktionsradius, wie z.B. Eingriff in den Häuserkampf, was nicht geht, weil das heute so keine Perspektive vermitteln kann und über den politischen Prozeß wegwalzt, der erst als ein gemeinsamer entwickelt werden muß. Also: alles das – nicht. Das sind nicht wir. Und bewaffnete Aktionen sind kein »Experimentierfeld«. Es war klar: Es geht aus unserer ganzen politischen Geschichte und aus der der Gefangenengruppe um eine Zäsur. So sind wir '89 in den Streik. Wäre die ZL und freie Kommunikation erreicht worden, hätte das damals schon ein Aussetzen der Kommandoaktionen bedeutet, denn in der Diskussion, die wir '89 wollten, sollte es um neue gemeinsame Grundlagen für die gesamte revolutionäre Bewegung gehen; was die Priorität des politischen Prozesses einschließt, und daß er offen ist für eine gründliche Klärung aller Fragen. Das heißt auch, daß nicht eine Fraktion der revolutionären Linken – in dem Fall: die RAF – allein von sich aus Grundlagen setzt, die aus ihrem Niveau, einfach schon aus der Qualität der Angriffe den Charakter und Verlauf der ganzen weiteren Auseinandersetzung determinieren. Und das, ohne eine strategische Perspektive vermitteln zu können.

Das ist uns mit am wichtigsten, und wir sagen das, weil wir da auch selbst gebrannt sind: Unsere Politik und Praxis kann nie einfach »Reaktion«, ein zur Rechenschaftziehen der Verantwortlichen für die Verbrechen des Imperialismus sein, nie einfach Ausdruck der eigenen Lage und Emotionen und daraus »zurückschlagen« – was zwar tausendfach gerechtfertigt wäre jeden Tag, aber keine Politik und schon gar nicht die der Guerilla ist. Wo wir selbst in diese Sackgasse geraten sind, waren das genau unsere schlimmsten Fehler ('85 die Erschießung des GIs, ein Beispiel). Wenn die politische und strategische Bestimmung der bewaffneten Aktion nicht im Zentrum steht und vermittelt ist, stirbt die Politik. Das gilt heute mehr denn je.

Jetzt schrieb mir gerade jemand aus Berlin, daß die Entscheidung der RAF und was wir Gefangene dazu gesagt haben, bei manchen Leuten »Gefühle der Ohnmacht und Niederlage« ausgelöst habe und sie nur noch alles »zusammenbrechen« sehen.

Das kann ich mir einerseits erklären, so wie die Lage der Linken ist, und weil ich weiß, daß für viele hier mit der RAF und ihren Aktionen eine ganze Menge vor allem emotional verbunden war, Hoffnungen, »der Kampf geht weiter« ... alles das. Aber andererseits sind diese Reaktionen politisch völlig leer. Und das Denken, das sich darin ausdrückt, darf uns heute nicht mehr ausreichen. Was soll das auch, natürlich geht der Kampf weiter. Aber es geht ja um reale Hoffnungen und Perspektiven, die auch in der Aktion vermittelt sind, und das ist keine Sache von Beschwörungen, Haltungen oder »Symbolik«, sondern eine der Politik und konkreter politische Prozesse im weltweiten Kampf für Befreiung. Also einfach: Das ist jetzt die Knochenarbeit, die für alle und für alle gemeinsam ansteht, die wirklich weiterkämpfen wollen. Wir werden das tun. So oder so. Das ist jetzt die Frage, welche Entwicklungen hier möglich gemacht werden.

Es war in der Zeit der politischen Erdbeben seit Ende '89 richtig, die Kontinuität zu halten gegen die Unterwerfungstendenzen und das Getöne vom »Tod des Kommunismus«. Das haben auch wir in den Knästen so gesehen, nachdem unser Versuch im Streik '89 plattgemacht worden war. Aber jetzt müssen und wollen wir weiter. Für uns ist jetzt die politische Zeit, in der unsere Freiheit erkämpft werden kann, in der auch der Schritt der RAF richtig und dafür eine Voraussetzung ist – anders wäre »Freiheit« bloß ein schöner Traum. Es reicht uns nicht zu konstatieren, daß wir in einer Phase des Übergangs sind, wir bestimmen sie auch für uns und für eine Perspektive nach vorn. Das ist der Schritt jetzt und der Inhalt unserer Initiativen als Gefangene in den letzten Jahren.

Rico Prauss

2. Mai 1992

Ich kenne von diesem »Der Kampf geht weiter«-Brief auch nur die Darstellung in der »taz« – nicht ihn selbst.

Wenn die stimmt, dann kann ich auch nur sagen: aus 22 Jahren Texten zusammenstückeln und zitieren kann auch der Staatsschutz.

Zumal wirklich kein Grund zu kernigen Parolen besteht.

– Weder die RAF noch wir Gefangenen haben gesagt, daß wir nicht oder nicht mehr für revolutionäre Ziele kämpfen. Daß zum Beispiel die »taz« das gerne so darstellt, hat mit dem, was wir mit den Menschen und für unser Land wollen, ja wirklich nichts zu tun. Diese Haltung und der Versuch, unsere Intention – die mit dem Brief der RAF zusammenkommt – politisch wieder in diese Richtung zu entstellen, macht nur und natürlich alles wieder komplizierter. Diese Leute weigern sich zu handeln, wie es dem von ihnen im »Politmarkt« besetzten Segment zu entsprechen hätte, und verkleinern damit den politischen Raum für eine Lösung. Aber wir sind sicher die letzten, die sich über ihre Bewußtlosigkeit noch zu wundern hätten. Das ist eben die zweite Spalte auf der gleichen Seite, sie reduzieren damit, was allein Staatsschutzinteresse ist: Kämpfen und revolutionäre Praxis immer und ohne jeden Sinn, Verstand und Bezug zur politischen Situation als schießwütig und militaristisch darzustellen. Es macht wenig Unterschied im Effekt, ob es aus rein staatlichem Interesse geschieht oder aus einem intellektuellen Dämmerzustand, der die existentiellen Nöte von Menschen in Wirklichkeit nicht mehr wahrnehmen kann und die radikalen Kämpfe daraus darum auch nicht aus authentische begreifen kann. So ist das mit Toten: Sie wissen nicht mehr, was Menschen zum Leben brauchen und finden das »modern«.

Aber das war mir sofort klar: Mit dem RAF-Brief kommen alle dienjenigen in arge Bedrängnis, die schon immer Feindpropaganda statt Tatsachen verbreiten, und es macht alle diese Figuren brandgefährlich, die ihr ... »historisches Projekt« zusammenbrechen sehen, mit dem sie von Anfang an militante und bewaffnete Politik aus jedem politischen Zusammenhang und gesellschaftlicher Auseinandersetzung rausbrechen wollten.

Es würde mich also nicht wundern, wenn dieser Brief tatsächlich eine reine Staatsschutzproduktion wäre – in der Logik eines Celler Lochs und mit der Verzweiflung der »Nonne-Kronzeugen«-Manipulation. Und es paßt ja auch wirklich, daß prompt diese Expertensimulanten erscheinen – wie diese traurige Figur Rolf Tophoven – und unter dem mühsam selbstgestrickten Deckmantel der »Wissenschaftlichkeit« des »Institut für Terrorismusforschung« Klischees und Schemas liefern. Ich habe es leider verpaßt, mal rauszukriegen, wer dieses Seniorenheim für ausgemusterte Staatsschützer und Contra-Spezialisten eigentlich tatsächlich finanziert. (Horchem sitzt da ja auch drin.) Jedenfalls ist das schon lange eine bekannte Fälscherwerkstatt für die Umschreibung der Geschichte der Kämpfe, und sie verstehen sich ja auch mit »Analysen« als Berater der »Politiker« und sind eine Schaltstelle für koordinierte Entstellung in den Medien. Ich will nicht spekulieren, ob sie diesen Brief sogar selbst schrieben, und nicht mal, ob eine der zahlreichen deutschen Geheimdienst- und Staatsschutzstellen dafür verantwortlich ist.

– Denn wenn für diesen Brief tatsächlich Menschen verantwortlich sind, die etwas wollen, und wenn er eine Orientierung ausdrückt, die tatsächlich einen Teil der Diskussion bestimmt, dann klären wir beides sowieso nur über die inhaltliche Diskussion und den politisch-praktischen Prozeß, den wir wollen. Der Brief wäre dazu kaum ein brauchbarer Beitrag und ja auch kein wirklich eigener, hinter dem eine Konzeption steht. Es reicht nicht, aus Texten aus 22 Jahren zu zitieren. Was wir brauchen, ist sicher keine »Parolen-Fraktion«, die Kontinuität revolutionärer Praxis mit dem Geist von Textarchivaren verwechseln. Und ich kann mir einerseits kaum vorstellen, daß Leute, die wirklich für revolutionäre Ziele und Organisierung arbeiten (wollen), so entschieden nicht verstehen, daß dieser Brief nichts als eine defensive Angstreaktion wäre – weil sie produktiv mit dem Raum jetzt in Wirklichkeit nichts anfangen können und lieber »Gegenstände« beschwören als Politisierungsprozesse vorantreiben.

Andererseits war es immer schon eine besondere Schwierigkeit der deutschen Linken, einen politischen Moment, eine Phase mit dem Gespür für das aktuell Notwendige auszufüllen –, ohne dabei die strategische Orientierung aus dem Auge zu verlieren, auf die so eine Übergangsphase hinausläuft. Für mich ist das schon länger ein Gedanke, daß niemand sagen kann, wie die RAF und militante Strukturen in ein paar Jahren konkret aussehen werden – und das ist eben noch keine Antwort, wie manche meinen oder es aus eigenem Interesse in Aufgabe-Ende-Schluß-Kategorien zwingen wollen. Und auch wenn die Entwicklung heute in ihrem ganzen historischen Zusammenhang sicher viel tiefgreifender ist, ist das jetzt auch nicht so völlig das erste Mal, wo es für die Guerilla und revolutionäre Bewegung um eine Neuorientierung geht. Wir hatten das schon mal Anfang/Mitte der 80er – auch wenn es damals als Neusetzung wenig gründlich gelungen ist, was an eigenen Fehlern lag und auch, weil wir die Umbrüche im ganzen internationalen Kontext noch nicht wirklich begriffen hatten, in denen wir andererseits aber schon agierten. (Eine Tatsache, mit der die Nicaraguaner z.B. besser klargekommen sind, obwohl sie sie bestimmt in diesem Moment auch noch nicht vollständig begriffen haben. Sie arbeiten sie ja erst heraus.)

Aber das nur kurz eingeschoben, weil es vielleicht auch einen ruhigeren Blick dafür schafft, daß die Kämpfe schon länger in diesem Umbruch – von dem jetzt alle reden, weil er einem ins Gesicht springt – nach Wegen gesucht haben. Die Probleme der Praxis und Organisierung (im Gegensatz zur Parteiförmigkeit) waren schon Reaktion auf die Krise und Stagnation der gesellschaftlichen Organisierung auch im

Osten. Unsere Schwäche auch bedingt dadurch, daß sie die Notwendigkeit neuer Organisierungsformen und Begriffe von Gesellschaftlichkeit noch nicht herausgebildet hatten. Jetzt ist das alles gleichzeitig auf dem Tisch.

Ich möchte, daß der Schritt, den die RAF jetzt mit ihrem Brief auch aufgemacht hat, ein politischer Sprung nach vorne wird. Leider kommt das in ihrem Brief nicht so sehr rüber, aber das liegt vielleicht auch daran, daß es ja für alle schwer ist, in einem Text die Gedanken und Vorstellungen jetzt zusammenzufassen. Und ich verstehe es auch, daß sie ein paar Sachen »einfach mal« feststellen, ohne gleich Antworten drauf zu schreiben. Um auch klarzumachen, daß sie nicht einfach weitermachen, ohne daß das einen organischen Bezug zur Bestimmung und Entwicklung von Gegenmacht insgesamt sucht. Für mich ist das der erste Schritt, mit dem sich eine revolutionäre Bewegung wieder der RAF bemächtigt sozusagen. Das ist ja der Sinn von Illegalität und Guerilla – nicht umgekehrt. Wir aus dem militanten Widerstand und im Frontprozeß waren dafür in den Achtzigern einfach noch nicht reif genug. Es blieb ein Ansatz – wenn auch in seinem Kern das heute noch auffindbar ist. Sicher werden Leute das in ihren Immer-schon-gesagt-und-gewußt-Kategorien entstellen. Und damit gibt es die Gefahr, daß man unnötig viel damit beschäftigt ist zu sagen: Wir reden nicht vom Ende ... Aber ich glaube auch, daß wir das in Kauf nehmen müssen, weil es letztlich auf die andere Wirkung und Orientierung ankommt, nämlich die Menschen zu erreichen, die wirklich selbst Verantwortung übernehmen (wollen), und den Aufbau von verbindlichen Strukturen, die zu politischer und sozialer Praxis fähig sind, voranzubringen und das zu einem Befreiungsprojekt zusammenbringen zu wollen, das auch in der Lage ist, hier gegen das System Ziele und Forderungen durchzusetzen. Wie sehr das beides notwendig ist – die revolutionäre Organisierung als »sozialer Ort« und die Fähigkeit, gegen die Macht Forderungen und Veränderungen durchzusetzen – mit der Umwälzung des ganzen Systems im Auge –.

Hat ja die verzweifelte Explosion in den Ghettos der USA gerade nochmal deutlich gemacht – das orientierungslose Moment darin, seine tragische Gewalttätigkeit, ist ja auch eine Folge der Zerschlagung schwarzer authentischer Selbstorganisierung – und damit der sozialen Bindung, des politischen Bezugs, die die US-Regierung betrieb, weil sie die Widersprüche nicht lösen wollte.

Momente dieser Entwicklung sind längst hier in Deutschland angekommen. Das fängt die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr auf, und niemand außer uns schafft den Pol und die Werte, in dem das außerhalb bierselig-männlicher oder technokratisch-»hygienischer« Barbarisierungsprozesse zu einem Anziehungspunkt für die Menschen wird.

Du fragst, ob ich denn die Situation so offen sehe – von staatlicher Seite, was da jetzt mit der »Kinkelinitiative« kam.

Ich kann dazu nur sagen, ich weiß es nicht, aber ich glaube auch, daß die Frage so rum gestellt nicht richtig ist. Der Schritt jetzt hat erst in zweiter Linie mit einer Beweglichkeit im Apparat zu tun, oder besser: Damit, daß man jetzt hin- und herwälzt,

wollen sie wirklich Lösungen, ist diese Fraktion im Apparat stark genug oder nicht. Das ist mir viel zu sehr »von hinten« aufgezäumt. Es geht ja zuallererst um eine Mobilisierung, die den Druck aus unserer Bestimmung, unseren Orientierungen heraus schafft. Vom Staat wird so oder so der Versuch kommen, jeden Schritt für seine Ziele erscheinen zu lassen, und aus dem heraus ist es ja auch in dem, was man dazu von ihnen hört, begrenzt – das kann nicht unsere Sache sein.

Ich überlege das andersrum: Die Zeit ist reif, daß die Mobilisierung auch in diesem Konflikt in die Gesellschaft rein, und durch sie mitbestimmt, eine politische Lösung erreicht, also eben keine staatliche. Dazu müssen wir in der Lage sein, zu sagen, was im gesellschaftlichen Interesse ist. Das hat mit »Anbiederung« nichts zu tun – die Forderungen sind so radikal, wie die Situation (und die Geschichte) es verlangt. Ich halte das für möglich – außerhalb der gängigen Kategorien von »schmackhaft machen« und ähnlichem Scheiß, wenn es selbstbewußt angegangen wird. Die staatliche Taktik ist ja jetzt, daß sich die Verantwortlichen einfach weigern, die politische Verantwortung zu übernehmen, sich hinter ihren Schreibtischen wegducken und von »Normalvollzug« reden. Also das ist ja die sogenannte »SPD«-Reaktion auf das ganze Ziel Freiheit, aber das ist sie auch im einzelnen konkreten Fall. Wir hatten das gerade wieder hier in Brackwede mit dem Jumi/NRW (Justizministerium/Nordrhein-Westfalen). Heidi und ich wollten einen gemeinsamen Besuch einer Delegation der sandinistischen Jugend und haben das auch gleich über Jumi beantragt. Die haben sich nicht entblödet, uns schematisch formulierte Briefe zu schreiben, daß erstens der Antrag abgelehnt wird und zweitens unsere »Eingabe« an das dafür zuständige Justizvollzugsamt Hamm geht. Von dort werden wir – bekannte Sache für uns – ein Schreiben erhalten, das immer gleich formuliert ist, obwohl angeblich das jeweils besondere Anliegen geprüft wurde. Geschenkt. Wir wissen natürlich, daß die Ablehnung des Gemeinschaftsbesuches formal begründet werden kann und daß der Vollzugspräsident in Hamm – als zuständige Aufsichtsbehörde über die Anstaltsleitung – das als administrativ richtige Entscheidung feststellen wird. Eine andere Entscheidung – die genauso stumpf-formal begründet werden könnte – setzt eben den politischen Willen voraus.

So zwangen sie uns und die sandinistischen Freunde dazu, jeweils eine getrennte Stunde bei Heidi und mir zu machen ... was natürlich viel zu kurz war, zumal wir uns nur mit Hilfe einer Dolmetscherin unterhalten konnten. Es wäre die Frage, was SPD- und Gewerkschaftsbasis von dieser Behandlung hält, wo es ja viele direkte Kontakte aus diesem Bereich zur sandinistischen Partei gibt. Schlimm genug schon ihre Behandlung auf dem Frankfurter Flughafen: totale Filze und unverschämte Bedrängung: »Wo haben Sie denn nun das Kokain?«, als sie nichts fanden.

Das einzige ... rationale Moment an dieser Linie ist allein noch, daß es für die SPD inzwischen im Politmarkt nicht mehr zuträglich ist, mit Sondergesetzen, Prozessen und Knast Politik zu machen. In den Siebzigern haben sie sich damit noch gebrüstet – im Schlagabtausch mit der CDU/CSU –, daß sie schließlich den Ausnahmezustand verrechtlicht haben und die Staatsschutzapparate etat- und personalmäßig

astronomisch aufgeblasen haben. Jetzt muß das als »normal« hingestellt werden, um auch im Nachhinein nicht mehr politisch dafür verantwortlich zu sein.

Und schließlich hat sie in der Krise des Systems jetzt ja auch keine andere Vorstellung, als auf die sozialen und politischen Konflikte repressiv zu reagieren. Siehe Flüchtlinge.

Ich glaube, daß viele Leute diese Inkompetenz satt haben und sehr wohl durchschauen – über radikale und revolutionäre Zusammenhänge hinaus, nicht »automatisch«, aber sie erkennen dann schon die faktische Eskalation in der Weigerung zu handeln und die Unverschämtheit, mit der die »Politiker« lügen. Es wäre ein Verbindungsmoment in der Verständigung ... »Kompetenz« in den Fragen und Problemen, die überall drängen, ist jetzt ja überall nur noch von den Menschen zu erwarten, die direkt mit den Sachen konfrontiert und von ihnen betroffen sind – und sich dafür organisieren, Lösungen zu erzwingen, in denen der Mensch im Mittelpunkt steht.

Interview mit Christine Kuby, Irmgard Möller, Hanna Krabbe und Gabriele Rollnick

16. Mai 1992

Im folgenden dokumentieren wir ein Interview, das Irmgard Möller, Christine Kuby, Hanna Krabbe und Gabriele Rollnick dem NDR gegeben haben. Es wurde am 16. Mai im Dritten Programm des NDR-Fernsehens gesendet (außerdem gekürzt im Hessischen Rundfunk und im Westdeutschen Rundfunk.) ...

Nach der Transkription hatten die vier gefangenen Frauen die Gelegenheit, den Text noch einmal leicht zu redigieren. Bei dieser Gelegenheit haben sie uns noch folgende Bemerkung geschickt: »Wir wollten mit diesem TV-Interview auch Leute erreichen, die nichts über uns wissen, vielleicht nur 20 Jahre Hetze über und gegen uns mitbekommen haben. Wir haben es also bewußt nicht als linke Diskussion geführt.« ...

kla (ak, Nr. 343, 3. Juni 1992)

Gabriele Rollnick: Die Kräfte, die ein Interesse daran haben, daß alles so weiterläuft wie bisher, das sind wir ja nicht. Das sind Kräfte im Staatsapparat. Die möchten nach alter Weise weitermachen. Dann – ja gut, dann ist es eben wieder so. Wir Gefangenen haben 20 Jahre lang gekämpft, wir werden auch die nächsten 20 Jahre kämpfen. Das ist jetzt nicht der Punkt.

Oliver Tolmein: *Wer ist diese Gruppe »Gefangene aus RAF und Widerstand« eigentlich?*

Irmgard Möller: Das sind einmal die Gefangenen aus der RAF, die in der RAF gekämpft haben, bevor sie gefangen wurden. Und die anderen, das sind die, die als vom Widerstand gekämpft haben – militant – oder jedenfalls dafür verurteilt wurden.

Verstehen Sie sich als Gefangene aus der RAF noch als Teil der Roten Armee Fraktion, oder ist das jetzt ganz was anderes?

Irmgard Möller: Wir verstehen uns weiter als Teil vom Widerstand. In dem Moment, wo man verhaftet ist und keine Waffe mehr hat und legaler ist als man überhaupt nur sein kann, kann man nicht mehr wie RAF kämpfen, sondern man ist ja gefangen. Man ist aber immer noch Teil, auch wenn es nicht mehr eine Organisation ist.

Im letzten Jahr hat die Bundesanwaltschaft in den Zellen umfangreiche Sammlungen von Aktenordnern und Papieren beschlagnahmt mit der Argumentation, daß aus den Zellen heraus die Aktionen der RAF draußen gesteuert worden sind.

Irmgard Möller: Seit Anfang an, seit wir gefangen sind, war das immer so, daß die Bundesanwaltschaft – oder die gesamte Staatsschutzmaschine – behauptet hat, daß

die Gefangenen die Sachen draußen steuern. Das sollte die Maßnahmen gegen uns legitimieren. Das war die öffentliche Linie, um zu rechtfertigen, warum man uns isoliert, warum man uns so behandelt.

Christine Kuby: Außerdem sollte es vermitteln, daß es keine wirkliche Kontinuität von Widerstand und Kampf draußen gibt, sondern daß das nur dadurch lebt, daß die Gefangenen quasi die Fäden ziehen.

Und die anderen sozusagen die Handlanger wären ...

Christine Kuby: Genau. Und das ist einfach nicht die Realität gewesen. Und ist sie auch nicht.

Gibt es denn eigentlich überhaupt eine Abstimmung oder einen Kontakt zwischen Ihnen hier im Gefängnis und der RAF draußen?

Irmgard Möller: Keinen direkten Kontakt. Es gibt keinen direkten Austausch. Wir können feststellen, was sie machen und können uns dazu verhalten, durch Briefe oder dadurch, was wir sagen. Wir können aber nicht direkt mit ihnen reden.

Gabriele Rollnick: Die RAF und wir sind in derselben politischen Situation, aber an verschiedenen Orten.

Wie weit reicht dieser Widerstand eigentlich? Zum Beispiel die Anti-AKW-Bewegung, gehört die dazu oder ...?

Irmgard Möller: Die gehört sicher dazu.

Gabriele Rollnick: Auf jeden Fall fühlen wir uns diesem Widerstand verbunden. Wie gesagt, das ist eben nicht organisatorisch. Wir hatten ja auch Zusammenhänge in der Gesellschaft, von Gruppen, die uns auch unterstützt haben oder die die Situation so ähnlich gesehen haben wie wir, ohne gleich den Schritt gemacht zu haben, in die Illegalität zu gehen. Die haben legal versucht, was zu ändern. Die haben sich aber uns auch verbunden gefühlt. Von denen sind wir dann später auch besucht worden.

Wir sind nie aus der Gesellschaft rausgefallen und konnten uns immer – trotz Isolation – ein Bild von den Entwicklungen machen. Wir haben uns das zumindest erkämpft.

Hanna Krabbe: Die Gesellschaft hat sich verändert, die Kämpfe haben sich verändert. Und wir sind als politische Gefangene immer ein Faktor gewesen in den Kämpfen gegen den Staat. Das haben wir wesentlich immer aus unserer eigenen Situation entwickelt, aus der Situation von Gefangenen.

Alltag im Gefängnis

Haben Sie eigentlich auch einen Alltag, in dem Sie mal über was ganz anderes reden, was ja vielleicht auch, sagen wir, neue oder andere Impulse bringen könnte. Was weiß ich, was man für Bücher gelesen hat...

Irmgard Möller: Absolut. Daß wir uns Bücher erzählen, die wir über Nacht gelesen haben. Oder Filmchen, die man geguckt hat, oder ... Man darf sich nicht vorstellen, daß wir den ganzen Tag sitzen und politische Probleme diskutieren.

Wir sind ja keine Funktionäre. Wir gucken zusammen Bilderbücher, also Kunstbücher. Oder wir kochen zusammen, das ist auch was Wichtiges.

Christine Kuby: Das ist aber auch erst seit drei Jahren.

Hanna Krabbe: Aber das ist was unheimlich Wichtiges.

Irmgard Möller: Daß wir zusammen essen können ...

Was kochen Sie denn am liebsten? (Lachen)

Gabriele Rollnick: Erbsensuppe. (Lachen)

Ist es das, was Sie am liebsten kochen, oder das einzige, was Sie kochen können?

Christine Kuby: Nein, wir können schon gut kochen, aber wir haben auch nicht so viel Mittel. Wir können uns einmal im Monat frisches Gemüse einkaufen, und das kann man dann halt nur in den ersten Tagen kochen, sonst ist es kaputt.

Hanna Krabbe: Aber kochen und essen und miteinander reden und kommunizieren, das ist wirklich 'ne wichtige Sache. Du schmeckst was, es ist auch eine sinnliche Erfahrung. Wenn du jahrelang immer nur in der Zelle sitzt und kriegst das Essen vom Knast und du bist allein – du schmeckst dann auch gar nicht mehr richtig. Erstens schmeckt sowieso alles gleich, aber du schmeckst auch nicht mehr die Unterschiede. Als wir angefangen haben, hier wieder für uns zu kochen, das war 'ne richtige Bereicherung.

Kochen Sie dann jeden Tag?

Alle: Ja, wenn es möglich ist, eigentlich immer.

Irmgard Möller: Oder wir nehmen die Sachen, die wir vom Knast kriegen und verändern sie, wenn wir nicht eigene Mittel haben.

Was lesen Sie gern, was sind das für Bücher, die Sie sich anschauen?

Irmgard Möller: Das ist ein ganz breites Spektrum. Am Anfang, als ich gefangen genommen wurde, habe ich erstmal alles gelesen, kreuz und quer. Ohne Plan, ohne Vorstellung, wo führt das hin. Und dann habe ich 'ne Zeit lang ganz viel Romane gelesen; vor allem solche, wo sich ein Befreiungskampf kulturell ausdrückt. Romane von Palästinensern. Das sind seltene, zeitgenössische, die sind dann gerade erst geschrieben worden, weil die früher keine geschrieben haben. Oder aus Lateinamerika ganz viele Sachen. Zwischendurch auch so trockene Sachen, theoretische Wirtschaftsanalysen, was weiß ich ... Aber es gibt Phasen, wo man abstrakte Sachen gar nicht packt, gar nicht lesen kann.

Hanna Krabbe: Bei mir war das zum Beispiel so nach ’77, als die Haftbedingungen besonders schwer waren, als wir auch ganz wenig von draußen gehört haben, da habe ich fast nur Romane gelesen. Einfach um Wärme und menschliche Entwicklung mitzukriegen. Eigentlich quer durch den Garten. Aus anderen Ländern, anderen Kulturkreisen, aber vor allem Romane, wo ’ne Entwicklung, die die Menschen durchmachen, nachvollziehbar war oder für mich wieder vorstellbar war. Andere Sachen konnte ich zu der Zeit überhaupt nicht lesen.

Irmgard Möller: Ich habe gedacht, es ist unbedingt wichtig, daß wir sagen, was wir denken, damit kein Raum für Spekulationen bleibt, weil grundsätzlich immer das Bestreben ist, uns gegeneinander auszuspielen.

Wer gegen wen?

Irmgard Möller: Die Gefangenen oder Teile der Gefangenen gegen andere Gefangene oder die RAF gegen die Gefangenen oder jeden gegen jeden ...

Gabriele Rollnick: ... Hardliner gegen Weichliner ...

Irmgard Möller: Ja. Das sind alles Konstruktionen und Erfindungen, die mit der Realität überhaupt nichts zu tun haben. Und deswegen hatte ich es unheimlich eilig.

Gabriele Rollnick: In dieser kurzen Zeit konnten wir uns natürlich nicht untereinander irgendwie absprechen. Aber uns war klar, daß die anderen Gefangenen, daß wir alle ähnlich denken ...

Irmgard Möller: ... daß es Konsens gibt und keine Widersprüche zu diesem Thema.

Gabriele Rollnick: Von daher konnte Gabi das klar für alle aussagen.

Um sich das mal ganz praktisch vorzustellen: Ist das dann so gelaufen, daß Sie, Frau Möller, das formuliert haben und intuitiv den Eindruck hatten, die anderen werden das auch so finden, und deswegen erklären Sie das jetzt für alle?

Irmgard Möller: Ich war einfach sicher.

Hanna Krabbe: Intuitiv, das trifft es glaube ich nicht; das ist der Stand unserer Diskussion. Schon seit Mitte der achtziger Jahre und bis Ende der achtziger Jahre war ja zu sehen, daß weltweit ein Umbruch stattfindet, daß diese Front gegen den Imperialismus stagniert. Die sozialistischen Staaten sind dann zusammengebrochen in der Konfrontation gegen die imperialistische Militärpolitik, vor allem aber auch an inneren Widersprüchen, so daß wir jetzt global eine ganz andere Situation vorfinden. Alles, was sich jetzt gegen Imperialismus entwickelt, entwickelt sich nicht mehr an einer inneren und äußeren Front, sondern eigentlich nur noch an inneren Widersprüchen im imperialistischen System.

Können Sie vielleicht nochmal genauer beschreiben, was der Zusammenbruch – oder die Auflösung – des sozialistischen Staatensystems für den bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik für eine Rolle spielt?

Christine Kuby: Es hat ja auch Auswirkungen im Innern, der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers. In einer positiven Weise auch. Bestimmte starre Denkstrukturen – viele haben sich ja auch darauf verlassen, daß da eine Kraft ist, die dem Imperialismus entgegentritt und ihn in Schach hält – was gar nicht mehr realistisch war –, die nicht aus ihren eigenen Bedingungen oder Bedürfnissen heraus gekämpft haben. Die eine andere Gesellschaft wollten, aber das irgendwie delegiert haben. Das ist jetzt was, was auch weggefallen ist. Ich meine: In der RAF-Erklärung steht »Jeder ist auf sich zurückgeworfen.«

Gabriele Rollnick: Als wir angefangen haben, hier bewaffnet zu kämpfen, da war klar, es gibt diesen Gegenpart. Wir kämpfen innerhalb einer weltweiten Auseinandersetzung, in der das sozialistische Staatensystem eine Rolle spielt, die Befreiungsbewegungen und wir innerhalb des Imperialismus. Und nachdem jetzt der »real-existierende Sozialismus« zusammengebrochen ist, hat sich das natürlich total verändert. Und das heißt dann aber auch für uns, unter welchen Bedingungen wir kämpfen ... der Kampf heute findet unter anderen Bedingungen statt.

Hanna Krabbe: In den Sechzigern, Siebzigern – in den Achtzigern hat das dann schon aufgehört – hat der Staat ja auch versucht, durch Reformen das System zu verbessern. Heute desintegriert der Staat. Zum Beispiel bei der Krankenkasse oder beim Wohnungsbau sieht man das: alle Leute werden nur ausgegrenzt, Probleme werden vom Staat weggenommen, dem »freien Markt« überlassen und die Leute müssen jetzt selber damit fertig werden. Das ist gesellschaftlich eine total andere Situation.

Wir haben ja immer unsere Angriffe gegen den Staat gerichtet, weil der Staat eben diese Funktion gehabt hat, als zentrale Funktion, die die gesellschaftliche Entwicklung wesentlich bestimmt.

Das sind also eher Überlegungen politischer und strategischer Art, als zu sagen, wir finden Attentate oder Tötung von Menschen prinzipiell nicht richtig?

Hanna Krabbe: Prinzipiell kann man sowas überhaupt nicht beantworten, denke ich. Aber was sich zum Beispiel auch verändert hat, ist einmal die Funktion von Staat, dann aber auch die Funktion von Gewalt. Hier in der Gesellschaft, was wir jetzt sehen, ist eine unheimliche Brutalisierung, Brutalisierung im Alltagsleben, wie gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden – unpolitisch ausgetragen werden. Daß also die Menschen die Gewalt, die auf sie einwirkt aufgrund der verschärften gesellschaftlichen Verhältnisse, gegeneinander wenden. Zum Beispiel Kinder sind vor allem betroffen, oder auch Frauen, dann die Ausländer. Die Gewalt, die in den Sechzigern und Siebzigern was Besonderes war und die auch die besondere Funktion hatte – von unserer Seite –, gesellschaftliche Widersprüche aufzubrechen, sichtbar zu machen und zuzuspitzen, daß die heute gar nicht mehr die Funktion haben kann. Das haben wir auch an den letzten Aktionen von der RAF gesehen oder auch von anderen militanten Aktionen: die passieren, aber es entwickelt sich politisch nichts mehr dran. Und das hat was mit dem gesellschaftlichen Zustand hier zu tun.

Gabriele Rollnick: Wir sind ja dabei, die Situation erstmal überhaupt auch zu begreifen. Wir im Knast als Gefangene, uns ist total klar, daß wir diese Situation gar nicht wirklich erfassen können. Wir kriegen die sinnlich ja nicht mit. Wir kriegen die mit über Zeitungen, wir kriegen die mit über Fernsehen, und dann sehen wir, es sind unheimliche Probleme. Die fallen uns auf, die kennen wir von früher nicht, da muß man jetzt anders mit umgehen als wir das bisher gemacht haben.

Und – ich sehe das jetzt als Diskussion hier, ohne daß wir jetzt sagen können, so, das ist jetzt was Festes – wir versuchen zu lernen, wir versuchen zu gucken, wir versuchen zu begreifen.

In der Erklärung der RAF ist es ja so, um nochmal darauf zurückzukommen, sie sagen, für uns ist das eine Zäsur, wir stellen jetzt die Angriffe ein, wir nehmen die Eskalation zurück, da sagen wir zu dem Punkt: solche Angriffe kann man nur machen, wenn man eine konkrete Vorstellung hat, wohin man damit will, wie sie die Situation verändern wollen. Wenn die Vorstellung nicht mehr da ist, dann kann man diese Angriffe auch nicht machen.

Wieso merkt die RAF das eigentlich gerade jetzt, 1992, und nicht zum Beispiel vor dem Anschlag auf Herrn Rohwedder? Gab es da noch eine feste Vorstellung?

Gabriele Rollnick: In der Erklärung, soweit ich das im Kopf habe, sagen sie ja, seit zwei Jahren probieren sie ...

Irmgard Möller: ... parallel ...

Gabriele Rollnick: ... 'nen parallelen Prozeß zu machen ...

Hanna Krabbe: ... sie haben gesagt, sie haben weiter Aktionen gemacht, bewaffnete Aktionen, und haben versucht, gleichzeitig einen Diskussionsprozeß in Gang zu setzen. Und haben dann gesagt, daß es gleichzeitig gar nicht geht, weil durch die Aktionen eine Eskalation entsteht, die aber diesem Diskussionsprozeß widerspricht, die den auch blockiert. Auf jeden Fall haben sie ihn nicht vorangebracht. Das ist auf jeden Fall ja mal ein Fakt. Und daraus haben sie 'ne Konsequenz gezogen. Und wir denken, daß es noch viel mehr ist, daß es uns viel mehr auf ganz grundsätzliche Probleme, wie jetzt hier politische Lösungen gefunden werden können, gebracht hat. Daß wir auf viel grundsätzlichere Fragen gestoßen sind. Das ist nicht nur ein Problem der RAF, das ist ein Problem von allen.

»Gegenmacht von unten«?

Ist die Linke für Sie als Konzept überholt, oder sind das gar nicht mehr Ihre Ansprechpartner?

Hanna Krabbe: Die gibt's eigentlich so nicht mehr. Die hat sich ja auch zersetzt, auch durch diesen Umbruch. Es gibt in dieser Gesellschaft ganz viele Arten von Widerstand und Menschen, die sich zusammenschließen, weil sie in ihrem Leben an einen Punkt gekommen sind, wo sie Lebensinteressen nur noch durchsetzen können, wenn sie sich zusammenschließen.

Wenn man jetzt mal ganz polemisch fragt: Es gibt doch mindestens noch eine Rechte? Oder gibt es die Ihrer Meinung nach auch nicht mehr?

Hanna Krabbe: Natürlich.

Irmgard Möller: Die gibt es, ja.

Hanna Krabbe: Aber es hat ja keine linke Kraft gegeben. '89/'90/'91: wo ist die gewesen? Der Staat hat einen unheimlichen Machtzuwachs bekommen, und die Opposition war gelähmt, desorientiert, bewußtlos.

Als was würden Sie sich bezeichnen, wenn Sie sagen, es gibt eine Linke heute nicht mehr? Man hat ja klassisch immer gesagt, die RAF oder die Gefangenen aus der RAF gehören zur Linken, sind ein Bestandteil davon.

Hanna Krabbe: Wir wollen, daß sie sich wieder konstituiert.

Irmgard Möller: Wir haben '89 gesagt, wir wollen einen Prozeß herbeiführen, in dem sie sich neu zusammensetzen kann, weil es sie schon damals nicht mehr gab als sichtbar oder etwas, was man im groben Sinn als Einheit betrachten kann.

Man sieht auch, daß bestimmte Positionen aus den Medien vollkommen verschwinden. Wie mit Asylbewerbern umgegangen wird oder wie bestimmte Konflikte nicht gelöst werden, daß es da einen richtigen Rutsch gegeben hat. Daß auch Leute, die früher linke Intellektuelle waren, nicht mehr sichtbar sind, daß sie sich nicht mehr artikulieren können. Und daß dadurch ein Gesamteindruck entsteht, als gäb's die nicht mehr. Und als Kraft schon mal gar nicht.

Sie haben vorhin gesagt, beim realexistierenden Sozialismus hat der Zusammenbruch auch was mit inneren Bedingungen zu tun. Denken Sie, daß das bei der bundesdeutschen Linken auch der Fall ist?

Hanna Krabbe: Ja, bestimmt.

Irmgard Möller: Das ist es immer, wenn was zusammenbricht, durch äußere Einwirkung herbeigeführt. Aber wenn es von innen stimmt, dann würde es auch nicht zusammenbrechen. Mal ganz grundsätzlich, denke ich.

Haben Sie eine Idee davon, was das sein könnte, welche Wurzel da verrottet ist?

Gabriele Rollnick: Ja, vielleicht, daß die Linke das mit ihrem eigenen Leben nie richtig verbunden hat, was sie politisch anders wollte. Daß da was geklafft hat zwischen dem, was politisch in der Gesellschaft anders sein sollte, und den Zielen und dem, wie sie gelebt hat. Also: daß sie sich selbst nicht richtig umgewälzt hat. Und daß dadurch Ideologie so wichtig wurde und ideologische Widersprüche, weil es an der Substanz nicht gestimmt hat.

Hanna Krabbe: Oder sich in einem Ghetto bewegt, wo das gar keine gesellschaftliche Relevanz gehabt hat. Also zum Beispiel Diskussionen geführt werden oder Zei-

tungen, Flugblätter gemacht werden, die gesellschaftlich nichts mehr in Bewegung gesetzt haben. Die 'ne Selbstbeschäftigung waren.

Gabriele Rollnick: Wo auch gar nicht die Menschen angeguckt werden, mit denen man was machen will, und dann geguckt wird, kann ich mit denen was machen und finden wir einen gemeinsamen Nenner. Sondern geguckt wird, na, hat der die richtige Meinung.

Hanna Krabbe: Ich finde das so begrenzt, wenn ich jetzt sagen würde, wir gucken – meinetwegen –, was die Leute in den Häusern machen, die sich eigene Zentren, Lebens- und Diskussionszentren in besetzten Häusern zum Beispiel, erkämpft haben ...

... Hafenstraße ...

Hanna Krabbe: ... oder Hafenstraße, oder so. Das gehört dazu, aber das finde ich noch viel zu eng. Ich möchte das viel weiter, richtig durch die gesamte gesellschaftliche Breite. Zum Beispiel was in Hamburg war mit der Stresemannstraße.

... Als dort die Straße blockiert wurde.

Hanna Krabbe: Ja. Da donnern die Lastwagen durch 'ne Wohnstraße. Das ist die befahrenste Straße in ganz Hamburg, und da sind schon ganz viele Kinder überfahren worden. Irgendwann haben die Leute, die da leben, einfach gesagt, so, jetzt ist Schluß. Sie haben die Straße zugemacht, sie haben den Verkehr blockiert, und dann ist unheimlich viel passiert. Dann haben sie sich mit der Verkehrspolitik auseinandergesetzt, sie haben gemerkt, wenn die Straße zu ist, dann können unsere Kinder ja auf der Straße spielen. Oder die Frauen und Männer, die da wohnen, haben gemerkt, wir können ja jetzt wieder auf den Balkon raus, vorher ging das gar nicht, weil die Luft so dreckig war. Also, es sind ganz viele Probleme an einem ganz kleinen Punkt: eine Straße, da ist ein Kind überfahren worden. Die gesamtgesellschaftliche Organisierung – also: wie wird hier der Verkehr organisiert, wie wird hier Kommunikation organisiert beziehungsweise nicht organisiert, wo haben die Menschen eigentlich noch einen Raum in den Bereichen, wo sie leben, wie können sie das herstellen – das geht gleich um alles.

1977: Mord an Schleyer – Tod in Stammheim

Irmgard Möller: Ich weiß nicht im einzelnen, was abgelaufen ist, also wie, wer, weil ich nie an die Akten gekommen bin. Das erzähle ich gleich noch genauer.

Ich weiß, daß wir das nicht selber gemacht haben, daß wir keine Waffen hatten. Und daß ich bewußtlos in 'ner Intensivstation eingeliefert wurde und nach ein paar Tagen aufgewacht bin. Und ich bin ganz sicher, daß es Mord war. Wir waren damals in der Kontaktsperre ...

Was heißt Kontaktsperre?

Irmgard Möller: Kontaktsperre heißt, daß die Gefangenen untereinander und nach außen total isoliert sind. Daß keine Briefe rausgehen, daß keine Besuche stattfinden

können. Daß noch nicht mal Gespräche mit dem Arzt unter vier Augen laufen, sondern daß jemand vom Staatsschutz dabei ist und den wiederum überwacht. Vorher hatten wir richtig zusammengelebt, und dann durften wir nicht mal mehr gemeinsame Gegenstände berühren. Äußerst rigide wurde das angewandt.

Daß wir nach außen total abgeschottet waren, das war die Bedingung, um überhaupt sowas behaupten zu können.

Sowas behaupten zu können, wie, daß es Selbstmord gewesen sei?

Irmgard Möller: Ja. Überhaupt: das zu tun und nachher als solches darzustellen.

Andere ehemalige Mitglieder der RAF haben ja gesagt, daß es Gespräche über Selbstmord als kollektive Handlungsmöglichkeit gegeben habe. Können Sie sich das vorstellen?

Irmgard Möller: Das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Während der Kontaktsperre hatten wir noch einen Streik angefangen, um zu signalisieren, wir wollen leben, wir wollen kämpfen. Ich kann mir das überhaupt nicht vorstellen. Bei uns hat es solche Gespräche nicht gegeben. Wir wollen ja leben.

Würden Sie denn sagen, daß die Situation im Deutschen Herbst, die Situation zwischen Ihnen und dem Staat, der Bundesrepublik, in dieser Zeit besonders eskaliert ist?

Irmgard Möller: Ja, das war der absolute Höhepunkt. Alles was danach war, das hat sich immer darauf bezogen.

Wir wollten nicht, daß es sich weiter zuspitzt, daß Sachen überwältigt werden, daß Leute vor Tatsachen gestellt werden, die sie gar nicht bewältigen können, weil das so scharf und so überschlagen ist, daß niemand vorbereitet ist. Und daß dann die ganze Politik 'rausfällt und es sich unheimlich militarisiert – von beiden Seiten –, das wollten wir verhindern.

Deswegen hatten wir vorgeschlagen, wenn sie uns freilassen, daß wir dann nicht in die Bundesrepublik zurückkehren, daß wir außerhalb, in Westeuropa oder sonstwo bleiben, natürlich weiter politisch kämpfen, aber nicht bewaffnet, jedenfalls die nicht, die da freigelassen worden wären. Darauf sind sie nicht eingegangen.

Sie haben gesagt, Sie wollten verhindern, daß sich die Situation auf beiden Seiten militarisiert ...

Gabriele Rollnick: Das heißt auch: in der Hand behalten, daß einem das nicht entgleitet in die Richtung ...

Irmgard Möller: ... von einer zwanghaften Reaktion/Gegenreaktion, wo niemand mehr das in der Hand hat.

Wie bewerten Sie dann die Ermordung von Hanns-Martin Schleyer?

Irmgard Möller: Das war sicher keine Racheaktion, das denke ich nicht. Racheaktionen hätten ganz anders ausgesehen.

Hanna Krabbe: Racheaktionen stelle ich mir vor: blind. Wenn jemand zum nächsten Polizeirevier gegangen wäre und einfach die MP reingehalten hätte zum Beispiel. Das würde ich als Rache bezeichnen. Wenn du gar nicht mehr überlegst, gegen wen du eigentlich kämpfst, sondern einfach nur alles, was irgendwie nach Staat aussieht, angreifen würdest.

Haben Sie sich mal das Szenario überlegt, was eigentlich passiert wäre, wenn die RAF damals Schleyer freigelassen hätte? Dann hätte sie doch in einer Situation der Eskalation und Verschärfung doch zumindest relativ menschlich dagestanden?

Hanna Krabbe: Nachdem die Gefangenen tot waren?

Irmgard Möller: Ich denke, das wäre nicht möglich gewesen. Das kann man so durchspielen, aber – ich weiß es nicht.

Sie halten das aus der Situation, wie das damals war, für unvorstellbar?

Irmgard Möller: Ja, weil dadurch, daß die Gefangenen tot waren, hatte die Regierung auf Schleyer verzichtet, das war ausdrücklich.

Was aber nicht heißen muß, daß die Guerillaorganisation das dann auch tun muß.

Irmgard Möller: Ja, sicher. Ich weiß nicht. Ich kann schwer darüber reden.

Haftbedingungen

Irmgard Möller: Wir hatten draußen schon mal überlegt, daß sie mit uns anders umgehen, wenn sie uns fangen, als drei Jahre vorher, als Leute aus der Studentenbewegung gefangen waren. Da gab's nichts besonderes. Darüber wußten wir, über die Erfahrung von Teufel oder von einzelnen Leuten, einzelnen Studenten oder Leuten, die verhaftet worden waren. Da gab's nichts besonderes in der Richtung.

Dann haben wir damit gerechnet, daß wir geschlagen werden, daß wir physisch gefoltert werden. Und dann haben wir festgestellt, wir werden es nicht, sondern daß man bei uns sich was ausgedacht hat – später haben wir dann wissenschaftliche Abhandlungen darüber gefunden –, was viel subtiler war und viel schwerer vermittelbar, und wir haben selber unheimlich lange gebraucht, Monate, Jahre eigentlich, um zu begreifen, was das ist. Daß Isolation Folter ist und daß sie die gleiche Funktion hat wie physische Folter. Nicht nur sofort Informationen zu erlangen, sondern langfristig den einzelnen Gefangenen seiner Geschichte zu berauben, seiner Identität zu berauben, seiner ganzen Persönlichkeit. Ihn umzudrehen.

Ist es nicht vielleicht viel banaler vorstellbar, daß man gesagt hat, wir haben jetzt hier besonders gefährliche Gefangene, die RAF versucht ja auch, Gefangene zu befreien, die Bewegung 2. Juni hat versucht, Gefangene zu befreien, wir müssen jetzt besondere Sicherheitsmaßnahmen ...

Irmgard Möller: Nein, keineswegs. Das war eigentlich nie Sicherheit. Es ging, sie haben das dann zwei Jahre später ausgesprochen, darum, uns von unseren Zielen abzubringen. Wir haben das viel zu spät bemerkt. Ulrike war im Toten Trakt, und vorher war Astrid Proll im Toten Trakt gewesen, und wir haben das gar nicht gewußt. Wir haben nicht realisiert: was macht das. Wir haben gesehen, die kann nicht mehr schreiben, ihr Kreislauf ist zusammengebrochen, die ist vollkommen desorientiert – Astrid Proll. Wir haben aber viel zu spät begriffen, daß das Folter ist und sie als solche anzugreifen. Wir hätten anders interveniert, wenn wir das vorher gewußt hätten. Wir haben das am eigenen Leibe praktisch erfahren, daß das so ist.

'77, dann war ich zum Beispiel in dauernder Observation, Tag und Nacht Licht, dauernde Kontrollen, dauernd Schließer vor der Tür, die permanent aufgepaßt haben, auch wenn ich um 'ne Ecke ging, haben die die Tür aufgerissen, um zu gucken, was ich mache in der Zelle. Am Anfang hatte ich keine Tür, ich hatte statt dessen ein Gitter, wie im Tigerkäfig. Und die haben sich draußen 'ne Tribüne aufgebaut, damit sie in 'ner richtigen Augenhöhe saßen, Tag und Nacht, und haben da auch zu zweit gesessen und geschwatzt. Ich hatte kein Radio, ich hatte nichts, womit ich mich dagegen hätte abschirmen können. Ich hab dann Mechanismen entwickelt, wie ich mich bewege, aber ich war unter dauernder Kontrolle.

Ich habe keine Informationen gekriegt, ich habe keine Besuche gekriegt, dann wurde die Trennscheibe eingeführt für alle. Ich hab' sowieso keine Besuche gekriegt, und die, die stattfanden, waren unerträglich hinter der Scheibe. Dann habe ich keine mehr gemacht. Jahrelang. Ich dachte, ich soll wirklich verrückt werden da drin, ich soll alles vergessen und rotieren und richtig durchdrehen.

Christine Kuby: In den 80ern waren wir jahrelang zu dritt in diesem Trakt. Wir waren vollkommen von allem abgeschottet. Wir haben niemanden gesehen, wir hatten eine Stunde Besuch im Monat hinter der Trennscheibe und ansonsten war nichts. Es war einfach nichts da. Wir hatten jahrelang, was Gabi vorhin schon mal gesagt hat, Schreibverbot zu anderen Gefangenen, total.

Wie sind denn ganz konkret Ihre Haftbedingungen im Augenblick?

Irmgard Möller: Die sind schon besser geworden.

Christine Kuby: Was sich jetzt an unseren Bedingungen, also an den Bedingungen von uns vier hier in Lübeck, verändert hat, das hat sich in anderen Knästen für einzelne Gefangene überhaupt nicht verändert, die sind weiter unter unheimlich scharfen Bedingungen seit zehn Jahren gefangen. Also beispielsweise Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar, seit '82 sind die gefangen, da hat sich überhaupt nichts gelockert oder fast gar nichts gelockert.

Irmgard Möller: Was sich verändert hat, ist die Zensur, also daß nicht mehr so angehalten wird wie die ganze Zeit vorher und beschlagnahmt wird. Was natürlich weiter passiert, daß es weitergeleitet wird. Aber wir bekommen das. Es wird uns nicht mehr vorenthalten. Dann hat sich verändert, daß wir eine Stunde am Tag Hofgang machen können, mit den sozialen Gefangenen, Frauen hier.

Soziale Gefangene?

Christine Kuby: Die Frauen, die hier im Knast sind, die wir ein Jahrzehnt lang nicht gesehen haben und mitgekriegt haben. Nichts gehört, kein Gesicht, nichts. Das ist seit drei Jahren, daß wir dies können und die Möglichkeit dazu haben.

Wie ist denn Ihr Verhältnis zu denen? Haben Sie gute Kontakte dahin?

Irmgard Möller: Wir hatten mal gute; die sind dann entlassen worden. Es ist eine sehr starke Fluktuation, die haben kürzere Strafen.

Hanna Krabbe: Und es ist auch begrenzt. Wir leben ja ganz woanders. Wir leben in diesem Trakt und haben da auch mit dem Knastsystem zu tun; es ist ja immer noch ein besonderes Regime. Die anderen Gefangenen, die im Normalvollzug sind, die kriegen wir ja nur in der einen Stunde mit. Man kann gar nicht so gut miteinander kommunizieren. Wenn man mehr machen würde, dann würde man auch zusammen handeln, und das geht dadurch nicht, daß die ganz andere Bedingungen haben. Es ist dadurch erschwert.

Wäre es denn ein Wunsch von Ihnen, integriert zu werden in so eine Haftsituation?

Christine Kuby: Das wäre mein Wunsch nicht. Ich habe relativ viel Kontakt mit den Frauen, und ich merke, wie mich das anstrengt nach diesen ganzen Jahren der Isolation. Nicht einfach irgendwie so 'ne oberflächliche Beziehung zu den Frauen zu haben – ich würde das überhaupt nicht schaffen. Das wäre: mich oder uns in eine vollkommen andere Realität, als sie die ganzen Jahre über war, plötzlich reinzustecken. Mit so vielen Leute sich auseinanderzusetzen – man kann ja nicht einfach dran vorbeigehen –, das ist etwas, das würde meine Kraft übersteigen, das könnte ich nicht mehr.

Würden Sie denn sagen, daß die Isolationshaft Auswirkungen hat, die heute immer noch fortwirken?

Christine Kuby: Na, auf jeden Fall. Ich denke, das wird auch noch ein ganz langer Prozeß, überhaupt die Fähigkeiten, die man verloren hat durch diese Bedingungen, sich überhaupt wieder anzueignen, und ich denke, das geht nur draußen. Ich kann mir überhaupt keine Veränderungen der Haftbedingungen vorstellen, die so eine Regeneration der ganzen Persönlichkeit möglich macht.

Alle 40 müssen raus

Hanna Krabbe: Wo wir noch gar nicht wirklich sind, daß es um alle geht, daß es um diesen ganzen politischen Zusammenhang geht. Einmal aufgrund von den besonderen Haftbedingungen, denen wir unterworfen werden, und dann aber auch von dem, was wir politisch wollen. Wir wollen ja was ganz Bestimmtes politisch zusammen. Wir wollen ja auch, daß wir das, was wir uns erkämpft haben, jetzt auch an Bewußtsein und an Begriff von der Situation, was wir weiter machen wollen – wir sehen

auch, daß das vom Knast aus überhaupt nicht geht –, das ist ja das zweite, weswegen wir sagen, alle müssen raus. Weil wir politisch draußen handeln wollen.

Was denken Sie, was sind Etappen dorthin?

Irmgard Möller: Wir denken, daß es insgesamt in einem überschaubaren Zeitraum sein kann von ein, zwei Jahren zum Beispiel – mal gesagt. Und daß natürlich der Staat nicht jetzt hingeht und uns alle 40 rausläßt ... wie es genau läuft, das weiß ich überhaupt noch nicht. Wichtig ist, daß es 'ne Entscheidung gibt, das überhaupt ins Auge zu fassen und dazu bereit zu sein. Dann kann man ja sehen, in welchen Etappen. Zum Beispiel die, die am längsten drin sind, also zuerst die Haftunfähigen und dann die über 15 Jahren und dann die zwei Drittel und so weiter. Alle, praktisch.

Bundesjustizminister Klaus Kinkel hat ja mal diesen Begriff der Versöhnung in die Diskussion gebracht. Ist das für Sie etwas, worunter Sie das subsumieren würden?

Irmgard Möller: Also, Versöhnung würde ich mal nicht wörtlich nehmen, sondern für mich hat das ausgedrückt, daß es überhaupt als möglich gedacht wird, uns als politischen Zusammenhang zu akzeptieren. Versöhnung – das kann man wirklich nicht wörtlich nehmen, es ergibt keinen Sinn für mich.

Sie möchten sich auch nicht mit dem Staat versöhnen?

Irmgard Möller: Ich sehe auch gar nicht, wie das, wie, wozu. Ich kann mir das nicht vorstellen.

Hanna Krabbe: Dieser Begriff, finde ich, ist aber auch nicht so wichtig. Da ist zwar jetzt unheimlich viel dran polemisiert worden, ob man das darf oder nicht darf ...

Irmgard Möller: Das ist aber deswegen so polemisiert worden, weil daran was anderes rüberkommt, nämlich die Möglichkeit, uns als politischen Gegner zu akzeptieren – oder die Tatsache, daß wir einer sind.

Das würde ja aber möglicherweise implizieren an Sie auch die Erwartung, sich auf die politischen Spielregeln, die in diesem Land existieren, einzulassen?

Gabriele Rollnick: Wir nehmen die zur Kenntnis, wir müssen sie zur Kenntnis nehmen, nehmen sie auch schon lange zur Kenntnis. Das heißt aber nicht, sich einzulassen, sondern: das ist ja jetzt ein Prozeß, in dem wir uns befinden, und wir versuchen das auch zu beeinflussen.

Hanna Krabbe: Dieser ganze Begriff, politische Regeln in diesem Land, was soll das sein? Die Regeln der Herrschenden? Es gibt ja auch andere politische Regeln.

Also wird es auch nicht, wie zum Beispiel der schleswig-holsteinische Justizminister Klingner gesagt hat, das jetzt als ein Schlußstrich, sondern als Weiterentwicklung ...

Alle: Ja, beides.

Irmgard Möller: Schlußstrich stimmt auch, also, wenn es möglich wäre.

Gabriele Rollnick: Wenn wir sagen Zäsur, das heißt das ja auch. Aber nicht Schlußstrich in dem Sinne: jetzt in den Müll und weg damit, sondern auf 'ne andere Stufe kommen.

Hanna Krabbe: Auf 'ne andere Ebene kommen. Wenn das so vom Staat gesagt wird, vom Justizministerium, dann kann ich das nur so verstehen, daß es bedeuten soll, daß diese Kontinuität von Ausnahmestaat, Ausnahmerecht, Ausnahmebehandlung gegenüber uns, daß mit denen Schluß gemacht werden soll, da bin ich natürlich einer Meinung.

Rede von Günter Sonnenberg

am 20. Juni 1992 in Bonn

Seit dem 15. Mai bin ich frei, und so möchte ich mich bei all den Menschen bedanken, die die ganzen 15 Jahre und zwei Wochen über, die ich im Knast war, für meine Freilassung gekämpft haben.

All die verschiedenen Initiativen und Kampagnen, die zu meiner Feilassung geführt wurden, waren ein Schutz gegenüber dem Vernichtungsprogramm des Staates während der mehr als 15 Jahre Knast – und sie sind auch der Grund, warum ich heute vor euch stehen kann.

Für alle, die dafür gekämpft haben, ist es wichtig festzustellen, daß all die Anstrengungen und all die Arbeit Erfolg hatten.

Dafür waren jede öffentliche Initiative und jede politische und militante Aktion wichtig.

An dieser Stelle möchte ich mich besonders bei den Anwältinnen und Anwälten und bei der Angehörigengruppe bedanken. Sie haben mit großem Einsatz über die ganzen Jahre daran festgehalten, meine Stuation und die aller politischen Gefangen öffentlich zu machen und das gegen uns laufende Vernichtungsprogramm des BRD-Staates anzuprangern.

Daß ich jetzt hier stehen kann, war kein Geschenk des Staates, wir haben das zusammen erkämpft.

Es ist jetzt unsere Sache – die, die wir in Freiheit sind –, dafür zu sorgen, daß alle unsere Genossinnen und Genossen, die noch in den Knästen sitzen, freikommen.

Als erstes müssen die sofort rauskommen, die schwer krank sind:

Bernd Rössner, Isabel Jakob und Ali Jansen.

Bernd ist seit 17 Jahren im Knast. Er war im Kommando Holger Meins, das die westdeutsche Botschaft in Stockholm besetzt hatte, um politische Gefangene zu befreien.

Er war lange Jahre streng isoliert, und er ist immer noch von allen anderen politischen Gefangenen getrennt.

Seit 1983 ist Bernd krank. schon damals stellte die Anstaltsärztin fest, daß seine Krankheit auf die damals achtjährige Isolationsfolter zurückzuführen ist. Im Juli 1988 kommt sie zu dem Ergebnis, daß Bernd nach allgemeinärztlichen Kriterien haftunfähig ist. Das war vor fast vier Jahren!

Bis heute kämpft Bernd um seine Identität. Er ist ungebrochen. Sein Körper und seine psychische Konstitution sind durch die krankmachende Knastsituation so schwer angegriffen, daß Professor Rasch in seinem Gutachten vom Mai 1992 zu dem Ergebnis kommt, daß jeder weitere Tag und jede weitere Woche in Gefangenschaft die Gefahr vergrößert, daß es bei ihm »tatsächlich zur Verbüßung einer lebenslangen

Freiheitsstrafe kommt«. Das heißt im Klartext, Bernd befindet sich in permanenter Lebensgefahr, solange er nicht draußen ist.

Die Bundesanwaltschaft und das Oberlandesgericht Düsseldorf weigern sich, ihn rauszulassen. Sie arbeiten neue Vollzugspläne aus, das heißt, sie arbeiten weiter daran, Bernd zu zerstören und seine Identität zu brechen. Wenn es überhaupt um die Überlegung bei ihnen geht, ihn aus dem Knast zu lassen, dann denken sie an geschlossene Psychiatrie. Es gibt seit Jahren ein gezieltes Programm, um Bernd zu psychiatrisieren. Das setzt sich bis heute fort.

Seine Freilassung ist für uns zentral. Die weiteren Schritte in bezug auf die Freilassung anderer Gefangener hängt davon ab. Das heißt, kein Gefangener wird juristisch-politische Schritte in die Wege leiten, solange Bernd nicht frei ist.

Die Freiheit aller Gefangenen zu erkämpfen steht für uns in der Kontinuität unseres revolutionären Kampfes um die Befreiung aus dem imperialistischen System und aus den Klauen des Staates.

Sie steht aber auch in tiefer Verbundenheit mit den Auseinandersetzungen, die zur Zeit hier draußen stattfinden – dem antirassistischen Kampf, den Mobilisierungen gegen den Weltwirtschaftsgipfel, der Kampagne »500 Jahre Kolonialismus und Widerstand«, aber auch mit dem Häuserkampf gegen die Wohnungsnot.

Die Ziele und Werte, für die wir gekämpft haben und eingesperrt wurden, finden wir wieder bei denjenigen Menschen, die heute in Mannheim von den Bullen niedergeknüppelt werden.

Daß wir heute hier in der Art und Weise demonstrieren können, wurde hart erkämpft. Viele sind die Jahre über in den Knast gekommen, weil sie politische Arbeit zu den Gefangenen machten.

Die Polizeiknüppel in Mannheim, der Ausnahmezustand dort, den sie auch für den Weltwirtschaftsgipfel in München planen, und die Isolationsfolter im Knast gegen uns haben die Absicht, uns von unseren Zielen und Kämpfen für eine menschliche Gesellschaft abzubringen.

Die Folter im Knast soll zerstören und zum Abschwören bringen, hier draußen zerschlagen sie die Knochen der jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten, um Angst und Schrecken, Kapitulation und Aufgabe zu bewirken.

Es gibt vieles, was uns vereint und gemeinsam ist.

In zahlreichen Ländern ist das Volk damit konfrontiert, daß ihm der Imperialismus jede Existenzberechtigung und jeden Raum zum Leben abschneidet. Die BRD ist daran maßgeblich beteiligt.

Ein Beispiel: In Kurdistan werden mit Waffen aus der BRD von der türkischen Regierung die Dörfer zerstört und Kurden ermordet.

500 Jahre Kolonialismus sind genug.

Durch den proletarischen Internationalismus, die Aktionen, die daraus bestimmt waren, wurden revolutionäre Gruppen in der BRD ein ernstzunehmender Faktor

auch für die Befreiungsbewegungen im Trikont. Was wir bisher getan haben, hat nicht gereicht, den Imperialismus zurückzudrängen. Aber die bisherigen Kämpfe begründen die Beziehungen zu den Revolutionärinnen und Revolutionären aus anderen Ländern. Wir treffen hier ständig Menschen aus anderen Ländern, die in den letzten zwei Jahrzehnten im Knast waren. Sie kämpfen wie wir darum, ihre noch gefangenen Genossinnen und Genossen aus den Klauen des Staates zu befreien.

Gleichzeitig geht es darum, Neuorientierung im weiteren revolutionären Kampf zu entwickeln. Die Ähnlichkeit ihrer und unserer Erfahrungen und Gemeinsamkeit in den Zielen und daraus die Herzlichkeit, Intensität und Genauigkeit in diesen Begegnungen geben uns große Hoffnung, daß wir zusammen unter den veränderten weltweiten Bedingungen eine neue revolutionäre Front gegen die Zerstörung von Menschen und Völkern und ihrer Lebensgrundlagen entwickeln können.

Es sind Menschen aus allen Teilen der Welt, die entweder hier leben müssen und den revolutionären Kampf für ihr Land und Volk von hier aus weiterführen oder die hier herkommen, um mit uns zu diskutieren.

Wir haben alle inzwischen einen großen Reichtum von Erfahrungen, die wir austauschen, Erfahrungen aus unserem Kampf in der Guerilla, im Knast und unserer politischen Praxis jetzt. Aus diesem Austausch wird unser Horizont größer. So können wir auch die komplexen Probleme und Widersprüche der Welt, die sich in unserem Land widerspiegeln, erfassen und gemeinsam die richtigen Antworten finden.

Eine Antwort muß sein, alle gefangenen Revolutionärinnen und Revolutionäre müssen freikommen.

Stellvertretend für alle will ich einige nennen:
Leonard Peltier
Mumia Abu-Jamal
Irmgard Möller
Alan Berkman
Geronimo Pratt
Nathalie Menignon
Dylcia Papan
Susan Rosenberg
Manuel Hernandez
und viele andere mehr.
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Gabi Hanka und Sigrid Happe

Juni 1992

Gedanken für die Diskussion

• zu dem Schritt der RAF
• zu den politischen Veränderungen ab Mitte der 80er
• zu uns, wie wir uns den politischen Prozeß weiter vorstellen, und zum Kampf für unsere Freiheit

Wir finden die Entscheidung der RAF, die Aktionen auszusetzen, richtig, weil wir es auch so sehen, daß das Rausfinden von neuen Befreiungsvorstellungen und Strategien in einem offenen Prozeß stattfinden muß.

Die Diskussionen und praktischen Schritte dafür können nun auf einer anderen Ausgangslage entwickelt werden, und es ist für uns alle, die wir an dem Ziel festhalten, weltweit ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben zu erkämpfen, eine Anforderung, diesen Prozeß in die Hand zu nehmen.

Die Entscheidung der RAF ist eine Konsequenz daraus, daß das Festhalten an früheren Bestimmungen und Vorstellungen weder die internationalen und gesellschaftlichen Veränderungen erfassen noch die eigenen Grenzen, auf die unsere Kämpfe in den letzten Jahren gestoßen sind, überwinden konnte.

An dem Punkt stand es einfach schon länger, und das bloße Weitermachen um die bewaffnete Aktion und damit ein bestimmtes Konfrontationsverhältnis aufrechtzuerhalten, hätte nichts mehr nach vorne bewegt.

Das andere ist der unmittelbare Zusammenhang zu uns Gefangenen, und das nicht nur im Verhältnis zum Staat und dem jetzt hergestellten Raum, mit dem unsere Freiheit auf eine reale Ebene gebracht wurde, sondern weil es auch für uns um etwas Neues politisch geht und dafür andere Voraussetzungen da sind.

Es muß eine Bewegung werden – Kampf um unsere Freiheit – Diskussion um Neubestimmung politischer Vorstellungen und Ziele aus der veränderten Situation. Das gehört für uns unmittelbar zusammen. Wir fanden es völlig an der Situation vorbei, wenn sich die Diskussion jetzt an der Politik der RAF festklammern würde, sie hat eine ganz bestimmte und besondere Rolle, das ganz sicher und deswegen ist dieser Schritt auch so wichtig, weil dadurch auch im Verhältnis zur Linken und zu gesellschaftlichen Gruppen ein offener Raum vorhanden ist.

Die Tatsache, daß die letzten Jahre keine politisch relevante Kraft da war, die Einfluß und Wirkung auf die Entwicklung erzielen konnte, das betrifft nicht nur die RAF oder revolutionäre Politik alleine, denn es ist ja politisch überhaupt nichts hochgekommen, also so, daß man von einer linken Bewegung reden könnte.

Damit muß sich jede/r auseinandersetzen, egal in welchem Zusammenhang der eigene Kampf stand; vereinzelte Gruppen überall, das gab es, und eine konservative

Linke, die noch nie zu mehr bereit war als zu kommentieren ohne eigene Praxis, und viele Menschen, die sich mit der Realität nicht länger abfinden wollen.

Wir machen uns keine Illusionen, es war die ganzen Jahre über so, daß es nur wenige Menschen gab, die wirklich versucht haben, die Verantwortung für die politische Entwicklung zu übernehmen, und uns ist klar, daß sich das nicht von heute auf morgen verändern wird, aber wir hoffen es sehr, daß in den Auseinandersetzungen jetzt eine Dynamik entsteht, die es viel mehr Menschen ermöglicht, sich zu beteiligen.

Wir haben beim Schreiben gemerkt, daß es schwierig ist, allgemein darüber zu reden, was dieser Schritt der RAF für uns bedeutet, weil wir aus unserer Geschichte einen anderen Bezug – nämlich den, daß wir hier zusammen kämpfen für die gleichen Ziele – zu ihrem Kampf haben als Menschen, die heute oder in den letzten drei, vier Jahren angefangen haben, sich zu organisieren, und erst recht gegenüber denjenigen, die den politischen Zusammenhang zur RAF nie gewollt haben.

Wir kommen aus Widerstandsbewegungen Anfang der 80er Jahre und haben ziemlich bald nach unseren ersten Erfahrungen im Widerstand gegen diesen Staat, bzw. gegen konkrete Projekte dieses Staates angefangen uns mit der Politik der RAF auseinanderzusetzen. Das war für uns selbstverständlich in der Suche danach, wie unser Widerstand effektiver werden kann, zu schauen, welche Kämpfe gibt es, was verbindet uns mit ihnen, genauso wie uns die Befreiungskämpfe aus anderen Ländern wichtig wurden.

Das war ein Prozeß, eine Entwicklung, in der uns immer klarer wurde, daß es um mehr gehen muß als einzelne Projekte verhindern zu wollen, sondern, daß es die ganze Struktur des kapitalistischen Systems ist, die im Wege steht, wenn uns wirklich ernst damit ist, für eine Gesellschaft zu kämpfen, die sich an Lebensinteressen und Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Das hieß für uns die Entscheidung für revolutionäre Politik und nicht z.B. zu den GRÜNEN zu gehen, wie es damals auch noch viele gemacht haben, mit denen wir eine gemeinsame Geschichte hatten, oder sich ganz ins Privatleben zurückzuziehen, »weil man sowieso nichts ausrichten kann«.

Unsere Entscheidung hing auch damit zusammen, daß in unseren Erfahrungen eine Radikalisierung gelaufen ist, – wir hatten es satt, ständig Schläge von der Staatsmacht einzustecken, uns hilflos wegtragen zu lassen oder zusammenzuknüppeln, und zu sehen, daß es scheißegal ist, wieviele Menschen an den Friedensdemos beteiligt waren, gegen Atomkraft auf die Straße gegangen sind, Volksbegehren wie gegen die Startbahn 18 West unterzeichnet hatten, und daß der Staat keine andere Antwort hatte als Repression und weiterhin knallhart seine Kapitalinteressen durchzuziehen.

Der konsequente Kampf der RAF, die Vorstellung, die Front in den Metropolen als Teil des internationalen Befreiungskampfes aufzubauen, hat uns angezogen und war Orientierung für unseren eigenen Prozeß. In dem Zusammenhang haben wir versucht, unsere praktischen Schritte zu bestimmen, auch immer in dem Bewußtsein,

daß unser Kampf hier eine besondere Bedeutung hat, weil wir in einem der Kernstaaten leben, von dem aus weltweit die Ausbeutung und Herrschaft diktiert wird.

Es gab in diesen Jahren verschiedene Kampfphasen, deren konkrete Bestimmung und erreichte Wirkung sicherlich wichtig ist genauer zu analysieren, aber wir wollen uns jetzt vor allem auf die Momente konzentrieren, an denen sich für uns verdeutlicht, welche Konsequenzen heute gezogen werden müssen.

Wir setzen uns länger damit auseinander, daß es auch von uns aus, dem revolutionären Widerstand, radikale Veränderungen unserer Politikvorstellungen und dem, wie wir heute an die Realität rangehen müssen, braucht.

Ein wichtiger Abschnitt dafür war, daß wir uns die ganze Umbruchsituation Mitte der 80er Jahre, und wie wir selbst darin waren, ranholen, weil wir in der Situation die internationalen und gesellschaftlichen Veränderungen nur sehr begrenzt wahrgenommen und dementsprechend wenig in unsere politische Arbeit einbezogen haben.

Abgesehen von unserer engen Sichtweise war die Dimension davon, wohin das führen wird, von der Wiedervereinigung bis zum totalen Zusammenbruch der SU für niemanden absehbar. Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt war es auch noch offen, welche Richtung stärker sein wird und sich durchsetzt; also z.B. als Gorbatschow mit seinem Vorschlag der Abrüstung aller Atomwaffen kam, einseitig anfing und die Notwendigkeit der Lösung globaler Probleme ins Zentrum gegen die Ost-West-Konfrontation stellen wollte –, hätte die Geschichte auch anders verlaufen können, wenn die imperialistischen Staaten international wie im Landesinneren weiter mit massivem Druck konfrontiert worden wären. Oder vorher die Initiative von Fidel Castro für eine Lösung der Schuldenkrise, da haben reale Möglichkeiten dringesteckt, aber auch das ist nicht durchgekommen, bzw. nicht einmal richtig angekommen, daß es DARIN AUCH UM UNSERE PERSPEKTIVE, WEIL WELTPERSPEKTIVE, GEHT.

Die imperialistischen Staaten haben sich auf nichts eingelassen, sondern im Gegenteil die Lage genutzt, ihre Position weiter zu stärken, und daß das möglich war, lag auch mit daran, wie wenig solche Initiativen von hier unterstützt worden sind und eigene Vorstellungen entwickelt waren.

Stattdessen wurde die Abhängigkeit der Länder im Süden vom Weltmarkt immer stärker, die Lebensbedingungen überall immer schlechter und die Länder im Osten steuerten auf den wirtschaftlichen Bankrott zu.

Durch den strategischen Rückzug der SU wurde dem Imperialismus Tür und Tor geöffnet, über wirtschaftliche und militärische Macht die globale Entwicklung in noch größerem Ausmaß zu diktieren.

Die ganze Kräftekonstellation veränderte sich total, und das hatte natürlich auch für uns Konsequenzen, weil es bis dahin global zwei Entwicklungsrichtungen gab, innerhalb der die SU durch ihre Position ein zentraler Faktor war, materiell und politisch, das fällt jetzt weg.

Das bedeutet auch, daß durch diese Zusammenbrüche in den letzten Jahren DIE Vorstellung vom internationalen Befreiungskampf, die ihren Bezug und ihre Wurzeln aus dem ganzen historischen Zusammenhang – Oktoberrevolution, Befreiung vom Kolonialismus, Kuba, Vietnam, bewaffnete Kämpfe in den Metropolen – hatte, endgültig abgeschnitten wurde.

Wir kamen zwar nicht mehr direkt aus dieser Entwicklung ’78, des offensiven Aufbruchs der Kämpfe gegen den Imperialismus auf allen Kontinenten, denn als wir anfingen, war das Kräfteverhältnis schon festgefressen, und die imperialistischen Staaten allen voran die USA, weiteten ihre ganzen Aufstandsbekämpfungsprogramme auf allen Ebenen aus, gegen die befreiten Länder und Befreiungskämpfe weltweit – counterinsurgency, Contrakriegsführung, direkte militärische Interventionen wie in Grenada, und Westeuropa wurde militärisch aufgerüstet –, aber trotzdem war auch für uns mit dieser Bewegung der internationalen Befreiungsoffensive und darin die Metropolenfront die Vorstellung von Perspektive verbunden.

Das muß heute alles völlig neu entwickelt werden, weil es diesen Rahmen, in dem sich die Kämpfe weltweit bewegt haben, ob bewußt oder unbewußt, nicht mehr gibt.

Deswegen finden wir es auch nicht richtig, wenn gesagt wird, daß »unser Herz noch nie an der SU gehangen hat«, weil es um den ganzen Prozeß, die ganze Entwicklung geht, in der ein materielles Gegengewicht zum Kapitalismus existiert hat, und nicht nur darum, daß Staatssozialismus noch nie unser Ziel war.

Warum dieser historische Abschnitt weggebrochen ist, kann weder allein an äußeren noch allein an inneren Ursachen beantwortet werden, dazu ist diese Entwicklung viel zu komplex. Wir finden das eine genauso falsch wie das andere, weil es immer eine Dialektik im Verlauf der Geschichte gibt, nicht als etwas Zwangsläufiges oder Automatisches, sondern bestehend aus verschiedenen Einflüssen, und darin liegt natürlich auch unsere Verantwortung.

Wenn wir jetzt sagen, wir konnten nicht und haben es nicht geschafft zu verhindern, daß sich die reaktionäre Marschrichtung durchgesetzt hat, dann sind das mehrere Faktoren, die eine Rolle gespielt haben, vom globalen Kräfteverhältnis bis zu inneren Grenzen der politischen Bewegungen.

Da gehört z.B. auch zu, daß in den 80er Jahren klar wurde, daß eine nationale Befreiung wie in Nicaragua nicht mehr laufen wird, ohne daß die ganze US-Kriegsmaschinerie aufmarschiert.

DER PREIS, DEN DIE IMPERIALISTISCHEN STAATEN BEREIT WAREN EINZUSETZEN, UM JEDE UNABHÄNGIGE ENTWICKLUNG ZU VERHINDERN, WURDE IMMER HÖHER UND DADURCH DIE GANZE SITUATION IMMER SCHÄRFER UND ZUGESPITZTER.

Heute ist das ganze noch eine Stufe weiter, wie am Golfkrieg sichtbar wurde, da ging es nicht mal um GRUNDSÄTZLICH UNterschiedliche Interessen oder den Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern einzig und allein darum, daß sich niemand der Diktion ihrer Bedingungen entziehen soll.

Das ist das Niveau, auf dem weltweit die Auseinandersetzungen stattfinden.

In diesen Jahren, Mitte bis Ende der 80er, da kam einfach unheimlich viel zusammen, und wir können und wollen nicht unsere Geschichte losgelöst von der Gesamt-

entwicklung betrachten und uns ALLES, Was versäumt oder nicht erreicht wurde als unsere subjektive Niederlage reinziehen. Das hat uns noch nie viel weitergeholfen, die Dinge klarer zu sehen, sondern hat eher die Entpolitisierung tiefer getrieben, und das ist sicher das letzte, was wir heute gebrauchen können.

Das heißt natürlich nicht, daß wir uns nicht mit unseren Fehlern auseinandersetzen, aber wir versuchen, sie im politischen Zusammenhang zu sehen, weil vieles auch genau dadurch schief gelaufen ist, daß wir uns zu wenig bewußt gemacht haben, wie sich die ganze Situation verändert und was das für uns bedeutet.

Also oft viel zu starr und die Augen nicht viel weiter als auf das gerichtet, was um uns herum passierte – Scenestruktur!

Ganz grundsätzlich können wir von heute ausgehend sagen, daß es nach ’86 für alle Kämpfe und Bewegungen, die es bis dahin gab, um einen tieferen politischen Einschnitt gegangen wäre, und das wurde von niemandem richtig begriffen. Der Widerstandsprozeß insgesamt, auch die Politik der RAF war an einem bestimmten Punkt angekommen, an dem es nicht mehr ausreichte, aus den alten Erfahrungen und Vorstellungen, dem, was bis dahin erkämpft, aber irgendwann auch ausgeschöpft war, nach einer fortführenden Weiterentwicklung zu suchen. Die Grenzen davon, die haben alle auch gespürt, die innere Antriebskraft, die Aufbruchstimmung und Entschlossenheit, die es in der ersten Hälfte der 80er Jahre gab und total viel mobilisieren konnte, die war aufgebraucht. Allenfalls in Erfahrungen an einzelnen Punkten und Initiativen ist davon noch etwas durchgekommen, aber nicht mehr für den ganzen Prozeß.

Die Situation war davon geprägt, daß die politischen Zusammenhänge quer durch die BRD immer zersplitterter wurden, und überhaupt die Vereinzelung auch in unseren Strukturen stark zunahm. Statt uns unsere Lage wirklich und als gemeinsame bewußt zu machen und die Gründe und Ursachen dafür rauszukriegen, haben wir eher versucht, etwas aufrechtzuerhalten und vorherige Vorstellungen zu verlängern; für uns konkret hieß das z.B., daß wir daran festgehalten haben, den Frontprozeß weiterzuentwickeln bzw. neu aufzubauen, weil es ihn ja faktisch nicht mehr gab.

Und besser organisieren, wieder handlungsfähig zu werden, darum drehten sich viele Diskussionen, auch um dieser Rückzugsbewegung entgegenzusteuern, oder andere haben gedacht, daß dafür bundesweit besetzte Häuser und Zentren à la Hafen entstehen müssen, worin auch der Kampf um andere Lebensbedingungen wieder viel mehr ein gemeinsamer wird.

Aber aus allem, was versucht wurde, ist keine neue politische Kraft entstanden, konnte so auch gar nicht im bruchlosen Übergang, und weil es keine Vorstellungen gab, wie die herrschenden Verhältnisse wirklich umgewälzt werden können.

Niemand hatte sie, und das wäre unser Ausgangspunkt damals gewesen, aus der sich veränderten Situation und aus unseren Erfahrungen die inhaltlichen Ziele für den revolutionären Prozeß neu zu bestimmen.

Aus alledem, was wir vorher entwickelt und in Bewegung gesetzt hatten, konnte nichts Neues mehr entstehen, und damit meinen wir nicht, daß alles vorher falsch

war, sondern daß wir hätten so rangehen müssen: Soweit sind wir jetzt gekommen, das ist unsere Grundlage, und jetzt fängt eine neue Kampfetappe an.

Alles was danach kam, war ganz stark ein Anrennen gegen die Situation, die objektive und unsere eigene, ein Sich-Durchschlagen und die immer größer werdende Kluft zwischen dem, was alles notwendig gewesen wäre zu tun, und zu was wir in der Lage waren, also was wir real gekriegt haben, hat brutal auf die innere Verfassung geschlagen und z.T. nur noch Lähmung und Hilflosigkeit erzeugt, weil sich viele immer schwerer vorstellen konnten, daß wir mit unseren Kämpfen, unseren Initiativen wirklich etwas erreichen. Wir (also die meisten, die in dieser Zeit schon länger politisch aktiv waren) hatten ja auch schon eine Latte an Erfahrungen hinter uns, wie der Staat trotz starker und auch radikaler Mobilisierungen und Kämpfe über alles wegbretterte; zur Stationierung oder da Häuserräumungen in Berlin, eine ganze Lebensstruktur, die für viele eine Anziehungskraft und Perspektive vermittelte, plattgemacht wurde, kam ’84, ’85 der Hungerstreik der Gefangenen und auch da die Erfahrung der harten Linie des Staates.

Das ging an niemandem spurlos vorüber, aber wir haben uns das damals viel zu wenig bewußt gemacht, zwar politisch geredet, daß die Kämpfe überall auf die gleiche Grenze der Staatsmacht stoßen und nur im Zusammenwirken aller politischen Kräfte etwas durchgesetzt werden kann, aber die tiefe Wirkung, die das bei uns selbst, jeder/m einzelnen auslöste, da sind wir eher drüber weggegangen.

Dazu kam, daß die Konfrontation insgesamt immer schärfer wurde, z.B. besetzte Häuser, Zentren wurden europaweit sofort geräumt, und der Raum, den wir gebraucht hätten, um Klarheit zu kriegen, neue Ideen zu entwickeln, rauskriegen und ausprobieren, den gab es nicht.

Also alles, wo wir initiativ wurden, stand sofort in dem Konfrontationsverhältnis, das der Staat bestimmte.

Die Repression gegen uns lief auf Hochtouren, in München wurde jede politische Veranstaltung verboten oder auseinandergeschlagen, ständige Hausdurchsuchungen in vielen Städten, die ganzen Verhaftungen, die es ’86/’87 gab, dann die hohen Urteile auch gegen die Gefangenen aus dem revolutionären Widerstand, all dies hat dazu beigetragen, daß wir ständig gefordert waren zu reagieren und zu überlegen, was wir entgegensetzen können. Die ganze Lebenssituation, nicht nur unsere, war davon bestimmt, daß der Staat jede produktive Entwicklung, in der die Menschen sich selbst die Möglichkeit schaffen, ihr Leben und alles, was dazugehört, in die Hand zu nehmen, von vornherein verhindern, also schon im Keim ersticken wollte.

Jeder gesellschaftliche Widerspruch stieß sofort mit der ganzen Macht zusammen, und der unvereinbare Gegensatz zwischen dem imperialistischen System, das nur Zerstörung produzierte, und den Lebensinteressen der Menschen wurde an jedem Punkt frontal und sichtbar; und das in globaler Dimension.

Überall kam die Auseinandersetzung zwischen imperialistischer Herrschaft und Befreiungskampf auf eine neue Stufe, und für die Befreiungsbewegungen im Süden

ging es genauso darum, ihre Konzepte zu verändern, weil die alten keine greifbare Perspektive mehr aufzeigen konnten.

Das Leid der Menschen nahm ständig zu, die Widersprüche potenzierten sich und auf Hungerrevolten gab es keine andere Reaktion als den Einsatz von Militär und noch mehr Auflagen von IWF und Weltbank.

Unmittelbare Veränderungen wurden immer dringender und gleichzeitig die Macht, die dagegen stand, immer stärker. Der Bedarf des Weltmarkes an menschlicher Arbeitskraft wurde durch High-tech und Umstrukturierung reduziert und dadurch viele Regionen, vor allem in Afrika, die Menschen, die dort leben, dem Verfall und dem Hungertod ausgeliefert. Inzwischen, also in den letzten vier, fünf Jahren sind die Verhältnisse dort noch mehr eskaliert, und aus der Tatsache, daß wir, also die politischen und revolutionären Bewegungen, weltweit den imperialistischen Durchmarsch nicht aufhalten konnten und durch den Zusammenbruch des sozialistischen Staatenblocks noch die letzten Fesseln gelöst wurden, sind wir heute mit dieser Entwicklung konfrontiert, die alles in die Destruktion zieht, auch die zwischenmenschlichen Beziehungen.

Die Frage, wie wir es schaffen dieser Entwicklung eine Alternative gegenüberzustellen, stellt sich immer dringender, der Ausgangspunkt ist heute wieder ein anderer als vor ein paar Jahren, doch wir haben uns auch verändert.

Wir haben zwar noch kein Konzept und wissen, daß wir uns nur schritt- und etappenweise aus dieser zugespitzten Situation herauskämpfen können, aber wir können die Dinge heute klarer sehen, wir wissen, wovon wir ausgehen müssen und wie stark unser Kampf noch werden muß, um grundsätzliche Veränderungen zu erreichen, und die Menschen rund um den Globus wissen, daß sie vom Kapitalismus nichts anderes zu erwarten haben als den Tod, materielles oder seelisches Dahinsiechen – beides ist existentiell.

Viele werden sich daran erinnern, als Georg Habash von der PFLP ’86/’87 gesagt hat, wir brauchen Raum und Zeit; Fidel Castro hatte es auch gesagt im Zusammenhang zur Forderung, den Ländern im Süden die Schuld zu erlassen, damit überhaupt wieder Entwicklung möglich wird, daß sie eine Atempause brauchen, und für uns wäre es auch notwendig gewesen, aber es gab sie nirgendwo, und es gibt sie heute erst recht nicht. Vieles muß jetzt gleichzeitig angepackt werden, den Diskussionsprozeß um neue Grundlagen herzustellen ist genauso wichtig wie die praktischen Schritte dafür und all das was aus der konkreten Situation ansteht zu tun, gegen den Rassismus, gegen die Wohnungsnot, für die Unterstützung des Kampfes der Kurden, ... muß auch getan werden.

Wir müssen überall präsent sein und politisch arbeiten, es kann einfach nicht so weitergehen, daß alles von einander getrennt organisiert und umgesetzt wird bis sogar gegeneinander gestellt.

Andreas Vogel hat das in seiner Rede in Münster sehr klar dargestellt, das trifft auch mit unserer Sichtweise zusammen. (Wer diesen Beitrag nicht kennt, sollte ihn lesen – im Angehörigeninfo Nr. 94 ist er abgedruckt.)

Wir kämpfen für eine Lebensperspektive, das heißt, wir müssen gesellschaftliche Ziele bestimmen, und wir müssen an einer internationalen Strategie arbeiten, denn es geht um einen weltweiten Umwälzungsprozeß.

Dieser Prozeß ist nur vorstellbar in vielen Kämpfen, in denen sich die Menschen und Völker die Bestimmung über jeden gesellschaftlichen Bereich, über Luft, Land und Wasser, über Ressourcen, Produktionsmittel und über die globale politische Entscheidung aneignen und zurückerobern.

Das heißt, wir müssen an jedem Punkt darauf zielen, die absolute Verfügungsgewalt des Staates, der imperialistischen Staaten überhaupt, einzudämmen und abzunehmen und gleichzeitig Alternativen erarbeiten, die für viele eine sichtbare, vorstellbare Möglichkeit aufmachen, wie wir die Verhältnisse in eine an den Menschen orientierten Entwicklung umdrehen können.

Dafür muß sich jede/r einsetzen, der/die nicht bereit ist, sich damit abzufinden, daß das Kapital über die Mehrheit der Weltbevölkerung drüberwalzt, die ganze Erde zerstört und verseucht, um seine Profitinteressen um jeden Preis durchzuziehen.

Man braucht kein großer Stratege zu sein, um zu sehen, daß alle Probleme miteinander verknüpft sind, ob die Umweltzerstörung und die dadurch hervorgerufenen sogenannten Naturkatastrophen wie z.B. in Bangladesch, die Massenverelendung im Süden, in Osteuropa, der produzierte Rassismus hier, die Ausgrenzung von immer mehr Menschen auch in den kapitalistischen Metropolenländern und Verdammung zu einem Leben ohne Perspektive.

Die katastrophalen Auswirkungen ihrer Weltordnung liegen direkt vor der Haustür, und es gibt ein immer breiter werdendes Bewußtsein darüber, daß es so nicht weitergehen darf, und z.T. regelrechte Fassungslosigkeit angesichts der absoluten Ignoranz der Herrschenden, die alles dafür tun, daß die Menschen in einer Objekt- und Ohnmachthaltung »wir können doch sowieso nichts verändern« erstarren. Das aufzubrechen und ein Selbstbewußtsein über die eigenen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Kraft zu entwickeln, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die vor uns liegen.

Es ist aus jedem Bereich möglich, Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen, weil es sofort ums Ganze geht, und daraus kann die Möglichkeit einer globalen Umwälzung auch vorstellbar werden.

Wir müssen dafür Ziele bestimmen und sie durchkämpfen.

Der Kampf um die Freiheit von uns allen findet da mittendrin statt, die RAF und wir haben dafür den Raum aufgemacht, aber wir wissen, daß ein politisches Gegengewicht, um diesen Raum zu bestimmen, noch entstehen muß.

Als Anfang des Jahres durch Kinkel Überlegungen zur Freilassung einiger Gefangener öffentlich wurden, war das eine Entscheidung, die die »Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung« (KGT) im Umgang mit uns festgelegt hatte.

Die Bedeutung davon ist nur aus der gesamten Entwicklung bis heute zu begreifen. Dazu gehört auch, daß die BRD in ihrem Streben zur Weltmacht jede radikale Politik im Innern zerschlagen will. Sie wollen verhindern, daß sich aus der Zuspit-

zung der Widersprüche ein Politisierungsprozeß entwickelt, und das bedeutet für sie, das, was es gibt, auszulöschen und das, was entstehen kann, zu verhindern. Daß es so ist, bekommen die Leute, die zum Weltwirtschaftsgipfel arbeiten, seit eine Organisierung angefangen hat, immer wieder zu spüren. Die Gefangenen waren die ganzen Jahre immer ein Faktor in der politischen Auseinandersetzung. Sie haben, seit es die ersten Gefangenen aus der RAF gab, über die mittlerweile mehr als 20 Jahre, versucht, uns und die Politik über die Haftbedingungen zu vernichten.

Der Kampf in den Knästen stellt eine Kontinuität dar wie kaum in einem anderen Bereich sonst, zehn große Hungerstreiks sind es gewesen – gegen die von Anfang an speziell entwickelten Sonderprogramme aus Isolationshaft und verschärften Haftbedingungen, Sondergesetzen etc., neun von uns sind in diesem Kampf gestorben.

Dadurch ist eine Realität geschaffen worden, die auch von ihnen nicht mehr einfach wegzuleugnen ist.

Nur soll sich daran in Zukunft nichts mehr entwickeln können. Die Bedingungen, unter denen sie uns bisher nur rauslassen wollen, zeigen, was sie damit im Sinn haben, deutlich; mit uns, dem revolutionären Widerstand, fertig zu werden und quasi festzuschreiben, in welchem Rahmen Opposition nur noch möglich sein soll.

Sie werden sicher versuchen, alles dran zu setzen, das auch zu erreichen, davon jedenfalls müssen wir und alle, die Teil der Mobilisierung um unsere Freiheit zu erkämpfen sind, ausgehen. Denn sowohl, was die allgemeine Zuspitzung betrifft, so auch unmittelbar zu uns, gehen wir nicht von grundlegenden Veränderungen in ihrem Denken oder von mehr »Vernunft« innerhalb einzelner Fraktionen im Apparat aus.

Genauso ist es ein Trugschluß zu glauben, daß es mit der Entscheidung der KGT eine für »politische Lösungen« getroffen wurde.

Es bleibt solange bloß ein anderer Weg für dasselbe Ziel – nach wie vor diejenigen auszuschalten, die eine grundsätzliche Politik gegen den Staat entwickeln und dafür einstehen –, wie der Staat jetzt doch noch darauf setzt, daß wir uns ihrem Gewaltmonopol unterwerfen.

Gerichte sollen in Einzelüberprüfungen darüber entscheiden. (Es sind übrigens jeweils dieselben Senate, die schon einmal mit brutal hohen Urteilen aus wilden Konstruktionen über uns entschieden haben.) Daß sie dabei auch darauf aus sind, unsere Geschichte der offiziellen Geschichtsschreibung zu überlassen, und wir die Voraussetzung erfüllen sollen, indem wir unsere eigene wegschmeißen, ist in diesem Zusammenhang ein Teil – aber nicht unbedingt der springende Punkt.

Was das konkret sein soll, braucht man sich ja nur mal angucken an den sogenannten »Gewaltverzichtserklärungen«, anhand der Frage, »ob wir weiterhin Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele abwenden werden« und »glaubhaft machen, ein straffreies Leben zu führen«.

Das sind also Bedingungen, die ihnen zusichern sollen, daß sie in Zukunft widerstandslos ihre Projekte auch gegen gesellschaftliche Interessen durchziehen können.

Wir meinen, daß diese Bedingungen in ihrer Substanz alle angehen, die hier um gesellschaftliche Veränderungen kämpfen, in Widerstandsprozessen organisiert sind

und die die Realität hier tagtäglich zu spüren bekommen, wenn Häuser geräumt werden, Veranstaltungen zur Mobilisierung eines politischen Kongresses gegen den Weltwirtschaftsgipfel durch massive Bullenpräsenz verhindert werden, ausländische Menschen auf offener Straße verprügelt und sogar totgeprügelt werden und Kinder in ihren Betten verbrennen können. Außerdem noch in einer Zeit, in der die Herrschenden wieder darauf setzen, ihre Ziele durch militärische Einsätze wieder aus der BRD heraus weltweit durchsetzen zu können, oder wurde erst kürzlich beschlossen, auch weiterhin diejenigen strafrechtlich zu verfolgen, die Widerstand durch Blockaden gegen die Stationierung der Pershing- und MS-Raketen geleistet haben.

Das läuft darauf hinaus, daß überhaupt niemand sich mehr wehren soll.

Es ist überall zu sehen, die Herrschenden treiben den destruktiven Prozeß immer tiefer in die Gesellschaft hinein, indem sie nichts mehr zulassen als entweder mitzumarschieren oder aus der Gesellschaft rauszufliegen, Probleme werden allenfalls managerartig verwaltet, und eine politische Auseinandersetzung über notwendige Alternativen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme werden von ihnen in allen Bereichen blockiert.

Aus allen Erfahrungen, die Hunderte mittlerweile aus 20 Jahren linker und revolutionärer Politik gesammelt haben, kann heute vielleicht sogar grundsätzlicher eine Verbindung hergestellt werden, in der die Trennungen, die es aus den unterschiedlichen Ansätzen und Bereichen, in denen Leute gearbeitet haben, gab, aufgehoben sind. Es gibt sie aus der objektiven Situation immer weniger.

Dadurch kann in der Auseinandersetzung jetzt auch ein Bruch im bisherigen Umgang mit uns aus Repression und Gewalt, wie sie Proteste zerschlagen haben und über sämtliche Widersprüche hinwegwalzen, ihre Ignoranz gegenüber den Interessen der Menschen, erkämpft werden. Der zieht sich aus der langen Tradition seit dem Bestehen der BRD, vom KPD-Verbot bis heute ungebrochen durch.

Von Anfang an ist der Kern staatlicher Politik gewesen, Repression und Herrschaft gegen jeden Aufbruch, in dem Alternativen greifbar wurden, zu setzen.

Unsere Erfahrungen aus allen Bewegungen, die es in den letzten zehn Jahren gegeben hat, belegen das.

Heute sind es gar nicht mehr nur einzelne politische Gruppen oder Zusammenhänge, die mit dieser Haltung konfrontiert sind. Es geht vielmehr gegen jede Art der Selbstorganisierung, die von ihnen blockiert und verhindert wird, da wo Menschen aus ihrer Lage heraus in ganz anderen Bereichen versuchen, sich bessere Bedingungen zu schaffen. Es sind zwar andere Mittel, aber es wird z.B. durch Kohlestreichung der Aidshilfe und -forschung, den Drogenberatungen und Gruppen, die an der Obdachlosigkeit arbeiten usw., mehr und mehr der Boden entzogen.

Der Staat hat für keines der Probleme, ob es die globalen sind oder die in der Gesellschaft, Lösungen, aber das Monopol, über alles zu bestimmen. Das es so ist, versuchen sie gerade an uns unter Beweis zu stellen.

Aus diesem Zusammenhang heraus denken wir auch, daß sich in der Auseinandersetzung um unsere Freiheit zeigen wird, ob jetzt die Möglichkeit einer anderen

Entwicklung erkämpft wird oder nicht, und das wird sich auf jeden Konflikt zwischen Gesellschaft und Staat auswirken, indem wir ihnen in einem gesellschaftlichen Prozeß Stück für Stück dieses Monopol entreißen und Lösungen entwickeln, die sich an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen orientieren.

Stephan Feifel, Gefangener aus dem Widerstand

Aus einem Beitrag für eine Veranstaltung gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 17. Juni 1992 in Frankfurt

Wir verfolgen schon seit Monaten die Diskussion und Arbeit gegen das Treffen der sieben mächtigsten Regierungen auf dem Weltwirtschaftsgipfel in München mit großem Interesse. Auch wenn wir liebend gerne direkt bei euch wären, wo es ja auch unheimlich viel zu tun gibt, wollen wir wenigstens ein paar unserer Gedanken schreiben.

Stoiber von der CDU hat dieser Tage zu der Gegenmobilisierung zum WWG ’92 gesagt, daß sich dort die »Internationale der aggressivsten Gegner versammelt« (so ähnlich war es in der »taz« zu lesen), gleichzeitig wird auf eine Demonstration und einen Gegenkongreß reagiert wie auf einen Großangriff, die Stadt in eine Polizeifestung verwandelt ... wenn es nach ihren Plänen geht.

Was ist passiert, was ist los? Ist Revolution in München?!? Wahrscheinlich noch nicht, leider. Die irrationale Reaktion hat etwas damit zu tun, daß, wenn über die herrschende Wirklichkeit, über die imperialen und kapitalistischen Verhältnisse die Wahrheit gesagt wird, keine »Kritik« schlimmer sein könnte; nicht nur, weil die nüchterne Bestandsaufnahme der schier unbeschreiblichen Zerstörung des herrschenden Konkurrenz- und Rentabilitätsdenken das ihm zugrunde liegende System vollkommen in Frage stellt, sondern weil es hier und weltweit Menschen gibt, die gemeinsam überlegen, wie Widerstand und die Überwindung dieser unhaltbaren Verhältnisse organisiert werden kann.

In den Träumen der Menschen sind andere Formen des Lebens und der Arbeit lebendig, und es gibt vielfältige Versuche und Anstrengungen, sie Realität werden zu lassen.

»In der konkreten Utopie kommt es darauf an, den Traum von ihrer Sache, der in der geschichtlichen Bewegung selbst steckt, genau zu verstehen. Es kommt ihr, als einer durch den Prozeß (der Bewegung) vermittelten, darauf an, die Formen und Inhalte zu entbinden, die sich im Schoß der gegenwärtigen Gesellschaft bereits entwickelt haben« (Bloch).

Wir reden nicht von »Utopie« und »Träumen«, um Süßholz zu raspeln auf eine Realität, die nur bitter ist – und vor der wir nicht weglaufen können. Wir verstehen es so, daß es um die Knochenarbeit der Realisierung geht für die Freiheit der Menschen von perversen Sachzwängen hier und jetzt.

Aber wir sprechen es auch an, weil es uns hier so scheint, daß von der Raffgier und »ewigen Wachstums- und Profitraten« interessierten herrschenden politischen

Klasse ein massives Interesse daran besteht, daß die Menschen aufhören sollen, eine Veränderung des Bestehenden zu denken und danach zu handeln. Buchstäblich global soll weder Mensch noch Natur etwas gelten, wenn es nicht ihren betriebswirtschaftlichen Markt- und Rentabilitätszwecken untergeordnet ist (wie man hört, ist auch die Luft zum Atmen der »Bewirtschaftung« unterworfen, was man in manchen Kreisen für einen Fortschritt hält). Als politische Gefangene kennen wir auch die Technik, die weltweit wissenschaftlich als Folter verbreitet ist, dem gefangenen politischen Gegner den Schlaf systematisch zu entziehen und als Lebenswirklichkeit nur noch das Gefängnisregime gelten zu lassen, um den Gefangenen damit in den Verrat, Wahnsinn oder/und den Tod zu treiben. Diese Wissenschaftler des Grauens haben nämlich herausgefunden, daß Menschen ohne Träume als Menschen nicht überleben können – aber hier und weltweit erfahren diese menschenverachtenden Methoden ihre Niederlage an den politischen Gefangenen, die weiter für ihre Ziele der sozialen Revolution kämpfen.

Auf dem Gegenkongreß wird neben der Darstellung der zerstörerischen Realität und dem Widerstand, der dagegen weltweit organisiert wird, auch die Frage nach Demokratie und Menschenrechten als Konfrontation mit eben dieser Realität aufgeworfen. Dabei geht es sicher um die Demaskierung der Heuchelei, wie Staats- und Kapitalinteressen als »demokratische« verkleidet werden. Wir begreifen diese Frage aber noch viel tiefergehender, nämlich: Wer bestimmt über was.

Dieser Tage erleben wir, wie das aus der Sicht der Mächtigen funktioniert, auf dem Erdgipfel in Rio, wo es buchstäblich um die globale Zukunft der Menschheit geht. Entschieden wird dort nach den Kriterien des Profits, des Rassismus, des Patriarchats, kurz: der Macht. Entschieden werden soll unsere Zukunft von Leuten, die Beton von Erde nicht mehr unterscheiden können, weil sich ihnen menschliche Dimension und Natur nur über das Geld, Konkurrenz und Rentabilität vermittelt. So steht alles Kopf: Die Armen müssen sich für ihren Kampf, ihre Rebellion rechtfertigen, anstatt daß die Verantwortlichen, die Mächtigen im Norden zur Verantwortung gezogen werden. Die Zukunft soll von Managern entschieden werden, die unfähig sind, ihre eigene Existenzgrundlage zu reflektieren, und die es in den letzten 50 Jahren in unbeschreiblichem Tempo geschafft haben, den Globus dahin zu bringen, wo er jetzt ist.

Deshalb ist die Frage nach »Demokratie« keine formale, sondern es geht dabei um den Kampf, wer übt die soziale, wirtschaftliche, kulturelle Gewalt aus, geht es – ganz gleich, an welchem Punkt – um die Aneignung und Bestimmung der Unterdrückten und Ausgebeuteten über ihre Zukunft. Dieser Kampf entwickelt sich nicht erst heute. Bereits Anfang der 80er Jahre hat das Pentagon ihn den »Dritten Weltkrieg« genannt und mit militärischen und wirtschaftlichen Aggressionen jede Anstrengung der Völker für Selbstbestimmung und Würde, für soziale Emanzipation und Gerechtigkeit angegriffen.

Das internationale Recht, die Menschenrechte, waren und sind in diesem Zusammenhang den imperialen Staaten einen Dreck wert gewesen, z.B. hat die USA die Verurteilung der Verminung der Häfen Nicaraguas durch den CIA schlicht ignoriert.

Dagegen stehen weltweit die Menschen auf, denn diese verbrecherische »Weltordnung« bedeutet für 2/3 aller Menschen die selektive Verelendung und für Millionen buchstäblich den Tod. So kann im Kampf gegen diese Machtstruktur eigentlich nur noch etwas gewonnen werden. Und es ist mehr als eine rhetorische Frage, wenn angesichts dieser Verhältnisse, die jedem normal denkenden/fühlenden Menschen unhaltbar vorkommen und tatsächlich ja auch immer mehr Leuten wirklich auf den Geist gehen, und die nach Lösungen für die Probleme suchen, daß diese historisch einmalig mächtige Machtstruktur in Politik und Wirtschaft weniger von der Anziehungskraft dieses Systems profitiert, sondern in erster Linie von der politischen und organisatorischen Schwäche derjenigen, die dieses System überwinden und umwälzen wollen.

Objektiv brauchen wir hier eine Allianz aller Kräfte, die eine Umwälzung wollen, die so nicht mehr leben können; und wir brauchen sie international.

Wir begreifen die Arbeit zum WWG ’92 in München deshalb weniger als spektakuläres Einzelthema, sondern als Beginn einer viel intensiveren politischen Arbeit, die langfristig auf die Beantwortung der Organisierungsfrage hinorientiert und der Notwendigkeit sozialer Revolution neubegründete und stabilere Fundamente gibt.

Wir setzen dabei heute den Schwerpunkt vor allem auf die politische Arbeit, auf den politischen Kampf, den uns die schwerwiegenden Veränderungen der internationalen Bedingungen und die eigenen Fehler der Vergangenheit als »Lektion lehrt«; und die wir lernen müssen, wollen wir auf die Frage: »Was ist heute revolutionär?« auch fähig sein zu antworten.

Dabei sind wir auch sehr gespannt auf die Erfahrungen, die in den Kämpfen auf anderen Kontinenten gemacht werden und von denen wir lernen wollen. Und wir wollen etwas von unseren Erfahrungen vermitteln, die wir hier in den Kämpfen – »im Bauch des Molochs« – gemacht haben. Auch wenn es oft nur Ansätze waren und sind.

So sehr wir den politischen Raum brauchen und für uns eröffnen müssen, müssen wir ihn auch verteidigen, denn die heutigen Machthaber wissen sehr genau, wieviel von dieser Verständigung hin zu einer internationalen Einheit abhängt. Denn sie können die Idee der Befreiung nicht mehr auslöschen – die Widersprüche, die sie durch die Machtpolitik immer wieder schaffen, bringt sie immer wieder hervor, und die Menschen erinnern sich. Aber sie können versuchen, die Organisierung einer sozialen, internationalistischen und emanzipatorischen Bewegung zu verhindern. Und darum wird in den nächsten Jahren erbittert gerungen werden müssen – gegen die Macht und für eine Aneignung der Bestimmung der Menschen über sich und ihre Lebensbedingungen.

In dieser Auseinandersetzung – und es ist eine Konfrontation, darüber sollte sich niemand täuschen! – hoffen wir auch die Freiheit der politischen Gefangenen, die aus den Kämpfen eben um diese soziale Revolution kommen, hier und weltweit zu erreichen, und wir begreifen diesen Kampf als einen Teil der Auseinandersetzungen mit der herrschenden, aufgezwungenen »Weltordnung«.

Ein »gewaltiger Satz«, nicht wahr? Aber wir begreifen den Kampf um soziale Revolution hier wie international als einen langfristigen, in dem es immer konkrete Ziele gibt, die Teil des ganzen Kampfes sind. Natürlich denken wir nicht, daß, wenn wir die Freiheit der politischen Gefangenen jetzt erreichen würden, das gleichbedeutend wäre mit der Kapitulation des Staates – so denken keine RevolutionärInnen, das ist eine Verbalradikalität des Politmarktes. Nein, es geht dabei um ein ganz konkretes Ziel, das gegen die Macht durchgesetzt werden muß, um von dort aus neue Ziele zu setzen und neue politische Möglichkeiten zu schaffen, in dann so veränderten politischen Bedingungen. Von der Notwendigkeit will ich hier jetzt nicht reden – sie ist bekannt.

Die Gegenmobilisierung verstehen wir deshalb nicht nur als ein »spezielles Thema«, sondern eben auch als Beginn einer Auseinandersetzung um bessere politische Bedingungen in diesem Land, wo die Parteilichkeit »der sich tätig begreifenden Menschlichkeit« (Bloch) neu begründet und organisiert werden muß, will sie das Ziel der Befreiung erreichen und die Konfrontation in der Gegenwart, z.B. in dem Kampf gegen Repression und Rassismus, bestehen.

Auch wenn wir nicht bei euch sein können, unser Herz und alle unsere Gedanken werden diese Tage bei euch sein – wir wünschen euch Glück und Erfolg bei dem, was ihr euch vorgenommen habt.

RAF grüßt DemonstrantInnen

29. Juni 1992

Wir grüßen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration und des Internationalen Kongresses gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München.

Wir freuen uns, daß ihr zu dieser Demonstration und dem Kongreß zusammenkommt, trotz der massiven Versuche von Stoibers Bullentruppen und der Medienhetze, eure Organisierung und Vorbereitung niederzuknüppeln und zu zerschlagen.

Wir leben heute in einer Zeit, in der wir alle mit den katastrophalen Folgen der Globalisierung der Herrschaft des kapitalistischen Marktes konfrontiert sind. Deshalb finden wir es wichtig, daß alle, die weltweit auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben durchgesetzt werden kann, die Diskussion international führen und über die Grenzen und Kontinente hinweg organisieren.

Trotz der unterschiedlichen Entwicklungen der Kämpfe und der Bedingungen ist es eine gemeinsame Suche danach, wie wir gegen die Weltbeherrschungspolitik der G7-Staaten, die die Macht des Kapitalsystems über die Menschen und die Natur als endgültig zementieren will, für das Leben der Menschen dringende Lösungen durchsetzen können.

Wir finden wichtig, daß ihr den 500-Jahrfeiern der imperialistischen Herrschaft mit diesem Kongreß, der Demonstration und den Aktionstagen die andere Seite entgegensetzt. Nämlich die Tatsache, daß auf unserer Seite – auf der Seite der Unterdrückten – die Geschichte und das Bewußtsein der Kämpfe leben. Den Kampf für ein Leben ohne Herrschaft wird es so lange geben, solange dieses imperialistische System existiert, das den Wert von Menschenleben und Natur nach ihrer Verwertbarkeit fürs Kapital bemißt – den Kampf für die Befreiung von den verinnerlichten Werten des Systems, gegen Rassismus und sexistische Unterdrückung wird es geben, bis überall Werte und Strukturen existieren, die von der Würde aller Menschen ausgehen.

Mit diesem Kongreß habt ihr eine Möglichkeit geschaffen, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen, zu gemeinsamen Einschätzungen zu kommen und daraus die Erarbeitung gemeinsamer Strategien anfangen zu können.

In der heutigen Situation sehen wir es als unbedingt wichtig an, sowohl was den Kampf hier bei uns betrifft wie auch im internationalen, daß es eine Verständigung über gemeinsame konkrete Ziele und Forderungen geben muß. Wir müssen Vorstellungen herausfinden, mit welchen Schritten wir den Herrschenden die Bestimmung über Mensch und Natur entreißen können und – ob in München, Rio, Los Angeles oder Maputo, ob in Palästina oder Kurdistan – die global-katastrophale Entwicklung umzudrehen.

Ein Aneignungsprozeß von unten wird in konkreten Kämpfen und konkreten Forderungen laufen, in denen wir den Herrschenden abringen, was Menschen zum

Leben brauchen. Das wird zum Beispiel vom Kampf um Lebens- und Wohnraum, gegen zerstörerische und sinnentleerte Arbeit, gegen Umweltvernichtung, den Gefangenenkämpfen, der Organisierung von Schutz für Flüchtlinge und antifaschistische Mobilisierung bis zu der Forderung nach Schuldenstreichung oder Reparationszahlungen der imperialistischen Staaten an die kolonisierten Völker reichen.

Wir hier in der BRD haben eine große Verantwortung für diesen Prozeß, denn wir haben es mit einem Staat zu tun, dessen Zerstörungspotential enorm ist. Im Inneren haben sie ein reaktionäres Klima geschaffen, das hier z.B. zur rassistischen Mobilisierung – dem alltäglichen Krieg gegen Flüchtlinge – geführt hat.

Sie brauchen die reaktionäre Stimmung, das Erstarken des deutschen Herrenmenschenbewußtseins als Ventil für die sich verschärfende, elende Lebenssituation von Millionen Menschen hier, denn sie wollen freie Hand für ihre Großmachtpolitik: Heute walzt die deutsche Mark über den Osten und, wenn wir es nicht verhindern, die Bundeswehr morgen in die ganze Welt. Die BRD hat heute schon neben Japan die stärkste Ökonomie der Erde. Die Machtgier des deutschen Kapitals ist ungebrochen.

Wir wollen mit diesem Brief die Möglichkeit nutzen, besonders den GenossInnen, die aus anderen Ländern hierher gekommen sind, unseren Schritt vom April '92 – von unserer Seite aus die Eskalation zurückzunehmen – transparent zu machen.

Es ist ein Schritt aus unserer speziellen Situation in der BRD. Wir stellen damit nicht den bewaffneten Befreiungskampf in anderen Ländern in Frage; unsere tiefe Solidarität gehört all denen, die auf der ganzen Welt um Befreiung kämpfen. Es ist überall die Sache der Kämpfenden, aus ihren speziellen Bedingungen und Prozessen zu entscheiden, welche Mittel und Formen des Kampfs zu welchem Zeitpunkt gebraucht und eingesetzt werden.

Für euch sagen wir kurz was zu unserer Geschichte. Wir, die RAF, sind Anfang der 70er Jahre in der Phase der weltweiten Aufbrüche für Befreiung und der Vietnammobilisierung entstanden.

Unser Aufbruch war aus einer Zeit möglich, in der mit der 68er-Revolte auch hier viele Menschen aufgebrochen waren; in diesem Land, in dem es nach Auschwitz keine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit gab und Nazis in allen Bereichen von Staat und Wirtschaft wieder eingesetzt wurden, wurden statt dessen Kommunisten und Antifaschisten verfolgt und die Wiederaufrüstung gegen den Widerstand vieler, die den tatsächlichen Bruch mit der faschistischen Vergangenheit wollten, durchgesetzt. Gegen diese dumpfe und erstickende imperialistische Realität im Nachkriegsdeutschland versuchte eine ganze Generation neue emanzipatorische und antikapitalistische Werte in allen Lebensbereichen zu entwickeln, z.B. basisdemokratische Strukturen an Schulen und Universitäten, Zusammenleben in Kommunen gegen den Zwang der Kleinfamilie, Organisierung der Frauen gegen ihre traditionelle Rolle und gegen ihre Unterdrückung in der Gesellschaft und auch innerhalb der Linken.

Während des Vietnamkriegs war unser Land wichtigste Drehscheibe für den US-Völkermord am vietnamesischen Volk. Wir haben uns dem weltweiten Aufstand gegen den US-Imperialismus angeschlossen. Damals war die Handlungsfreiheit des Imperialismus gegenüber den Bewegungen der nationalen Befreiung im Süden durch die Existenz der Sowjetunion begrenzt.

In diesem globalen Kräfteverhältnis haben wir unseren Kampf für Umwälzung hier als Teil der internationalen imperialistischen Befreiungsfront bestimmt. Es war für uns unmittelbare Perspektive, im gleichzeitigen internationalen Kampf den Durchbruch für Befreiung zu schaffen.

Auch wenn das Durchkommen der Befreiungskämpfe seit Ende der 70er Jahre durch den Imperialismus gestoppt werden konnte, war unsere Politik bis über die Mitte der 80er Jahre hinaus zentral innerhalb dieser Koordination bestimmt. Wir haben in den 80ern unsere Kraft dafür eingesetzt, das imperialistische Rollback aufzuhalten, mit dem das Rad der Geschichte hinter die Oktoberrevolution zurückgedreht werden sollte. Wir wollten das Kräfteverhältnis für unsere Seite wieder aufbauen.

In den verschiedenen Phasen unseres 22jährigen Kampfes haben wir als Metropolenguerilla gegen die imperialistischen Weltbeherrschungspläne interveniert, gegen die US-Politik, gegen die NATO, gegen die Formierung des westeuropäischen Blocks und gegen die Entwicklung Großdeutschlands zur Weltmacht und gegen die »neue Weltordnung«.

Spätestens '89 lag mit der Annexion der DDR durch die BRD auf dem Tisch, daß eine historische Phase, die mit der Oktoberrevolution ihren Anfang nahm, mit großen Schritten auf ihr Ende zuging. Doch wir haben es nicht geschafft, eine Diskussion in Gang zu setzen, die sich damit konfrontiert und gleichzeitig aus der Geschichte der Kämpfe – den Stärken und Schwächen – neue Bestimmungen entwickelt.

Mit unseren Aktionen wollten wir in dieser Situation, in der sich hier in der Gesellschaft die Widersprüche immer mehr verschärft haben und es an verschiedenen Fragen Kämpfe gab, auf die wir uns bezogen haben, zu einem Prozeß von Diskussion um neue Orientierungen und Aufbau einer Gegenmacht von unten beitragen. Wir sind mit unseren Aktionen an eine Grenze gestoßen. Wir konnten damit nicht die Prozesse, die wir für notwendig halten, in Bewegung setzen, noch konnten wir damit die Ohnmacht vieler und die Resignation vor der Weltmacht des Kapitals durchbrechen. Gerade unsere letzte Aktion, die gegen den Treuhandchef Rohwedder, hat das für uns deutlich gemacht. Wir haben mit dieser Aktion in einer völlig neuen gesellschaftlichen Situation in diesem Land – nach der Annexion der DDR – interveniert. Ihre unmittelbare Bestimmung war es, der kapitalistischen Walze, die gegen die Menschen in der Ex-DDR von hier aus losrollte, auch unsere Kraft entgegenzusetzen und eine Verbindung zu den Kämpfen dort herzustellen. Heute wissen wir, daß dieser Prozeß, aus zwei völlig unterschiedlichen Realitäten und Erfahrungen heraus zu einem gemeinsamen Kampf zu kommen, intensive Auseinandersetzungen und Verstehen, voneinander lernen aus diesen unterschiedlichen Geschichten, erfordert. Das ist die Voraussetzung für den Aufbau einer gemeinsamen Gegenmacht.

Natürlich gab es viele Menschen, die sich über unsere Aktionen gefreut haben –

aber unsere Angriffe haben kaum Diskussionen und Organisationsprozesse ausgelöst, und allein aus sich heraus können sie den Verbrechen der Herrschenden keine wirksamen Grenzen setzen.

Aus all dem brauchen wir jetzt die Zäsur für einen neuen Aufbruch. Wir brauchen eine offene Diskussion über neue Grundlagen und Orientierungen, in der es möglich wird, neue Gedanken und Vorstellungen für den Umwälzungsprozeß zu entwickeln. Zäsur bedeutet auch die Aneignung der Geschichte der Kämpfe, die Anstrengung, die Fehler zu begreifen, um sie nicht zu wiederholen und die positiven Erfahrungen mitzunehmen.

Wir wissen, daß es GenossInnen gibt, die unsere Entscheidung vom April widersprüchlich finden, angesichts der zugespitzten Situation insgesamt und des zu diesem Zeitpunkt eskalierenden Krieges gegen das kurdische Volk, den der türkische Staat mit deutschen Waffen und deutschem Geld führt.

Es ist keine Frage, daß wir Widerstand gegen die Machtpolitik Großdeutschlands nach innen und außen für wichtig halten, und der jetzt notwendige Prozeß kann sicher nicht nur ein Diskussionsprozeß sein. Aber für uns steht fest, daß wir diesen Prozeß heute mit bewaffneten Aktionen nicht voranbringen.

Für einen neuen Aufbruch brauchen wir eine gemeinsame, tiefgreifende und grundlegende Diskussion. Angesichts der globalen Umbrüche, die weltweit zur Folge haben, daß die Zahl der Menschen ständig steigt, die das Kapital nicht mehr braucht und die in dessen Logik keine Existenzberechtigung mehr haben oder die die erdrückende Lebensrealität nicht mehr aushalten, ist doch klar, daß wir dementsprechend ganz neue Überlegungen für den Umwälzungsprozeß anstellen müssen.

Für uns hier stellt sich die Frage, wie eine Gegenmacht von unten entstehen kann, die eine Anziehungskraft für immer mehr Menschen hat, die hier in Großdeutschland an den Rand gedrängt werden, und für alle, die die Werte des Kapitalismus und seine Ideologie ablehnen und nach einer neuen gesellschaftlichen Realität mit menschlichen Kriterien suchen.

Die Geschichte von jahrzehntelanger Zurichtung der Menschen fürs Kapital hat sie vom sozialen Sinn ihres Lebens und Handelns entfremdet. Daraus und aus dem Fehlen von real spürbaren Alternativen erklären wir uns, warum in den letzten Jahren die Gewalt gegeneinander, die Abstumpfung gegenüber der brutalen Realität hier, rassistische und sexistische Gewalt stark zugenommen haben. Ohne den Aufbau von Zusammenhängen unter den verschiedensten Menschen, die gemeinsam die Probleme, mit denen sie tagtäglich konfrontiert sind, in die Hand nehmen und für konkrete Lösungen kämpfen, ist die Voraussetzung in dieser Gesellschaft viel näher daran, daß zerstörerische bzw. selbstzerstörerische Entwicklungen immer stärker werden und die faschistische Mobilisierung sich ausweitet.

Das Neue zu entwickeln, das Soziale unter den Menschen herauszukämpfen ist eine Frage an alle, die sich nicht der Macht des Geldes unterwerfen wollen. Wir sehen darin die Voraussetzung, daß wir hier den Aufbau einer relevanten gesellschaftlichen Gegenmacht schaffen können.

Das zu schaffen ist aber auch unsere spezielle Verantwortung gegenüber allen, die auf der ganzen Welt für Veränderungen kämpfen, und gegenüber allen unterdrückten Völkern, denn es ist eine entscheidende Frage, ob Großdeutschland für seine Weltmachtpolitik hier im Innern den Rücken frei hat oder ob in dieser Gesellschaft ein Bewußtsein wächst, das von der Solidarität der Völker zueinander ausgeht und der Herrschaftspolitik Grenzen setzt. Wir müssen es schaffen, eine andere gesellschaftliche Entwicklung in Bewegung zu setzen, in der sich Menschen finden, die es wieder als reale Perspektive sehen können, daß das kapitalistische System und seine menschenverachtenden Werte überwunden werden können. Also eine Bewegung, die auch heute schon neue Inhalte, Werte und konkrete Veränderungen schafft – denn das sind keine Ziele, die bis auf eine Zeit »nach der Revolution« verschoben werden können.

Wir haben mit dem Brief vom 10.4. eine ganze lange Phase unserer Geschichte abgeschlossen. Das ist unsere Entscheidung, daß wir jetzt diesen Prozeß von Reflexion und Neubestimmung für die Entwicklung auf unserer Seite wollen – -das hat nichts mit dem Staat zu tun.

Dieser Staat hat 22 Jahre versucht, die RAF und die Gefangenen aus der RAF und aus den Widerstandskämpfen mit allen Mitteln auszulöschen. Damit sind sie gescheitert. Und das ist unsere Ausgangsposition, mit der wir in die neue Phase gehen.

Wir haben gesagt, daß es für uns ein wesentlicher Bestandteil in dem jetzt notwendigen Aufbauprozeß ist, die Freiheit unserer gefangenen GenossInnen zu erkämpfen. Wenn wir jetzt davon reden, daß eine politische Lösung in der Auseinandersetzung für ihre Freiheit durchgesetzt werden kann, ist dies ein Ergebnis von jahrelangen Kämpfen. Die Freiheit aller politischen Gefangenen in einem absehbaren Zeitraum kann nur in einem Kampfprozeß durchgesetzt werden.

Es muß die Sache von allen sein, die ein Ende der Folter, die die Freiheit der Gefangenen wollen, in diesem Kampf Verantwortung und Initiative zu übernehmen.

Wir wollen eine reale Lebensperspektive für unsere gefangenen GenossInnen und für die Gefangenen aus allen Befreiungskämpfen; wir wollen sie für alle und mit allen, die eine menschliche Lebensbestimmung für sich und alle Unterdrückten und Entrechteten überall auf dieser Welt erkämpfen wollen.

Rote Armee Fraktion, 29.6.92

Grußadresse von Michael Dietiker, Ali Jansen und Bernhard Rosenkötter an den Münchener Gegenkongreß

Juni 1992

Wir wollen den internationalen Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München und euch, den TeilnehmerInnen der Veranstaltung zu den politischen Gefangenen, aus dem Knast heraus solidarische und kämpferische Grüße schicken!

Diese Veranstaltung findet statt im Rahmen des Forums »500 Jahre Kolonialismus und Widerstand – Demokratie und Menschenrechte in der neuen Weltordnung«. Daß linke und revolutionäre Kritik an den Herrschenden gerade unter den Begriffen »Demokratie und Menschenrechte« geübt wird, ist neu und ungewöhnlich – jedenfalls hier in der BRD. Selbstverständlich haben Menschenrechtsforderungen im Zusammenhang mit politischen Gefangenen, mit Knast und Repression in der Solidarität mit dem Kampf der Befreiungsbewegungen immer eine Rolle gespielt. Aber gerade die Verknüpfung von »Demokratie und Menschenrechte[n]« diente über 40 Jahre lang als antikommunistischer Kampfbegriff im Kalten Krieg.

Mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten ist auch die propagandistische Bedeutung dieser Begriffe aufgehoben. Denn wo den Herrschenden das alte Feindbild fehlt, wird es möglich, der Vorstellung von Demokratie und Menschenrechten ihren eigentlichen Sinngehalt zurückzuerobern und sie gegen die unterdrückerischen Bedingungen, gegen die Menschenverachtung und Zerstörung des realexistierenden Kapitalismus zu richten.

Über diese neu entstandene Möglichkeit hinaus gibt es aber auch andere, notwendige Gründe, warum die Frage von Demokratie und Menschenrechten Thema linker und revolutionärer Politik sein muß.

Einer dieser Gründe ist die Tatsache, daß der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten neben anderen Ursachen auch mit dem Vorhandensein repressiver und totalitärer Herrschaftsstrukturen zu tun hatte, deren Ausmaß wir aus unserem – grundsätzlich nach wie vor richtigem – Widerstand gegen den imperialistischen Kalten Krieg vielfach gar nicht richtig wahrgenommen haben.

Ein anderer Grund ist die Tatsache, daß sich nationale Befreiungsbewegungen durch die veränderten weltweiten Kräfteverhältnisse in einer Situation befinden, in der revolutionäre Siege wie zuletzt 1979 in Nicaragua heute gegen die imperialistische Militärmacht nicht zu erringen sind. Deshalb kämpfen viele Befreiungsbewegungen darum, zunächst den blutigen Kriegszustand zu beenden und grundlegende demokratische Strukturen durchzusetzen.

Ein weiterer Grund, uns anders als bisher mit der Frage von Demokratie und Menschenrechten zu beschäftigen, ist schließlich unsere eigene Politik, ihre Entwicklung in den letzten 20 Jahren und die Grenze, an die wir gestoßen sind.

Mit der aktuellen Neubestimmung revolutionärere Politik hier, mit der Frage nach den gesellschaftlichen Widersprüchen und Kämpfen in der Metropole begegnet uns allerdings die Tendenz, daß immer häufiger die Rede ist von »den Menschen« und »den Interessen aller Menschen« als Gegensatz zur zerstörerischen Politik der Herrschenden. Das halten wir für falsch und gefährlich und wollen deshalb einige Überlegungen zu diesen Fragen in die Diskussion bringen.

»entweder mensch oder schwein
entweder überleben um jeden preis oder
kampf bis zum tod
entweder problem oder lösung
dazwischen gibt es nichts«

Das hat Holger Meins, Gefangener der RAF, 1975 geschrieben; wenige Tage bevor er im kollektiven Hungerstreik gegen die Isolationshaft durch Zwangsernährung umgebracht wurde.

Es ist diese unversöhnliche, kompromißlose Haltung, die die Ausstrahlung des Kampfes der RAF und die Bedeutung des Kampfes der Gefangenen bewirkt hat. Auch über politische Widersprüche hinweg hat diese Konsequenz, das einmal als richtig und notwendig Erkannte nicht nur zu benennen, sondern auch praktisch umzusetzen und die dann unvermeidliche Konfrontation auf sich zu nehmen und kompromißlos durchzustehen, bis heute für viele eine aufrüttelnde und mobilisierende Wirkung. Gerade diese Ausstrahlung zu brechen war Ziel der Anfang des Jahres lancierten Kinkel-Initiative. Ihr Kalkül ist es, die politische Bedeutung des Kampfes der Gefangenen auszulöschen. Dagegen kann die wirkliche Freilassung aller politischen Gefangenen nach wie vor nur von einer starken Bewegung erkämpft werden.

Die erste Frage heißt also, was die Ursachen unserer derzeitigen Schwäche sind und wie wir sie überwinden können.

Die Haltung, die in dem Zitat von Holger zum Ausdruck kommt, hat in späteren Jahren vor dem Hintergrund der wachsenden Repression und der bis Anfang der 80er Jahre wachsenden Isolierung der revolutionären Linken eine Bedeutungsverschiebung erfahren. In demselben Brief von Holger heißt es an einer anderen Stelle:

»kämpfend gegen die schweine als mensch für die befreiung des menschen: revolutionär, im kampf – bei aller liebe zum leben: den tod verachtend. das ist für mich: dem volke dienen – raf.«

Für viele klingen diese vor mehr als 15 Jahren geschriebenen Sätze vielleicht anachronistisch, wie aus einer anderen Welt. Gerade deshalb beziehen wir uns darauf, denn an diesem Kontrast läßt sich eine Entwicklung erkennen, mit der wir uns heute selbstkritisch auseinandersetzen müssen.

Von der revolutionären Haltung, nämlich von der Kompromißlosigkeit und der bedingungslosen Konsequenz im Kampf als Forderung an sich selbst, wurde das zum Schlagwort verkommene »mensch oder schwein« immer mehr zum Maßstab, den

wir an andere angelegt haben, zur Art unserer Wahrnehmung der Gesellschaft. Aus dem Anspruch an die eigene revolutionäre Konsequenz wurde das »Jeder muß sich entscheiden«, und die auf dieser Grundlage bestimmte politische Praxis führte zu einer wachsenden Eskalation des Kampfes. In einer unmittelbar revolutionären Situation kann es richtig sein, bewaffnete Angriffe so zu bestimmen, daß sie die Polarisierung so stark wie möglich vorantreiben. Aber solange die revolutionären Kräfte in einer solchen Minderheitenposition sind wie wir in den vergangenen zehn Jahren, haben bewaffnete Aktionen eine andere Funktion.

Die Folge war, daß die Polarisierung von der Linken hier nicht getragen werden konnte und die Eskalation schließlich zurückgenommen werden mußte.

Die Frage nach neuen Ansätzen für revolutionäre Politik stellt sich jetzt aber nicht nur aus der Notwendigkeit, die so entstandene Isolierung linksradikaler Politik in den gesellschaftlichen Konflikten zu überwinden. Denn wir haben die vielfältigen gesellschaftlichen Widersprüche in der Metropole nicht nur nicht genügend aufgegriffen, sondern wir haben sie zum Teil sogar negiert, indem wir die Bevölkerung hier vor allem als Nutznießer der imperialistischen Ausbeutung gesehen und die politische Praxis tendenziell aus dem Widerspruch zu dieser scheinbaren gesellschaftlichen Gesamtheit bestimmt zu haben.

Heute gibt es dagegen Tendenzen, in das andere Extrem zu verfallen. Nun ist auf einmal die Rede davon, »was wir mit den Menschen und für unser Land wollen«, oder davon, daß gegen die zerstörerische Politik der Herrschenden die »Interessen aller Menschen« durchgesetzt werden sollten, um nur einige Beispiel aus Texten der vergangenen Monate zu zitieren. Aber genau so wenig, wie es eine einheitliche und nur von außen zu bekämpfende »Metropolenzombie-Gesellschaft« gibt, genau so wenig gibt es einheitliche »Interessen aller Menschen«, die im Gegensatz zu menschenfeindlicher Politik stehen würden.

Die Interessen von Menschen sind durch ihre jeweilige Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang und durch ihr Bewußtsein darüber geprägt. Deshalb sind keineswegs alle an einem Ende der unmenschlichen Verhältnisse interessiert. In bezug auf die kapitalistische Produktion hat Marx das schon vor 150 Jahren in dem Begriff der »Charaktermaske« gefaßt. Um wieviel deutlicher noch zeigt sich das in der Auseinandersetzung mit rassistischer und sexistischer Gewalt!

Das Patriarchat, eine zentrale Struktur unmenschlicher Verhältnisse, steht aber nicht im Widerspruch zu den »Interessen aller Menschen«: Die Mehrzahl der Männer versteht den antipatriarchalen Kampf als Kampf gegen ihre Interessen!

Und selbst wenn wir die wachsende Zahl von Rassisten in diesem Land davon überzeugen könnten, daß sich ihr Rassismus gegen ihre »eigentlichen«, ihre »objektiven« Interessen richtet, könnte das nichts an der Tatsache ändern, daß der verschwenderische Metropolenwohlstand – gegen dessen Verlust die Rassisten im Grunde anrennen – so nicht aufrechterhalten werden kann, nicht aufrechterhalten werden darf!

Ebenso wie für uns Männer in bezug auf die Macht, an der jeder Mann unweigerlich durch das Vorhandensein der patriarchalen Strukturen teil hat, geht es auch in bezug auf den zerstörerischen Metropolenwohlstand um Verzicht, um die Entwicklung anderer Bedürfnisse, um die Eroberung neuer Werte.

Die Tatsache, daß auch in den Metropolen immer mehr Menschen von der Teilhabe am Wohlstand ausgeschlossen sind, darf uns nicht glauben machen, so einfach von den »Interessen aller Menschen« ausgehen zu können. Das Anwachsen rassistischer und sexistischer Gewalt zeigt das in aller Deutlichkeit.

Es gibt klare Kriterien für Menschlichkeit und für Unmenschlichkeit; dafür, was menschenfeindliche Politik ist, und dafür, was menschliche Verhältnisse sein können. Aber die Stärke des kapitalistischen Systems beruht gerade darauf, daß es in sehr großem Maß die Interessen von Menschen an sich binden kann: durch die individuelle Hoffnung auf Wohlstand, auf Reichtum, auf Macht.

Wir müssen lernen, dieses System zu zerschlagen und im Kampf dagegen gleichzeitig die Interessen von immer mehr Menschen an diesem Kampf, an die Eroberung anderer Bedürfnisse und an die Errichtung menschlicher Verhältnisse zu knüpfen.

Das bedeutet, wir müssen den Fehler des Realsozialismus, nämlich den Versuch der totalitären Bestimmung »objektiver Interessen« genauso überwinden wie die verkürzte und scheinradikale Sicht des »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns«, ohne dabei in die Illusion eines einheitlichen »Interesses aller Menschen« zu verfallen.

Wir müssen lernen, in dieser Widersprüchlichkeit der Verhältnisse zu handeln, und dazu müssen wir vor allem lernen, Widersprüche zu ertragen!

Denn gerade in der Fähigkeit, Widersprüche auszuhalten, liegt die Ausstrahlung der revolutionären Haltung: nämlich die Kraft, aus dem Leiden an den Verhältnissen, aus der Sehnsucht nach einem besseren Leben die als richtig und notwendig erkannten Schritte unbeirrt und konsequent zu gehen.

Statt aus der Erfahrung, an die Grenzen gestoßen zu sein, jetzt ins andere Extrem zu verfallen, geht es darum, kritisch und genau aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und das Richtige weiterzuentwickeln.

So verstanden können wir einen Begriff von Demokratie und Menschenrechten erarbeiten, der für uns zu einer wichtigen Waffe in den künftigen Auseinandersetzungen werden kann. So können wir der Kinkel-Initiative und allen Illusionen von »Lösung« oder »Befriedung« genauso etwas entgegensetzen wie dem Mythos von der Überlegenheit oder gar dem weltweiten Sieg des Kapitalismus.

Aktuell geht es darum, die Freilassung von Bernd Rössner durchzusetzen, längerfristig geht es um den Aufbau einer starken revolutionären Bewegung, für die die Freilassung aller politischen Gefangenen nur eine Etappe im Kampf sein wird.

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Michi Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter
Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand
Butzbach/Schwalmstadt, Juni 1992

Monika Berberich (ehemalige politische Gefangene)

Beitrag auf dem Gegenkongreß zum Weltwirtschaftsgipfel im Juni 1992

Es geht mir jetzt nicht um die Geschichte des bewaffneten Kampfes, wie es im Programm steht, sondern um ein paar Aspekte nur, die mit den Menschenrechten zu tun haben.

Wir haben 1970 hier in der BRD den bewaffneten Kampf aufgenommen. Das Neue dabei war nicht, daß da eine Gruppe angefangen hat, organisiert Gewalt anzuwenden – das ist in der Propaganda immer herausgestellt worden als das zentrale Moment –, es ist aber nur zu verstehen aus der Frage, was für ein politischer Ausdruck diese Gewaltanwendung war. Das Neue an der Sache war, daß wir hier einen Zusammenhang hergestellt haben zwischen dem Kampf um Kommunismus hier und den Befreiungsbewegungen in den Kontinenten.

1970 war der Kampf des vietnamesischen Volkes gegen den von den Europäern unterstützten US-Imperialismus fast auf seinem Höhepunkt. Es hat hier die Studentenbewegung gegeben, die sich ganz stark an diesem Kampf mobilisiert hat, genauso auch an den sozialen Widersprüchen hier, und wir haben versucht, genau diesen Zusammenhang herzustellen. Und zwar auf einer Ebene, die der Ebene der globalen Auseinandersetzung entsprochen hat. Das war das Neue an dem Kampf, den wir aufgenommen haben. Ich würde sagen, es war ein Kampf auch für die Menschenrechte. Wir wären nicht auf die Idee gekommen, das auch so zu nennen, weil wir das auch so im Kopf hatten: Menschenrechte, das ist etwas, was im Grundgesetz steht, etwas, was in den UN-Dingern steht und in den europäischen Menschenrechtskonventionen, und damit haben wir erstmal nichts am Hut.

Aber das, was wir entwickelt haben, war ein umfassender Begriff von Menschsein, von der Würde des Menschen, den wir sowohl aus dem Befreiungskampf der »Dritten Welt« hergeleitet haben wie auch aus den Kämpfen hier. Nämlich der Begriff, daß es nicht nur um Befreiung aus den ökonomischen Zwängen geht, um die ökonomische Entwicklung usw., also die materielle Bedürfnisbefriedigung, sondern auch um eine Befreiung von der Entfremdung, die die Wirkung des kapitalistischen Systems auf alle hat – auf die Verhältnisse untereinander.

Marx hatte mal gesagt, irgendwann früher, daß der Arbeiter in der Fabrik dem Fabrikherren gehört und nur zu Hause bei sich selbst ist. Wir haben gesagt, das Kapital jetzt, heute, läßt uns auch zu Hause nicht mehr bei uns selbst sein. Der kapitalistische Alltag heute ist der 24-Stunden-Tag.

Dem setzen wir den 24-Stunden-Tag des selbstbestimmten Lebens entgegen. Das können wir nicht, wenn wir dem Zugriff des Systems unterworfen sind, das können wir nur, wenn wir uns total und in einem vollständigen Ruck dagegenstellen. Das wiederum, also Illegalität, ist nur möglich, wenn wir es organisieren als Angriff gegen diesen Staat und nicht als einen Rückzug. Das war das zentrale Moment auch der Gewaltanwendung. Und auch zu sagen: Wir können einen Begriff von uns selber nur entwickeln, wenn wir selber auch eine Gegenmacht entwickeln, die wiederum den Schutz der Bewaffneten braucht. Daraus ist das entstanden. Ich finde das total wichtig.

Der zentrale Begriff aber war dieser Begriff des Menschenseins, den wir damit konzipiert haben und auch versucht haben zu leben. Dies war sicher auch ein ganz wichtiges Moment für die Anziehungskraft, die die RAF in den ersten Jahren ja hatte. Es gab da ja Umfragen, die auch öfter zitiert worden sind, wonach 10-15 Prozent der Bevölkerung, oder noch mehr, bereit wären, Leuten Unterschlupf zu geben.

Es ist viel davon verlorengegangen in der ganzen Zeit, was, wie ich denke, mit der ganzen Entwicklung zu tun hat. Sicher auch damit, daß viele von denen, die angefangen hatten, sehr schnell in den Knast gekommen sind. Der Staat hat darauf reagiert mit, ich würde sagen, der massivsten systematischen Menschenrechtsverletzung, die es bis dahin gegeben hat in der BRD. Nämlich mit dem Versuch, die Leute, die aus dieser Gruppe, aus der RAF, in den Knast gekommen sind, also uns – ich war bei den ersten – kaputtzumachen, politisch zu brechen. Das war genau dieses Moment, dieses Aufstehen gegen den Staat, zu sagen, wir wollen den Menschen praktisch als Ganzes wiederherstellen – gegen dieses System, das den Menschen vollständig unterwirft, das ihn zum Anhängsel der Maschine macht, das ihn der Profitproduktion unterordnet. Dem wollen wir wieder entgegenstellen, daß der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht die Profitproduktion, was natürlich auch der Angriff gegen das System ist, weil ja da die Profitproduktion im Mittelpunkt steht.

Das wollte der Staat mit allen Mitteln kaputtmachen. Es war nicht die Reaktion auf das bißchen Schießen, auf die paar Bomben, die geflogen sind, sondern auf diesen Ansatz, der eben – global, sag ich mal – ein Ansatz eines neuen Menschenbildes war, was sowohl für hier als auf für die drei Kontinente gilt. Wo sich Leute wiederfinden konnten, auch wenn sie nicht klassische Arbeiter waren. Wir haben auch versucht, den Begriff des Klassenkampfes neu zu definieren, auch weil hier ja der klassische Arbeiter immer weniger vorkommt, weil andere Erwerbszweige in den Vordergrund rücken und weil diese materielle Ausbeutung allein garnicht mehr der Punkt ist. Der Staat hat ja – das ist wohl allen bekannt – mit der jahrelangen Isolation versucht, die Gruppe zu zerschlagen, auch unsere Menschenwürde, auch in diesem umfassenden Sinn. Im Grunde hat der Staat in dem, wie er uns behandelt hat, nämlich mit dem Versuch, uns völlig fertig zu machen, genau auch erzwungen, diesen Begriff, worum es geht: nämlich dem als ganze Menschen entgegenzustehen.

Es war klar, daß wir früher oder später darauf gekommen sind, die Menschenrechte auch für uns zu entdecken. Das war die Phase, in der wir eine Behandlung nach der Genfer Konvention gefordert haben, die ja auch die Menschenrechte für

Gefangene im Krieg bzw. in einer kriegerischen Auseinandersetzung regelt. Und zwar, um damit international auf der Ebene der UN auch die BRD anzugreifen und deutlich zu machen: Die BRD, die stellt sich dar als der demokratische Staat, als Hüterin der Menschenrechte, tatsächlich aber verletzt sie sie im Inneren, und zwar ganz massiv. Wir haben rausgefunden, sowohl an den eigenen Erfahrungen wie auch an dem , was wir so klären konnten im bezug auf die Begleitumstände dieser Isolation: Das ist Folter, und zwar Folter in einer ganz üblen Form. Das mußten wir erst einmal durchsetzen, auch bei den eigenen Genossinnen und Genossen, die zuerst gesagt haben: Hier, ihr spinnt, ihr denunziert die wirkliche Folter. Bis auch sie gemerkt haben, es stimmt, die BRD foltert. Das war auch der Erfolg der Menschen draußen, die uns unterstützt haben. Die auch zur UNO gefahren sind und dort die BRD angegriffen haben, daß die BRD 1986 im UNO-Menschenrechtsausschuß sehr massiv kritisiert worden ist. Und zwar kritisiert worden ist wegen Menschenrechtsverletzungen.

Ich habe vorhin etwas länger von unserem Ansatz gesprochen, weil ich denke, daß wir jetzt in einer Situation sind, wo es wichtig ist, sich das wieder ranzuholen, sich das wieder bewußt zu machen, worum es geht. Hier wie dort. Und daß das auch die Basis sein kann, auf der sowohl innerhalb dieses Landes und seiner verschiedenen sozialen Bewegungen, wie auch international, mit all den Genossinnen und Genossen und den Menschen aus anderen Ländern, die hierherkommen, die ihrerseits um Befreiung kämpfen, einen Boden, etwas Gemeinsames zu finden, wofür wir kämpfen können. Und zwar um einen Begriff der Menschenrechte, der sich nicht orientiert an deren Glorifizierung, so wie damals, als die Menschenrechte erst aufgetaucht sind. 1776 und 1789 in den Unabhängigkeitskriegen der USA und der Französischen Revolution wurden sie zwar als Menschenrechte bekannt, aber nur als Menschenrechte für die Weißen. Alle Schwarzen, Braunen, Gelben – alle Menschen der kolonisierten und unterworfenen Kontinente – waren ausgenommen, das waren keine Menschen. Worum es geht, sind Menschenrechte in unserem, in dem ursprünglichen Sinne: Nämlich, weil du Mensch bist, hast du ein Recht. Du mußt es nicht aus irgendeinem Gesetz ziehen, das durchsetzen und daran zusammenkommen.

Gisela Dutzi (ehemalige politische Gefangene)

Beitrag auf dem Gegenkongreß zum Weltwirtschaftsgipfel im Juni 1992

Ich freue mich, heute abend sprechen zu können und vor allem im Zusammenhang mit vielen Leuten, Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunden, die aus anderen Ländern, aus Trikont-Ländern, mit uns hier versammelt sind. Ich denke, es ist für unseren Kampf auch eine große Ehre, daß wir hier in diesem Forum zusammen sein können und unsere Erfahrungen austauschen. Viele, die hier sitzen aus anderen Ländern, aber auch viele im Saal, sind für lange Zeit im Knast gewesen, und es wurde da sehr viel Leid erfahren. Aber daß wir jetzt hier sind, zeigt uns auch, wir können durch dieses Leid auch stärker werden. Knast geht an die Substanz, an die Wurzel von einem, aber es zeigt auch, das Menschsein ist nicht besiegbar. Das können sie nicht besiegen. Sie können Menschen töten, aber sie können unser Menschsein nicht töten.

Ich möchte in dem Zusammenhang nochmal Günter begrüßen, Günter Sonnenberg. [riesiger, tosender Beifall, standing ovations]

Ihr wißt es vielleicht alle, Günter ist vor ein paar Wochen nach 15 Jahren aus dem Knast gekommen, und er hat seine starke Identität bewahrt. Günter war schwer verletzt, und er war unter brutalsten Isolationsbedingungen im Knast. Ich bin sehr froh, daß er heute unter uns ist, und ich möchte, daß bald alle politischen Gefangenen unter uns sind. Wir haben hier in der BRD in den 22 Jahren, seit es Gefangene aus der RAF und aus dem Widerstand gibt, mit zehn großen Hungerstreiks für Veränderungen der Bedingungen gekämpft, für die Zusammenlegung. Jetzt ist die Hauptsache die Freiheit der Gefangenen – daß die Gefangenen rauskommen.

Bei den Hungerstreiks war uns immer bewußt, daß wir auch eine Verantwortung haben gegenüber anderen Menschen im Süden, die in den Knästen sitzen. Wir wußten, daß die Isolationsbedingungen, denen wir unterlegen sind, daß die BRD die exportiert. Exportiert in Länder im Trikont. Das ist nur eine Methode von Folter. Und wir haben auch in dem Bewußtsein für die Abschaffung der Isolation, für das Ende dieser Folter gekämpft. Heute ist die Freiheit die Frage, die Freiheit der Gefangenen überall, und ich denke, wir können sie nur gemeinsam erkämpfen. Ein starker Ausdruck, der mich besonders freut, ist, daß wir hier gemeinsam sitzen. Daß es um die Freiheit der Gefangenen geht, findet jetzt zu einem Zeitpunkt statt, wo alles, die ganze Entwicklung, an einem Schnittpunkt ist.

Ich denke, daß die Sachen sehr wichtig sind, die auf diesem Kongreß und worüber auch schon die ganze Zeit geredet wird. Wir müssen hier andere Entwicklungen beginnen. Wir müssen die katastrophale Entwicklung, die der Imperialismus der

Menschheit bringt, den Tod von Menschen und Natur – wir müssen das beenden. Wenn diese katastrophale Entwicklung weitergeht, gibt es keine Perspektive. Und ich denke, das ist das, was wir diskutieren müssen, genauso wie die verschiedenen Vorstellungen und Wege. Aber es muß unsere gemeinsame Grundlage sein, und zu dem Zeitpunkt sagen wir: Die Gefangenen raus, es müssen die Gefangenen überall raus.

500 Jahre Kolonialismus, 500 Jahre Widerstand und eine wichtige Sache, wo ich hoffe, daß wir noch viel Austausch darüber haben, ist, daß diese 500 Jahre Widerstand uns allen sehr viele Kriterien für den Kampf gegeben haben. Deshalb haben wir auch großes Interesse daran, mit den Leuten aus dem Süden zu sprechen.

Wir haben hier auch Kriterien entwickelt, und dazu möchte ich einiges kurz anreißen jetzt. Es gab die Erklärung der RAF, in der stand, daß bestimmte Aktionen jetzt eingestellt werden. Mir ist daran aufgefallen, auch schon vorher bei den Diskussionen, es gibt 'ne starke Tendenz hier, daß die Mittel immer im Vordergrund stehen. Und ich denke, wir können da einiges lernen von den Menschen, die woanders herkommen, aber auch von uns selber. Wir haben uns auch entwickelt. Für uns ist der Inhalt unseres Kampfes wichtig und die Ziele sind wichtig, die Mittel sind an zweiter Stelle. Die müssen auch diskutiert werden, aber nicht an erster Stelle. Dann wäre der ganze Sinn unseres Kampfes inhaltslos. Es gibt so viele existentielle Probleme auf der Welt, die müssen wir angehen, und es gibt Situationen, wo man auch bewaffnet kämpfen muß, wo bewaffnete Mittel notwendig sind. [Applaus]

Ein anderes Kriterium, das wir aus der langen Zeit im Widerstand und im Kampf haben, das ist das, was Lew [Lew Gurwitz, Rechtsanwalt von Leonard Petier, politischer Gefangener in den USA, Anm. d. Red.] auch angesprochen hat heute nachmittag. Es ging da um unsere eigenen Veränderungen. Ich denke, im Kampf in unserem Land haben wir das auch gelernt: Wir müssen gegen das System kämpfen, aber wir können das System nicht besiegen, wenn wir uns selber nicht auch verändern. Wir haben vor allem in der langen Knastzeit die Erfahrung gemacht, wie notwendig das ist, und vor allem auch in dem Land, in dem wir aufgewachsen sind, in dem wir kämpfen, hier in der BRD: Es gibt hier sehr starken Individualismus, und wenn man es genau analysiert, ist es auch klar. Das hängt mit dem kapitalistischen System zusammen, der Konkurrenz, jeder gegen jeden. Und es gibt auch in den politischen und in den kämpfenden Zusammenhängen diese Strukturen. Und ich denke, wir werden nur stärker, wenn wir das überwinden, wenn wir wirklich lernen, solidarisch und gemeinsam vorzugehen. Oder, wie Che mal gesagt hat: »Wir müssen hart sein gegen unsere Feinde, aber wir dürfen unsere Zärtlichkeit nicht verlieren.« Und in dem Land hier würde ich sagen, wir müssen unsere Zärtlichkeit wiedergewinnen, weil sie sie uns zerstört haben. [Applaus]

Ich will jetzt nur noch kurz die Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand in Erinnerung rufen. Zwei will ich ganz kurz nennen und weshalb sie im Knast sitzen,

damit es auch ein Stück eine Vorstellung davon gibt. Irmgard Möller sitzt seit 1972 im Knast. Sie sitzt im Knast, weil sie gegen den Vietnamkrieg gekämpft hat, wegen einer Aktion gegen die US-Armee während des Vietnamkrieges. Bernd Rössner ist durch die Isolation im Knast schwer krank geworden und es liegt uns besonders am Herzen, er muß so schnell wie möglich raus. (bekräftigender Applaus)

Bernd Rössner sitzt seit 1975 im Knast, weil er damals die westdeutsche Botschaft in Schweden besetzt hat, um die Gefangenen aus der RAF zu befreien. Und ich will zum Schluß noch einmal aufrufen, für die Freiheit aller politischen Gefangenen auf der Welt, kämpfen wir dafür! Venceremos! [starker, anhaltender Beifall]

Grußwort von Sven Schmid und Stephan Feifel

(Gefangene aus dem Widerstand)
an den Gegenkongreß zum Weltwirtschaftsgipfel im Juni 1992

»Von uns bleibt mehr
als Worte oder Gesten,
der glühende Wunsch nach Freiheit,
ansteckende Sucht.«
(Giaconda Belli)

Liebe Schwestern und Brüder,
revolutionäre Grüße rufen wir euch zu.

Wir sind Gefangene, weil wir uns das Recht genommen haben für die Freiheit der Menschen, der Völker und der Kulturen zu kämpfen.

Wir sind Gefangene, weil wir uns nicht der Barbarei und Kriegsordnung der herrschenden Klasse unterworfen haben, die sie höhnisch »Demokratie« nennen.

Demokratie und Menschenrecht sind auf unserer Fahne der Freiheit revolutionäre Werte.

In allen Kontinenten werden Frauen und Männer gefangengenommen, gefoltert und hingerichtet, weil sie für die soziale Gerechtigkeit, gegen Sexismus und Rassismus kämpfen. Gegen die todbringende Ausbeutung durch das Kapital.

Bis zum letzten Pfeil widersetzten sich Generationen der indigenen Völker und der native americans gegen die Konquistadoren und die Kolonialarmeen; mit ihren Macheten erhoben sich die Entführten und Versklavten gegen die blutsaugenden Kolonisatoren, mit dem gleichen Mut widersetzten sich bis zur letzten Kugel Sabo, Eda und Taskin, Militante von Devrimci Sol im April dieses Jahres in Istanbul gegen die mordenden Schergen. [Beifall]

Ihr Ruf nach Würde und Freiheit erfüllt die Luft, die wir atmen, und unsere Herzen, so wie heute die Stimme Mumia Abu-Jamals aus dem Amerika der Todestrakte zu uns dringt.

Wir, politische Gefangene in der Bundesrepublik, kämpfen für unsere Freiheit wie rund um die Erde gefangene Revolutionäre für ihr Leben und ihre Freiheit kämpfen. Alle Gefangenen, die aus den Klauen der Macht gerissen werden, sind ein Funken Leben und Hoffnung für uns. Es ist die Zeit, daß wir die einzelnen Funken zu einem großen Signalfeuer der Freiheit aufschichten.

Dem Kongreß, den Aktionstagen und der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München kommt in der heutigen politischen Situation eine besondere Bedeutung zu – aus einem Arbeitsprozeß von Monaten soll ein gemeinsames politisches Projekt Wirklichkeit werden, in dem verschiedene Stränge linker und revolutionärer Politik zusammengefaßt sind.

Seit Monaten verfolgen wir gespannt die Diskussion und Mobilisierung nach München. Einige von euch haben wir jetzt in Besuchen kennengelernt. Wir haben angefangen darüber zu reden, wie wir aus unseren politischen Biographien und unserem Verständnis der Geschichte arbeiten und wo wir zukünftig zusammen Möglichkeiten sehen, um das soziale Projekt der Befreiung neu zu begründen.

Der Austausch unter den Bedingungen der Gefangenschaft reicht sicher nie, aber wir wollen und können nicht länger warten. Wir brauchen alle einen unmittelbaren Lern- und Arbeitsprozeß, wo wir uns Gesicht zu Gesicht gegenübersitzen.

Das ist der erste Schritt, daß die politische Diskussion zurückerobert wird, damit sich das Denken und Handeln von den ideologisierten Fesseln löst. Das verbinden wir im Kern mit Kommunikation.

Es liegt ein sehr beschwerlicher Weg vor uns, den wir nur zusammen beschreiten können und für den wir uns Kenntnisse und Methodiken schaffen müssen, damit wir ihn gehen können.

Wir werden Jahre brauchen – und jeder Mensch ist dabei wichtig, jeder politische Gedanke und Ansatz ist wichtig. Alles muß neu zusammengetragen werden, wie bei einem großen Puzzle.

Jeder und jede verdient Respekt und Achtung, damit sich zugehört wird und die unterschiedlichen Arbeiten ernst genommen werden. Es muß sich untereinander – national wie international – jede mögliche Unterstützung gegeben werden. Das verstehen wir unter Solidarität.

Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen, Michael Dietiker

Mai 1992

»... sag mal, wo leben wir denn?«

Mit dem Folgenden wollen wir einige grundsätzliche Überlegungen in die Auseinandersetzung um die Erklärung der Genossinnen und Genossen der RAF vom 10.4.92 einbringen.

Wir stehen dabei vor dem Widerspruch, daß es uns einerseits unter den Nägeln brennt, so schnell wie möglich Stellung zu beziehen, daß aber andererseits die eigentlich nötige Ausführlichkeit und Genauigkeit einer solchen Stellungnahme eine intensive Arbeit erfordert, die wir in der notwendigen Schnelligkeit gar nicht leisten können. Zumal wir immer noch in verschiedenen Knästen hocken und all unsere Diskussionen nur mühsam schriftlich führen können.

Weil wir jetzt aber auf keinen Fall den viel zu oft gemachten Fehler wiederholen wollen, aus diesem Dilemma heraus zu spät oder gar nicht zu reagieren, haben wir beschlossen, zwei Briefe aus unseren Diskussionen mit Genossinnen und Genossen draußen zu veröffentlichen. Das kann natürlich nur ein Anfang sein.

Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen, Michael Dietiker, Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand, Butzbach/Schwalmstadt, Mai '92

Liebe...,

nun also mal zum zur Zeit alles dominierenden Thema. Weißt du, was mir selbst beim ersten und nun wirklich noch flüchtigen Lesen des Briefes vom 10.4. sofort wie 'ne heiße Nadel unter die Haut ging, das war diese oberflächliche, sich selbst und damit natürlich auch seine eigene Geschichte im Grunde nicht ernst nehmende und (nun, ich sag mal) lieblose Art, in der dieser Brief so runtergeschrieben worden ist. Daß an dieser in jeder Hinsicht ja wirklich sehr wichtigen Erklärung richtig intensiv gearbeitet worden ist, sie darüber Tage, Wochen und ... diskutiert, überlegt, diskutiert ... haben, einmal, bevor sie sich ans Schreiben machten, und dann noch einmal, bevor sie den Text dann wirklich abgeschickt haben, das vermittelt dieser Brief eigentlich in keiner Zeile. Mir zumindest nicht. Auch das jetzt nachgeschobene »P.S.« vom 14.4. macht das m.M. nach deutlich, ist letztendlich aber praktisch nur noch sowas wie das Pünktchen auf dem i. Da ich nicht weiß, ob es dir in dieser Hinsicht ebenso geht, will ich dir an zwei kurzen und m.M. nach symptomatischen Briefpassagen versuchen deutlich zu machen, was ich damit meine.

»Uns ist klar geworden, ... und daß es so nicht weitergeht, daß wir als Guerilla alle Entscheidungen allein treffen und die anderen sich an uns orientieren. Wir haben das zwar oft anders formuliert, aber die Realität war so« – steht auf Seite 2 ihres Briefes.

»Wir, die RAF, haben seit '89 angefangen, verstärkt darüber nachzudenken und zu reden, daß es für uns wie für alle, die in der BRD eine Geschichte im Widerstand haben, nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. Wir haben überlegt, daß es darum geht, neue Bestimmungen ...« – schreiben sie auf Seite 1 des gleichen Briefes.

Auf der einen Seite zu sagen, es geht nicht, daß wir alle Entscheidungen allein treffen, sich alle an uns orientieren, auf der anderen Seite ohne vorherige breite Diskussion gleich für alle, die in der BRD eine Geschichte im Widerstand haben, nicht nur nachzudenken, sondern auch entscheiden zu wollen, ob es so weitergeht oder nicht, das ist einfach nur noch grotesk. Leider ist der Brief aber nicht nur das!

Wie du dir sicher vorstellen kannst, in den vergangenen zwei Wochen habe ich die letzten acht oder zehn Jahre noch ein weiteres Mal sehr gründlich für mich Revue passieren lassen, und ich kann mich auch danach nur nochmal wiederholen; dieser Text ist sowas wie der logische und beinah zwangsläufige Endpunkt einer langjährigen Fehlentwicklung; einer sehr oft problematisierten und auch ausführlich kritisierten Fehlentwicklung. Und offensichtlich wird jetzt nur noch ein weiteres Mal, daß die VerfasserInnen des Briefes sich mit der Kritik an ihnen, an ihrer Analyse und Praxis nie ernsthaft auseinandergesetzt haben.

Kurz vorab, damit da keine Mißverständnisse aufkommen können: Ihre Entscheidung, die Eskalation zurückzunehmen, die ist natürlich richtig. Zu kritisieren ist dabei nur, daß sie sich in ihrer Erklärung nicht mit der Entwicklung hin zu ihrer weitgehenden Reduktion auf »gezielt tödliche Aktionen« auseinandersetzen; mit einer Entwicklung, in der sie Angriffe, die nur in besonderen Ausnahmefällen legitimiert sein können, zu etwas beinah Normalem verkommen ließen. Denn die dieser Entwicklung zugrunde liegende Art und Weise, in der sie die Realität und Machtstrukturen in der imperialistischen Gesellschaft wahrnahmen und »analysierten«, wiederholen sie jetzt nur noch ein weiteres Mal, indem sie völlig unreflektiert ins Gegenteil verfallen: »Justizminister Kinkel hat mit seiner Ankündigung im Januar, einige haftunfähige Gefangene und einige von denen, die am längsten im Knast sind, freizulassen, das erste Mal von staatlicher Seite offen gemacht, daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit politisch-militärischen Mitteln in den Griff kriegen. Gegen die Gefangenen haben sie seit 20 Jahren auf Vernichtung gesetzt. Die Kinkel-Ankündigung wirft die Frage auf, ob der Staat dazu bereit ist, aus dem Ausmerzverhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen, die sich nicht der Macht des Geldes beugen, die eigene Interessen und Ziele entgegen den Profitinteressen formulieren und umsetzen, also ob er Raum für politische Lösungen zuläßt (und wenn auch Vertreter aus der Wirtschaft dahingehend Druck auf die Regierung machen, kann das nur gut sein).«

Wer sowas denkt und schreibt, der hat sich von der dringend notwendigen Rekonstruktion revolutionärer Politik verabschiedet, der sucht Zuflucht im Reformismus.

Aber weißt du, beinah ist das ja sogar ein wenig verständlich. GenossInnen, die jahrelang falsche und völlig unbegründet euphorische »Analysen« zum Ausgangs-

punkt ihres Kampfes machten, die den Imperialismus in politische Agonie verfallen sahen, die politischen Interventionsmöglichkeiten des Staates/des Kapitals für beendet wähnten und von »Entscheidungsschlacht« redeten, die müssen natürlich am momentanen Siegeszug des Imperialismus verzweifeln, ihre Zuflucht im Reformismus suchen – zumindest müssen sie das solange, wie sie sich nicht auf eine kritische Aufarbeitung der letzten Jahre einlassen, sie nicht in den Vordergrund ihrer Anstrengungen stellen. Aber nein, sie haben sich auch jetzt nicht verändert, d.h., ihre Art zu analysieren und »Politik« machen zu wollen ist die gleiche wie vor sechs, sieben oder acht Jahren geblieben. Unter dem Druck der globalen Entwicklung haben sich nur die Ergebnisse verändert. Und korrespondierend zur Analyse und Praxis aus den letzten Jahren ist letztendlich daher auch der gesamte Brief vom 10.4. verfaßt worden. Mensch muß sich das mal vor Augen halten: statt zu realisieren, daß Kinkel erkannt hat, daß die weitere von der Politik eingeklagte Inhaftierung von Günter, Bernd und z.B. Irmgard (20 Jahre ...) kontraproduktiv zu werden droht und ein ständiger und nicht zu kalkulierender Mobilisierungsfaktor ist, und er deswegen eine völlig unverbindliche Pontius-Pilatus-Initiative startete (und wie zu erwarten war: plötzlich erinnern sich diese Herren wieder an die Unabhängigkeit der Staatsschutzsenate der Oberlandesgerichte), da erkennen die Illegalen darin eine Entwicklung, in der sich politische Lösungen nicht nur für uns politische Gefangene abzeichnen, sondern gleich auch für alle, »die für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen, die sich nicht der Macht des Geldes beugen, die eigene Interessen und Ziele entgegen den Profitinteressen formulieren und umsetzen.« Und das Kapital macht gleich auch noch dahingehend Druck ... sag mal, wo leben wir denn?

Nun, ich laß das für heute erstmal so stehen und setz mich jetzt nicht auch noch mit dem restlichen Brief auseinander. Grundsätzlich werden wir daran aber nicht vorbeikommen.

Zum Abschluß noch ein Zitat aus dem Beschluß des OLG (der 2/3-Ablehnung):

»Der Senat hat davon abgesehen, eine Sperrfrist gemäß § 57 Abs. 6 StGB für die Stellung eines erneuten Antrages festzusetzen. Im Hinblick auf die dem Senat nach dem Anhörungstermin bekannt gewordene, der RAF zugeschriebene Erklärung vom 10.4.1992, in der auch der Verurteilte namentlich erwähnt worden ist, kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Verurteilte sich in naher Zukunft den dort angekündigten Gewaltverzicht zu eigen macht und damit eine neue Beurteilungsgrundlage schafft.«

Lieber...,

was du von der Atmosphäre der letzten Zeit schreibst, diese Mischung aus Unsicherheit, wie was gemeint ist, und Unverständnis, kann ich mir nur zu gut vorstellen – leider. Daß es in einer Situation wie heute keine »fertigen Antworten« gibt, ist klar (die gibt es in Wirklichkeit nie), aber das Problem ist, daß zu den ganzen brennenden Fragen scheinbar nirgendwo wenigstens klare Grundhaltungen formuliert werden,

die den jeweiligen Einschätzungen zugrunde liegen. Dabei ist genau das jetzt von existentieller Bedeutung. Ich kann dazu nur sagen, wie wir das sehen.

Daß in Kinkels »Versöhnungsoffensive« (treffender Begriff, hab ich aus einem Radiokommentar) drinstecken würde, uns als politische Gegner anzuerkennen, denken wir überhaupt nicht. Im Gegenteil, Kinkels eigene Interpretation seines Schlagwortes macht das deutlich: Er hat »Versöhnung« damit erklärt, daß sich schließlich auch die Juden mit den Deutschen versöhnt hätten! Wohlgemerkt, in dem Bild sind RAF, Widerstand und Gefangene die Nazis, und Bundesregierung und Kapital sind »die Juden«. Was da drinsteckt, ist also, uns mit dem Terror der Nazis gleichzusetzen, sich als unschuldiges Opfer zu gerieren und uns aus der real überlegenen Machtposition heraus »anzubieten«, wir dürften uns schämen, »entterrorifizieren« und reumütig bessern.

Natürlich muß es trotzdem darum gehen, dieses veränderte staatliche Kalkül zu nutzen für die Durchsetzung von Zusammenlegung und Freilassung. Aber Voraussetzung dafür ist, daß wir ihrem Kalkül mit einer klaren und offensiven Grundposition gegenübertreten, die Erklärung vom 10.4. hat da genau gegenteilig gewirkt: seither steht auch bei den staatlich gewollten Vorzeige-Entlassungen das »Abschwören von der Gewalt« noch viel betonter im Vordergrunud. Wir halten es in der Situation für notwendig, ein paar (eigentlich:) Selbstverständlichkeiten deutlich und offensiv zu formulieren. Zum Beispiel einfach mal klar festzustellen, daß es eine »Gewaltfrage« im Sinn von »Ja oder Nein« überhaupt nicht gibt. Es gibt lediglich die Frage nach dem Ziel. Was ich damit meine, ist, daß der Staat den Gewaltverzicht ja nicht aus Pazifismus fordert, sondern im Gegenteil als Anerkennung seines Gewaltmonopols – sprich: der Staat ist der einzige, der Gewalt anwenden darf. Was sonst ist denn Golfkrieg, Autobahnbau, Wohnungsnot, wozu dient Militär, Bullen- Justiz- und Knastapparat, wenn nicht zur gezielten Ausübung von Gewalt? Oder anders: Zum staatlichen Selbstverständnis der BRD gehört die Feier des 20. Juli, also eines bewaffneten Attentats gegen einen Staatschef. Der Gewaltfrage muß also entgegengehalten werden, daß es erstmal nicht um Gewalt an sich geht, sondern darum, mit welchem Ziel welche Gewalt angewandt wird. Und daraus ergeben sich erst die Kriterien. Ganz plump gesagt, die Herrschenden setzen zur Verteidigung ihrer Ausbeutungsinteressen unterdrückerische Gewalt ein, und dagegen richtet sich der revolutionäre Kampf. So kommt's dann vom Kopf auf die Füße, ein Ende von Gewalt setzt also die Abschaffung der herrschenden Verhältnisse voraus.

Natürlich ist das so arg simpel ausgedrückt. Dazu ist in jeder Hinsicht noch sehr viel mehr zu sagen, aber es bleibt trotzdem die Grundlage. Und so wäre es möglich, eine Position zu formulieren, die die staatliche Abschwör-Forderung als Entlassungsbedingung souverän zurückweist.

Statt aber von der Grundlage aus zu argumentieren, bleibt die Erklärung vom 10.4. auf eine ganz verheerende Weise in genau diesen Fragen unklar und widersprüchlich. Einerseits wird das Scheitern einer bestimmten Politik festgestellt und die Hoffnung auf eine einsichtige, zu »politischen Lösungen« bereite staatliche Poli-

tik ausgedrückt, andererseits wird die Unversöhnlichkeit der Ziele betont (»von allein werden sie an keinem Punkt zurückweichen ...«), zu der deshalb notwendigen eigenen Stärke wird aber nichts weiter gesagt als die Drohung, dann die Politik fortzusetzen, deren Scheitern zuerst festgestellt worden war.

Das ist unserer Meinung nach aber kein Zufall und auch kein einzelner Fehler, es ist auch nicht nur absurd, sondern ist Ausdruck von Unklarheiten und Fehlern, die schon ziemlich lange die antiimperialistische Politik (nicht nur der RAF) kennzeichnen. Ich kann das auf die Schnelle hier nur stichwortartig anreißen, aber es ist einfach existentiell notwendig, diese Auseinandersetzung endlich zu führen, wenn wir die Probleme jemals knacken wollen.

Und damit ist auch schon der erste Punkt benannt, nämlich die fehlende Bereitschaft zur kritischen und selbstkritischen Diskussion der jeweiligen politischen Bestimmung und politischen Praxis. Die obigen »Selbstverständlichkeiten« zur Frage der Gewalt heißen ja nichts anderes, als daß revolutionäre Praxis dem Ziel entsprechen muß, daß revolutionäre Gewalt nie was Selbstverständliches haben kann, daß sie ein Höchstmaß an Verantwortlichkeit verlangt. Wie weit eine Praxis, die sich immer mehr auf »gezielt tödliche Aktionen« gegen einzelne Repräsentanten beschränkt, diesen Anforderungen entspricht, also im Grunde die erste Frage nach Selbstreflexion für revolutionäre Politik überhaupt, war beinah in der gesamten antiimperialistischen Linken zumindest in den letzten zehn Jahren kein Thema. Fast alle Kritik und beinah alle Versuche, solche Auseinandersetzungen anzugehen, sind im plumpen Pro-Contra-Schema erstickt worden, zwischen Zustimmung und »Counter« gabs für kritische Weiterentwicklung kaum Platz. Darin hat sich eine im Grund zutiefst unkritische, unrevolutionäre Denkweise etabliert, die aus allem nur die Elemente rauszupft, die »an sich« gut und richtig sind oder sonst gerade in den eigenen Kram passen. Und das, was ursprünglich »nur« gegen Kritik immunisiert hat, führt jetzt dazu, selbst mit staatlichen Angriffen wie der Kinkel-Initiative genauso umzugehen. So stehen dann plötzlich Hoffnungen auf den staatlichen Willen zur »politischen Lösung« unvermittelt und unvereinbar neben dem Wissen um die Unversöhnlichkeit der Ziele. Auf genau derselben Ebene lief seit langem die Auseinandersetzung mit revolutionärer Gewalt. Die Kritik an der konkreten Bestimmung einzelner Aktionen wurde sofort zur Grundsatzfrage gemacht: Wer kritisiert, stelle den bewaffneten Kampf in Frage. Vom notwendigen und in seiner Bestimmung ständig genau zu reflektierenden Kampfmittel wurde der bewaffnete Kampf so zur Gesinnungsfrage; und die Ebene der »gezielt tödlichen Aktionen« zur Bestimmung revolutionärer Politik schlechthin. Und deshalb kriegt jetzt auch die »an sich« ja völlig richtige Entscheidung, eine ganz spezifische Ebene von Praxis so nicht mehr fortzusetzen, diesen unklaren und schwer faßlichen Beigeschmack von »Beendigung«.

Aber in der Erklärung vom 10.4. fehlt ja nicht nur ein Versuch der Analyse der eigenen Entwicklung, ja, es wird nicht mal die Frage danach aufgeworfen, vielmehr wird als Grund für die Veränderung an erster Stelle der Zusammenbruch des Realsozialismus genannt!

Durch den Zusammenbruch des Realsozialismus hat sich natürlich die gesamte internationale Lage völlig verändert, und natürlich bedeutet das für die nationalen Befreiungsbewegungen einen harten Schlag und ganz veränderte strategische Aussichten. Auch die gesellschaftlichen Widersprüche in der BRD sind durch den DDR-Anschluß massiven Veränderungen ausgesetzt. Und sicher muß die Kinkel-Initiative auch vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die Herrschenden sich jetzt auf neue, in ihrem Ausmaß noch ganz unvorhersehbare Probleme einstellen und sich deshalb ein paar unfunktional gewordene »Altlasten« vom Hals schaffen wollen. Aber mit den Fragen an die Bestimmung revolutionärer Politik hier und an die Rolle des bewaffneten Kampfs hat das ziemlich wenig zu tun, die Fragen stellen sich auch nicht erst seit 1989.

Natürlich war die Politik der RAF von Anfang an internationalistisch bestimmt. Im Zusammenhang mit dem weltweiten Kampf der Befreiungsbewegungen Anfang der 70er Jahre. Die Sowjetunion/der Realsozialismus hat darin aber allenfalls eine mittelbare Rolle gespielt, als zwar strategischer, aber insgesamt trotzdem passiver Faktor im internationalen Kräfteverhältnis. Dieser internationalistische Hintergrund war zudem nur ein Teil. Der andere Teil war die Situation in der BRD, die davon gekennzeichnet war, daß eine breite Protestbewegung immer deutlicher an ihre Grenzen stieß und für die Weiterführung der globalen antiimperialistischen Offensive eine Überwindung dieser Grenzen (gerade) auch in den Metropolen notwendig wurde. Durch den Zerfall und die Integration der 68er-Bewegung hat dann erstmal zwangsläufig die internationalistische Bestimmung eine ganz besondere Rolle für die revolutionäre Linke in der BRD eingenommen. Aber spätestens in den 80er Jahren wurde das zur Vereinseitigung insofern, als sich die politische Analyse immer mehr auf die Untersuchung und Bewertung der globalen imperialistischen Planspiele und Strategien reduziert hat, die Entwicklung in der BRD einzig aus diesen Blickwinkeln wahrgenommen wurde. Und die Veränderung gegenüber den anfänglichen Bestimmungen wurde vielleicht überhaupt nicht mehr realisiert, ganz sicher wurde sie aber nicht diskutiert, sondern sie wurde als quasi gradlinige Fortentwicklung unterstellt. Und jetzt schlägt das Ganze einfach um bzw. setzt sich mit umgekehrten Vorzeichen fort. An die Stelle der Imperialismus-Strategie-Analysen treten die innergesellschaftlichen Widersprüche, genauso vereinseitigt und auch ohne darin die Entwicklung der eigenen Praxis und die Veränderungen der eigenen Bestimmungen zu untersuchen.

Klar ist nur eins: Auf die Art werden auch noch die letzten Grundlagen für revolutionäre Politik verlorengehen.

Ich laß es mal bei diesen kurzen und sehr stichwortartigen Bemerkungen. Aber es macht vielleicht schon mal deutlich, wo wir die Eckpunkte für die genauere Auseinandersetzung jetzt und für die Aufarbeitung der Geschichte sehen – als unbedingt notwendige Voraussetzung, wenn wir uns unsere politische Geschichte nicht rauben lassen und an der Rekonstruktion revolutionärer Politik arbeiten wollen.

Konkret-Gespräch
Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer

Gremliza: »Wenn es richtig ist, daß der amerikanische Imperialismus ein Papiertiger ist, d.h. daß er letzten Endes besiegt werden kann; und wenn die These der chinesischen Kommunisten richtig ist, daß der Sieg über den amerikanischen Imperialismus dadurch möglich geworden ist, daß an allen Ecken und Enden der Welt der Kampf gegen ihn geführt wird, so daß dadurch die Kräfte des Imperialismus zersplittert werden und durch ihre Zersplitterung schlagbar werden – wenn das richtig ist, dann gibt es keinen Grund, irgendein Land und irgendeine Region aus dem antiimperialistischen Kampf deswegen auszuschließen oder auszuklammern, weil die Kräfte der Revolution dort besonders schwach, weil die Kräfte der Reaktion dort besonders stark sind. Wie es falsch ist, die Kräfte der Revolution zu entmutigen, indem man sie unterschätzt, ist es falsch, ihnen Auseinandersetzungen vorzuschlagen, in denen sie nur verheizt und kaputtgemacht werden können.«
Das war ein Zitat aus dem RAF-Papier »Das Konzept Stadtguerilla« vom April 1971. Das letzte Papier der RAF, über das wir hier reden wollen, zieht genau 21 Jahre später das Resümee aus diesem Gründungsdokument: Weil der Imperialismus sich nicht als Papiertiger erwiesen hat, sondern als unschlagbar, wird vorgeschlagen, keine weiteren Kräfte mehr in einem aussichtslosen Kampf zu verheizen. Ist es so gemeint?

Taufer: Die Welt der 70er Jahre ist eine andere Welt als die der 90er Jahre. Damals lebten, dachten und kämpften wir als Teilnehmer eines weltweiten Aufstands gegen das US-imperialistische Weltsystem. Die Welt war zweigeteilt, die Sowjetunion zwang dem Imperialismus ein globales Kräfteverhältnis auf, das seinen Bewegungsspielraum gegenüber den Völkern und Befreiungsbewegungen des Trikont beschnitt. In Lateinamerika etwa gab es in jedem Land mindestens eine bewaffnet kämpfende Befreiungsorganisation, erfolgreiche, siegreiche Befreiungsbewegungen gab es in Afrika, Nahost, Asien. Es gab vor allem in Vietnam ein kleines Bauernvolk, das in Pyjamas und auf Gummireifensandalen die mächtigste Militärmaschine der Welt in eine aussichtslose Lage trieb. Nicht zuletzt waren da die Revolten in den Metropolen selbst. Wie wir heute wissen, haben die Bewegungen gegen den Vietnamkrieg, vor allem die in den USA, erheblich dazu beigetragen, daß Nixon und Kissinger den Krieg bereits 1969 für verloren hielten.

Wenn bundesdeutsche Politiker damals immer wieder auf eine sich ausbreitende »Staatsverdrossenheit« hinwiesen, wenn Mitte der 70er Jahre eine zentrale Untersuchung der Trilateralen Kommission »crisis of democracy« hieß, nachdem in den Metropolen der frische Wind der Basisdemokratie wehte, wenn schließlich der damalige Bundeskanzler Willy Brandt immer wieder davon sprach, in Vietnam werde die Freiheit Westberlins verteidigt, kennzeichnet das das allgemein vorherrschende Bewußtsein einer globalen Entscheidungssituation.

Unsere Einschätzung damals war, daß sich der Imperialismus »in der strategischen Defensive« befindet. Es waren weltweit und zeitgleich Kräfte gegen das US-dominierte imperialistische Weltsystem heraufgewachsen, und vor dem Hintergrund von Auschwitz und Vietnam war es politisch und moralisch denkbar, auch mit dem Versuch des bewaffneten Kampfs in den Zentren des Imperialismus, diesem Aufstand mit allen Kräften beizutreten. Die schillernde Haltung, die Politik, Wirtschaft, Justiz, Militär zur faschistischen Vergangenheit, und die eindeutige Position, die sie für den Genozid in Vietnam einnahmen, ließ darüber hinaus die Frage offen, ob der Faschismus in Deutschland wieder hervorkriechen könnte. Der bewaffnete Kampf in der Bundesrepublik war gewissermaßen auch der Versuch einer nachholenden Résistance.

Die Einschätzung eines absehbaren Zusammenbruchs des US-imperialistischen Systems hat sich als falsch herausgestellt. Heute leben wir in einer völlig veränderten Welt. War das Bestreben in den 60er und 70er Jahren, durch die Schaffung von »zwei, drei, vielen Vietnams« dem westlichen System sukzessive Ausbeutungs- und Bereichungsquellen wegzunehmen, und gab es mit diesem Rückenwind die Forderung der Blockfreien nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, sieht es heute umgekehrt aus: Der Imperialismus ist es, der ganze Völker wie ausgequetschte Zitronen wegschmeißt. Ihre billigen Rohstoffe und Arbeitskräfte werden nicht mehr gebraucht, somit haben sie ihre Existenzberechtigung verloren.

Die Welt besteht nicht mehr aus den beiden Polen Dritte Welt – Metropolen. Es sind zwei Welten – die Welt des Besitzes und die Welt der Besitzlosen. Es gibt diese beiden Welten in der Bundesrepublik, in den USA, in Brasilien, Chile, Ägypten, Indien, Nigeria. Es gibt sie überall. Der Anspruch auf eine neue Weltordnung und der diffuse Aufstand liegen in den USA heute nur ein paar Häuserblocks auseinander. Nachdem die Marines in Grenada und Panama gelandet sind, landen sie in Los Angeles. Die Marginalisierten, also die gewaltige Mehrheit der Menschen, sehen sich im Zustand des Robinson Crusoe. Schiffbrüchige des Imperialismus und des Weltmarkts, sind sie vollkommen auf sich zurückgeworfen, gezwungen, sich bei der Organisation ihres Lebens und ihrer sozialen Welt auf das zu verlassen, was sie an sich und um sich herum entdecken.

Die kommende Ära wird die Ära der sozialen Bewegungen sein, der ökonomischen und sozialen Erfindungen. Vorausgesetzt, es gelingt, den dazu nötigen Raum aufzumachen und konkreter Utopie endlich einmal einen diesseitigen Sinn zu geben. Denn die Alternative wäre eine sich ausbreitende diffuse Gewalt und Destruktivität von jenen und gegen jene, die um ihr Überleben kämpfen. Und was dann eine RAF zur Gewaltfrage sagen würde, wäre dieser Eskalation gegenüber völlig gleichgültig.

Von dieser veränderten Weltlage spricht die Erklärung der RAF. Es ist keine Kapitulation, es ist die konsequente Neuorientierung auf eine Situation, zu der die bewaffnete Aktion quer liegt.

Gremliza: Habt ihr dieser Erklärung etwas hinzuzufügen oder etwas an ihr zu kritisieren?

Dellwo: Ich finde die Erklärung richtig. Ihr Kern ist, daß wir einerseits an bestimmte Grenzen gekommen sind und daß wir andererseits nicht aufgeben sollten. Ich würde nicht kritisieren, was andere von sich aus erst mal herausfinden und wie sie's ausdrücken.

Die RAF ist an eine Grenze gekommen, und alle haben das Gefühl, über zwanzig Jahre etwas gemacht zu haben, aber im Moment auf einer Stelle zu treten. Die RAF in ihrer Entstehungszeit, das Konzept Stadtguerilla, das war: die Machtfrage stellen. Auch unsere Ohnmacht aufbrechen, in der wir uns im Konkreten gegen die Politik der Herrschenden immer wiedergefunden haben. Wir wollten für die Linke einen Raum schaffen, die Illegalität, in dem du erst mal Subjekt sein kannst – politisches Subjekt, das zum Angriff kommt. Der Staat und die Politik der herrschenden Klasse, die Systemfrage – das war tabu, und die unten müssen unterlegen sein. Auch das mußte angegriffen werden. Den Menschen klein halten, das ist die Logik der Macht. Wir haben zurückgeschossen, das Verhältnis, das sie nach unten haben, umgedreht und auf sie selbst gerichtet.

Heute fehlt etwas anderes. Das ist nicht durch die Staatsmacht begrenzt. Es fehlt der neue soziale Gedanke, so etwas wie ein neuer historischer sozialer Sinn für die Gesellschaft. Ich weiß, daß er etwas mit der Eigengeltung von Mensch und Natur zu tun hat, die wir uns zurückerobern müssen. Aber unsere erste Schranke ist heute die Entfremdung in der Gesellschaft.

Sicher hatten wir auch das im Kopf: Enteignung oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel, das ist ein Ziel, daraus läßt sich was machen. Aber es blieb vage. Mehr ging es darum: Du konntest hier nicht leben, nicht in dieser vom Kapital dominierten Gegenwart – du wolltest auch nicht bei den weltweiten Verbrechen zusehen – und nicht mit dieser Vergangenheit. Deine Zurichtung für dieses System war schon bestimmt, bevor du überhaupt erst für ein eigenes Leben erwacht bist. Dagegen mußtest du dich erst einmal aufrichten und behaupten.

Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus ist ja nicht unsere Orientierung zerfallen. Dessen Gesellschaftsstruktur war ja nicht unser Ziel. Aber er war das vorhandene Gegensystem zum Kapitalismus. Und eine andere Vorstellung – auf das System als Ganzes bezogen – ist noch nicht neu geboren. Wir haben ja immer gesagt: Wir haben keine Geschichte, wir fangen am Punkt Null an. Heute denke ich, das war vielleicht noch totaler, als wir es schon begriffen hatten. Eine Zentralperspektive haben wir derzeit nicht. Vielleicht wird es auch nie wieder eine geben, das muß nicht unbedingt ein Mangel sein. Die alte ist den Menschen äußerlich geblieben. Sie hat ihnen nicht geholfen, den Blick auf die Welt und aufs Leben neu zu öffnen. Hier müssen wir im Konkreten was Neues finden, und das Konkrete ist identisch mit dem Alltäglichen in der Gesellschaft. In dieses Alltägliche müssen wir das Moment der Transformation bringen. Nur so können wir einen neuen Blick auf das System als Ganzes entwickeln. Ich will, daß im Alltäglichen ein Bruch mit dem System läuft. Danach müssen wir suchen.

Gremliza: Wenn ich die Situation von 1970/71 mit der von heute vergleiche, dann erkenne ich eine einzige bedeutende Veränderung: daß es die Staaten des realen Sozialismus nicht mehr gibt und damit auch die meisten der Bewegungen nicht mehr, die von dort eine Art Rückendeckung bezogen haben.

Taufer: Eine positive oder eine negative Veränderung – das ist hier die Frage, denn die Rückendeckung, die es da gegeben hat, war ja eine recht zwiespältige Angelegenheit, bereits im Vietnamkrieg. Sie hat eine gewisse zentralperspektivische Mentalität aufrechterhalten, und wir erfahren heute in Diskussionen etwa mit den Tupamaros, daß dieser Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten auch einen befreienden Effekt auf die Linke, auf die politischen Bewegungen hatte. Sie sind auf sich selbst zurückgeworfen und überlegen, wie sie aus den ganz konkreten eigenen Bedingungen und der eigenen Geschichte eine sozial emanzipative Perspektive entwickeln können. Und das muß die Linke hier auch tun.

Gremliza: Was ich an der Linken beobachte, und vor allem an den Teilen, die stets schärfste Kritik am Realsozialismus geübt haben, ist keineswegs befreites Aufatmen und Suche nach neuen emanzipatorischen Perspektiven, sondern endgültiger Abschied von jedem Widerstand und Anschluß ans siegreiche Vaterland.

Taufer: Was die Liebe zum Vaterland angeht, die von vielen entdeckt wird – das hat u.a. seinen Ursprung auch darin, daß der Geist der grundsätzlichen Opposition gegen den Kapitalismus von '68 über die Legende von der endgültigen Demokratie liquidiert wurde, die '68 bewirkt haben soll. Ich denke, daß die Diskussion, die die RAF jetzt angestoßen hat, auch die Chance bietet, die letzten 25 Jahre noch einmal neu zu bewerten.

Ebermann: Mein Gefühl bei der Lektüre der RAF-Erklärung ist gewesen: die Konsequenz ist gut und die Begründung ist teilweise sehr schlecht. Es scheint mir, es ist nicht genug Eingeständnis der Tiefe der Niederlage.

Dellwo: Und wenn wir das Gefühl einer Niederlage nicht haben?

Ebermann: Dann ist es eine politische Differenz, in der man, wenn man kein Zyniker ist, hofft, mehr Unrecht zu haben als der, der die Lage schwärzer sieht.

Folkerts: Sieg und Niederlage sind wirklich relative Begriffe. Wir haben Niederlagen verkraften müssen und Verluste erlitten, drinnen und draußen mußten wir extreme Härten überstehen, aber auch jetzt, wo wir in einer schwierigen Übergangssituation stehen, würden wir nie sagen, daß wir unterlegen sind. Wir haben in all diesen Jahren einiges akkumuliert, was wir gerne vergesellschaften, mit anderen Erfahrungen zusammenbringen wollen. Dazu wollen wir die Kommunikation mit vielen, mit der Linken und was davon übriggeblieben ist, und mit Kräften, die aus den Widersprüchen neu entstehen. Wir haben in dieser langen Konfrontation Erfahrungen gewonnen, Stärken erfahren, auch wenn wir keine großen Siege vorweisen können – sie

sind vielleicht unscheinbar und nicht spektakulär, aber ich bin mir sicher, wir haben uns etwas erkämpft.

Dellwo: Auch ich habe nicht das Gefühl, daß wir eine Niederlage erlitten haben. Wir sind jetzt 17 Jahre drin, der Knut ist 15 Jahre drin, wir haben hier die ganze Zeit erfahren, wie sie dich niedermachen wollten. Aber das ist nicht gelungen, sondern im Gegenteil: Du hast das Gefühl, du bist da durchgekommen. Wir sind, auf die RAF bezogen, an eine bestimmte Grenze gekommen, aber ich frage mich doch: Haben wir irgendetwas erreicht, oder haben wir gar nichts erreicht? Haben wir – was wir ja wollten – etwas historisch Neues gesetzt? Was ist mit den Erfahrungen, die es nicht gab, bevor wir sie gemacht haben?

Taufer: Es ist jetzt ein bißchen en mode bei der Linken, von allen möglichen Niederlagen zu reden. Was ich persönlich aus dem Knast heraus nie kapiert habe. Wenn es irgendwo in Westeuropa eine starke Linke gegeben hat seit 1966, angefangen mit dem ersten Sit-in an der FU bis hin zu den letzten RAF-Aktionen, dann in der Bundesrepublik. Wo sonst hat es in Westeuropa eine Linke gegeben, die dermaßen regenerationsfähig war?

Ich bin unbedingt für eine tiefinnere Suche nach den Fehlern und Schwächen der letzten 25 Jahre, aber unser Erkenntnisinteresse wird dabei doch ganz entscheidend davon abhängen, ob wir mit einem grundsätzlichen historischen Pessimismus oder mit Zuversicht an die Arbeit gehen. Die Linke ist in der BRD und weltweit an eine bestimmte Grenze gestoßen, ist in eine tiefe Krise gestürzt, und ich behaupte, das ist eine einmalige Chance, aus der Vergangenheit all das zu lernen, was wir bisher glaubten, nicht lernen zu müssen.

Es sind viele wichtige Erfahrungen gemacht worden, auch von uns. Wir waren hier in einer totalitären Situation, wir waren zehn Jahre lang in diesem Hochsicherheitstrakt, das war so ein Drittes Reich im kleinen, und sie haben uns nicht geschafft, obwohl sie jede Lebensäußerung überwacht haben mit Videokameras, Mikrofonen, Gehirnwäsche und allem drum und dran. Wir haben hier Erfahrungen gesammelt, die man in unseren Breitengraden tatsächlich nur in diesem Hochsicherheitstrakt sammeln konnte. Da haben wir auch über uns und über die Linke, auch über die Frage, was ist Niederlage, was ist nicht Niederlage, eine ganze Menge Erfahrungen gemacht, die jetzt draußen gebraucht werden, denke ich.

Ebermann: Man kann natürlich sagen, Niederlage ist erst, wenn sie uns geschafft, wenn sie uns unseres politischen Denkens, unserer Systemgegnerschaft beraubt haben. Wenn man diesen Begriff von Niederlage hat, dann habt ihr keine erlitten und ich auch nicht. Soweit ist es noch nicht und kommt es hoffentlich nie.

Dann gibt es einen Begriff von Niederlage, der, weil das konkrete Ziel nicht erreicht wurde, alle im Kampf darum gemachten Erfahrungen behandelt nach dem Motto »Klappe zu, Affe tot« – kein zukünftig Rebellierender soll daraus lernen können, also begrabt den Scheiß. Diese Haltung ist ja gerade gegenüber Leuten sehr verbreitet, die mit ihren konkreten Zielen gescheitert sind, die macht auch die Kritik am Realsozialismus so widerwärtig – jeder muß noch mal schnell sagen: Ich hab da auch nichts von gehalten. Ich habe wirklich viele Seiten mit Kritik am Realsozialismus gefüllt, aber ich habe immer gehofft, daß die DDR sich halten kann gegen die BRD, und ich habe immer gehofft, daß bestimmte Planungen, z.B. eine Rüstung so hinzukriegen, daß man die dort killen kann, ohne daß hier allzuviel passiert, nicht aufgehen werden; ich habe gehofft, daß die Totrüstung und die ökonomische Durchdringung nicht gelingen. Wenn ich dies alles jetzt streiche und sage: Das war ja gar kein Sozialismus, wo war da die Emanzipation, war die Entfremdung nicht genauso groß oder die Warenbeziehung genauso ausgeprägt, mache ich auch kaputt, was man daraus würde lernen können.

Auch diesen zweiten Begriff von Niederlage meine ich nicht. Sondern wenn ich von Niederlage spreche, dann vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis. Die haben erstens euch nicht geschafft und mich nicht geschafft, zweitens ist es nicht so, daß das eine Zeit war, wo man nur Scheiß gemacht hat – aber das gesellschaftliche Kräfteverhältnis stellt uns in eine Position, die so einsam ist, wie ich sie, seit ich halbwegs erwachsen bin, nicht erlebt habe.

Dellwo: Willst du behaupten, das System sei heute stabiler als vor 20 Jahren?

Ebermann: Ja, ich glaube, das System ist heute stabiler. Ich weigere mich ja zu sagen, daß unsere Hoffnung, die Einkreisung der Metropolen möge mit unserer Mitwirkung gelingen, reiner Spinnkram war, sondern ich versuche einen Blick auf unsere Biografie und Geschichte zu behalten, der noch sieht, daß es einige Jahre lang wirklich auf des Messers Schneide stand, welche Kräfte sich in der Welt durchsetzen. Die Parole »Schafft zwei, drei, viele Vietnam« haben wir nicht gerufen, weil wir nicht ganz dicht waren, sondern da lag damals wirklich eine Chance.

Es gibt ja jetzt so eine Geschichtsschreibung, daß wir ganz idiotische Träumer waren, und wenn wir damals schon realistisch gewesen wären, dann hätten wir in all unserem Handeln die Siege des Imperialismus antizipieren müssen – eine furchtbare Geschichtsschreibung für Stubenhocker, die sich jetzt noch freuen, daß sie schon vor 20 Jahren keinen Stein aufgehoben haben. Aber heute sind wir mit bestimmten Auffassungen erstmals außerhalb des Disputs. Ich habe das immer so erlebt: Wenn in der Gesellschaft gestritten wurde, war da eine bestimmte Spannbreite, und man war darin äußerster Flügel, aber doch mit Berührungspunkten zum linksreformistischen Lager oder zu dem oder jenem fortschrittlichen sozialdemokratischen Abgeordneten oder einem aufgeschlossenen Rundfunk- oder Fernsehmoderator oder Leitartikler. Heute gibt es ganz viele Diskussionen – etwa zur Sowjetunion oder zu Jugoslawien oder zur Staatsverschuldung oder was mit der DDR geschehen soll –, und in dem Disput hat man gar keinen Platz mehr.

Folkerts: Das ist nur ein Ausdruck davon, daß der ganze Bezugsrahmen, in dem die Linke sich bestimmt hatte, auseinandergeflogen ist. Die Ost-West-Demarkationsli-

nie, die antikolonialen Kämpfe und die Bewegungen in den Metropolen und deren Zusammenhänge, die auch reale revolutionäre Möglichkeiten enthielten – diese historische Phase, ausgehend von der Oktoberrevolution, ist zu Ende und fordert eine Zäsur. Eine Neukonstituierung emanzipatorischer Kräfte kann und wird nicht in den alten Bahnen laufen, die waren ja – wie die APO – selbst historisch bedingt. Es werden sich neue gesellschaftliche Orte, Verhältnisse und Beziehungen, auch international, herausbilden. Und was die einsame Position betrifft – wir machen uns davon nicht abhängig. In der Illegalität haben wir gelernt, gegen den Strom zu schwimmen, in der Einsamkeit der Isolationshaft, wie man sich trotzdem gegen die Übermacht behauptet. Daraus haben wir ein Grundvertrauen gewonnen, in uns und zugleich in die potentiellen Fähigkeiten von Menschen, die aufbrechen.

Taufer: Wenn die Linke hier heute dermaßen schwach ist, dann hat das auch damit zu tun, daß sie eine glaubwürdige Utopie nicht mehr anzubieten hat.

Ebermann: Nein, ich glaube, du hast unrecht. An Utopien herrscht überhaupt kein Mangel, aber kein Arsch will sie hören. Wenn du allein die Kritik der Produktivität nimmst, auch ein weitverbreitetes Phänomen noch vor wenigen Jahren, mit guten und schlechten Seiten, mit Überidealisierung von Alternativbetrieben und Romantisierung zurückliegender handwerklicher Tätigkeit bis hin zur absurden Selbstausbeutung, so gab es trotzdem eine Debatte darum, ob diese Produktivität, die Ankettung des Menschen an den industriellen Arbeitsvorgang, die Demütigung des Menschen durch Maschine und Fließband, nicht etwas Bekämpfenswertes ist.

Etwa 5 bis 10 Prozent der Gesellschaft träumten irgendwie davon, daß es anders doch schöner wäre. Das ist ja der Ursprung von Utopie. Und das ist weg. Der Wunsch, Entfremdung zu überwinden, ist so wenig präsent in der Gesellschaft, daß man sagen muß, ideologisch haben die im Moment wirklich gewonnen, indem sie die Köpfe ganz und gar dafür gekriegt haben, daß dies die beste der denkbaren Welten ist.

Folkerts: Das liegt vielleicht daran, daß du die Gegenwart in den alten Formen betrachtest. Man muß lernen, genau hinzusehen, wie sich Widersprüche neu ausdrücken, wo sie sich in der Gesellschaft neu artikulieren. Natürlich brauchen die eine Linke, und so beißt sich das natürlich in den Schwanz – es gibt diese linke Kraft nicht, und so überlagert das Reaktionäre alles.

Timm: Der Hauptwiderspruch zwischen Thomas [Ebermann] und euch ist doch die Einschätzung der Stabilität des imperialistischen Systems. Und mein Eindruck ist, daß Thomas vor allem die ökonomische Seite sieht: die ökonomische Stabilität und Verbreiterung, die ökonomischen Möglichkeiten, die sich ergeben haben und die jetzt auch in bezug auf die ehemals realsozialistischen Länder die große Rolle spielen. Ich erinnere aber jetzt mal an Vietnam und was sich da abgespielt hat: die ökonomische, militärische Stärke der USA und dagegen ein Volk, das wenig mehr hatte als die eigene Idee, den eigenen Unabhängigkeitswillen, den die ökonomische, die militärische Stärke nicht brechen konnte.

Heute sehen wir einerseits diese ökonomische Stärke und andererseits, wie das, was tragende bürgerliche Ideen oder Ideale sind, verworfen wird, wie niemand mehr hinter ihnen steht, auch die herrschende Klasse nicht. Wenn sie hier jetzt anfingen mit »mehr Demokratie wagen« oder so, empfänden das alle nur noch als lächerlich. Und eine weitere Schwierigkeit ist, wovon man heute ausgehen soll. Wie sollst du überhaupt noch etwas analysieren, wenn du vor allem den Blick darauf richtest, was veröffentlichte Meinung ist. Wenn alles, was sich tut, aber nicht veröffentlichte Meinung wird, immer nur in diesen kleinen Kreisen bleibt – Entwicklungen beispielsweise wie im Hamburger Stadtteil St. Georg, wo sich die sozialpädagogische Initiative, der Einwohnerverein, die Grauen Panther, das Kindertagesheim und so weiter zusammengetan haben wegen der Drogenpolitik, die vom Hamburger Senat gefahren wird. Und da geht es nicht um die ideologische Richtung Heroinfreigabe, sondern sie sagen ganz praktisch: Das, was die Polizei macht in St. Georg, ist zu unserem Nachteil. Wenn die Junkies vertrieben werden aus der offenen Szene vorm Hauptbahnhof, werden sie vertrieben in die Eingänge der Häuser, dann liegen dort die Spritzen. Folge daraus ist, sie schließen sich zusammen und fordern: Polizei raus aus diesem Viertel. Das ist was Konkretes, und nur da kannst du heute ansetzen.

Ebermann: Wahrscheinlich werden die da was Sinnvolles machen. Aber so kann man doch nicht über Politik und Gesellschaft reden.

Timm: Warum nicht?

Ebermann: Ich komme jetzt mit einem Gegenbeispiel und einem Zitat. Zuerst das Gegenbeispiel: In Schleswig-Holstein hat man alle, die Asyl suchen, vor den Sozialämtern zusammengetrieben, um den sogenannten Mißbrauch zu dokumentieren. Dagegen haben in Schleswig-Holstein weniger als zweihundert Menschen demonstriert. Ich glaube aber, daß die Voraussetzung für das, was jetzt ideologische Hegemonie der Herrschenden bedeutet, darin besteht, daß sie durchgesetzt haben, daß in der Welt, so beschissen sie ist – und davon gehen alle aus –, die Brutalität, daß jeder sich selbst der Nächste ist, ideologisch durchgesetzt ist, und daß sich das widerspiegelt in der absoluten Nichtexistenz von Opposition gegen den Rassismus, der sich an den Flüchtlingen entlädt.

Taufer: Das sehe ich mehr oder weniger auch so, aber in historischen Situationen, in denen die Kräfte der Solidarität und der Freiheit ziemlich untergebuttert wurden und die Macht eine ideologische Hegemonie besaß, war es doch häufiger der Fall, daß sich Gegenkräfte entwickelt haben. In den USA sieht man jetzt, daß die Herrschenden keine Lösung im Sinne einer praktikablen Gesellschaftlichkeit mehr haben. Und das betrifft ja inzwischen nicht nur die Schwarzen in den Ghettos, das tangiert auch den Mittelstand, auch wenn der erst mal nach rechts tendiert. Die Frage ist doch, wie können wir diese Kräfte entwickeln, und dazu gehört natürlich wieder die Durcharbeitung der Geschichte der letzten 25 Jahre, um aus den Fehlern und aus den Stärken zu lernen.

Dellwo: Thomas meint, daß das System in diesen zwanzig Jahren stabiler geworden ist. Das sehe ich nicht. Wir mußten ganz bestimmte Prozesse durchmachen und auch bestimmte falsche Wege erst mal gehen, wir sind eine ganze Menge falscher Wege gegangen, die werden wir nicht wiederholen, aber gegangen werden mußten sie. Doch unsere Ratlosigkeit und daß wir da jetzt im Moment ein Vakuum haben, weil wir die Frage nach dem, was man Zentralperspektive nennt, nicht beantworten können, und daß der Realsozialismus als erste Aufhebungsform der Geschichte gescheitert ist und daß wir jetzt keine neue haben – das alles bedeutet keineswegs, daß das System stabiler geworden ist.

Wir könnten jetzt viel zusammenzählen, warum wir das System heute schwächer, weil instabiler, sehen als damals. Aber letztlich bringt uns das nicht weiter, weil wir ja auch wissen, daß die Kaputtheit der anderen Seite nicht unsere Stärke ist. Es gibt keinen Automatismus von Elend und Befreiung. Umgekehrt wäre dann allerdings seine Stabilität, unterstellt man sie mal, nicht Ursache unserer Schwäche. Ich kann so aber auch nicht denken. Ob das System nun stabiler ist oder nicht – wer sein Leben in dieser Gesellschaft nicht verwerfen will, muß aus dem herrschenden gesellschaftlichen Konsens raus und eine eigene Vernunft setzen, leben und darum kämpfen, daß sie als Gegenrealität in der Gesellschaft existiert und entwickelt werden kann. So verstehe ich auch die Erklärung unserer Genossen.

Wir nähern uns der Situation aus einer unterschiedlichen Geschichte. Wir haben damals unsere Isolierung akzeptiert als Ausgangsbedingungen. Das war manchmal hart, dafür haben wir uns nicht verloren, das heißt: Wir sind immer wieder dazu gekommen, den Bruch mit dem System materiell zu machen. Andere haben diese Isolierung gefürchtet und finden sich nun selbst in ihr wieder, nun aber dahin abgetrieben. Ich finde es einfach falsch, nun zu sagen: Das liegt an der Stärke des Systems, statt sich selbst zu kritisieren, daß man die ganze Zeit auch immer etwas preisgegeben hat. Das, was damals von vielen verdrängt worden ist, daß der Bruch mit dem System etwas Reales in unserem Leben sein muß – und wenn das für mich gilt, ist es auch mal egal, ob ich damit alleine stehe –, kommt als Bedingung für jede weitere Entwicklung zurück. Es müßte aber heute auch einfacher zu lösen sein, weil sich die Kompetenzfrage einfacher stellt. Wieviel Kompetenz wird dem Kapitalismus noch zur Lösung dringender Lebensprobleme von den Menschen zugetraut? Und ist das nicht auch ein Zeichen dafür, daß das System politisch instabiler ist?

Taufer: Es sei denn, man definiert Stabilität des Systems so, daß man sagt: Diese ganze Brutalität, der Egoismus, die hemmungslose Bereicherungssucht sind die Mechanismen, um Gesellschaftlichkeit aufrecht zu erhalten oder gar zu entwickeln. Dann könnte man von Stabilität sprechen. Aber dieser Egoismus und diese Brutalität sind ja auch ungeheuer destruktiv gegenüber Gesellschaftlichkeit überhaupt.

Ebermann: Vielleicht kann ich mich besser verständlich machen, wenn ich mal eine Passage aus der RAF-Erklärung vorlese: »Es ist eine wichtige Frage, wie lange noch der Staat den Rassismus gegen die Flüchtlinge schüren und sie als Untermenschen behandeln kann, um sich und die Wirtschaft damit aus der Verantwortung für Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Altersarmut usw. zu ziehen, und wie lange er noch diese Menschen wieder ins Elend zurückschicken kann, das er ständig mitproduziert.«

So was finde ich grausam. Wir leben in einer Zeit, wo nahezu alles, was auf diesem Gebiet mal in Teilbereichen der Gesellschaft Fuß fassen konnte – offene Grenzen zum Beispiel hatten bis in liberalkirchliche Kreise doch einen ganz guten Klang –, völlig abgeräumt wird zugunsten des Konsenses, daß man mit den Flüchtlingen hart und erbarmungslos umspringen muß. Und dagegen gibt es keinen relevanten gesellschaftlichen Widerstand. Wenn ich das kontrastiere mit dieser Passage, die doch wenigstens den Gedanken nahelegt, die Frage, wie es da weiter geht, sei eine halbwegs offene, und vielleicht sogar die Suggestion bedeutet, daß die Einstellung bewaffneter Aktionen an diese Frage geknüpft ist, dann scheint es mir so zu sein, daß die Autoren immer noch die Behauptung brauchen, sie hätten gerade große Siege errungen und könnten deswegen folgenden praktischen Schritt machen.

Das wird noch deutlicher an einer anderen Stelle, wo es heißt, »daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen«. Erstens haben alle Fraktionen des Staates schon immer begriffen, daß diese Mittel nicht pur anzuwenden sind, und zweitens wird auch zukünftig das alle Politik strukturierende Element die Repression sein.

Die beiden Zitate haben offensichtlich eine Beziehung zueinander. Die lautet etwa so: Weil es gut voran gehen kann, wechseln wir die Kampfform.

Dellwo: Ich verstehe es anders. Es ist hier einmal eine Guerilla entstanden, die sich auch dann nicht mehr aus der Geschichte eliminieren ließe, wenn sie aufhören würde. Sie kann auch jederzeit wieder entstehen. Das wollten sie eigentlich damit sagen. Für mich hat RAF bedeutet: ein bestimmtes Vernichtungsverhältnis aufzubrechen, das von diesem Staat immer gegen Minderheiten, gegen Opposition eingesetzt wurde. Wir wissen, was man hier nach ’45 mit der KPD gemacht hat, wir wissen, wie auf die 68er reagiert wurde, ich weiß, wie damals in Hamburg unsere Hausbesetzung vom MEK mit der MP im Anschlag – und sie hätten auch geschossen – abgeräumt wurde. Dagegen haben wir etwas gesetzt, und wir haben dagegen bis heute etwas gehalten. Die RAF haben sie nicht austreten können. Die Gefangenen haben sie im Knast nicht fertig machen können.

Wir haben auch eine Potenz erkämpft, die Fähigkeit, eine bestimmte Art von Widerstand zu machen, wenn es notwendig ist. Das ist bis jetzt auf uns reduziert geblieben, auf die, die in der Illegalität waren oder im Gefängnis und auch auf ein paar Leute drumherum. Und diese Haltung, die Bereitschaft, für etwas auch mal einzustehen, das würde ich gern verallgemeinern. Ich rede jetzt nicht von der Form unseres Kampfes, die wird ja auch neu bestimmt werden müssen. Sondern daß man einfach mal den Willen hat, an einer Sache festzuhalten, und den Willen, sie durchzusetzen, die Lösung einer konkreten Frage von uns aus bestimmt und beantwortet haben will.

Für die meisten Linken hat das nicht gegolten. Die sind immer irgendwo an einer bestimmten Grenze stehengeblieben und haben ihre Sache preisgegeben, und das ist es, was hier angesprochen ist in der Erklärung der RAF: daß auch ihr euch die Fähigkeit zum Widerstand erkämpfen müßtet. Ich hab heute mittag noch gedacht, guck mal, ihr seid länger als ich in der Linken und seid nie im Knast gewesen. Warum eigentlich nicht? Warum habt ihr nicht mal 'ne Sache durchgekämpft, auch mal einen Preis bezahlt? Da fehlt doch an dieser Linken etwas. Ich glaube, dahin müssen wir kommen.

Gremliza: Wir müssen die Linke in den Knast kriegen?

Dellwo: Nicht die Linke in den Knast kriegen, aber wir müssen dahin kommen, daß wir auf bestimmte Sachen insistieren. Wenn wir hier um Zusammenlegung gekämpft haben, da sind wir bis an die Grenze gegangen, wir haben auch tote Gefangene gehabt, aber du hast gewußt, diesen Preis, den mußt du zahlen, sonst kannst du einfach nicht überleben. Du mußt kämpfen. Wenn du hier im Isolationstrakt sitzt und merkst, daß die ganze Sache darauf hinausläuft, dich als Menschen auszulöschen, dann weißt du, das wäre die Niederlage, da setzt du was dagegen, deine Selbstbehauptung, und dann kannst du auch eine Sache durchkämpfen.

Und wenn ihr sagt, es sei so ungeheuer viel verschwunden, dann wird das auch daran gelegen haben, daß ihr nicht gesagt habt, das lassen wir uns nicht nehmen. Ein bißchen Selbstkritik könnte euch da nicht schaden.

Timm: Wenn es jetzt um Diskussionen und Neuorientierungen gehen soll, muß auch die Erklärung der RAF kritisiert werden können. Es gibt da einen Fehler, eine Ungenauigkeit in der Einschätzung. Die RAF beschreibt die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses und nimmt als Grundlage die Äußerungen Kinkels zu den Gefangenen. Daß Kinkel sagt, mit den Gefangenen muß jetzt was passieren, wird so gedeutet, als gebe es Fraktionen im Staat, die bereit seien, mit gesellschaftlichen Widersprüchen anders umzugehen als bisher, und beispielhaft wird angeführt die Ausländer- und Asylfrage, und genau da gibt es nicht die geringsten Indizien, wirklich nicht die geringsten, für eine Rücknahme der Repression, sondern sie wird verschärft. An dem Punkt haben wir wirklich absolut nichts geschafft.

Dellwo: Du würdest aber zustimmen, daß sie das, was der Kinkel heute macht, vor zehn Jahren nicht gemacht hätten?

Timm: In der Frage der Gefangenen bewegt sich etwas, aber was die Gründe dafür sind, ist uns allen noch nicht klar.

Folkerts: Da gibt es ein Mißverständnis. Die RAF führt die Politik gegen Immigranten nicht als Beispiel an, es gäbe Teile im Apparat, die mit gesellschaftlichen Widersprüchen anders umgehen. Die Aussage in ihrer Erklärung geht doch genau vom Gegenteil aus und verweist auf die Notwendigkeit gesellschaftlicher Kämpfe, in denen sich entscheiden wird, wie politisch Raum für alle diese existentiellen Fragen eröffnet werden kann und wie der herrschende Konsens zu schleifen ist.

Was die Gefangenen betrifft: Es gibt Fraktionierungen in den Apparaten, die wir aber nicht überschätzen, denn es geht denen, die nach neuen Wegen suchen, ums gleiche Ziel. Aber Kinkels Äußerungen sind – wie auch immer – ein politischer Ausdruck dieser Widersprüche, die lange herangereift sind. Das ist deshalb besonders bemerkenswert, weil es ein Apparat ist, der ein sehr starkes Beharrungsvermögen hat: der Staatsschutzkomplex mit seinen faschistischen Wurzeln, seiner relativen Selbständigkeit, der zusammen mit den Medien eine Selbstlegitimationsmaschine bildet. Obwohl schon lange an den Fakten evident ist, daß sie die RAF wie auch die Gefangenen nicht kaputtkriegen, haben sie das über Jahre fortgesetzt. Die psychologischen Kampagnen, die Lügen und Fälschungen sollten die politische Konsequen aus dieser Perspektivlosigkeit verhindern. Mit der Erfindung von Fahndungserfolgen – wie diesem »absolut glaubwürdigen Kronzeugen« zu Beginn des Jahres – wollten sie die Fähigkeit vortäuschen, sie könnten die RAF doch noch besiegen, jetzt, da angeblich gerade einer aus der Mitte der RAF zu ihnen übergelaufen sei. Nach 22 Jahren bringen sie sich selbst auf den Begriff: Die von Bundesanwaltschaft, BKA, Verfassungsschutz und Medien behauptete Wirklichkeit ist identisch mit der Wahnwelt eines psychisch Kranken.

Taufer: Ich finde es wichtig, zu betonen, daß die RAF-Erklärung keine Reaktion auf Kinkel ist, sondern erstes Ergebnis einer Diskussion, die seit zwei Jahren läuft und die sich daraus ergeben hat, daß die ungeheuren Veränderungen in der Welt nach einer Neubestimmung verlangt haben.

Gremliza: Aber man kann nicht gut bestreiten, daß die Wirkung des Schreibens in die Richtung geht, die ihr für ein Mißverständnis haltet: Die RAF antwortet auf Kinkels Verlangen nach einem deutlichen Zeichen, und sie zieht die weiße Fahne auf, um die Gefangenen herauszukriegen. Ihr könnt sagen, das sieht die Öffentlichkeit falsch, und das sieht Herr Kinkel falsch. Aber auch mir fällt es schwer zu glauben, daß die Autoren der Erklärung diese Wirkung nicht vorausgesehen und also gewollt haben sollen.

Folkerts: Der zeitliche Ablauf drängt diese Interpretation vielleicht auf. Aber die Entscheidung ist aus der gesamten Entwicklung notwendig und richtig. Wie damit weiter gearbeitet wird, hängt sehr davon ab, wie Linke sich da einmischen, artikulieren und auch intervenieren, damit es nicht diese defätistische Tendenz bekommt. Natürlich, es ist eine offene Situation, das weiß die andere Seite auch, sie will natürlich alles für sich, für uns nichts.

Ebermann: Der ganze Film hat zwei unterschiedliche Adressaten.

Folkerts: Die Erklärung der RAF ist an die Gesellschaft gerichtet, an alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit konkret durchgesetzt werden kann. Das gilt auch für die Erklärungen von uns Gefangenen. Wir äußern uns natürlich auch gegenüber dem Staat deutlich, damit er von den Tat-

sachen ausgeht statt von Illusionen und dem primitiven Kalkül seiner »Spezialisten«, wie zuletzt bei der Ankündigung der Freilassung einiger Gefangener und zugleich neuer Verfahren gegen andere.

Ebermann: Alles, was irgendwie der Möglichkeit dient, daß die Gefangenen rauskommen, ist sowieso mehr als legitim, das ist – wie man so sagt – über jede Kritik erhaben. Ich gehe davon aus, daß ihr selber die Grenzen definiert habt, von denen es, wenn ich das richtig verstehe, zwei gibt: Die eine Grenze liegt da, wo man einen anderen reinreißt, und die zweite da, wo man seine eigene Vergangenheit so in den Dreck zieht, daß niemals mehr jemand Lust hat, daraus was zu lernen. Alles andere muß gemacht werden, und ihr müßt wissen, daß wir diejenigen sind, die eure Entlassung am wenigsten befördern können. Darüber entscheidet das Gefüge der herrschenden Politik bzw. der akzeptierten Opposition im Rahmen der herrschenden Politik, und deshalb sind die zu Recht der eine Adressat der RAF-Erklärung.

Der andere Adressat ist die Restlinke, und da muß wahrscheinlich ein bißchen streng darauf geachtet werden, daß euer hoffentlich jetzt möglich erscheinender Erfolg nicht abgebucht wird auf das Konto, daß wir uns in einem Prozeß der Liberalisierung und Zivilisierung der Gesellschaft befinden. Es gibt starke Kräfte, die versuchen, diese Platte aufzulegen und ganz bestimmte Selbstkritiken abzuholen.

Unter diesem Aspekt finde ich auch solche Passagen so schädlich, in denen man zum Ausdruck bringt, daß die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung laufen. Für mich steht beispielsweise Robert Kurz, den ihr jetzt häufig zitiert, nicht für ökonomische Analyse, sondern für die politische Aussage, daß hierzulande, weil die Gerichtsassessoren, oder wie das Pack heißt, jetzt einen Brillanten im Ohr haben und sich die Haare zum Zopf binden, die Liberalität ausgebrochen ist, daß hier der Kosmopolit gerade heranwächst, daß selbst der Nazi kein Nazi sein kann, weil er seine Frau in Singapur kauft. Für diese ganzen reingeschmuggelten Ideologie-Ersatzstücke steht Kurz.

Dellwo: Da muß ich widersprechen, so habe ich Kurz nicht verstanden.

Ebermann: Es gibt zwei Themen, die die Jahrhunderte überdauern: das eine ist, ob die Welt untergeht, und das andere ist, ob die Menschheit sich gerade zivilisiert. Da gibt es immer Propheten. Und von diesem zweiten ist Kurz der Prophet schlechthin.

Folkerts: Viel wichtiger finde ich seine Feststellung, daß der Sieg des Kapitalismus über den Staatssozialismus eine Sekunde gedauert hat und daß dieser Sieg seine eigene Krise verschärfen und vervielfältigen wird. Wenn du nicht nur die Oberflächenerscheinung anguckst, sondern die anwachsende globale Krisenpotenz, die auf die Zentren zurückkommen wird, in der BRD beschleunigt durch die Annexion der DDR, dann kannst du nicht mehr sagen, daß das System hier stabiler geworden sei.

Ebermann: Was versteht man unter Stabilität? Jeder blöde Reformist sagt, daß der IWF und die Weltbank versagt haben. Das erkennt man dann jeweils daran, daß die Ideale, die die beiden Institutionen in ihre Präambel geschrieben haben, irgendwie

nicht Wirklichkeit werden. Tatsächlich funktionieren sie perfekt. Ich kann natürlich immer wieder sagen, daß, weil sie's nicht ruhig haben, keine Stabilität gegeben ist. Aber die brauchen die Ruhe nicht. Die können ganze Stadtteile von New York unbeaufsichtigt lassen, so lange sie wissen, daß die Leute sich gegenseitig abmurksen, gegenseitig die Spritze setzen. Solange das kein Material ist, das der Verwertung dient, ist es ihnen egal.

Folkerts: Der Emanzipationsgedanke muß wirklich aus der Tiefe und geschichtlichen Reife neu begründet werden, weil ja eine ganze Epoche zu Ende gekommen ist. Befreiung – was ist das heute? Heute sind Aufhebungen möglich, wie sie bisher nicht möglich waren. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit ist z.B. ein Negativausdruck für die tendenziell mögliche Aufhebung der Arbeit. Wir brauchen ein Wirklichkeitsmoment in der Gegenwart, auch weil es ein langandauernder Übergangsprozeß sein wird. Befreiung kann keine Abstraktion bleiben, kein fernes Ziel. Die Ziele müssen in der Lebenswirklichkeit beginnen, als Aneignungsbewegung.

Ebermann: Ich habe Taufers Brief an die Tübinger gelesen, wo er diesen Tupamaro zu Wort kommen läßt, der sagt, worüber er nicht reden kann und worüber er reden kann, wenn er in die Elendsviertel geht, also was es bedeutet, Schwätzer zu sein, wenn Menschen in extremer materieller Not sind. Bezogen auf die, die nicht in dieser Lebenslage sind, die also nicht die Sorge haben, ob sie ein Bett haben, wenn sie krank sind, oder wie ihre Kinder am nächsten Tag ernährt werden, also bezogen auf viele hierzulande, kann für mich der emanzipatorische Ansatz tatsächlich nur darin liegen, ob es gelingt, eine Kritik der Bedürfnisse hinzukriegen.

Gremliza: Es hat sich bei den Massen in der BRD die Meinung gebildet, daß jede Verbesserung der Lage der anderen Menschen auf der Erde zu einer Verschlechterung ihrer eigenen materiellen Lage hier führen wird. Diese Meinung ist zutreffend, und weil sie es ist, wird jeder Blick auf das Elend der Welt vermieden, der die Unterstützung emanzipatorischer Bewegungen dort herausfordern müßte. Nieder mit der internationalen Solidarität – wer für sich und seine Bedürfnisse etwas tun will, tut gut daran, sich dem teuren deutschen Vaterland anzuschließen. Deshalb finde ich es fast rührend, welche Chancen ihr entdeckt haben wollt, die Bedürfnisse deutscher Massen auf eine emanzipatorische Politik zu lenken.

Taufer: Die Rede war erst mal von der Linken und ihrer Geschichte und nicht von den deutschen Massen. Und in dem Zusammenhang ist das, was da mit der Kritik der Bedürfnisse angesprochen ist, ein entscheidender Punkt. Der von der Linken und insbesondere von der Metropolenlinken geführte illusionäre Prozeß, der jetzt zu Ende geht, ist eben auch gerade daran gescheitert, daß neue Bedürfnisse nicht in die Welt gesetzt worden sind. Das ist es, was die Tupamaros etwa in Uruguay jetzt versuchen. Wenn man denen, die in den Slums wohnen, nichts zu essen haben, ihre Töchter mit 12 Jahren auf den Strich schicken, um nicht zu krepieren, von Sozialismus redet, fühlen sie sich nicht ernst genommen.

Gremliza: Und wenn man bei denen, die in den Slums wohnen, nichts zu essen haben, ihre Töchter mit 12 Jahren auf den Strich schicken, um nicht zu krepieren, das Bedürfnis nach was zu fressen kritisiert, anstatt ihnen ganz realsozialistisch einen Frachter voll Weizen zu schicken, kriegt man hoffentlich eins aufs Maul.

Taufer: Es ist ein Grundübel der sozialistischen Bewegung der letzten hundert Jahre, daß sie versucht hat, den Leuten ein idealistisches Ziel aufzuschwätzen. Aber dort, wo der Kapitalismus den Menschen diesseitige Entfaltungsmöglichkeiten bietet, in der Regel nach Art der Wölfe, war im Realsozialismus ein weißer Fleck. Kritik der Bedürfnisse, das hatten wir '68 schon mal. Da ist in der Tat was Neues in die Welt gesetzt worden bei uns, was im übrigen von einem Freund aus Uruguay, wo es das so nicht gibt bis jetzt, als er es hier kennenlernte, als Bereicherung, »Errungenschaft« empfunden wurde.

'68 ist die Kritik der Bedürfnisse entweder in einem moralischen Schilderwald steckengeblieben, von den Grausamkeiten mal gar nicht zu reden, oder, wo Alternativen erprobt wurden, ist das Ganze doch recht vorsichtig, betulich und manchmal einfältig geblieben. Ohne Imagination und jenen Mut, den man bei uns lernen mußte. Und so konnte dann auch die Rückkehr ins Gewesene als realistischer Kompromiß erscheinen. Das Bedürfnis nach fundamentaler Veränderung wird dort entstehen, wo schon mal Leben in und aus einem anderen Bedürfnisland geschmeckt werden kann. Und wo das so gut schmeckt, daß die anderen Bedürfnisse recht alt dabei aussehen.

Bei der Aufarbeitung des Realsozialismus hört man jetzt oft den Begriff Gebrauchswert. Der Realsozialismus war Aufhebung des Warenverhältnisses und insbesondere Aufhebung des passivierenden Warenfetischs so wenig wie die Marktwirtschaft. Eine gebrauchswertorientierte Gesellschaftlichkeit wäre eine, die das Prinzip Eigeninitiative/Selbstbestimmung als erste prioritär setzt und nicht die traditionelle Bedürfnisbefriedigung. Selbstbestimmung – das spricht nicht nur von einer Andersorganisation der individuell-subjektiven Semantik. Wo eine solche neue Mentalität entsteht, bekommen die Konsumbedürfnisse einen ganz anderen Stellenwert, weil die persönliche und soziale Tätigkeit eine ganz andere Art von Bedürfnisbefriedigung ist als die Konsumarbeit. Die Konsumorgien, die ökonomischen Wucherungen zerstören die Welt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser Text mittelfristig nicht diskutierbar sein soll.

Dellwo: Hermann [Gremliza], du scheinst beeindruckt von unserem Optimismus?

Gremliza: Beeindruckt? Erschlagen. Das ist kein Optimismus. Wir reden von verschiedenen Welten.

Dellwo: Ich gehe nicht davon aus, daß von diesem System noch eine positive Entwicklung zu erwarten ist. Selbst wenn sie wollten – es ist materiell nicht möglich. Es geht aber gleichzeitig um die Selbstbehauptung des Menschen. Ihr redet viel von der Linken und meint damit die politische Linke, die aus der 68er-Bewegung hervorgegangen ist. Aber der Widerspruch jetzt geht weit über das hinaus, was man die Linke

nennen kann. Würdet ihr die Leute in der Hamburger Hafenstraße oder in der Mainzer Straße in Berlin Linke nennen? Ich sehe das anders. Vielleicht kann man den ganzen Begriff »Linke« nicht mehr anwenden.

Ebermann: Vielleicht haben wir jetzt eine Zeit, in der nichts anderes möglich ist, als daß ein paar Leute versuchen, emanzipatorisches Gedankengut über die Jahre zu retten.

Dellwo: Was ich bei Robert Kurz gut verstanden habe, ist der Unterschied zwischen der Zeit des Fordismus, der noch massenhaft die Leute eingesaugt hat, und der heutigen Zeit der Automation, wo die Leute massenhaft auf die Straße geworfen, als definitiv unbrauchbar weggestellt werden. In der ehemaligen DDR beispielsweise werden alle, die über 45 sind, nicht mehr gebraucht und mit Umschulungs-, ABM- und Sozialprogrammen so lange ruhiggestellt, bis sie zu alt sind, noch Widerstand zu leisten. Ist das nicht eine Sache, aus der noch etwas entstehen kann?

Ich will jetzt nicht fragen: Wo ist hier ein revolutionäres Subjekt? Früher hat man das erst in der Dritten Welt gesucht, dann bei den Marginalisierten – ich habe dazu mal gesagt: Guck in den Spiegel, dann siehst du ein revolutionäres Subjekt oder du siehst keins. Die Frage an uns heißt: Können wir an uns etwas entwickeln, woran andere etwas wiedererkennen. Erst wenn wir das verneinen müßten, befänden wir uns in einer Niederlage.

Ebermann: Wenn ich das so höre, muß ich an Poder Popular, an Volksmacht denken: Räume schaffen, in denen der ideologische wie der materielle Einfluß der Herrschenden begrenzt ist. Und deshalb muß das Wort Hafenstraße, weil es das sinnfälligste Beispiel zu sein scheint, auch immer fallen, wobei ein bißchen von dem abstrahiert werden muß, was dort jetzt real los ist. Die werben inzwischen für sich als Pippi Langstrumpf.

Gremliza: Mir scheint, die Hafenstraße funktioniert heute als relativ erfolgreicher Modellversuch sozialer Selbsttherapie.

Taufer: Hängt das nicht damit zusammen, daß der Emanzipationsprozeß auch dort ziemlich oberflächlich geblieben ist? Und hat das nicht auch mit eurem Pessimismus zu tun? Sicher, ich sehe auch, daß die Linke stagniert. Aber es hat doch in den letzten 25 Jahren einen sehr kräftigen, sehr vielfältigen, sehr originären linken Prozeß gegeben, einen Prozeß, der immer und immer wieder vom Staat enteignet worden ist. Die Fähigkeit, gesellschaftliche Innovationen zu konzipieren und voranzutreiben, hat nach 1945 nur die Linke bewiesen, und heute sind solche gesellschaftsinnovatorischen Initiativen wieder fällig. Leute von rechts, wie etwa Rohrmoser, sehen die Lage des Systems viel pessimistischer als die Linke. Die Linke aber sitzt da und beweint ihre Niederlage.

Gremliza: Bedingung für alles ist, daß man die Realität, auch wenn sie weh tut, wenigstens zur Kenntnis nimmt. Real ist eine Niederlage, und nur wer sich an dieser

Erkenntnis nicht vorbeimogelt, wird in der Lage sein, aus ihr zu lernen, indem er die eigenen Fehler erkennt, die vermeidlichen, aber auch die unvermeidlichen, die die Übermacht der Herrschenden erzwungen hat.

Dellwo: Muß das unbedingt »Niederlage« heißen? Wir sprechen von einer Grenze, an die wir gestoßen sind. Wir haben natürlich auch mehr gewollt. Dennoch haben wir unheimlich wichtige Erfahrungen gemacht. Und wir haben uns gehalten. Das war nicht einfach, aber es geht.

Ebermann: Ich habe einen abgrundtiefen Haß auf das ganze Gesocks, das zu jeder Scheiße sagt, es lägen in ihr »Chancen und Gefahren«. Daß wir uns überhaupt streiten über »Grenze« oder »Niederlage« und daß wir dabei so vehement werden, liegt daran, daß das Wort »Chancen und Gefahren« der Schlüssel für alle Schweinereien ist.

Folkerts: Aber was hat das mit uns zu tun?

Gremliza: Bis heute nichts.

Taufer: Richtig ist natürlich, ob man es nun Grenze oder Niederlage nennt, daß es darauf ankommt, ein selbstbewußtes, aber auch aufrichtiges und selbstkritisches Verhältnis zur eigenen Geschichte zu gewinnen.

Folkerts: Der Anlaß für dieses Gespräch ist die Erklärung der RAF. Das wesentliche daran ist, daß dieser Schritt gemacht wurde. Das sollte euer Thema sein und weniger die Kritik an einzelnen Punkten.

Gremliza: Ich kritisiere die Erklärung noch gar nicht, sondern ich versuche herauszukriegen, was sie bedeutet. Was bedeutet es, wenn die RAF ihre Angriffe auf Personen einstellt? Was wird die RAF stattdessen tun? Würde es die RAF, wenn die Gefangenen freigelassen würden, weiterhin geben und als was? Aus der Erklärung erfahre ich nichts dazu.

Folkerts: Das kann man heute nicht sagen. Das ist ein offener Prozeß.

Gremliza: Aber die Entscheidung der RAF, den bewaffneten Kampf einzustellen, ist auch eure Entscheidungen?

Folkerts: Dahinter gehen wir auch nicht zurück. Aber wenn du den Text liest, weißt du, daß er einen Anfang und ein Ende hat. Man kann sich aus der Situation nicht voluntaristisch herauskatapultieren. Der Übergang ist selbst materieller Kampfprozeß, der entscheidet, welche Möglichkeiten man eröffnen kann. Somit ist auch an alle etwas zurückgegeben: die Verantwortung für die Veränderung der Situation.

Gremliza: Für Kinkels »Versöhnung«?

Folkerts: Das Wort »Versöhnung« ist völlig falsch. Die Widersprüche sind antagonistisch, sie haben uns hervorgebracht, und sie werden auch in Zukunft antagonistisch bleiben. Die RAF hat mit ihrer Erklärung politisch offen gemacht, in welchen Formen und in welcher Schärfe die Widersprüche ausgetragen werden.

Gremliza: Wenn die Gefangenen keine Versöhnung wollen, also dem Staat nichts anbieten, bleibt die Frage der Freilassung allein dem Kalkül der Herrschenden überlassen: ob sie euch, sicherheitshalber, lieber im Knast haben wollen oder ob sie für die Hoffnung, einmal wieder ohne Leibwächter mit ihrem Fiffi Gassi gehen zu können, euch rauslassen. Das haben Herr Kinkel, Frau Vollmer und Herr Waigel mit ihrer Klientel auszuhandeln – die Linke ist da nicht gefragt.

Folkerts: Es hat tatsächlich Einfluß von seiten der Wirtschaftselite gegeben. Zwanzig Jahre haben sie diesem Staatsschutzapparat Geld und Macht in den Rachen geworfen, ohne daß er das versprochene Ergebnis bringen konnte. Das ging so weit, daß Großkonzerne dem BND Barschecks schickten, mit denen Geheimoperationen finanziert werden sollten, in denen Söldner – neben dem offiziellen Apparat – RAF-Mitglieder im Ausland aufspüren und liquidieren sollten. Präsident des BND in jenen Jahren war u.a. Kinkel.

Gremliza: Mag sein, daß sie mit euch nicht so gut fertig geworden sind, wie sie es sich gewünscht haben. Aber ihr werdet uns nicht sagen wollen, daß es sich bei der RAF-Erklärung um die Kapitulationsurkunde des Staates vor der RAF handelt?

Folkerts: Es ist keine Selbstüberschätzung, nach 22 Jahren festzustellen, daß sie die RAF nicht zerstören konnten. Die RAF ist handlungsfähig, und sie hat gezeigt, daß sie politisch agieren kann. Von der Gegenseite kann man das nicht sagen.

Dellwo: Ich finde, daß sich die Erklärung doch primär an die Linke richtet – mit der Frage, ob wir heute, anders als Mitte der siebziger Jahre, als das nicht möglich war, in anderen Kämpfen einen Zusammenhang herstellen können. Wenn wir das können, dann können wir auch dieses »Kriegsverhältnis« mit dem Staat erst mal auflösen, und das bietet dann der anderen Seite die Möglichkeit, das Verhältnis zu uns zu ändern. Wenn das nicht möglicht ist, wenn keiner was tut und alle nur jammern, werden wir uns fragen müssen, was wir dann machen. Wir sagen zu dieser Linken: Wir alle haben in den letzten 25 Jahren etwas versucht, wir haben alle bestimmte Erfahrungen gemacht, laßt uns jetzt mal ein Resümee daraus ziehen.

Gremliza: Worin soll die politische Antwort des Staates bestehen?

Dellwo: Freiheit für alle Gefangenen.

Gremliza: Gibt es Bedingungen für die Art der Freilassung? Müßte es eine Amnestie sein?

Dellwo: Die Form ist für mich zweitrangig, solange in einem überschaubaren Zeitraum alle Gefangenen freikommen. Was es mit uns nicht geben wird, sind Regelungen wie Freilassung nach 15 Jahren, daß also manche noch fünf oder zehn Jahre im

Knast sitzen würden. Auf welche Weise das die andere Seite machen will, ist deren Sache. Ich will mich nicht mit deren normativen Problemen befassen.

Gremliza: Lassen sich die Gefangenen irgendwelche Bedingungen stellen?

Dellwo: Die versuchen uns zu zwingen, daß wir unsere eigene Geschichte leugnen und verwerfen. Sie wollen ein Bekenntnis für ihre Herrschaft. Und damit nicht genug, wie das Anhörungsverfahren zu Günter Sonnenberg gezeigt hat. Günter war nach seinem Kopfschuß in der gleichen Situation wie Rudi Dutschke. Er mußte alles neu lernen. Sie haben ihn jahrelang in die Isolation gesteckt. Er hat nicht nur gegen die Isolation, sondern auch gegen seine Verletzungsfolgen kämpfen müssen. In vielen Hungerstreiks, die er ja alle mit geführt hat, ist es darum gegangen, daß er mit anderen zusammengelegt wird, zum Sprechenlernen, gegen seine Epilepsieanfälle, einfach, daß er einen Genossen um sich hat, dem er vertrauen kann. Das war schon aus medizinischer Sicht begründet. Sie haben ihm daraufhin irgendwann einen Fernseher auf die Zelle gestellt und gesagt, damit könne er sich ja auseinandersetzen. Sie wollten ihn kretinisieren. Jetzt beim Anhörungsverfahren sagen sie ihm: Sie können sich selbst artikulieren, Sie machen auch körperlich einen guten Eindruck, da müssen Sie doch zugeben, daß wir Sie gut behandelt haben. Er sollte die ganze Schweinerei, die sie mit ihm gemacht haben, jetzt leugnen und sich auch noch bedanken. An Zynismus mangelt es denen nicht.

Folkerts: Und dann haben sie, die angeblich keine politischen Gefangenen kennen, von Sonnenberg ausschließlich politische Stellungnahmen zur RAF-Erkkärung verlangt. Zu Bernd Rössners Haftunfähigkeit meinte die Bundesanwaltschaft Anfang April, daß er nach 17 Jahren noch weiter inhaftiert bleiben müsse, um einen »Gesinnungswechsel« zu erreichen. Zu Ali Jansen schrieb das OLG Frankfurt Mitte April: »Die langjährige Asthmaerkrankung mag zwar seine Strafempfindlichkeit erhöhen. Eine daraus sich ergebende Sinneswandlung ist jedoch nicht feststellbar.«

Das alles zeigt, daß die Staatsschutzjustiz keine Instanz sein kann. Auch das müßte aus der Vergangenheit klar werden: Stammheim steht weltweit nicht für den gelungenen Versuch, Fundamentalopposition mittels Justiz zu eliminieren und die Auseinandersetzung zugleich zu entpolitisieren.

Dellwo: Auch wenn sie vor allem das wollen, bin ich nicht bereit, meine Vergangenheit zu verwerfen. Wenn wir heute auch sagen, wir sind an eine Grenze gestoßen, finde ich es richtig, daß die RAF entstanden ist; es gibt eine historische und eine moralische Legitimation, hier in dieser Gesellschaft den bewaffneten Kampf geführt zu haben.

Folkerts: Wir wundern uns natürlich nicht, daß die auf diesem Punkt so sehr bestehen: Sie gehen davon aus, daß, wer die Geschichte definiert, auch Gegenwart und Zukunft bestimmt. In ihrem Universum aus Geld und Ware soll nichts anderes bestehen. In diesem Wahn befangen, halten sie sich für den Endpunkt der Geschichte,

aber kein einziges gesellschaftliches Problem können sie auch nur ansatzweise vernünftig lösen.

Ebermann: Was ihr beide da erklärt, kommt mir zu untaktisch vor.

Dellwo: Das mag sein, aber das müssen sie hinnehmen. Wir können hier nicht taktieren. Sie können sagen, daß sie uns zu Recht bekämpft haben und bekämpfen mußten – das alles interessiert mich nicht. Aber sie müssen akzeptieren, daß sie unser Selbstverständnis nicht haben brechen können. Wenn sie das nicht hinnehmen, sehe ich keine Möglichkeit, wie es zu einer Lösung kommen soll. Wir werden mit denen nie zu einer gemeinsamen Sicht der Dinge kommen.

Ebermann: Das Wort Kapitulation schreckt mich nicht. Wenn man einer Übermacht unterliegt, ist Kapitulation das Vernünftigste. Wenn eine Übermacht da ist, wie Lenin sie aus Anlaß des Friedens von Brest-Litowsk beschrieb, dann muß man gegen alle die Schwätzer vorgehen, die die heldenhafte Pose verlangen.

Taufer: Es geht nicht um die heldenhafte Pose, sondern es geht um unsere Geschichte. Wir haben nicht 18 Jahre gekämpft, um dann diese Geschichte wegzuschmeißen – bei aller notwendigen Aufarbeitung und Kritik unserer Fehler.

Folkerts: Sie wollen uns und unsere Geschichte nach wie vor auslöschen.

Dellwo: Ich kann das ganz einfach nicht, ich kann da nicht hingehen und mich taktisch äußern. Wenn sie es darauf ankommen lassen und solche Anforderungen stellen, dann kann man nur zu seiner Sache stehen. Es hat immer zu wenig Leute in dieser Linken gegeben, die auch mal ihren Kopf für etwas hinhalten. Ich meine das ganz undramatisch. Ich laß mir von denen auch keine moralischen Vorhaltungen machen. Wir haben eine andere Moral.

Ebermann: Das ist wahr, keiner, der in einer Lebenssituation ist wie zum Beispiel ich, weiß genau, was politische Differenz etwa zu euch war und was Rücksichtnahme auf die eigene Sicherheit. Die ganze Geschichte der Linken und der RAF war niemals nur eine Geschichte der politischen Differenz, sondern immer auch eine Geschichte vorhandener oder fehlender Bereitschaft, das, was man für richtig hält, auch zu tun. Die Bereitschaft zur Konsequenz muß unbedingt verteidigt werden gegen die Propaganda, daß der Erfolg das alleinige Kriterium für politisches Handeln sei. Wenn wir das nicht tun, werden wir zukünftig auch das nicht mehr machen können, was sehr individuell getan werden müßte. Es gibt ja immer wieder Situationen, wo man am großen Lauf der Geschichte gar nichts ändern kann und dennoch sehr unterschiedliche Möglichkeiten des persönlichen Verhaltens hat. Beispiel Nationalsozialismus: Da konnte man bestimmt keine erfolgversprechende Gegenmacht organisieren. Aber man konnte einen Verfolgten verstecken, und man hätte dieses Verstecken weit überhöht, wenn man gesagt hätte, man arbeite damit gerade an dem Projekt, Hitler zu stürzen. Man konnte es bloß tun oder lassen.

Taufer: Das ist ein wichtiger Punkt. Es geht nicht nur um unsere Situation, wenn wir auf einer korrekten und kritischen Aufarbeitung unserer Geschichte bestehen. Es geht auch um die Linke draußen. Und wenn du den Frieden von Brest-Litowsk anführst: Der taktische Kompromiß, den Lenin da gemacht hat, war nicht nur eine Entlastung für die Oktoberrevolution, er war auch eine Belastung für andere. Wenn wir den Frieden machen würden, den man von uns verlangt, wäre das langfristig auch eine Belastung für die Linke.

Michael Dietiker, Ali Jansen und Bernhard Rosenkötter
Juli 1992

Über das Schleifen von Messerrücken

> *»Es gibt keine völlig neue Arbeit, am wenigsten als revolutionäre; die alte wird nur klarer weitergeführt, zum Gelingen gebracht. Die älteren Wege und Formen werden nicht ungestraft vernachlässigt, wie sich gezeigt hat.«*
> (Ernst Bloch; Erbschaft dieser Zeit, Ffm 1985, S. 146)

Die Weiterentwicklung revolutionärer Politik verlangt eine nüchterne Einschätzung der Lage und die genaue Analyse der Entwicklung, die ihr zugrunde liegt. Das gilt grundsätzlich und jederzeit.

Die nüchterne Einschätzung für den antiimperialistischen Kampf in der BRD heißt augenblicklich Niederlage – das haben wir mit allen Teilen der Linken, nicht nur der revolutionären, gemein.

Es geht bei dieser Feststellung nicht um das Schaffen von Nestwärme dadurch, daß wir quer durch die Fraktionen bei aller gesellschaftlichen Einsamkeit wenigstens die Niederlage gemeinsam haben. Es geht dabei erst recht nicht um die Konsumentenhaltung, bei nicht zufriedenstellender Leistung die eigene Praxis und Geschichte einfach wegzuschmeißen und nach etwas prickelnd Neuem zu suchen.

Es geht auch nicht einfach um Fehlersuche. Denn das wirkliche Begreifen von Fehlern und das produktive Lernen daraus setzt zunächst das Verstehen der Geschichte voraus, das Wissen darum, was wann warum und wie gelaufen ist. Das Ziel der Auseinandersetzung liegt darin, die richtigen und weiterzuentwickelnden Momente herauszufinden, die Gründe zu erkennen, aus denen sie sich nicht entfalten konnten (hier geht es dann auch um die vermeidbaren Fehler), und aus dieser Erkenntnis ihre aktuelle Bedeutung zu bestimmen. Erst so wird sie nützlich für die Rekonstruktion von revolutionärer Politik – und dieses Interesse ist schließlich die Grundlage der gemeinsamen linken Diskussion!?!

Die gegenseitige Versicherung über dieses Ziel sollte erlauben, von dem kurzsichtigen Klammern an nachträgliche Selbstvergewisserungen abzulassen – eine Haltung, deren Wiederholung Georg Fülberth in »nachgerader klassischer Weise« bei Thomas Ebermann entdeckt: »Ich weigere mich ja zu sagen, daß unsere Hoffnung, die Einkreisung der Metropolen möge mit unserer Mitwirkung gelingen, reiner Spinnkram war, sondern ich versuche einen Blick auf unsere Biographie und Geschichte zu behalten, der noch sieht, daß es einige Jahre lang wirklich auf des Messers Schneide stand, welche Kräfte sich in der Welt durchsetzen« (Ebermann, konkret 6/92).

Unter der Überschrift »Auf Messers Rücken« schreibt Fülberth (konkret 8/92): »Es ist zu prüfen, ob das stimmt, und dabei sollte man vielleicht bis 1917 zurückgehen

... Was wie das Ende des Kapitalismus aussah, war nur seine zugegeben: konvulsivische – Umgruppierung ... Auf Messers Schneide aber – dies wissen wir erst im Nachhinein – stand dabei nichts.« Diese Einschätzung ist zweifellos richtig. Fraglich ist aber, welche Schlußfolgerung zu ziehen ist. Bei Fülberth ist es die Richtigkeit der »prinzipiellen Opposition gegenüber einem System, dessen möglicher Sieg nicht seine moralische Rechtfertigung bedeutete ... Es handelt sich um eine Frage der Wertung, welche einer gleichsam wissenschaftlichen Sortierung in Falsch und Richtig nicht zugänglich ist. Fehlerhaft war die Einschätzung des Kräfteverhältnisses, doch auch eine andere Prognose hätte an der Stellungnahme von Linken nichts geändert« (ebd.).

So lassen sich immerhin schon einmal erreichte Kriterien dafür retten, was falsch ist an einer ausschließlichen Konzentration auf den »sozialen Prozeß« in der Metropolengesellschaft und auf die Suche nach »politischen Lösungen von unten«.

Das kann aber nicht genügen, ebensowenig wie die Feststellung von Karl-Heinz Dellwo, daß es »eine historische und moralische Legitimation (gibt), hier in dieser Gesellschaft den bewaffneten Kampf geführt zu haben« (konkret 6/92). Die Richtigkeit der Stellungnahme und die Legitimität der politischen Praxis sind nur die Voraussetzungen für die wesentliche Frage: die Frage danach, was an der konkreten Praxis nicht nur legitim, sondern politisch richtig war, und was heute politisch richtig ist!

I

Am Ende des Celler Interviews läßt sich Thomas Ebermann zu dem Ausruf hinreißen: »Die Bereitschaft zur Konsequenz muß unbedingt verteidigt werden gegen die Propaganda, daß der Erfolg das alleinige Kriterium für politisches Handeln sei« (konkret 6/92). Nachdem er kurz zuvor die kollektive Haltung von uns Gefangenen gegenüber den staatlich geforderten Abschwörritualen als »untaktisch« qualifiziert hat, bleibt offen, was daran Selbstkritik ist und was Tribut an vermeintliches Märtyrertum. Richtig ist jedenfalls, daß der Erfolg keineswegs das einzige Kriterium für politische Praxis ist.

Das von Fülberth für alle Teile der Linken festgestellte Fehlen einer Gesamtstrategie heißt nicht, daß das Pochen auf richtige Elemente nur ein Klammern an Einzelstücke als Erkennungswimpel sein muß.

Zumindest in den letzten 25 Jahren hat keine Gruppe der Linken hier auf der Grundlage einer umfassenden Gesamtstrategie operiert, es gab überall nur mehr oder weniger fundierte Analysen, vorrangige Kriterien, darauf aufbauende Einschätzungen und Haltungen. Die Option auf die organisierte Arbeiterbewegung oder auf grüne Reformpolitik beruhte kaum auf einer Gesamtstrategie, die diesen Namen verdient hätte. Der bewaffnete Kampf und der antiimperialistische Widerstand waren die Konsequenz aus bestimmten Erfahrungen und Einsichten, waren als notwendig erkannter Vorstoß und Versuch der Eroberung von neuem Terrain unter den veränderten Bedingungen der spätkapitalistischen Metropolengesellschaft – auf einer Grundlage, die ursprünglich sehr viel mehr umfaßt hat als den weltweiten Kampf der Befreiungsbewegungen.

Was es bedeutet, unseren heutigen Standort auf dem Messerrücken festzustellen, ist eine geschichtsphilosophische Frage: Ihre Beantwortung hängt davon an, welche Entwicklungsgesetzlichkeiten das Umdrehen des Messers bewirken könnten. Wollen wir uns der Ungewißheit dieser Frage nicht ausliefern, geht es darum, herauszufinden, welche Elemente der eigenen Geschichte wir zur Bearbeitung des Messerrückens scharf machen können – und da gibt es sicherlich mehr als »die Bereitschaft zur Konsequenz«, die »historische und moralische Legitimation« und die grundsätzliche Richtigkeit der Parteinahme.

Voraussetzung dafür ist allerdings die etwas genauere Kenntnis unserer Geschichte. Bisher kommt sie in der Auseinandersetzung, wenn überhaupt, nur merkwürdig schemenhaft und eingeebnet vor.

Auch der Begriff der Niederlage hatte mal einen weniger tabuisierten Klang. »die subjektive seite der dialektik von revolution und konterrevolution: das entscheidende ist, daß man zu lernen versteht. durch den kampf für den kampf. aus den siegen, aber mehr noch aus den fehlern, aus den flops, aus den niederlagen. das ist ein gesetz des marxismus. kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum endgültigern sieg, das ist die logik des volkes«, schrieb Holger Meins 1974 in einem Brief aus dem Knast.

Ein solches Selbstverständnis braucht nicht den Glauben an eine Situation auf Messers Schneide. Es steht dazu sogar in einem gewissen Widerspruch, denn es geht aus von einem zähen, langandauernden, schwierigen Kampf, in dem auch jeder wirkliche Fortschritt mit Rückschlägen und Niederlagen verbunden ist. Tatsächlich waren die Gründe für den Aufbau der Roten Armee Fraktion auch wesentlich andere: Die politische Bestimmung für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes und für die Organisierung der Illegalität war in erster Linie aus den Bedingungen in der BRD und West-Berlin entwickelt.

Die Vorstellung von einer auf Messers Schneide stehenden »instabilität des imperialistischen systems« wurde von der RAF erst 1982 im sogenannten Mai-Papier zu einer grundlegenden und strategiebestimmenden Einschätzung erklärt – ohne dort allerdings die Unterschiede und Widersprüche zu den anfänglichen Einschätzungen und Bestimmungen zu thematisieren. Daß solche späteren Verschiebungen heute als immer schon bestehende Grundlagen erscheinen können, zeigt, daß unsere Geschichte auch eine Geschichte der nicht geführten und verhinderten Diskussionen ist. Wenn wir uns also unsere »politische geschichte nicht rauben lassen wollen«, heißt das auch, sie uns gegen die selbstverschuldeten Einebnungen zurückzuerobern.

II

Um das anfängliche Selbstverständnis der RAF zu skizzieren (und von da aus die späteren Veränderungen und Verschiebungen anzudeuten), müssen wir zunächst ein wenig ausholen. Selbstverständlich waren die weltweiten Kämpfe der Befreiungsbewegungen von Anfang an der Hintergrund für den Kampf in der Metropole. Im »Konzept Stadtguerilla« schreibt die RAF 1971 zu ihrem Selbstverständnis:

»Der sozialistische Teil der Studentenbewegung nahm, trotz theoretischer Ungenauigkeit – sein Selbstbewußtsein aus der richtigen Erkenntnis, daß die revolutionäre Initiative im Westen auf die Krise des globalen Gleichgewichts und auf das Heranreifen neuer Kräfte in allen Ländern vertrauen kann.«

Das war der Hintergrund, vor dem sich damals die gesamte Linke weltweit bewegte. Aber die konkrete Bestimmung ihrer Politik entwickelte die RAF aus der Situation hier: »Die Rote Armee Fraktion leugnet ... ihre Vorgeschichte als Geschichte der Studentenbewegung nicht, die den Marxismus-Leninismus als Waffe im Klassenkampf rekonstruiert und den internationalen Kontext für den revolutionären Kampf in den Metropolen hergestellt hat ... Was Stadtguerilla machen kann, hat die Studentenbewegung teilweise schon gewußt. Sie kann die Agitation und Propaganda, worauf linke Arbeit schon reduziert ist, konkret machen. Das kann man sich für die Springerkampagne von damals vorstellen und für die Cabora Bassa-Kampagne der Heidelberger Studenten, für die Hausbesetzungen in Frankfurt ...« (Konzept Stadtguerilla).

Es war also nicht die internationale Situation, sondern in erster Linie die Entwicklung der Studentenbewegung und der Apo, die den bewaffneten Kampf in der BRD auf die Tagesordnung setzte. Im sogenannten Organisationsreferat des SDS von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl hieß es schon 1967: »Die Agitation in der Aktion, die sinnliche Erfahrung der organisierten Einzelkämpfer in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Exekutivgewalt bilden die mobilisierenden Faktoren in der Verbreiterung der radikalen Opposition und ermöglichen tendenziell einen Bewußtseinsprozeß für agierende Minderheiten innerhalb der passiven und leidenden Massen, denen durch sichtbare irreguläre Aktionen die abstrakte Gewalt des Systems zur sinnlichen Gewißheit werden kann. Die ›Propaganda der Schüsse‹ (Che) in der ›Dritten Welt‹ muß durch die ›Propaganda der Tat‹ in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerillatätigkeit geschichtlich möglich macht. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthinniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen.«

Die Studentenbewegung selbst war aber nicht in der Lage, diese Vorstellungen auch wirklich umzusetzen. »Die Studentenbewegung zerfiel, als ihre spezifisch studentisch-kleinbürgerliche Organisationsform, das ›Antiautoritäre Lager‹ sich als ungeeignet erwies, eine ihren Zielen angemessene Praxis zu entwickeln, ihre Spontaneität weder einfach in die Betriebe zu verlängern war, noch in eine funktionsfähige Stadtguerilla, noch in eine sozialistische Massenorganisation« (Konzept Stadtguerilla).

In dieser Situation mußte es darum gehen, den bereits zum Vorschein gekommenen richtigen Kern aufzugreifen und ihn in einer anderen Form weiterzuentwickeln. »Die Linken wußten damals, daß es richtig sein würde, sozialistische Propaganda im Betrieb mit der tatsächlichen Verhinderung der Auslieferung der Bild-Zeitung zu verbinden. Daß es richtig wäre, die Propaganda bei den GIs, sich nicht nach Vietnam

schicken zu lassen, mit tatsächlichen Angriffen auf Militärflugzeuge für Vietnam zu verbinden, die Bundeswehrkampagne mit tatsächlichen Angriffen auf NATO-Flughäfen ...« – »Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zerstören« (ebd.).

Für diese Aufgabe aber war die illegale Organisierung notwendig – auch als Konsequenz aus den Erfahrungen der Bewegungen in anderen Metropolenstaaten. »Das Schicksal der Black Panther Partei und das Schicksal der Gauche Proletarienne dürfte auf jener Fehleinschätzung basieren, ... [die] nicht realisiert, daß sich die Bedingungen der Legalität durch aktiven Widerstand notwendigerweise verändern und daß es deshalb notwendig ist, die Legalität gleichzeitig für den politischen Kampf und für die Organisierung von Illegalität auszunutzen, und daß es falsch ist, auf die Illegalisierung durch das System als Schicksalsschlag zu warten, weil Illegalisierung dann gleich Zerschlagung ist und das dann die Rechnung ist, die aufgeht« (ebd.).

Das hieß jedoch nicht, daß nur die Illegalität das »echte« Kampfterrain wäre: »Wir sagen nicht, daß die Organisierung illegal bewaffneter Widerstandsgruppen legale proletarische Organisationen ersetzen könnte und Einzelaktionen Klassenkämpfe und nicht, daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte. Wir behaupten nur, daß das eine die Voraussetzung für den Fortschritt und Erfolg des anderen ist« (ebd.).

Die Stadtguerilla sollte als Fraktion der Bewegung fungieren; als diejenige Fraktion, die im Zusammenwirken mit anderen Fraktionen der Bewegung die Organisierung des bewaffneten Kampfes und den Aufbau der Roten Armee vorantreibt – als Rote Armee Fraktion.

»Unser ursprüngliches Konzept beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit. Wir wollten, daß jeder von uns gleichzeitig im Stadtteil oder im Betrieb in den dort bestehenden sozialistischen Gruppen mitarbeitet, den Diskussionsprozeß mit beeinflußt, Erfahrungen macht, lernt. Es hat sich gezeigt, daß das nicht geht. Daß die Kontrolle, die die politische Polizei über diese Gruppen hat, ihre Treffen, ihre Termine, ihre Diskussionsinhalte, schon jetzt so weit reicht, daß man dort nicht sein kann, wenn man auch noch unkontrolliert sein will. Daß der Einzelne die legale Arbeit nicht mit der illegalen verbinden kann« (ebd.).

Das war die Situation 1970/71. Die Studentenbewegung war an eine Grenze gestoßen, und es ging darum, durch Transformation der bereits angelegten richtigen Momente diese Grenzen zu überwinden.

III

Die Genossinnen und Genossen, die nur wenige Jahre später in die Illegalität gegangen sind, machten diesen Schritt bereits aus einer sehr veränderten Situation. »Wir wollten für die Linke einen Raum schaffen, die Illegalität, in dem du erst mal Subjekt sein kannst – politisches Subjekt, das zum Angriff kommt«, sagt Karl-Heinz Dellwo

im »konkret«-Interview – der Unterschied zu den im »Konzept Stadtguerilla« formulierten Bestimmungen ist offensichtlich. Die politischen Bedingungen hatten sich stark verändert. Apo und Studentenbewegung hatten den Sprung über ihre Grenzen nicht geschafft. Was '70/'71 noch an gemeinsamer Bewegung vorhanden war, hatte sich aufgelöst in K-Gruppen und reformistische Integration. Der Entschluß zum Aufbau der Stadtguerilla war auch eine Antwort auf diese schon absehbare Tendenz, die in selbstverschuldete Bedeutungslosigkeit führen mußte, »wenn die Avantgarde selbst die Frage nicht beantwortet, wie die politische Macht des Proletariats zu erlangen, wie die Macht der Bourgeoisie zu brechen ist, und durch keine Praxis darauf vorbereitet ist, sie zu beantworten« (Konzept Stadtguerilla).

Es war die richtige Antwort in dieser Situation, obwohl auch die bewaffnet kämpfenden Gruppen den Zerfall der Bewegung letztlich nicht aufhalten konnten. Gleichzeitig und durch diese Entwicklung begünstigt, nahm die staatliche Repression massiv zu und konzentrierte sich zwangsläufig auf die im Vergleich zu den »Bewegungszeiten« leichter überschaubaren revolutionären Kärfte. Statt des Kampfes als Fraktion mußte es ohne die Bewegung nun darum gehen, die begonnene Organisierung der Illegalität alleine voranzutreiben; die Genossinnen und Genossen, die den Schritt in die Illegalität mit all seinen Konsequenzen gemacht hatten, und die, die in den Knästen saßen, nicht einfach im Stich zu lassen und das neu eroberte Terrain der Illegalität für künftige Mobilisierungen zu halten.

Natürlich hat sich in dieser Situation auch das Selbstverständnis der RAF verändert. Angesichts des Zerfalls der Apo und der damit wesentlichen Bezugspunkte innerhalb der Metropolengesellschaft trat der internationalistische Bezug stärker in den Vordergrund. Gleichzeitig verschob sich auch das Verhältnis zum Staat: von der im Rahmen einer breiten politischen Mobilisierung bestimmten bewaffneten Aktion hin zu einer direkten Konfrontation, die sowohl durch die verschärfte Repression und Verfolgung draußen bedingt war als auch durch die ganz konkrete Notwendigkeit, die Gefangenen aus den Knästen zu holen. Eine Notwendigkeit, die über ihre Selbstverständlichkeit hinaus auch den Grund hatte, die Gefangenen vor der Folter und Vernichtung im Knast zu schützen.

Es ist nicht das anfängliche Selbstverständnis der RAF, aber es ist diese Situation in den Jahren nach 1972, die Karl-Heinz Dellwo im Interview beschreibt: »Wir haben zurückgeschossen, das Verhältnis, das sie nach unten haben, umgedreht und auf sie selbst gerichtet.«

Durch das staatliche Vernichtungsprogramm gegen die Gefangenen rückte das Ziel der Gefangenenbefreiung zunehmend in den Mittelpunkt. Damit veränderte sich aber auch die Bedeutung der »Machtfrage«.

Der Staat behandelte die Gefangenen als Geiseln (woran sich bis heute im Prinzip nichts geändert hat) und verknüpfte so die eigene Machtposition unmittelbar mit der Frage der Gefangenen. Was umgekehrt bedeutete, daß Gefangenenbefreiung zu einem Angriff wurde, der ganz zentral mit der gesamten Staatsmacht konfrontiert

war – viel mehr als »den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen.«

Diese Entwicklung ist aber erst im Nachhinein so deutlich zu erkennen. Anfang 1975 gelang der Bewegung 2. Juni durch die Entführung des Berliner CDU-Spitzenkandidaten Lorenz noch die Befreiung von fünf Gefangenen aus den Knästen. Die Botschaftsbesetzung in Stockholm durch ein Kommando der RAF wenige Wochen später – ein Angriff in einer bisher noch nicht dagewesenen Schärfe – traf auf die harte Haltung der Bundesregierung, deren damaliger Staatssekretär Kinkel als politisch Verantwortlicher die Sicherheit der Botschaftsangehörigen dem Zerschlagungskalkül opferte.

Nach dieser Erfahrung und nach dem Tod von Ulrike Meinhof, die am 11. Mai 1976 in ihrer Zelle »erhängt aufgefunden« wurde, sollten die Aktionen des Jahres 1977, die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und die geplante Entführung des Dresdner Bank-Chefs Ponto, die Bundesregierung zum Nachgeben zwingen. Ponto und Schleyer gehörten zur Elite des BRD-Kapitals, und sie verkörperten außerdem wie kaum jemand sonst die faschistische Kontinuität der BRD: einen auf »Arisierungen«, auf Ausbeutung von KZ- und Zwangsarbeit, auf Kriegsgewinnlertum fußenden Machtaufstieg, der ohne Unterbrechung 1945 direkt in die BRD-Eliteposition führte.

Aber diese Einschätzung ging nicht auf. Die Bundesregierung entschied sich, Schleyer zu opfern und schreckte auch nicht davor zurück, (da Aussagen über die Todesart der Stammheimer Gefangenen in der BRD mit einer 129a-Anklage auch gegen die sie veröffentlichenden Medien unterdrückt werden, beschränken wir uns hier gezwungenermaßen auf selbst von der BAW Unbestreitbares:) die Ermordung der Gefangenen von Prominenten in der Öffentlichkeit propagieren zu lassen und sie im Krisenstab zu erörtern.

Konfrontiert mit dieser geballten und vor nichts mehr zurückschreckenden Staatsmacht endeten die Aktionen von '77 mit einer umfassenden Niederlage, die von bisher nicht dagewesenem Terror und Repression gegen die legale Linke und alle auch nur halbwegs kritischen Stimmen begleitet war.

Wenn sich auch im historischen Rückblick deutlich Fehler erkennen lassen, falsche Einschätzungen der eigenen Kräfte und des staatlichen Kalküls, gehören sie wohl zu den »unvermeidlichen« (Gremliza), zu den Wegen, die vielleicht »gegangen werden mußten« (Dellwo). Nach dem Zerfall der Apo blieb der RAF nur, alleine zu handeln; und in der Situation, in der keine Bewegung mehr politischen Druck zum Schutz der Gefangenen entfalten konnte, mußte es darum gehen, alles zu tun, um sie vor Folter und Vernichtung zu schützen: sie zu befreien.

IV

Für die Entwicklung nach 1977 läßt sich allerdings keine vergleichbare Notwendigkeit behaupten.

Vor dem Hintergrund der stärker werdenden sozialen Bewegungen seit Ende der 70er Jahre und der damit verbundenen Massenmilitanz formulierte die RAF ihren politischen Neuansatz im Mai-Papier von 1982.

Die Niederlage von ’77 wurde jetzt gleichzeitig als Beginn einer neuen Phase interpretiert: »sie hätten es fast geschafft, aber die ironie ist, dass sie genau dadurch eine situation geschaffen haben, in der wir unter veränderten und so besseren bedingungen weiterkämpfen konnten« (Mai-Papier). Denn die Entscheidung des Staates für die militärische Lösung »war der sprung an die spitze der reaktionären gegenoffensive zur vereinheitlichung der apparate der inneren sicherheit in westeuropa«, an ihm »ist aber auch die politische schwäche der metropolenstaaten, die innere brüchigkeit der ganzen nach außen so potenten struktur, so evident geworden wie noch nie« (ebd.).

Im offenen Widerspruch zu dem elf Jahre früher im »Konzept Stadtguerilla« formulierten Ansatz hieß es nun: »nachdem aus dem internationalen zusammenhang der kampf um die befreiung vom isolierten guerillaprojekt zur greifbaren wirklichkeit in den auseinandersetzungen des tages durchgebrochen ist, geht es jetzt um den sprung mit beiden beinen auf den boden der situation hier, um widerstand in der metropole in der umgekehrten bewegung von hier aus zur front im internationalen klassenkrieg zu bringen. also die strategie, die ihre wurzel hier hat« (ebd.).

Anstatt die Frage zu untersuchen, wie aus den strategischen Anfangsbestimmungen, die ihre Wurzeln hier hatten, der bewaffnete Kampf zum »isolierten Guerillaprojekt« werden konnte und was daraus zu lernen ist, wurde die Geschichte einfach umgeschrieben. »wenn man so will, unterscheidet sich unsere aktionslinie bis ’77 von der jetzt darin, dass es bis ’77 immer auf das ankam, was direkt zum bewaffneten kampf gekommen ist oder diesen schritt vorbereitet hat, und dass es jetzt darauf ankommt, dass guerilla, militante und politische kämpfe als integrale komponenten im perspektivischen fluchtpunkt der zu entfaltenden metropolenstrategie zusammenkommen« (ebd.).

Wurde im »Konzept Stadtguerilla« das Verhältnis von bewaffneter und legaler Politik noch damit beschrieben, »daß das eine die Voraussetzung für den Erfolg und den Fortschritt des anderen ist«, hieß es nun: »wenn auch bewaffnete, illegale organisationen der kern dieser strategie ist, bekommt sie erst ihre ganze notwendige kraft, wenn bewaffnete politik mit militanten angriffen, mit den kämpfen aus der ganzen breite der erdrückung und entfremdung und mit dem politischen kampf um die vermittlung ihres prozesses zusammen zu einem bewußten und gezielten angriff gegen die dreh- und angelpunkte des imperialistischen zentrums gebracht wird« (Mai-Papier).

Und zwar vor dem Hintergrund einer weltweiten Schwäche des Imperialismus. Der Sieg der Befreiungsfront in Vietnam wurde als historischer Durchbruch mit weitreichenden Auswirkungen beschrieben: »die instabilität des imperialistischen systems bedeutet seitdem weltweit eine Situation, in der der imperialismus mit einer

niederlage an jedem punkt seines weltsystems oder dem verlust irgendeiner seiner machtpositionen ... in die endliche krise des systems kippen kann« (ebd.).

Erst hier also taucht der Glaube an eine Situation auf Messers Schneide auf – und wurde gleich zur zentralen Grundlage des strategischen Ansatzes. Mit einer gewissen Notwendigkeit, denn das neue Frontkonzept beruhte, anders als das »Konzept Stadtguerilla«, nicht auf den Erfahrungen und dem bereits geführten Kampf einer Bewegung, sondern war ein theoretisch entwickelter Ansatz, der sich, ausgehend vom Kampf der Guerilla, durchsetzen und in einer so erst zu schaffenden Bewegung verankern sollte.

Die Chance dafür wurde darin gesehen, daß die Polizeistaatsformierung nach ’77 zu der allgemeinen Erfahrung geführt habe, daß »der imperialismus ... über keine positive, produktive perspektive mehr [verfügt], er ist nur noch die von zerstörung. das ist der kern der erfahrung, die die wurzel der neuen militanz in allen lebensbereichen ist« (ebd.).

So wurde das ganze Problem der politischen Verankerung auf eine völlig neue Weise betrachtet: »es ist jetzt nicht mehr der punkt, die inneren veränderungen hier im einzelnen zu analysieren. denn die haltung und die lebenspraxis derjenigen, die seitdem kämpfen, hat die veränderte situation schon in sich und geht ganz einfach von ihr aus. wir stellen einfach fest: fundamentalopposition ist mit diesem system wie nie zuvor grundsätzlich fertig. kalt, illusionslos, vom staat nicht mehr zu erreichen ... da ist einfach schluss – und erst hinter dem ende des systems wird eine lebensperspektive vorstellbar« (ebd.).

Vor diesem Hintergrund hieß die Konsequenz für die Bestimmung der Politik:

»revolutionäre strategie ist hier einfach die strategie gegen ihre strategie, die ihren strategischen plan in ihren konkreten projekten angreift und durch den materiellen angriff die imperialistische offensive nach innen und aussen politisch bricht und damit bewußtsein schafft, das neuer widerstand und prozeß der front national wie international wird, die ihre pläne blockiert, bevor sie sie ausführen können« (ebd.).

Es ist deutlich: Hier wird das, was in der Entwicklung bis ’77 die vielleicht unvermeidliche Bewegung weg vom Ausgangskonzept war, zum Programm erklärt.

Die Gesellschaft wird nur noch von außen wahrgenommen. Analyse beschränkt sich auf die Untersuchung der imperialistischen Pläne und Nato-Strategien, militärische Guerillaaktionen werden zum politischen Kern. Politische Auseinandersetzung und Vermittlung entwickelt sich nicht aus gesellschaftlichen Widersprüchen, sondern beschränkt sich auf Angriff und angestrebte Verhinderung der fortgeschrittensten strategischen Projekte des imperialistischen »Gesamtsystems«. Der Bruch mit der Metropolenrealität wird zur Bewußtseinsgrundlage – nicht mehr als aufklärerische »Irregularität«, sondern als subjektiver Bruch mit der gesamten Lebenswirklichkeit der Metropole. Etwas theoretischer formuliert: Mit dem Aufbau der Roten Armee Fraktion ging es ursprünglich darum, die von der Studentenbewegung theoretisch erkannte totale Verdinglichung des Lebens im Spätkapitalismus zu durchbre-

chen, ein Kampfterrain zu eröffnen, auf dem die wesentlichen Elemente der »spontanen Irregularität« zu einer kontinuierlichen und nicht mehr integrierbaren politischen Praxis entwickelt werden können.

Im Mai-Papier dagegen drückt sich die Verdinglichung eben der Schritte und Formen aus, die ursprünglich gerade das Durchbrechen der totalen Verdinglichung ermöglichen sollten.

Das verlangte aber Interpretationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die damals nicht weniger falsch waren als heute: die Behauptung eines weltweiten Kräfteverhältnisses, das die imperialistische Herrschaft auf Messers Schneide stellt, und die Behauptung vom Verlust der (im »Konzept Stadtguerilla« noch als Ausgangspunkt verstandenen) Integrationsfähigkeit des Kapitalismus: »die offensive jetzt ist für sie auch deswegen zur entscheidungsschlacht geworden, weil die reformistische variante, sozialdemokratismus und verdeckter krieg, auf allen ebenen aufgelaufen ist ... weil die militärstrategie zum angelpunkt geworden ist, ist auch die politik gestorben – bzw. darin kommt sie auf ihren reinen begriff« (Erklärung zu '77 der Gefangenen aus der RAF, 1984 im Stammheimer Prozeß).

Damit waren dem Frontkonzept von vorneherein die Grenzen gesetzt, an denen es auflaufen mußte – spätestens dann, als sich in der Niederlage nicht länger übersehen ließ, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Metropole doch vielschichtiger und widersprüchlicher ist.

Trotzdem hat sich auf dieser Grundlage in den 80er Jahren breiter Widerstand entwickelt. Eine Entwicklung, die ohne den Kampf der Guerilla so sicher nicht stattgefunden hätte.

Trotz der Fehler in der Analyse, der fehlenden wirklichen Verankerung war der Kampf der RAF eine wichtige Orientierung für viele: die Existenz einer grundlegenden und unversöhnlichen Opposition in einem System, das alle Veränderungsimpulse, alle Subkulturen so umfassend aufschluckt, reformistisch oder direkt kapitalnützlich umbiegt oder abblockt; in einem System, in dessen Rahmen viele wirklich keinen Lebenssinn sehen konnten, das sich aber als allumfassend und ausweglos darzustellen sucht. Diese Selbstinszenierung der spätkapitalistischen Metropolengesellschaft als quasi pragmatischer Gesamtsachzwang, als beste aller historisch möglichen Gesellschaften, die zunächst nicht durchschaubar ist, wurde in den Angriffen der Guerilla durchbrochen, mit denen konkrete Verantwortlichkeit erkennbar gemacht und die Angreifbarkeit des Systems bewiesen werden sollte. Nicht zuletzt gehört dazu auch die Ausstrahlung des konsequenten Kampfes der Gefangenen, den auch das Isolationsregime der Hochsicherheitstrakte nicht brechen konnte. Es gab ein starkes Bedürfnis bei vielen, die von all diesen Momenten angesprochen wurden, sie aufgriffen, sich aneigneten und weiterzuentwickeln suchten. Anti-Nato-Mobilisierungen wie die Bush-Demo in Krefeld 1983, die Vielzahl militanter Aktionen in den Jahren '85/'86 oder der Antiimperialistische Kongreß in Frankfurt 1986 seien hier nur als Beispiele für diese Entwicklung erwähnt.

Aber es gab keine politische Diskussion, keine Auseinandersetzung um die wesentlichen Fragen, und so konnten die im Ansatz angelegten Grenzen und Fehler auch nicht erkannt und überwunden werden. Stattdessen führte das zur immer stärkeren Verdinglichung des politischen Bewußtseins: Revolutionäre Politik war nur noch als bewaffneter Angriff denkbar, die militärische Aktion wurde zum nicht hinterfragbaren Fetisch, Illegalität wurde zu einem Mythos, zur Verkörperung des »Bruchs«, zur Voraussetzung von Kollektivität schlechthin. Mit teilweise verheerenden Folgen, die Lutz Taufen in seinem »Brief an einen Gefangenen« (konkret (8/92) ganz zutreffend als »reaktionäre Symbiose« von wortführenden Aktivisten und apologetenhaften Anhängern beschreibt. Daß wir ein »ehrliches Verhältnis zu unseren Fehlern und Schwächen entwickeln« (Taufer, ebd.), wird aber verhindert, wenn nur die oberflächliche Erscheinung der »reaktionären Symbiose« beschrieben wird: »Welche Bedürfnisse auf beiden Seiten mitspielen und woher sie stammen, will ich hier nicht näher untersuchen« (ebd.). Denn tatsächlich gibt es dabei mehrere Seiten. Auch die Gefangenen aus der RAF haben die Diskussion um die im Mai-Papier formulierte Politik der »bewaffneten Aktion« zumindest nicht forciert. Dieser Zusammenhang aber darf nicht länger aus der Auseinandersetzung verdrängt werden. Wird seine Untersuchung nicht zum Ausgangspunkt gemacht, erscheint alles Übrige nur als leichtfertige Schuldzuweisung für den individuellen Sprung aus dem Schlamassel – und läßt die Grundstrukturen unangetastet, statt an ihrer Überwindung zu arbeiten.

V

Denn die Gefahr der heutigen Situation liegt darin, daß dieses verdinglichte Bewußtsein, nachdem es unleugbar an seine Grenze gestoßen ist, nun – anstatt durch Reflexion und selbstkritische Untersuchung seine Grenzen zu überwinden – undialektisch in sein scheinbares Gegenteil umschlägt: An die Stelle, die vorher das »Gesamtsystem« und die imperialistische Strategie eingenommen haben, treten plötzlich, als das Neue, das Andere, die »sozialen Prozesse in der Gesellschaft«.

»Heute fehlt etwas anderes. Das ist nicht durch die Staatsmacht begrenzt. Es fehlt der neue soziale Gedanke, so etwas wie ein neuer historischer sozialer Sinn für die Gesellschaft«, so Karl-Heinz Dellwo im »konkret«-Interview. Daß die spätkapitalistische Metropolengesellschaft über keinen sozialen Sinn verfügt, war allerdings schon Ausgangspunkt der Apo. Ihre Stärke beruhte auf der Entwicklung eines eigenen »sozialen Sinns«, aus dem dann auch der bewaffnete Kampf hervorgegangen ist – der ihn allerdings in der eskalierenden Konfrontation mit der Staatsmacht immer mehr verloren hat. Im Mai-Papier sollte dann das Fehlen des »sozialen Sinns«, das Fehlen jeglicher Lebensperspektive im System alleine schon die Möglichkeit der revolutionären Front begründen. Heute ist unübersehbar, daß die Konfrontation mit der Staatsmacht keine ausreichende politische Grundlage sein kann. Aber wenn nicht gemeint ist, daß es unsere neue Aufgabe wäre, der bestehenden Gesellschaft einen Sinn zu stiften, dann ist das Fehlen des »sozialen Gedankens« nichts »anderes«,

nichts Neues, sondern das, wovon revolutionäre Politik immer schon auszugehen hatte: die Notwendigkeit, im Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse einen sozialen Sinn zu entwickeln, der diese transzendiert.

Tatsächlich etwas völlig Neues ist aber, wenn Karl-Heinz Dellwo jetzt sagt: »Für mich hat RAF bedeutet, ein bestimmtes Vernichtungsverhältnis aufzubrechen, das von diesem Staat immer gegen Minderheiten, gegen Opposition eingesetzt wurde« (ebd.).

Denn ein Vernichtungsverhältnis läßt sich nur da aufbrechen, wo der zugrundeliegende Widerspruch nicht mehr antagonistisch ist.

Wer jetzt feststellt: »Wir müssen unser Ghetto verlassen, wir müssen in die Gesellschaft zurück« (Taufer, konkret 8/92), ohne daran die allererste selbstkritische Frage anzuschließen, wie es nämlich zum damit unterstellten Herausfallen aus der Gesellschaft kommen konnte, für den trifft wirklich zu: »Die Tür in die Gesellschaft wird erst einmal in jene brandgefährlichen sozialen Gegenden führen, wo der Reformismus lauert« (Taufer, ebd.).

Es ist diese Gefahr, vor der auch Fülberth zurecht warnt: Daß nämlich in der Euphorie über die neuentdeckten Betätigungsmöglichkeiten beim Erobern von »Räumen« in der Gesellschaft und bei der Suche nach »Lösungen von unten« leicht vergessen werden kann, daß es (wenn dieses Wort einen Sinn haben soll) keine Lösungen unterhalb der Revolution, im Rahmen des kapitalistischen Systems gibt. Natürlich geht es um Selbstorganisation, geht es um einen »sozialen Sinn«, darum, Ansätze für ein anderes Leben, jenseits der Herrschaft von Geld und Ware zu erkämpfen und so Schritt für Schritt Raum zu erobern. Darum ging es auch bei der Gründung der RAF. Gefährlich sind nicht die »sozialen Gegenden«, sondern das Verhältnis, mit dem wir uns ihnen nähern. Dann nämlich, wenn die Haltung, die politische Basisarbeit – sei es in Bürgerinitiativen oder anderen legalen Gruppen, sei es in Gewerkschaften, im Betrieb, an Schulen und Unis –, die zum Teil sogar Ausbildung und Berufsarbeit als »Counter« gebrandmarkt hat, jetzt plötzlich schlicht gewendet wird.

Es ist weniger das tatsächliche Herausfallen (das so total nie war, sonst hätte der antiimperialistische Widerstand nicht so vielfältig und relativ zahlreich sein können) als die im Mai-Papier formulierte mutwillige Verortung des eigenen politischen Standpunkts außerhalb der Gesellschaft, die zu dem jetzt auftauchenden Rückkehrbedürfnis geführt hat. Die Neuentdeckung politischer Basisarbeit »in der Gesellschaft« beruht weniger auf deren neuer Qualität als auf der Ignorierung dieses Hintergrunds.

VI

Das Problem ist nur, daß sich aus politischer Basisarbeit nirgends unmittelbar revolutionäre Politik entwickeln läßt. Mit dieser Erkenntnis sind wir wieder bei den Fragen der Studentenbewegung angelangt.

Die Tatsache, daß die damaligen Antworten heute nicht einfach wiederholt werden können, ist aber noch lange kein Grund, das ganze damals schon erreichte Erkenntnisniveau und Problembewußtsein über den Haufen zu schmeißen.

Deutlich wird das an einer Äußerung von Knut Folkerts im »konkret«-Interview: »Der Emanzipationsgedanke muß wirklich aus der Tiefe und geschichtlichen Reife neu begründet werden, weil ja eine ganze Epoche zu Ende gekommen ist. Befreiung – was ist das heute? Heute sind Aufhebungen möglich, wie sie bisher nicht möglich waren. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit ist z.B. ein Negativausdruck für die tendenziell mögliche Aufhebung der Arbeit. Wir brauchen ein Wirklichkeitsmoment in der Gegenwart; auch weil es ein langandauernder Übergangsprozeß sein wird. Befreiung kann keine Abstraktion bleiben, kein fernes Ziel. Die Ziele müssen in der Lebenswirklichkeit beginnen, als Aneignungsbewegung.«

Daß Befreiung nicht abstrakt bleiben und daß Ziele nicht völlig außerhalb der Lebenswirklichkeit wurzeln dürfen, ist sicher richtig – aber nicht erst seit gestern. Schon vor längerem hat Marx deswegen mal das Kapital als die bestimmende Sphäre der Lebenswirklichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft analysiert, um so den Idealismus der utopischen Sozialisten auf eine materielle Grundlage stellen zu können.

So konnte er das Proletariat und die Industrialisierung als diejenigen »Wirklichkeitsmomente in der Gegenwart« bestimmen, von denen aus revolutionäre Politik im langandauernden Übergangsprozeß damals entwickelt werden mußte. Seither geht es darum, was unter dem »Wirklichkeitsmoment« für die konkrete politische Arbeit zu verstehen ist. Etwa Lenin oder Luxemburg haben das als Problem von Reform und Revolution untersucht und auch heute noch Lesenswertes darüber geschrieben. Darauf aufbauend hatte die RAF im »Konzept Stadtguerilla« festgestellt: »Die ›revolutionären Übergangsforderungen‹, die die proletarischen Organisationen landauf, landab aufgestellt haben, wie Kampf der Intensivierung der Ausbeutung, Verkürzung der Arbeitszeit etc., – diese Übergangsforderungen sind nichts als gewerkschaftlicher Ökonomismus, solange nicht gleichzeitig die Frage beantwortet wird, wie der politische, militärische und propagandistische Druck zu brechen sein wird, der sich schon diesen Forderungen aggressiv in den Weg stellen wird, wenn sie in massenhaften Klassenkämpfen erhoben werden.«

Die Gründung der RAF als damalige Antwort kann heute natürlich nicht stupide wiederholt werden. Aber richtig bleibt, daß sich heute genauso allen Veränderungen, die auf eine Überwindung der strukturellen Massenarbeitslosigkeit zielen, mächtige und aggressive Kräfte in den Weg stellen. Zudem ist die Erkenntnis des Zusammenhangs von struktureller Arbeitslosigkeit und möglicher Aufhebung der Arbeit nicht neu, die IG Metall beispielsweise begründet darauf seit Ende der 70er Jahre ihre Tarifpolitik. 1980 formulierte André Gorz seinen »Abschied vom Proletariat«, wo er aus dem Gedanken der »möglichen Aufhebung der Arbeit« ein Modell entwickelt, das ebenso zwangsläufig wie konsequent die Grundlagen der Metropolengesellschaft, nämlich die imperialistische Arbeitsteilung des Weltmarkts, unberührt läßt.

Wenn es jedoch um mehr geht als um die andere Verteilung des geraubten Profits zur Aufrechterhaltung des zerstörerischen Konsumwahns, dann sind gesellschaftliche Umwälzungen nötig, die ein Ende des gift- und müllproduzierenden Metropolen-

wohlstands, eine Umwälzung der imperialistischen Weltmarkt-Arbeitsteilung mit sich bringen und somit zwangsläufig ein Mehr an Arbeit für alle Menschen weltweit.

Die Vorstellung der Abschaffung der Arbeit ist nur der konsequent zu Ende gedachte sozialdemokratische Gedanke von Umverteilung im Rahmen der bestehenden Verhältnisse. Wenn der Zusammenbruch des Realsozialismus als Zeichen einer zu Ende gegangenen Epoche etwas gezeigt hat, dann ist es die Priorität von Eigeninitiative, von Selbstorganisation.

Statt um »Abschaffung der Arbeit« geht es um die Verfügungsgewalt: um die gleichberechtigte Selbstbestimmung aller beteiligten Menschen darüber, was und wie produziert wird.

Auch ohne eine fertige Antwort auf die Frage nach der praktischen Durchsetzung dieses Zieles wird an dem Beispiel deutlich, warum revolutionäre Politik nicht unmittelbar auf das zurückgreifen kann, was in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen schon vorhanden ist.

Das »Wirklichkeitsmoment« ist das in dieser Gesellschaft nicht lösbare Problem der Massenarbeitslosigkeit, aber durch die eurozentristische Vorstellung von »Aufhebung der Arbeit« wird es sich gerade nicht revolutionär überwinden lassen. Andererseits ist der Gedanke von Selbstorganisation in den real existierenden Arbeitskämpfen so gut wie nicht vorhanden. Aufgabe revolutionärer Politik ist deshalb, ihn dort hineinzutragen. Das setzt aber eine Verankerung in dieser »sozialen Gegend« voraus, die in der antiimperialistischen Linken bisher tendenziell für überflüssig oder falsch gehalten wurde. Diese Verankerung, dort wie in anderen »sozialen Gegenden«, ist Korrektur eines Fehlers, ist Voraussetzung für, ist aber nicht selbst schon revolutionäre Strategie. Nicht die »sozialen Gegenden«, sondern diese Verwechslung ist das »brandgefährliche«, »wo der Reformismus lauert«.

Dasselbe gilt für die »sozialen Prozesse in der Gesellschaft«. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre entstanden in den unterschiedlichsten Bereichen soziale Bewegungen, in denen eine Vielzahl von Erfahrungen gesammelt wurden. Sie alle sind später je für sich an eine Grenze gestoßen, nämlich an die Macht und an die Integrationsfähigkeit des Kapitals. Schon vorher gewußt zu haben, daß sie ihre Ziele gegen diese Macht nicht einfach werden durchsetzen können, rechtfertigt nicht ihre Geringschätzung durch die antiimperialistische Linke als »Teilbereichskämpfe«, die von echtem revolutionärem Kampf gegen die imperialistischen Zentren eher ablenken würden. Sicher, die AKWs stehen noch, die Startbahn West ist gebaut, die Häuser sind geräumt, die Raketen stationiert – doch auch hier ist der Erfolg nicht das einzige Kriterium.

Mit der neuen Entdeckung der »sozialen Prozesse« und ihrer Bedeutung aber umgekehrt das Wissen um ihre Begrenztheit aufzugeben, wäre ein ebenso schlimmer Fehler, genauer: die Fortsetzung des alten mit umgekehrten Vorzeichen. Erst die richtige Einschätzung aller konkreten Kämpfe, sowohl in ihrer gesellschaftlichen Begrenztheit als auch in der politischen Brisanz der darin aufbrechenden Widersprüche, der entstehenden Umgangs- und Organisationsformen, der Mittel und Ziele macht es möglich, auch aus ihren konkreten Niederlagen nicht als Verlierer hervorzugehen.

Das gilt gleichermaßen für die Kämpfe der sozialen Bewegungen wie für die des antiimperialistischen Widerstands. Statt der bedingungslosen Identifikation mit den einzelnen Forderungen und den jeweiligen Parolen geht es darum, diese Eingebundenheit und Widersprüchlichkeit zu erkennen und ertragen zu lernen. (Wir empfehlen, Mao zu lesen, z.B. »Über den Widerspruch«!)

Denn es gibt keine einfachen, gradlinigen, unverrückbaren Siege, der revolutionäre Prozeß ist keine Entscheidungsschlacht. Erst dieses Bewußtsein setzt uns in die Lage, ein Leben lang zu kämpfen, anstatt in grandiosen Anstrengungen auszubrennen, um sich dann zurückziehen.

Daraus erst entsteht Identität, die auch für andere erkennbar sein wird, das ist der Schritt von Subkultur zu eigener Kultur und endlich auch die Überwindung der vielbeklagten Unfähigkeit zu solidarisch-kritischem Streit.

VII

Heute müssen wir von Niederlage sprechen und nicht von einer Grenze:

Anders als bei der Grenze, an die die Apo 1970 gestoßen war, geht es heute nicht um eine Transformation der fortgeschrittensten Praxis in eine höher organisierte Form, sondern es geht zunächst nur um die Bestimmung der nach wie vor gültigen Analysegrundlagen und derjenigen Elemente unserer Geschichte, die in veränderten, für heute angemessenen Ansätzen und Formen weiterentwickelt werden sollen.

Einige zentrale Ausgangsbedingungen sind immer noch dieselben wie vor 25 Jahren, wenn auch in extrem verschärfter Form: Das Problem der Entfremdung, der Verdinglichung aller menschlichen Verhältnisse, der zunehmenden Kapitalisierung und warenförmigen Durchdringung aller Lebensbereiche, Voraussetzung für die Subjektwerdung, für den Aufbau von Formen der Selbstorganisation, ist nach wie vor ein »Bruch« mit dieser umfassenden gesellschaftlichen Fremdbestimmung. »Bruch« darf aber weder autonome Selbstghettoisierung sein noch Bruch mit der gesamten Lebenswirklichkeit der Metropolengesellschaft durch die Identifikation mit einem illegalen Terrain, das zudem isoliert ist und nicht Fraktion einer Bewegung. Trotzdem muß er, als Bruch in der Wertsetzung, als Bruch mit der kapitalistischen Determination, im eigenen Leben für andere erkennbar sein.

Anstelle des Holzhammerverhältnisses »Jeder muß sich entscheiden« geht es um die Suche nach Formen, in denen viele Menschen Schritt für Schritt diesen Bruch mit den Werten des metropolitanen Konsumalltags vollziehen können. Innerhalb dieses Rahmens bleiben Sabotage und bewaffnete Aktion grundsätzlich unverzichtbar. Genauso, wie es falsch ist, in der illegalen bewaffneten Aktion die Verkörperung des »Bruchs« zu sehen, die höchste Form revolutionärer Politik schlechthin, so ist es

falsch, den bewaffneten Kampf mit dem »Sturm aufs Winterpalais«, mit einer letzten Austandsphase zu identifizieren, wie Fülberth das in schlechter DKP-Tradition tut. Im Fall der russischen Revolution ist letzteres übrigens auch historisch falsch, denn trotz aller Widersprüche war der »Terrorismus« der Narodniki in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein wichtiger Vorläufer, ohne den die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Rußland nicht verstanden werden kann.

Damit soll natürlich keine Analogie zur heutigen Situation zusammengeschustert werden, aber das Winterpalais-Argument fällt sogar hinter das politische Niveau der Friedensbewegung zurück, die immerhin mit Sitzblockaden schon Formen massenhaften zivilen Ungehorsams organisiert hat, und zwar bewußt als Sabotage, als Angriff auf das herrschende Gesetz, anstatt alles auf eine spätere Ausnahmesituation namens Aufstand zu verschieben.

Gleichzeitig geht es um die Suche derjenigen Wirklichkeitsmomente in der Gesellschaft, die den grundlegenden Widerspruch und seine mögliche Aufhebung beinhalten. Anders als vor 20 Jahren, vor dem Hintergrund einer breiten Bewegung mit starken revolutionären Impulsen, sind diese heute aber nicht in den gesellschaftlichen Konflikten schon aufgreifbar vorhanden. Vorhanden sind nur die Probleme, an denen sich der Widerspruch zeigt, aber die Momente seiner möglichen Aufhebung können zunächst nur abstrakt bestimmt werden: Jede Konkretion als »Lösung von unten« mündet zwangsläufig in Reformismus. Wirkliche Konkretion kann nur im praktischen Kampf erfolgen, auf der Grundlage des Bewußtseins, daß es keine Lösungen unterhalb der Revolution gibt und daß die Richtigkeit jedes einzelnen Schrittes sich daran bemißt«, ob er den Blick auf den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang freilegt oder verschüttet.

Statt der unbeantwortbaren Frage nach einer Gesamtstrategie oder einer Zentralperspektive geht es also um die immer weitergehende Bestimmung von Kriterien und deren schrittweise Konkretion in der Praxis. Diese Kriterien können zunächst nur abstrakt bestimmt werden, denn die Entwicklung revolutionärer Politik verläuft dialektisch: Sie verläuft unausweichlich in dem ständigen Widerspruch von abstraktem Wertmaßstab und notwendig unzulänglicher praktischgesellschaftlicher Umsetzung. Es gibt die lange Tradition eines falschen, positivistischen Verständnisses der gesellschaftlichen Widersprüche, das letztlich in allen Fehlern und Niederlagen linker Politik eine Rolle gespielt hat. Diesem Verständnis erscheinen gesellschaftliche Widersprüche als etwas Äußerliches, sie müßten nur richtig erkannt werden, und linke Politik könnte dann auf der »unteren« Seite dieses Widerspruchs eindeutig, klar und in sich widerspruchsfrei Position beziehen.

Das ist keine Eigenart der alten Lehre vom Hauptwiderspruch Kapitalverhältnis, dem alles andere als Nebenwiderspruch untergeordnet wurde, es hat genauso in dem reduzierten Antiimperialismusbegriff der 80er Jahre eine wichtige Rolle gespielt.

Tatsächlich aber ziehen sich die Widersprüche immer und unausweichlich auch durch eine eigene Praxis. Es gibt keinen »Bruch«, kein Programm und keine Strategie, mit dem wir uns selbst aus den widersprüchlichen Zusammenhängen von Rassismus, Sexismus und Klassenwiderspruch hinauskatapultieren könnten. Revolutionäre Politik kann nicht durch die Bestimmung einer »richtigen« Praxis oder einer »richtigen« Position aufgebaut werden, sondern nur durch ständige kritische und selbstkritische Überprüfung, Veränderung, Weiterentwicklung, erneute Überprüfung und so weiter – in einem Prozeß, in dem die Kriterien durch die Praxis zunehmend an Umfang und Deutlichkeit gewinnen.

Welche Kriterien aus unserer Geschichte zu gewinnen sind, haben wir zu skizzieren versucht.

Sie bleiben vorerst relativ abstrakt. Aber nicht das Fehlen von Wirklichkeitsmomenten, nicht das Fehlen klarer Vorgaben ist das Problem, sondern das Bedürfnis nach eindeutigen Gewißheiten, nach einer widerspruchsfreien Position.

Wenn wir eine wirkungsvolle konkrete Praxis entwickeln wollen, die sich nicht selbst wieder fesselt und verdinglicht, müssen wir die Angst vor Widersprüchen, die Abneigung gegen das Abstrakte überwinden.

Hier wird der Mut zur Befreiung gebraucht. Voraussetzung ist das Wissen um den grundlegenden Antagonismus. Aber lebendige revolutionäre Politik kann nur aus der praktischen Kenntnis und der Verankerung in den vielfältigen gesellschaftlichen Widersprüchen entstehen, aus der Neugier auf das Leben.

»Es gibt riesige Täuschungen der Unwissenheit, Betrug an falscher Phantasie, Weihrauch über durchschaubaren Gefühlen. Doch es gibt auch rote Geheimnisse in der Welt, ja nur rote« (Ernst Bloch, ebd., S. 409).

Für den Kommunismus

Michi Dietiker
Ali Jansen (von 1970–81 Gefangener aus der RAF)
Bernhard Rosenkötter
Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand
Butzbach/Schwalmstadt, Juli 1992

Roter Armee Fraktion

August 1992

> *»Proletarische Revolutionen ... kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich ihre Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche. Scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde saugen und sich riesenhaft ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der umbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: HIC RHODUS; HIC SALTA.«*
>
> Karl Marx

Wir haben in unserem Brief vom 10.4. gesagt, daß wir es als einen Fehler von uns sehen, daß wir in den letzten Jahren viel zu wenig von unserem Prozeß vermittelt haben. Daraufhin haben wir aus den verschiedensten Ecken knallharte Kritiken bekommen. Was wir angekündigt hätten, sei eine Nabelschau und hätte nichts mit der Beantwortung der anstehenden Fragen zu tun, die sich aus der politischen Situation ergeben. Es sei unsouverän, unpolitisches Gejammere, und außerdem würde uns wohl jeder Stolz fehlen, weil wir angekündigt hatten, daß wir auch über Fehler von uns reden werden. Davon werden wir uns nicht beirren lassen, wollen aber doch kurz darauf eingehen.

Wenn wir heute einen Schritt in unsere Geschichte machen, dann auch dafür, daß wir unsere Erfahrungen reflektieren, um sie für uns und andere nutzbar zu machen. Alles andere wäre geschichtslos. Wir haben eine Geschichte von 22 Jahren Kampf, und es geht darum, soviel wie möglich aus den gemachten Erfahrungen aus allen Kämpfen in diesem Land zu lernen, um es in die Zukunft mitnehmen zu können. Deshalb werden wir selbstverständlich auch über Fehler reden, da, wo wir welche sehen, damit sie nicht in Zukunft wiederholt werden müssen. Unsere Identität und unser Stolz besteht nicht daraus, daß wir uns für unfehlbar halten würden, und wir denken auch nicht, Fehler würden die Legitimität revolutionären Kampfes in Frage stellen. Im Gegenteil: Wir haben einiges zu sagen, von dem wir denken, daß es für zukünftige Kämpfer eine Wichtigkeit hat.

Wir wollen eine offene Diskussion unter allen, die hier um Veränderungen kämpfen. Offen heißt, über alles zu reden, was einem wichtig erscheint, wobei es nicht darum geht, an jedem Punkt eine eigene glanzvolle Position einnehmen zu müssen. GenossInnen, die so an die Diskussion rangehen wollen, sollten sich dringend von dieser kleinbürgerlichen Haltung befreien – der Kleinbürger ist selbstgefällig. Die Erfahrung, daß diese Haltung nichts Gutes mit sich bringt, ist in den sozialistischen

Staaten gemacht worden. Viele Befreiungsbewegungen mußten sich damit auseinandersetzen, und auch wir sind es leid. Es ist eine Haltung der vergangenen Epoche und sollte in die neue nicht mitgezogen werden. Es gibt hier viele, die die Texte von Befreiungsbewegungen aus dem Trikont verschlingen, wobei es den meisten völlig logisch und normal vorkommt, daß sie eine vorausgegangene Phase kritisieren und auch daraus dann die Bestimmungen für die nächste Phase ziehen. Aber wenn wir das machen, gibts gleich einen Aufschrei, das sei liquidatorisch.

Die Starrheit, an vermeintlichen Klarheiten festzuhalten, ist fast immer Ausdruck der Angst davor, sich Kritiken zu stellen, oft ist es auch der Versuch, eigene Unsicherheiten und Fragen vor anderen zu verstecken. Über Erfahrungen nicht zu reden, würde bedeuten, alle Kriterien, die wir uns in den letzten Jahren erkämpft haben und bisher nicht geschafft haben, in eine größere Auseinandersetzung hineinzutragen, über den Haufen zu werfen. Das ist nicht unsere Sache. Den Schnitt zu machen, ist für uns auch die Entscheidung für einen tiefgreifenden Diskussionsprozeß und nicht die Entscheidung dafür, uns aus den Auseinandersetzungen herauszuziehen.

Uns ist in den letzten Wochen immmer klarer geworden, daß wir viel konkreter über alles reden müssen, was wir in den letzten Jahren überlegt haben, damit alle unseren Schritt verstehen können, in einer Situation, die sich insgesamt immer mehr zuspitzt. Wir haben mitbekommen, daß es GenossInnen gibt, die das so sehen, aber unser Schritt ist nicht nur die Konsequenz aus der international veränderten Situation, sonst hätten wir ihn spätestens ’89 machen müssen. Unrealistisch ist auch die Vorstellung, unsere Bestimmung sei in den letzten Jahren einfach ein »eine Konfrontationsform halten« gewesen. Das kann keine Guerillapolitik sein. Weder subjektiv ist das möglich noch ist es politisch möglich. Guerillapolitik ist ein permanenter Prozeß von Suche nach den richtigen Antworten in der sich ständig verändernden politischen Situation und Weiterentwicklung der eigenen Kräfte.

In unserem Diskussionsprozeß seit ’89/’90 in der Gruppe ist uns immer deutlicher geworden, daß wir Starrheiten, alte Rangehensweisen und Orientierungen aufbrechen und umwälzen müssen. Wir konnten allein aus alten Bestimmungen keine Antworten auf die neue Situation finden. Wir können jetzt nur aus der Diskussion und dem Prozeß von uns reden und nicht für unsere gefangenen GenossInnen. Diesen Text begreifen wir auch als einen Beitrag für die Diskussion mit ihnen. Allerdings haben gerade sie kaum die Möglichkeit, aus ihren Bedingungen heraus an dieser Diskussion teilzunehmen. Auch dafür muß ihre Freiheit erkämpft werden.

Zu unserer Geschichte in den 80er Jahren: Niemand von uns, die heute in der RAF sind, war vor ’84 schon dabei. Das heißt, daß wir gerade über den Anfang der 80er, also z.B. die Diskussionen in der Gruppe, die zum »Frontpapier« geführt haben, nichts sagen können. Zum vollen Verständnis und zur Reflexion unserer Geschichte aus dieser Zeit – und für die gesamten 70er Jahre trifft das in noch größerem Maße zu – brauchen auch wir die Diskussion mit unseren gefangenen GenossInnen.

Für diejenigen von uns, die ’84 und in der darauf folgenden Zeit zur Guerilla gekommen sind, waren natürlich diese ersten Jahre der 80er eine Zeit, in der wichtige

Erfahrungen, Entscheidungen und Weichenstellungen im eigenen Leben gelaufen sind, aus denen dann die Entscheidung, selbst bewaffnet kämpfen zu wollen, gekommen ist. Es war die Zeit vieler Kämpfe an unterschiedlichsten Fragen: Anti-Nato-Bewegung; '81 der Hungerstreik der politischen Gefangenen, in dem Sigurd Debus ermordet worden ist; Kämpfe gegen AKWs; gegen die Startbahn West; Hausbesetzungen und natürlich die Massenmobilisierung gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen. Wir haben selbst in manchen dieser Kämpfe dringesteckt und haben dabei dieselben Erfahrungen gemacht wie alle anderen auch: Wir kommen gegen diese Macht nicht durch.

In dieser Zeit waren hier an all diesen Kämpfen und Forderungen nicht nur Hunderttausende auf der Straße, es waren insgesamt Widersprüche von Millionen Menschen, und an keiner einzigen ihrer Forderungen hat sich die Macht bewegt – logisch, daß da die Kämpfe auch immer radikaler und militanter geführt wurden. Viele haben sich in diesen Jahren entschlossen, verschiedenste militante Initiativen gegen Brennpunkte der Vernichtungspolitik zu organisieren, das heißt zu dieser Zeit, hauptsächlich die US/Nato-Militärstrategie anzugreifen. Das sollte unseren Kämpfen eine neue Schärfe und Durchsetzungskraft geben. Es sprang einen jeden Tag an, daß dieser Staat hunderttausendfachen Protest einfach ignorieren will und gleichzeitig die Menschen, die ihre Forderungen auf die Straße tragen, immer brutaler und gewaltsamer attackiert. Daß es in den Kämpfen dieser Jahre nicht viel mehr Tote (Klaus Jürgen Rattay, Olaf Ritzmann) auf unserer Seite gab und nicht noch mehr Schwerverletzte, war reiner Zufall. Die Grausamkeit und Brutalität gegen die Gefangenen im Hungerstreik '81, die Knüppel- und Gaseinsätze von Polizei und paramilitärischen Einheiten haben deutlich gemacht, daß der Staat Tote auf unserer Seite eingeplant hatte. Kohls Satz zur Stationierung der Mittelstreckenraketen: »Sie demonstrieren, wir regieren« hat die Haltung der Macht gegenüber allen, die was anderes wollten, auf den Punkt gebracht.

Diese Entwicklung hier hatte ihre Entsprechung in der internationalen Situation, also in der Auseinandersetzung zwische Befreiungsbewegungen bzw. befreiten Ländern und dem Imperialismus. Es war die Zeit des koordinierten Rollback-Versuchs, die Mittelstreckenraketen sollten die Sowjetunion in Schach halten und totrüsten; Libanon-Bombardierung; Malvinenkrieg; die Zerstörung palästinensischer Flüchtlingslager – Sabra, Shatila, Tel Zaatar; gegen die Befreiungskämpfe wie in El Salvador; Low-intensity-Kriegsführung, die den Krieg weiter verlängern und das Volk ausbluten sollte; in den befreiten Ländern im südlichen Afrika: Contra-Kriege, die jede eigenständige Entwicklung unmöglich machen sollten und die zu unzähligen Kriegs- und Hungertoten geführt haben. Wir könne die Entwicklung dieser Jahre hier nur kurz in Stichpunkten anreißen; in allem hat sich gezeigt, daß der Imperialismus seinen Jahrhunderttraum, sich die ganze Menschheit zu unterwerfen, mit aller Gewalt, selbst unter Einsatz atomarer Waffen, durchsetzen wollte. Dafür wollte er seine Pläne und Projekte hier wie weltweit gegen massenhaften Widerstand durchpeitschen, und dafür sollte jeder Widerstand niedergemacht und ausgelöscht werden.

So wurde für uns wie für viele andere immer deutlicher, daß wir hier eine organisierte Kraft aufbauen müssen, die auch militante und militärische Mittel in der Hand hat. Aus allen Erfahrungen dieser Jahre war einfach klar, daß wir zu einer neuen Qualität unseres Kampfes kommen müssen, wenn wir uns gegen diese zu allem entschlossene Macht durchsetzen wollen – die Alternative wäre gewesen, zu kapitulieren und sich dieser Macht zu unterwerfen; das kam für uns nicht in Frage. Für immer mehr Leute hat sich der Vorschlag, den die RAF '82 mit dem »Frontkonzept« in die Diskussion gebracht hatte – nämlich sich zusammen, also Guerilla, Militante, Widerstand, zu organisieren und daraus zu einer neuen Stärke zu kommen – mit den eigenen Erfahrungen und Konsequenzen daraus gedeckt. Für welche von uns hieß das '84, daß wir die Entscheidung, selbst in der Guerilla zu kämpfen, getroffen haben.

Die Überlegung, daß wir unsere Kämpfe organisiert und auch militanter führen müssen, wenn wir uns durchsetzen wollen, hatten damals sehr viele. Deutlich zeigt sich das zum Beispiel am Hungerstreik der politischen Gefangenen '84/'85. Daß damals Leute aus den verschiedensten Zusammenhängen massenhaft Brand- und Sprengstoffanschläge gemacht haben, um die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung mit durchzusetzen, war ganz konkret die Konsequenz aus den Kämpfen Anfang der 80er. Viele haben einfach gewußt, wenn die Forderung durchgesetzt werden soll, wenn verhindert werden soll, daß der Staat im Streik wieder Gefangene ermordet, dann müssen zu den vielfältigsten Initiativen von Demos bis Veranstaltungen auch Kämpfe auf höherem Konfrontationsniveau dazukommen.

Es ist immer wieder die Rede von der Gewaltspirale – für die natürlich immer die Kämpfe der linken und revolutionären Kräfte verantwortlich gemacht werden. An dem, was wir in Kurzfassung zur Entwicklung in den ersten Jahren der 80er gesagt haben, zeigt sich deutlich, daß es anders war. Guerilla zu machen, die Entscheidung, bewaffnet zu kämpfen, ist hier wie überall auf der Welt die Antwort von Menschen auf die herrschenden Verhältnisse; auf die Ignoranz der Macht gegenüber Forderungen und Kämpfen; auf das Durchziehen zerstörerischer Entwicklungen und Kriege gegen massenhaften Widerstand; auf Repression und Ausrottungsverhältnis gegenüber diesem Widerstand: Wenn du die Verhältnisse, die dich und andere nicht leben lassen, verändern willst, überlegst du dir, bewaffnet zu kämpfen, immer als letztes Mittel – nie als erstes. Du probierst vorher viel anderes aus, und du triffst die Entscheidung – weil es deine Lebensentscheidung ist – dann, wenn dir klargeworden oder besser klargemacht worden ist, daß eine bewaffnete Kraft gebraucht wird, weil ohne sie für alle kein Durchkommen ist.

Die RAF war die ganzen 22 Jahre über immer eine relativ kleine Gruppe. Wir sind in dieser Zeit durch Verhaftungen mehrmals ganz oder fast zerschlagen worden, und es gab aus den Verhältnissen in diesem Land und aus den Widerstandsprozessen dagegen immer wieder GenossInnen, die den bewaffneten Kampf für die Umwälzung dieser Verhältnisse aufgegriffen und weitergeführt haben. Auch 1984 war so ein Jahr für uns. Im Sommer wurden sieben GenossInnen verhaftet, und der Staat feierte wieder einmal öffentlich unsere endgültige Zerschlagung. Für uns war es auch

tatsächlich so, daß niemand von denen, die in den Jahren vorher die Politik der Guerilla mitentwickelt hatten, übriggeblieben war.

Wir haben '84 mit unserem Anlauf, zu einer gemeinsamen Offensive von westeuropäischen Guerillagruppen zusammen mit militantem Widerstand hier zu kommen, in mehrfacher Hinsicht unter totalem Druck gestanden. Einerseits war unsere Befürchtung die, von der gesamten imperialistischen Entwicklung überrollt zu werden, wenn wir nicht schnell zu dieser gemeinsamen Intervention kommen. Sie sollte hier in den Zentren der Macht die Kraft aufbauen, die zusammen mit den weltweiten Befreiungskämpfen verhindern sollte, daß der Imperialismus es schafft, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Auf der anderen Seite saßen uns natürlich auch unsere eigenen Erfahrungen im Genick. Wir hatten Angst davor, daß es der Staat schaffen könnte, uns einen weiteren Schlag zu versetzen, noch bevor wir endlich den ersten Schritt unserer Frontvorstellung umgesetzt hatten.

Der Gedanke »Front« ging davon aus, daß wir der rasanten Entwicklung und Eskalation, mit der der Imperialismus mit seinem Rollback-Versuch den Befreiungskampf weltweit endgültig niedermachen und austreten wollte, mit einer starken Kraft hier in seinen Machtzentren entgegentreten. Ein Durchkommen der Befreiungsbewegungen war nirgends absehbar. Statt dessen stieg die Zahl der Opfer immer weiter. Überall nahm die Zahl der Toten, Verletzten und entwurzelten Menschen zu, ohne daß ein Ende dieser Kriege in Sicht war – im Gegenteil, die Low-intensity-Kriegsstrategie, mit der der Imperialismus die Kriege gerade in dieser Phase eskalierte, sollte die Völker zermürben und von ihren Hoffnungen auf ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung abbringen, dadurch daß ihnen mit nichtendendem Krieg gedroht wurde. Unser Beitrag, die Grenze, auf die der weltweite Befreiungskampf gestoßen war, doch noch zu durchbrechen und zu verhindern, daß der Imperialismus durchkommt, war der Versuch, in seinen Machtzentren, von wo die Kriege ausgehen, seine Strategien zu blockieren. Das war der Kern unserer Bestimmung: die Front in Westeuropa aufbauen als Abschnitt und Funktion der internationalen Befreiungsfront.

Die Auswirkung der internationalen Zuspitzung und imperialistischen Strategien hier in der Metropole war, daß sich in dieser Zeit die Lebensverhältnisse für immer mehr Menschen verschärft haben. Die Zahl derer, die das Kapital für seine Profite nicht mehr brauchte, nahm ständig zu, weil einerseits die gesamte Produktion immer mehr auf Militärproduktion ausgerichtet wurde und natürlich auch in allen Bereichen so umstrukturiert wurde, daß hunderttausende Arbeitsplätze wegrationalisiert worden sind. Es war die Zeit, als die 2/3-Gesellschaft hier angefangen wurde durchzusetzen, also die Macht allen klargemacht hat, daß sie 1/3 der Leute auch hier nicht mehr braucht, daß sie überflüssig geworden sind – und daß sie sich auch so fühlen sollen. Wegen der Ausrichtung der imperialistischen Politik auf das Rollback, also auf Krieg, haben sich die reichen Staaten Westeuropas – an ihrer Spitze die BRD und Frankreich – v.a. an der High-Tech- und Rüstungsindustrie zusammengeschlossen. Daran sollte die Formierung aller westeuropäischen Staaten zu einem einheitlich politisch handelnden Block laufen, der zur gleichwertigen Macht neben den USA und Japan aufsteigen sollte.

Diese Frage haben wir in unserer ersten gemeinsamen Offensive zusammen mit unseren GenossInnen von Action Directe und militanten Gruppen hier in den Mittelpunkt gestellt, denn vom schnellen und reibungslosen Ablauf dieser Formierung hing ab, ob die westeuropäische Staatengemeinschaft ihre spezifischen Aufgaben im Krieg gegen den weltweiten Befreiungskampf erfüllen konnte. Wir haben damals unsere zentrale Aufgabe darin gesehen, uns mit allen revolutionären Kräften in Westeuropa, mit denen das möglich war, gegen diese Entwicklung zu organisieren. Für uns war das eins: auf die internationale Strategie und [auf] die Verschärfung im eigenen Land durch unsere Angriffe gegen strategische Pfeiler der imperialistischen Politik zu zielen.

Wir haben damals in dem Bewußtsein gehandelt, daß wir hier und westeuropaweit sehr wenige sind, und haben das genommen, als wärs Naturgesetz. Davon ausgehend, also von eigenen schwachen Kräften, haben wir überlegt, wie wir zu einer möglichst scharfen Wirkung kommen. In dieser Zeit der ständig weltweiten Eskalation von Krieg und Zerstörung haben wir nicht wirklich am Aufbau einer relevanten Kraft gegen diese Entwicklung überlegt, sondern vielmehr daran, wie wir die schon existierenden und mehr oder weniger isoliert und zersplittert agierenden revolutionären Kräfte zusammenfassen können.

Wir sind mit unseren ersten Schritten in der Umsetzung der Frontvorstellung schon mitten in den Strudel des historischen Umbruchs reingekommen. Und auch wenn uns das damals so noch nicht bewußt war, hat jede/r gespürt, daß es ein Rennen gegen die Zeit war. Auch daher kam unser Denken, daß, wenn wir jetzt nicht schnell handeln, es danach zu spät ist, daß es dann möglicherweise der Imperialismus schon geschafft hat, diese ganze Epoche für sich zu entscheiden.

Unsere Orientierung auf die möglichst schnelle und scharfe Wirkung unserer Initiativen hatte in vielerlei Hinsicht katastrophale Auswirkungen. Dieses Denken führt fast automatisch zur militärischen Eskalation und verstellt den Blick für politische Prozesse und Möglichkeiten. Wir haben in der Unterschiedlichkeit der Kämpfe und ihrer Vielfalt nicht Möglichkeiten und Ideenreichtum gesehen, sondern immer nur das Trennende, anstatt im vollen Bewußtsein der Unterschiede das Verbindende zu suchen, um zusammen rauszufinden, was geht. In dieser politischen Enge und Begrenzung konnte aus dem Frontgedanken keine starke politische Kraft entstehen. Unsere Wirkung kam in erster Linie aus der politischen Brisanz der Angriffsziele und der Koordinierung und Schärfe der Aktionen.

So haben wir es nicht einmal als Möglichkeit gesehen, zu den Kämpfen Anfang der 80er, aus denen wir ja selbst kamen, die Verbindung herzustellen und weiterzuentwickeln. Das, was für uns selbst die Konsequenz aus diesem Nichtdurchkommen unserer Kämpfe war, nämlich gemeinsame Organisierung und Bestimmung von Angriffslinien, hätte auch für andere eine Antwort auf ihre Erfahrungen sein können. Viele hatten sich im Laufe der Zeit zurückgezogen und resigniert, aber das hätte

nicht so bleiben müssen. Sie waren dadurch nicht zu Leuten geworden, die mit diesem System und seinen Zerstörungen einverstanden sind, sondern sie hatten resigniert, weil sie keine Antworten gefunden hatten, wie hier die Durchsetzung von Veränderungen möglich ist. Und wir hatten die Antwort, zumindest einen Anfang davon, aber wir haben damals überhaupt nicht überlegt, wie wir die Verbindung zu den Bewegungen und Menschen herstellen können, die gegen die Raketenstationierung und imperialistische Zerstörung aufgestanden waren oder in Kämpfen gegen Projekte, wie z.B. WAA Wackersdorf gesteckt haben, um mit ihnen zusammen eine Kraft gegen die ganze Zerstörung aufzubauen. Unsere Bestimmung davon, was »Front« sein sollte, war dafür viel zu eng, sie hat nur diejenigen umfaßt, die ihren Kampf als internationalistischen gegen die strategischen imperialistischen Entwicklungen bestimmt haben. Für andere Vorstellungen und Ideen gab es da keinen Platz.

Es gab in der Organisierung der Front auch GenossInnen, die ihre Geschichte und Erfahrungen in Zusammenhängen wie z.B. Anti-Nato-Bewegung mit und in dem Frontprozeß so weiterentwickeln wollten, daß wir zusammen die Verbindungen zu diesen Kämpfen suchen. Für die Gedanken und Vorstellungen dieser GenossInnen gab es bei dem engen Blick von uns und auch anderen auf die unmittelbare Wirkung unserer Initiativen gegen das System keinen Raum. Für sie stand immer auch die Frage im Mittelpunkt, wie unsere Initiativen für den Aufbau einer breiteren stärkeren Kraft bestimmt sind und wirken. Aber genau diese Fragen kamen in unseren Diskussionen viel zu kurz. Für uns ging es vielmehr um die Einschätzung der imperialistischen Entwicklung und Schritte und um die Bestimmung unserer Angriffslinien dagegen. Wenn die GenossInnen, die mit der »Front« eine andere, revolutionäre Kraft aufbauende Entwicklung einschlagen wollten, wenn sie in Diskussionen das Eskalationsprinzip – »den Krieg hier auf dem Niveau der internationalen Konterrevolution führen« – in Frage stellten, haben wir das oft als persönliche Schwäche und Unentschlossenheit abgetan. Das politische Problem, die unterschiedliche politische Sichtweise, wurde einfach negiert und ins Subjektivistische gedreht.

Einer unserer Grundgedanken dieser Jahre, nämlich daß das Niveau, auf dem die Auseinandersetzung zwischen revolutionären Kräften und Imperialismus hier in der Metropole stattfindet, aus der Schärfe der internationalen Konfrontation abgeleitet wird bzw. sich daran bestimmt, liegt quer zum Aufbau einer breiten revolutionären Kraft hier. Wir haben oft gesagt, daß solche Aktionen polarisieren, das stimmt auch, aber sie produzieren falsche Trennungen, anstatt zusammenzubringen.

Unsere Aktionen gegen verantwortliche Militärs, Wirtschaftsführer oder Verantwortliche aus dem politischen Apparat waren für viele Menschen nachvollziehbar und moralisch legitim. Sie wurden aus der Schärfe der eigenen Lebenssituation, der eigenen Unterdrückung und Entwürdigung als legitim begriffen und daraus, daß Millionen Menschen wissen, daß die Macht hier für Krieg und weltweites Elend verantwortlich ist. Anders war das mit der Air Base-Aktion – und dem GI, den wir erschossen haben, sowieso –, aber auch mit der Aktion selbst. Beides war nicht von hier aus entwickelt, hatte seine Begründung nicht in den Verhältnissen hier und wie sie

von den Menschen begriffen werden, sondern sie hatten ihre Begründung im Krieg, den der Imperialismus/die US-Armee in anderen Teilen der Welt gegen die Völker führt. Für die Weiterentwicklung des revolutionären Kampfes hier und seine Verankerung in der Gesellschaft war beides ein großer Fehler.

»Der Kopf ist rund, damit unsere Gedanken die Richtung wechseln können.«

89 standen wir vor dem schmerzhaften Ergebniss dessen, was aus dem Frontprozeß herausgekommen war. Die Verhaftungen und hohen Verurteilungen gegen legale GenossInnen aus dem Widerstand und die vielen Ermittlungsverfahren wegen »Mitgliedschaft in der RAF« gegen Legale in der ganzen BRD hatten zu einem defensiven Zurückweichen vieler GenossInnen aus dem antiimperialistischen Widerstand geführt. Gleichzeitig waren viele Zusammenhänge in die Brüche gegangen. Viele, die den Frontprozeß als ihre Sache gesehen hatten, waren resigniert oder zumindest frustriert. Die Grundgedanken des Mai-Papiers von ’82 – zu einer gemeinsamen Front von Guerilla und Widerstand zu kommen – waren ein Schritt in die richtige Richtung, aber wir haben es nicht geschafft, eine produktive Verbindung zwischen dem Kampf der Guerilla und den Kämpfen der GenossInnen, die aus anderen Lebenszusammenhängen eine andere Praxis entwickeln, herzustellen und den revolutionären Prozeß zusammen zu stärken und weiterzubringen.

Im Kapitalismus ist Hierarchie Teil der Gesellschaftstruktur, in die jede/r von klein auf gezwängt wird. Wir haben diese Struktur in unseren Zusammenhängen nicht aufgelöst. Durch die starke Orientierung auf Angriff, die fast ausschließliche Orientierung gegen die Projekte und Strategien des Imperialismus haben wir diese hierarchischen Strukturen weitergezogen und mit anderen Inhalten reproduziert. Es waren falsche Wertvorstellungen, die zwischen uns und den GenossInnen und dann wieder zwischen ihnen und anderen in den legalen Zusammenhängen standen. Guerilla war in dieser Struktur nicht einfach eine besondere Entscheidung zu kämpfen, sondern sie war das Absolute. Den bewaffneten Kampf hier zu führen, die Illegalität aufzubauen, war nicht begriffen als ein Teil im Gesamten, sondern für viele war es das, was den höchsten Wert hatte. Viele haben sich daran gemessen und sind daran zerbrochen. Heute sehen wir diese Entwicklung als eine, die ihre Logik in der Konzentration auf Angriff gegen die Macht hatte und dadurch möglich wurde. In dieser Konzentration wurden die bewaffneten Mittel schnell als die besten oder die wichtigsten begriffen. Diese Art der wertenden Einordnung an sich steht der revolutionären Entwicklung entgegen.

Wir hatten in dieser Zeit eine falsche Orientierung und haben sie auch an andere weitergegeben. Sicher ist der Angriff auf die strategischen Projekte der Herrschenden ein wichtiger Bestandteil der Guerillapolitik. Aber es ist ein verengter Blick, sich ausschließlich darauf zu orientieren. Denn so beantwortet es nicht die Frage nach der Entwicklung eines politischen Prozesses. Die Verständigung darüber, warum, ob und welche Schritte der Herrschenden angegriffen werden müssen, ersetzt nicht die Diskussion über eigene Ziele, welche Kräfte und Kämpfe uns nah sind, wo wir Verbi-

dungen suchen usw. – Verbindungen, die sich nicht allein darüber herstellen, daß andere anfangen, sich an uns zu orientieren.

Wir sehen es heute als einen Fehler von uns, daß wir die Bestimmungen unserer GenossInnen bis '84 einfach in groben Zügen übernommen und nicht hinterfragt haben, was an den alten Bestimmungen des »Frontpapiers« noch richtig ist bzw. was wir verändern oder neu entwickeln müssen. Das haben wir allein in bezug auf die Angriffsrichtung getan: Es wurde damals immer deutlicher, daß Westeuropa mit der BRD an der Spitze zur Weltmacht aufsteigen wird.

Aus Nicaragua und El Salvador kam beispielsweise einiges Neues aus ihren Erfahrungen über die mögliche Funktion des bewaffneten Kampfes in die Diskussion. Die Sandinisten hatten festgestellt, daß die Wirklichkeit eine andere war als sie das vorher immer gedacht hatten. Ihr Befreiungskampf ist nicht so verlaufen, wie es in ihrer Theorie ausgesehen hatte: Nicht das Volk hatte die Guerilla unterstützt, sondern die bewaffneten Kräfte das Volk. Gerade in der letzten Phase kamen die Orientierungen zunehmend aus den Kämpfen des Volkes. Aus El Salvador kam die Erfahrung der Doppelmacht in die Diskussion: Die FMLN hatte als einen wichtigen Bestandteil des Kampfes erkannt, daß in den verschiedensten Bereichen auch die Organisation des Alltags damals schon schrittweise von unten in die Hand genommen werden mußte.

Wir haben diese Erfahrungen zwar aufgenommen, aber nicht daran überlegt, was das für hier bedeuten könnte, sondern es dabei belassen, daß in diesen Ländern die Situation eine vollkommene andere ist. Diese Entwicklungen – wie dann auch '87 die Intifada in Palästina – waren der Beginn eines neuen Prozesses, in dem in vielen Ländern auf der ganzen Welt zu den bewaffneten Befreiungskämpfen eine Organisierung von unten dazugekommen ist. »Das Problem lautet, ob die Guerilla in der Lage sein wird, eine reale Machtalternative zu formen, ob sie sich in eine Option für die Volksbewegung verwandeln wird; nicht als ein Fremdkörper, dem die Volksbwegung zu folgen hat, sondern als ein Projekt, wo die Basis, das Rückgrat, das eigentliche Zentrum der Macht ist« (ein Zitat von GenossInen von der UCELN, Kolumbien).

Diese Neubestimmungen waren auch eine Konsequenz aus dem sich verändernden internationalen Kräfteverhältnis, wodurch absehbar wurde, daß die Befreiung nur in einem viel länger andauernden Kampf erreicht werden kann. Das haben wir damals nicht klar genug realisiert und nur auf die Eskalation gegen das imperialistische Rollback gesetzt.

Eine Folge, die unsere gesamte damalige Rangehensweise hatte, war für uns die Austrocknung der politischen Auseinandersetzung mit vielen GenossInnen. Viele, mit denen wir damals zu tun hatten, haben sich aus der Hierarchie, die aus diesen politischen Vorstellungen logisch war, uns gegenüber nie kritisch verhalten oder ihre Widersprüche, Vorstellungen und Gedanken nicht durchgesetzt. Für viele waren wir die Autorität, deren Bestimmung sie hinterherkommen müssen, so daß sie keine eigenen Gedanken mehr entwickelt haben. Wir selbst waren nicht offen für Kritik, und wir hatten keine positive Vorstellung von der Vielfalt der Gedanken für die Entwicklung auf unsere Seite. So war für uns die Chance verbaut, aus einem lebendigen Prozeß und Austausch mit anderen für unsere weitere Bestimmung zu lernen.

Bei allem, was wir heute zu Selbstkritik sagen, darf niemand den äußeren Rahmen vergessen, in dem wir diese Fehler gemacht haben. Die weltweiten Counter-Kriege, die Contras in Nicaragua, Angola, Moçambique; die Hochrüstung der Nato; die militärischen Schläge gegen Libyen, Grenada; die sich rasant verschärfende Verelendung im Trikont – das war die Realität, aus der raus wir gehandelt haben. Im Innern war es die maßlos hochgepuschte Repression des Staates, die jeden Gedanken an eine starke handlungsfähige revolutionäre Entwicklung im Innern auslöschen sollte – sie haben damals die Hürde, also die Angst davor, mit uns zu diskutieren und gemeinsam etwas zu entwickeln, für die Leute total hochgeschraubt. '85/'86 – das war auch ein Höhepunkt der völlig aufgepuschten Kill-Fahndung gegen einzelne von uns, eine Zeit, in der die Fernsehfahndung Alltag war. Die Repression nach der Offensive '86 war ihre Antwort auf die Anfänge einer gemeinsam handelnden Front, die aus ihrer engen Bestimmung heraus dann nicht mehr in der Lage war, den Prozeß für unsere Seite weiterzuentwickeln.

Wir sind damals in diese Falle gegangen: uns den politischen Prozeß aus de Händen gleiten zu lassen. Wir haben uns die Frage nach Verankerung nicht gestellt. Unsere Reaktion war der Versuch einer weiteren Zuspitzung der Auseinandersetzung von unserer Seite aus. Daraus haben wir die falschen Impulse in die Diskussion im revolutionären Widerstand gebracht. Nach der Offensive '86 haben wir uns darauf orientiert, daß die einzig angemessene Antwort auf die Repression die Organisierung der Illegalität sein kann. Die Frage, wie dem Staat eine politische Grenze gesetzt werden kann, stand in unseren Auseinandersetzungen nicht im Zentrum. So haben wir zu dem Prozeß beigetragen, in dem sich immer mehr GenossInnen defensiv aus den offenen Zusammenhängen und Auseinandersetzungen herausgezogen haben, auch wenn sie dabei keine Perspektive für sich gesehen haben und sich die Illegalität gar nicht vorstellen konnten. In manchen Städten ging das so weit, daß nicht einmal mehr die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen offen vertreten wurde. Es wurde lange Zeit nicht mehr darum gekämpft, den Raum für die offene Auseinandersetzung durchzusetzen. Es gab dann in dieser Zeit aus unseren politischen Zusammenhängen allenfalls illegale Flugblätter oder Zeitungen, die dann natürlich wiederum nur Eingeweihte erreichen konnten.

Das alles war der Hintergrund, auf dem der Staatsschutz die Chance gesehen hat, die Schraube noch enger zu drehen, und es z.B. zu Urteilen mit mehrjährigen Knaststrafen gegen GenossInnen gekommen ist, die eine Veranstaltung zur Zusammenlegung der Gefangenen gemacht hatten.

Neben dieser Entwicklung bei uns und denen, die im politischen Zusammenhang mit uns waren, gab es auch in anderen Kämpfen Zuspitzungen, wie z.B. an der Startbahn West in Frankfurt, die dann mit den Schüssen auf die Bullen im November '87 ihren Höhepunkt hatten. Gleichzeitig gab es mit dem Kampf für die Durchsetzung der Hafenstraße eine völlig neue Erfahrung. Es war ein anderer Prozeß als unserer.

Es war eine Erfahrung, die uns immer mehr ins Bewußtsein gedrungen ist. Es hat bei uns viele Diskussionen ausgelöst und uns ins Nachdenken gebracht, wie die Leute es dort geschafft hatten, einen entschlossenen Kampf für ihr Ziel, ihre Lebensperspektive zu führen und mit der gleichen Entschlossenheit, mit der sie dem Staatsapparat gegenüberstanden, auch um die Verbindung mit Tausenden unterschiedlichen Menschen in der Stadt und darüber hinaus gekämpft haben. Es war nicht diese alte Art von Bündnispolitik, in der alles nach dem Prinzip funktioniert, welche Position kann sich durchsetzen, sondern im Zentrum der Diskussion über das gemeinsame Vorgehen stand, sich gegenseitig zu vermitteln und zu verstehen, ausgehend von den unterschiedlichen Geschichten und Vorstellungen der Leute. Sie haben diesen Prozeß bis zu ihrer Durchsetzung mit großer Offenheit anderen gegenüber gemacht. Mit dieser Stärke haben sie sich gegen die Politik der »harten Haltung« des Staates durchgesetzt. Das war nach '77, wo der Staat mit der Ermordung von Gudrun, Andreas und Jan eine absolute Grenze dagegen, daß Widerstand hier durchkommen kann, setzen wollte, das erste Mal, daß es wieder die Erfahrung gab, daß ein Kampf sich gegen den Staat durchsetzen konnte.

Es wurde am Hafen auch für andere Menschen wieder erfahrbar, daß es möglich ist, ein anderes Leben zu entwickeln. Ein Leben, das sich nicht den Prinzipien des kapitalistischen Alltags unterwirft. Weil die Leute dort in ihren Zielen identifizierbar waren, hat ihr Kampf eine große Anziehungskraft für sehr viele Menschen entwickeln können. Aus der Hafenstraße sind damals auch viele internationalistische Initiativen gekommen, die weit über sie selbst raus Diskussionen ausgelöst haben, wie z.B. die Palästinaparole an der Hauswand oder die Unterstützung der von Abschiebung bedrohten Roma in den Häusern. Diese Initiativen zeigen, wie eng internationale Solidarität mit dem eigenen Aufbruch von Menschen hier verknüpft ist und von da aus Stärke entwickeln kann. (Wir sagen das hier auch gegen Aussagen wie die von Georg Fülberth in der August-»konkret«, der behauptet, daß Kämpfe aus den Lebensbedingungen und für soziale Veränderungen hier keine Verbindung zur globalen Situation hätten und von den Herrschenden oftmals erwünscht seien.)

Tatsache war damals jedenfalls, daß durch den Kampf der Hafenstraße die defensive Haltung nach den Schlägen des Staatsschutzes gegen den Frontprozeß und andere revolutionäre Zusammenhänge wieder aufgebrochen ist. Es war ein starker Impuls, der von dort in unsere Diskussion reingekommen ist. Das ist auch einer der Gründe, weshalb wir uns in den letzten Jahren mehrmals auf die Hafenstraße bezogen haben.

Natürlich haben wir mitbekommen, daß heute viel dort ratlos sind – wie viele andere auch. Aber wir finden wichtig, in den Diskussionen darum, wie die nächsten Phasen des Kampfes aussehen sollen, auch das, was an ihren Erfahrungen wichtig war, festzuhalten. Und ihr in der Hafenstraße, was ist eigentlich los bei euch? Wir haben gehört, daß ihr euch kaum noch in Auseinandersetzungen einbringt. Wir können uns schwer vorstellen, daß ihr aus euren Erfahrungen nichts ziehen könnt gegen die Resignation und Ohnmacht, die sich überall breitgemacht hat. Wieso könnt ihr da

scheinbar an nichts anknüpfen und euch auf den Weg und die Suche machen?

Der »Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße« hat mit seinem Aufruf zur Zusammenlegung unserer gefangenen GenossInnen einen großen Schritt dazu getan, daß die Kriminalisierung der Forderung zurückgedrängt worden ist und es wieder Raum für die Diskussion darüber gab. Der Aufruf hat die große Mobilisierung zum Hungerstreik '89 ermöglicht. Es war wichtig, daß es Menschen gab, die in ihren Gedanken nicht die Reaktion des Staatsschutzes vorweggenommen haben, sondern von sich, ihrer Erfahrung und ihren Zielen ausgegangen sind.

Ein weiterer Impuls, der für unsere Diskussion hier wichtig war, kam von unseren gefangenen GenossInnen. Sie haben in und um den Streik '89, in ihrer Hungerstreikerklärung, aber auch in Briefen aus dieser Zeit, sehr deutlich gemacht, daß es ihnen darum geht, eine Diskussion über neue Orientierungen für den revolutionären Kampf anzufangen. Sie wollten neue Verbindungen herstellen und die Diskussionen mit all den Menschen suchen, die aus den Widerstandsprozessen der Jahre davor gekommen waren oder überhaupt in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen für Veränderungen kämpften. Die Gefangenen haben eine große Offenheit vermittelt, auch über vergangene Fehler zu diskutieren. Damit haben sie ein altes Verhältnis aufgebrochen, in dem wir lange gefangen waren, nämlich Kritik an uns schnell als gegen uns gerichtet zu begreifen und deshalb abzulehnen. Dieses alte Verhältnis war auch aus der jahrelangen Erfahrung entstanden, mit einem auf allen Ebenen agierenden Counter-Apparat konfrontiert zu sein, der es geschafft hat, die Hetze und psychologische Kriegsführung gegen uns und andere revolutionäre Zusammenhänge bis in sogenannte linke Medien wie z.B. die »taz« hineinzupflanzen.

Bei uns hat sich daraus über lange Zeit ein völlig verengter Blick auf Kritik festgefressen. Ein Blick, von dem aus wir gar nicht darauf gesehen haben, von wem Kritik kommt und wofür, und was daran richtig sein könnte. Dadurch, daß die Gefangenen mit einem viel weiteren Blick und einem Bezug auf neue Entwicklungen im Widerstand und in der Gesellschaft insgesamt ihren Kampf bestimmt haben, haben sie auch uns darin bestärkt, auf die Suche zu gehen und etwas zu entwickeln.

Für uns war die Situation '89 so, daß viele Fragen auf dem Tisch lagen. Wir waren mit der Frontentwicklung an eine Grenze gekommen. Gleichzeitig hatten sich um uns herum neue Kampfprozesse entwickelt, und außerdem hatte sich ja auch die gesamte internationale Situation völlig verändert. Anfangs waren unsere Gedanken in bezug auf neue Entwicklungen und Bestimmungen noch eher zaghaft. Es war damals der Anfang eines Prozesses, in dem wir uns immer mehr von alten Vorstellungen getrennt – oder wir können auch sagen: befreit – haben. Das bezieht sich z.B. auf die Vorstellung, die sich in den Jahren vorher immer stärker durch unsere Diskussionen gezogen hatte, nämlich daß sich die Stärke einer revolutionären Bewegung in erster Linie an der Eskalationsfähigkeit ihrer Angriffe gegen das imperialistische System zeigt.

89/90 war für uns die Zeit, in der wir anfingen, die letzten Jahre unserer Geschichte zu hinterfragen und alte Rangehensweisen und Begriffe aus den Diskussio-

nen des Frontprozesses daraufhin zu überprüfen, ob wir sie noch richtig finden. Während wir vorher davon ausgegangen waren, daß Guerillapolitik die gesamten Widersprüche zusammenfassen und zum Angriff bringen muß, setzten wir uns damals damit auseinander, wie wir direkter mit der Verschärfung der Lebensbedingungen umgehen, wie wir unsere Kraft dafür einsetzen können, daß Veränderungen in den Kämpfen schon heute durchgesetzt werden können, denn weder die Menschen im Trikont noch die hier können darauf bis zur Weltrevolution warten.

Im Mai-Papier '82 hatten die GenossInnen gesagt: »... unsere Strategie ist einfach die Strategie gegen ihre Strategie ...« Unsere Umsetzung davon waren Aktionen, die gegen die imperialistischen Pläne und ihre Vernichtungsqualität gegen die Menschen bestimmt waren und orientiert haben.

89/90 haben wir nach und nach eine andere Vorstellung davon, was die Strategie der Guerilla sein muß, entwickelt. In der Erklärung zur Aktion gegen Herrhausen im November '89 hatten wir gesagt: »Wir alle, die gesamte revolutionäre Bewegung in Westeuropa, stehen vor einem neuen Abschnitt. Die völlig veränderte internationale Situation und die ganzen neuen Entwicklungen hier erfordern, daß der gesamte revolutionäre Prozeß neu bestimmt und auf neuer Grundlage weiterentwickelt werden muß ... Neuer Abschnitt, das heißt für hier vor allem auch die Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung.«

Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung hieß für uns, neue Verbindungen zu den verschiedensten Menschen zu suchen, die an den tausend unterschiedlichen Bereichen und Forderungen für Veränderungen kämpfen. Es ging uns dabei um einen Prozeß, in dem sich die Guerilla eine Funktion für die gesellschaftliche Veränderung von unten aneignet. Wir haben es mal auf den Begriff »Guerilla als Waffe der sozialen Bewegung« gebracht.

Dieser Gedanke ist nach wie vor richtig, denn ohne gesellschaftlichen Sinn hat der bewaffnete Kampf keine Entwicklungsmöglichkeit mehr. Das war für uns keine taktische Frage, sondern die Gewißheit, daß revolutionäre Politik überhaupt nur auf einer neu geschaffenen Grundlage weiterentwickelt werden kann.

Spätestens ab '88 wurde die bis dahin entwickelte Politik von einem immer kleiner werdenden Kreis von entschlossenen GenossInnen getragen und hat keinen weiteren Politisierungs- und Organisierungsprozeß mehr in Gang gesetzt. Wir konnten den Herrschenden zwar immer wieder Schläge versetzen, aber so kommen wir unseren Zielen nicht näher. Es ging uns darum, aus dieser Stagnation herauszubrechen. '89 war klar: Wir müssen das Neue suchen. Damals war es deutlich, welche Kraft Kämpfe dann entwickeln können, wenn es um konkrete und greifbare Ziele geht, in denen sich viele Menschen wiedererkennen können. Das waren in verschiedenen Städten die Kämpfe um selbstbestimmte Räume (nicht nur als Gebäude gemeint), und es war der Kampf der Gefangenen für ihr Leben gegen die Vernichtung.

Wir haben schon damals gesagt, daß es nicht die Schwäche der Mobilisierung im Hungerstreik '89 war, daß die Zusammenlegung nicht durchgesetzt werden konnte. Die rasanten Umbrüche '89, mit dem Zusammenbruch der DDR und dem bevorstehenden Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems, hatten die Macht des BRD-Staates auf eine neue Stufe gebracht. Vor diesem Hintergrund haben sich die Herrschenden entschieden, auf die harte Haltung zu setzen. Gerade der deutsche Staat und das deutsche Kapital witterten uneingeschränkte Macht. Gegen diesen Machtrausch konnte sich die stärkste Mobilisierung, die es je im gemeinsamen Kampf mit unseren gefangenen GenossInnen gegeben hatte, nicht durchsetzen.

Hätten die Gefangenen den Streik '89 nicht abgebrochen, als der Staat auf die harte Haltung und tote Gefangene gesetzt hatte, dann wäre es hier draußen zu einer weiteren Eskalation gekommen. Das war damals die Stimmung bei vielen GenossInnen, und auch wir hätten das beantwortet. Aber die Gefangenen haben es damals anders bestimmt: weg von der Eskalation, weil sie sinnlos gewesen wäre. Sie haben trotzdem an ihrem Ziel festgehalten, aber auch darauf beharrt, daß es um ihr Leben geht und das im Zentrum steht. Mit dem Abbruch des Streiks haben sie großes Vertrauen den Menschen gegenüber vermittelt, die Teil in der Mobilisierung gewesen sind, und darein, daß viele dieses Ziel, daß die Gefangenen Teil in den Diskussionen draußen werden können, aber auch für das Leben der Gefangenen und gegen die Vernichtung zu kämpfen, nicht mehr loslassen werden. Als die eigentliche Schwäche sehen wir es an, daß viele in der Resignation vor der Macht den Kampf um die Forderung losgelassen haben.

»Wir können uns den Prozeß der Umwälzung der gesamten Verhältnisse nur vorstellen als einen Prozeß, in dem wir in der Durchsetzung konkreter Forderungen und Ziele Gegenmacht aufbauen. Eine Gegenmacht, die zusammen mit den Kämpfen der Völker im Trikont die notwendigen Veränderungen gegen das imperialistische System durchsetzen kann und in einem langandauernden Kampf die Befreiung der Menschen erkämpft« (aus der Rohwedder-Erklärung).

Worum es uns ging, war nicht, eine Angriffslinie festzulegen, die sich aus ihrer strategischen Bedeutung für die Herrschenden ergibt, und auf dieser Linie dann zu intervenieren. Unsere Orientierung war es, diesen Prozeß vom Aufbau einer Gegenmacht von unten mit anderen zusammen zu entwickeln.

Wir sind natürlich nach '89 und nach dem Hungerstreik davon ausgegangen, daß die geballte Macht des BRD-Staates damit fortfahren wird, mit allen Mitteln jede eigenständige Entwicklung von unten austreten zu wollen. Deshalb haben wir es als die Aufgabe der Guerilla gesehen, unser Gewicht dort in die Waagschale zu werfen, wo es um die Durchsetzung von menschlich sinnvollen Entwicklungen geht, die den Herrschenden immer abgerungen werden müssen. Eine Wirkung, auf die wir mit unseren Angriffen ab '89 aus waren, war, dieses uneingeschränkte Machtbewußtsein der Herrschenden und das Ohnmachtsbewußtsein vieler auf unserer Seite zu durchbrechen und so politischen Raum für die Kämpfe aufzumachen.

Ein in unseren Diskussionen weiterentwickelter Gedanke in diese Richtung war unsere Drohung nach der Räumung der Mainzer Straße in Berlin. Nach dieser Räumung haben wir überlegt, daß es richtig wäre, auf so eine Räumung direkt zu ant-

worten. Das hätte zwar den Leuten dort nichts mehr genutzt, aber eine Aktion von uns als Antwort hätte Konsequenzen für andere Kämpfe gehabt. Daß wir genau mit einer solchen Antwort bei der Rohwedder-Erklärung gedroht haben, hatte die Funktion, daß der Staat uns bei seiner Kosten/Nutzen-Abwägung für z.B. die Räumung der Hafenstraße (denn die stand damals auch wieder auf der Tagesordnung) mit auf die Rechnung setzen sollte. »Uns auf die Rechnung setzen« hieß, daß der Staat wissen sollte, daß er mit dieser Räumung den Prozeß vom Zusammenwirken und Zusammenkommen von Kämpfen für selbstbestimmte Lebensräume und der Guerilla direkt in Gang setzen würde. Darin steckt für sie wie für uns große politische Brisanz, und es war klar, daß das bei ihrer Entscheidung Gewicht hat. Ob und welche Dynamik das auslösen würde, ob wir zusammen daran was weiterentwickeln oder nicht, das können weder der Staat noch wir vorhersagen, aber die Gefahr oder die Möglichkeit (je nach Sichtweise) besteht. Wir hatten uns natürlich mit dieser Drohung erhofft, daß daran die Diskussion mit vielen Leuten losgehen würde – aber da hatten wir uns wieder mal getäuscht.

Wir haben uns den Prozeß vom Aufbau einer Gegenmacht von unten nicht als kurzfristigen vorgestellt und wollten eine Diskussion anfangen, die viel mehr Menschen umfassen sollte als die, mit denen wir bisher zu tun hatten. Es sollte eine neue Diskussionsstruktur entstehen, die in verschiedensten politischen Zusammenhängen ihre Basis hat. Wir wollten alle Verbindungen, die wir aus der alten Phase noch zu GenossInnen hatten, auf eine neue Grundlage stellen, und uns ging es darum, dieses alles abtötende Verhältnis von Hierarchie und alten Starrheiten abzuschaffen.

Die neuen Verbindungen sollten so sein, daß die, mit denen wir zu tun haben, ihre eigenen Initiativen entwickeln und das der Ausgangspunkt für gemeinsame Diskussion und Praxis wird. Für uns selbst war vieles Neuland, was wir uns da vorgenommen hatten und herausfinden wollten. Es war die ganzen Jahre hindurch ein ständiger Diskussionsprozeß unter uns, in dem wir immer wieder auf Neues gekommen sind, das zum Teil wieder umgeworfen werden mußte, um es weiterzuentwickeln. Das alles bezog sich auf die Einschätzung unserer Praxis in der Zeit vorher, auf die Situation hier und international, und darauf, welche Funktion die Guerilla im Umwälzungsprozeß haben kann.

Wir wollen jetzt deutlich machen, warum wir sagen, daß wir heute an eine Grenze gestoßen sind. Dazu sagen wir noch mal was zu unseren letzten Aktionen, wobei uns bewußt ist, daß es nicht das Problem war, daß wir mit ihnen emotional von vielen Menschen entfernt gewesen wären. Typen wie Herrhausen und Rohwedder sind von vielen Menschen als Verantwortliche für das Elend hier und Millionen Tote weltweit identifiziert. Viele haben sich über diese Aktionen gefreut.

Wir sind ’89 davon ausgegangen, daß sich Großdeutschland zur Weltmacht aufschwingen wird. Und natürlich davon, daß die Umbrüche im internationalen Kräfteverhältnis die Ausgangsbedingungen für die revolutionären Bewegungen weltweit verändern und verschärfen. Vor diesem Hintergrund war es für uns um so dringender, hier zu einer neuen Einheit der Kämpfe zu kommen, um zusammen neue Orientierungen herauszufinden.

Aber das war nur die eine Seite. Gleichzeitig sind wir von neuen Entwicklungen im Widerstand ausgegangen, die wir positiv fanden. Auch wenn wir mit dem Frontprozeß an eine Grenze gestoßen waren, hatte es neue Erfahrungen und große Mobilisierungen gegeben. Um nur mal einige zu nennen: ’86 Wackersdorf, ’87 die Durchsetzung der Hafenstraße und ’88 die von vielen Menschen getragene Mobilisierung gegen die Politik des IWF und ’89 zum Hungerstreik. Aus unseren Erfahrungen und aus diesen Kämpfen gab es reichlich Stoff, Neues zu entwickeln.

Wir sind davon ausgegangen, daß es möglich wäre, daß wir – also alle, die auf eine revolutionäre Entwicklung aus sind – uns die wichtige Anstöße, die aus diesen Kämpfen gekommen sind, aneignen und so die gemachten Erfahrungen weiterentwickeln können. In der Diskussion um die IWF-Tagung ’88 in Berlin ging es schon darum, über die Parole »IWF zerschlagen!« hinauszukommen. Hin zu einem Kampf um konkrete Forderungen wie Schuldenstreichung oder die gerechte Verteilung der Ressourcen, die gegen das Machtgefüge des internationalen Kapitals durchgesetzt werden müssen, um den ausgepreßten Völkern Luft für die eigene Entwicklung zu schaffen. Das sind nur Beispiele und eine Richtung, woran eine Diskussion hätte weitergehen können, um Ziele bestimmen zu können. An den Erfahrungen aus dem Kampf um die Hafenstraße und aus dem Hungerstreik fanden wir zentral, daß es im »Zusammen Kämpfen« um ein ganz anderes Rangehen gehen muß und kann als es vorher lange gelaufen ist. Nämlich wegzukommen davon, in erster Linie darauf zu gucken, wer benutzt die gleichen Begriffe. Wer redet auch von Revolution und Umwälzung. Wer ist für und wer ist gegen revolutionäre Politik. Und dahin zu kommen, zu sehen, wo wir uns in konkreten Zielen mit Menschen verständigen können und dabei von der Vielfalt der Erfahrungen und der Unterschiedlichkeit der Menschen auszugehen.

Diese Kämpfe haben uns gezeigt, daß Begriffe wie »revolutionär«, »reformistisch«, »Teilbereichsbewegungen« usw. überprüft werden müssen, die alle für eine bestimmte Einordnung von Initiativen und Gedanken standen, das Verhältnis untereinander bestimmten und Trennungen produzierten. Unterschiedlichkeit und Vielfalt können zu einer Stärke einer Bewegung werden, wenn niemand versucht, sie zu unterdrücken oder glattzuschleifen. In einem Prozeß, in dem alle von unterschiedlichen Erfahrungen ausgehen, sich aber alle für ein Ziel zusammenfinden, kann ein Reichtum an verschiedenen Initiativen und ein lebendiger Austausch entstehen – voneinander lernen. Wir denken, daß es ein wichtiges Kriterium für einen neuen Aufbruch hier sein wird, sich diese Erfahrungen anzueignen und in neuen Kämpfen umzusetzen. Außerdem haben diese Kämpfe im gesellschaftlichen Bewußtsein was verändert: Für weite Teile der Gesellschaft haben sie die Legitimität von entschlossenem Kampf in der Metropole für sofortige Veränderung auf den Tisch gebracht.

Trotz der weltweit verschärften Ausgangsbedingungen, und obwohl wir vor einem Berg dessen standen, was wir aus der Vergangenheit an uns selbst verändern

bzw. für uns neu herausfinden wollten, sind wir reichlich zuversichtlich in die kommende Phase reingegangen. Wir haben sie als eine Übergangsphase gesehen, aus der sich eine revolutionäre Bewegung bzw., wie wir später gesagt haben, eine Gegenmacht von unten entwickeln würde.

Für uns haben wir als entscheidend angesehen, in der Zukunft vollkommen klar rüberzubringen, daß wir auf einen gemeinsamen Kampf und eine Diskussion aus sind, in denen alle unterschiedlichen und verschiedensten Initiativen ihre Wichtigkeit haben. Wir wollten, daß wir als Guerilla darin von Anfang an als ein Teil begriffen werden, unsere Praxis als eine Möglichkeit, die zur Entwicklung einer Gegenmacht beiträgt und darin ihren Sinn hat. Wir wollten von Anfang an nicht mehr diese Diskussion, was nun wichtiger sei, bewaffneter Kampf oder politische Organisierung, und wir wollen, daß sich eine gemeinsame Organisierung aus dem Bewußtsein darüber entwickelt, daß wir uns gegenseitig brauchen; eine Organisierung von gemeinsamer Diskussion und Kämpfen – von uns in der Illegalität organisierten bis hin zu Kämpfen in den Stadtteilen – und eine Entwicklung dahin, mehr und mehr zu einer gemeinsamen Bestimmung von Schritten zu kommen.

Wir haben die Resignation und die Ohnmachtsgefühle, die ’89 große Teile derer erfaßt hatten, die an den Kampfprozessen vorher beteiligt waren, und die zu einem rasanten Zerfallsprozeß von Widerstandsstrukturen bzw. zu einer großen Ratlosigkeit bei vielen geführt haben, vollkommen unterschätzt. Natürlich hatten wir gesehen, daß viele von der geballten Macht, die ja absolut real war, aber auch von dem Getrommel über den »Endsieg des kapitalistischen Systems« niedergedrückt waren. Deshalb war für uns die ganze Zeit hindurch ein Aspekt und eine Hoffnung, wir könnten mit unseren Angriffen die sich ausbreitende Ohnmacht durchbrechen. Wir wollten damit auch sagen: Es geht, ihre Macht ist angreifbar; und daß es an uns liegt, sie zurückzukämpfen und dahin zu kommen, unsere eigenen Vorstellungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Schon beim Angriff auf Neusel sind wir darauf gestoßen, daß unsere Initiativen allein diese Ohnmacht nicht durchbrechen können: Wir hatten es damals als eine sehr unmittelbare Sache begriffen, die harte Haltung und das weitere Zurückdrehen der Entwicklung zurückzuschlagen, die von den Staatsapparaten auf westeuropäischer Ebene durchgesetzt werden sollte. Es war für uns eine bewußte Entscheidung und ein neuer Schritt, in einen Kampf einzugreifen, in dem es um die Durchsetzung einer konkreten Forderung ging (wir haben mit dem Angriff auf Neusel die Gefangenen aus Grapo/PCE(r) in Spanien in ihrem Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung unterstützt).

Wir sagen: ein neuer Schritt – denn in den Jahren nach ’77 ging es in unseren Aktionen nie um die Durchsetzung von konkreten Forderungen, sondern sie sollten sowohl eine politische Grenzen gegen die imperialistische Politik setzen als auch auf Organisierung entlang der jeweiligen strategischen Linien orientieren. Wir hatten bei diesem Angriff natürlich nicht die Illusion, daß er alle Fragen, die auf dem Tisch lagen, beantworten könnte. Allerdings hatten wir die Einschätzung, daß wir in der

zugespitzten Situation, nach dem Mord an Jose Sevillano, noch mal Raum für neue Initiativen aufmachen könnten, nachdem alles, was hier im Land dazu gelaufen war, völlig unterdrückt worden ist.

Mit dem Angriff auf Neusel als einem Verantwortlichen für die Widerstandsbekämpfung haben wir auf den Apparat gezielt, von dem die Richtlinien zur Zerschlagung von Widerstandsentwicklungen und revolutionären Bewegungen in Westeuropa ausgehen. Ihr Ziel war, im Zuge des Zusammenbruchs des sozialistischen Staatensystems nun auch in Westeuropa mit jeglichem Widerstand Schluß zu machen. Wir hatten deshalb in der Erklärung gesagt, der Kampf der spanischen Gefangenen für ihre Wiederzusammenlegung ist ein Brennpunkt in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Befreiung. Tatsache war dann, daß daran nicht viel aufgegriffen wurde, und das vorherrschende Gefühl von vielen war: Wenn wir hier im Hungerstreik ’89 nicht durchgekommen sind, wie sollen wir von hier aus mit den spanischen GenossInnen zum Durchbruch kommen.

Andere wiederum wollten uns erklären, warum der Kampf um die Wiederzusammenlegung nicht ihr Hauptpunkt gewesen ist. Nur hatten wir gar nicht die Vorstellung, daß jetzt alle ihre kontinuierlichen Auseinandersetzungen und Kämpfe, wo sie jeweils dran waren, lassen sollten, um sich auf den Kampf der spanischen Gefangenen zu konzentrieren. Mit Brennpunkt hatten wir gemeint, daß es eine Bedeutung für alle hat – egal wo sie dran sind –, ob wir die Macht an diesem Punkt zurückdrängen können oder nicht. Deshalb wäre es darum gegangen, sich diesen Zusammenhang bewußt zu machen und daraus Initiativen zu entwickeln – aus der eigenen Praxis und speziellen Situation heraus.

Aus dieser Erfahrung haben wir den Schluß gezogen, daß der Prozeß, wie wir im Kampf für die Durchsetzung konkreter Ziele direkt mit anderen zusammenkommen können, eine viel genauere gemeinsame Einschätzung der Situation und überhaupt einen verbindlichen Zusammenhang mit mehr GenossInnen voraussetzt. Die, mit denen wir damals diskutiert hatten, waren alle selbst bei ihren Versuchen, eine gemeinsame Diskussion und Organisierung in ihrer Region und darüber hinaus zu führen, an die Grenze gestoßen, daß immer mehr Leute sich einfach in die Ohnmacht reinfallen ließen und kaum etwas anfingen. Also haben wir diesen Prozeß mehr und mehr als langwierige Entwicklung gesehen. Trotzdem wollten wir auch weiterhin praktisch der großdeutschen Walze was entgegensetzen. Auch wenn wir uns dabei relativ allein gesehen haben und auf einen anderen Prozeß aus waren, hatten wir Vertrauen dahingehend, daß die verschiedensten Leute aus ihrer Depression bald wieder erwachen würden. Natürlich gab es an verschiedensten Ecken Initiativen. Aber eben vieles nebeneinander her und vieles, ohne nach einer Perspektive zu suchen; sondern aus der Lebenshaltung: daß mann/frau was machen muß.

Es ist dann ’90 immer schärfer zu der reaktionären nationalistischen und rassistischen Mobilisierung gekommen, die mittlerweile schon zu vielen Toten und auf der Straße erschlagenen Flüchtlingen geführt hat. ’90, das war das Jahr der großdeutschen Jubelfeiern (auch wenn wir absolut nichts gegen Fußball haben, hat da der Sieg

der deutschen Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft wie die Faust aufs Auge gepaßt und ist dazu funktionalisiert worden, hier im Bildzeitungsstil »Deutschland einig Siegervolk« zu feiern).

Am 3. Oktober dann diese Einheitsfeier und ein neuer Feiertag. In der Erklärung zum Anschlag auf Rohwedder, Treuhandchef, haben wir gesagt: »Wir begreifen unsere Aktion gegen einen der Architekten Großdeutschlands auch als Aktion, die diese reaktionäre Entwicklung an einer Wurzel trifft. Es ist klar und gerade an der Geschichte bis zum 3. Reich deutlich, daß Verarmung, Verelendung und Massenarbeitslosigkeit nicht von allein zu einer Mobilisierung für menschliche Ziele und gegen die Herrschenden führen.«

Wir hatten die Aktion bewußt gegen einen Verantwortlichen bestimmt, der nicht nur für die Entwicklung Großdeutschlands auf der politischen Ebene stand, sondern der direkt verantwortlich war für die Zurichtung der gesamten Lebensbedingungen auf kapitalistische Kriterien, für die Zerstörung der Lebens- und Existenzstrukturen der Menschen in der Ex-DDR. Wir hatten nie so ein Verhältnis zu den Menschen dort, wie es viele linke Intellektuelle aus der BRD haben, die sagen, »die wollten doch den Kapitalismus, jetzt sind sie selbst schuld, was beschweren sie sich«. Obwohl uns das damals auch schwer getroffen hat, wie wahrscheinlich alle, die hier seit Jahren gegen dieses System kämpfen oder darunter leiden, wie viele hier plötzlich fähnchenschwingend und dieses System bejubelnd angekommen sind. Aber das ist nicht der Punkt. Die meisten wußten doch gar nicht, was hier wirklich auf sie zukommt. Daß viele dem Konsum hinterhergerannt sind, kann nun wirklich keinen Intellektuellen, der wahrscheinlich mit Computer und CD-Player usw. lebt, tatsächlich so sehr empören oder von den Leuten trennen.

Wir hatten das als eine Aufgabe der revolutionären Linken in Westdeutschland begriffen, dieser Walze, die gegen die Leute dort losgerollt ist, etwas entgegenzusetzen. Denn wir hier wußten, was das bedeutet, und sie dort hatten gerade erst angefangen, ihre Erfahrungen mit diesem System zu machen.

Die Auseinandersetzung mit der neuen Situation war für uns nicht nur, daß das sozialistische Staatensystem zusammengebrochen war, sondern die BRD war ein anderes Land geworden. Es waren 18 Mio. Menschen dazugekommen, mit einer Geschichte und Erfahrungen, die uns selbst fremd waren. Wir hatten zwar die Vorstellung, die Menschen dort mit unserer Aktion zu erreichen, aber wir haben sie von hier aus bestimmt und nicht aus einem entwickelten Verhältnis zu den Kämpfen oder ihren Forderungen dort. Damals liefen seit einiger Zeit wieder die Montagsdemonstrationen, was wir natürlich gut fanden.

Die Aktion gegen Rohwedder war unsere vorläufig letzte Aktion. Gerade an ihr ist uns deutlich geworden, daß wir den Prozeß, der hier notwendig ist, heute mit Aktionen nicht voranbringen können, auch wenn sie Verantwortliche für das weltweite, millionenfache Elend treffen. Gerade in der Ex-DDR haben sich viele Menschen über diese Aktion gefreut. Aber es reicht uns nicht aus, und es ist nicht die Perspektive revolutionärer Politik, wenn sonst daraus kaum was folgt.

Tatsächlich haben wir die, die sich in der Ex-DDR für eine andere Entwicklung organisiert haben als die vom BRD-Staat/Kapital aufgedrückte, mit einer Ebene von Kampf konfrontiert, die nicht aus ihrer Erfahrung entwickelt war. Für sie sind wir also in ihre Entwicklung wie von außen eingedrungen.

Auf verschiedene Zusammenhänge in Westdeutschland hatte die Aktion die Wirkung, ein altes Verhältnis aufrechtzuerhalten, das wir so ausdrücklich nicht mehr wollten: Wir haben nach der Aktion mitbekommen, daß sich danach verschiedene Leute überlegt haben, etwas gegen die Treuhand zu machen; z.B. wollten Leute eine Blockade vor einer Treuhandstelle machen mit der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen. Diese GenossInnen sind dabei gar nicht auf die Idee gekommen, eine Diskussion mit Leuten anzufangen, die von der Treuhandpolitik konkret betroffen sind und dagegen eigene Forderungen entwickelt haben. Sie waren nicht darauf aus, herauszufinden, was es an Gemeinsamkeiten gibt, um eine Grundlage zu finden, von der aus etwas Gemeinsames entwickelt werden kann. Aber genau das hätten wir richtig gefunden. Wir hatten die Entwicklung einer politischen Diskussion, einer Verständigung auch mit Leuten aus der Ex-DDR als ein Ziel, wozu die Aktion beitragen sollte.

An diesem Widerspruch ist uns deutlich geworden, daß sehr viel fehlt, auch in dem Verstehen zwischen uns und Leuten, die sich scheinbar auf uns beziehen, weil sie unsere Aktion mit einem alten Verständnis – in erster Linie das gemeinsame Angriffsziel – aufgreifen wollten. Sie hatten ganz andere Kriterien als die, die wir in den letzten Jahren entwickelt hatten. Das ist nur ein Beispiel, an dem uns später klargeworden ist, daß wir einen Schnitt brauchen, eben eine tiefgreifende Diskussion und Verständigung.

Zur Aktion gegen die US-Botschaft während des Golfkriegs: Einige haben kritisiert, diese Aktion sei von uns symbolisch bestimmt gewesen. Das stimmt so nicht. Es war eine Aktion, zu der wir uns sehr schnell entschieden haben. Wir wollten die Verbindung herstellen zu all denen, die auf der ganzen Welt gegen diesen Vernichtungskrieg gekämpft haben. Es war uns wichtig, auf die politische Verantwortung für diesen Völkermord zu zielen. Natürlich war uns klar, daß wir mit dieser Aktion auf keiner materiellen Ebene in diesen Krieg eingreifen. Mit dem Golfkrieg hat der Imperialismus nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems in Osteuropa auf blutigste Weise gezeigt, was die »One World« des Kapitals für die Völker heißt: die Entschlossenheit, jede Regierung und jedes Volk, das sich nicht den Regeln ihrer »neuen Weltordnung« unterwirft, militärisch niederzumachen.

Wir mußten uns aus unserer speziellen Situation entscheiden: entweder nichts zu machen – was wir uns nicht vorstellen konnten – oder eine relativ schnell zu organisierende Aktion zu machen. Uns ging es darum, mit dieser Aktion das politische Kräfteverhältnis gegen den imperialistischen Krieg zu stärken. Natürlich war eine Aktion, wie auch die gesamte Mobilisierung, weit davon entfernt, diesen Völkermord zu stoppen. Aber jede/r kann sich klarmachen, daß Rühe und Kinkel heute schon we-

sentlich weiter damit wären, die Bundeswehr zu Kriegseinsätzen in die ganze Welt zu schicken, wenn es diese Mobilisierung nicht gegeben hätte.

Auch wenn der deutsche Staat große Schritte dahin gemacht hat und die Entwicklung rast – es ist das Problem dieser Linken, vieler Intellektueller und vieler, die sich revolutionär nennen, daß kaum etwas aus so einer Mobilisierung bleibt, wenig fortgesetzt wird. Statt dessen sind sich Linksintellektuelle nicht zu blöde, große Diskussionen darüber zu führen, ob es nicht verwerflich sei, wenn eine Bewegung gegen den Krieg auch dadurch entsteht, daß die Leute hier tatsächlich Angst davor haben, daß von hier aus Kriege geführt werden und sie selbst direkt davon betroffen werden. Wir finden daran jedenfalls nichts verwerflich, und aus so einer Angst vor Krieg wird eher eigenes Handeln und eine tiefe Solidarität mit Völkern, gegen die Krieg geführt wird, entstehen als aus einem intellektuellen Blick, der vorher schon immer alles weiß, über jedes menschliche Gefühl erhaben ist und aus dem nichts folgt.

Für uns hat die breite Mobilisierung gegen den Golfkrieg etwas ganz anderes vermittelt. Wir waren selbst erstaunt und überrascht darüber, daß es nach zwei Jahren deutscher Jubelfeiern und Mobilisierung für Großdeutschland eine so breite Bewegung gegen diesen imperialistischen Krieg gab. Sie war auch das Signal an die Herrschenden, daß Hunderttausende hier nicht bereit sein werden, eine zukünftige militärische Interventionspolitik Großdeutschlands zu tragen. Wir finden wichtig, auch diesen Teil der Entwicklung nicht aus den Augen zu verlieren – es gibt auf der einen Seite die reaktionäre Entwicklung, das Stärkerwerden der Faschisten, aber es gibt auch diese andere Seite in der Gesellschaft.

Uns ist an den Reaktionen auf die Botschaftsaktion verschiedenes deutlich geworden. Es gab natürlich Reaktionen von Leuten, an denen wir gesehen haben, daß sie uns verstanden haben; das waren oft Leute, die selbst in dieser Zeit so viel wie möglich gegen diesen Krieg gemacht haben. Aber es gab auch solche: Wir hätten gegen die Rolle der BRD in diesem Krieg zielen müssen. Gegen die USA sei eine falsche Orientierung – also war es eine Counter-Aktion. Die Aktion sei nicht effektiv gewesen, und deshalb kann sie nicht von uns kommen – sondern sie kam vom Staatsschutz. Es sei unmöglich, daß die RAF sich auf Leute, die Blockaden gegen den Krieg gemacht haben, oder Kriegsdienstverweigerer bezieht, anstatt ausschließlich auf Revolutionäre und Antiimperialisten. Die Aktion sei eine Gefährdung der BlockiererInnen vor der US-Botschaft gewesen (obwohl wir in unserer Erklärung ausdrücklich darauf hingewiesen hatten, daß es Bestandteil der Aktion war, ihre Gefährdung auszuschließen). Bei allem ist uns am meisten aufgefallen, mit welcher Selbstverständlich sich Leute hinsetzen und Aktionen von uns begutachten, ohne wahrscheinlich je selbst einen Gedanken daran zu »verschwenden«, das, was sie von uns fordern, selbst zu machen. Zum Beispiel die, die aufgetrumpft haben, wir hätten die Rolle der BRD angreifen können – von ihren Initiativen in diese Richtung ist uns jedenfalls nichts zu Ohren gekommen.

Aber was wir sagen wollen, betrifft nicht nur diejenigen, die selbst sowieso nichts machen und sich an Initiativen von anderen selbstdarstellen und klugreden. Auch

viele, die uns nah sind, waren enttäuscht über diese Aktion, weil sie sich gewünscht hatten, daß wir etwas Effektiveres machen würden. Es hat kaum einen Punkt gegeben, an dem uns deutlicher geworden ist, daß uns viele wie eine Institution begreifen. Wir denken, daß genau trifft, was Lutz Taufer im Brief in der »konkret« vom August gemeint hat: Die RAF ist zur Projektionsfläche geworden. Mit der Aktion gegen die Botschaft hatten wir die Sehnsucht vieler, daß endlich jemand was Effektives macht, enttäuscht.

Als wir Ende ’89 in die neue Phase gegangen sind, war der Ausgangspunkt, daß alle, die die Entscheidung treffen würden, bei uns zu kämpfen, auch bereit sein müßten, sich auf eine Situation, in der viele Fragen offen sind, einzulassen. Kontinuität der RAF konnte nicht mehr heißen, an den Orientierungen der vergangenen Jahre entlang die Politik zu entwickeln, sondern, entsprechend der veränderten weltweiten Situation, den Veränderungen in der Gesellschaft und den Grenzen unserer Politik der vergangenen Jahre etwas Neues zu entwickeln. Auch wenn wir heute an eine Grenze gestoßen sind, haben wir in den drei Jahren, in denen wir einen parallelen Prozeß von Neubestimmung und Intervention versucht haben, für uns und die, mit denen wir zusammen waren, wichtige Erfahrungen gemacht, die für uns jetzt Grundlage sind.

Uns quält auch nicht der Gedanke, wie uns ein Genosse, der uns in der »Interim« geschrieben hat, verstanden hat: Unsere Aktionen hätten nichts bewirkt. Natürlich haben sie z.B. der staatlichen Walze Grenzen gesetzt, und sie haben mit zu der Situation beigetragen, in der es möglich ist, den Staat in der Auseinandersetzung um die Freiheit der politischen Gefangenen zu zwingen, sich zu bewegen. Aber die Aktionen haben nicht alles bewirkt, worauf wir aus sind und was wir für die gesamte Situation notwendig finden. Sie standen weiterhin neben den Prozessen, die in der Gesellschaft gelaufen sind. Aktionen von uns blockieren in der jetzigen Situation durch das Konfrontationsniveau, das sie in die gesamte Auseinandersetzung hineinbringen, eine grundlegende gemeinsame Suche nach Neubestimmung mit vielen, anstatt voranzubringen.

Wesentlich ist auch, daß wir dieses Verhältnis, das wir an der Botschaftsaktion beschrieben haben, aber auch an x anderen Auseinandersetzungen beschreiben könnten, nicht durchbrechen konnten. Ein Verhältnis, in dem viele GenossInnen es an uns delegiert haben, auf einer bestimmten Konfrontationsstufe zu kämpfen, wie auch, daß wir dafür zuständig sind, die Klarheiten oder, wie wir letztens wieder gehört haben, »die konkret greifbaren Bestimmungen für die Zukunft« zu entwickeln. Sie sind viel zu wenig von ihrer eigenen Verantwortung ausgegangen und davon, daß dies nur ein gemeinsamer Prozeß sein kann. Es ist genau das Verhältnis, worüber einige Gefangene in der letzten Zeit geschrieben haben: die falsche Arbeitsteilung, die sich über die letzten Jahre entwickelt hat, das falsche Verständnis, das viele über uns haben und das wir auch selbst lange aufrechterhalten hatten, die Gewöhnung vieler daran, daß es die Guerilla eben immer gibt, sie selbst die Aktionen gut oder weniger gut finden.

Wir wissen, daß es in verschiedenen Bereichen Leute gibt, die aus ihrer eigenen Verantwortung etwas aufgebaut haben. Aber es gibt nur wenige, die sich mit uns zusammen den Fragen stellten, wie wir hier zum Aufbau einer Gegenmacht von unten kommen, und die mit uns zusammen diesen Prozeß anpacken wollten.

Für uns war es nicht einfach, zu dem Entschluß zu kommen, jetzt den Einschnitt zu machen, denn wir mußten auch etwas loslassen. Während wir in den letzten Jahren immer davon ausgegangen waren, daß wir mit jeder Aktion eine Antwort auf die Situation haben, uns also im großen und ganzen in erster Linie auf uns selbst verlassen haben, haben wir mit diesem Schritt jetzt ganz entschieden eine andere Richtung eingeschlagen. Einige gefangene GenossInnen haben das so gesagt: Die RAF hat auch Verantwortung an die Linke abgegeben. Für uns bedeutet das ein Vertrauen und Einlassen auf alle die, die wie wir jetzt darangehen, aus ihren Erfahrungen die Stärken und Schwächen herauszufinden, um sie für die Zukunft nutzbar zu machen. Und auf all diejenigen, die aus den neuen Bedingungen in den letzten Jahren aufgestanden sind, und die, die schon was Neues angefangen haben. Ein Vertrauen darauf, daß unser Schritt jetzt so aufgegriffen wird, daß in dem jetzt notwendigen Prozeß neue Grundlagen für den weiteren Kampf entwickelt werden. Wir brauchen hier eine Bewegung, die in der Lage ist, von einer gemeinsamen Grundlage aus und der Verständigung über die kurzfristigen und die langfristigen Ziele auch gemeinsam die Entscheidung zu treffen, wie gekämpft werden muß.

Der Schritt vom 10.4. ist unser entschiedenster Schritt, den wir in den letzten drei Jahren hin zu dem Prozeß gemacht haben, den wir in dieser Zeit entwickeln wollten. Am 10.4. haben wir gesagt: Wir machen jetzt den Raum auf für diesen Prozeß. Das hat eine Bedeutung in zwei Richtungen. Dadurch daß wir die Eskalation von unserer Seite aus der Konfrontation mit dem Staat zurückgenommen haben, ist die Bestimmung der Konfrontationsebene nicht mehr allein unsere Sache. Sie ist Sache all derer, die auf der Suche danach sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit durchgesetzt werden kann. Wir machen den Raum auch auf für frische Luft in den Gedanken für uns und für alle anderen auch, jetzt neue Orientierungen zu entwickeln, nichts Altes unreflektiert weiterzuziehen und sich auf alle Fragen und Diskussionen offen einzulassen.

»... Wir müssen das Soziale unter den Menschen neu herauskämpfen. Das ist keien Frage an die Macht. Von dort wird es keine gesellschaftliche Umkehr geben. An ihrem Verhältnis zu unseren Selbstorganisierungsversuchen wird sich nur zeigen, ob das Bestand haben kann, was die RAF derzeit versucht: das Konfrontationsverhältnis auf eine Ebene außerhalb des Krieges zu stellen und neu Teil des sozialen Findungsprozesses zu werden. Wenn auf der anderen Seite alles beim Alten bleibt, wird dieser Linken auch nur bleiben, sich entweder mit der Ohnmacht abzufinden oder das Ausrottungsverhältnis gegen sich anzugreifen ...« (Karl-Heinz Dellwo).

Als wir am 10.4. gesagt haben, daß der Kinkel-Vorstoß im Januar »offen gemacht hat, daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den

Griff kriegen«, ging es uns nicht darum, eine Binsenweisheit als neue Entwicklung zu behaupten. Viele haben uns da mißverstanden und gesagt: Das war doch schon immer so, daß der Staat neben der polizeilich-militärischen Antwort auch versucht hat, Widersprüche zu integrieren und sich auf diese Art vom Hals zu schaffen – womit sie recht haben.

Natürlich haben wir weder Kinkel noch der »Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung« die Wandlung zu menschlichen Motiven unterstellt. Wir sehen es genau so, wie es die Gefangenen in Celle im »konkret«-Gespräch gesagt haben: »... Was die Gefangenen betrifft: Es gibt Fraktionierungen in den Apparaten, die wir aber nicht überschätzen, denn es geht denen ... ums gleiche Ziel. Aber Kinkels Äußerungen sind – wie auch immer – ein politischer Ausdruck dieser Widersprüche, die lange herangereift sind. Das ist deshalb besonders bemerkenswert, weil es ein Apparat ist, der ein sehr starkes Beharrungsvermögen hat: der Staatsschutzkomplex mit seinen faschistischen Wurzeln, seiner relativen Selbständigkeit, der zusammen mit den Medien eine Selbstlegitimationsmaschine bildet. Obwohl schon lange an den Fakten evident ist, daß sie die RAF wie auch die Gefangenen nicht kaputtkriegen, haben sie das über Jahre fortgesetzt ...« (den Versuch der militärischen Zerschlagung draußen und mit der weißen Folter drinnen).

Soweit das in unserem Text mißverständlich war, müssen wir das klarstellen. Allerdings denken wir, daß noch viel mehr Leuten als uns bewußt geworden sein muß, daß in der ganzen Situation eine politische Brisanz steckt, die wir für unsere Seite zur Wirkung bringen können. Es reicht nicht aus, sich gegenseitig darüber zu verständigen, daß sich die Ziele des Staatsschutzes natürlich nie mit unseren decken. Es ist enorm wichtig, zu sehen, daß der Staat an einem Punkt der Auseinandersetzung begriffen hat, daß er sich bewegen muß, an dem er jahrzehntelang ausschließlich auf Vernichtung gesetzt hat. In der Konfrontation zwischen Gefangenen aus der Guerilla/Widerstandskämpfen und dem Staat hat er nie auf Integration gesetzt, weil sowohl in dieser wie auch in der Konfrontation Guerilla – Staat der Antagonismus der Ausgangspunkt ist.

Heute können wirklich alle, deren Sache der Kampf gegen die Folter, für die Zusammenlegung und überhaupt für das Leben der politischen Gefangenen in den letzten Jahren gewesen ist, mit dem Selbstbewußtsein an die Situation rangehen, daß die Kinkel-Initiative eine Wirkung dieses jahrelangen Kampfes ist. Das war uns am wichtigsten dabei und von Anfang an die Frage, was wir von unserer Seite aus jetzt aus dieser Situation machen.

Während es das staatliche Ziel ist, die Politik der RAF auszulöschen, ist in der momentanen Phase eins unserer wesentlichen Ziele, das Zurückweichen des Staates aus seinem Ausmerzverhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen, die sich nicht der Macht des Geldes unterwerfen, die eigene Interessen gegen die Profitinteressen des Kapitals formulieren und umsetzen, durchzusetzen. Es hängt allein davon ab, ob die Möglichkeit, die für unsere Seite in der heutigen Situation liegt, von vielen aufgegriffen wird oder nicht. Natürlich gibt es keinen

Automatismus, daß aus einem punktuellen Zurückweichen dieses Staates – aus seinem Vernichtungsinteresse gegen politische Gefangene – ein generelles Zurückweichen aus dem Ausmerzverhältnis gegen Fundamentalopposition wird.

Wie sich in den letzten Wochen immer deutlicher abzeichnet, ist der Staat darauf aus, diesen Prozeß zu verschleppen und ihn zu entpolitisieren, und es ist die Frage an alle, die die Freiheit der Gefangenen wollen und die hier in der BRD überhaupt eine von unten bestimmte Entwicklung erkämpfen wollen, das nicht zuzulassen.

Im Kampf für die Freiheit der Gefangenen muß im Zentrum der politischen Auseinandersetzung stehen, daß der Staat mit dem Ausnahmezustand von 22 Jahren Folter brechen muß. Dabei muß auch die Tatsache ins Zentrum der Auseinandersetzungen, daß es Gefangene aus der Guerilla und dem Widerstand überhaupt nur aus dem Grund gibt: weil der BRD-Staat nach dem Faschismus nie mit dem Vernichtungsverhältnis gegen revolutionären Widerstand gebrochen hat. Bewaffneter Kampf war immer notwendig, um gegen dieses Ausmerzverhältnis durchzukommen – wenn nichts anderes leben soll außer der vom Kapital bestimmten und durchdrungenen Wirklichkeit, dann muß die Existenz und die Entwicklungsmöglichkeit von revolutionärem Widerstand bewaffnet durchgesetzt werden. Das ist seit 22 Jahren ein wesentlicher Grund, warum immer wieder GenossInnen den Kampf in der Guerilla angefangen und ihn weiterentwickelt haben. Oder warum sich GenossInnen in ihren Kämpfen auf die Guerilla bezogen haben.

In diesen Tatsachen steckt die politische Brisanz, die die Situation seit dem 10.4. für diesen Staat hat und die von unserer Seite aus zur Wirkung gebracht werden kann. Wir haben am 10.4. eindeutige Aussagen gemacht:

1. daß wir es als Priorität sehen, den Raum aufzumachen für eine politische Diskussion und Organisierung einer Gegenmacht von unten, und

2. daß wir kein Interesse an einer Eskalation in der Auseinandersetzung mit dem Staat haben, weil heute Aktionen von uns, die die Konfrontation zuspitzen, den politischen Prozeß auf unserer Seite nicht weiterbringen.

Für uns ist das ein offensiver Schritt, weil wir mit der Gewißheit in diese Phase reingegangen sind, daß die gesamte Situation jetzt an einem Scheidepunkt ist, von dem aus nichts mehr so bleiben wird, wie es vorher war – auch wir, die RAF, nicht: Entweder wir erkämpfen in diesem Prozeß hier in der BRD einen Entwicklungsraum für eine Gegenmacht von unten, für eine politische Organisierung von Fundamentalopposition und für Basisbewegungen oder, wenn die staatliche Seite nicht zurückweicht, dann wäre die notwendige und historisch logische Antwort, daß der bewaffnete Kampf zurückkommen wird, aber nicht nur als Entscheidung, daß allein wir, die RAF, weiter Aktionen machen, sondern als Entscheidung von vielen, die sich jetzt in den gesamten Prozeß reinstellen. Wenn viele mit dem Bewußtsein darüber in die Auseinandersetzung gehen und diese Frage, was die Antworten sein müssen, wenn der Staat das Vernichtungsinteresse aufrechterhält, nicht nur an uns, sondern genauso an sich selbst stellen, dann wird das eine scharfe politische Waffe, die wir gegen diesen Staat in der Hand haben.

Es reicht überhaupt nicht aus, jetzt zu sagen: Seht doch in Mannheim, da knüppeln Bullen die AntifaschistInnen nieder, die zum Schutz der Flüchtlinge vor Faschisten demonstriert haben; oder in München, da wollten sie jeden Ansatz von Diskussionen zum Gegenkongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel zerschlagen. Wir sehen das und vieles mehr. Auch daß sie jetzt mit der Ankündigung der neuen Prozeßwelle gegen Christian Klar, Ingrid Jakobsmeier, Sieglinde Hofmann und Rolf-Clemens Wagner aufgrund von Kronzeugenaussagen signalisieren, weiterhin an ihrem Vernichtungswillen festzuhalten – genauso wie sie die Isolationsbedingungen bei einzelnen Gefangenen nach dem 10.4. sogar noch verschärft haben. Sie verschleppen den Prozeß von Freiheit der Gefangenen, indem sie Bernd Rössner immer noch nicht rausgelassen haben. Und sie üben Druck auf die Gefangenen aus, sich selbst und die Geschichte zu verleugnen. Wenn der Staat bei diesem Vorgehen bleibt, muß er wissen, daß er die Verantwortung dafür hat, daß sich das Konfrontationsverhältnis wieder verschärfen wird.

Auf der anderen Seite ist die Frage, was bisher von unserer Seite her geschehen ist. Zu der Demo in Bonn für die Freiheit der Gefangenen sind 2 000 Menschen hingegangen. Es gibt Diskussionspapiere, in denen die Aussage kritisiert wird, daß sich mit der Freiheit der politischen Gefangenen die gesamten Bedingungen für Fundamentalopposition verbessern werden. Tatsächlich können sowohl die Freiheit der Gefangenen als auch verbesserte Ausgangsbedingungen nur erreicht werden, wenn sich jetzt viele aus verschiedenen Kämpfen in diese Auseinandersetzung einschalten.

Nach dem Bulleneinsatz in München war von einem (oft ziemlich fürchterlichen) Kabarettisten im Fernsehen zu hören: Dieses Verhältnis vom Staat gegen Widerstand ist der Grund dafür, daß es Gruppen wie die RAF in der BRD gibt. Er bringt damit mehr politische Schärfe in die öffentliche Auseinandersetzung als viele GenossInnen, die sich und andere immer wieder nur vor Augen halten, warum dieser Staat gerade auf dem Weg zur Großmacht so gegen Widerstand vorgeht. Wenn es dabei stehen bleibt, dann wird es unmöglich, sich die Frage zu stellen, wie wir den Staat zum Zurückweichen zwingen. Dann bleibt der Widerstand in der Logik der Herrschenden gefangen, denn wir haben kein einziges Ziel, das nicht gegen diese Logik erkämpft werden muß. Natürlich können wir diese Haltung vieler GenossInnen nachvollziehen, weil sie uns nicht fremd ist, aber wir kritisieren sie, weil sie zu nichts führen wird und die Frage danach, was wir erreichen können, gar nicht stellt.

Eine andere Haltung, die wir nur kritisieren können, kam in dem Gespräch mit den Gefangenen in Celle von Thomas Ebermann und Hermann Gremliza rüber: die Haltung, die den Gefangenen und uns jetzt rät, von Niederlage und Sinnlosigkeit zu reden, damit die Gefangenen überhaupt eine Chance hätten, aus dem Knast zu kommen. Und die somit die Frage, die Freiheit der Gefangenen zu erkämpfen, auf einen Deal zwischen dem Staat auf der einen und den Gefangenen und der RAF auf der anderen Seite reduziert.

Im Gegenteil: Wir denken, daß es große Bedeutung hat, daß sowohl die Forderung nach der Freiheit der Gefangenen als auch die ganze politische Dimension, die

mit dieser Frage verbunden ist, nämlich ob der Staat zurückweicht oder nicht, eben nicht nur im »Szeneghetto« bleibt (und auf der Gegenseite in den Staatsschutzgremien), sondern in der Mobilisierung für die Freiheit sehr breit in der Gesellschaft auf den Tisch gebracht wird. Es muß der Regierung, den Wirtschaftseliten und den Staatsschützern aller Fraktionen unmißverständlich klargemacht werden, daß die Konsequenzen für diesen Staat, wenn er am Ausmerzverhältnis festhält, bei weitem das übersteigen werden, womit er konfrontiert gewesen wäre, wenn wir am 10.4. nicht diesen Schnitt in unserer Geschichte gemacht hätten.

Wir haben gesagt, daß wir uns nicht aus der Verantwortung ziehen werden, wenn der Staat den Prozeß, den wir jetzt wollen, plattmachen will. Wir denken nicht, daß immer, wenn sie massiv gegen Leute vorgehen und versuchen, Prozesse zu verhindern, von uns die richtige Antwort wäre, auf unserer Seite mit bewaffneten Aktionen zu eskalieren.

Unsere Orientierung ist heute in erster Linie, einen gesellschaftlichen Prozeß zu entwickeln, in dem sich Gegenmacht von unten organisiert, die auch dieser repressiven Walze Grenzen setzt und sie zurückdrängt.

Wenn sich abzeichnen sollte, daß der Staat keinen Raum zuläßt, in dem sich so was organisieren kann bzw. wenn sie vorhaben, schon erkämpfte Räume plattzuwalzen, wird es notwendig sein, diesen Staat zurückzukämpfen. Unsere Entscheidung, an so einem Punkt zu intervenieren, werden wir aus der Diskussion derer, die sich in den Prozeß reinstellen, treffen. Sie wird sich daran orientieren, ob es für diesen Prozeß sinnvoll und notwendig ist. Wir werden die bewaffnete Intervention dann als ein Moment des Zurückdrängens bestimmen und nicht als weitere Strategie. Wir werden also nicht einfach zum alten zurückkehren. Diese Eskalation ist nicht unser Interesse. Aber der Staat muß wissen, wenn er keine andere Möglichkeit zuläßt, daß es auf unserer Seite die Mittel, die Erfahrung und die Entschlossenheit gibt, sie dafür zur Verantwortung zu ziehen. Sie können unsere Erfahrungen aus 22 Jahren bewaffnetem Kampf nicht mehr auslöschen.

Was die Herrschenden heute als den Sieg des Kapitalismus bezeichnen, hat in Wirklichkeit seine globale Krise zementiert. Die Einbindung des Südens in das Weltmarktsystem hat den Völkern im Trikont bei explodierender Verschuldung und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen massenhafte Verelendung und millionenfachen Hungertod gebracht. Nachdem der Imperialismus jahrhundertelang jede eigenständige Entwicklung im Trikont verhindern und zerstören wollte, um die Menschen bis auf das Blut auszusaugen, sind heute ganze Völker für den Weltmarkt nutzlos geworden. Das sind die allein seit '91 über 50 000 Verhungerten in Somalia, und »weitere 1,5 Millionen Somalis sind praktisch zum Hungertod verurteilt« (UNO); das sind die von Todesschwadronen ermordeten Straßenkinder in Brasilien; das sind die Millionen vertriebener Menschen, die selbst aus Slums zwangsgeräumt werden; und heute breiten sich selbst Armutsseuchen wie die Cholera wieder aus. Vor diesem weltweiten Hintergrund ist es für Konzerne wie VW möglich, auf einen

Streik mit der Entlassung von 15 000 Streikenden zu antworten, wie vor kurzem in Mexico.

In der Vorstellung der Imperialisten bleibt heute ganzen Völkern keine andere Möglichkeit, als sich hinzulegen und zu sterben. Diese »Perspektive« haben nun auch die Völker im Osten vor sich. Die Krise hat längst auch die Kernstaaten des Kapitalismus erfaßt. Die Zahl der Menschen in den Metropolen, die der Kapitalismus nicht mehr braucht, die Zahl der Ausgegrenzten explodiert, die Kluft zwischen Arm und Reich war noch nie so groß. Heute gibt es die »3. Welt in der ersten Welt«.

Der scheinbare Sieg des kapitalistischen Marktsystems, die globale Herrschaft des Geldes, ist unumkehrbar mit seiner umfassenden Krise zuvor nie dagewesenen Ausmaßes verknüpft. Sie können den Widerspruch, der zwischen der Konkurrenz der Ökonomien, der Logik des Kapitalsystems und der Weltarmut und der weltweiten Vernichtung der Natur aufbricht, nicht lösen. Es ist ein Antagonismus. Die Vernichtung von Lebensmitteln in der EG zur Preisstabilisierung (!) bei gleichzeitigem Verhungern von Mio. Menschen im Süden und der Verschärfung der Lebenssituation im Osten spricht für sich. Selbst wenn das Kapitalsystem wollte, könnte es die existentiellen Probleme der Weltbevölkerung nicht lösen – Lösungen sind nur außerhalb der Kapitallogik möglich. Natürlich wird ihre Vorstellung, daß sich die Menschen im Süden und im Osten hinlegen und sterben, nicht aufgehen, denn die Hungernden und Entwürdigten halten sich nicht an die Gesetze der Weltmarktstrategen, die ihren Tod vorgesehen haben. Weltweit werden Kämpfe von Unterdrückten und Ausgegrenzten geführt, um sich die Bestimmung über ihr Leben zurückzuerobern. Die weltweiten Flüchtlingsbewegungen, die das Kapital kaum noch kontrollieren kann, bewegen sich in zunehmendem Maße auf die Metropolen zu.

Auch wenn wir heute sagen können, daß in dieser gesamten Entwicklung für den Imperialismus die Gefahr des Kollaps selbst seiner Kernstaaten liegt, bedeutet das keinesfalls aus sich heraus einen Fortschritt für die Menschen. Die Herrschenden sind heute schon nicht mehr in der Lage, die alte Funktionsweise des imperialistischen Systems aufrechterzuhalten, in der die befriedeten Metropolen das relativ ruhige Hinterland für die Kriegsführung und Ausplünderung im Trikont sein sollten. Das drückt sich immer schärfer in ihrem Verlust der Integrationskraft ganzer Bevölkerungsteile aus, was in den USA, aber auch in der Ex-DDR, Frankreich oder Großbritannien am stärksten sichtbar ist. Die Aufstände in den Ghettos von Los Angeles, Paris und mehreren Städten in Großbritannien sind erst die Ankündigung dessen, was morgen in ganz anderer Dimension Realität in den Metropolen sein wird. Aber auch hier hat es lange nicht mehr so viele Streiks, Demonstrationen und Werksbesetzungen gegen das ständige Zurückrollen von ehemals erkämpften sozialen Rechten und Errungenschaften der Menschen gegeben wie in den letzten zwei Jahren (Karenztage, rapide steigende Mieten vor allem in Ostdeutschland, Werksschließungen, Kürzungen im sozialen Bereich, ÖTV-Streik). Doch die Kämpfe sind nur die eine Seite. Die Explosion der Gewalt und Brutalität jedes gegen jeden und die Selbstzerstörung in der Gesellschaft die andere.

Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. In Jugoslawien ist der Aufteilungskampf um Ressourcen, der Konkurrenzkampf um eine Chance für die Anbindung an den kapitalitischen Weltmarkt zum blutigen Nationalitätenkrieg eskaliert. Das Elend der Menschen ist maßlos. Eine Lösung ist in den Kategorien dieses Systems nicht möglich. Die Politik der EG wie auch der Nato gegenüber diesem Krieg hat selbst für sie nicht mehr die Qualität einer Krisenbewältigung. Für die Herrschenden ist es die Hauptfrage, die Entwicklung im Zaum zu halten, um eine Dynamik zu verhindern, in der sie ihnen ganz aus der Hand gleitet. Das herausragende Interesse des deutschen Staates ist es, aus diesem Krieg die Rechtfertigung für militärische Einsätze der Bundeswehr zu ziehen und sowohl hier im Innern eine Legitimation dafür durchzusetzen als auch in der internationalen Arbeitsteilung in konkreten Vereinbarungen auf den Weg zu bringen. Sie machen sich das Elend der jugoslawischen Völker zunutze, um das, was sie mit dem Golf-Krieg begonnen haben, weiterzuentwickeln und festzuklopfen. Es geht ihnen um die Frage »des Weltgewaltmonopols der UNO« (Engholm), nachdem die UNO von den reichen kapitalistischen Staaten beherrscht ist.

In der BRD sind wir heute mit einer Situation konfrontiert, in der die Hochtechnologisierung immer mehr Menschen arbeitslos macht und für die, die sie noch brauchen, die Arbeitsbedingungen immer unerträglicher macht. Während die permanente Steigerung der Produktivität den Eliten weiterhin hohe Profitraten garantiert, hat sich der Druck auf die Arbeitenden gesteigert. Sie sind nicht nur SklavInnen der Maschinen und Computer. Es steigt der Zwang zu mehr Leistung, zur Flexibilität – das heißt die Bereitschaft dazu, alle Lebenszusammenhänge dem Funktionieren im Job unterzuordnen – in der ehemaligen DDR wurden Frauen sogar dazu gezwungen, sich sterilisieren zu lassen, um überhaupt Arbeit zu bekommen.

Der Druck, nicht krank zu werden, um nicht herausgekickt zu werden. So werden viele ausgelaugt und krank gemacht. Hier werden die Bereiche des Dienstleistungssektors, die am wenigsten mit der elementaren Bedürfnisbefriedigung der Menschen zu tun haben, immer weiter aufgebläht. Dies und die sinnlose Steigerung der Warenproduktion dienen einzig den Profitinteressen und zerstören die ökologischen Lebensgrundlagen und die Menschen selbst.

Obwohl die BRD eines der reichsten Länder der Welt ist, gibt es hier heute wachsende Wohnungsnot, Mieten, die einen hohen Teil der Löhne fressen, und ca. eine Million Obdachlose. Immer mehr leben von Sozialhilfe, und selbst der Staat muß heute die Existenz von Altersarmut zugeben. Auch in der Metropole können immer weniger an dem »verrückten Wettlauf der Menschen untereinander« – wie Fidel Castro den Konkurrenzkampf und den Run auf Konsum nennt – teilnehmen. In immer mehr Lebensbereichen brechen die Widersprüche zwischen den Bedürfnissen der Menschen und der von der Verwertungs- und Profitlogik bestimmten Realität auf.

Besonders in der ehemaligen DDR haben sich die Lebensbedingungen drastisch verschärft. »Wir bezweifeln, daß jemals außerhalb der Kriegs- oder Nachkriegszeiten

das Leben so vieler Menschen in so kurzer Zeit in solche Ungewißheit, Ratlosigkeit und Not gestürzt worden ist«, steht im Weißbuch »Unfrieden in Deutschland«; seine Verfasser in der ehemaligen DDR werteten 5 000 Briefe aus. Drei davon waren positiv. Eine Umfrage dort hat ergeben, daß 60 Prozent der Bevölkerung in der Ex-DDR den Sozialismus grundsätzlich für die gerechtere Gesellschaftsordnung halten. Die große Mehrheit würde sich heute für eine andere gesellschaftliche Entwicklung entscheiden, die weder das alte DDR-System noch das Kapitalsystem ist. Eine Jugendliche in einem Fernsehinterview: »Die Menschen in der DDR waren weniger von der Ideologie der SED und Stasi besetzt als die Menschen im Westen vom Geld.«

Insgesamt ist die Zahl derer, die noch eine Lösung der existentiellen Probleme vom Staat erwarten, rapide gesunken. Aber die Verschärfung der Widersprüche führt nicht automatisch zu Solidarisierung und Organisierung, denn Vereinzelung, Einsamkeit und Konkurrenz – die Zerstörung des Sozialen in den Beziehungen der Menschen untereinander – sind die gesellschaftliche Normalität, die das System durchgesetzt hat. Der Kapitalismus hat die sozialen Werte durch das Streben nach Profit, dem Geld als höchstem Wert ersetzt. Alles soll käuflich, jedes Problem mit Geld zu lösen und jedes Bedürfnis mit irgendwelchen Waren zu befriedigen sein. Das ist die Ideologie des Kapitals, eine Grundvoraussetzung für den Bestand dieses Systems. Ihr Verhältnis gegenüber denen, die da rausbrechen wollen und sich für eine andere Wirklichkeit organisieren, ist entsprechend: niederknüppeln, einsperren, ausmerzen.

Heute, wo viele Existenzängste haben, hat die Zerstörung des Sozialen in der Gesellschaft eine neue Dimension bekommen: die Explosion der Selbstzerstörung, der Gewalt der Menschen untereinander. Aus der mangelnden Hoffnung und der Vorstellungslosigkeit, wie es zu positiven Veränderungen kommen kann, flüchten sich mehr und mehr in Alkohol und Drogen, und die Selbstmordrate steigt. Der Frust, die Angst und die Aggression werden gegen sich selbst gerichtet oder gegen andere, die in der gesellschaftlichen Hierarchie noch weiter unten sind. Das sind die Nazis gegen die Menschen anderer Hautfarbe und Nationalität, Schwule und Lesben, die steigende Gewalt gegen Frauen, Kinder und alte Menschen. Die Medienhetze gegen Flüchtlinge und das Niederknüppeln von AntifaschistInnen auf den Straßen zeigen deutlich das Interesse von Staat und Kapital, die wachsende Unzufriedenheit in eine rassistische und reaktionäre Mobilisierung zu kanalisieren. Dagegen ist die Möglichkeit, im Aufbau solidarischer Beziehungen und selbstbestimmter Organisierung von unten – also aus der alltäglichen Lebensrealität der Menschen heraus – sinnvolle und gerechte Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen, noch schwach sichtbar.

Trotzdem können wir heute davon ausgehen, daß die Kämpfe der letzten 25 Jahre, an denen sich immer wieder weit mehr Menschen beteiligt haben, als in linken Zusammenhängen organisiert waren, im gesellschaftlichen Bewußtsein eine Spur hinterlassen haben. Das ist z.B. an der Nichtakzeptanz menschen- und naturverachtender Technologien wie Gentechnologie und Atomenergie, an der Sympathie und

Unterstützung für Hausbesetzungen in verschiedenen Städten, an Kriegsdienstverweigerungen, an der breiten Mobilisierung gegen den IWF '88, den Demonstrationen Hunderttausender gegen den Golf-Krieg oder den 25 000 auf der Demo gegen den WWG sichtbar. Diese Spur und die Tatsache, daß wir 22 Jahre gezeigt haben, der Angriff gegen dieses System ist möglich und steht ungebrochen gegen alle Versuche des Staates, alles, was für ein anderes Leben kämpft, auszulöschen, sind Grundlagen, von denen aus wir jetzt das Neue herausfinden können.

Es geht uns um einen Prozeß, in dem es gelingt, reale Gegenmacht aufzubauen. Die globale Situation wie auch die Entwicklung des BRD-Staates und die in der Gesellschaft drängen nach einer Kraft, die gegen die Zerstörungsprozesse sinnvolle Lösungen durchsetzt. Es geht um einen gesellschaftlichen Prozeß, der die verschiedensten Lebensbereiche erfaßt und Räume erkämpft, in denen »das Neue« wächst – radikal für das Leben und an den konkreten Fragen gemeinsam nach Lösungen suchend –, die Alternative zum System lebt. Es kann also nur ein Prozeß von Organisierung in den verschiedensten Formen sein, der den heute vereinzelten und zersplitterten Kräften, die an den verschiedensten Punkten auf der Suche danach sind, wie menschenwürdiges Leben durchgesetzt werden kann, das Zusammenwirken ermöglicht und zu einer Machtposition gegenüber den Herrschenden wächst. Denn Lösungen, die sich an Mensch und Natur statt am Profit orientieren, wird es von der Macht nicht geben. Es sind Prozesse, in denen die Herrschenden zurückgedrängt und dazu gezwungen werden, Lösungen von unten zuzulassen.

Heute ist es hier an vielen Punkten so, daß Menschen, die ihre Lebenssituation an einem Punkt nicht mehr ertragen wollen und können, sofort darauf prallen, daß es die gesamte Organisation des kapitalistischen Systems ist, aus der die eigene Situation unerträglich wird. Zum Beispiel wenn sich Leute gegen den ständig anwachsenden Verkehr zur Wehr setzen, wie in der Stresemannstraße in Hamburg, stoßen sie darauf, daß die kapitalistische Organisation mit der Ausrichtung auf Profit kaum einen Raum für sie läßt. Die Frage liegt auf der Hand, für wessen Interesse der Transportverkehr ins Unermeßliche steigt. Die Interessen des Kapitals stehen dem Bedürfnis der Leute nach einer lebenswerten Umgebung, in der Kinder nicht von LKWs überfahren werden, wenn sie vor die Haustür gehen, entgegen. Und der Wahnsinn des steigenden Transportverkehrs.

Ein anderes Beispiel: In Mannheim, wo es vor kurzer Zeit eine rassistische Mobilisierung aus der Bevölkerung eines Stadtteils gegen Flüchtlinge gab, war die Situation vorher so: In dem Stadtteil, wo die Flüchtlinge hingekommen sind und angegriffen wurden, hatten vorher Jugendliche einen Raum für sich gefordert, der ihnen von der Stadt verweigert wurde. In genau dieses Gebäude mußten die Flüchtlinge einziehen. Hätte es vorher eine Auseinandersetzung um die Situation im Stadtteil gegeben, hätten die Jugendlichen von z.B. Antifas in der Region, die dann auch später den Schutz für die Flüchtlinge organisiert haben, Unterstützung bekommen und hätte sich dort schon etwas Gemeinsames, Solidarisches entwickelt, dann hätte das Kommen der Flüchtlinge auch etwas ganz anderes auslösen können. Denn wo Flüchtlinge

hinkommen, da ist auch schnell die Auseinandersetzung daran da, warum sie hierher fliehen müssen und in ihren Ländern nicht mehr leben können; daran, daß die Ursache für das weltweite Elend im gleichen System liegt, das hier Jugendlichen keine Räume läßt. Dann hätte es die Auseinandersetzung daran geben können, wie sie sich zusammen den Raum für das Leben erkämpfen können.

Natürlich finden wir die Organisierung von Schutz für Flüchtlinge und das Zurückdrängen der Faschisten absolut notwendig. Aber das Beispiel zeigt auch, daß das nicht reicht und der Prozeß, den wir jetzt brauchen, nicht in der Abgeschiedenheit von »Szeneghettos« stattfinden kann.

Die Zerstörung des Sozialen ist eine der wesentlichen Grundlagen für die Macht und das Fortbestehen des kapitalistischen Systems. Eine Gegenmacht von unten wird es nur geben, wenn sie Alternativen zum herrschenden Normalzustand in dieser Gesellschaft und zum System überhaupt [bietet]. Das heißt wesentlich: Der Zerstörung des Sozialen, der Entfremdung und dem Jeder-gegen-Jeden eine Organisierung entgegenzusetzen und gesellschaftliche Räume zu schaffen, in denen Solidarität lebendig ist und aus denen heraus viele die Verantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen in die Hand nehmen – das nennen wir soziale Aneignungsprozesse. Daraus wird Anziehungskraft entstehen, denn der Kampf um das Soziale unter den Menschen ist die spürbare Alternative zur Einsamkeit im System, zur verzweifelten Selbstzerstörung, zu den Faschisten. Er ist die Grundlage für internationalistisches Bewußtsein, der Boden, auf dem die internationale Solidarität wachsen kann.

In diesen Prozessen stellt sich die Frage nach internationalistischem Bewußtsein auch deswegen direkt und von Anfang an, weil sich die Bevölkerung hier aus Menschen der verschiedensten Nationalitäten zusammensetzt. Das eine ohne das andere, die Entwicklung sinnvoller Lösungen ohne die Entwicklung solidarischer Beziehungen der Unteren untereinander – ist nicht vorstellbar. Die Voraussetzung für die Gegenmacht von unten, für die revolutionäre Entwicklung überhaupt ist ein Bewußtsein, das immer mehr Menschen zu gemeinsamem Handeln befähigt.

In dem jetzt notwendigen Prozeß wird sich entscheiden, ob in Großdeutschland eine Gegenmacht von unten wächst und ihr Gewicht in einen neuen internationalen Umwälzungsprozeß einbringen wird oder ob es hier nichts weiter geben wird als die fortschreitende Zerstörung. So eskaliert ist die Situation: Es läuft in die eine oder in die andere Richtung, nichts wird so bleiben, wie es ist. Die Krise des Kapitals und die Krise des Proletariats brachten schon einmal den Faschismus hervor. Es ist wichtig, die Gefahr, die in der zugespitzten Situation liegt, zu sehen. Es ist aber genauso dringend, die Möglichkeiten, die in der Situation liegen, zu begreifen. Die Beschränkung der Gedanken auf die gesamte wie auf die eigene Krise vieler Linker hat in den letzen Jahren die Stagnation gefestigt und Verantwortung jeder/s einzelnen für die Entwicklung unserer Seite in den Hintergrund gedrängt. In vielem, was in den letzten Jahren gesagt worden ist, kam hauptsächlich rüber, andere, die mit den verschiedensten Initiativen nach Veränderungen gesucht haben, zu beurteilen und festzustellen,

»daß das jetzt auch nichts bringt«, eine – trotz des Schlechtgehens der meisten dabei – bequeme Position, die außenstehend in der Beobachtersituation verharrt.

Wenn wir von der Verantwortung der Linken reden, meinen wir die Verantwortung und Initiative von jeder/m für den Prozeß. Die Gedanken und die Praxis aller sind gefragt. Es gibt kein Programm, kein Konzept, von uns nicht und von anderen nicht. Das ist auch gar nicht möglich. Es ist ein Prozeß des Sich-Findens auf neuer Grundlage und in allen Auseinandersetzungen. Der Diskussion, die wir jetzt wollen, geht es um ein Herausfinden neuer Gedanken für den Umwälzungsprozeß.

Die gesellschaftliche Alternative wollen wir finden und zusammen erkämpfen, sonst wird die reaktionäre Seite in der Gesellschaft weiter erstarken. Reaktionäre und rassistische Mobilisierung im Inneren, in der das Soziale unter den Menschen abgetötet ist, ist für den deutschen Staat – der im Konkurrenzkampf des internationalen Kapitals die Führung in der Welt anstrebt – Voraussetzung, die Vernichtungspolitik gegen die Völker weiter zu eskalieren. Es ist die Voraussetzung für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr, auf den sie jetzt zusteuern. Es ist unsere Verantwortung, die Verantwortung der Linken in diesem Land, die Gegenmacht aufzubauen, die in der Lage ist, auch das zu verhindern.

Der Weg zur Befreiung führt über den sozialen Aneignungsprozeß, der Teil wird in einem neuen internationalen Kampf für die Umwälzung.

Erklärung von Christian Klar im Stammheimer Prozeß

7. September 1992

Anfang des Jahres kam die Koordinierungsgruppe für Terror, die in Wiesbaden alle die Repressionsapparate und Dienste zusammenführt, die seit der alten Gestapo getrennt bleiben sollten, mit einer Sache raus, die als eine neue Haltung des Apparats in der Gefangenenfrage gelten soll. Der damalige Bundesjustizminister präsentierte das für die Öffentlichkeit, und seitdem hieß das »Kinkelinitiative«. Daran kam anfangs auch Optimismus auf – was die Lage der Gefangenen angeht – als auch allgemeiner: Erwartung auf eine Rücknahme der Kriminalisierung und Unterdrückung der linken, radikalen, oppositionellen Bewegungen hier im Land. Inzwischen sind acht Monate vergangen. Es ist hier nicht Sache, ins einzelne zu gehen. Wer nicht tägliche, hautnahe Erfahrungen macht, liest jedenfalls Zeitung und sieht die TV-Bilder.

Aber kurz zum Bereich Knäste und Prozesse, daß dieser Prozeß hier überhaupt angesetzt wurde und weitere in der Art folgen werden, sagt schon Entscheidendes. Die Situation der Gefangenen ist wie gehabt. Die Verweigerung der Zusammenlegung und die Handhabung der Freilassungen bzw. die Ablehnungen sogar gegenüber weiteren schwer Kranken – das alles ist keine neue Haltung, vielmehr ist aus einer mehrmonatigen Entwicklung ein Geiselkalkül mit ganz neuem Ehrgeiz rausgekommen: im angeschlagenen Rhythmus haben sie sich errechnet, das Geiselmaterial reicht ihnen für die nächsten zehn Jahre. Also die nächsten zehn Jahre (Selbst-)Disziplinierung militanter Politik in Deutschland? Derweil ist in den letzten Monaten eine ganz andere Initiative fett geworden, nochmal eine »Kinkel-Initiative«, diesmal eine echte: in konsequenten Schritten wurden verbliebene Hindernisse aus dem Weg geräumt, um auch deutsches Militär in die Startpositionen zu bringen für das kommende blutige Rennen der imperialistischen Mächte um die Neuaufteilung der Welteinflußregionen. Zwischen erster und zweiter Sache besteht natürlich ein Zusammenhang. Fürs Aufschwingen zur Weltmachtfähigkeit, die neue Dominierung und Verwüstung anderer europäischer und vieler außereuropäischer Völker heraufbeschwört, soll die Organisation in Deutschland, die aus den vergangenen 22 Jahren die größte internationalistische Ausstrahlung und moralische Achtung besitzt, an die Gefangenenfrage gefesselt werden.

Aber die westliche Weltpolizeitendenz, die Politik der Verwüstungen, um Platz zu schaffen für erweiterte Machtpositionen und neue Booms der Weltmarktfürsten, und die Tatsache, daß seit den Pogromen in Rostock der Rassismus zur offiziellen deutschen Staatsideologie erklärt ist, diese Entwicklungen bringen mich zu der Meinung, daß die neu aufbrechende und sich organisierende Linke hier im Land ihre Strategie entwickeln sollte, ganz ohne sich von den Drohungen des Apparats beeindrucken zu lassen, daß er ja Gefangene in der Hand hat.

Zum Prozeß hier: Er ist auf die gelaufenen Kronzeugengeschäfte aufgebaut. Im sozusagen Rechtlichen bedeutet das nur, daß die Staatsschutzjustiz sich ein weiteres Mal als Institution selbst auf den Begriff bringt: alles ist recht, was nur ihre Rolle als bloßes Instrument zur Ausmerzung revolutionärer Opposition schmiert. Aber es gibt da einen wichtigeren Punkt. Das Modell ist die westliche Medienmaschine, wie sie 1991 für die Bevölkerungen der reichen Zentren eine Scheinwirklichkeit in die Wohnstuben projizierte, bis der Konsens so weit geschaffen war, die Golfintervention durchzuführen. In derselben Herrschaftstechnik läuft das mit der Präsentierung von sogenannten Kronzeugen. Die paar kriminalistischen Informationen sind ganz zweitrangig. Die Hauptsache ist die ausgedehnte Inszenierung von Scheinwirklichkeit für die staatliche Politik, tatsächliche Geschichte zu usurpieren, damit sie nicht von unten für die Zukunft angeeignet wird. Der Apparat mästet sich am Kollaborateur. Aber in der Sache Authentisches kann der nicht mehr vermittelt. Er selbst ist aufgelöst in den Zwängen von innerer Rechtfertigung, von Rückversicherungen und für die Erfüllung des eigenen Beitrags zu dem Geschäfts, das ihm den Lohn bringen soll.

Schließlich zur Geldaktion in Zürich: Man müßte nicht groß darüber reden, wenn es bei dieser Aktion nicht Opfer unter Unbeteiligten gegeben hätte.

Grundsätzlich vorweg noch gesagt: Daß für die Bedürfnisse revolutionärer Bewegungen das Geld aus den Tresoren des Kapitals herausgeholt wird, ist natürlich gerechtfertigt. Damit werden die Scheine aus dem Kreislauf der Ausbeutung und Versklavung rausgenommen und gerechten Zwecken übergeben.

Es geht hier um die Geldbeschaffungsaktion im November 1979 in der Züricher Innenstadt. Der Ausgangspunkt der Probleme ist gewesen, daß der Abgang nach der Bank nicht ausreichend überlegen aufgebaut gewesen ist, dann muß nur noch ein Zufall dazukommen, und die Bedingungen sind da, in denen Aktivbürger sich ermutigt fühlen, Hilfskraft für die B. zu spielen. Solche Leute haben schließlich auch mobilisierte Polizei an die RAF-Gruppe rangeführt. Bis dahin war noch kein Mensch verletzt worden. Aber zwei der Polizisten lösten dann an zwei verschiedenen Orten die Schußwechsel aus, in deren Zusammenhang eine Passantin tödlich getroffen wurde und eine zweite Frau schwer verletzt. Allerdings anders, als die Anklageschrift monströs zeichnet, hat es von der RAF-Gruppe aus an keiner Stelle der Flucht absichtliche Schüsse gegen das Leben ziviler Personen gegeben, auch gegen keine der beiden Frauen! Aus den objektiven Hinweisen ist nicht mal gewiß, ob der Tod der Passantin oder die Verletzung der PKW-Besitzerin durch Polizeikugeln oder durch Kugeln aus den Waffen der RAF-Gruppe verursacht wurden. Und nach den eigenen Rekonstruktionen später gab es nur Wahrscheinlichkeiten, gefolgert aus dem Standort von Personen und aus den Schußrichtungen. Aber das alles soll nicht die Verantwortlichkeit unklar machen. Die liegt schon mal darin, daß es die eigene Aktion gewesen ist. Und besonders darin, als den Gefechten mit Polizisten nicht mehr auszuweichen war, die Waffen zum Teil mit einem Mangel an Umsicht eingesetzt worden sind, zum Teil

auch mit schlimmer Rücksichtslosigkeit, die in solcher Umgebung nicht sein darf. Es gehört zur grundsätzlichen Verantwortlichkeit, daß der Einsatz der Waffen, wenn dem schon nicht mehr ausgewichen werden kann, dann so geschieht, daß keine Unbeteiligten gefährdet werden.

Das sind Prinzipien aus dem Wesen der revolutionären Linken – und sich als Einzelner oder Organisation immer wieder dahinzuschaffen, es auch umzusetzen, muß die (Selbst-)Erziehung bewaffnet kämpfender linker Organisationen sein.

Erklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD zum Prozeß gegen Christian Klar

7. September 1992

Heute beginnt der Prozeß gegen Christian Klar.

Wir Angehörige sind hier in Stammheim, um gegen diesen Prozeß zu protestieren. Wir fordern die sofortige Einstellung des Verfahrens. Dieser Prozeß muß eingestellt werden, weil die Anklage auf Kronzeugenaussagen beruht, nämlich auf Aussagen von Boock und von in der ehemaligen DDR verhafteten RAF-Aussteigern. Das in der Öffentlichkeit umstrittene Kronzeugengesetz ist eines der zahlreichen Sondergesetze, die der BRD-Staat seit über 20 Jahren gegen die politischen Gefangenen einsetzt, um ihren Kampf zu entpolitisieren und um sie mit aller Macht in den Vernichtungstrakten seiner Gefängnisse zu halten.

Dieser Prozeß muß eingestellt werden, weil Christian Klar wie alle anderen politischen Gefangenen freigelassen werden muß, statt zu einer weiteren Haftstrafe, vielleicht sogar nochmals zu lebenslänglich verurteilt zu werden.

Christian Klar ist seit zehn Jahren im Knast. Acht Jahre davon war er der Folter der Einzelisolation unterworfen. Danach gab es zwar minimale Verbesserungen seiner Haftbedingungen, die Sonderhaft blieb. Vor allem die Forderung nach Zusammenlegung in große Gruppen wurde weder für ihn noch für die anderen politischen Gefangenen erfüllt.

Die Folgen dieser Folter können die Gefangenen auch bei einer Zusammenlegung in große Gruppen nicht mehr wegkriegen. Das ist nur möglich, wenn sie freigelassen werden.

Dieser Prozeß muß eingestellt werden, weil es Zeit ist, daß der Staat Schluß macht mit dem Ausnahmezustand gegen die politischen Gefangenen.

Der lange Kampf um die Durchsetzung der Forderungen der politischen Gefangenen hat den Staat gezwungen, auf andere als allein auf repressive Mittel gegenüber den politischen Gefangenen zurückzugreifen. Das drückt sich in der sog. Kinkel-Initiative aus. Was ist daraus geworden? Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Thomas Thoene und Luitgard Hornstein sind in diesem Jahr entlassen worden. Wir freuen uns darüber, aber wir haben nicht vergessen:

– Günter Sonnenberg war 15 Jahre in Haft, obwohl er wegen seiner Schußverletzung von Anfang an haftunfähig war.

– Claudia Wannersdorfer war infolge der Haftbedingungen seit Jahren haftunfähig.

– Thomas Thoene und Luitgard Hornstein waren wegen ihrer politischen Identität und aufgrund des unbedingten Verurteilungswillens des Gerichts zu hohen Strafen verurteilt worden.

Von Anfang an haben wir Angehörigen zu der Kinkel-Initiative gesagt: Es muß eine Lösung für alle politischen Gefangenen geben. Alle politischen Gefangenen müssen raus, und zwar ohne Bedingungen. Voraussetzung dafür ist ein wie auch immer sich äußerndes Eingeständnis des Staates, daß er seit 22 Jahren die politischen Gefangenen der Isolatioin, Sondergesetzen und -bedingungen unterwirft, statt wie bisher die Normalität zu behaupten, d.h. die Freilassung von politischen Gefangenen allein an juristischen Formalien (wie z.B. Antrag auf Aussetzung des Strafrests – 2/3-Antrag) zu binden. Daß der Staat dazu nicht bereit ist, wird an vielem deutlich:

– das Hinauszögern von Bernd Rössners Freilassung,

– Ali Jansen und Isabel Jacob sind haftunfähig und immer noch im Gefängnis,

– vor kurzem die strikte Ablehnung der Justizbehörden, die Gefangenen zusammenzulegen,

– die Verschärfung der Haftbedingungen bei einigen Gefangenen in diesem Jahr,

– und dieser Prozeß gegen Christian Klar und ihre Absicht, weitere Prozesse gegen Ingrid Jakobsmeier, Sieglinge Hofmann, Rolf-Clemens Wagner, Eva Haule, Adelheid Schulz und Helmut Pohl zu führen.

Gegen die Absicht des Staates, sich mit der Freilassung einiger weniger politischer Gefangener aus der Verantwortung für Isolationsfolter, Sondergesetze und Sonderverfahren zu ziehen und somit Kritik und Protest im Inland und Ausland zu begegnen, werden wir unsere praktische Solidarität mit den politischen Gefangenen setzen und für eine politische Lösung für alle politischen Gefangenen eintreten für die Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Karl-Heinz Dellwo

November 1992

Die Bundesjustizministerin hat Bernd Rössner »Strafausstand« gewährt. Das ist der Ersatz für eine Entscheidung des Bundespräsidenten, die trotz fester Zusage nicht gekommen ist. Statt einer politischen Entscheidung liegt nun eine vor, die die Notwendigkeit einer politischen Antwort des Staates auf die Gefangenenfrage, aber auch auf die RAF, unterschleichen will. An der staatlichen Haltung uns gegenüber hat sich damit nichts geändert. Diese Entscheidung macht politisch nichts auf.

Im Januar 1992 war der damalige Bundesjustizminister Kinkel mit der Erklärung an die Öffentlichkeit getreten, von seiten des Staates politische Bewegung in das Verhältnis mit uns reinzubringen. Eine 22jährige gesellschaftsrelevante Konfrontation hat ganz einfach auch ihre faktische Evidenz geschaffen, der nur noch Dummköpfe ihren politischen Gehalt bestreiten können. Das war durchaus neu, gehörte es doch zur politischen Schizophrenie dieser Jahre, das Politische dieser Situation im Interesse ideologisch-propagandistischer Positionen wegzubeten. Es kam allerdings schon Jahre zu spät.

Wir hatten 1989 in unserem damaligen Hungerstreik um Zusammenlegung bereits versucht, die politisch und auch militärisch festgefressene Situation zu öffnen und eine neue Entwicklung zu ermöglichen. Die RAF hatte, wie ihr nicht-militärisches Verhalten bewies, diesen Versuch mitgetragen. Vom Staat allerdings war das nur als unsere Schwäche ausgelegt worden, wieder einmal lehnten sie sich zurück, wieder einmal sahen sie sich kurz vor dem großen Sieg. So traten sie nach dem Abbruch des Hungerstreiks auch nur nach: Die Verweigerung der Zusammenlegung wurde festgeklopft, neue Kampagnen gegen uns oder unsere Anwälte inszeniert, neue Zellenrazzien und das Einleiten neuer Prozesse. Nach außen weiter der alte Repressionsbetrieb. Das Ergebnis war die Fortsetzung der militärischen Konfrontation.

Kinkel dann am Jahresanfang, »mit den Sicherheitsbehörden abgestimmt«, schien endlich ein Anzeichen dafür zu sein, daß auch der Staat sich der politischen Realität stellen will. Allerdings kam kurz nach dieser »Initiative« von den gleichen »Sicherheitsbehörden« die erste Rücknahme: Die BAW zog ihren selbstproduzierten »Kronzeugen« Nonne aus der Tasche und versuchte, jedes politische Vorgehen zu durchkreuzen. Auch ansonsten blieb die »Kinkel-Initiative« ihren Realitätsbeweis schuldig. Wäre sie ernst gemeint gewesen, hätten ihr Schritte zur Zusammenlegung folgen müssen. Im vollständigen Fehlen dessen war bereits ausgedrückt, daß auch die »Kinkel-Initiative« weiter auf der Prämisse der Zerstörung der Gruppe basierte. Daran wird sich natürlich nichts entwickeln.

Im April kam dann die Erklärung der RAF, Angriffsoperationen auszusetzen zugunsten des Einleitens eines politischen Prozesses. Die Gefangenen haben das durch

die Erklärung von Irmgard Möller bekräftigt. Diesen Schritt der RAF muß man eindeutig als Versuch sehen, aus der Illegalität heraus das neu in Gang zu setzen, womit die Gefangenen 1989 gegen die dumpfe Haltung der Macht gescheitert waren. Mit weiteren Erklärungen hat die RAF inzwischen ihre Entscheidung bekräftigt und vertieft. Damit war auch die Frage des bewaffneten Kampfes offen gemacht und eine Situation hergestellt, wie es sie zuvor noch nie gegeben hat.

Die unmittelbaren öffentlichen Reaktionen darauf – läßt man mal Politiker wie Däubler-Gmelin oder Penner beiseite, ebenso wie die CSU, von der nichts anderes zu erwarten ist – waren teilweise von der Erkenntnis getragen, daß es auf diesen qualitativen Schritt der RAF eine entsprechende Antwort geben muß. Gekommen ist sie nicht.

Stattdessen wurde nur taktiert. Während von Stahl z.B. öffentlich erklärte, die Gefangenen müßten nicht abschwören oder ihre Geschichte denunzieren, versuchte der zuständige OLG-Senat, Günter Sonnenberg im Anhörungsverfahren genau dazu zu zwingen. Gegen die sofortige Freilassung von Bernd Rössner wurden immer neue Schwierigkeiten geschaffen. Wurde der RAF-Schritt im April in den öffentlichen Stellungnahmen noch begrüßt, erklärte die neue Bundesjustizministerin unter Ausschluß der Öffentlichkeit im August den Anwälten: »Es wird keine politische Entscheidung geben«, »keine ZL«, und: »Machen Sie den Gefangenen keine Hoffnungen«. Verbunden war das mit dem Verlangen, daß das nicht öffentlich wird. Eine vollständige Absage, aber ohne politische Kosten – wie immer die Strategie des maximalen Profits! Darüber hinaus zieht die BAW nicht nur ihre neuen Verfahren durch, die ein neues aggressives Moment in die Situation bringen; sondern sie führt sie auch mit der öffentlich dargelegten Absicht, die Freilassung von den Gefangenen auf mindestens die nächsten zehn Jahre zu verhindern. Als könnte das aufgehen!

Wir hatten keine irrationalen oder unerfüllbaren Anforderungen gesetzt. Uns war klar, daß es ein längerer Prozeß ist, an dessen Ende die Freiheit der politischen Gefangenen steht und eine Lösung für darüber hinausgehende Fragen. In der Erklärung von Irmgard Möller stand, daß niemand von uns davon ausgeht, daß die Freiheit aller Gefangenen von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Aber es muß für alle und alles eine Perspektive in einem überschaubaren Zeitraum geschaffen werden.

Sofort möglich für den Apparat und die Politik war die Freiheit aller haftunfähigen Gefangenen, das Einleiten bei denen, die über 15 Jahre inhaftiert sind, und jener Widerstandsgefangenen, die schon jetzt zwei Drittel ihrer Haft hinter sich haben. Für die anderen als Übergangslösung zu ihrer Freiheit die Zusammenlegung. Zu den notwendigen Schritten von Staatsseite gehört auch die Mehrfachanrechnung der Isolationshaft. Nichts ist gelaufen.

Trotzdem hatten wir noch auf die angekündigte Entscheidung zu Bernd Rössner gewartet, um danach für alle, die über 15 Jahre in Haft sind, Entlassungsanträge zu stellen. Das sind in Lübeck: Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Christine Kuby, hier in Celle: Lutz Taufer, Knut Folkerts und ich. In Bochum betrifft es Stefan Wisniewski.

Verbunden damit war die Bereitschaft zu den Anhörungen, und es ist auch klar, auf was wir uns dort einlassen und auf was nicht: keiner von uns wird nach seiner Freilassung zum bewaffneten Kampf zurückkehren. Wir hatten das im April bereits gesagt: Aus den tiefgreifenden globalen und innergesellschaftlichen Umbrüchen ist eine einfache Fortsetzung der Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre unmöglich. Der Schritt der RAF war überfällig und hat die Suche nach der Neubestimmung systemoppositioneller Politik erleichtert.

Keiner von uns aber wird in diesen Anhörungsverfahren eine Auseinandersetzung über unsere Geschichte, unser Selbstverständnis oder das, was ein emanzipatorischer Prozeß – individuell wie auch gesellschaftlich – in der Zukunft sein kann, führen. Diese Auseinandersetzung ist öffentlich, und wir suchen darin eine neue Grundlage für die Zukunft. Wir werden uns mit diesen Gesellschaftsverhältnissen nicht versöhnen. Wir wollen auf anderer Ebene gegen die kapitalistischen Verhältnisse, für die fundamentale Umwälzung weiterkämpfen. Die Lebensverhältnisse hier und im Trikont lassen für uns nichts anderes zu.

An der Entlassungsfrage Bernd Rössner hätte sich eine politische Zäsur auf der Staatsseite artikulieren können. Nach dem Inhalt der nun getroffenen Entscheidungen können wir nur noch feststellen, daß sie diese politische Bedeutung nicht mehr hat. Denn die jetzige Entscheidung besagt, daß die weitere Behandlung aller Fragen nicht nur der Form, sondern auch dem Inhalt nach an die Justiz abgegeben worden ist. Jene wird aus ihrer ideologischen und normativen Fixierung heraus erst recht nicht die Entscheidungen treffen, zu denen die Politik offensichtlich nicht willens ist.

Natürlich soll jede/r raus, die/der raus kann. Irmgard Möller sitzt im 21. Haftjahr, 17 Jahre nach dem völkerrechtswidrigen Vietnamkrieg vollstreckt die Bundesregierung immer noch die Rache an denen, die auf Seiten dieses vom imperialistischen Genozid bedrohten Volkes gegen diesen Krieg gekämpft haben. Das steht symbolhaft für die Zustände hier: Die vom System gehaltene Vergangenheit wütet in ihrer Logik und in ihrem Sinngehalt immer weiter fort. Mit nichts gibt es einen Bruch. So kann alles auch immer neu wiederkommen: Dafür stehen die Neonazis, dafür steht auch der Namensgeber der »Kinkel-Initiative«, der, kaum zum Außenminister geworden, seinen Vietnamkrieg in Kurdistan mitführt. So setzt sich auch im Innern die Logik ihrer Staatsschutzdemokratie fort. So können wir auch nur feststellen: Wie jedes Mal in der Vergangenheit, so ist auch dieser Versuch von uns, eine andere Entwicklung einzuleiten, gemeinsam von Politik und Apparat substantiell aufgefressen worden.

Wir werden das mit dem Anhörungsverfahren weitermachen. Aber wir sagen auch: Es gibt grundsätzlich gegenüber den Gefangenen und der RAF von Seiten des Staates keine offene politische Situation mehr. Sie hängen immer noch der Absicht nach, uns als Gruppe politisch zu zerstören.

Wir sagen aber auch: Auch wenn alles eine Neubestimmung erfahren muß – die Geschichte im bewaffneten Kampf ist Teil unseres Lebens. Er selber ist Teil des weltweiten linken Aufbruchs ab Mitte der 60er Jahre. Es wird niemandem gelingen, diese Geschichte auszulöschen und unseren Zusammenhang zu sprengen.

Unsere Entscheidung, daß jetzt die Entwicklung eines politischen Prozesses auf neuer Grundlage für uns Priorität hat, ist eine kollektive, und so muß auch damit umgegangen werden. Alles andere wird nicht aufgehen.

Knut Folkerts

7. Januar 1993

Der Brief von KH [Karl-Heinz Dellwo] von Anfang November hatte eine bestimmte Funktion. Wir hatten zuvor mehrfach öffentlich gesagt, daß wir die Zustimmung zu Anhörungsverfahren bzw. Anträgen von der Freilassung von Bernd [Bernd Rössner] abhängig machen. Das zog sich über Monate. Dann kam die Entscheidung zur »Haftaussetzung«, im Gegensatz zu der Zusage von Weizsäcker im Sommer, Bernd über »Begnadigung« freizulassen.

Wir hatten uns vorgenommen, daß alle Gefangenen, die über 15 Jahre inhaftiert sind, gemeinsam Anträge stellen und eine Erklärung rausgeben, damit klar wird, wie wir die Situation sehen, was wir machen und was nicht. Die wollten wir in Celle und in Lübeck namentlich unterschreiben; auch gegenüber der absichtlich diffusen Namensnennung durch den Apparat zu Anfang des Jahres, wo z.B. Christa [Christa Eckes] genannt wurde, die im Juli mit Endstrafe entlassen werden mußte, und willkürlich einige Namen vorkamen und andre nicht, was von den Medien staatsschutzhörig reproduziert wurde. Im Kontext der Forderung nach einer Gesamtlösung, wie wir das in allen unseren öffentlichen Äußerungen dieses Jahr vertreten haben, sollte damit die Teilforderung nach sofortiger Freilassung der am längsten Inhaftierten konkretisiert werden.

Die Rücknahme der Zusage zu Bernd brachte zum Punkt, daß die politische Ebene die Bestimmung dem Apparat überläßt, der natürlich erst recht nicht die Entscheidungen trifft, zu denen die Politik nicht willens ist, und somit alle Möglichkeiten zu einer Änderung in der Gefangenenfrage – was substantiell nur heißen kann: alle Gefangenen aus RAF und Widerstand freizulassen – aufgefressen wurden.

Auch wenn sich darin die Fortsetzung des alten zeigt, haben wir entschieden, die Anträge zu stellen. Sie könnten sonst behaupten, es läge an den Gefangenen, daß sich praktisch nichts tut.

Da für den 7.12.92 das Anhörungsverfahren für KH und Lutz [Lutz Taufer] terminiert war (ohne Antrag), mußten wir uns unmittelbar verhalten. Mit dem Brief von KH, statt einer gemeinsam unterschriebenen Erklärung von Lübeck und Celle, haben wir das der Entwicklung entsprechend tiefer gehängt. Der Anlaß war kein Grund für lange politische Erklärungen. Mehr als eine kurze Erklärung würde nirgendwo abgedruckt. Ursprünglich wollten wir uns ausführlicher äußern, wir haben es dann aufs wesentliche gekürzt – in Hinblick auf den Anhörungstermin. Eine kurze Chronologie dieses Jahres und was wir seit dem HS [Hungerstreik] '89 versucht hatten und demgegenüber die staatliche Haltung. Dann – um es vorher öffentlich transparent zu machen, was wir in diesen Anhörungen sagen und was nicht.

Ganz bewußt haben wir darin den Satz geschrieben, daß keine/r zum bewaffneten

Kampf zurückkehrt – von uns begründet im Zusammenhang, um es nicht der Gegenseite zu überlassen, diese einfache Tatsachenfeststellung aus dem Zusammenhang zu reißen und ihren Propagandainhalt draufzudrücken: »Haben (der Gewalt) abgeschworen«, wie sie es bei Günter [Günter Sonnenberg] gemacht haben und immer machen werden. So haben sie auch den Brief in den Medien definiert, aber jede/r Interessierte hatte die Möglichkeit, ihn ganz (in FR und taz) nachzulesen. Einige Reaktionen, wie wir sie von draußen aus einer bestimmten Szene mitbekommen haben, zeigen wie bestimmend die Definitionsmacht der Staatsmedien über ihre Wahrnehmung und ihr Denken ist.

Natürlich kann man in der Kürze den Bezug zur gegenwärtigen gesellschaftlichen Lage nur minimal herstellen – was sich am Beispiel von Irmgard abbildet, nach 21 Jahren, Vietnam, RAF ... und wie es die ganze Situation jetzt betrifft: die innere Faschisierung, die Kriegstreiberei nach außen.

Aber wir können weder als Gefangene noch in solch einer Erklärung lösen und umkehren, daß »alles, was links ist, im Rückzug ist«. Der Brief ist doch nicht das einzige, was von uns dieses Jahr kam. Noch nie haben wir so viel öffentlich gesagt, von allen Gefangenen wohl am meisten. Diese Möglichkeit wurde uns nicht geschenkt, sie ist auch nicht einfach Länderunterschied. Wir haben sie uns erkämpft. Zum Beispiel mit einem Hungerstreik 1991, wofür wir noch monatelang heftig kritisiert wurden.

Wir haben diese Möglichkeit genutzt, aus der Kleingruppe. Lieber wäre mir natürlich, nach einer gemeinsamen umfassenden Diskussion mit allen Gefangenen sich zu äußern. Aber wir würden uns selbst handlungsunfähig machen, wenn die Zusammenlegung Voraussetzung für öffentliche Äußerungen und für politisches Verhalten wäre, es ist ein Widerspruch, in dem wir uns bewegen müssen.

Von Lübeck gibt es das TV-Interview und Irmgard im SPIEGEL. Wir haben das »konkret«-Gespräch gemacht, das Premiere-TV-Interview, mit dem NDR ein TV- und Radiointerview, von mir gibt es ein TV- und ein ausführliches Radio-Interview eines holländischen Senders.

Zwangsläufig sind auch diese inhaltlich und zeitlich beschränkt und teils stark zusammengeschnitten, aber noch nie haben wir so viel in Massenmedien sagen können (und wir hatten als Hörer nicht ein linkes Plenum im Kopf) – was nicht zu unterschätzen ist, wie es jahrelang gemacht wurde, wo eine Figur wie Boock das Bild über uns prägte.

Wir haben gute Reaktionen erfahren, die unverstellte Wahrnehmung von Menschen aus unterschiedlichsten Bereichen, auch gerade aus der Ex-DDR, ebenso in Holland, und deren direkte Äußerung: die müssen raus, wir wollen die Gefangenen draußen bei uns haben. Schon allein dies bestätigt, daß es gut war, das zu machen, auch wenn ich mit manchem nicht zufrieden war. Das haben wir nicht mit links gemacht, aus der Situation zweimal nicht. Zuvor hatten wir alles mögliche überlegt. Ja, und dann bist du in dieser verrückten Umgebung, in der früher jeder Satz, jede Äußerung zensiert und oft einfach »angehalten« wurde, und die Kamera läuft.

Wenn man diese Anwürfe jetzt gegen uns ansieht, fällt auf, daß sie völlig jenseits von konkretem Handeln in konkreter Situation liegen und keine Logik haben: Was hätten wir stattdessen und besser machen sollen? Die Anhörung auf uns zukommen lassen?

Es wird nicht nur negiert, was ich gesagt habe, was wir insgesamt geäußert haben – die eigene Begriffslosigkeit wird einem draufgesattelt. Wer hat auf eine »vernünftige Fraktion im Staat gesetzt«? Wer sprach von einer »Spaltung innerhalb des Apparates«, von einer »weichen und harten Linie, woraus sich Chancen für die Freilassung ergäben«?

In der »konkret« sage ich genau das Gegenteil:

Es gibt keine Teile im Apparat, die mit gesellschaftlichen Widersprüchen anders umgehen. Alles hängt von gesellschaftlichen Kämpfen ab, in denen sich entscheiden wird, wie politisch Raum für alle existentiellen Fragen eröffnet werden kann und wie der herrschende Konsens zu schleifen ist.

Und: Was die Gefangenen betrifft: Es gibt Fraktionierung in den Apparaten, die wir aber nicht überschätzen, denn es geht denen, die nach neuen Wegen suchen, ums gleiche Ziel. Aber Kinkels Äußerungen sind – wie auch immer – ein politischer Ausdruck dieser Widersprüche, die lange herangereift sind.

Und: Das Wort Versöhnung ist völlig falsch. Die Widersprüche sind antagonistisch, sie haben uns hervorgebracht, und sie werden auch in Zukunft antagonistisch bleiben. Die RAF hat in ihrer Erklärung offen gemacht, in welchen Formen und in welcher Schärfe die Widersprüche ausgetragen werden.

Und: Sie wollen uns und unsere Geschichte nach wie vor auslöschen.

Schon diese wenigen Stellen widerlegen die Unterstellungen. Wenn von Unterschieden in den Apparaten die Rede ist, dann von jenen zwischen: nichts wie drauf und weiter so wie bisher, und anderen, die mit Flexibilität zum selben Ziel gelangen wollen. –

»Daraus« ergibt sich gar nichts. Aber offensichtlich ist das Verständnis schon überfordert, zwei widersprüchliche Gesichtspunkte auf die Reihe zu bekommen: Daß der Apparat nicht homogen ist und daß er sein Vorgehen, wie in der KGT zusammengefaßt, gemeinsam abstimmt und bestimmt. Widersprüche in jedem Fall nur über eine Mobilisierung in unsre Richtung genutzt werden können.

Es geht aber gar nicht um diese oder jene Einschätzung, wie sie jetzt zum Problem gemacht werden in diesem verwahrlosten Umgang mit »Argumenten«, der viel von den eigenen Problemen verrät, nicht aber davon spricht.

Ich kann mir das nur mit blinder, alles verkehrender Reaktion auf die herrschende Macht erklären. Ohnmacht angesichts der Wirklichkeit, wie sie sich im Laufe des Jahres noch verdichtet hat: In der Freilassung der Gefangenen nicht weitergekommen zu sein. Kein Durchkommen irgendwo. Im Gegenteil – Staat und Nazis, reaktionäre und rassistische Bevölkerungsteile bestimmten Öffentlichkeit und Alltag. Die Linken sind handlungsunfähig und gesamtgesellschaftlich weitgehend bedeutungslos. Alles, worauf linke Politik sich gründete, löst sich auf.

Nur aus dieser Defensive und Perspektivlosigkeit ist es zu erklären, daß sich welche von einem taz-Kommentar auf die Rolle schicken lassen, der Kinkels Äußerungen ummünzen will in eine »neue Zivilität« der BRD.

Es ist so, als kämen alle Kinderkrankheiten dieser Linken zugleich zum Ausbruch, je weniger es werden. Auffallend die Weigerung, selbst zu denken und zu handeln. Statt selbst eine Initiative zu ergreifen und zu entwickeln, was gewiß nicht einfach ist, muß stattdessen Schuld verteilt werden und argumentativer Wirrwarr angerichtet, was einfacher ist. Daß solche Verhaltensweisen draußen drinnen eine Entsprechung haben und sich gegenseitig bestätigen, ist auch nicht neu. Das war schon bei den Anti-Imp-Zeiten der Fall, für die heute keine/r mehr verantwortlich sein will.

Gerade diejenigen, die im Laufe des ganzen Jahres mit nichts aufgefallen sind, stellen sich jetzt hin: Es war sowieso nichts anderes als Counter! Und wollen uns belehren, daß der Staat nur seine Interessen verfolgt. Eine umwerfende Neuigkeit.

Als Anfang '92 Kinkel die Freilassung von Gefangenen aus der RAF öffentlich thematisierte (natürlich aus staatlichem Interesse und mit ihren Zielsetzungen – was denn sonst?!), war das schon mal die erste Kritik, an uns und an den Linken, die nicht selbst zu einer Initiative fähig waren, die nach zwei Jahrzehnten diese Frage politisch auflädt und eine Mobilisierung daran entwickelt. Tagelang war es ein Topthema in den Medien. Von unsrer Seite wurde dies nicht genutzt, was voraussetzt, rechtzeitig uns zu äußern. Dadurch war und blieb der Staat Subjekt.

Unsere Trennung voneinander und die extremen Bedingungen für die meisten sind ein Grund dafür. Aber so sind sie, und sie werden uns nichts schenken.

So blieb es im öffentlichen Raum hängen, wie sie es bestimmt und serviert hatten. So konnte für uns nicht gewendet werden, daß die Thematisierung einen politischen Charakter hatte, wie er auch in der öffentlichen Wahrnehmung, in allen Zeitungskommentaren begriffen wurde. So konnten sie die politische Dimension wieder zurücknehmen und mit »normalen Verfahren« überlagern.

Damit wir nicht auf eine offene Medienlage stoßen und den politischen und materiellen Inhalt durchsetzen können, haben sie das ganze erstmal nach zehn Tagen gestoppt. Aber von uns kam nichts. Wir hier haben darauf gedrängt, es waren andre, die auf »abwarten« setzten. Die Erklärungen von unseren Anwälten und den Angehörigen konnten das nicht ersetzen.

»Die Spitze der Bonner Koalition hat am Mittwoch verabredet, die öffentliche Debatte um die Freilassung von inhaftierten Terroristen der Rote Armee Fraktion zu beenden. Die im Koalitionsgespräch beschlossene offizielle Sprachregelung, die Regierungssprecher Vogel mitteilte, lautet: ›Die Koalitionspartner stimmten überein, daß die inhaftierten Terroristen die absolut gleiche Behandlung nach geltendem Recht und Gesetz erfahren wie alle anderen rechtskräftig Verurteilten.‹ Es gebe also keine Bevorzugung. Ansonsten wurde auf die offizielle Zuständigkeit der Gerichte und der Bundesländer verwiesen« (SZ, 9.1.92).

Erst nach der Erklärung der RAF vom 10.4.92 gab es eine kurze, die Irmgard [Irmgard Möller] im Namen aller RAF-Gefangenen veröffentlichte.

Danach haben wir hier (und in Lübeck) die Interviews gemacht, haben wir uns aus unsren Möglichkeiten artikuliert, was aufwendiger war wie es erscheinen mag, denn bis zuletzt war es ein Gezerre, ob und wie es möglich wird. Wir wollten uns als konkrete Personen vermitteln: wer wir sind, woher wir kommen, wie unsre Situation war und wie sie insgesamt ist, wofür wir kämpfen ...

Wir haben die Freiheit für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand verlangt, die sofortige Freilassung der Haftunfähigen, besonders Bernd, die Freilassung der am längsten Inhaftierten (die sofort möglich ist) und die Zusammenlegung der anderen bis zu ihrer Entlassung in ein bis zwei Jahren.

Schon seit Jahren sprechen wir davon, daß es nach dieser Zeit um die Freiheit gehen muß. Damit sind wir nicht selten auf merkwürdige Reaktionen gestoßen, die von einem verinnerlichten Naturverständnis des herrschenden Status quo sprechen, jene »Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols«, das welche bei uns befürchten.

Nachdem die »Freilassung« von Staatsseite gegriffen wurde, können wir nicht mit der ZL-Forderung antworten. Auf der Höhe der Zeit (wenn auch schon wieder hinterher) hieß, eine Gesamtlösung verlangen, Kriterien und konkrete Schritte zu benennen und selbst Bewegung dafür zu schaffen, indem diese Frage mit der gesellschaftlichen Situation und ihren Kämpfen verbunden wird, die auch ihr Ursprung ist.

Wir wissen, es war beschränkt, was wir hier machten. Television ist ein flüchtiges Medium, und es kann unsre inhaltliche Auseinandersetzung nicht ersetzen. Aber wenn sich mehr eingebracht hätten, wie es einige draußen auch immer wieder gemacht haben, aber zu wenige, um die Angelegenheit ins Laufen zu bringen, sie inhaltlich mehr und mehr auszufüllen und damit politischen Boden gewinnen, dann sähe es heute ein Stück anders aus.

Unser Manko als Gefangene sehe ich darin, daß wir ab Januar öffentlich nicht präsent waren, als über uns gesprochen wurde. Und auch anschließend nicht, bis heute.

Nicht die Erklärungen der RAF von diesem Jahr haben die Herrschenden in ihrer unnachgiebigen Haltung bestärkt. Was sie als Reaktionen von drinnen und draußen mitbekamen, zeigte ihnen, daß sie Raum und Zeit haben.

Die Fähigkeit zur Selbstkritik drückt für mich innere Stärke aus (jedenfalls im Ergebnis eines anstrengenden Prozesses). Die Texte der RAF von diesem Jahr sind kritische Reflexionen der eigenen Praxis im Zusammenhang der gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung, so tiefgehend und umfassend, wie es sie zuvor nicht gab. Die RAF heute kann nur für die Zeit ab 1984 sprechen, und was am Frontkonzept aus '82 zu kritisieren ist, nur soweit leisten, wie sie es fortgesetzt haben.

Das Beispiel der RAF könnte Anregung sein für viele andere, ihre Sicht und Erkenntnis der vergangenen Phase einzubringen, um alle Aspekte bewußt zu haben. Für ein gemeinsames Begreifen der Fehler (ihrer subjektiven und objektiven Bedingungen) und der Stärken, um Konsequenzen zu ziehen für die nächste Phase, die schon »ohne uns« vom System aus begonnen hat. Die Neubildung einer emanzipatorischen Kraft wird es nicht ohne kritische Durcharbeitung der vergangenen 25 Jahre geben. Man kann das verschleppen. Aber dann verliert man alles: auch die produktive Kraft von Kritik, die im Begreifen von Fehlern liegt. Die gegenwärtige Blockade hat einen wesentlichen Grund in der Weigerung zur (selbst-)kritischen Untersuchung der Vergangenheit, der man sich ganz stellen muß, will man sie in etwas Neuem aufheben.

Wenn die Linken zeitgleich mit dem System in die Krise fallen, kann etwas nicht stimmen. Denn die Systemkrise müßte sie doch bestätigen und bestärken, da sie doch angeblich etwas ganz anderes wollen. Diese Gleichzeitigkeit, deren zwangsläufiges Resultat Faschisierung bedeutet, bringt ans Tageslicht, daß die linken Basisbegriffe die Systemgrundlage teilen und nie verlassen haben. Die historisch beispiellose Krise der Ware-Geld-Vergesellschaftung ist mit dem bisherigen Begriffsstandard nicht zu identifizieren und auch keine Vorstellung zu gewinnen, wie die Verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. Unterhalb der Wertkritik läuft nichts mehr weiter. Dies verlangt, den ganzen alten Begriffsschrott abzuklopfen, der zu nichts geführt hat, als jetzt weitgehend hilflos vor der entgrenzten Destruktion des globalisierten Wertverhältnisses zu stehen mit dessen ungeheuren menschlichen Verlusten.

Um den herrschenden Verhältnissen die Melodie ihrer eigenen Widersprüche vorspielen zu können, um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, muß man diese Widersprüche erst mal erfassen, also begrifflich und theoretisch, um daraus wirksame Praxis zu entwickeln. Darin liegt der zweite Grund der Blockade.

Rolf Heißler

Januar 1993

Das Jahr '92 begann mit dem Lancieren der KGT-Initiative in die Öffentlichkeit, deren Kern das In-Aussicht-Stellen der Freilassung einiger politischer Gefangener war unter dem Vorbehalt, daß die RAF auf Operationen verzichtet, und mit dem Ziel, daß sich an unserem Kampf um unser Leben gegen die menschenzerstörerischen Bedingungen keine politischen Prozesse mehr entwickeln, um so der Guerilla das Wasser abzugraben. Sie war und ist die Umsetzung der Lochte-These: Ohne Gefangene keine RAF, die von bestimmten Liberalen und »linken« Kreisen übernommen wurde.

Dem Staat ging es nie um eine »politische Lösung« in der Frage der Guerilla und der Gefangenen, wie aus welchen Gründen auch immer von vielen behauptet und gehofft wurde. Deswegen ist es auch falsch, wenn jetzt noch immer davon gesprochen wird, die »Kinkel-Initiative« sei gescheitert oder tot, im Gegenteil, sie steht in vollster Blüte und erntet ihre ersten Erfolge, wenn wir es weiter so laufen lassen. Der Staat setzte auf Spaltung und Entsolidarisierung, indem die von ihm festgelegten Kriterien für eine Freilassung nicht auf alle zutrafen.

Die ständigen Kriminalisierungsversuche schränkten unsere Kommunikation in unerträglicher Weise ein und verunmöglichten, zu einer gemeinsamen Analyse der Situation zu kommen. Trotzdem ging das staatliche Kalkül mit der KGT-Initiative nicht auf, niemand von uns ließ sich zur Distanzierung von bewaffneter Politik und/oder der eigenen Geschichte um der Freilassung willen erpressen. Um so überraschter war der Staat von der April-Erklärung der RAF. Sie nahm nicht nur die Eskalation bedingungslos zurück, sondern bewertete auch die »Kinkel-Initiative« als Anzeichen für Fraktionen im Apparat, als ob noch kein Jahr zuvor die KGT nicht als das Mittel der Koordinierung und Zentralisierung der Bekämpfung installiert worden wäre, und für die mögliche Öffnung des politischen Raums, als ob der Imperialismus/Kapitalismus diesen einer Fundamentalopposition je freiwillig zugestanden hätte oder zugestehen würde. Zudem verknüpften die GenossInnen die Neubestimmung revolutionärer Politik fatalerweise mit der Gefangenenfrage, sie sagten nicht, wir wollen jetzt alle Gefangenen frei haben, sondern gestanden dem Staat unser Festhalten als Geiseln und Rückversicherung gegen bewaffnete Politik zu. Dieses Papier wie auch die folgenden signalisierten dem Staat nur eines: Die RAF in ihrem derzeitigen Zustand der Desorientierung ist mit sich selbst beschäftigt, damit handlungsunfähig und braucht nicht mehr ernst genommen zu werden. Wir können mit den Gefangenen machen, was wir wollen. Und das haben sie im Verlauf des Jahres zur Genüge getan.

Das haben wir durch unsere Erklärung vom 15.4.92 auch noch gestützt. Wir bezeichneten die Entscheidung der RAF als richtig – richtig dagegen ist aufgrund der

Umbrüche und der Stagnation in den letzten Jahren lediglich eine Phase des strategischen Rückzugs, aber ob die GenossInnen ihren Schritt genauso sehen, ist nach ihren Erklärungen mehr als fraglich. Diskussion wurde zum Ziel erklärt, nicht als Mittel des Kampfes um den gemeinsamen politischen Prozeß gesehen, der tägliche praktische Antworten gegen die Eskalation finden und zugleich konzentrierte und kontinuierliche Arbeit an neuen Strategien und Organisierung bedeuten muß – und darüber hinaus unterwarfen wir uns gleichfalls den vom Staat festgelegten Kriterien für unsere Behandlung. Diesen Fehler haben wir nicht korrigiert, sondern er setzt sich ausgeweitet in der Erklärung von Karl-Heinz Dellwo fort. Ob die inquisitorischen »Anhörungen«, die Ablehnung der Freilassung der Haftunfähigen, die »Strafaussetzung« bei Bernd (d.h. der Staat hält sich die Option offen, ihn wieder der schleichenden Vernichtung auszusetzen) oder die Kronzeugenprozesse (gleich Versuche der Legalisierung der Todesstrafe über das Konstrukt der »Schwere der Schuld«). Die fortdauernde Verweigerung unserer ZL, von Gesprächszusammenführungen und damit der Diskussion, die staatliche Botschaft an uns ist unmißverständlich. Als politisch handlungsfähige Subjekte wollen sie uns nicht über/leben lassen, was sie hinter ein paar Freilassungen vor der Öffentlichkeit zu verstecken versuchen.

Doch dies werden wir nicht zulassen. Die Neubestimmung revolutionärer Politik ändert an der Legitimität unseres Kampfes und unserer Ziele genauso wenig wie an der Illegitimität ihrer Maßnahmen gegen uns seit über zwei Jahrzehnten. Ihre Lobpreisung unserer Bekämpfung in den letzten Wochen dient nicht der Behinderung der von ihnen hochgezüchteten und begünstigten Rechten, sondern zielt ausschließlich auf die nachträgliche Rechtfertigung ihres menschenrechtswidrigen Vorgehens gegen uns. Der revolutionäre Kampf hier muß sich aus der gesamten internationalen Situation bestimmen und politisch und praktisch das Niveau erreichen, das der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Befreiung entspricht. Das durch den Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten entstandene Vakuum können nur die revolutionären und Basisbewegungen durch internationale Zusammenarbeit und praktische Solidarität füllen. Der Kampf um Befreiung der politischen Gefangenen weltweit ist eines der konkreten politischen Felder für den Aufbau einer neuen internationalistischen Front, von der die in Westeuropa ein Teil ist. Nur in globalen Bezügen kann der revolutionäre Prozeß neu entwickelt werden.

Damit keine Mißverständnisse entstehen: Wir halten die Freilassung von uns und d.h. auch von denen in Celle und Lübeck für überfällig, das wollen wir auch für sie. Aber wir teilen nicht die Aussagen, die sie dazu machen. Der von ihnen eingeschlagene Weg läßt sich gegen revolutionäre Politik und damit auch konkret gegen uns mißbrauchen. Und zusätzlich, wenn man dem Staat den kleinen Finger reicht, will er die ganze Hand, versucht er, die totale Unterwerfung zu erzwingen. Die Auswirkung des Fehlers vom April und dessen Fortführung durch sie werden die GenossInnen zu spüren bekommen.

Für uns steht aufgrund der Erfahrungen in diesem Jahr fest, der Staat hält unverändert an seiner jahrzehntelangen Vernichtungsstrategie fest. Das ist nichts Neues,

sondern unsere Wirklichkeit vom ersten Tag unserer Gefangenschaft an. Wir werden weiter kämpfen um unser Leben und für unsere ZL mit dem Ziel unserer Freiheit. Unsere Forderungen liegen seit '89 auf dem Tisch, und daran halten wir unverändert fest.

Christian Klar

Anfang Januar 1993

Ich möchte jetzt zumindest mal so weit kommen, dir aufzuschreiben, wie ich seit 'ner Weile versuche, mich in dieser rassistischen Erweckungssituation zu orientieren.

Das erste muß sein, finde ich, genau hinzuschauen, wie Rassismus bei den verschiedenen Klassen sich subjektiv ausdrückt: bei den in die Deklassierung Rutschenden, bei den rechten Jugendgangs (die Gespaltenheit in Revolte aus dem Gefühl der eigenen Entwertung im Kapitalismus, gegen Lüge und das tägliche Abtöten von Lebenslust / andererseits die reaktionären, ganz konformen Träume, auch Sadismus), bei den »ordentlichen Bürgern« (gefangen in Zwangsstruktur von Ordnung, Sauberkeit, Funktionieren und Lustfeindlichkeit), bei den ideologischen und organisierten Neonazis, bei den politischen und wirtschaftlichen Eliten.

Um jetzt nur mal das Letzte genauer zu machen, weil das dann in ›nen weiteren Zusammenhang führt: Für einen primitiven Rassismus sind sie ja subjektiv meist zu aufgeklärt. Im Rahmen des Geldsystems und seiner transnationalen Verwertungsbewegung ist ihnen durchaus jede Hautfarbe »gleich«. Bei ihnen ist es also viel eher ein taktisches Verhältnis, indem sie mit rassistischer (nationalistischer) Verhetzung im Volk manövrieren. Den Hahn auf- und zudrehen, Stichworte, auch z.B. falsche Statistiken ausgeben oder zurücknehmen. Aber eben im Zusammenhang der Eliten kommt sofort die Geschichte mit rein: Auschwitz und die Schöpfung der atomaren Waffe. Die maximale Abstrahierung vom konkreten Menschen als demoralisierende Vorbereitung und dann die Techniken des Völkermords. Auschwitz muß dabei verstanden werden als Modell imperialistischer Modernisierung. Soweit ist die antifaschistische Aufklärung seit dem Zweiten Weltkrieg kaum vorgedrungen (die Beschwörung des unmittelbaren menschlichen Grauens ist, in der gesellschaftlichen Breite, immer der Schwerpunkt geblieben). Aber wir wissen, es ist Teil unserer eigenen Politisierung, in der imperialistischen Bourgeoisie hat es seitdem in Hinsicht auf dieses Modernisierungsmodell keinen Bruch gegeben. In der Bestimmung der atomaren Waffe (und anderer Herrschaftsprojektionen) setzt sich folgerichtig das Wesentliche davon fort. Und damit steht die weit verästelte Gestalt von heutigem Rassismus auch in einem völlig erweiterten (Schlacht-)Feld: das heute von unserer Seite her mit der internationalistischen Kampagne zu »500 Jahre Unterdrückung und Widerstand« betreten wird.

Die »500 Jahre« sind meines Wissens in der metropolitanen Linken, mal bis zu den frühen Jahren dieses Jahrhunderts zurückgeblättert, jetzt zum ersten Mal solch ein bewußter Bezugsrahmen geworden.

Aber tatsächlich spielt in die aktuelle Situation auch eine subjektive Sache aus viel älteren Schichten mit rein, ohne die Rassismus meiner Einsicht nach nur wenig ver-

standen werden kann: die christlich-abendländische »kulturelle Leistung« der Trennung von Körper und Geist (die Spaltung in der Person), die, sagen welche, die das genauer erforscht haben, auf dasselbe halbe Jahrtausend zurückreicht, die Deformierungen bedeutet und alle möglichen Erscheinungen von Entfremdung und gleichzeitig die – unbegriffene – scharfe Glasscherbe abgibt, die den weißen HERRENmenschenwahn immer wieder hochbringt. Es ist die Scherbe, die den Herrenmenschen abhält, sich auf den Grund der eigenen Seele niederzulassen und von da aus zu leben, freie Beziehungen zu anderen Menschen/Völkern einzugehen, ihn vielmehr immer neu zwanghaft zur Leistung gespenstischer Selbstkonstitution treibt (populär: die zu irgendwas Hochgestylten). Und weil die Scherbe nicht mal entdeckt ist, wird die Ursache des Schmerzes projiziert auf die »Sündenböcke«, hassend am meisten die, die mehr Freisein und Lebendigkeit ausstrahlen und ursprüngliche menschliche Bedürfnisse »anmelden« (du erinnerst dich an den Richter in Stammheim, den das Baby störte). Die Gespenster irren seitdem durch die Welt, Erlösung sich wünschend und erhoffend bei der Suche nach Wiedererlangung der ursprünglichen Einheit, vergeblich, aber ohne den Bruch mit der Herrenstruktur, und so können sie sich Einheit doch immer weiter nur vorstellen ... Im Vollzug von Ausgrenzung der »Fremden«, der unordentlichen Frauen, der Nichtfunktionierenden (in Deutschland werden 10 % der Kinder mit Pillen vollgestopft in die Schule geschickt), der Krüppel, der für den Markt überflüssigen ...

Wir sind also angekommen nicht bei den Rechtsextremisten, sondern bei der metropolitanen gesellschaftlichen Mitte und dem System. Und das heute mit diesem ungeheuren wissenschaftlichen, logistischen und militärischen Zerstörungspotential zur Hand, das sich die imperialistischen Eliten angehäuft und für sich monopolisiert haben.

Soweit also mal angerissen die Gedankenlinien, entlang denen ich den Zugang zur Situation suche.

Vielleicht wird aus dem Ausgebreiteten auch etwas deutlich, daß der Internationalismus der Metropolenkämpfer, die von den 70er Jahren herkommen, noch andere Wurzeln hat – und darum auch für die Zukunft gekämpft werden muß, anders als welche sagen, die es fertig zu bringen scheinen, sich aus 'nem konjunkturellen Soli-Bewußtsein raus leicht auch mal davon zu trennen?

Hier jetzt erstmal 'ne Denkpause.

Ich möchte für diesmal nur noch die Frage anknüpfen, die mich in dem Zusammenhang der täglichen Nachrichten stark beschäftigt. Wie ihr nämlich die Gefahr seht, daß die, die jetzt für den Antifa-Kampf aufstehen, sich in diese Sackgasse bewegen könnten: daß die Herrschenden mit der Steuerung der rassistischen Ausbrüche auf der untersten Ebene »einen sektiererischen Konflikt kreieren«, in dem die linken Kräfte sich aufreiben (sollen) und die Eliten dabei unangefochten bleiben? ...

Heidi Schulz

Anfang Januar 1993

Wir brauchen einen klaren Ausgangspunkt für die Entwicklung in der nächsten Zeit, deswegen ist es notwendig, einen Schlußstrich unter die Kampagne, die seit Anfang '92 gegen uns und revolutionäre Politik überhaupt läuft, zu ziehen. Das ist längst überfällig, um die ganze Verwirrung – zu dem Ziel: Freiheit – zu beenden.

Eine Verwirrung und Desorientierung, die die Wurzeln von allen Bestimmungen revolutionärer Veränderung anfrißt, weil sie angefangen hat, das klare antagonistische Verhältnis zum Staat gegen Unterdrückung und Machtpolitik aufzulösen: daß wirkliche Veränderung – wirkliche Schritte nie mit ihm, sondern immer nur gegen seine Politik erkämpft werden können. Das hat sich in diesem Jahr vermischt, weil aus einem richtigen Gedanken eine falsche Haltung geworden ist.

So berechtigt und richtig der Gedanke war, der staatlich propagierten Linie der sogenannten Kinkelinitiative kein plattes »Nein« »entgegenzuhalten«, sondern sie mit der Forderung nach Freiheit aller revolutionärer Gefangenen zu konfrontieren, die nach 20 Jahren Vernichtungshaft längst überfällt ist. Wie die Frauen in Lübeck das benannt haben, Freiheit für alle, in einem überschaubaren Zeitraum! Und daß darin als erster Schritt die Freilassung der Haftunfähigen – Bernd, Isabel, Ali – ansteht, sowie daß Angelika und Ute nicht wieder eingeknastet werden, und die Freilassung derer, die seit 15, 17 und 20 Jahren im Knast sind, laufen muß. So richtig diese konkrete Bestimmung war, so falsch wurde es, als daraus eine entpolitisierte Haltung geworden ist. Eine Haltung, die trotz aller gegenteiliger staatlicher Entscheidungen, wie z.B. Bernds »Gnadenentscheidung« fallen zu lassen, den Eindruck vermittelt, es gäbe eine Grundlage, sich auf die »formaljuristischen Verfahren« einzulassen und sich mit dem Staat zu einigen, aus der Situation von einigen wenigen bestimmt und das auch noch in dem ganzen (vom staatlichen Abschwörinteresse bestimmten) alten Rahmen, wie er bei solchen (Anhörungs-)Verfahren schon immer war – wie es sich in der Erklärung von Karl-Heinz ausdrück. Eine Haltung, die nicht mehr von der realen Wirklichkeit ausgeht, sondern von der Reformierbarkeit dieses Staats, die den Eindruck erweckt, man könne mit diesem Staat einig werden. Als wären die Anhörungsrituale – das ganze formaljuristische Vorgehen zu ihrer Freilassung kein Abschwörritual. Der Irrtum auch, als ginge es dabei um die Form und das Mittel »bewaffnet zu kämpfen«, während es in Wirklichkeit um das politische Fallenlassen von revolutionären antagonistischen Inhalten und Politik geht – das ist der Knackpunkt und die Loslösung davon soll der Preis sein, den jeder individuell zu zahlen hat, um raus zu kommen. Sonst würden die neuen Prozesse gegen viele von uns nicht angestrengt, die eben mit der »Schwere der Schuld« suggerieren sollen, es hätte nicht jede/r die gleiche politische Verantwortung in der Praxis und Politik von 22 Jahren an-

tagonistischer Politik, eine Differenzierung, die eben »eine Lösung für alle« verhindern soll.

Dazu gehört: deine eindimensionale Sichtweise, die nur unsere Fehler und Schwächen sehen will und losgelöst von der Dialektik »von Revolution und Konterrevolution«, losgelöst von den konkreten Herrschaftsprojekten und Bekämpfungsstrategien gegen revolutionäre Politik und jeden Widerstand, führt natürlich nicht zur Weiterentwicklung von revolutionären Erfahrungen, zu Lernprozessen aus der authentischen Geschichte von 22 Jahren Kampf, zu Neubestimmungen auf dieser geschichtlichen Grundlage, sondern zu ihrer Negation, zur Negation all dessen, was erkämpft worden ist. Das ist dann nicht mehr, die Trennungslinien zu kapitalistisch-imperialistischer Herrschaft, sondern ein Schlußpunkt zu revolutionärer Politik insgesamt zu setzen.

Das aus einer Enttäuschung über viele »Niederlagen« und Rückschläge – die aber auch eine Frage nach der Praxis und Politik an alle anderen Kräfte ist – nicht mehr wahrhaben zu wollen, und daraus nur noch von der eigenen Situation auszugehen und sich in »modifizierter« Form auf die staatlichen Kalküle einzulassen, um wenigstens die eigene Freilassung zu erreichen, ist Selbstbetrug. So wird alles – jeder Vorschlag, jeder Inhalt, jedes Ziel zum Objekt ihrer Strategie. Und es wird auch so nicht laufen, weil die logische Konsequenz daraus ist, daß die Staatsschutzapparate »nicht nur« eine verklausulierte Distanzierung zur Geschichte dieser 22 Jahre verlangen, sondern natürlich eine, »die in die Zukunft weist« – die den ganzen Klassenantagonismus leugnet zugunsten einer reformistischen Haltung von sogenannter (nicht wirklicher) »Fundamentalopposition«, die verhindern soll, daß eine Neubestimmung – aufgrund der tatsächlich zugespitzten gesellschaftlichen wie internationalen Verhältnisse – von antagonistischer revolutionärer Politik möglich wird.

Genau daraus bestimmt war der »politische Teil« der KGT-Initiative und der Umgang im konkreten – gegen wirkliche Schritte: die bedingungslose Freilassung der Haftunfähigen und derer, die schon am längsten in der Vernichtungshaft sind, sowie die Zusammenlegung als Übergang für die anderen, als erste Schritte für die Freiheit aller, zu unterlaufen, zu verhindern.

Und in diesen Staatsschutzmanövern, die schließlich in einigem das Denken verhindert und gelähmt haben, ist uns selbst der klare politische Blick über weite Strecken verloren gegangen, die Klarheit, mit der zu Anfang noch die »Kinkelinitiative« gesehen wurde, als ein Versuch, um der Mobilisierung zur Freiheit aller revolutionärer Gefangenen, die seit dem Streik ’89 in vielen Diskussionen Teil war – daß diese Forderung die einzige politische und legitime Antwort gegen jahrzehntelange Vernichtungshaft ist –, zuvorzukommen, zu desorientieren, zu neutralisieren. Um zu verhindern, daß gegen das staatliche Vernichtungskalkül eine Kraft hochkommt, die die Freiheit auf die Tagesordnung setzt.

Sie haben dabei genau in dem (politischen) Loch operiert, das mit Ende der 80er Jahre eigentlich für alle deutlich war, und das von einer gesamtlinken Neuformierung

hätte gefüllt werden müssen, daß aufgrund der grundlegend veränderten internationalen wie gesellschaftlichen Verhältnisse eine Bestimmung von revolutionärer Politik notwendig ist, die diese neuen Verhältnisse sowohl analytisch auf den politischen Begriff bringt wie auch in einer Praxis, die dazu in der Lage ist, die realen, die zugespitzten und umfassenden gesellschaftlichen Widersprüche in eine revolutionäre verändernde Richtung zu orientieren, also auch inhaltlich und in Zielbestimmungen, die eine Entwicklung möglich macht gegen die Zersplitterung und Perspektivlosigkeit in den linken Zusammenhängen, für eine Neuformierung, die zu einer gemeinsamen verändernden Kraft gegen den großdeutschen Machtrausch in der Lage ist, und gegen die Zerstörung von jedem gesellschaftlichen politisch-sozialen Lebensraum authentische politische Räume durchsetzt. Eine Neuorientierung, für die wir im Streik ’89 auch um eine »politische Diskussion mit gesellschaftlichen Gruppen« gekämpft haben, für eine politische Diskussion eben mit allen, die hier grundlegende Veränderung wollen.

Ich denke, heute in einer Situation, wo sich offen zu zeigen beginnt, wohin großdeutsche Politik führt – Krieg, Asylverhinderung, Oberwasser für alle rechten, reaktionären Entwicklungen, rassistische faschistische Gewalt –, »große Koalition« (ohne daß sie formal an der Regierung wäre) zu allen einschneidenden politischen Entscheidungen, um die politisch-strategischen Grenzen zu durchbrechen die dem deutschen Imperialismus durch die Nachkriegsgrenzen und -geschichte (eben auch durch den sozialistischen Block) in seiner Expansion eingeschränkt haben – weltweit – wie im Innern –, müssen alle um einen gemeinsamen politischen Begriff von unten und eine gemeinsame politische Antwort gegen diese Entwicklung kämpfen.

Der sogenannte »Solidarpakt«, bei dem schon die Entwürfe in der Schublade liegen, die in Ost- und West(Deutschland) eine weitgehende Deklassierung weiterer breiter Teile der Gesellschaft planen, die viele aus vielen gesellschaftlichen Schichten in einen ökonomischen und sozialen Verarmungsprozeß drücken wird. Der eine weitere Grundlage (Basis, Voraussetzung) dafür sein wird, daß viele ihre perspektivlose Situation bei den faschistischen Organisationen zu lösen versuchen werden; solange auch »die« linken Zusammenhänge sich nicht damit auseinandersetzen oder sogar konkreten authentischen Initiativen in den Rücken fallen (wie Teile der PDS gegen authentische Organisierungsvorschläge und Versuche außerhalb der Gewerkschaften von/mit ArbeiterInnen im Osten).

Während gleichzeitig von oben »von den einen« die Gelder für soziale Projekte gestrichen werden – wie Treffpunkte für Jugendliche, für ältere Menschen, Behinderteneinrichtungen, Obdachlose, fortschrittliche »Antipsychiatrie«-Projekte, besetzte Häuser ..., werden von unten »den anderen« dazu die Brandbomben und Totschlägertrupps »geliefert«, in Aktion gesetzt.

Sicher kann niemand fertige Antworten zu allem aus der Schublade ziehen, umso wichtiger sind aber die klare Benennung von inhaltlichen-politischen Bestimmungen, die von den wirklichen Klassenverhältnissen ausgehen, von den Ursachen fa-

schistischer Gewalt, statt mit politisch blindem Handeln eine Polarisierung zu verbreitern und zu vertiefen, die eine breite entpolitisierte Unzufriedenheit vieler Jugendlicher weiter in die rechte »Ecke« treibt, die sie willkommen aufnimmt, weil »die« Linke, viele linke Zusammenhänge, es sich zu einfach machen – sich nicht mit der Realität von Deklassierten und den Ursachen ihrer blinden Gewalt auseinandersetzen.

»Faschisten jagen und schlagen, wo man sie trifft« ist keine Antwort auf die sozialen und politischen Ursachen – dem Nährboden von faschistischer Gewalt.

Es ist doch auch unser ureigenstes Interesse, das von denen allen, die in diesen imperialistischen Verhältnissen nicht leben wollen und können, nicht nur gegen die Rechten zu kämpfen, wenn sie sich offen bestialisch zeigen, sondern gegen alle Ursachen dieser Entwicklung und d.h. gegen ihre Grundlagen, um einen eigenen revolutionären umwälzenden Prozeß mit langem Atem zu kämpfen; mit politischen Vorstellungen von einem anderen Leben, dafür. Und sicher ist es schwieriger, sich mit Jugendlichen, die rechten Parolen aufsitzen, auseinanderzusetzen, ihre Denkschemata auseinanderzunehmen, als ihnen nur eins aufs Maul zu hauen – was gegen die wirklichen Faschisten sicher keine Frage ist.

Die eigene Hilflosigkeit oder Orientierungsschwäche kann niemand (niemals) durch Schläge »ersetzen«. Wenn heute so viele 12-, 13-, 14-, ... -jährige Kids den Faschisten in die Arme laufen, dann ist das nicht nur eine Frage aus welchen werte-losen, kaputten Familienstrukturen sie kommen, in denen Autoritätshörigkeit und Unterordnung schon immer wichtiger waren als selbständiges und verantwortungsvolles Denken, als einem Grundbaustein dieser Gesellschaftsstrukturen, sondern es ist auch eine »Frage« an die Geschichte linker Politik hier, Ausdruck dessen, wie wenig bzw. mit welcher Entfremdung aus der privilegierten Distanz sie die Augen vor den Sozialen-, Klassenwidersprüchen verschließen und sich mit den politischen Ursachen von Deklassierungsprozessen auseinandergesetzt haben.

Diesen Fehler zu zementieren, indem man die fehlende Anziehungskraft einer nichtexistenten Linken zur Grundlage des eigenen Denkens und Handelns macht kann dieses Defizit einer eigenen Orientierungslosigkeit und das Anwachsen von faschistischer Organisierung und Gewalt nur vergrößern. Man muß zwischen den Formen von Unzufriedenheit und blinder Gewalt, die unbegriffen rechte Parolen übernehmen, und denen, die wirkliche Faschisten sind, unterscheiden, will man dieser Entwicklung nicht weiter das Feld überlassen, die viele Jugendliche weiter in ihre Arme treibt.

Dazu gehört aber, sich tatsächlich mit ihrer realen Lage, ihren Widersprüchen und Problemen auseinanderzusetzen – das geht aber nicht von einer Warte aus, die für viele »Linke« hier das Bestimmende ist: »Wir sind die Guten mit Durchblick« und »ihr die verdummten Bösen«, einer Haltung, der die realen Klassenverhältnisse im eigenen »links-alternativen Ghetto« abhanden gekommen sind, ein Bewußtsein über die eigene reale Lage – und das Gemeinsame der Lage aller Unterdrückten. Es gibt einige wenige Ansätze, die in diesen Auseinandersetzungen richtig eingreifen,

wie z.B. in Mannheim, wo sich aus den Zusammenstößen zwischen »rechten und linken Jugendlichen« eine Initiative entwickelt hat, um die Sprachlosigkeit zu durchbrechen, Fußballspiele sind da genauso Teil wie Gespräche und es wäre nichts als dumme Arroganz, solche Initiativen als »Sozialarbeiterfrieden« abtun zu wollen.

Sicher reichen solche Initiativen allein, auch wenn sie so zahlreich wie notwendig wären, nicht aus, wenn nicht gleichzeitig um eine Entwicklung gekämpft wird, die gegen die Ursachen rechter Gewalt eine eigene Orientierung und Politik setzt.

Und sicher ist auch, daß das nicht ohne einen gesellschaftlichen Klärungsprozeß möglich sein wird – wie sich jede/r politisch verhält zu den fundamentalen Fragen (denen die meisten linken Zusammenhänge aus dem Weg gehen), zu den politischen und sozialen Fragen, wie sie aus den existierenden gesellschaftlichen Widersprüchen aufbrechen, aus der veränderten gesamtpolitischen Lage, in der das deutsche Kapital sich auch mit Krieg wieder neue Absatzmärkte, Ausbeutung von anderen Völkern und fremden Ressourcen sichern will. (Schließlich ein Ursprung von Rassismus und »Herrenmenschen«-Denken, aus 500 Jahren kolonialer-imperialer Herrschaft entwickelt.)

Ohne hier auf die komplexen Entwicklungen eingehen zu können, die zu der Zuspitzung weltumspannender Krisen in grausame Verteilungskämpfe und »Bürgerkriege« geführt haben, wie in Jugoslawien oder Somalia oder Angola ... eins steht mit Sicherheit fest, sie wären ohne die Einmischung und Machtpolitik zur Durchsetzung politischer, ökonomischer und militärstrategischer Interessen imperialistischer Großmächte nicht möglich gewesen, die nun im Namen »humanitärer Aktionen« den Weg freimachen sollen für die Akzeptanz einer militärischen Interventionspolitik in der Tradition kolonialer militaristischer Machtpolitik.

Was ist antirassistische, antifaschistische Politik eigentlich – ist das das Recht, hier geduldet zu werden, solange Menschen für die Verwertungsinteressen des grossen Geldes, der multinationalen Konzerne, ausbeutbar sind – Menschenrechte, die, nach den Verwertungsbedingungen des Kapitals quotiert, mal proklamiert, dann außer Kraft gesetzt werden, oder damit ihre Exportgeschäft nicht gefährdet werden?

Ich denke, antirassistischer antifaschistischer Kampf ist etwas anderes, ist der gemeinsame Kampf mit allen Völkern um Befreiung.

Kampf um Befreiung von neokolonialer-imperialistischer Ausbeutung und Herrschaft – von jeder Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen – was, solange dieses kapitalistische Prinzip herrscht, in Zeiten der verschärften Krisen immer wieder rassistische und faschistische Unterdrückung produziert.

Und ich denke, daß die Freiheit nur als integraler Bestandteil der Kämpfe gegen die ganze reaktionäre Rechtsentwicklung möglich ist durchzusetzen, weil die Faschisierung von oben und unten zurückgedrängt werden muß, um rationale Lösungen an vielen Brenn- und Schnittpunkten, um einen politischen Umgang mit politischen »Konflikten« und reale Veränderungen durchsetzen zu können, möglich zu machen.

So denke ich auch, daß der Kampf für unsere Zusammenlegung und Freiheit jetzt nur integriert sein kann in den gesellschaftlichen Klärungsprozeß gegen die reaktionäre Entwicklung als Kampf gegen staatliche Unterdrückung, integriert in den Prozeß der Neuformierung des revolutionären Projekts, darum geht es uns, und in dem Prozeß werden wir Teil sein, so gut wir können.

Gemeinsam im Kampf gegen Reaktion, Faschisierung, Rassismus, mit den revolutionären Kräften weltweit, werden wir die Freiheit, unserer aller Freiheit durchsetzen.

Lutz Taufer

Januar 1993

Gesellschaft oder Ghetto

Es gab immer Widersprüche in der Gefangenengruppe, und es gibt sie. So auch 1992. Die Ursachen sind vielfältig, aber ich denke doch, die Kontraste gehen in letzter Konsequenz auf die Frage Gesellschaft oder Ghetto zurück.

Es gibt unter uns welche, die Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre die Erfahrung einer antisystemischen und emanzipativen Bewegung gemacht haben, die angetrieben war, Verantwortung übernehmen zu wollen für ein gesellschaftliches Ganzes. Aus dieser Zeit ist die RAF entstanden. Und es gibt Gefangene, die aus einer Zeit kommen, in der dieses Erlebnis, diese Erfahrung, dieses Selbstverständnis vom Politischen nicht so ohne weiteres zu haben war. Ich denke, der Unterschied liegt vor allem dort: wo jene Bewegung versucht hat, Abgrenzungen zu durchbrechen, ist das Ghettobewußtsein darum bemüht, Abgrenzungen zu errichten. Die von einer gespenstischen Substanzlosigkeit gekennzeichnete Debatte des Jahres 1992 »revolutionär« vs. »reformistisch« ist nur noch der letzte Beweis dafür. In Wirklichkeit geht es nicht um »revolutionär« oder »reformistisch«, sondern um Ghetto oder Gesellschaft. Ein Bewußtsein gesamtgesellschaftlicher und gesamtpolitischer Verantwortung kann offenbar durch Diskussion und Aufklärung darüber nicht erreicht, es kann nur durch praktische Erfahrungen erlernt, akkumuliert werden. Entweder in einer existierenden oder sich entwickelnden Aufbruchsbewegung, oder, wo es das nicht gibt, in jenen gesellschaftlichen Gegenden, »wo der Reformismus lauert«. Also in jenen Bereichen, in denen Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Holger Meins ihre ersten politischen Lernprozesse machten: in der Antiatombewegung der fünfziger und sechziger Jahre, in den Bereichen Jugendarbeit, Erziehung und Kultur der sechziger und siebziger Jahre. Müßten diese heute unter die Augen unserer »Revolutionäre« treten, sie würden mit Sicherheit als »Reformisten« entlarvt und ein für alle Mal ausgegrenzt werden. Sicher, sie hatten damals den Faschismus im Rücken, wo hinter uns heute der Zusammenbruch des Realsozialismus liegt. Das verändert die Ausgangsbedinungen. Dennoch: Der Weg in jene Gegenden, wo der Reformismus lauert, ist zweifellos ein riskanter und schwieriger Weg, aber der Weg ins Ghetto ist sinnlos. Was sich zwischen Anfang 1989 und Ende 1992 in unseren Zusammenhängen an Widersprüchen und Denk- und Handlungsblockaden entwickelt hat, ist bestimmt von dieser unaufgelösten Spannung zwischen den beiden Polen Ghetto und Gesellschaft.

Wenn im Jahr 1992 ein Bundesminister der Öffentlichkeit den Gedanken in den Kopf gesetzt hat, RAF-Gefangene müßten freigelassen werden, wenn dieser simple politische Tatbestand eine breite öffentliche Diskussion ausgelöst hat, dann handelt es sich bei diesem Vorgang um ein Ereignis auf politisch-gesellschaftlicher Ebene.

Vollkommen gleichgültig, was hinter dieser Kinkel-, KGT- oder was-weiß-ich für eine Initiative sonst noch stecken mag. Wenn es uns nicht gelungen ist, diesen einfachen politischen Tatbestand für uns zu entwickeln, weiterzuziehen, auszubauen, dann nicht deshalb, weil die RAF eine reformistische Erklärung abgegeben oder irgendein Geheimdienstklüngel Counterstrategien sich ausgedacht hat, sondern weil die Gefangenengruppe und Szene sich am unaufgelösten Widerspruch zwischen Ghetto und Gesellschaft seit Jahren gegenseitig blockiert und längst in die Handlungsunfähigkeit manövriert hat. Wenn sich die Gefangenengruppe ein Jahr lang nicht gerührt hat, um danach festzustellen, unser Feind will uns vernichten, ist diese Vorhersage von ebensolcher visionärer Kraft wie wenn du sagst: Wenn du barfuß im Schnee gehst, bekommst du kalte Füße.

Michael Dietiker, Ali Jansen und Bernhard Rosenkötter haben in ihrem Beitrag (»konkret«, November 1992) richtig aufgezeigt, daß der revolutionäre Kampf der RAF nicht vom Himmel gefallen ist, sondern daß Inhalte und Ziele, die mit bewaffneter Politik weiterentwickelt werden sollten, bereits von der 68er-Bewegung, ihrerseits eine revolutionäre Bewegung, in die Welt gesetzt worden waren. Aber auch diese ist nicht vom Himmel gefallen! Sie bereitete sich vor in jenen Gegenden, in denen der Reformismus lauert.

»Selbst ein so sympathisch nüchterner Mann wie Schäuble spricht vom Verlust der Wertbindungen, der Mitte der sechziger Jahre entstand«, berichtet die Süddeutsche Zeitung am 7.12.1992 von einer Schäuble-»Rede über Deutschland«. Was ist es, was diesen »nüchternen« Politiker dermaßen irritiert, ein Vierteljahrhundert nach seiner Zeit als einer der Anführer des Rings christlich-demokratischer Studenten in Freiburg? Sicher nicht diese oder jene Aktion der Studentenbewegung, eher schon der zumindest partiell und temporär erfolgreiche Angriff auf jene Denkmuster und Mentalitäten, die den Kapitalismus im Innersten, bis jetzt jedenfalls, einigermaßen am Laufen hielten: die verlorengegangenen Anbindungen an die herrschenden Werte. Unschwer zu begreifen, daß eine solche eindringliche Offensive nicht durch Rückzug ins Ghetto geschieht, sondern durch jene Bewegung, die in der genau entgegengesetzten Richtung sich entfaltet.

Wie nun aber jener eigentümliche Gedankensprung, mit dem Schäuble, an die Denunziation von ’68 anknüpfend, in seiner Rede fortfährt: »Und er appelliert an das deutsche Volk, sich nicht nur am Konsum zu orientieren, sondern auch die Freude am Kind zu entwickeln«?

Wie?! Hat ’68 hemmungslosen Konsum propagiert, haben wir zielstrebig auf jene kinderfeindliche Gesellschaft hingearbeitet, wie wir sie heute haben? Warum redet dieser Mann solchen Unsinn? Ich denke, wir müssen dabei zweierlei auseinanderhalten: erstens die Tatsache, daß die Warengesellschaft in ihrer heutigen fundamentalistischen Ausprägung (in Schäubles Worten: alleinige Orientierung am Konsum) zu einer unaufhaltsamen Verwahrlosung der Gesellschaft, ihrer sozialen Bindekräfte und so ihrer Reproduktion überhaupt führt (fehlende Freude am Kind), akut bedrohlich vor allem in den Erfolgen neofaschistischer Rattenfänger bei Tausenden von Kindern und Jugendlichen sichtbar.

Und zweitens, daß selbst einem Schäuble inzwischen dämmert, was ein Marx schon vor 140 Jahren skizziert hat: daß nämlich unter dem Fundamentalismus der Ware Verhältnisse zwischen Menschen zu Verhältnissen von Sachen werden. Als führender CDU-Politiker kann er dieses aber nicht aussprechen, vermutlich noch nicht einmal in seinem Bewußtsein zulassen, also wird es abgespalten und auf einen Sündenbock projiziert. Von daher die Brüche in seiner Argumentation.

Das Klima in diesem Land ist in den letzten beiden Jahren umgeschlagen. Eine dramatische Entwicklung, die in ihrem vollen Ausmaß erst 1992 deutlich geworden ist. Was wir heute wissen, war zu Beginn des Jahres noch nicht sichtbar. Reaktionäre bis faschistische Tendenzen, und zwar nicht nur in organisierter Form in der Bandbreite von SPD bis hin zu bewaffneten neofaschistischen Trupps, haben sich breit gemacht. Und längst auch das Alltagsbewußtsein erreicht. Werte und Denkmuster der Linken kommen nicht mehr oder nur in diffuser, widersprüchlicher Form zum Tragen. Breit angelegte Aktionen gegen Rassismus, Antisemitismus und Nazismus haben stattgefunden, als Koalitionen von linken, sozialdemokratischen und bürgerlichen Kräften. Ihre traditionelle Rolle als Motor solcher Mobilisierungen hat die Linke eingebüßt. Schlimmer noch: Da demonstrieren Millionen gegen Faschismus und militanten Rassismus, ohne zuvor mit der herrschenden Werteskala gebrochen zu haben. Und doch muß auch daran erinnert werden: Bei allen grausamen Verirrungen war es in der bisherigen Geschichte die Linke, die kontinuierlich dafür garantiert hat, daß um menschliche und soziale Emanzipation gekämpft wird. Ein anderes politisches Kontinuum, das auch nur ähnliches für sich in Anspruch nehmen könnte, fällt mir, in Deutschland jedenfalls, nicht ein. Wenn es nach dem Zweiten Weltkrieg in diesem Land eigenständige Demokratisierung gegeben hat, so war das nicht der US-Import Dollars & Democracy, es war die 68er-Bewegung, die das, was der Faschismus nach dem Judentum innerstaatlich am grausamsten verfolgt und nahezu ausgemerzt hatte, die Linke, ihre Werte, Kultur und Kontinuität, wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in Deutschland West.

Und wenn heute eine Re-Faschisierung läuft, dann breitet sie sich aus in jenem politisch-kulturellen Vakuum, das diese Linke in ihrem Rückzug aus einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und Neusetzung von Werten und Einstellungen hinterlassen hat. Die Welt, nicht zuletzt die westlichen Systeme, befinden sich in einem sich beschleunigenden Prozeß der Implosion, der vermutlich von ähnlicher Dimension sein wird wie der Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Und insofern ist der Satz vom Ende der Geschichte wahr. Aber die Verwechslung einer neuen Zeit mit der Mensch und Natur in ihrer Weiterexistenz bedrohenden Apokalypse namens Warengesellschaft zeigt nur, wie sehr die Mächtigen selbst in perspektivischer Ratlosigkeit befangen sind. Das macht sie nicht ungefährlicher, im Gegenteil. »Aktionis-

mus statt Politik«, bilanziert die Süddeutsche Zeitung die Bonner Politik des Jahres 1992. Aber ihre Versuche, die bedrohlicher und unbeherrschbarer werdende Situation unter Aufbietung aller Mittel und Brutalitäten, unter Abwurf auch noch des letzten moralischen Ballasts, doch noch einmal zu stemmen, ist der historischen Situation gegenüber genauso blind wie der »Blick über Kimme und Korn«. Dieser Situation ein »revolutionäres Projekt« entgegenzustellen, das auch nach einjähriger Debatte über das Stadium guter Absichten und böser Unterstellungen nicht hinausgekommen ist, halte ich nicht für einen Angriff auf diese Verhältnisse, sondern für einen Rückzug von ihnen.

Meine Güte! Wer wollte bezweifeln, daß diese Verhältnisse, wie sie sich destruktiver und katastrophenhafter kaum darstellen könnten, radikal umgewälzt werden müßten! Aber die Erschießung von sogenannten Eliten hat nichts verändert, und umgewälzt schon gar nichts. Weder hat die Erschießung von Zimmermann die Politik der deutschen Rüstungsindustrie oder auch nur die von MTU in eine andere Richtung bringen können noch die Erschießung von Braunmühls die Nahostpolitik der Bundesregierung. Wenn das Wort vom revolutionären Kampf einen materiellen, also nachprüfbaren Gehalt hat – und es ist ein Wort, das nicht nur von Veränderung, sondern von heftigster Veränderung spricht –, dann war die Wirkung der bewaffneten Aktionen im einzelnen wie in ihrer Gesamtheit weniger als reformistisch. Ob eine Politik revolutionär ist oder nicht, bestimmt sich am Ende wirklich nur darüber, ob sie die Verhältnisse in Richtung Revolution gebracht oder zumindest verändert oder Prozesse in diese Richtung initiiert hat.

»Die RAF war die ganzen 22 Jahre über immer eine relativ kleine Gruppe«, so die Illegalen in ihrer August-Erklärung. Die Geschichte der RAF ist die Geschichte einer Gruppe, die in 22 Jahren niemals größer als 20 oder 30 Leute war. Und dies hängt damit zusammen, daß jene Linken, die seit 22 Jahren vom revolutionären Kampf reden, sorgfältig darauf geachtet haben (von Ausnahmen abgesehen), persönlich sich in sicherer Distanz zum bewaffneten Kampf zu halten. Darin liegt für mich die realexistierende Distanzierung von bewaffneter Politik! und sicher nicht in einer Erklärung, die Karl-Heinz Dellwo vor kurzem für einige RAF-Gefangene abgegeben hat (um das, was in den Verfahren von uns gesagt werden würde, öffentlich zu machen). Ich halte es für eine schon recht eigenartige, um nicht zu sagen spießermäßige Haltung, von andern zu verlangen, die sollten gefälligst ihr Leben aufs Spiel setzen, und selbst achtet man genau darauf, den eigenen Hintern im Warmen zu halten. Von ein oder zwei militanten Demos im Jahr abgesehen. Wenn überhaupt! Ich kritisiere diese »Revolutionäre« nicht, weil sie nicht in die Illegalität gehen. Aber ich kann mich eines Gefühls der Geringschätzung nicht erwehren, wenn diese »Revolutionäre« noch nicht mal den Mumm zu der sich nun schon seit vielen, vielen Jahren aufdrängenden Feststellung aufbringen: Wenn sie selbst nicht die Kraft und die Courage aufbringen, bewaffnet zu kämpfen, wenn ihre Genossinnen und Freundinnen, ihre Freunde und Genossen um sie herum diese Kraft und diese Courage nicht aufbringen, wenn diese Geschichte sich 22 Jahre lang wiederholt und wiederholt und

wiederholt – daß sich dann die subjektive Schranke des einzelnen, in die Illegalität zu gehen, zu einer objektiven Schranke für den bewaffneten Kampf verdichtet hat: Daß es eben nicht geht, und daß die Leute, die es machen können, in diesem Land schlicht und einfach nicht existieren.

Nahezu ein halbes Jahrzehnt ist es her, daß die Gruppe der RAF-Gefangenen öffentlich erklärt hat, zum Gespräch mit gesellschaftlichen Gruppen bereit zu sein. Voraussetzung wäre natürlich gewesen, daß die Gefangenen tatsächlich als Gruppe sich mit Gruppen aus der Gesellschaft würden auseinandersetzen können. Die Vorstellung, wie sie damals, 1988, von sozialdemokratischer Seite ins Spiel gebracht worden war, einzelne wenige Gefangene für ein paar Stunden raustreten zu lassen zur Diskussion, raustreten zu lassen aus langjähriger Isolation, gleich eher einer Erfolgskontrolle jenes Haftregimes, das heute, wo die Stasi es eingesetzt hatte, als Isolationsfolter strafrechtlich verfolgt wird. Mit Sicherheit war diese Vorstellung von einer »Diskussion« einer Partei würdig, die in den 70er Jahren die Eskalation tatkräftig und systematisch hochgezüchtet hatte, um sich 1992 im Schulterschluß mit der CSU wiederzufinden. Vier Jahre nach den »Diskussions«-Erklärungen der Gefangenen vom August ’88 mußten wir in diesem Jahr eine Menge Energie darauf verwenden, um zu verhindern, daß Bernd Rössner dorthin kommt, wohin ihn die Bundesanwaltschaft und ihr psychiatrischer Gutachter haben wollten: in die geschlossene Abteilung einer Psychiatrischen Anstalt. Noch immer gibt es RAF-Gefangene, die Haftbedingungen ausgesetzt sind, so etwa Brigitte Mohnhaupt in Aichach, die mit dem Herbst ’77 sehr viel, mit der in diesem Jahr vom Bundeskanzler annoncierten Normalisierung aber überhaupt nichts zu tun haben. Während die Gefangenen auf einen politischen Weg setzen, klettert die Bundesanwaltschaft noch immer durchs Dickicht der 70er Jahre, setzt auf Psychiatrie und psychiatrische Diagnose. Die Gefangenen wollen den Weg des Subjekts, der gemeinsamen Diskussion drinnen/draußen und dazu die Zusammenlegung, Staat und Justiz wollen den Weg der Vereinzelung, des Abschwörens, den Weg der Unterwerfung. Die Staatsschutzkonstrukte, mit denen über 20 Jahre lang versucht worden war, Isolation zu rechtfertigen und die Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand zu verhindern, haben sich längst in Luft aufgelöst. Von Zellensteuerung, Infosystem, 7 000 Kassibern redet heute kein Mensch mehr. Trotzdem die Mitteilung der Bundesjustizministerin vor ein paar Monaten, es werde keinerlei Zusammenlegung geben. Warum? Dazu die Frankfurter Rundschau am 5.9.92: »Vor allem aber fürchten sie einen möglichen ›Katalysatoreffekt‹ – ein solches Meeting aller RAF-Gefangenen ›würde dann ja Beschlüsse fassen und Erklärungen abgeben, zu Themen wie bewaffneter Kampf, Ökologie, Altersarmut und Strategien, die man verfolgen will‹.«

Laut Duden ist ein Katalysator ein »Stoff, der durch seine Anwesenheit chemische Reaktionen herbeiführt oder in ihrem Verlauf beeinflußt.«

Hauptaufgabe des Jahres 1992 für uns war nicht, diesen Minister oder jenen Geheimdienstklüngel als unmoralisch oder unehrlich zu entlarven, um daraus eine Legi-

timation für jenes ominöse revolutionäre Projekt zu saugen, das ansonsten keine erkennbaren Eigenschaften besitzen würde, Hauptaufgabe des Jahres 1992 und vor allem der beiden Jahre zuvor wäre es gewesen, den mit den Erklärungen aus '88 und dem HS '89 begonnenen Weg zu Handlungsmöglichkeiten und Bewegungsspielräumen innerhalb der Gesellschaft auszubauen. Der erste Schritt in diese Richtung konnte wirklich nur sein: Auflösung der Altbestimmungen revolutionärer Politik, weil eine Neubestimmung nicht möglich ist, solange die Vorstellungen von revolutionärer Politik dermaßen penetrant im Bild der 80er Jahre fixiert sind. Ich bin in der letzten Zeit häufiger kritisiert worden. Nicht deshalb, weil ich an jener revolutionären Debatte nicht teilgenommen habe, an deren Ende wir nun endlich wissen, daß der Imperialismus seine Gegner vernichten will, sondern wegen meines Pizzabeitrags. Und zwar konkret deshalb, weil ich die 80er Jahre ausgespart hatte. Ich habe das getan, weil ich das Wort von der Selbstbestimmung ernst nehme.

Vor einiger Zeit bekamen wir den erschrockenen Bericht einer Gefangenen, die entlassen worden war. Sie berichtete von Gesprächen im kleineren Kreis und/oder auf Veranstaltungen, wo es aus den Leuten nur so rausplatzen würde. Vom »Fronttrauma« sei immer wieder die Rede gewesen, einige seien in die Psychiatrie gekommen, die besten seien davongelaufen. Wer tatsächlich glaubt, diesen noch immer unangetasteten belassenen Betonklotz 80er Jahre, ihre Entfremdungen und Entpolitisierungen, diesen traumatischen Status quo, über den selbst die radikale Linke tief zerstritten war, der tiefe Verletzungen hinterlassen hat, zur Grundlage machen zu können irgendeiner weiteren Politik, egal ob als Kampf um Zusammenlegung oder Freilassung oder als Diskussion mit allen gesellschaftlichen Gruppen oder als zu begründendes »revolutionäres Projekt in der Gesellschaft«, der muß sich fragen lassen, ob er überhaupt politikfähig ist. Und wer meint, um diese Folgen unserer Politik brauche sie sich nicht zu kümmern, sollte vom Kampf gegen Patriarchat und Rassismus schweigen.

Nachdem der Hungerstreik 1989 von einem Erfolg in Sachen gesellschaftliche Mobilisierung gekennzeichnet war, auch wenn die zentrale Forderung nach Zusammenlegung nicht hatte durchgesetzt werden können, starb dieser wichtige Impuls wieder ab, nachdem von uns nichts kam. Sicher ist es sehr schwer, insbesondere für Gefangene, die allein sind, in einer solchen Diskussion zwischen drinnen und draußen Orientierung oder aktiver Teilnehmer zu sein. Um dir einen Überblick über die eigene Geschichte und die politische und gesellschaftliche Entwicklung zu verschaffen, brauchst du Muße und Gelassenheit, unter dem täglichen Druck von Isolationshaft ist dies nur schwer möglich. Immerhin hat es im Jahr 1992 Diskussionsbeiträge von Gefangenen aus RAF und Widerstand gegeben, von solchen, die einzeln sind, von solchen, die in Gruppen sind. Ich denke aber, wenn gerade jene Gefangene, die sich ganz besonders eng mit dem Frontkonzept und so der Politik der 80er Jahre verbunden wissen, bis heute dazu schweigen, liegt das zumindest nicht allein an den Haftbedingungen. Mit der doktrinären Gewißheit, alles richtig gemacht zu haben

und in Zukunft alles richtig zu machen, hat man und frau sich eines abgeschnitten: das Leben und Kämpfen im Bewußtsein von der ständigen Unfertigkeit unserer Sache und so die Neugierde auf Weiterentwicklung. Karsten, dessen »Fünf Blicke eines Insulaners« grade im Angehörigeninfo erschienen sind, schrieb kürzlich: »Wirklich konstruktiv sind doch nur die Differenzen, Unklarheiten, und die Arbeit daran.«

Es gibt heute gewisse Mystifikationen. Da ist etwa die Rede vom verlorenen Jahr 1992. Du könntest den Eindruck gewinnen, die Jahre davor seien Jahre voller Kampf und Initiative gewesen, und dieser Bundesjustizminister, oder schlimmer noch, irgendein Geheimdienstklüngel, habe diesem Brausen jäh Einhalt geboten. Aber bitte! Umgekehrt wird ein Schuh draus. Die öffentliche Ankündigung, RAF-Gefangene sollten freigelassen werden, haben Gefangenengruppen und Szene aus einem zweijährigen Dornröschenschlaf aufgeschreckt, jedenfalls, was unsere Angelegenheiten betrifft. Rolf Heißler wußte seinem revolutionären Publikum bereits am 11.1.92 zu enthüllen, worum es bei der ganzen Sache geht: »Die einen, bei denen sie physische und psychische Vernichtung aufgrund der Bedingungen weit genug vorangetrieben sehen, lassen sie raus.« Womit wohl vor allem Irmgarad Möller, Günter Sonnenberg, Bernd Rössner und ich gemeint waren und zwotens gemeint war: wer rauskommt, mit dem stimmt was nicht. Damit traf Rolf sicher den Geschmack des Publikums, hatte es doch die Monate zuvor unsere Versuche, die Freilassungsfrage zu thematisieren mit der naßforschen Gegenfrage beantwortet, ob wirs denn im Knast nicht mehr aushielten. Wobei diese menschliche Entfremdung ihre Verlängerung in einer begrifflichen Entfremdung fand. Sturm wurde gelaufen gegen eine Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols, als ob mit der Hinnahme jahrzehntelanger Gefangenschaft als eine Art Naturzustand das staatliche Gewaltmonopol nicht nur anerkannt, sondern mit solchen Fragen, ob wirs denn im Knast nicht mehr aushielten, gradezu propagiert würde!

Spätestens mit dem Hungerstreik 1989 bestand die Hauptaufgabe darin, die überfällige Bilanz des bewaffneten Kampfs zu verbinden mit der Suche nach einer Gesamtlösung einerseits und einer neuen Perspektive andererseits. Aus der Erkenntnis der Tatsache, daß der bewaffnete Kampf an eine definitive Grenze gestoßen war und diese definitive Grenze sich vor allem in einer völligen Reduzierung der Bewegungsspielräume in der Gesellschaft manifestierte, eine Tatsache, die für jede und jeden erkennbar sein mußte, auch ohne Zusammenlegung – mußte folgern, daß für eine Rückgewinnung politischer Handlungs- und Bewegungsspielräume die Altbestimmungen revolutionärer Politik aufgelöst werden müssen, um Herz und Verstand für deren Neubestimmung freizubekommen. Diese beiden Ziele, Neubestimmung und Gesamtlösung, waren in der Tat überfällig. Sie waren notwendig, und zwar völlig unabhängig von Kinkel-, KGT- oder sonstigen Initiativen. Wenn welche kritisieren, daß die Illegalen und/oder Gefangene auf die Kinkel-Initiative in der erfolgten Weise reagiert haben, ist an dieser Kritik sicher was dran. Selbstverständlich wäre es besser gewesen, wenn wir, vor allem die Gefangenengruppe in diesem Prozeß den er-

sten Schritt gemacht hätten, ohne auf eine staatliche Initiative reagieren zu müssen. Und sicher wäre es klüger gewesen, die Durcharbeitung unserer Geschichte wäre von uns, den Gefangenen, gekommen statt von der RAF.

Nachdem aber die Gruppe in den Jahren ’89 bis ’91 diesen überfälligen Prozeß nicht in die Hand genommen hatte und nachdem im Januar 1992 plötzlich eine breite Öffentlichkeit zu uns da war, mußte selbstverständlich diese Gelegenheit ergriffen werden, um das beste daraus zu machen. Verweigerung ist in neunundneunzig von hundert Fällen falsch. So auch hier.

Mitte Januar hatten die Celler Gefangenen den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung vorgelegt, der nach folgenden Überlegungen konzipiert war:

1) Wir, die Gruppe der Gefangenen, müssen schnell reagieren! Die Öffentlichkeit wird sich nicht ein Jahr lang mit dieser Frage beschäftigen. Jetzt ist das Eisen heiß, jetzt muß es geschmiedet werden. Und zwar unabhängig davon, was hinter dieser Kinkel-Initiative steckte. Was zählte, war zuerst die öffentliche Debatte dazu. In die mußten wir schnellstmöglich eingreifen. Die Grundlage dazu konnte nur eine gemeinsame Erklärung der Gefangenengruppe sein.

Das Ghettobewußtsein indes (»wir – sie«), in dem die Gesellschaft und somit der Rhythmus politischer Prozesse in der Gesellschaft überhaupt nicht mehr vorkommt, erschöpft sich in der Gewißheit, »ihnen« jederzeit die richtigen Forderungen stellen und »denen, die mit uns kämpfen« jederzeit eine Erklärung übers Angehörigeninfo zuschicken zu können. Man hat Zeit.

2) Wurde im zur Diskussion gestellten Erklärungsentwurf gesagt: notwendig ist a) eine Gesamtlösung und b) ein Bruch mit der Vernichtungspolitik der letzten 22 Jahre.

Angesprochen wurde aber auch auf unserer Seite die Bereitschaft, uns zu bewegen, ohne dabei in irgendwelche Details zu gehen.

Das ist es wohl, was wir hier falsch eingeschätzt haben. Grundlage für eine solche Bewegung unsererseits hätte sein müssen ein erarbeiteter Begriff unserer Geschichte und daraus, und aus der Bewertung der heutigen Situation abgeleitet, eine zumindest grobe Vorstellung, wie es weitergehen könnte. Kurz: politische Aussagen, mit denen wir uns in Teilen der Gesellschaft hätten bewegen können. Die aber waren nicht vorhanden.

Sechs Wochen später, als die öffentliche Diskussion längst woanders war, kam schließlich als Ersatz für obige Erklärung der Gefangenengruppe eine Erklärung der Rechtsanwälte, in der mitgeteilt wurde, was seit dem Kursbuch 31 über Isolationshaft aus dem Jahr 1973 tausendfach mitgeteilt worden war.

In diesem Vakuum, das wir aus dem 1989 angestoßenen Prozeß hinterlassen hatten, geschah nun zweierlei:

1) Die von uns nicht definierte 22jährige Geschichte der RAF und der Gefangenen wurde von der Gegenseite definitorisch umgegossen in Begriffe wie Reue, Opfer, Gewaltfrage, straffreies Leben, Einzelfallüberprüfung usw., und im öffentlichen Bewußtsein festgeklopft. Es war von unserer Seite aus kaum jemand da, der sich eingemischt hätte. Die Gegenseite präsentierte der Öffentlichkeit ausgerechnet die verbitterte Witwe eines 1970 in Hamburg von Gerd Müller erschossenen Polizisten. Gerd Müller war einer der ersten Kronzeugen, auf seine Aussage hin wurde Irmgard Möller, damals kurz vor ihrer Entlassung stehend, Mitte der Siebziger zu lebenslang verurteilt, und Müller kam kurz darauf frei. Es war niemand da, der hier und bei vielen anderen Schweinereien eingegriffen hätte.

2) Eine realitätsferne Debatte über Reformismus und revolutionären Kampf, der Begriff Revolutionärer Kampf, wie er 1992 hin- und hergeschoben wurde, war nicht Ausdruck von Klarheit, er war vielmehr eine Mystifikation, nach der sich alle jene drängten, die der Klärung offener Fragen aus dem Weg gehen wollten. Nehmen wir dieses hannoveraner Papier. Im Sommer hatten wir einen aus dieser Gruppe bei uns hier, in einer Gesprächsrunde. Von der im späteren Papier zum Ausdruck kommenden Härte war in dieser Diskussion nichts zu spüren. Kritische Anmerkungen zum April-Text, sparsam eher. Offenbar ist es einfacher, uns aus sicherer Entfernung »leckt uns am Arsch« zuzurufen. Was berichtete der Freund aus Hannover über die eigenen Gruppenaktivitäten? Eine müde sich dahinschleppende Geschichte im besetzten Sprengel-Gelände und etwas Anti-Expo-Mobilisierung. Mit einem Wort: »Stresemannstraße«. Wovon sie sich am Ende ihres Textes so laut distanziert haben. Ich kann ja durchaus nachvollziehen, wenn sie sagen, wir machen diese Geschichten seit zehn Jahren, wir haben die Schnauze voll, wir wollen woanders hin. Dann hätte man darüber diskutieren können. Wenn sie allerdings einen solchen anderen, meinetwegen revolutionären Weg, mit demselben stumpfen Sinn begehen, mit dem sie in ihrem Papier Gefangenen gegenübertreten, die zwei Jahrzehnte ihres Lebens für die Sache gegeben haben, werden sie bei dieser neuen revolutionären Praxis genauso scheitern wie bei der alten.

Bei all diesem Gerede über revolutionäre Politik ist in diesem Jahr nichts, aber auch gar nichts herausgekommen. Nirgendwo haben die, die da mit diesen breiten Ansprüchen daherkommen, es gebracht, auch nur im theoretischen die Konturen einer solchen Politik erkennbar zu machen, vom praktischen mal ganz zu schweigen. Hingegen hat diese Diskussion Aussagen produziert, denen ich widerspreche. Ich erinnere an einen Satz im »konkret«-Text von Michael Dietiker, Ali Jansen und Bernhard Rosenkötter, wonach unter den bestehenden Verhältnissen es keine Lösungen geben solle. Ja, um alles in der Welt, sollen wir den ausländischen, jüdischen, behinderten Kindern, Frauen und Männern, sollen wir den Schwulen zurufen: Liebe Leute, tut uns leid, unter den bestehenden Verhältnissen kann es keine Lösungen geben, guckt, wo ihr bleibt!?! Tut mir leid, aber diese kerzentragenden Wohlstandsbürger sind mir, bei allem gehörigen Mißtrauen, lieber als große Ansprüche, von denen niemand sagen kann, wie sie umsetzbar sein sollen.

1992 war also bestimmt von zwei auseinanderdriftenden Ebenen: auf der einen Ebene wurde das ganze abgehandelt als eine Frage von Reue, Opfer, juristischem Verfahren, auf der anderen Seite wurden entlarvt:

a) ein Minister und ein Countergremium als welche, die uns bekämpfen wollen, und b) die Illegalen, die von allen Illegalen in der Geschichte der RAF die meisten Erfahrungen haben, und jene Gefangene, die von allen am längsten dabei sind als welche, die nicht kämpfen wollen, als welche, die reformistischen, wo nicht sozialdemokratischen Vorstellungen frönen, also als solche, die das imperialistische System für eine grundsätzlich korrekte Veranstaltung halten, an der es allenfalls hie und da etwas zu verbessern gilt.

Es war im Jahr 1992 und davor aber nicht darum gegangen, zu entlarven, was andere tun, es war darum gegangen, selbst etwas zu tun.

Die Versäumnisse der Jahre '89 bis '91 als auch die Ignoranz gegenüber den gesellschaftlichen Prozessen im abgelaufenen Jahr haben die Möglichkeiten erweiterter Handlungsspielräume, egal ob für ZL oder FL oder was auch immer, stark reduziert. Und so natürlich für eine Gesamtlösung. Nachdem die Gefangenengruppe nicht zu einer gemeinsamen Aussagen und gemeinsamem Handeln im Sinn einer Gesamtlösung gekommen ist, blieb nur übrig, sich der Untätigkeit anzuschließen – oder außerhalb dieses Rahmens Schritte zu unternehmen. Dies war der Bereich zwischen der Erklärung von Irmgard Möller im April über die Interviews, der Kampf um die Freilassung von Bernd bis hin zur Erklärung von Karl-Heinz, die er für jene Gefangene abgegeben hat, die die Absicht hatten, Anträge zu stellen; ohne daß diese Anträge im allgemeinen oder die Aussagen in Karl-Heinz' Erklärung im besonderen in der Gruppe umstritten gewesen wären. Außerhalb dieses Rahmens Schritte unternehmen hieß nicht, Teillösungen anzustreben, aber die Freilassung einer Reihe von Gefangenen hätte die Dinge, als normative Kraft des Faktischen, via öffentlichem Bewußtsein in die richtige Bewegungsrichtung stoßen können.

Unsere Seite ist im Recht, die Gegenseite im Unrecht. Aber das Innehaben einer hervorragenden moralischen Position ist das eine, die Schaffung eines politischen Kräfteverhältnisses das andere. Nachdem der bewaffnete Kampf keine Option mehr sein konnte, hätte der weitere Weg meinetwegen so aussehen können, daß die Erklärungen der RAF kritisiert worden wären, aber sie hätten konstruktiv kritisiert werden müssen. Das Revolutionäre konnte nicht darin bestehen, in den RAF-Erklärungen Schwachstellen aufzuspüren, das Revolutionäre wäre gewesen, an Lösungen für die objektiv bestehenden Probleme zu arbeiten. Das ist sicher härter, mühsamer und oft riskant, denn es geht nicht, ohne eigene Entscheidungen an diesem oder jenem Punkt zu treffen. Die Illegalen hatten mit den beiden Strängen, die sie in ihren Texten entwickelt haben, auch wenn viele Fragen offen geblieben sind, grundsätzlich das richtige Gespür. Erstens, sagen sie, haben sich die äußeren, objektiven und globalen Bedingungen verändert, zwotens haben wir Fehler gemacht. Die gespenstisch substanzlose Debatte des Jahres 1992 über revolutionären Kampf und Reformismus, nicht selten von Angeberei geprägt, eine Debatte, der sich einige Gefangene kritiklos angepaßt haben, hat nur nochmal in wirklich schriller Weise die Notwendigkeit deutlich gemacht, daß Revolutionäre zu sich selbst ein kritisches Verhältnis haben

müssen. Oder wie erklärt sich, daß wir im Deutschland des Jahres 1992 mutig bekennende Revolutionäre wie nie seit zwanzig Jahren hatten, sich aber so wenig getan hat wie schon arg lange nicht mehr? Worauf warten diese Leute? Wenn sie doch von der Gewißheit des revolutionären Kampfes dermaßen durchdrungen sind, wenn sie so viele sind, warum tun sie nicht das nächstliegende, und nehmen die Dinge in die Hand? Die Richtungsangabe der RAF, sich selbst und die eigene Geschichte kritisch zu reflektieren, war richtig, sie abzuwürgen ein Eigentor. Und sie kamen, diese Erklärungen. Wo es bei der RAF hieß, das Objektive hat sich, das Subjektive muß sich verändern, hieß es nun: verändert haben sich 1) die äußeren Bedingungen, die globalen, und 2) die innerstaatlichen. Die Fehler und falschen Bewußtseinsinhalte sollten später diskutiert werden, »und dann richtig«.

Während einige versucht haben, auf der ausreichenden Grundlage der RAF-Erklärungen vor allem in Richtung Gesellschaft aufzubauen, hat ein anderer Teil seine Energie investiert, die Erklärungen der RAF zu demontieren. Die Endmoräne dieser Entwicklung zeigt sich in einer Reihe gutachterlicher Stellungnahmen zu den öffentlichen Äußerungen der RAF und einiger Gefangener aus dem Bereich der radikalen Linken. Plus die Mitteilung in Interim und anderen breitenwirksamen Blättern, daß die Forderung nach Freilassung unterstützt würde. Das wars dann aber auch. Auf den Punkt gebracht im Hannoveraner-Papier, das man so zusammenfassen könnte: wir tun nichts, ergo sind wir ganz radikal. Hier kommt das bis heute unangetastet belassene Frontdenken zu seinem klarsten Ausdruck: »Das wichtigste ist, daß du die Politik richtig findest.«

Und hier ist auf den Kopf gestellt, was bei einer Durcharbeitung unserer Geschichte hätte wiederentdeckt werden können für ein revolutionäres Projekt der Zukunft:

Man ist eine Gruppe von Genossen, die sich entschlossen hat, zu handeln, die Ebene der Lethargie, des Verbalradikalismus, der immer gegenstandsloser werdenden Strategiediskussionen zu verlassen, zu kämpfen. Aber es fehlt noch alles – nicht nur alle Mittel; es stellt sich auch jetzt erst heraus, was einer für ein Mensch ist.
(Ulrike im Berliner Prozeß 1974)

Wie gesagt: Moralisch gut dastehen, ist das eine. Die Schaffung eines politischen Kräfteverhältnisses ein anderes. Mit den Kronzeugenprozessen hat Bonn via Bundesanwaltschaft das Signal kontinuierlicher Härte in eine Justiz eingespeist, die dafür mit Sicherheit empfänglich ist – konnte sich diese Justiz doch noch nie mit dem Gedanken anfreunden, mit dieser oder auch jener Vergangenheit zu brechen.

Es gibt jetzt die beiden Wege:

Der eine ist der Blick über Kimme und Korn, die Politik der letzten 22 Jahre, die legitim sein soll. Punkt. Mit dieser Botschaft können wir in der Gesellschaft Menschen erreichen. Schätzungsweise tausend oder zweitausend. Diese Leute würden tun, was sie im letzten, vorletzten und vorvorletzten Jahr getan haben. Im letzten Jahr

haben sie eine Demo in Bonn gemacht und eine Reihe von gutachterlichen Stellungnahmen. An das, was sie in unserem Kontext die beiden Jahre davor getan haben, kann ich mich nicht erinnern. Ich weiß, daß es viele gibt, die unter dieser Situation leiden und nach Auswegen suchen. Ich spüre das in nicht wenigen Briefen, in denen gedacht und im Nachdenken Entscheidungen getroffen werden. Es kommen aber auch, seltener, Briefe, die voll heftigster Kritik sind, ohne daß darin die geringste Spur eigener Suche zu entdecken ist. Wer unter der gegebenen Situation leidet, bei dem kann es gar nicht anders sein, daß er oder sie sich auf die Socken macht ... Und dabei hat sie oder er mit Sicherheit was rausgekriegt. Und das wird sich niederschlagen, wo eine/r seine Gedanken aufschreibt. Wer glaubt, zusammen mit ein paar hundert Leuten, die sich zumeist selbst nicht kennen, die Regierung in Bonn zu einer politischen Entscheidung für eine Gesamtlösung zwingen zu können, der muß erklären, warum er das glaubt.

Die andere Option. Sie ist erheblich unübersichtlicher als »wir – sie«. Sie ist in dem Maß in den letzten Jahren unübersichtlich geworden wie die gesellschaftliche und politische Situation unübersichtlich geworden ist. Die Erfolgsaussichten sind, erstmal jedenfalls, nicht überwältigend. Aber die Suche außerhalb des Ghettos ist die einzige, die einen Sinn macht. Insbesondere dann, wenn es nicht allein um eine Perspektive für ein paar Gefangene geht, sondern um eine Perspektive, die etwas mit gesamtgesellschaftlicher Dimension zu tun hat. Langfristig also um die Neubestimmung revolutionärer Politik. Diese Neubestimmung können wir nicht als schnell zusammengeschriebenes Programm auf den Markt werfen. Um zu einer revolutionären Entwicklung zu kommen, müssen wir eine Menge akkumulieren. Und diese Akkumulation besteht aus vielen kleinen Schritten und Kämpfen und Auseinandersetzungen, aus vielen in der Praxis gemachten Erfahrungen, aus Lernprozessen in der Auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen Bereichen. Solange wir uns, gefesselt im armseligen Verhältnis »wir – sie«, befinden, verurteilen wir uns selbst zur Bewegungslosigkeit. Es hat vor allem im Frühjahr Anlässe genug gegeben, uns in Bewegung zu setzen, und gerade wenn eine KGT sich neue Strategien hat einfallen lassen, wäre dies doch noch ein zusätzlicher Grund gewesen, diese Interventionsmöglichkeiten in der öffentlichen Debatte wahrzunehmen. Sollten wir in einer solchen Arbeit, in einem solchen Kampf eine neue Grundlage, eine neue »kritische Masse« schaffen, die mit den Prozessen in der Gesellschaft korrespondiert, dann können wir wieder über ein revolutionäres Projekt reden. Dann ist Substanz da, über die wir weiter nachdenken müssen. Bis jetzt ist diese Debatte wirklich nur Placebo.

Brigitte Mohnhaupt

Ende Februar 1993

Zuerst möchte ich was zu meinem »Ausgangspunkt« im Moment sagen, aus dem ich rede.

Die ganze Zeit schon gibt es keine gemeinsame und umfassendere Erklärung von uns Gefangenen, wie wir die Situation jetzt begreifen und darin unsere Sache bestimmen. Wir haben es nicht geschafft, die unterschiedlichen Sicht- und Denkweisen unter uns so weit zu klären, daß wir zu einem gemeinsamen Grundverständnis in unserem politischen Rangehen gekommen sind.

Aber reden müssen wir jetzt, um wieder einen praktischen Zugriff auf unsere Situation zu kriegen, jede/r selbst und in der Auseinandersetzung hoffentlich wir alle und mit vielen zusammen.

Ich habe mich nach diesem letzten Jahr gefragt, was für mich die »Hauptsachen« sind politisch, die – wenn ich einen Strich unter alles ziehe – unaufgelöst und ungeklärt stehenbleiben und die wir nicht mitschleppen können, wenn wir zu einem neuen Anfang kommen wollen.

Eine solche Hauptsache ist für mich das ganze Problem, das aus der Verknüpfung der Entscheidung der RAF für eine Zäsur im ganzen politischen mit der Freiheit der Gefangenen entstanden ist.

Diese Verknüpfung hat sich auf beides – auf die politische Durchschlagskraft des Schritts der RAF und den Sinn seiner Bestimmung genauso wie auf die Anstrengung, endlich einen Einschnitt in der Staatspolitik gegen die Gefangenen zu erkämpfen – im Schlechten ausgewirkt, weil sie beidem den politischen Inhalt entzogen oder ihn jedenfalls verwischt hat. Den Inhalt und den jeweils »eigenen Boden«.

Um den wieder sehen zu können, denke ich, muß man die Verknüpfung erstmal wieder auftrennen, in die zwei verschiedenen Entwicklungen trennen, die darin auf eine falsche Weise zusammengepolt sind.

Die eine Entwicklung ist die, aus der auch wir Gefangene die Entscheidung der RAF für notwendig und richtig halten, ausgehend vom historischen Einschnitt Mitte der 80er Jahre, der Kette weltweiter und innergesellschaftlicher Umbrüche seitdem, der Totalisierung des Kapitalsystems und damit der Globalisierung der Auseinandersetzung, der Kämpfe um Lösungen gegen das Elend und das Verrecken, gegen die eskalierende Zerstörung in der »einen Welt« heute. Das alles hat die Bedingungen und den ganzen Bezugsrahmen, in dem sich revolutionäre Politik bewegt und bestimmt hat, auseinandergesprengt. Eine einfache Fortsetzung oder die »Übertragung« der alten Bestimmungen auf die völlig veränderte Situation weltweit ist nicht möglich, wir alle müssen die gesamten neuen Bedingungen und die Dimension des Umbruchs

überhaupt erst erfassen und zu einem neuen gemeinsamen Begriff in den Grundfragen kommen.

Das ist das Entscheidende, was der Schritt der RAF eröffnet hat, diesen Prozeß von praktischer Auseinandersetzung um unsere Politik hier und für die Entwicklung der notwendigen neuen strategischen Bestimmungen direkt anzufangen und zu fordern.

Ich weiß nicht, ob sich die Kritik an der RAF, die es gibt, vor allem an der Entscheidung selbst (also bewaffnete Aktionen jetzt aussetzen) festmacht oder daran, wie sie diesen Schritt politisch begründet und vermittelt haben. Ich will hier auch in erster Linie darüber reden, wie wir ihn selber begreifen, aus dem, wie wir die letzten Jahre nachgedacht haben. Da ist für mich das Aussetzen von Aktionen die Entscheidung, die der realen Entwicklung entspricht, und politisch verantwortlich.

Wir haben die bewaffnete Intervention hier in der Metropole in einer strategischen Gesamtkonzeption bestimmt, aus den Zielen und dem strategischen Zusammenhang der internationalen Befreiungskämpfe. Unsere Aktion also als Funktion dieser Strategie, die sie mit ihrem Angriff materiell und politisch entwickeln will. Das ist ihre Aussage und ihr Ziel.

Aber heute kann die bewaffnete Aktion hier diese strategische Funktion nicht mehr haben, gar nicht mehr erreichen, weil es die strategische Gesamtkonzeption nicht mehr gibt. Sie trifft die veränderte Wirklichkeit nicht mehr. Die Auseinandersetzungen sind so viele geworden, die alle gleichzeitig nach Lösungen verlangen, daß die »zentrale Perspektive«, wie sie historisch entwickelt war, die neu entstandenen Bedingungen nicht mehr erfassen kann.

Wir brauchen also einen gemeinsamen Begriff von der »neuen Realität des kapitalistischen Systems«, wie ein Genosse von den Tupamaros das gleiche ausdrückt, um zu den konkreten inhaltlichen Bestimmungen für unsere Politik jetzt kommen zu können. Niemand kann heute sagen, wie die Strategie der Zukunft aussehen wird, das wird sich erst in den Auseinandersetzungen und Kämpfen, die jetzt gekämpft werden, herausbilden. Das ist für mich der wesentliche Inhalt der Entscheidung der RAF. Wir müssen klar sein zu unserer Politik.

Zur gleichen Zeit, als diese Veränderungen anfingen, sichtbar zu werden, standen wir hier im Knast vor der Frage, wie wir unseren Gefangenenkampf weiterbestimmen. Wir hatten neun kollektive Hungerstreiks gemacht, um den permanenten Ausnahmezustand um uns, Isolation, Trennung, Vereinzelung zu durchbrechen und unsere Zusammenlegung durchzusetzen. Aber wir konnten die Zusammenlegung immer nur für wenige erkämpfen (oder auch nur halten), nie für alle. Einige von uns waren inzwischen 17, 15, 12 Jahre gefangen, mehrere so krank, daß ihre gesundheitliche Wiederherstellung unter Knastbedingungen ausgeschlossen war.

Es war klar, wir müssen jetzt endlich durchkommen, wir brauchen den direkten Prozeß zusammen als überhaupt Lebensbedingung hier und um politisch handeln zu können. Nicht nur unsere, die ganze Situation brennt, aber wir können immer gerade nur das allernotwendigste hinkriegen, wir verständigen uns in Abständen von Wochen und Monaten.

Die Schwierigkeit, politisch zusammen zu handeln und eingreifen zu können, wurde immer krasser, mit unserem letzten Streik ’84/’85 – nach 15 Jahren Kampf dagegen – war die Isolation in der Öffentlichkeit zum Thema geworden, sie wurde nicht mehr als selbstverständlich akzeptiert und war für den Staat schließlich politisch nicht mehr haltbar. Es kamen die ganzen Medienkampagnen (»Amnestie«, »Dialog«), in der Linken begann die Diskussion, daß die Gefangenen rausmüssen.

Wirklich eingreifen konnten wir nur ganz begrenzt, da, wo wir es angefangen haben (die Initiative zum »Dialog« ’88), lief der Versuch sofort wieder am Staat auf.

Aber wir haben eine Vorstellung entwickelt, die Umrisse einer Vorstellung, aus der wir auch unseren neuen Kampf um die Zusammenlegung, den Streik ’89, bestimmt haben. Das war unser »Gefangenenprojekt« mit dem Kernpunkt Diskussion – die Möglichkeit für uns, Teil der gesamten Diskussion zu sein, ein offener Austausch und Diskussionsprozeß über alle Fragen, die jetzt angefaßt und gelöst werden müssen, mit dem Ziel, einen gemeinsamen Begriff der Situation zu erarbeiten, den notwendigen neuen Ausgangspunkt zusammen für unsere Praxis weiter.

Und aus diesem Prozeß konkrete Schritte und Initiativen zu entwickeln für unsere Freiheit, jetzt den Einschnitt in der Vernichtungspraxis aus zwei Jahrzehnten politisch durchzusetzen und für den Staat unausweichlich zu machen.

Unsere Zusammenlegung war die materielle Voraussetzung dafür, wir können eine so umfassende, weitgespannte Diskussion nur führen, wenn wir zusammen sind – wenn wir auch endlich selber zusammen reden und uns auseinandersetzen können.

Aber zusammen sind wir auch mit dem Streik ’89 nicht gekommen, obwohl so viele Menschen wie noch nie unser Ziel unterstützt und sich eingesetzt haben – in der Zuspitzung des Streiks hat sich genau die Walze gegen uns Gefangene aufgerichtet, die dann im Durchmarsch zu »Großdeutschland« weitergerollt ist.

Was im Streik eine Zeitlang aufgebrochen war – daß es ein politischer Konflikt ist, eine politische Konfrontation, mit der der Staat auch nur auf der politischen Ebene umgehen kann – war für die nächsten drei Jahre vollkommen weggeschluckt.

Über die will ich später noch genauer reden. An deren Ende jedenfalls stand dann die sogenannte Kinkel-Initiative, der Plan der Koordinationsgruppe Terrorismus, der das ganze letzte Jahr so viel Raum eingenommen hat.

Im Januar hat Kinkel den KGT-Plan in die Öffentlichkeit gebracht, im April kam die Entscheidung der RAF für eine politische Zäsur.

Im ersten Teil ihrer Erklärung geht die RAF auf ihre Gründe für diesen Schritt ein, im zweiten auf Kinkels Ankündigung zu den Gefangenen. Und da fängt das Problem an, das ich meine: beides wird verknüpft, die Gefangenenfrage wird in Bezug gesetzt zur Entscheidung der Guerilla, Aktionen jetzt auszusetzen. So kommt eine politische Vermittlung rüber, als ob die RAF-Entscheidung in eine Erwartungshaltung an den Staat mündet: daß der nun, quasi als Antwort, eine Lösung für die Gefangenen »zuläßt«.

Das hat beidem viel Luft abgedreht. Weil der inhaltliche Kern der RAF-Entscheidung eben der Schritt zur politischen Neuorientierung ist und das strategische Moment darin für den Kampf- und Organisierungsprozeß hier – und nicht eine Art »Angebot« an den Staat, wie es dann für viele stehengeblieben ist.

Entsprechend hat unsere Gefangenensache einen starken Drall in die Richtung bekommen: um die Freiheit muß nicht mehr gekämpft werden, sie muß nicht überhaupt erst politisch durchgesetzt werden, sondern das ist jetzt eine Angelegenheit zwischen RAF und Staat und läuft im Rahmen der »Kinkel-Initiative« still hinter den Kulissen.

Das war, glaube ich, das Schlimmste an dieser Verknüpfung – daß sie den Kampfprozeß rausgekippt hat, auf den der Schritt der RAF ja aus ist und den er neu mit aufbauen will und ohne den die Freiheit für uns Gefangene wirklich nur ein frommer Wunsch bleibt.

Sicher ist das ein Fehler der RAF gewesen, aber in der Folge dann genauso unserer, weil wir, als wir gesehen haben, wohin das läuft, nichts getan haben, um ihn aufzuheben.

Also ihn inhaltlich aufzulösen und auf den realen Zusammenhang zu bringen. Denn natürlich hängt »alles« zusammen, und die Entscheidung der RAF, die Eskalation zurückzustellen, um den Raum für eine grundlegende neue Polisitierung offenzuhalten, hat die Situation insgesamt verändert.

Damit und mit der kurzen Erläuterung, die Irmgard dann für uns Gefangene gemacht hat, daß auch aus unserer Sicht jetzt die Entwicklung des politischen Prozesses hier Priorität hat, war auch für den Staat eine veränderte »Lage« da.

Alle ihre jahrzehntealten Parolen, mit denen noch der winzigste Schritt für die Gefangenen jedesmal abgewürgt wurde, waren nicht mehr brauchbar. Ein Einschnitt in der staatlichen Politik gegen uns war »objektiv« möglich, der nach diesen 22 Jahren nur die Freiheit für alle sein kann, materielle Schritte auf diese Perspektive zu.

Gekommen ist vom Staat das Gegenteil, »jetzt erst recht«, der Wahn, daß sie jetzt endlich auch diesen »Bereich« unter den Absatz kriegen, an dem sie mit allen Maßnahmen und Strategien immer nur aufgelaufen sind.

Eva hat im April geschrieben: »Für uns ist jetzt die Zeit, in der unsere Freiheit erkämpft werden kann, in der auch der Schritt der RAF richtig und dafür eine Voraussetzung ist – anders wäre ›Freiheit‹ bloß ein schöner Traum.«

So sehe ich es auch, weil es einfach realistisch ist. Wenn gleichzeitig Angriffe der Guerilla laufen, wird hier keine Mobilisierung für die Freiheit der Gefangenen Fuß fassen können, auch wenn sie breit ist und zäh am Ziel festhält – das ist aus den Kräfteverhältnissen hier so, der Staat türmt dann sein ganzes Arsenal dagegen auf und drückt den politischen Inhalt weg, macht es zur reinen Machtfrage.

Daß sie das jetzt nicht können, daß jetzt die Möglichkeit da ist, mit unseren politischen Inhalten durchzukommen und weiterzukommen, für ihre Durchsetzung »in der Gesellschaft« zu kämpfen – dieser reale Zugriff auf die Situation ist durch die politische Verwirrung im letzten Jahr fast untergegangen.

Aber den Zugriff müssen wir jetzt kriegen. Deswegen ist es mir auch wichtig, die »Verknüpfung« auf den Boden zu holen, weil man sonst nicht klar denken kann. Das haben wir ja an uns selber gesehen die ganze letzte Zeit. Und es ist eben ein grundlegender Unterschied: Die RAF hat dem Staat nichts »angeboten« – keinen Deal, weil sie sowieso das Handtuch werfen und vorher noch schnell das Gefangenenproblem »bereinigen« will, und auch keinen Waffenstillstand, in dem es um Verhandlungen mit dem Staat über die Gefangenen geht. Sie hat aus ihren Bestimmungen eine politisch notwendige Entscheidung getroffen, die für die Entwicklung radikaler und revolutionärer Politik hier neue Möglichkeiten enthält.

Es gibt mittlerweile ein so großes Loch von Mißverständnissen und Sich-gegenseitig-nicht-Verstehen, daß ich noch etwas sagen möchte. Ich habe nicht deswegen mit der »Verknüpfung« als erster Hauptsache für mich angefangen, um irgendwie auszudrücken, daran hinge jetzt alles, was politisch nicht auf die Füße gekommen ist. Das wäre einfach nur falsch, weil es auch nicht eine Sache allein ist, die man nur aufzulösen braucht und dann ist wieder »Klarheit« rundum. Das kann erst Ergebnis eines weiteren und tieferen Diskussionprozesses mit vielen sein, in dem wir auch erstmal voneinander begreifen müssen, was jede/r sieht und denkt, und warum.

Nein, ich hab damit angefangen, weil der Schritt der RAF für mich das entscheidend Wichtige war, weil er eine ganz andere Bedeutung und Auswirkung hat als alles, was auf unserer »Ebene« – der der Gefangenen – passiert. Eben auch im internationalen Zusammenhang, in der Diskussion mit Genossinnen und Genossen aus anderen Ländern, in den Fragen und Gedanken dazu, die wir mitkriegen.

Deswegen komme ich erst jetzt zu uns Gefangenen direkt und zu unserer eigenen Politik in den letzten drei Jahren. Und das ist die zweite Hauptsache für mich, die wir anfassen und klären müssen in der Auseinandersetzung jetzt.

Dazu muß ich nochmal zum Streik ’89 zurückgehen und zu dem, was ich vorhin gesagt habe, daß sich in der Zuspitzung damals die Walze gegen uns aufgerichtet hat, die dann als »rechte«, als etablierte reaktionäre Macht offen rausgekommen ist im Weitermarsch zur Annexion der DDR, zur neuen militärischen Interventionsmacht, zum harten Kern der weißen Festung Europa.

Mit dieser, in der Konfrontation ja ganz direkten, Erfahrung, was da als rechter Block sichtbar wird, sind wir aus dem Streik rausgegangen, und mit dem Bewußtsein, daß wir wie im Streik jetzt weiterkämpfen müssen, wo wir es trotz Trennung und elenden Bedingungen geschafft hatten, ihn gemeinsam zu bestimmen und unsere Politik durch seine ganze Entwicklung durch in der Hand zu behalten.

Der Streik war nochmal konzentriert die Erfahrung, daß unsere reale Stärke als Gefangene unser kollektiver Zusammenhang ist und daß wir, wenn wir als handelndes Kollektiv politisch da sind jetzt weiter, auch durchkommen können mit unseren Zielen.

Aber das Kollektiv ist eben nicht einfach »da«, weil wir alle gleichzeitig im Knast sind und eine gemeinsame politische Geschichte haben, es ist nur möglich als dau-

ernder Prozeß, in dem alle mit der ganzen Kraft um den Zusammenhang kämpfen. Und das haben wir nach dem Streik nicht mehr gemacht. Es ist klar, es gibt auch eine Erschöpfung aus den vielen Jahren, wo jede/r sich immer wieder aus der Vereinzelung rauskämpfen muß. Und die äußeren Bedingungen haben es uns auch nicht leichter gemacht, die Trennung ging für die meisten unverändert weiter, es kamen die BKA-Razzien, jedesmal haben sie wieder die ganze Post, jeden Fetzen Papier abgeschleppt, jeder Gedanke von uns war »illegal«, sobald er aufgeschrieben war.

Aber ich glaube, in den drei Jahren ist uns das gemeinsame Grundverständnis verlorengegangen, daß wir nur zusammen diesen Kampf nicht verlieren werden und die Kraft finden, die wir brauchen. Die subjektive Kraft und die politische. Das ist ja unsere fundamentale Erfahrung aus unserer ganzen Knastgeschichte, nur zusammen waren wir in den ersten Jahren überhaupt fähig, die Isolation zu begreifen und nicht an ihr kaputtzugehen, dagegen kämpfen zu können und unsere Ziele unter diesen ganz anderen Bedingungen weiterzubestimmen.

Auch in der Reduzierung hier, über Jahre und Jahre, ist es diese Anstrengung, den Prozeß mit den anderen zu wollen und zu suchen, in der unsere Lebensweise, wie wir draußen auch gekämpft haben, immer noch real wird. Und wie hier trotz allem politischer Prozeß möglich ist, Kampf um Veränderung, Veränderung der Bedingungen und die eigene Veränderung, die eigene Weiterentwicklung als Mensch. Sonst wäre der Knast wirklich nur Stillstand, Ohnmacht und langsames Verrecken.

Diese gemeinsame Anstrengung haben wir nicht mehr aufgebracht, das Bedürfnis, um den Prozeß zusammen zu kämpfen, war nicht mehr das wichtigste. Das ist für mich der Grund, warum wir auch die politischen Widersprüche unter uns, die in dieser Zeit offen geworden sind, wenn schon nicht lösen, dann doch wenigstens rational klären konnten.

Was sich durch die drei Jahre durchzieht, ist eine politische Richtung, die uns in meinem Verständnis langsam aber sicher zu Objekten machen wird, zum Gegenstand staatlichen Schaltens und Waltens, wenn wir das nicht ganz aufknacken jetzt.

Das fängt an mit der »CDU/SPD-Linie«, die nach dem Streik aufkam. In den CDU-Ländern gab es absolut gar keine Veränderungen, in den SPD-Ländern einige wenige (die neue Kleingruppe in Köln, und in Lübeck, wo die Gefangenen seit langem nur noch zu dritt waren, kam Gabi aus Berlin dazu). Also weiter die Unterschiede in den Ländern, weil die Regierungsentscheidung im Streik negativ gewesen war. Das war im wesentlichen keine andere Situation als seit Jahren, nur mit umgekehrten Vorzeichen: lange gab es Kleingruppen nur in CDU-Ländern, und für die SPD war die Zusammenleghung der größte Teufel. Aber nie sind wir deswegen auf die Idee gekommen, auf die CDU zu hoffen oder aus diesen Unterschieden eine politische Linie zu begründen, unser politisches Rangehen daran zu bestimmen. Es gibt zu den Gefangenen keinen »Widerspruch« zwischen den Parteien, was mit uns passieren soll, darin sind sie sich immer am schnellsten einig gewesen, es gibt wenn nur Unterschiede im Vorgehen im Blick auf die jeweils eigenen WählerInnen. So wie sich die SPD dann im Streik die Verfassungsschutzlinie zu eigen gemacht hat.

Das soll nicht heißen, daß wir blind sind und Möglichkeiten nicht aufgreifen, wenn sie durch dieses unterschiedliche Vorgehen sichtbar werden. Aber unsere Politik daran zu bestimmen, kann nur der Holzweg sein und eine Umkehrung und Auflösung vom ganzen Verhältnis: daß es hier keine Lösung für uns gibt, kein winziges Stück Boden, das wir uns nicht erkämpfen müssen, gegen den Staat politisch durchsetzen und erkämpfen müssen.

Und es war ja auch der Holzweg, die SPD hat trotz zahlreicher Gespräche keinen Finger gerührt, um irgendeine Bewegung in die erstarrte Situation zu bringen.

Es geht hier nicht um ein Schema von »falsch« und »richtig«, sondern darum, was die Basis unseres politischen Handelns ist, wie wir uns selbst bestimmen und daraus unsere politischen Schritte und Initiativen.

Dieser Knick im Grundverhältnis hat sich fortgesetzt mit der Linie von den »zwei Fraktionen im Staat« – eine besonnene, die jetzt auch zu einem politischeren Umgang mit den Gefangenen und revolutionärer Praxis insgesamt bereit wäre, und eine, die so weitermacht wie bisher. Diese »zwei Fraktionen« sind schon durch die allgemeine Diskussion gegangen, bevor dann im April auch die RAF von ihnen geredet hat. Aber wer soll das sein, wer ist damit gemeint? Kinkel und der Verfassungsschutz auf der einen Seite, das BKA und die Bundesanwaltschaft auf der anderen? Und was soll das heißen – für uns? Daß wir alle nun schauen, welche Fraktion sich »durchsetzt«, wie die RAF sagt?

Die Realität, mit der wir es zu tun haben, ist eine andere. Wir haben in dem Zusammenhang ja schon auf die KGT hingewiesen, nicht weil das das Wichtigste ist, aber ein unmittelbarer Widerspruch dazu, der ins Gesicht springt. Die KGT ist die operative Koordinierung von politischen und Staatsschutzapparaten, ein extralegaler Zusammenschluß zu mehr Effizienz, schnelleren, abgestimmten Entscheidungen, die dann von allen Ebenen getragen und umgesetzt werden. Entscheidungen wie die »Kinkel-Initiative«.

Es ist ein Märchen, der BAW darin die Rolle der grauen Eminenz zuzuschreiben, wie es die taz so gerne tut, um zu vermitteln, politisch sei ja viel mehr gewollt, nur die BAW hat sich wieder dazwischengeworfen. Die BAW hat in dieser Struktur ihre bestimmte Funktion: sie führt die Sache aus, was die BAW macht, ist die »Kinkel-Initiative«. Sie setzt sie um auf der praktischen Ebene: Justiz/Vollzug, wie sie seit 1970 die politische Linie gegen uns umsetzt.

Es ist ganz einfach nicht wahr, daß »eigentlich« politisch was anderes gewollt wird als das, was auch tatsächlich gemacht wird. Auch die neuen Prozesse gegen uns sind kein Querschläger der einen Fraktion gegen die andere, sondern Bestandteil der gesamten Entscheidung. Der KGT-Plan bezog sich von Anfang an nicht auf alle Gefangenen.

Trotzdem haben wir, als das kam, nicht sofort abgewinkt, sondern wir haben Kinkels Ankündigung damals auch als Ausdruck der 22 Jahre Konfrontation RAF – Staat und Gefangene – Staat genommen, in denen sie weder die RAF militärisch vernich-

ten noch unseren Zusammenhang als Gefangene zerbrechen konnten. Und wir haben sie am einzig realen Punkt angefaßt (denn der KGT-Plan war schließlich nur ein Plan, mehr nicht): daß damit die Gefangenensache als politische Frage öffentlich jedenfalls wieder auf dem Tisch war und daß es so auch ein Ansatzpunkt sein kann, mit dem, was wir wollen, weiterzukommen, eben jetzt einen wirklichen politischen Einschnitt herauszukämpfen, die Freiheit für alle.

Daß wir unser Ziel nur in einem langen und schwierigen Kampf politisch durchsetzen können, war klar, und es war auch allen klar, daß »Freiheit für alle« im KGT-Plan nicht vorkommt, das hat Kinkel in Tutzing und in Bonn auch selber deutlich gesagt.

Es war ein Fehler, daß wir uns nicht gleich damals öffentlich konkret und genau damit auseinandergesetzt haben – auch ohne Konsens unter uns und mit unterschiedlichen Einschätzungen, denn was wir jetzt machen, als »Einzelne« reden, hätten wir damals genauso gekonnt. Aber der größere Fehler liegt darin, daß wir nicht schon lange mit einer eigenen Initiative da waren, daß wir so auch nur reagieren konnten. Das ganze Jahr davor gab es Diskussionen, 1992 zum internationalen Jahr für die Freiheit der politischen Gefangenen zu erklären und in den Veranstaltungen und Initiativen, die zum 500jährigen Kampf gegen die weiße Beherrschung und Ausplünderung der Welt hier stattfinden, auch dieses Ziel politisch voranzubringen. Es gab andere Überlegungen, die Wirklichkeit der 20 Jahre Gefangenenkampf zum Thema zu machen.

Aber wir selber haben keine konkrete Vorstellung auf die Füße gebracht, wir waren zu langsam, und dann kam der Staat mit seiner Vorstellung raus.

Aber weiter mit den »zwei Fraktionen«. Drei Monate später hat die RAF ihre Entscheidung öffentlich gemacht, die Eskalation zurückzunehmen, bestimmt als Schritt zu einer umfassenden politischen Neuorientierung. Damit war auch der KGT-Plan über den Haufen geworfen, in dem es ja praktisch darum ging, den Gefangenen abzupressen, daß sie sich mit dem Staat »versöhnen« müssen, wenn sie nicht ewig sitzen wollen. Sich mit dem Staat versöhnen, heißt zu erklären, daß es heute nicht mehr notwendig ist, für revolutionäre Umwälzung zu kämpfen. Politisch hätte das bedeutet, nicht nur die eigenen Ziele aufzugeben, sondern auch gleichzeitig der RAF damit die Legitimation abzusprechen, weiter zu kämpfen. Insofern war der KGT-Plan auch nur eine Variation der alten Sache, ihres alten Ziels, über die Gefangenen die RAF politisch zu zerstören.

Der Schritt der RAF hat diesen Tüfteleien, wie hoch sie jetzt das Stöckchen halten wollen, über das wir springen sollen, mit der Entlassung quasi als Wurst vor der Nase, erstmal den Boden entzogen. Er hat klargemacht, daß der politische Prozeß objektiv längst weiter ist. Ganz abgesehen davon, was für ein Hohn das ist, was für ein Irrsinn auch, als ob wir ihre Manövriermasse sind, als ob unser Kampf ohne Inhalt ist. Wir sind heute keine anderen Menschen als vor 10 oder 20 Jahren, aber das haben sie ja noch nie kapiert.

Es gab dann nach der Erklärung der RAF nochmal eine Entscheidung zu uns im Apparat. Im August wurde sie unseren Anwälten von der neuen Justizministerin mitgeteilt:

1. Kein politischer Umgang mit der Gefangenenfrage, deswegen auch keine »Gesamtlösung« für die Freiheit von allen, sondern über Jahre hingezogen Entlassungen als individuelle Verfahren auf der Justizschiene, Einzelbeurteilungen nach Gewaltverzicht und »günstiger Sozialprognose«;

2. Die neuen Verfahren gegen uns auf der Grundlage von Kronzeugenaussagen werden nicht eingestellt, sondern durchgeführt, weil jedes weitere Lebenslänglich zur »Schwere der Schuld« zählt, die wiederum über den Zeitpunkt der Entlassung entscheidet;

3. Es gibt keine Zusammenlegung, wer jetzt noch alleine ist, soll es auch in Zukunft bleiben (das ist Rolf seit 13 Jahren – bald werden es 14 sein, Christian und ich seit 10 Jahren, Manu seit acht, Andreas, Rico, Chris und Norbert seit fünf und sechs Jahren);

4. Es gibt auch kein Treffen von allen Gefangenen für eine Woche, wie wir es wollen, um endlich reden und uns verständigen zu können, wovon wir heute zusammen ausgehen.

Das wars, ihre politische Entscheidung, und ich möchte wirklich wissen, wie die Zwei-Fraktionen-Theorie da die miteinander ringenden Kräfte im Apparat sieht.

Gut, aber so bleibt es politisch auch immer noch an der Oberfläche, es reicht nicht zu sagen, daß diese »Widersprüche im Apparat« für uns keine feststellbare Relevanz haben, oder auch weitergehend: daß es noch nie so wenig »zwei Fraktionen« gegeben hat wie heute, weder in der Politik gegenüber den Menschen in der alten DDR noch in der Interventionspolitik, in der Asylpolitik oder in irgendeiner anderen grundlegenden Frage für diese Gesellschaft.

Was ich meine, liegt tiefer – das Grundverhältnis, aus dem wir uns selbst bestimmen, und wie wir uns eine Politik, die radikale Veränderungen erkämpfen kann, vorstellen. Das ist nicht »nur« das Verhältnis zum Staat, sondern der gesamte existentielle Widerspruch Mensch – Kapitalsystem, aus dem man anfängt, etwas anderes zu suchen und zu versuchen, die existentielle Erfahrung, daß Leben, Lebensqualität und Lebenssinn nur gegen diese Realität des Systems möglich wird. Das ist für mich immer die Wurzel unseres Kampfs und unserer Identität gewesen.

Wenn wir heute sagen, die Probleme sind so viele und so zugespitzt, so brennend, daß überall Lösungen sofort notwendig sind, die auch nur zusammen mit einer neuen gesellschaftlichen Basis und gesellschaftlichen Intervention erkämpft werden können – eben von allen Kräften, die eine Umkehrung der Entwicklung durchsetzen wollen –, dann kann das ganz sicher nicht heißen: ohne diese Identität, ohne dieses Verhältnis.

Das ist doch das Schwere hier »im Herzen der Bestie«, im Stakkato von Leistung und Konsum, sinnentleertem Leben, zerstörten menschlichen Beziehungen und

menschlichen Werten, überhaupt erst zu sich zu finden, den Sinn vom eigenen Leben zu bestimmen und darum zu kämpfen, ihn zu realisieren, die Menschen zu suchen, die für das gleiche Ziel aufgestanden sind und darum kämpfen wollen: für eine menschliche Welt, im einfachsten Sinn.

Also Identität herzustellen gegen die Leere, die eigene Achse zu finden und im politischen Rangehen wiederzufinden, die Trennung zwischen eigenem Leben und Kampf um Veränderung, die hier die härteste Blockierung von wirklicher politischer Entwicklung ist, ganz aufzulösen.

Die »zwei Fraktionen« sind ja nur ein Beispiel, aber eben ein reales, eins aus dem realexistierenden politischen Denken. Ein Denken, wo nicht mehr die eigenen Ziele und daraus die Suche nach der eigenen konkreten Politik, den Möglichkeiten der Kern ist, sondern wo der Ansatzpunkt zum eigenen Handeln auf den Staat verlagert wird, was er aus seiner Interessenlage an Raum für uns »zuläßt« oder auch nicht.

Aber so wird nichts weitergehen, nur die neuen alten Illusionen werden auf dem Bauch landen und so das Gefühl, daß »hier nichts geht«, noch verstärken.

Ich glaube, daß es in der Auseinandersetzung um eine neue politische Grundlage jetzt ganz entscheidend darum gehen wird, dieses »Übermachtsdenken« aufzubrechen – daß der Staat so stark ist, daß wir doch nie durchkommen mit unseren Zielen – und das Subjekt neu herauszuholen im ganzen politischen Begriff und Bewußtsein. Für mich ist das jedenfalls ein Kernpunkt, über den ich reden will, weil mich das seit Jahren beschäftigt.

Denn mit dieser Übermacht waren und sind wir ja genauso konfrontiert, wir sind genauso durch Niederlagen und Einbrüche gegangen wie alle hier in diesen 25 Jahren. Aber unser Verhältnis war nie, daß deswegen nichts möglich ist in diesem Land. Es stimmt ja auch nicht, unsere Erfahrung ist genau, daß sehr viel möglich ist, wenn wir nicht stehenbleiben und uns den politischen Zugriff auf die sich verändernden Bedingungen immer wieder neu erkämpfen.

Soweit zum letzten Jahr und zu unserer Gefangenensache. Das kann natürlich jetzt nicht mehr als ein Ausschnitt sein, zusammengefaßt aus der Diskussion unter uns (soweit sie möglich war) und konzentriert auf diese zwei Probleme.

Wahrscheinlich wird es in den verschiedenen Beiträgen, die jetzt von uns zusammenkommen, auch Widersprüche oder offene Gegensätze dazu geben. Aber das ist unsere Situation.

Mir ist das Wichtigste jetzt, daß für alle, die sich mit uns auseinandersetzen, klar und nachvollziehbar wird, was wir konkret denken und warum wir so denken.

So kann dann auch ein Anfang für die Diskussion und politische Klärung daraus werden, von der wir schon so lange reden, daß wir damit jetzt beginnen.

2

Erklärungen der RAF zum Anschlag auf den Knast Weiterstadt

Rote Armee Fraktion
Kommando Katharina Hammerschmidt
30. März 1993

Es hat sich nichts daran geändert, daß wir den Einschnitt in unsere Geschichte, den wir gemacht haben, brauchen und wollen. Denn wir sind auf einen Prozeß aus, in dem soziale Gegenmacht von unten und daraus eine neue Vorstellung für den revolutionären Umwälzungsprozeß entwickelt werden kann. Das erfordert eine Diskussion, in der sich die unterschiedlichsten Menschen finden und neue Grundlagen und gemeinsame Kriterien für diesen Prozeß schaffen. Es geht um den Aufbau einer sozialen Gegenmacht, die sich als relevante Kraft in einem neuen internationalen Kampf für die Umwälzung der zerstörerischen kapitalistischen Verhältnisse einbringen kann.

Es wird darum gehen, die sowohl international wie auch innergesellschaftlich veränderte Wirklichkeit umfassend zu begreifen und in diesem Prozeß auch »den ganzen alten Begriffsschrott (der Linken) abzuklopfen ...«, denn nur in einer tiefgreifenden Auseinandersetzung wird es möglich werden, eine Vorstellung zu gewinnen, wie die Verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. Und nur aus diesem Prozeß können die Fragen nach den Mitteln des Kampfes und den konkreten Formen der Organisierung neu beantwortet werden.

Dieser Prozeß hat für uns nach wie vor die größte Priorität. Die Notwendigkeit dazu ist jeden Moment spürbar, wenn wir uns die rasante destruktive Entwicklung des kapitalistischen Systems vor Augen halten. Dieses System hat schon lange die Ausgrenzung, das materielle und soziale Elend und den Tod von Millionen Menschen im Trikont hervorgebracht. Heute ist die Entwicklung der fortschreitenden grundsätzlichen Krise dieses Systems an einem Punkt angelangt, an dem die Zerstörung der Lebensgrundlagen selbst in den Metropolen nicht mehr zu verdrängen ist und soziales und materielles Elend auch hier zur Realität von immer mehr Menschen geworden ist und viele spüren, daß die Perspektive in diesem System für sie selbst nur Hoffnungslosigkeit bedeutet. In dieser Situation hat das Fehlen einer sozial sinnvollen Alternative als gesellschaftliche Kraft katastrophale Auswirkungen.

Während der Staat die Ausbreitung und Eskalation faschistischer und rassistischer Mobilisierung in der Gesellschaft schürt und fördert und es z.B. mit seiner gezielten Hetze gegen Flüchtlinge geschafft hat, einen Großteil der aufbrechenden Widersprüche in eine reaktionäre Richtung zu kanalisieren, ist die Situation auf unserer Seite nach wie vor von Vereinzelung und Desorganisation geprägt.

Im August letzten Jahres haben wir einen Text geschrieben, in dem es uns um die Reflexion unserer Geschichte geht und wir gleichzeitig Kriterien und Überlegungen für die Zukunft angerissen haben; Gedanken, die sich aus unserer Auseinandersetzung in den letzten Jahren entwickelt haben. Diese Gedanken sind für uns Ausgangspunkt in der Diskussion, die wir führen wollen. Natürlich sind neue Fragen und Überlegungen dazugekommen. auch wenn wir nicht viel Resonanz auf unser Papier bekommen haben, ist es unser Bedürfnis, die Diskussion weiter und genauer zu entwickeln.

Aus Teilen der Frauenbewegung gab es die Kritik an uns, daß wir nur wenig auf ihre Diskussionen eingegangen sind, die für Teile von ihnen in den letzten Jahren sehr wichtig gewesen sind, wie die Diskussion um Rassismus. Und auch durch die sich überschlagenden Ereignisse wie z.B. in Rostock ist es für uns dringend geworden, diese Auseinandersetzung genauer zu führen.

Wenn wir auch nach wie vor die Verschärfung der Lebensbedingungen hier und die um sich greifende Perspektivlosigkeit vieler Menschen sowie das Fehlen der Linken als Kraft als einen Grund für den Zulauf bei den Faschisten sehen, ist es auf der anderen Seite aber auch klar, daß die Wurzeln dafür, warum sich hier in der Metropole, im neuen Großdeutschland, die Unzufriedenheit in einem solchen Ausmaß gegen Fremde entlädt, tiefer liegen. Damit müssen sich alle sehr bewußt auseinandersetzen. Wie ein Mosambikaner sinngemäß gesagt hat: Bei uns sind die Menschen auch arm, und trotzdem schlagen sie deshalb nicht auf die nächsten unter ihnen ein.

Die Auseinandersetzung über Rassismus wird also sicher ein wichtiger Teil beim Aufbau einer Gegenmacht von unten sein – die nicht im Ghetto bleiben oder als Abgrenzung zu anderen geführt werden kann, sondern als Frage ans eigene Bewußtsein, wie jede/r sein will und welche gesellschaftliche Entwicklung man/frau will.

Daß da in der Vergangenheit Fehler gelaufen sind, kritisiert die autonome l.u.p.u.s.-Gruppe in ihrem Buch »Geschichte, Rassismus und das Boot« so: »So selbstverständlich und geübt es scheint, heute über Rassismen, über das ›spezifisch Deutsche‹ oder über deutsche Einzigartigkeiten zu streiten, so selbstverständlich sah die revolutionäre Linke in den letzten 20 Jahren darüber hinweg. ... Was in der linken Auseinandersetzung um patriarchales Verhalten unmöglich geworden ist, schien in der Frage des Deutschseins auffällig leicht zu fallen: wir haben damit nichts zu tun.«

Die Chancen, heute vieles anders zu machen und neues herauszufinden, sind groß: Die Frage nach dem Aufbau einer Gegenmacht von unten ist nicht ausschließlich eine Frage an weiße, deutsche Linke, sondern eine Frage danach, wie Menschen, die hier leben, sich gemeinsam organisieren können. Und die Bevölkerung setzt sich hier aus Menschen der unterschiedlichsten Nationalitäten und Hautfarben zusammen.

»... der Dialog mit schwarzen Frauen muß nicht in fernen Ländern stattfinden, sondern ist/wäre viel einfacher und intensiver mit den Frauen möglich, die in der BRD leben. Die Geschichte von Migrantinnen und ihr Wissen aus den Herkunftsländern ist dabei für das Begreifen internationaler Zusammenhänge so wichtig wie ihre politischen Meinungen und Erfahrungen mit Rassismus und dem anderen Sexismus, der sie hier trifft, für das Verständnis der BRD-Gesellschaft ...« (aus: »¡basta! Frauen gegen Kolonialismus«).

»... es war die 68er-Bewegung, die das, was der Faschismus nach dem Judentum innerstaatlich am grausamsten verfolgt und ausgemerzt hatte, die Linke, ihre Werte, Kultur und Kontinuität, wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in Deutschland-West. Und wenn heute eine Re-Faschisierung läuft, dann breitet sie sich aus in jenem politisch-kulturellen Vakuum, das diese Linke in ihrem Rückzug aus einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und Neusetzung von Werten und Einstellungen hinterlassen hat« (Lutz Taufer, Gefangener aus der RAF).

Es ist eine Aufgabe der Linken, in ihrer Praxis neue Werte zu setzen und zu leben, ansonsten wird in der Gesellschaft immer nur das hervorbrechen, was 500 Jahre Kolonialismus im Bewußtsein der Metropolenbevölkerung angerichtet haben: rassistische Ideologie. Das weiße Herrenmenschenbewußtsein ist seit 500 Jahren Voraussetzung für kolonialistische und imperialistische Ausbeutung der Völker im Trikont. Es ist im Bewußtsein der weißen Metropolenbevölkerung aus dieser Geschichte vorhanden und wird in Krisenzeiten von Staat und Kapital offen mobilisiert.

Rassismus heißt, Menschen in »Andersartige« und »Mehr-« und »Minderwertige« zu kategorisieren. So werden immer die kategorisiert, die im kapitalistischen Produktionsprozeß entweder nicht mehr gebraucht werden oder härter ausgebeutet werden sollen.

Die Zerstörung des Sozialen unter den Menschen ist die Voraussetzung für Rassismus. Diese Zerstörung bedeutet, daß auf der Basis des kapitalistischen System, dem 24-Stunden-Alltag von Leistung und Konkurrenz, den Menschen eigene Kriterien geraubt und durch für den Kapitalismus funktionale Werte ersetzt wurden – am effektivsten in den Metropolen. Das zeigt sich z.B. am Verhältnis zu Arbeit und Leistung als Wertdefinition des Menschen: Ohne Arbeit bist du nichts ... Es ist das Verhältnis zur Zeit, wo es für die meisten Menschen zur Normalität geworden ist, in einem vollkommen vorbestimmten Rhythmus und Streß das ganze Leben zu verbringen, in dem es keinen Platz für Kreativität und Lebenslust gibt.

Es zeigt sich daran, daß in diesem System alles zur Ware wird, auch das Verhältnis zur Körperlichkeit, wobei natürlich die Frauen am meisten dazu gezwungen werden, ihren Körper als Ware zur Schau zu tragen, die von Männern konsumiert oder eben abgelehnt wird ...

Es war und ist immer die Voraussetzung für die Herrschaft des kapitalistischen Systems über die Menschen gewesen, mit solchen Kriterien auch tausend Trennungen zwischen sie zu setzen: die Trennungen in Mehr- und Minderwertige; in Leistungsfähige und »Arbeitsscheue«; in Schwarze und Weiße; in Männer und Frauen; Alte und Junge, Kranke, Schwache, Behinderte und Starke, Gesunde; in Gescheite und »Dumme«.

Dieser Prozeß der Zerstörung hat heute eine Dimension erreicht, in der die Gesellschaft in ein inneres Um-Sich-Schlagen übergeht.

Rassistisches Bewußtsein wie überhaupt der destruktive Prozeß in der Gesellschaft kann nur in Kämpfen, in denen soziale Beziehungen und Werte hervorgebracht und umgesetzt werden, aufgehoben bzw. umgekehrt werden. Eine Perspektive revolutionärer Entwicklungen wird nur in solchen Prozessen wieder vorstellbar werden. Entweder schafft die Linke – und damit meinen wir alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit durchgesetzt werden kann – einen neuen Aufbruch, der seine Wirkung in die Gesellschaft hat, oder der »Aufbruch« bleibt auf der rechten, faschistischen Seite.

Entweder wird von unserer Seite aus eine Basisbewegung von unten entwickelt, die von Solidarität und Gerechtigkeit, vom Kampf gegen soziale Kälte, Perspektivlosigkeit und Armut bestimmt ist, oder die explodierenden Widersprüche werden weiterhin destruktiv bleiben und die Gewalt jede/r gegen jede/n eskalieren.

Es gibt Linke, die sich mit diesen Fragen nach der gesellschaftlichen Entwicklung, wie wir und auch andere sie gestellt haben, nicht auseinandersetzen wollen, weil dies reformistisch sei. Solche Scheindiskussionen um revolutionär/reformistisch sind ohne jeden Gebrauchswert für die Neubestimmung revolutionärer Politik; und auch im Festhalten und Beharren auf zeitlos alten Klarheiten wird niemand Antworten auf die sich heute stellenden Fragen finden. Die gegenseitigen Bestätigungen, daß die Revolution international sein muß, sind banal – sie nutzen niemandem, auch nicht den Völkern im Süden oder Osten.

Die wirklichen Fragen fangen danach erst an, nämlich wie hier eine soziale Gegenmacht aufgebaut werden kann, die aus den gemachten Erfahrungen und eigenen Fortschritten sich tatsächlich als relevante Kraft in die internationalen Diskussionen und Kämpfe einbringen kann. In diesem Sinne ist der Vorwurf an uns, wir würden eine Neubestimmung nicht mehr im internationalen Zusammenhang suchen, inhaltlich genauso oberflächlich wie er absurd ist.

Das Draustürzen auf das Bemühen anderer, um zu sehen, wie man es zerreißen kann (oder ob es besser ist, sich dranzuhängen), ist eine alte Rangehensweise der deutschen Linken. Das Positive daran, daß in den Diskussionen seit dem 10.4. letzten Jahres innerhalb der radikalen Linken zentnerweise alter Mist – wie Konkurrenz und Abgrenzungsdenken oder verkrampftes Festhalten an alten Rangehensweisen – Hochkonjunktur erlebt hat, ist, daß er, so offen wie er nun dasteht, auch endlich überwunden werden kann.

Die Voraussetzung für die Neubestimmung revolutionärer Politik ist, daß jetzt die Leute zusammenkommen, sich organisieren und handeln, die voneinander wirklich was wissen wollen und neue Gedanken zulassen und entwickeln wollen.

Seitdem wir vor einem Jahr die Eskalation von unserer Seite aus zurückgenommen haben, hat der Staat die Verfolgung fortschrittlicher Menschen, die politische GegnerInnen dieses Systems sind, teilweise noch verschärft: Versuche, aus der Vereinzelung heraus Räume für eine andere Entwicklung zu erkämpfen, werden nach wie vor niedergemacht. Herausragendes Beispiel war der Versuch, den Gegenkongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München von vorneherein zu verhindern, eine internationale Diskussion unmöglich zu machen sowie die Einkesselung der Demonstration.

Die antifaschistische Organisierung wird kriminalisiert und antifaschistische Demonstrationen wie in Mannheim im Sommer letzten Jahres niedergeprügelt.

Natürlich besteht ein Zusammenhang zwischen dem Niedermachen von selbstbestimmten Ansätzen, der Verfolgung und Einknastung von Antifas und der stärker werdenden faschistischen Mobilisierung.

Die Herrschenden wissen, daß alle Maßnahmen, zu denen sie aus der Krise gezwungen sind, die Widersprüche im Inneren verschärfen werden – Sozialabbau, steigende Wohnungsnot, steigende Arbeitslosigkeit, Stahlkrise, Krise in der Autoindustrie ... – Reuter, Chef von Daimler Benz, geht laut Spiegel von 30 bis 50 Jahren Krise aus –, das alles soll auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Gleichzeitig muß der Staat eine irgendwie geartete Mobilisierung für Großdeutschland hinkriegen. Wenn z.B. militärische Einsätze der Bundeswehr zwar unter der Hand immer wieder gelaufen sind – wie im Krieg gegen den Irak und gegen das kurdische Volk – so geht es dem großdeutschen Staat perspektivisch doch um eine andere Dimension und um eine größere Akzeptanz auch hier im Innern für Deutschland als Militärmacht – da bleibt nicht viel anderes, als eine rassistische, weiße Mobilisierung der »deutschen Staatsbürger« in dem einen Boot, was diese Gesellschaft im herrschenden kapitalistischen Interessen noch zusammenhalten könnte.

Während sie auf der einen Seite also rassistische Ausländer- und Asylgesetze verabschieden und Flüchtlinge hier zu »dem Problem der Deutschen« ganz gezielt in die Köpfe der Leute gepuscht haben, und damit die faschistische Mobilisierung überhaupt in diesem Ausmaß auf den Plan gerufen haben übernehmen sie auf der anderen Seite gleichzeitig die Schirmherrschaft von Demonstrationen gegen Fremdenhaß wie in Berlin Ende letzten Jahres. So soll auch noch die Empörung vieler Menschen gegen die faschistischen Schläger und Mörder für diesen Staat kanalisiert und funktionalisiert werden, um zu verhindern, daß sich aus dieser Empörung eine Bewegung von internationaler Solidarität der Unterdrückten gegen die Herrschenden und ihre faschistischen Schläger entwickelt, wurde wochenlang durch die Medien gepeitscht: Es ginge um Gewalt, Gewalt von links wie Gewalt von rechts. Während hier täglich ausländische, behinderte und obdachlose Menschen angegriffen werden und es allein '91 dabei 17 Tote gegeben hat, stellte Kohl sich hin und redete von Extremismus von links und von rechts, der bekämpft werden muß.

Der Jubel der Herrschenden über den Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems und über den »großen Sieg« des kapitalistischen Systems ist schon seit einiger Zeit verstummt – diese Entwicklung hat das kapitalistische System in seine größte Krise gestürzt. Die Herrschenden haben keine Antworten auf diese Krise – was nicht heißt, daß sie nicht trotzdem mit menschenverachtenden Planungen und Maßnahmen versuchen, die Situation da, wo sie noch können, zu regulieren. Es scheint, daß die einzige Linie, die sie klarhaben, die Bekämpfung der Linken ist. Da sollen alle niedergemacht werden, die auf eine antifaschistische und antirassistische Mobilisierung von unten und gegen die herrschenden Interessen aus sind. Verhindern wollen sie Ansätze, wo Menschen sich für ein von unten bestimmtes solidarisches Lösen der Probleme organisieren. Darüber hinaus führt der Staat einen Rachefeldzug gegen die alten Kommunisten und Antifaschisten, was sich exemplarisch an dem Prozeß und der Einknastung von Gerhard Bögelein gezeigt hat, bis sie ihn kurz vor seinem Tod rauslassen mußten.

Alles, was an Widerstandserfahrungen in diesem Jahrhundert entwickelt worden ist, soll ausgemerzt werden. Und genau diese Haltung zeigt sich auch in dem Umgehen des Staates mit unseren gefangenen GenossInnen.

Wir sind oft kritisiert worden, daß wir in der Erklärung vom April letzten Jahres unsere Entscheidung zur Zäsur mit der Situation der Gefangenen bzw. überhaupt mit dem staatlichen Vernichtungswillen verknüpft hätten.

Wir haben jedoch den Einschnitt in unsere Geschichte immer mit der Notwendigkeit begründet, neue Grundlagen zu entwickeln, und gesagt, daß diese Notwendigkeit unabhängig vom staatlichen Handeln existiert. Aber uns war auch von Anfang an dabei bewußt, daß unklar ist, wie der Staat reagiert, wenn wir den Druck von unserer Seite aus wegnehmen, und deshalb haben wir uns mit der Drohung die Möglichkeit offengehalten, da zu intervenieren, wo es notwendig ist, dem staatlichen Ausmerzverhältnis Grenzen zu setzen. Im August '92 haben wir geschrieben:

»Wir werden die bewaffnete Intervention dann als ein Moment des Zurückdrängens bestimmen und nicht als weitere Strategie. Wir werden also nicht einfach zum Alten zurückkehren. Diese Eskalation ist nicht unser Interesse. Aber der Staat muß wissen, wenn er keine andere Möglichkeit zuläßt, daß es auf unserer Seite die Mittel, die Erfahrung und die Entschlossenheit gibt, sie dafür zur Verantwortung zu ziehen.«

Es ist Quatsch zu sagen, wir hätten damit uns bzw. die Frage der Weiterentwicklung revolutionärer Politik von der Situation der Gefangenen abhängig gemacht. Aber Tatsache ist auch, daß unser Schritt z.B. Auswirkung darauf hat, wie der Staat mit der Frage nach der Freiheit der politischen Gefangenen umgeht. Das ganze ist eine widersprüchliche Situation; damit müssen wir umgehen und uns darin bewegen können. Wir leben schließlich nicht im luftleeren Raum.

Nachdem wir den Druck von unserer Seite aus weggenommen hatten, hat sich der Staat in bezug auf die Gefangenen ein weiteres Mal für die Eskalation entschieden – das Urteil gegen Christian Klar und die neue Prozeßwelle überhaupt sollen bei vielen das Lebenslänglich zementieren; die Entscheidung, Bernd Rössner nicht endgültig freizulassen; mit den letzten Ablehnungsbegründungen auf die Anträge von Gefangenen auf Freilassung ist die Staatsschutzjustiz da angekommen, sie zur psychiatrischen Untersuchung zwingen zu wollen, womit sie eingestehen sollen, ihr Kampf, ihr Aufbruch sowie ihre Gegnerschaft zum System sei Irrsinn. Die Gefangenen sollen nicht zusammengelegt werden, denn sonst könnten sie in Diskussionsprozesse und gesellschaftliche Prozesse eingreifen – und noch viel weniger sollen sie draußen sein. Sie sollen nach wie vor vernichtet werden und ihre Erfahrungen aus Kämpfen von anderen ferngehalten werden.

Es ist vollkommen klar, daß es eine politische Entscheidung des Staates erfordert, um vom Ausmerzverhältnis gegen die Gefangenen zu einem politischen Umgang mit der Gefangenenfrage zu kommen – die politische Ebene hat diese Frage aber an die Staatsschutzjustiz abgegeben, die natürlich erst recht nicht die Entscheidung trifft, zu der die Politik nicht willens ist.

Sicher liegen nach wie vor tausend Fragen auf dem Tisch, und eine solidarische Diskussion, in der aus den gemachten Erfahrungen der Kämpfe in den letzten 25 Jahren gemeinsam gelernt, Schlüsse für die Zukunft und gemeinsame Kriterien für eine neue Vorstellung für den Umwälzungsprozeß entwickelt werden können, hat noch kaum angefangen. Aber es gibt Grundsätze und Selbstverständlichkeiten, die nicht in Frage gestellt werden müssen, von denen wir einfach ausgehen: z.B. das Verhältnis zu unseren gefangenen GenossInnen und der Tatsache, daß der Staat seit 22 Jahren politische Gefangene in Isolationshaft foltert – wir kämpfen für die Freiheit dieser Gefangenen.

Wir werden nicht sagen: Wir sind jetzt auf der Suche nach einer neuen Strategie, und was mit ihnen derweil passiert, paßt jetzt nicht in unser Konzept. Wir können einen neuen Anfang, die Entwicklung neuer Vorstellungen, gar nicht losgelöst von der Frage sehen, wie die Freiheit unserer GenossInnen, die aus diesen 22 Jahren Kampf gefangengenommen wurden, erkämpft werden kann. Sie sind seit 22, 18 ... Jahren in Isolation/Kleingruppenisolation, es ist keine Frage: ALLE MÜSSEN JETZT RAUS!

Die Frage, ob die Freiheit aller politischen Gefangenen in einer gemeinsamen Anstrengung aller linken und fortschrittlichen Menschen durchgekämpft werden kann, hat aus unserer Sicht auch Bedeutung dafür, ob wir es schaffen, in dieser Phase der Neubestimmung tatsächlich eine starke und selbstbewußte Kraft, die Gegenmacht gegen die herrschenden Verhältnisse ist, aufzubauen. Wer heute schulterzuckend oder ohnmächtig akzeptiert, daß die Gefangenen weiter dieser Tortur unterworfen werden, weil er/sie denkt, daß unsere Seite dagegen zu schwach ist, wie soll er/sie darauf hoffen können, daß wir in der Lage sind, eine Kraft aufzubauen, die die gesamten Verhältnisse umwälzen kann?

Wir haben mit dem Kommando Katharina Hammerschmidt den Knast in Weiterstadt gesprengt und damit auf Jahre verhindert, daß dort Menschen eingesperrt werden. Wir wollen mit dieser Aktion zu dem politischen Druck beitragen, der die harte Haltung gegen unsere gefangenen GenossInnen aufbrechen und den Staat an dieser Frage zurückdrängen kann. Doch dafür, daß ihre Freiheit durchgesetzt werden kann, braucht es die unterschiedlichsten und vielfältigsten Initiativen von vielen. Im letzten Jahr hatten wir versucht, trotz der Zäsur politischen Druck von unserer Seite aus an dieser Frage über die Drohung zu halten. Das, was es dafür an Wirkung und Grenze hätte sein können, ist leider gerade von GenossInnen aus dem linksradikalen Spektrum systematisch demontiert worden.

Mit unserer Aktion haben wir diesen Druck jetzt neu gesetzt und die Drohung aktualisiert. Wir denken, daß das genutzt werden kann.

»Wir fordern die Schließung des Knastes Weiterstadt! Weiterstadt ist als Abschiebeknast konzipiert und auf verseuchtem Gelände gebaut ...« (aus einem Diskussionspapier von Gefangenen aus Stuttgart-Stammheim, Septemper '91).

Der Weiterstädter Knast steht exemplarisch dafür, wie der Staat mit dem aufbrechenden und sich zuspitzenden Widersprüchen umgeht: gegen immer mehr Menschen Knast, Knast, Knast – und er steht als Abschiebeknast für die rassistische staatliche Flüchtlingspolitik. In seiner technologischen Perfektion von Isolation und Differenzierung von gefangenen Menschen ist er Modell für Europa.

Weiterstadt war neben Berlin-Plötzensee der zweite völlig neu konzipierte Hochsicherheitsknast in der BRD. Mit Begriffen wie »Wohngruppenvollzug« wird er, mit seinem Hochsicherheitstrakt für Frauen, als das »humanste Gefängnis« in der BRD dargestellt. Hinter diesem Begriff verbirgt sich jedoch ein wissenschaftlich weiterentwickeltes Konzept zur Isolierung, Differenzierung und totaler Kontrolle der Gefangenen. Es ist das Prinzip von Belohnung und Bestrafung in High-Tech-Form, das die Gefangenen zur Disziplinierung und Unterwerfung zwingen und letztlich ihre »Mitarbeit«, sich selber zu brechen, erreichen soll.

Das elektronische Überwachungssystem war wohl das teuerste und perfekteste in ganz Europa, mit dem jede Äußerung und Bewegung der Gefangenen kontrolliert werden und zur Auswertung für die psychologischen Programme benutzt werden sollte, um jede Regung von Solidarität, Freundschaft und selbstbestimmte Organisierung zerstören zu können.

»Bevor die Gefangenen auf die einzelnen Wohngruppen verteilt werden, durchlaufen sie die Einweisungsabteilung. Dort wird ein Psychiatriestab die einzelnen Gefangenen auf Anpassungsbereitschaft bzw. Widerstandswillen durchleuchten. Anhand der Ergebnisse wird die Aufteilung der Gefangenen auf die einzelnen Wohngruppen bestimmt. Die Wohngruppen sind hierarchisch gestaffelt. Angefangen von Unbeugsamen und Unkooperativen bis hin zu Anpassungswilligen. Das Ziel: eine ›Karriere‹ des Gefangenen durch Aufsteigen von der untersten (= Unangepaßtesten) in die höchste (= konformste) Wohngruppe« (aus: »Infoblatt der ›Bunten Hilfe‹ Darmstadt«).

Dazu schrieb eine der Frauen aus der Plötze, die mit einem Hungerstreik für die Abschaffung des Wohngruppenvollzugs gekämpft haben: »Die Situation ist gekennzeichnet durch ein Ausmaß an Kontrolle und Repression, wie es in seiner Totalität kaum vorstellbar ist. Die Plötze ist sowohl architektonisch wie auch personell so konzipiert, daß ein Kontakt zwischen den Frauen gar nicht zustande kommt oder aber bis ins letzte Detail registriert wird. Die Frauen werden in voneinander abgeschirmte Zwangsgemeinschaften gepfercht, in denen sie danach ausgesucht werden, wie gut sie sich anpassen und wie sie sich am besten gegenseitig fertig machen. Die schallisolierten Zellen haben eine Gegensprechanlage, durch die die Frauen jederzeit akustisch überwacht werden können. Die Stationsgänge sind mit Kameras bestückt und der Gruppenraum, wo sich die Gefangenen in der Freizeit treffen, ist verglast – kurz, die perfekte Überwachung jeder Lebensäußerung ...«

Mit der Lüge vom »humansten Knast« wollte die Justiz Gefangene in anderen Knästen auf deren Verlegung nach Weiterstadt einstimmen. Jahrelang sind sie auf viele Forderungen der Gefangenen in Frankfurt-Preungesheim nicht eingegangen, mit dem Verweis, es gäbe '93 den Weiterstädter Knast. Was aber hat beispielsweise die Forderung nach Abbau der brutalen Betonsichtblenden in Preungesheim mit Weiterstadt zu tun? Nichts. Nicht mal die Behauptung, durch Weiterstadt (wo die Überbelegung von vornherein eingeplant war) würde sich die Situation der Überbelegung für die Gefangenen in Preungesheim verändern, entspricht der Realität. Sie hat den propagandistischen Zweck, zu vertuschen, daß sie immer mehr Knäste bauen (Preungesheim soll nicht etwa geschlossen sondern neu aufgebaut werden), mehr Haftplätze schaffen und immer mehr Menschen einsperren, was ihre Antwort auf die gesellschaftliche Entwicklung ist.

Der Bau von Knästen ist keine Lösung für die (Preungesheimer) Gefangenen. Ihre Forderungen müssen erfüllt werden – Knäste müssen abgerissen werden.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Freilassung aller HIV-Infizierten!
Freilassung aller Flüchtlinge, die in Abschiebehaft sind!
Schließung aller Isolationstrakte!
Wir grüßen alle, die in den Knästen für ihre Menschenwürde kämpfen – in Preungesgeim, Santa Fu, Plötzensee, Rheinbach, Stammheim, Straubing ...
Solidarität mit den internationalen Gefangenenkämpfen!
Der Weg zur Befreiung führt über den sozialen Aneignungsprozess, der Teil wird in einem neuen internationalen Kampf für die Umwälzung!
Rassismus von Staat und Nazis bekämpfen!
Rassistisches Bewusstsein in der Gesellschaft im Kampf für das Soziale unter den Menschen aufheben – auch dafür brauchen wir eine Basisbewegung von unten, die von Solidarität und Gerechtigkeit, vom Kampf gegen soziale Kälte, Perspektivlosigkeit und Armut bestimmt ist!
Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

Kommando Katharina Hammerschmidt, Rote Armee Fraktion, 30.3.1993

P.S.: Die Behauptung, wir hätten das Leben der Wachleute und untersten Justiztypen allein aus »derzeitigen taktischen« Gründen geschützt oder sie hätten ihr Leben ausgerechnet Kinkel zu verdanken, ist natürlich eine Lüge. Die RAF hat kein Interesse daran, solche Leute zu verletzen oder zu töten. Diese Lüge liegt auf der gleichen Linie wie die Tatsache, daß die BAW die Warnplakate, mit denen wir das Gelände um den Knast weiträumig abgesperrt hatten, unter den Tisch fallen läßt – wo sie doch sonst am liebsten jede Haarnadel zur Fahndung ausstellen.

3

Zum Tod von Wolfgang Grams, der Verhaftung von Birgit Hogefeld in Bad Kleinen und den Folgen ...

Rote Armee Fraktion

6. Juli 1993

Zum Tod von Wolfgang Grams

Die Terroraktion von BAW, BKA und VS in Bad Kleinen, ausgeführt von ihren Killertruppen der GSG 9 und MEK – die Verhaftung von Birgit Hogefeld und die kaltblütige Ermordung von Wolfgang Grams haben uns tief getroffen.

Wir sind auch nach unserer einseitigen Rücknahme der Eskalation im April '92 nicht davon ausgegangen, daß der Staatsschutzapparat aufhören würde, nach militärischen Schlägen gegen uns zu lechzen – daß ihre Linie Vernichtung ist, war auch an der neuen Eskalation ihres Terrors gegen unsere gefangenen GenossInnen offensichtlich.

Trotzdem ist es eine große Erschütterung, plötzlich in dieser Kälte und Brutalität damit konfrontiert zu sein. Auch der Gedanke, daß Wolfgang jetzt noch leben könnte, wenn diese Spezialkiller sich nicht bis ins tiefste Innerste zum Mord legitimiert und von oben gedeckt sehen würden – es ist nicht einfach, das alles gefühlsmäßig an sich heranzulassen. Sie haben eine Genossin und einen Genossen aus ihrem Lebenszusammenhang gewalttätig herausgerissen.

Wir denken vor allem an die letzten zwei Jahre, an die gemeinsame Anstrengung, die es bedeutet hat, zu der Entscheidung, einen Einschnitt in unserer Geschichte zu machen, zu kommen und uns selbst mit anderen Augen sehen zu können, uns zuzugestehen, daß wir auf der Suche sind und nicht alle Antworten parat haben.

Der Prozeß in dieser ganzen Zeit hat von allen Mut zu Kritik und Selbstkritik erfordert, was oft auch schmerzhaft war.

Es war eine große Sache für uns gewesen, unsere eigene Geschichte zu überprüfen und Fehler wie Stärken bewußt zu sehen – das hieß, uns die eigenen Erfahrungen wirklich tief aneignen zu können. In der letzten Zeit ist es daraus möglich geworden, daß sich das Gewicht in unseren Auseinandersetzungen immer mehr auf die Zukunft gerichtet hat: die Lust, Neues herauszufinden, und ein großes Bedürfnis, sich alles an Wissen über die veränderte Situation und den sich aus ihr ergebenden Möglichkeiten anzueignen, aus den Erfahrungen von anderen Kämpfen zu lernen und unsere eigenen Kriterien und Vorstellungen beim Aufbau einer sozialen Gegenmacht von unten anwenden und einbringen zu können.

Jetzt ist Wolfgang tot, ermordet. Wir trauern um ihn. Wir werden ihn sehr vermissen.

Seine Skepsis gegenüber vorschnellen Entscheidungen, seine Geduld, etwas auch mehr als einmal zu hinterfragen, was von allen anderen Genauigkeit in der Auseinandersetzung gefordert hat und was nicht immer bequem war – damit hat er z.B. dafür gesorgt, alle Aspekte der Situation oder der eigenen Vorstellung anzusehen und nicht

nur die Aspekte wahrzunehmen, die einen selbst bestätigen. Auch das wird uns fehlen.

Wir werden die Erinnerung an ihn, unseren Genossen, der sein Leben mit aller Entschiedenheit dem Kampf um Befreiung von Unterdrückung widmete, in unseren Herzen behalten.

Am 10.4.92 haben wir die Eskalation in der Auseinandersetzung mit diesem Staat von unserer Seite aus zurückgenommen: Wir stellten die Angriffe gegen Repräsentanten von Staat und Kapital ein. Das entsprach unserem Interesse, denn wir wollten einen entschiedenen Schritt machen, um zur Neubestimmung unserer und linker Politik überhaupt zu kommen. Die Priorität der politischen Auseinandersetzung statt Eskalation der Konfrontation war notwendig. Wir haben einen Einschnitt in unserer 22jährigen Geschichte gemacht, und wir hatten die Vorstellung, daß in dieser Phase die Freiheit der politischen Gefangenen durchgesetzt werden muß und kann. Dem gegenüber jedoch stand und steht ein Staat, dessen klarste Orientierung das Ausmerzverhältnis gegenüber linker Fundamentalopposition zu sein scheint. Es hätte einer politischen Entscheidung des Staates bedurft, doch dazu ist die Elite von Staat und Wirtschaft weder willens noch in der Lage. Das beweisen sie ständig aufs neue. Politische Entscheidungen in substantiellen Fragen werden auf die Apparate von Justiz, Polizei und Militär abgeschoben und durch deren Maßnahmen ersetzt.

Der Staat hat die Rücknahme der Eskalation von unserer Seite aus sowie unsere veröffentlichte Selbstkritik als Zeichen von Schwäche genommen. Sie haben die Situation für die politischen Gefangenen nur weiter verschärft sowie eine neue Prozeßwelle gegen unsere gefangenen GenossInnen begonnen.

Die gesamte Entwicklung der letzten Jahre sowie der Staatsterror vom 27.6.93 im besonderen werden sicher mehr Menschen die Augen darüber öffnen, was in diesem Land, das in der tiefsten Krise des zusammenbrechenden kapitalistischen Systems zur Weltmacht strebt und darin immer mehr um sich schlägt, Menschenrechte bedeuten. Da, wo Menschenrechte den staatlichen Konzepten im Wege stehen, bedeuten sie nichts – genausowenig wie dort, wo sie wirtschaftlichen Interessen im Wege stehen.

Der Kapitalismus geht immer über Leichen.

Dieses System muß überwunden werden – darin werden wir unseren Weg finden, wie wir es in den Erklärungen seit dem 10.4.92 gesagt haben. Allerdings ist die Ausgangsbedingung eine neue: Wolfgang ist hingerichtet worden.

Die Herrschenden wollen die Lähmung von allen auf unserer Seite. WIR RUFEN ALLE MENSCHEN, DIE DIESER TERROR BETROFFEN GEMACHT HAT DAZU AUF: GEHT NICHT ZUR TAGESORDNUNG ÜBER! NEHMT DAS NICHT HIN!

Das Schmierentheater um den Mord an Wolfgang soll zu einer Effektivierung des Apparates führen. Penner (SPD) bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: »Sowas kann ja immer mal passieren« und sich ansonsten über die schlechte Informationspolitik beschwert. Da sehnen sich einige zu Verhältnissen wie '77 zurück, als unter

SPD-Regie 1977 totale Nachrichtensperre herrschte und die Lügen schon vorher eingeübt waren. Der Skandal ist für sie, daß sie nicht in der Lage sind, sich auf eine einheitliche Lüge zu einigen. Killfahndung und den Mord an Wolfgang bezeichnen sie menschenverachtend als Panne.

Nachdem Seiters rechtzeitig seinen Kopf aus der Schlinge gezogen hat, zeigt die Ernennung eines Republikaner-Sympathisanten und Möchtegern-Generals zum Innenminister mehr als deutlich, wohin die Reise in Deutschland gehen soll.

23 Jahre haben gezeigt, daß weder die RAF noch Widerstand überhaupt militärisch auszulöschen sind, und das wird solange bleiben, wie Unmenschlichkeit und Ungerechtigkeit dieses Land und die Welt regieren.

Birgit, wir umarmen dich sehr fest!

Christian Klar

14. August 1993

Ja, die Szene-»Aufarbeitung« in dem zugesandten Paper ist trostlos.

Seit vielen Monaten schon seh ich den bestimmten Zusammenhang zwischen politischer Falschorientierung und Schutzlosigkeit vor Infiltration als aktuell. Zusätzlich, das ist auch was einfach Vorgefundenes, stellen diese Zeiten der Umbrüche einen Überschuß an Scheinargumenten zur Ummäntelung von Verrat zur Verfügung. Das ist vorstellbar, der Spitzel stilisiert sich damit zum »Vermittler«. Was aber nur umso mehr betont: die politische Oberflächlichkeit seines Objektes ist die Bühne dafür! Natürlich gibt es gegen Infiltration nie einen ganz sicheren Schutz, der Zeigefinger auf andere wäre glatte Weltfremdheit. Aber es gibt Verantwortlichkeiten. In diesem Fall finde ich es übrigens nicht in Ordnung, wenn die Illegalen die Verantwortung auf die in der Legalität betroffene Szene schieben. Sich darauf rausreden, daß Leute für jemanden »die Hand ins Feuer gelegt haben«, ist keinesfalls ein akzeptables Niveau.

Ich möchte aber 'nen Abstand nehmen zu der konkreten Sache. Es läßt sich von hier drinnen aus sowieso nicht genau blicken. Nur auf einer allgemeineren Ebene: mir liegt eine Überschrift auf der Zunge: Die Rückkehr der Oberflächenverliebtheit und Unehrlichkeit in die Psyche der Linken. Indem im Text vom April '92 ein falscher Begriff von »Isoliertheit« und »Verlust an Anziehungskraft« revolutionärer Politik hierzulande aufgebracht wurde, ist daraus fatal folgerichtig ein ebenso falscher Begriff von »Öffnung« geschaffen worden. Ein erkennbar eher subjektives Problem konkreter Leute ist dabei zur Grundlage einer politischen Bewertung geworden. Die falsche Methode, die Wendung nach Innen, hat verbaut, sich daraus zu befreien. Im August-Text ist es dann vollkommen ausgebrochen. Aus der richtigen Sicht der Notwendigkeit einer »Zäsur« ist nicht eine Analyse, die die veränderte Situation (für die gesamte Linke) zum Gegenstand nimmt, gefolgt, sondern eine Selbstbespiegelung. Das ist demobilisierend, und eine klare Einladung an die Macht und die staatstragende Linke, auf die Karte der Manipulierbarkeit zu setzen!

Es gibt aus den Monaten »politischer Debatte« inzwischen ganze Stapel zu sehen, wie »Neuorientierung« letztlich nur das verschleiernde Wort für Anpassung an die schlechten Zeiten, für Aufgabe von fundamentalen Prinzipien abgegeben hat. Ich möchte, nach dem Schlag von Bad Kleinen, »nicht wieder zur Tagesordnung übergehen« in meiner Lage so umsetzen: beizutragen, diese Prinzipien in der breiteren Diskussion wieder scharf durchzusetzen.

In der Metropole zu kämpfen hat ein paar Besonderheiten. So wird das auch für 'ne weitere Zukunft sein. Da hilft keine Anleihe bei Verhandlungsverfahren zwischen Befreiungsbewegungen und Staatsmacht anderswo, bei Freilassungsverfahren von

Gefangenen wie in Uruguay, bei ihren Massenlinien und Konzepten zur Verankerung im Volk, bzw. zu lernen von ihnen ist überhaupt nur auf der Basis, das Besondere hier begriffen zu haben. Wir verfolgen das nun ja schon seit einigen Jahren. Zwei wichtige, die Bedingungen verändernde Faktoren sind heute sicher der von oben organisierte Bruch der Politik des »sozialen Friedens« und die große Flüchtlingsbewegung auch in die imperialistischen Zentren rein. Die Metropolen erleben eine neue Proletarisierung, die absolut nicht Rückfall ist, sondern auf zukünftige Entwicklungen weist! Arbeiterpolitik ist in vielen spannenden Punkten was anderes als Szenepolitik! Aber alle Veränderungen zusammen haben bisher nicht die grundsätzliche Struktur der globalen politischen Ökonomie ausgehebelt – diese herrscht in der gewachsenen Nord-Süd-Struktur weiter. Ich meine damit, im strategischen Bild dominiert die 500 Jahre Kolonialismus-Kontinuität stärker als z.B. Huidobros Gedanke von den »zwei Welten« aufheben kann. Und noch viel weniger angekratzt sind die Mentalitäten der Mehrheiten der Metropolenbürger. Es gibt keinen Bruch im herrschenden Metropolenkonsens oder in der Politik der Eliten (von wegen Beendigung des Ausmerzverhältnisses oder des externen und internen Kriegsverhältnisses!) ohne den Einbruch in die politisch-ökonomischen Grundlagen. Dieser kann auch nur das Ergebnis von Befreiungskämpfen sein, nicht einer Krise der Effektivität der herrschenden Ordnung. Im Gegenteil, diese Krise, ohne zum Bruch geführt zu sein, findet ihre Zuflucht im reaktionären Populismus und Faschismus. Irgendwo in dieser objektiven Gegenbewegung zum seltsamen Bedürfnis vieler Metropolenlinker nach happy ends ist die politische Debatte abgestürzt und hat in ihrer Pein in die Sackgasse von hohlem Idealismus geführt: in deren Enge dann nur noch bleibt, die (bürgerliche!) Moral als Motor der Politik zu beschwören. Ich ziele auf folgendes ab: gerade weil die herrschende globale ökonomische Struktur von Monat zu Monat stärker in Krisen gerät, gleichzeitig ohne daß eine Perspektive des Bruchs ihrer Kontinuität in Aussicht ist, haben die imperialen Eliten inzwischen die Gegenbewegung eingeleitet. Die westliche Golfintervention, d.h. ihre innen- und außenpolitische Durchführbarkeit, hatte die Richtung bereits entschieden. Wie sich das in der Folgezeit weiter entwickelt, kommt für jeden, der wach geblieben ist, täglich über die news. Schon viele spüren ja, was in der Luft liegt. Die Roboter der inneren Sicherheit und die Hysterie der neuen Ordnung und »Weltverantwortung« breiten sich aus. Der Punkt ist, daß die imperialistischen Eliten für die Hetze der »Überbevölkerung«, der »Zivilisierung«, der »weißen Überlegenheit« über ausreichend Metropolenmehrheiten verfügen, um die Entwicklung zu bestimmen.

Warum hier über solche Banalitäten schreiben?

Einmal einfach um die Auseinandersetzung mit einem realen Bild vor Augen zwingend zu machen, darüber, was der »morgige Tag« bringen wird: die gegenwärtigen militärischen Interventionen des Westens wachsen sich zu großen Kriegen aus, in seinen Herrschaftszentren findet er zunehmend von Deklassierung Bedrohte, Rekrutierbare, auf deren Haßreflex gegen die hungrigen Massen er zählen kann. Aber

dann weiter, um auf eine bestimmte Sache zu kommen, die hier in der Linken nicht mehr klar ist. In der Metropole ist weiterhin revolutionäre Politik Politik der bewußten Minderheit! Wenn »sich öffnen« die Perspektive wendet hin zu einer Vorstellung von »Mehrheiten gewinnen« im Rahmen der Metropolengesellschaft, ist die Sache grundsätzlich verraten. Im Gefolge taumeln unweigerlich die vielen Gestalten des Opportunismus ins Bild. Wovon das Abgeschmackteste das vom Revolutionär als dem »guten Menschen« ist. Wer hierzulande von der Einsamkeit zu sehr beeindruckt ist oder in Furcht lebt, in dieser Bürgerumwelt nicht mehr vermittelbar zu sein, ist in seiner politischen Handlungsfähigkeit neutralisiert. Opportunismus ist es, Anziehungskraft der revolutionären Sache innerhalb der kapitalistischen Mentalitäten gewinnen zu wollen. Die alternative Linke hat dafür das Wort geprägt, die Menschen da abzuholen, wo sie seien, Lutz Taufer, indem er Erscheinungen von Sektierertum wahrnimmt, aber dann das Thema gerade verfehlt, nennt es »zurück in die Gesellschaft«. Wie weit ist dann noch der Weg an den Kneipentisch, an dem der VS schon wartet?

Ich stelle mich gegen diese Mehrheitenvorstellungen im Rahmen der Metropolenbevölkerungen. Sicher verlangt ein globaler Massenbegriff und die eigene subjektive Verarbeitung einer solchen Verankerung einen bestimmten Anteil Abstraktion (stärker für die, die kaum internationale Erfahrungen gemacht haben). Auf der anderen Seite sollte, nach einem Vierteljahrhundert Kampfgeschichte, das Niveau der Internationalismusschriften von Che Guevara für niemanden zuviel verlangt sein. Es bannt die Versuchungen der Anbiederung. Innerhalb der imperialistischen Metropolen kann es nur, als revolutionäre Politik, die Politik der Konfrontation der Mehrheiten mit ihrer Verfügbarkeit fürs Kapital geben! Letztlich ist es nur so auch ehrlich, nimmt die Menschen in ihrem Widerspruch ernst. Es ist gar nichts Neues in der Geschichte, die Mehrheitenfischer sind die großen Verächter des Volkes.

Helmut Pohl

August 1993

Es ist jetzt vielleicht noch einmal eine Gelegenheit, etwas für uns zu sagen.

Jedenfalls wollen wir zu uns, ein großer Teil der Gefangenen aus der RAF, für jeden Klarheit schaffen.

Niemand von uns und auch niemand von den Angehörigen hat die Forderung nach einem kurzzeitigen Zusammenkommen, wie sie jetzt durch die Öffentlichkeit gewälzt worden ist, gestellt.

Wir haben diese Forderung nicht, wir lehnen das ab, unsere Forderung ist nach wie vor: Freiheit jetzt, Zusammenlegung bis dahin.

Wären wir jetzt für wenige Monate oder Wochen zusammen, wäre unser Thema auch nicht der »bewaffnete Kampf«, sondern eben unsere Freiheit. In anderen Worten: Nicht der Frieden mit dem Staat und nicht eine Schlußabwicklung unserer Geschichte nach den letzten beiden katastrophalen Jahren, sondern wie wir die Kräfte aus der Gesellschaft gegen den Staat erreichen, die uns schließlich aus den Gefängnissen bringen – weil sie die Situation erfassen, ihre eigene, die Perspektive und die Bedeutung davon erfassen, der machtbesoffenen politischen Klasse die Bestimmung über politische Weichenstellungen wegzunehmen.

Die Geschichte jetzt ist eine neue dieser Inszenierungen seit der sog. »Kinkel-Initiative«, an denen nichts real ist, es sei denn, man nimmt sie gleich als Vorhang zu Täuschung und Desorientierung und diese Formeln wie »Lösung« oder »Versöhnung« gleich als Synonyme des Apparats für endlosen Knast für einen dafür vorgesehenen Teil der Gefangenen.

Konnte sich die Kampagne um die »Kinkel-Initiative« noch auf einige wenige Gefangene stützen, die darauf eingestiegen sind, und draußen auf die »neue« Politik der RAF mit der »Steinmetzschen« Einheit, kommen sie inzwischen ganz ohne aus. Es ist eine reine Eigenproduktion von Verfassungsschutz, Medien und Politikern. Sie brauchen für unsere »Forderungen« überhaupt niemand mehr, und so gesehen ist es die konsequente Weiterentwicklung der Übernahme unseres langjährigen Gefangenenprojekts durch den Staat mittels der »Kinkel-Initiative« und deren Anhang.

Jetzt hören wir, phänomenal für uns, daß dieses Kunstprodukt (denn real würde dieses »Treffen« sowieso nie) Diskussionen ausgelöst hat bis hinein in gesellschaftlich etablierte Kreise, die sich schon lange nicht mehr mit Gefangenen befaßt haben, weil für sie die ganze Sache mit uns schon längst so gut wie erledigt war.

Ihr macht euch Sorgen über eine möglicherweise »neu entstehende Gewalt von links«?

Macht euch lieber Sorgen um euren Staat. Die fette Kohle bringt er sowieso nur noch für immer weniger.

Es wird mit uns keine Neuauflage von so was wie der »Kinkel-Initiative« geben, in welcher heutigen Variante auch immer, wenn, dann deutlich gegen uns.

Soweit kann ich aus einem Konsens mit Brigitte, Christian, Rolf (Heißler), Eva, Heidi, Rolf (Wagner) sprechen. Das sind keineswegs alle Gefangenen, die so denken, wir sind aber die Gefangenen aus der RAF, für die im Ergebnis der Entwicklung seit ’92 die »Lösung« darin bestehen soll, daß wir im endlosen Knast wegsiechen.

Von Ingrid und Sieglinde will ich in dem Zusammenhang gar nicht anfangen.

Ihr werdet euch bei etwas Besinnung leicht vorstellen können, daß wir das nicht fressen, und vielleicht wird auch euch dämmern, daß wir mit dieser Lage weit über der Grenze sind, wo uns der Staat noch was anhaben kann, zumal für jede/n von uns alles, was sie tun können, schon einmal da war.

Zu der zu erwartenden Wiederholung, der ewigen Leier von den »Hardlinern« erinnere ich noch einmal daran, daß wir es waren, die seit langen Jahren eine Zäsur wollten, und weil wir die Fälschungen und Hetzstories, die immer wieder gestrickt werden, so satt haben, will ich jetzt noch dazu sagen, daß auch der Schritt zur Einstellung von »gezielt tödlichen Aktionen gegen Repräsentanten von Staat und Wirtschaft« von uns initiiert wurde. Allerdings ein gutes Jahr früher, als er kam, und wir sind auf Nichtbegreifen gestoßen, und dann kam Kinkel, und dann ging die »Zäsur« nach hinten los.

Wir Gefangenen haben ursprünglich unseren Kurs auf »Diskussion« und »Zäsur« seit Ende der 80er Jahre, bei gleichzeitiger Deeskalation in unserer Auseinandersetzung mit dem Staat, keineswegs aus einer »Aufgabe des Kampfes« heraus gemacht, daß vor den Ergebnissen des kapitalistischen Durchmarsches eigentlich viele mehr als vorher sehen müßten, daß jetzt eine Situation Realität wird, aus deren Antizipation wir 20 Jahre gekämpft haben, um sie zu verhindern.

Wir wollten das als unseren spezifischen Gefangenenbeitrag zu einem Klärungsprozeß für eine Neuzusammensetzung einer Umwälzungspolitik, die heute weit über das linksradikale und auch ehemals linke Spektrum hinausreichen könnte. Wir wußten, daß wir dafür nur einen engen Zeitraum des Übergangs im Umbruch haben, weil dann die Auswirkungen des Umbruchs voll herausgekommen sein werden, und daß dann gesellschaftlich und politisch so viel an neuem Überlebenskampf, Konfrontation im zerbrechenden sozialen Zusammenhang und Destruktion in der globalen politischen Lebenswirklichkeit aufbricht, daß davon die politische Möglichkeit dafür erdrückt wird und es dann damit auch für eine Lösung unseres Gefangenenproblems zu spät ist, weil dann der Staat in der Krise uns vielmehr zum Demonstrationsobjekt für die Behauptung und Durchsetzung von Machtanspruch und Machtexekution nehmen wird, als uns freizulassen.

Es war der Versuch – an einer doch nicht unwesentlichen Stelle, schließlich hat die Auseinandersetzung RAF – Staat die Gesellschaft über 20 Jahre betroffen – einer ansatzweisen Verankerung eines Grundkurses auf überhaupt politische Prozesse, gegen die absehbare Chaotisierung und Brutalisierung aus den vom Mikro- bis zum Makro-Bereich aufplatzenden Gegensätzen mit der Tendenz zum Jeder-gegen-Jeden.

Was heute alles vor drei, vier Jahren nicht vorhersehbar gewesen sein soll. Die Faschisierung nicht, der Rassismus nicht, der soziale Einbruch nicht, nichts, alle waren so glücklich, als die »neue Weltordnung« anbrach.

Heute kommt man wohl nicht mehr daran vorbei, den Versuch als überholt anzusehen.

Wenn es denn heute soweit ist, wie dieses Staatsschutzprodukt eines kurzzeitigen Zusammentreffens kommt, daß sie glauben, die Ernte der letzten zwei Jahre einfahren zu können und jedem die Pistole auf die Brust zu setzen und nach seiner Aussage zum »bewaffneten Kampf« abzufragen, dann kann ich ihnen auch gleich antworten: ich mache diese politische Aussage, die ich in den letzten Jahren vertreten habe, heute nicht mehr. Das ist heute überhaupt keine Aussage mehr. Die Möglichkeit, die in der Zäsur gesteckt hat, dürfte vorbei sein. Die bewaffnete Aktion und die Militanz wird einfach in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Konfrontationen und in allen möglichen Formen stattfinden. Egal, was die RAF und die Gefangenen sagen. Und das werde ich in manchem bestimmt gut nachvollziehen können. Deshalb werde ich einen Teufel tun, den bewaffneten Kampf »abzusagen«.

Rico Prauss an Brigit Hogefeld

28. August 1993

Ich kenne die »Stellungnahme aus Wiesbaden zu den ersten drei Wochen nach Bad Kleinen und zum V-Mann Klaus Steinmetz« erst seit ein paar Tagen.

Sie lag lange in der Zensur.

Da ich bis jetzt weiter nichts gehört habe und ich weiß, daß es nicht daran liegt, daß ich im Knast bin, muß ich das ja als den Stand nehmen. Und daraus ist eines völlig klar: niemand kann darauf warten, daß von dort irgendwas kommt.

Sie sagen ja selbst, stellen fest, – ohne Vorstellung das umzudrehen – »... muß festgestellt werden, daß wir hier von unseren eigenen Strukturen her, nur wenig auf funktionierende Gruppenzusammenhänge zurückgreifen konnten«. Für die Situation heißt das: sie sind zerschlagen, nicht in der Lage die Auseinandersetzungen so zu führen und zu verantworten, daß aus ihr eine Befreiung aus der falschen Politik, den falschen Kriterien, den falschen Beziehungen, initiiert werden kann.

Was nicht heißt, daß es Einzelne nicht tun werden, weil revolutionäre Organisierung ihre Sache ist, aber für den Moment wird von dort nichts kommen, es gibt nichts, das auf der Höhe wäre, offensiv-politisch mit den Ursache zu brechen, ich will darüber, also über sie – gar nicht »herziehen«, aber ich denken, daß man sich das einfach klar machen muß, selbst Verantwortung übernehmen muß.

Zumal ich davon ausgehe, – es hat halt in Wiesbaden jetzt geknallt, aber das Biotop dafür finden wir quer durchs Land.

Und es ist sowieso keine Frage »der Wiesbadener«, weil die RAF selbst die Verantwortung trägt, es war auch ihre Beziehung, das unterscheidet die Sache von allen bisherigen Spitzelgeschichten, die sich in der legalen Szene abgespielt haben und immer abspielen werden.

Ich denke inzwischen auch, man darf es so überhaupt nicht sagen: es ist der Preis für »offene Politik«, das schreibt die Fehler nur fort, verhindert auf den Grund der Sache zu stoßen und zu überwinden.

Man muß es eben auch trennen: gegenüber dem Staat kann man das natürlich so sagen: das ist die gewaltsame Antwort auf alles der letzten Jahre, übel, gemein und so weiter, – aber das ist banal.

Im Selbstverständnis der revolutionären Bewegung, oder dem, was eine initiieren und orientieren kann vielleicht mal, ist das ganze das Ergebnis einer falschen Politik, die faktisch die »Rückkehr in die Szene« betrieben hat, statt mit einer Entpolitisierung und Beliebigkeit zu brechen. Und darum ist es, ich sag das möglichst undramatisch, aber das ist die Schärfe, existentiell.

Für Wolfgang war es das schon, für dich ist es so, – aber es ist es für revolutionäre Politik, für die RAF überhaupt.

Wenn sie das nicht radikal und überzeugend überwinden kann, bedeutet das die faktische Auflösung. Die muß niemand »erklären«, das war schon '86/'87 bei den Militanten aus dem Widerstand so. Wer außer ihnen selbst hätte die Verantwortung für die Klärung und Praxis nach vorne übernehmen können. Aus der Gefangenenschaft heraus war das gar nicht möglich, nur zum geringsten Teil, aber sicher nicht, wenn kaum jemand sonst die Identifizierung mit der eigenen politischen Geschichte über noch akzeptiert – als Ausgangspunkt.

Durch die Presse ging ja so eine Nummer, »Steinmetz wollte zwischen Staat und RAF vermitteln und ist vom Geheimdienst gelinkt worden«.

Daran ist wahrscheinlich eine Wahrheit, die erklärt, warum er zehn Jahre mit der Szene existieren konnte und schließlich sogar mit Militanten: er hat faktisch genau das offen vertreten und ist politisch akzeptiert gewesen, natürlich nicht so direkt, daß er schon für ihn arbeitet, aber: inhaltlich.

Das paßt auch zusammen, was er laut deinem Brief zu den kurdischen Aktionen, die da gerade aktuell waren, sagt. Er war also nicht der besonders verstellungsbegabte Superagent, sondern einfach er selbst.

Weil darum geht es gar nicht, ob man die Aktionen der Kurden (um das an dem Beispiel zu sagen) »gut« findet, es geht um eine Haltung, die nicht einmal auf die Idee kommt, welche Verantwortung die deutsche Linke trägt, wie das zusammenhängt, daß dort eine der härtesten Offensiven des türkischen Militärs überhaupt läuft und die deutsche Linke kommentiert das bloß -wenn überhaupt – weil Widersprüche dieser Art gar nicht mehr diskutiert werden. Und sie müßten es ja auch nur, wenn das Ziel, der Inhalt der Beziehungen wäre, etwas zu bewegen. Zumindest die Vorstellung. Nein, die Wahrheit ist, daß so wenig miteinander geredet wird und es in Wirklichkeit sowenig um »Gegenmacht von unten« geht, daß das alles gar nicht mehr auffällt.

Ich möchte nicht wissen, wieviele »bundesweite Treffen« sich in dieser Beliebigkeit wiederfinden können, es sind nicht »die Wiesbadener«.

Das alles hat ja gar nichts mehr mit »offener« oder »nicht-offener Politik« zu tun, sondern weil man sich nicht mehr mit Zielen und Inhalten identifizieren muß und sich darin klärt, mit welchen Widersprüchen (untereinander) man leben kann und welche eben ... schlimmstenfalls tödlich sind. Stattdessen eben diese Parolenscheiße, von »Widersprüche akzeptieren«, ohne daß klar wäre welche. Als hörte diese Anstrengung (und: Spannung) irgendwann mal auf.

Es ist wirklich eine Ironie der Geschichte, ich glaube, es war sogar auf einer Veranstaltung in Wiesbaden mit Fernandez Huidobro, dem tupa, '90 oder '91, er kritisierte die Desorganisation der Militanten, die Organisationsfeindlichkeit, die Qualität der politischen Diskussion. Darauf sagte jemand von hier: »Der Staatsschutz blickt bei uns sowieso nicht durch«.

Ich glaube, es wird sich wenig in den technischen Details finden lassen, der chronologischen Geschichte, und darum braucht niemand darauf zu warten.

Mir hat die Stellungnahme aus Wiesbaden wenig gebracht, außer dieser Klarheit. Das hat auch wenig mit »wir brauchen mehr Zeit« zu tun.

– Niemand verlangt nach drei Wochen die umfassende und in die Tiefe aller Dimensionen gehende Aufklärung, aber sie reden in dem Ding, als hätten sie nicht mal eine Ahnung davon.

Und haben gar keine Zeit dazu, es nicht zur Sache aller zu machen, während der Staatsschutz schon längst in der nächsten Stufe walzt,

– aus allem zum Angriffen kommen, die neuen Urteils-Haftbefehls-Schemas stehen schon, wir werden die nächsten zehn Jahre mit Konstruktionen aus dem Schließfach in Wismar beglückt werden.

Aber vor allem kein Wort dazu, warum jemand (aktiv) solidarisch sein sollte, – aus Mitleid oder was?

Also eben kein Wort dazu, was der Staat da überhaupt wie angegriffen hat. Also warum soll das verteidigt werden. Als wäre das – stillschweigend – Teil des »Spiels«. Der Staat jagt die Illegalen und diesmal war er eben besser ...

Aber da schließt sie auch der Kreis, der ja bei den Ursachen wieder landet. Es wird denjenigen nur wenig helfen, die jetzt im Visier des Staates geraten sind. Daraus gibt es höchstens eine »die Tatsachen-öffentlich-machen«-Geschichte, zu der wie selbstverständlich gehört, das jemand im Knast, im Prozeß oder ... tot ist.

Jedenfalls ist das für mich der Rahmen, in dem ich mir eine Klärung, einen Bruch mit den Ursachen vorstelle. Und er ist der entscheidende, der nicht in einer »Untersuchungskomission der Umstände von Wolfgangs Tod« angepackt werden wird. Das Ergebnis ist ja bekannt: Wolfgang ist tot.

Birgit Hogefeld an Helmut Pohl

6. September 1993

Hallo Helmut,
ich will dir v.a. zu deinem Text in der taz vom 27.8. * schreiben, das ist jetzt schon ein bißchen her, aber mit etwas Abstand geht das wahrscheinlich sowieso besser.

Die Überlegung und Entscheidung, schnell dieses Ding »zusammenkommen für eine Woche – ›abschwören‹« vom Tisch zu zerren und zu sagen, was es ist, nämlich die Verlängerung dieser »Kinkel-Initiative«, die ja für sich genommen nie was für uns war, sondern das Gegenteil, fand ich gut. Dazu hättest du auch in meinem Namen reden können und sicher in dem von allen, oder? Auch der andere Teil, um was es für uns geht: Freiheit jetzt und bis dahin ZL – damit ist es doch wahrscheinlich genauso.

Daß ich über deinen Text ansonsten nicht froh bin, kannst du dir sicher denken. Dabei kommt für mich mehreres zusammen.

Das erste, was ich auch jetzt noch nicht verstehen kann, ist, daß in diesem Text, obwohl er ja die erste Veröffentlichung von Gefangenen nach Wolfgangs Tod ist, Wolfgang – seine Erschießung – in keinem Wort auch nur erwähnt wird. Sag nicht, daß es Evas und Ricos Briefe bei der Demo gegeben hat, denn das hat außer diesen wenigen Leuten dort niemand mitbekommen, und genauso ist es mit dem Gedicht, das du/ihr zu seiner Beerdigung geschickt hattet. Öffentlich in dem Sinne, daß Leute über »unser« enges Spektrum raus einen Text/Brief/Überlegungen mitkriegen, war nur das von dir/euch in der taz.

Für alle, die diesem engen Kreis nicht angehören, steht es jetzt so da, als hätte es Wolfgang für dich/euch überhaupt nicht gegeben bzw. als hätte er in deinen Augen nicht für dieselben Ziele sein Leben eingesetzt und gegeben, für die auch du kämpfst. Ich kann mir nur schwer vorstellen, daß dir das nicht bewußt gewesen sein könnte und daß das natürlich in deinem Text zusammenkommt mit diesem »neue RAF-Politik mit Steinmetzscher Einheit« – daß das ein Tiefschlag ist, brauch ich dir sicher nicht zu erklären (das mußt du in dem Moment, wo du's geschrieben hast, so gewollt haben). Weißt du, daß es Momente geben kann, wo sich für einen Bitterkeit und Ärger vor alles andere schieben, ist zwar nicht besonders schön, aber das gibt's wahrscheinlich in unterschiedlicher Ausprägung bei fast allen mal. Nur, so einen Brief wie den von dir zu schreiben, ist eine Sache, ihn zu veröffentlichen, ist 'ne andere. Ich habe mich öfter gefragt, ob du ihn nach dem Schreiben und vor dem Veröffentlichen noch mal mit Abstand angeschaut hast – ich denke, daß es nicht so gewesen sein kann, denn dann hättest du sehen müssen, daß er in einem großen Teil eine – aus meiner Sicht zumindest – schiefe Gewichtung hat. Unabhängig von konkreter Kritik

(dazu komme ich später) zieht sich durch, daß du ausschließlich andere für die (wirklich ziemlich beschissene) Situation, in der wir/die Linke überhaupt stecken, verantwortlich machst. Es ist ja durchaus vorstellbar, daß genau das deine Sicht der Dinge ist, aber selbst wenn, dann müßtest du doch trotzdem dahin wollen, daß du das mit inhaltlich konstruktiver Kritik verändern und in eine »richtige« Richtung bringen kannst.

Aber wohin willst du mit einem Text, bei dem für jede/n sichtbar im Mittelpunkt Angriffe gegen die in Celle, die Illegalen, dann diese »Publikumsbeschimpfung« (wer ist da eigentlich gemeint?) stehn und daß du/ihr schon seit Jahren die Entwicklung, wie sie sich jetzt darstellt, habt kommen sehn? (Das letzte war ja auch nicht besonders schwer, das haben doch viele so gesehn, das Problem war/ist, sie (nicht) kommen zu sehn, das Problem ist, sie aufzuhalten.) Mit so einem Text kannst du dich mit anderen ausschließlich in der Abgrenzung treffen, auch wenn du das wahrscheinlich gar nicht willst. Anstatt inhaltlicher Kritik kommst du viel mit (oft falschen) Unterstellungen. Dieses »Frieden mit dem Staat« und »Schlußabwicklung unserer Geschichte« verstehe ich als auf z.B. mich bezogen – das ist doch auch so gemeint, oder? Ich weiß gar nicht, was ich dazu sagen soll, denn grade das mit dem »Frieden...« – ich kann mir nicht vorstellen, daß du das ernst meinst.

Ansonsten sehe ich die Fragen, die du zu diskutieren wichtig findest, auch wenn's sehr allgemein gehalten ist, auch als die wesentlichen – daran müß(t)en wir jetzt die Diskussion anfangen, anfangen uns zu streiten von mir aus, aber ohne Unterstellungen und so, daß jede/r versucht, umfassend zu erklären, wie er/sie denkt, und daß wir uns bemühen, uns dabei gegenseitig zuzuhören. Mal ehrlich, wie du jetzt in dem Text z.B. »Lösung« und »Versöhnung« auch anderen Gefangenen und mir und denen draußen unterstellst, das stimmt doch so nicht. Es gab von der RAF im letzten Jahr keinen einzigen Text, in dem der Begriff »politische Lösung« (auch wenn ich den mittlerweile nicht mehr benutzen würde, weil er in 'ner bestimmten Weise besetzt ist) ohne den Zusatz verwendet worden ist, daß jede politische Entscheidung in einer für uns positiven Richtung nie von selber kommt, sondern nur erkämpft werden kann. Oder du sagst mir, wo du das gelesen/verstanden hast.

Versteh mich nicht falsch, mir ist vollkommen klar, daß du und ich vieles unterschiedlich sehen, nur, ich bin mir sicher, daß weder du noch sonst wer das an diesen Formeln wie: Frieden-machen-wollen ... zu packen kriegen kann, weil die Unterschiede und Widersprüche einfach nicht die sind, die oft behauptet werden und zu Abgrenzungen herhalten müssen, noch bevor und ohne daß eine inhaltliche Auseinandersetzung daran stattgefunden hat. Wenn wir uns dran machen, an den tatsächlich verschiedenen Sichtweisen und unterschiedlichen Vorstellungen zu diskutieren, können wir dadurch alle was gewinnen. Nicht den Konsens, daran glaube ich nicht, und darum geht's mir auch nicht – ich finde, daß wir auf der Basis der Kenntnis und Akzeptanz von Unterschieden viel zusammen machen können.

Jetzt will ich doch noch ein anderes Beispiel nennen. Diese Kritik (ich kann nichts wörtlich zitieren, weil ich hier fast noch nichts haben), daß die RAF ihre inter-

nationalistische Bestimmung aufgegeben hätte – du weißt schon, was ich meine, oder? Dafür muß ja z.B. ein Satz aus der Erklärung vom April letzten Jahres herhalten: »... rund um den Globus ... auf sich selbst zurückgeworfen« – nur, dabei geht's nicht um die Frage nach internationalistischer Bestimmung der eigenen Politik, sondern um den Weg dahin (also den Weg, hier zu einem Kampf zu kommen, der das beinhaltet) – so geht dann auch dieser Satz weiter. Diese Diskussion kann nicht unter der Fragestellung, ob Kämpfe, deren Ziel die grundlegende Umwälzung der herrschenden Verhältnisse ist, internationalistisch sein müssen oder nicht, geführt werden. (Mein Gott, wer sieht denn das heute, im ausgehenden 20. Jahrhundert, anders, kennst du jemanden? Ich nicht.) Da ist die Fragestellung, die ich sehe, auch »nur«, wie hier eine solche Kraft aufgebaut werden kann, und dafür ist z.B. auch wichtig, welche Erfahrungen wir/andere hier/sonstwo auf der Welt gemacht haben (und auch dafür endlich eine tiefere Analyse der Situation/Entwicklung) – also wirklich genug Stoff und Fragen, die wir uns vorknöpfen können.

Und – machen wir das zusammen?

Helmut, bis bald

* Bezieht sich auf die Erklärung von Helmut Pohl vom August 1993 (Anmerkung der Redaktion)

Brigitte Mohnhaupt

Ende Oktober 1993

Wir machen jetzt eine Sache offen, die für uns der Bruch ist im Zusammenhang der Gefangenen und in der politischen Beziehung zur RAF. Der Inhalt der Beziehung ist zerstört, eine andere Entscheidung als die Trennung nicht mehr möglich. Wir haben den Endpunkt der Entwicklung in die politische Agonie erreicht, die 1992 damit anfing, daß die Grundlagen unserer Politik weggekippt wurden, und heute damit aufhört, daß unser Leben und unser Kampf hinter unserem Rücken abgewickelt werden sollen. Seit Mai haben die Gefangenen in Celle die Abwicklung von RAF und Gefangenen in Gang gesetzt, mit Einverständnis der Illegalen.

Wir wissen das alles selbst erst seit kurzem, und auch nur durch einen Zufall. Es war nicht vorgesehen, daß wir davon erfahren, weil für die Celler wie für die RAF klar war, daß niemand von uns anderen Gefangenen diesen Weg mitgehen wird. Wir sollten vor vollendeten Tatsachen stehen, friß oder stirb. Genau in dieser Bedeutung: Wer dann nicht »mitmacht«, bleibt für immer im Knast.

Die Täuschung ist nicht nur uns gegenüber gelaufen, sondern zu allen, die mit dem Kampf der RAF und der Gefangenen verbunden sind, solidarisch sind, mit uns die Freiheit der Gefangenen erkämpfen wollen. Auf die eine oder andere Weise waren wir alle Einsatzmaterial im Deal. Diesen Fahrplan schneiden wir jetzt ab. Die Situation muß für alle vollkommen klar sein, alles andere wäre verantwortungslos und politisch irre. Jede/r muß genau sehen können, was ist und wohin er oder sie jetzt will. Und für uns selbst geht es anders sowieso nicht weiter, wir könnten dann unser Leben und alle Erfahrungen in unserem Kampf gleich selbst zertreten.

Ich sage jetzt zuerst das zugrundeliegende Konzept für die Abwicklung und dann die Fakten, soweit wir sie kennen.

Ausgangspunkt ist die Überlegung, Kohl könnte ein Interesse daran haben, sich vor den Wahlen als derjenige darzustellen, der die »politische Lösung« gebracht und 23 Jahre Konfrontation beendet hat. Deswegen wird rechtzeitig, bevor die Wahlstrategien festgelegt sind, an Kohl die Bereitschaft von seiten der RAF und der Gefangenen signalisiert und ein konkretes Angebot gemacht.

Außerdem sollen Personen in wichtigen gesellschaftlichen Funktionen über diese Bereitschaft informiert und darauf angesprochen werden, ihrerseits bei Kohl für eine solche Lösung einzutreten. Das langfristige Kalkül dabei ist, daß – falls Kohl auf nichts eingeht – diese Personen wissen, daß die RAF sozusagen nur noch gezwungenermaßen zur Konfrontation zurückkehrt. Ihnen gegenüber soll eindeutig vermittelt werden, daß allein der Staat für eine Fortsetzung von Aktionen verantwortlich ist. Die RAF wollte ja, aber Kohl nicht.

Eine eigene politische Bestimmung und Konzeption der RAF gibt es damit nicht

mehr, alles ist nur noch darauf ausgerichtet, »Druck« zu machen, um die Abwicklung zu besseren Bedingungen zu kriegen, wie es schon mit Weiterstadt war.

So oder so ist das das Ende der Politik, für die die RAF über 20 Jahre gestanden hat, revolutionäre Intervention in der Metropole. Und das war noch nie eine Frage der Mittel allein, sondern eine des Inhalts. Wo der Inhalt hingekommen ist, sehen wir daran, daß die bewaffnete Aktion heute als Ware definiert wird.

Soweit das Konzept. Es gibt einen Vermittler bei der ganzen Sache, einen früheren Anwalt von uns. Er ist der Meinung, er tue damit was für uns alle, und das sei sowieso unsere letzte Chance, jemals aus dem Knast zu kommen. Irmgard und ich haben mit ihm gesprochen, von ihm wissen wir jetzt auch den ungefähren Ablauf.

Als erster soll Edzart Reuter als führender Vertreter der Wirtschaft angesprochen werden. Das ist im Mai. Aber Reuter läßt sich nicht sprechen, der Vermittler kommt nur bis zum Sicherheitschef durch. Erst nachdem er zu »Benz« vom Verfassungsschutz geht und dessen Behörde über den Zweck informiert ist und grünes Licht gibt, bekommt er Reuter ans Telefon.

Die von Karl-Heinz Dellwo fixierte Linie für das Gespräch ist, daß eine Beendigung des Konflikts RAF – Staat auch im Interesse der Wirtschaft sei, deren zentrale Leute mit zu den Hauptbetroffenen der Auseinandersetzung gehören. Ein Schlußstrich sei möglich, der Staat wolle jedoch weiter die militärische Lösung, was nur die Verlängerung des Konflikts bedeutet. Deswegen sei es notwendig, daß Wirtschaftsführer wie Reuter den eigenen Einfluß einsetzen, um eine Lösung zu forcieren.

Reuter ist abweisend, redet schließlich mit Schnarrenberger, später mit Kohl. Kohls Antwort ist negativ.

Das ist kurz vor Bad Kleinen.

Wolfgang wird erschossen, Birgit verhaftet, Steinmetz, der dem Staat die ganze RAF ausliefern sollte, fliegt auf.

Der Vermittler geht zu Birgit, um sich zu vergewissern, ob ihre und die Zustimmung der Illegalen auch jetzt noch besteht. Birgit ist einverstanden, daß er weitermacht.

Reuter wird erneut angerufen, das ganze sei durch Bad Kleinen nicht überholt, sondern nur noch dringlicher, aber Reuter will nicht mehr und lehnt ab.

Als nächstes versucht der Vermittler, die Unterstützung von Ignatz Bubis zu gewinnen, und damit eine weitere Person, deren Einfluß und Gewicht dem Celler Konzept entspricht.

Bei einem weiteren Treffen sagt Bubis zu, Gespräche in Bonn in dieser Richtung zu führen. Beweggrund ist für ihn seine Einschätzung der politischen Entwicklung in Deutschland, daß die Gefahr von rechts so gravierend ist, daß der Staat sich ganz darauf konzentrieren muß.

Er spricht mit Schnarrenberger, Kinkel, Kohl. Sein Vorschlag, einen Besuch in Celle zu machen, um das ganze von den Gefangenen selbst zu hören, wird von Kohl abgelehnt, der abwarten will, was sich aus den Ermittlungen nach Bad Kleinen ergibt, wieweit sie mit der Steinmetz-Ernte kommen. Kohls Interesse heißt Fahndungserfolg, nicht Abwicklung. Und damit sähe auch die Wirtschaft ihrem Interesse getan. Ein für Ende September angesetztes Gespräch von Bubis mit Kohl und Kanther findet ebenfalls nicht statt. Das ist der uns bekannte Stand.

Wie die Abwicklung konkret vor sich gehen soll, wissen wir nur teilweise, als Zeichen, daß der Staat auf das Angebot eingeht, soll er die Gefangenen, die am längsten in Haft sind, freilassen, Birgit nach Frankfurt verlegen, die übrigen Gefangenen zusammenlegen. Danach käme die »Gesamtlösung«, die die Illegalen einschließt. Wir wissen nicht, was sie sich vorstellen, wahrscheinlich Legalisierung nach begrenztem Exil oder kurzem Knast, oder was für die übriggebliebenen Gefangenen geplant ist.

Egal auch. Sollen die ihren Weg gehen, aber offen. Nicht indem versucht wird, andere für eine Sache zu benutzen, die sie weder überblicken können noch sollen.

Es ist jetzt keine Zeit mehr, viel zu schreiben, aber kurz will ich noch etwas sagen.

Wir versinken nicht in Bitterkeit. Die Bitterkeit war im letzten Jahr, als sichtbar wurde, daß die »Zäsur« für die RAF nicht die Öffnung zur Neubestimmung radikaler und revolutionärer Politik war, Suche und Kampf um die eigenen Vorstellungen, sondern der Schritt in die Anpassung und blanke Entpolitisierung. Das war nicht aufzuhalten, nicht weil sie nicht verstanden haben, wovon wir reden, sondern weil sie etwas anderes wollen. Sicher ist, daß revolutionäre Politik hier nur wieder Fuß fassen können wird in einer ganz neuen Entscheidung und im bewußten Bruch mit dieser Hinterlassenschaft.

Wir haben alle jetzt jede Menge zu sagen, das kommt als nächstes, Sinn und Inhalt unserer Politik sind Teil unseres Lebens, eine untrennbar zusammengewachsene existentielle Einheit, und genauso kämpfen wir darum.

Brigitte Mohnhaupt
Ende Oktober 1993
Für die Gefangenen aus der RAF in Lübeck, Köln, Frankfurt, Schwalmstadt, Frankenthal, Bruchsal, Aichach

Karl-Heinz Dellwo an Brigitte Mohnhaupt

Anfang Oktober 1993

Gegen einen subjektiven Zustand zu argumentieren, in dem Wut und Rache dominiert, ist wahrscheinlich aussichtslos. Das einzige, was rauskommen wird an dem, was unter den Gefangenen läußt, ist, daß die Gesellschaft mit einem weiteren sektiererischen Zerfallsprozeß gelangweilt wird. Zur Sache selber will ich aber noch etwas sagen, auch für andere. Ich kann da gut zu stehen.

Ich habe Ströbele kommen lassen vor Monaten aus der Überlegung, daß wir alleine auflaufen werden gegen jene in Politik und Staatsapparat, die in diesem Konflikt längst schon heimisch geworden sind (was ja auch mal alles kritisiert bei uns, daß zu viele sich mit unserer politischen und praktischen Realität arrangieren können). Wir haben in zwei Richtungen gesprochen: Leute suchen, die das, was die RAF und die Gefangenen in den letzten Jahren versucht haben, als vernünftig sehen und deshalb öffentlich unterstützen wollen; Druck machen in den Reihen der Gegenseite.

In ersterem sind wir auf Bubis gekommen. Er wurde angesprochen, was sich als sinnvoll herausstellte. Von ihm kam, daß er selber mit uns sprechen wollte, um direkt zu hören, was wir wollten. Wir haben dem natürlich zugestimmt (und hätten ihm dabei auch vorgeschlagen, nach und nach einige andere Gefangene zu besuchen). Daraus ist bis jetzt nichts geworden, denn Kohl nahm ihn bei irgendeiner Gelegenheit kürzlich beiseite und erklärte, er sei gegen diesen Besuch, »solange Bad Kleinen nicht zu Ende ermittelt sei«. Er habe aber Ende September ein Gespräch mit Kohl und Kanther und will dabei auch ansprechen, warum sich nichts getan hat.

Ganz anders bestimmt ist die Reuter-Sache. Es ging darum, daß jemand von »außen« (also außerhalb unseres Zusammenhangs) sie aus einer Einschätzung der Situation heraus, wie er sie selber vertreten kann, auf den Ernst der Lage aufmerksam macht, auf das, worauf es wahrscheinlich hinausläuft, wenn die Regierung ihre Haltung nicht ändert. Zu diesem Zweck habe ich mit Ströbele über die Situation diskutiert. Auch daß er nicht in unserem Namen reden kann, daß er nicht verhandelt, keine Zusagen macht oder sonst etwas, sondern einfach, daß er als jemand, der die ganze Geschichte von Anfang an kennt und in ihrer Dialektik einzuschätzen weiß, darauf hinweist, daß die Regierung eine andere Entwicklung systematisch zerstört und für alles, was daraus kommen mag, dann auch alleine die Verantwortung hat.

Es war auf der Linie, was wir die letzten 1 3/4 Jahre gemacht haben und, trotz allem, Konsens der Gefangenen entlang unseren Forderungen war: um politische Akzeptanz für unsere Sache zu kämpfen und öffentlichen wie nichtöffentlichen politischen Druck zu machen.

Es erbittert Dich, daß Du nicht gefragt worden bist, daß hier an Dir was vorbei gemacht wurde? Das war für uns auch ein Problem, und wir hätten es lieber anders

gemacht. Aber was wäre passiert, wenn ich Dir oder Helmut das z.B. vorgeschlagen hätte? Ihr hättet es niedergemacht, wie jede Sache von hier! Die Absurdität dahinter ist der Besitzanspruch! Ihr stellt die Eigentumsfrage an der RAF! Das Mittel dazu ist die Permanenz der Liniendiskussion. Sie klärt natürlich nichts, sie erstickt nur. »An denen, die recht haben, geht jede Idee zugrunde« – und das wird auch nur das Ergebnis sein von Helmuts Erklärung: Bedingungen zerstören. Viel mehr enthält sie ja nicht, außer ein paar Unwahrheiten.

Euch entgrenzt immer alles, weil Euch irgendwie Eure eigene Subjektivität unbegriffen bleibt. Für Eure Ansprüche gegen die draußen seid Ihr derzeit auch am falschen Ort. Auch sind diese nicht gerade durch die Ergebnisse Eurer eigenen Praxis, bei der rauskam, daß die danach von vorne anfangen mußten, legitimiert.

Die Methodik und die politische Bestimmung lassen sich korrigieren; das Abrutschen in die Objektivationen, da, wo die Politik außerhalb von uns steht und sich selbst kreiert, kaum noch. Das haben wir an Euch gesehen, das haben wir selber erfahren, und daran krankt bis heute alles.

Ihr sagt zwar selber, daß das Alte nicht fortzusetzen ist, aber es bleibt ein Widerspruch, solange Ihr denkt, daß Ihr die Alten bleiben könnt. Als wäre die Politik der Vergangenheit nur was Äußerliches gewesen und hätte nicht auch als Subjektprägung nach »innen« zurückgewirkt. Aber zur »äußeren« Entfremdung lief eben auch die »innere«. Mit der kann man nur selber brechen. Statt aus dem zu lernen, wie die es draußen gemacht haben und wie es besonders in der August-Erklärung zum Ausdruck kommt, schmeißt Ihr ihnen Steine in den Weg, wo Ihr nur könnt, Häme, Verachtung, Denunziation. Nicht einmal der Tod von Wolfgang gebietet Euch Einhalt. Das ist das Traurigste.

Bin ich auch für eine Gesamtlösung, so bin ich nicht für »abwickeln«. Für mich ist nur etwas zu Ende gekommen, wir stecken in der Sackgasse, und aus der müssen wir raus. Das meint den anderen Aspekt von »Freiheit«, weil's nicht nur um die Freiheit der Gefangenen vom Knast geht. Freiheit meint die eines Neuanfangs, und das impliziert auch die »Freiheit« der Genossen draußen dazu. Es geht nicht darum, die Erfahrungen und Geschichte dazu abzuwerfen, sondern sie dafür nutzbar zu machen. Es ging nie um die Frage, »bewaffneter Kampf ja oder nein«. Das ist eine nutzlose Fragestellung, die dann nach vorne tritt, wenn die Form den Inhalt ersetzt.

Daß die alte Konzeption RAF nicht zu halten ist, habt Ihr unabhängig meiner Begründung selber gewußt. Helmut schrieb, daß ihm schon immer bewußt war, daß am Ende eine Aufhebung der RAF steht. Und trotzdem scheint es Euch ein Paradox zu bleiben, das Konzept aufzuheben und den Bruch zu halten, aus dem der bewaffnete Kampf früher oder später wiederkehren wird. Wenn gewiß auch in anderer Gestalt und auf einer anderen Bestimmung. Wenn man vom Prozeß ausgeht, müßte man begreifen können, daß wir immer in Durchgangsphasen sind. In ihnen durchschreiten wir Räume: hinter der nächsten Tür, um im Bildlichen zu bleiben, ist man vielleicht im Freien oder im nächsten Raum. Aber nicht mehr auf der gleichen Grundlage und

im gleichen Zustand. Die letzten 25 Jahre sind ebenso ein Durchgangsstadium gewesen, für uns individuell (das ist aber nicht so wichtig), vor allem aber ein Durchgangsstadium linker Bestimmungen, in politischen Konzeptionen, in der Moral, auch Kultur, vor allem der Praxis. Das gilt also auch für die RAF. Auch sie ist nur ein vorübergehender Ausdruck der Situation, nicht ihre zeitlose Antwort.

Ich glaube aber nicht, daß es das war, was Helmut jüngst veröffentlichte: »... daß jetzt eine Situation Realität wird, aus deren Antizipation wir 20 Jahre gekämpft haben, um sie zu verhindern«. Niemand hat z.B. vorausgesehen, daß die »Ost-West-Demarkationslinie« sich zugunsten des Westens auflöst. Auch haben wir uns zu anderen nicht im Wissen um die kommende Systemkrise unterschieden. Zu prognostizieren, daß die Entwicklung nur bedrohlicher werden kann, dazu gehört nicht viel.

Es gab schon vor uns die Erkenntnis »Sozialismus oder Barbarei«. Auch kann's das nicht gewesen sein, die objektive Entwicklung des Kapitalprozesses zu verhindern. So etwas wie die Aufhebung der Arbeit oder Krise des Werts ist gar nicht zu verhindern, es sei denn durch eine Revolution. Aber das wäre ja nur eine Kinderbegründung, denn um zu ihr kommen zu können, muß der Prozeß überhaupt erstmal da durch.

Was also hatten wir anderen voraus, und an was müssen wir uns messen? Die Entscheidung zum materiellen radikalen Bruch mit den Gesellschaftsverhältnissen. Ein Endzeitbewußtsein über eine historische Periode. Das Wissen, daß wir eine andere Art zu leben und kämpfen finden müssen, daß wir eine neue Revolutionsvorstellung brauchen, den Bezug auf das Subjekt, also Bruch mit der Entfremdung als Orientierungskriterium der Politik, daß wir heute am Aufbau von Bewußtsein und Gegenkräften arbeiten müssen, wenn die kommende Systemkrise nicht über uns alle drüberschlagen soll. Und so manches mehr. Aber haben wir die erahnte Krise erkannt, theoretisch analysiert, begriffen und also auch die Antwort antizipiert? Die Krise der Arbeit und die Krise des Werts – haben wir sie gesehen, und wo sind dann die Antworten? Und da frag ich gar nicht, wo wir Bewußtsein darüber in der Gesellschaft geschaffen haben, sondern ich frage nach dem Bewußtsein darüber bei uns! Und wo war das in der Praxis?

Ein gesellschaftliches Umkehren wird nicht kommen, wenn es nicht auch aus den Leuten selber kommt, weil die Dinge des Lebens und der Gesellschaft ihnen jede Illusion über ihre Sinnhaftigkeit selber untergraben. Dann müßte man sich neu überlegen, was man macht. Aber deshalb läßt sich was Altes, das uns keinen Aufhebungsschlüssel – so auch keinen Zugang zu anderen – in die Hand gab, halt auch nicht fortsetzen. Eine auf die Gefangenen reduzierte Lösung aus dem »Umbruch« oder der »politischen Grenze« ist weder moralisch noch politisch legitimiert, ganz abgesehen davon, daß sie unrealistisch ist im Hinblick auf die nicht einfach zu ignorierenden Machtverhältnisse hier. Jedenfalls halte ich es für zweifelhaft, daß wir in einer Situation der eigenen wie der gesellschaftlichen Defensive dem Staat Haltungen aufzwingen, die ihm aufzuzwingen wir in sog. »offensiven Zeiten« nicht in der Lage waren. Auch glaube ich nicht mehr daran, obwohl ich es mitvertreten habe und es ja auch

schön wäre, daß an uns ein Umkehrungsprozeß möglich ist, weder an der Freiheitsfrage, noch wenn wir weitermachen wie bisher. Das war alles zu einfach gedacht. Vielleicht ist die Spur davon drin, aber zur Umkehrung wird es ganz anderer Inhalte, Kräfte und Formen bedürfen. Und solange wird natürlich auch keine Freiheitskampagne in Gang kommen, wie wir neurotische Ziele setzen, für die alles, auch bei uns, fehlt, und die Leute spüren, daß ein Graben ist zwischen dem, was wir wollen und dem, was wir können, und deshalb die Klappe runtermachen, denn Niederlagen haben sie genug gehabt.

Ich hatte mal gehofft, wir könnten es gemeinsam schaffen, aus unserer Sackgasse rauszukommen. Als Gruppe sind wir von der Freiheit jetzt weiter entfernt als je zuvor. Die Spaltung der Gefangenen hat das über Bord geworfen, was über zwei Jahrzehnte unangefochten war. Als hättet Ihr irgendeine Frage damit gelöst. Es reicht nicht, die Freiheit zu fordern. Es reicht auch nicht, mit der Fortsetzung einer politischen Konzeption zu drohen, an deren Perspektive niemand mehr glaubt, weder wir noch der Feind, noch die Linke oder die Gesellschaft. Wir hätten über uns reden müssen, statt über andere und gegeneinander. So wie die das draußen begonnen haben. Nur darin wird man wiedererkennbar, nur das schafft eine Grundlage für Solidarität. Und in dem Rahmen hätten wir darum kämpfen können. Aber Euer Verständnis scheint immer noch, daß sich die Leute immer nur zu Euch hinbewegen müssen. Ich bezweifle, daß das eine Haltung ist, die Revolutionäre kennzeichnet.

Rolf Heißler an Birgit Hogefeld

10. Oktober 1993

Du, deine Post vom 19.9. habe ich bekommen. Deine Vorspannfrage, ob du wieder von mir hörst, verrät zumindest noch einen gewissen Begriff von dem, was du geschrieben hast. Die Frage stellt sich wirklich.

Zu unseren Zeiten waren die Gefangenen diejenigen, die uns politisch am nächsten waren. Wenn uns Erklärungen, Texte, Briefe, Sonstiges in die Hände fielen, haben wir uns damit auseinandergesetzt, und im Falle von Unterschieden, Differenzen versucht, den Gründen auf die Spur zu kommen, und an ihrer Aufhebung gearbeitet, darum gekämpft, wir haben sie ernst genommen, weil wir wußten, es geht ihnen um die Sache, und sie nicht auf ihre Empfindsamkeiten – Bitterkeit, Ärger – reduziert oder uns der Auseinandersetzung entzogen mit dem netten Spruch »ein inhaltlicher Unterschied/Widerspruch, mit dem man auch leben kann«.

Wolfgang konnte es nicht.

Als sei nichts passiert, setzt du das »Neue« unbeeindruckt fort und bringst es fertig, unsere Erfahrungen von über zwei Jahrzehnten Kampf – ihm haben wir unser Überleben zu verdanken – auf den Müll zu werfen, nur ein Beispiel der betriebenen Geschichtsabwicklung, was du als Unterstellung zurückweist: »Wenn wir uns dran machen, an den tatsächlich verschiedenen Sichtweisen und unterschiedlichen Vorstellungen zu diskutieren, können wir dadurch alle was gewinnen, nicht den Konsens, daran glaube ich nicht und darum geht's mir auch nicht – ich finde, daß wir auf der Basis der Kenntnis und Akzeptanz von Unterschieden viel zusammen machen können.«

Wenn es dir schon nicht mehr mit uns – nach meiner »veralteten« Betrachtungsweise, denen, die dir als Gefangener politisch die Nächsten sein müßten – um einen Konsens geht, mit wem willst du dann überhaupt noch zu einem Konsens kommen, um was geht es dir dann noch? Den bestehenden Dissens, der aufgrund der Entwicklung in den letzten zwanzig Monaten ins Grundsätzliche geht, willst du bestehenlassen, diskutieren um des Diskutierens willen, ziellos, unverbindlich, nach »Kenntnis und Akzeptanz von Unterschieden« kann jede/r individualistisch nach eigenem Gutdünken weitermachen. Was willst du denn gewinnen? Ich weiß nur aufgrund meiner vierzehnjährigen Knasterfahrung, hätten wir unsere Kommunikation je mit solcher »Bestimmung« geführt, hätten wir die Voraussetzungen für keinen unserer kollektiven Streiks schaffen können und wären wir vereinzelt der Vernichtungsstrategie ausgesetzt gewesen. Du kündigst Selbstverständlichkeiten auf, den Kampf umeinander, um trotz der Bedingungen handlungsfähiges Subjekt zu bleiben und/oder zu werden, das zusammen, und am Ende fragst du, »machen wir das zusammen?«. Du mußt dich entscheiden, was du willst. An einem inhaltsleeren Zusammen zum Zwecke der Verschleierung des seit zwanzig Monaten Gelaufenen sind wir nicht interessiert.

Unser Zusammen war und ist nur eine Voraussetzung, um »Freiheit jetzt, bis dahin ZL« durchzusetzen. Aber seit dem letzten Jahr geht es nicht mehr darum, sondern die Zeit ist von der Negation der Geschichte, der Bedingungen und Erfahrungen des Kampfes hier und den Reintegrationsversuchen in die Szene geprägt, statt mit ihrer Entpolitisierung und Beliebigkeit zu brechen. Das kann man natürlich auch freundlicher formulieren, Papier ist geduldig. Und jetzt sagst du, daran müßten wir Diskussion anfangen, ohne eine Erklärung, warum sie seit langem verweigert wurde. Du stellst dich als ahnungslos dar, als ob du von nichts etwas mitbekommen hättest, aber nach deinem letzten Brief an mich und dem von dir zitierten hast du schon einiges von der Kritik mitbekommen, aber das hat dich nicht interessiert. Was nicht den eigenen Vorstellungen entsprach, wurde weggeschoben und als Unterstellung behandelt, man wollte sich damit nicht auseinandersetzen, sondern ungestört und unbelästigt den als »richtig« erkannten Weg durchziehen. »Konstruktive Kritik« ist für dich die Zustimmung zu falscher Politik, deren Folgen sich in Bad Kleinen niederschlugen.

In deinem ersten Brief hattest du noch einen Begriff von deiner konkreten Situation: »... und mir war klar, daß ich keine falsche Bewegung machen darf, wenn ich am Leben bleiben will ...«. Hast du das schon wieder nach dem Vierteljahr verdrängt? Wenn du die Gelegenheit einer »falschen Bewegung« gehabt hättest, wärest du dann »ungeplant« erschossen worden? Vom ersten Tag an hat der Staat mit dem Segen der höchsten politischen Stellen auf die militärische Lösung gesetzt. Davon sind sie in über zwanzig Jahren nicht abgewichen und werden es auch die nächsten zwanzig Jahre nicht. Das antagonistische Verhältnis Staat/Fundamentalopposition läßt sich nicht auflösen, sondern besteht unverändert fort. Nur möchten das viele nicht mehr wahrhaben, auch du nicht, wenn du davon sprichst, daß »ihnen alles derart aus dem Ruder gelaufen ist«. Das einzige, was ihnen aus dem Ruder gelaufen ist, war wegen des V-Mannes die Informationspolitik, ansonsten war es der seit je nur Normalität erklärte Ausnahmezustand gegen uns.

Der qualitative Unterschied zu '78/'79 war, damals haben sie wenigstens noch die Form und den Abstand gewahrt und »Putativnotwehr« behauptet, damals wurde es unter Ausschluß von Öffentlichkeit vollstreckt. Dieses Mal nicht. Was ist denn für ein Tanz um die Zeugin? Die Schweriner Staatsanwaltschaft hat nach Bekanntwerden des aufgesetzten Schusses als erstes gesagt, das muß Selbstmord gewesen sein, und entsprechend ermittelt sie und wird das Ergebnis sein. »Sie haben sich in eine Situation gebracht, die sie so nicht gewollt haben können« verkennt diesen Staat und seine Praktiken und Methoden zur Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse genauso wie mein häufiges »der Staat steht mit dem Rücken zur Wand«, gegen das sich Eva – zu Recht – gewandt hatte. Kohl hat es mit seinem Auftritt bei der GSG 9 für die Öffentlichkeit nur noch einmal bestätigt, ihr habt freie Hand, ihr könnt machen, was ihr wollt, es wird von mir gedeckt, und ich übernehme die politische Verantwortung.

Was sollte dein Brief gegen den »Schlüssellochjournalismus« in der taz? Was wolltest du damit erreichen, und wen wolltest du ansprechen? Ist die Rolle und

Funktion der taz in den letzten Jahren völlig an dir vorbeigelaufen? Und nur noch erschreckend ist: der Gedanke, die Briefe könnten durch die Presse gezerrt werden, war dir nie gekommen, und ebenso deine Klarheit, daß sie deiner Mutter nichts anhaben können. Hast du von der psychologischen Kriegsführung der letzten 25 Jahre nichts mitbekommen, fallen dir keine Tausende von Beispielen ein, wie und mit welchen Mitteln sie alles gegen uns und die Politik zu drehen suchten? Und gleichfalls, hast du nicht mitbekommen, mit welchen 129a-Konstruktionen sich Menschen im Knast wiederfanden und daß sie die Angehörigen und ihre Arbeit in steter Regelmäßigkeit zu kriminalisieren suchen? Das ist Dauerzustand, nicht die Ausnahme.

Man braucht nicht zu suchen. Wo war dein Kopf in den letzten Jahren? Die hier herrschende Realität wird nicht mehr wahrgenommen.

Christian Klar

16. Oktober 1993

»Mit der Machtfrage Verstecken zu spielen, bringt jedoch niemanden weiter – nur sozialdemokratische Politiker.«

»Unter dem aphoristischen Stichwort ›Mammut‹ warnte Theodor W. Adorno schon vor Jahren vor den Gefahren des ›Jurassic Park‹, eines magisch-neumythischen und vollkommen künstlichen Freizeitgeländes für alle Phantasie, der nur noch das Falsche als richtig erscheinen kann.«

Für die vielen, die die Widersprüche zwischen Gefangenen für abgehobene ideologische Schlachten halten, seien hier ein paar Informationen vorangestellt. Daß die genannte Sicht sich verbreitet, dafür sprechen Reaktionen aus den letzten Tagen, worin der Ton angeschlagen wird: eigentlich wollen doch alle weiterhin das gleiche.

Seit Mai dieses Jahres versucht sich Karl-Heinz Dellwo bzw. die Celler Gefangenen in der Abwicklung der Gefangenen und gleich auch der Illegalen mit. In bezug auf die Letzteren seit ihrer Verhaftung mit der Zustimmung von Birgit Hogefeld. Alle anderen Gefangenen haben erst vor wenigen Wochen das erste Mal von dieser Sache erfahren. Eine Mittelsperson ist von Dellwo zu Mercedes-Benz-Reuter und zu Ignatz Bubis geschickt worden, die Vorschläge für einen Deal zu Schnarrenberger, Kohl und Schäuble tragen sollten und das auch getan haben. Eine »Gesamtlösung« wird vorgeschlagen, die so aussehen soll: für die Illegalen zugestandenes Exil oder kurzer Knast und anschließende Legalisierung – zuvor sollte jedoch geklärt sein, was aus den Gefangenen werde. Die »Verhandlungslinie« entwirft Dellwo, indem er sich staatliche Ordnungssorge aufsetzt und die Vorzüge einer »Repolitisierung des Staatsverhältnisses« ausmalt. Die Rolle stärkster Initiative für die »Gesamtlösung« wird bei den deutschen Wirtschaftseliten vermutet und erwartungsvoll beschworen. Kohl wird das Angebot angedient, daß dieser so doch vor den nächsten Wahlen als derjenige glänzen könnte, der »das Problem« erfolgreich beendet hätte.

Dies ist also die Sache zusammengefaßt. Soweit so gute Operette. Schnarrenberger hat ja auch schon abgewunken.

Ich meine, auch übertragen in das Licht der Häuser, wo das Menschenglück in Chips und Spielkarten ausgegeben wird, wäre das die Trennung. An den Tischen sitzt ein Staatsschutzapparat, dessen Niveau repressiver Wissenschaften höher entwickelt ist als das Niveau politischen Bewußtseins der Gegenübersitzenden. Sie schätzen ja zumindest in bezug auf die ein, die heute draußen als RAF agieren, daß ihre ideologische Selbstentwaffnung ihnen absehbar den strategischen Atem rauben wird, der für den revolutionären Krieg existenziell ist.

Es gibt aber zu dieser Geschichte Grundsätzliches zu sagen. Allerdings nach meinem Empfinden, ganz ohne Aufregung über bestimmte Personen (Gefangenen), die

bei einer vermeintlichen gemeinsamen Vernunft von Kerkermeistern und Gefangenen Zuflucht suchen. Der Punkt ist vielmehr, diese Geschichte ist beispielhaft und betrifft die gesamte Linke der Nach-Wendezeiten. Weil ihr da ja lediglich der Spiegel vorgehalten wird. Das eigentliche Thema sind also die massenhaften Wende-Biographien in der deutschen Linken, die am Golfkrieg, an der DDR-Annexion, am Zusammenbruch des Ostblocks und am »humanitären« Interventionismus ihre Anlässe gefunden haben, und deren subjektive Grundlagen noch unter einem Berg von Unausgesprochenem, von Resignation, Verblödung und Unehrlichkeit begraben liegen.

Müßte man zur Klärung vielleicht mit der Gorbatschow-Zeit anfangen, in der das »Gattungsthema« die weltweite politische Diskussion ergriffen hatte?

Es kann nicht mehr als ein schwacher Anstoß sein. Die Notwendigkeit, sich ja immer auch mit dem alltäglichen Knastterror auseinandersetzen zu müssen, läßt nicht zu, das viele Material, das sowieso auch nur teilweise die Mauern passiert, konzentriert durchzuarbeiten, ausgiebig zu zitieren usw. – und das alles noch gedanklich in eine Ordnung zu bringen. Hier deshalb nicht mehr als einige Bilder aus den letzten zwei Jahren angesprochen. Die Überschrift müßte heißen, die Einkehr des Kapitalismus in die Köpfe der Linken:

– Im Bild vom Isoliertsein und einem Verlust an Attraktivität. Die falsch aufgeworfene Frage, auf die die Selbstblendung und das angepaßte Neusprech gefolgt sind: die »Rückkehr in die Gesellschaft«. Man müßte dagegen die bewußte Entscheidung für das Konzept einer Politik der bewußten Minderheit und der Verankerung im Emanzipationsprozeß der Weltmassen erneuern. Auch einen der stärksten Gedanken der »marxistisch-leninistischen« Kampfgeschichte: das Politische (das Klassenbewußtsein) als »von außen« zu verstehen. In Deutschland gehören da aber auch folgende Worte (H. Müller) rein: »... man kann nur noch von den Minderheiten aus denken. Gedacht wird nur noch an den Rändern, denn Bewegung gibt es nur noch von den Rändern aus. Man muß ... vom Punkt derjenigen aus denken, die selektiert werden.« »... und es gibt in den herrschenden Strukturen kein rationales Argument gegen Auschwitz. Wenn das nicht gefunden wird, geht diese Zivilisation unter. Das ist die Grundfrage, und die kann nur beantwortet werden durch die Mobilisierung der Ränder.« Die Rede vom Isoliertsein, wie im RAF-Text vom April '92 eröffnet, ist nur scheinbar (selbst-)kritische Aneignung, es ist in Wahrheit das Auftauchen an die Oberfläche geworden, und die wortreichen Verwechslungen von Wesen und Erscheinung seitdem sind nachzulesen. Linkes Biedermeier als zusätzlicher Faktor der Vergrößerung rechter Jugendbewegung. Attraktivität wird seither innerhalb (!) der kapitalistischen Mentalitäten gesucht, der politische Opportunismus, die Revolutionäre als die guten Menschen, die Begriffslosigkeit am Thema Avantgarde. Die politischen Kriterien für Attraktivität verschwinden so. Es stellt sich das Trugbild ein, im Beifall Isoliertsein aufzuheben, der für Unterstützung gehalten wird. Derweil entwickelt sich überhaupt keine Attraktivität für die Unterdrückten, für die es um eine andere ginge: sie zu befähigen, hinter die Erscheinungen der Herrschaftsverhältnisse zu blicken, um sie aufbrechen zu können, sie mit der eigenen Verfügbarkeit fürs Kapital zu konfrontieren, ihre Erfahrungen von Ohnmacht durch das Beispiel kollektiver Organisierung und Aktion aufzuheben, die Entfaltung unterdrückter innerer Potentiale möglich zu machen.

– Im Bild von den Soldaten des Guten, die dem Ruf der Ungerechtigkeit der Verhältnisse folgen. »Eigentlich«, oder wären die Verhältnisse nicht so, wäre man den im gängigen Verständnis schönen Dingen des Lebens zugewandt. In dieser Vorstellung erscheinen die Wirklichkeit und ihre herrschenden Gewaltverhältnisse als »böse» äußere Welt, die zu verändern in Angriff genommen wird über den Zwischenschritt der Entscheidung für eine bessere Moral. Aktionen sind dabei »ganz viel Arbeit«. Es ist die Spaltung zwischen »Welt« und »Subjekt«, die dann auch konsequent in einer eigenen Art Spaltung zwischen politischem/r KämpferIn und Privatmensch reproduziert wird. Die Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse sind aber nicht einfach äußere Welt, sie sind vielmehr »die Lebensbedingungen«, auch die Revolutionäre leben ganz innerhalb dieser Verhältnisse, und ihre Auflehnung (und ihre organisierte Aktion als höchste Form) gegen sie ist schon die Gesamtheit ihrer Lebensausdrücke, die ihrem Inhalt nach aus der Alternative, also aus einem Begriff von herrschaftsfreier Vergesellschaftung des Menschen und aus Aneignungen historischer Erfahrungen geformt sind. Indem die Revolutionäre den revolutionären Prozeß leben, nicht einfach etwas ihnen selbst Äußeres bearbeiten, bringen sie die Kraft auf, die das Alte aufsprengen kann.

Unter den Bedingungen der imperialistischen Metropole ist mit diesem Ansatz die bürgerliche Mystifikation der Illegalität als Beschränkung von Lebensentfaltung überhaupt erst aufgehoben worden. Konfrontiert der imperialistische Staat die Illegalen sofort mit einer reaktionären Entfesselung von Ausnahmezustand, kommt dieser bei ihnen so aber nicht an, kann er das befreite Gebiet qualitativ nicht in Frage stellen.

– In der Übernahme der kolonialen Sicht, nach der die Bestimmung der schwarzen und farbigen Völker die Dienstleistung für den weißen Herrn ist. Lutz Taufer hat diese Übernahme in seinem »konkret«-Beitrag (8/92) in einem Grüner-Tisch-Szenario ausgeführt. Dort tauchen die afrikanischen Menschen als diejenigen auf, die damit, daß sie die Militärs der imperialistischen Länder, die gegenwärtig für die »neue Weltordnung« in Stellung gebracht und ausgeschickt werden, in Särgen zurücksenden, den Bevölkerungen der weißen Zentren zur Ausbildung eigenen revolutionären Bewußtseins verhelfen. Wieviele Menschenverluste der Trikontländer aber der Erfahrung nach für jeden ausgeschalteten Okkupanten erst einmal zu erleiden sind, die Modernisierungen der imperialistischen Militärstrategien, das alles ist ausgeblendet.

– Im Bild von »der Wirtschaft«, die entgegen den »aussitzenden Politikern« oder dem nur an »Selbstlegitimation orientierten Repressionsapparat« das größte Interesse an einem nicht-polizeilichen Umgang mit dem inneren Feind haben könnte. Hier kommen das subjektive Interesse von Militanten, die neuerdings ein Bedürfnis nach einem Happy-End in sich entdecken, und ihre politische Konstruktion am engsten zusammen. Die eine Grundlage dafür ist, daß – siehe zur Attraktivität – der Kapita-

lismus ins eigene Hirn eingezogen ist. So vollzieht sich dann die Wendung von antagonistischer Kraft zur Einforderung »politischer Anerkennung«, zur Vision legalisierter Reichsopposition, zur Einforderung der »Beendigung des Ausmerzverhältnisses« von einem Staat, von dem ein Eingehen darauf aufgrund seines Wesens schlecht zu erwarten ist. In einer Konstruktion, in der die imperiale Expansion über »die Wirtschaft« und, anders als während der Nazi-Phase des deutschen Imperialismus, nicht-militärisch gesehen wird, könnte auch gewendet das oppositionelle Selbstverständnis gewahrt bleiben, gleichzeitig würde der Extraprofit der verlängerten 500jährigen weißen Expansion die ökonomische Basis abgeben, die notwendig ist, um die oppositionellen Freiräume in den imperialistischen Zentren zu finanzieren. So ist die Logik des Appells an den Staat, »das Ausmerzverhältnis aufzuheben«, dann auch nur eine Sache der Respektabilität unter Weißen, sozusagen mit Blick auf den Horizont der Festung Europa.

In dieser unaufrichtigen Übertaktik kann das Thema der sich verschärfenden Armut innerhalb der imperialistischen Zentren selbst, die angebliche Priorität der »neuen Politiker«, dann auch nur so wie in den neueren Texten gehandelt werden: das wachsende Heer der Armen in den imperialistischen Zentren gezeichnet als Figuren einer Spielfilmkulisse.

Ja, das ist überhaupt das Stichwort, wir sind in einen Film geraten.

Eva Haule

23. Oktober 1993

Die Gefangenen in Celle, Birgit und die RAF haben spätestens seit Mai ’93 hinter unserem Rücken konkret auf einen Tauschhandel mit dem Staat hingearbeitet.

Ihnen war klar, daß wir das nicht mitmachen.

Jetzt kann es nur noch die Trennung geben – offen.

Sie haben den kollektiven Zusammenhang bewußt zerstört, der für uns immer ein zentraler Inhalt des Kampfs war; und ich will diese Politik nicht, je hinter ihrem Vorgehen steht.

Als ich von dem geplanten Deal erfahren habe, war ich gerade dran, einen öffentlichen Brief an die RAF zu formulieren. Ich wollte sie auffordern, anzuhalten, mit der falschen und gefährlichen Politik zu brechen und neu zu bestimmen.

Dann auch wieder in der Diskussion und für den gemeinsamen Kampf mit uns und all denen draußen, die für radikale Veränderungen und jetzt konkret gegen die reaktionäre Entwicklung in Staat und Gesellschaft politisch arbeiten.

Nach den Erfahrungen der letzten zwei, drei Jahre auch einfach die Frage an sie: Ist es das, was ihr wollt?

Wir haben gesehen, wohin der Prozeß der politischen Selbstentwaffnung geführt hat. Die V-Mann-Geschichte und ihre Folgen waren da nur der Endpunkt. Und bewaffnete Aktionen wie Weiterstadt zementieren diesen Prozeß weiter: Ihre einzigen Signale sind Populismus und »Vergeltung« – weil der Staat seine Politik gegen die Gefangenen nicht ändert.

Jetzt hat sich dieser Brief erübrigt, die Basis für eine kollektive Diskussion gibt es für mich nicht mehr.

Im Auftrag der Gefangenen in Celle, und von Birgit noch mal bekräftigt, wurde dem Staat und der »Wirtschaft« klipp und klar gesagt: »Wenn der Staat uns nicht endlich den Kampf beenden läßt, wird es weiter bewaffnete Aktionen geben«; sie haben damit gedroht, daß der Schritt der RAF vom April 1992 zur Einstellung »gezielt tödlicher Aktionen gegen Repräsentanten von Staat und Wirtschaft« revidiert wird für den Fall, daß der Staat keine Lösung für die Gefangenen und die Illegalen zuläßt.

Da ist dann der politische Inhalt und Sinn unseres Kampfs ganz ausgekippt.

Das hat mit allem, was ich denke und will, nichts mehr zu tun, und das war und ist nicht die Politik der Gefangenengruppe. Wir haben die Verknüpfung der Gefangenenfrage mit dem Schritt der RAF, den bewaffneten Kampf »zurückzustellen«, wiederholt kritisiert, weil sie politisch falsch ist und der Weg hin zu einem Tauschhandel mit dem Staat darin schon angelegt ist. Das war in der RAF-Erklärung vom 10.4.92 enthalten: Daß der Staat quasi als »Belohnung« für den Schritt jetzt eine Lösung für

die Gefangenen zulassen soll. Diese Verknüpfung entpolitisiert den ganzen Kampf der RAF, den Schritt selbst und auch unseren Gefangenenkampf.

Ob das von Anfang an so gewollt war oder nicht, spielt keine Rolle mehr, die Tatsachen jetzt sprechen für sich –.

Da sind wir jetzt angekommen: Die Entscheidung darüber, ob die RAF bewaffnet angreift oder nicht, und noch weitergehend, ob sie als illegale bewaffnete Organisation weiter existiert oder nicht, wird dem Staat in die Hände gelegt.

Sie wird nicht aus einer politisch-strategischen Bestimmung für den Umwälzungsprozeß getroffen, sondern abhängig gemacht von den Maßnahmen des Staates gegen die Gefangenen und gegen die Illegalen.

Unsere Geschichte, die Politik der RAF und unser Widerstand in den Gefängnissen werden zum Gegenstand eines Deals gemacht. Die bewaffnete Aktion ist dann auch nur noch ein Mittel dafür. Da springen wir raus.

Das soll ganz klar sein: wenn sie diese Politik weiterverfolgen, ist das allein ihre Sache. Auf uns können sie sich nicht mehr beziehen. Das alles hat längst nichts mehr zu tun mit den politischen Inhalten und Zielen unseres Gefangenenprojekts, es ist im Gegenteil die Vereinnahmung davon für ganz andere Zwecke.

Und egal, wie sie es in der öffentlichen Darstellung hinmanipulieren: Die Schlußabwicklung nicht nur unserer Geschichte, sondern des »Problems RAF und Gefangene« ist jetzt auch ihr Interesse.

Und wenn sie jetzt ankündigen, den Schritt vom April '92 praktisch aufzuheben, begründet mit unserer Gefangenensituation – dann tragen wir das nicht mit.

Einen von jeder politischen Bestimmung abgelösten Aktionismus im Zusammenhang mit uns wollen wir nicht.

Der bewaffnete Kampf ist auch in der jetzigen historischen Situation eine Option für die revolutionären Kräfte, aber die Entscheidung dafür kann nur aus einer Vorstellung für den gesamten politischen Prozeß und seiner Funktion darin kommen.

Weil das in dem Zusammenhang jetzt auch eine Rolle spielt: Ich verstehe und respektiere den Einsatz von Menschen, die sich – wie Ignatz Bubis – aus Sorge über die Zunahme faschistischer Gewalt an den Staat wenden und ein entschiedenes Vorgehen »gegen rechts« verlangen, die Gleichsetzung von »Rechts- und Linksextremismus« durch den Staat zurückweisen und die Regierung auffordern, mit einer Veränderung seiner Politik uns gegenüber auf den Schritt der RAF und unsere Initiativen als Gefangene zu antworten.

So ist nicht unsere Politik, aber sie ist legitim und setzt an einem realen politischen Widerspruch an, indem sie sich auf die Verfassung beruft und von diesem Staat den »Schutz der Demokratie« vor neofaschistischen Anschlägen als Konsequenz aus der Geschichte des Nazi-Faschismus einfordert; sie richtet sich damit gegen die Politik der Regierung, die die Eskalation rechter Gewalt mit zu verantworten hat und trotz gegenteiliger Behauptungen nur insoweit bekämpft, als sie ihrem Image im Ausland schadet; während »gegen links« der gesamte Verfolgungsapparat eingesetzt wird.

Aber die Faschisierung wird nicht »von oben«, von der Spitze des Staates und der herrschenden politischen Klasse aufgehalten werden. Im Gegenteil, sie wird von dort in dem Maß gewollt und vorangetrieben, wie sie ihren eigenen reaktionären Projekten nützt. Das hat die »Asyldebatte« gezeigt, das Verhalten von Politik, Polizei und Justiz u.a. zu Rostock und die Propaganda im Zusammenhang der Planungen zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen des »Standorts Deutschland« mit militärischen Mitteln ebenso.

Sie werden ihre Politik nur ändern, wenn gesellschaftliche Kräfte sich massiv dagegenstellen und die Bestimmung über politische und soziale Entwicklungen hier nicht ihnen überlassen.

Um eine neue Basis in der Gesellschaft für diesen Prozeß zu kämpfen, das steht für uns auf der Tagesordnung.

So ist es auch, was uns Gefangene unmittelbar betrifft.

Von staatlicher Seite ist die Entscheidung gefallen zur Fortsetzung der Vernichtungsstrategie mit allen Mitteln für den »Endsieg« über die RAF und die Gefangenen.

Die reale Entwicklung gerade seit letztem Jahr spricht für sich, und ein Blick auf unsere Situation genügt, um das zu erkennen.

Es geht hier um einen Bruch mit der Geschichte und Aktualität von Vernichtungshaft nach 23 Jahren – für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand.

Das ist schließlich auch eine Frage an die fortschrittlichen und antifaschistischen Kräfte in der Gesellschaft: wie sie sich dazu stellen.

Ob sie akzeptieren, daß dieser Staat systematisch Menschenrechte verletzt und den »Rechtsstaat« außer Kraft setzt für unsere Bekämpfung – aktuell zu sehen im Prozeß gegen Rolf Clemens Wagner und der Verweigerung der Freilassung selbst schwerkranker Gefangener, Ali Jansen, Bernd Rössner.

Es ist auch in dieser Auseinandersetzung eine Frage danach, was in Deutschland weiter wird, in welche Richtung die Weichen für zukünftige politische Entwicklungen gestellt werden.

Ein taktisches Verhältnis zu Menschenrechten ist für mich nicht akzeptabel!

Das spricht aber daraus, wenn die Frage der Behandlung von politischen Gefangenen an die Existenz und Praxis linksradikaler Opposition draußen geknüpft wird. Unausgesprochen wird dem Staat damit das Recht eingeräumt, politische Gefangene als Geiseln in Isolationshaft und endlos festzuhalten; der Staat soll seine Politik, die illegitim ist und gegen internationale Menschenrechtskonventionen verstößt, nur dann ändern, wenn dies als Mittel zur »Wahrung der inneren Sicherheit« nützlich sein könnte?

Unsere Politik bis zur »Zäsur« war richtig und legitim.

In den ganzen Jahren ging es für uns darum, vor allem Gegenkräfte aufzubauen, um genau die Entwicklung zu verhindern, die jetzt da ist. Und zentral darin: gegen

die Kontinuität dieses NS-Nachfolgestaates im Kampf zu verhindern, daß Deutschland wieder Weltmacht wird, daß wieder »Krieg von deutschem Boden ausgeht«, daß Rassismus und Faschismus sich hier wieder breit machen können. Der deutsche Staat und sein Verfolgungsapparat haben gegen unseren Kampf von Anfang an Maßnahmen eingesetzt, die nur ein Ziel hatten: uns zur vernichten und mit uns jeden Gedanken an die Möglichkeit und Perspektive des Bruchs mit diesem System. Grundrechte, Menschenrechtskonventionen waren und sind für sie nur Fetzen Papier, wenn es darum geht, dieses Ziel zu erreichen.

Wir sind jetzt bis zu 21 Jahre gefangen, einige von uns das zweite oder dritte Mal für diesen Kampf, und wir haben alle nach diesen ganzen Jahren Isolation das Recht, freizukommen; wir haben das Recht auf politische Diskussion und Zusammenlegung.

Wir verstehen unter »Lösung« für uns die Durchsetzung dieser Rechte, und dafür werden wir weiter kämpfen. Wir vertrauen dabei auf uns und die Kräfte in der Gesellschaft, die sich nicht anpassen an die reaktionäre Entwicklung, sondern sich der Faschisierung, neuen imperialistischen Kriegen, Rassismus und sexistischer Gewalt entgegenstellen und die das – trotz unterschiedlicher politischer Geschichte und Arbeit – mit uns gemeinsam wollen.

Es geht uns nicht darum zu sagen: Es kann unter keinen Umständen Gespräche mit der Regierung über die Haftbedingungen und Freilassungen geben. Wir selbst und unsere Anwälte und Angehörigen haben sie immer wieder geführt, wenn durch unsere Kämpfe in den Gefängnissen und den Widerstand draußen gegen die Isolation eine offene Situation geschaffen war. Es gab sie auch im ersten Halbjahr '92, nachdem durch den Schritt der RAF eine veränderte Lage da war. In den Gesprächen ging es für uns darum zu sagen, was wir wollen, und zu klären, wie die Regierung sich den politischen Tatsachen stellt – ob es auf ihrer Seite die Bereitschaft zu substantiellen Veränderungen gibt. Es gibt sie nicht, das ist für jetzt entschieden. Und für uns kann es nichts anderes geben als reale, materielle Schritte für die Zusammenlegung und Freiheit. Diese Konfrontation wird weitergehen.

Irmgard muß sofort bedingungslos entlassen werden. Was soll es darüber zu reden geben mit Kohl, Kanther oder der Justiz. Wir werden sie und uns rauskämpfen.

Wichtig zu betonen ist mir noch, daß sich an unserer Solidarität mit allen politischen Gefangenen gegen die Vernichtungshaft nichts ändert. Das kann auch draußen nicht anders sein.

Sigrid Happe und Gabi Hanka

25. Oktober 1993

Der von den Gefangenen in Celle, Birgit und der RAF schon in die Wege geleitete Versuch, dem Staat das Ende des bewaffneten Kampfes im Austausch gegen unsere Freiheit anzubieten und im Gegenzug bewaffnete Aktionen und Hungerstreiks als Druckmittel für die Verbesserung der Verhandlungsposition einzusetzen, drückt vor allem eins aus:

Die absolute Entpolitisierung und Kapitulation vor der Macht des Staates!

Der Glaube, durch den Handel mit dem Staat eine »Lösung«?? zu erreichen, ist größer als der Wille, zusammen weiter für unsere Ziele zu kämpfen.

Darin kommt also jetzt die Konsequenz der falschen politischen Bestimmungen, die schon in der 10.4.-Erklärung der RAF angelegt waren und stetig weitergeführt wurden, auch von den Gefangenen in Celle in dem Tenor – wir wollen ja keine Konfrontation mehr, aber der Staat läßt es nicht zu –, auf den Punkt. Weiterstadt steht genau in dem Kontext. Es ist nicht nur politisch ganz grundsätzlich einfach falsch, taktisch so mit dem bewaffneten Kampf zu hantieren, um ihn letztendlich nur noch als Druckmittel für uns Gefangene aufrechtzuerhalten – ohne daß er seine eigene Bestimmung hat –, sondern zudem auch ein völliger Trugschluß, zu erwarten, das würde irgend was anderes »bringen« als die noch weitere Verschärfung der Geiselhaft.

Das geht von einem falschen Begriff der Situation und Konfrontation aus, in der wir uns befinden!

Die Reaktion des Staates auf den Schritt der RAF, vor allem auf den Fehler der Verknüpfung mit der Situation von uns Gefangenen in der Begründung, sprach Bände.

Der Druck gegenüber uns wurde verstärkt, und sie haben ständig aufs neue klargemacht, daß sie ihre Macht grenzenlos gegen uns einsetzen – jüngstes Beispiel, daß Ali trotz seiner schweren Krankheit vier Monate vor seiner »regulären« Entlassung ohne das offen vom Gericht verlangte »Abschwören« nicht rauskommen soll, – daß die Anhörung bei Irmgard schon wieder verschoben wurde, und Ingrid ist eine Woche, bevor sie rausgekommen wäre, zu weiteren sechs Jahren verurteilt worden.

Die Beispiele lassen sich endlos fortsetzen, nicht nur im Zusammenhang mit uns, und man braucht sich nur die Debatte um die Aufstellung des zukünftigen Bundespräsidenten Heitmann, der die Polarisierung des rechten Lagers vorantreiben soll, anzusehen, als weitere Bestätigung dafür, daß dieser Staat nichts anderes im Sinn hat, als die Gesamtkrise weiterhin reaktionär zu »lösen«, und immer offener faschistisch und rassistisch agiert.

Die RAF hat selbst die politische Basis, die in einer Kontinuität von über 20 Jahren erkämpft wurde, in den letzten zwei Jahren zerstört, und das nicht nur durch den

Fehler der Verknüpfung, sondern durch ihre in allen Erklärungen vermittelte »Vorstellung«, die niemals ein relevanter Faktor in den laufenden Auseinandersetzungen werden konnte (z.B. den Antifa-Kämpfen, weil sie losgelöst von politischen Realitäten nichts anderes als Opportunismus und dadurch die Anpassung an die gesellschaftlichen Verhältnisse vermittelt).

Die Auflösung revolutionärer Politik fing aber schon viel früher an, nicht erst '92 und nicht erst mit den Texten der RAF. –

Die ganzen ehemaligen Zusammenhänge aus dem antiimperialistischen Widerstand waren schon vorher auseinandergebrochen oder haben sich von ihrer eigenen Geschichte distanziert, um in der Umdrehung die gleichen Fehler zu wiederholen; statt eigenständige Bestimmungen und verbindliche Strukturen zu entwickeln, wurde die Individualisierung und Oberflächlichkeit immer größer. –

Und die RAF hat sich im Grunde in diesen Zerfallsprozeß »nur« eingereiht. Der Boden dafür war da.

Wenn dann jetzt Aktionen à la Weiterstadt durchgeführt werden, ist das nichts als purer Aktionismus, für dessen Begründung dann auch noch wir genommen werden.

Wir haben einen anderen Begriff von Kämpfen!

Auch für uns ist es so, daß uns nichts mehr mit der RAF, den Gefangenen in Celle und Birgit politisch verbindet, denn wir wollen mit dieser Politik des Ausverkaufs nichts zu tun haben; auch wenn es in erster Linie um den bewaffneten Kampf geht, betrifft es uns aus unserer ganzen politischen Geschichte und als Gefangene direkt.

Wir wollen jetzt einen neuen Abschnitt beginnen und die entpolitisierte Auseinandersetzung, die die letzten Jahre geprägt, uns immer mehr in die Defensive gebracht und eine Kontinuität von über 20 Jahren Kampf gebrochen hat, hinter uns lassen.

Für uns bedeutet das heute um so mehr, daß wir weiter für einen kollektiven Prozeß kämpfen und politische Vorstellungen und Bestimmungen mit den anderen Gefangenen aus der RAF weiterentwickeln werden, denn das ist unser politischer Zusammenhang, in dem wir leben und den wir brauchen.

Die politische Situation ist sehr schwer, darüber macht sich niemand etwas vor, und daß es ein Kraftakt ist, Mut und Hoffnung nicht zu verlieren, haben wir täglich gespürt, genau deswegen ist es auch so existentiell, daß wir auf unsere ureigenste Kraft vertrauen, daraus und als offensives Verhältnis gegenüber der herrschenden Macht weiter für unsere Ziele kämpfen.

Denn, und das ist historische Erfahrung seit Jahrhunderten, der innere Motor, aus dem Bewegung entsteht, das sind die Subjekte selbst.

Wir finden es notwendig, daß jetzt politische Klarheit geschaffen wird, denn der Riß geht auch durch politische Zusammenhänge draußen und weit über Unterschiede in den Vorstellungen, wie eine Mobilisierung für unsere Freiheit aussehen kann, hinaus. Der Kern liegt tiefer und führt letztendlich auf die Frage zurück, wie man weiter kämpfen will, also ob man vor der Konfrontation, die ist, zurückweicht oder sich ihr stellt und von da aus eigene Bestimmungen entwickelt.

Diese Auseinandersetzung ist für uns zentral, und daran ändert auch die Tatsache nichts, daß für uns im Dezember 2/3-Termin ansteht, weil wir uns weder jetzt noch in den Anhörungen taktisch verhalten werden, sondern so, wie wir es aus unserem politischen Begriff und Verhältnis für richtig und notwendig halten.

Wir lassen an der Vorstellung eines politischen Prozesses mit Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Zusammenhängen, denen es genauso wie uns darum geht, sich offensiv überall gegen die reaktionäre Entwicklung zu stellen und eine Umwälzung der bestehenden Verhältnisse zu erreichen, nicht los.

In diesem Zusammenhang werden wir den Kampf um unsere Freiheit weiter bestimmen, und nicht im Taktieren mit dem Staat!

Sigrid Happe, Gabi Hanka
Gefangene aus dem Widerstand

Richtigstellung von Gabi Hanka und Sigrid Happe

8. November 1993

Wir haben in unserem Text*, der im letzten Info veröffentlicht wurde, gesagt: »Auch für uns ist es so, daß uns nichts mehr mit der RAF, den Gefangenen in Celle und Birgit politisch verbindet, denn wir wollen mit dieser Politik des Ausverkaufs nichts zu tun haben.«

Wir nehmen das zurück, weil es in dieser Grundsätzlichkeit – »nichts mehr« – nicht stimmt.

Uns verbindet die politische Geschichte und vor allem, daß wir als politische Gefangene ganz grundsätzlich in der gleichen Konfrontation im Verhältnis zum Staat stehen.

Wir wollen die Bedeutung der Unterschiede, die jetzt in ihrer ganzen Materialität zum Vorschein gekommen sind, nicht abschwächen, aber genausowenig geht es uns darum, ein grundlegendes Verhältnis wegzukippen und der Entsolidarisierung, die draußen schon angefangen hat, noch zusätzlich Futter zu geben durch Aussagen von uns.

Das war nicht unsere Absicht, und so haben wir auch keinen Moment lang gedacht, aber in seinem Sinn vermittelt dieser Satz genau das und darf deswegen nicht so stehenbleiben.

Und wir sagen es auch deshalb ausdrücklich (denn eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit, daß es eine Grundsolidarität gegen die Angriffe und das Vernichtungsprogramm des Staates gibt), weil wir mitgekriegt haben, daß z.B. Menschen dafür angemacht werden, weil sie Initiativen gegen Birgits verschärfte Haftbedingungen entwickeln.

Das ist nur noch übel und Ausdruck von Zerstörung im gesamten Verhältnis.

Ein Verhältnis, das Grundlage von revolutionärer Politik sein muß und einfach auch Teil unserer Identität ist. Das geben wir nicht auf, weil wir damit auch von uns etwas aufgeben würden, und außerdem ist es ja wohl das allerletzte, den Staat sein Vernichtungsprogramm durchziehen zu lassen.

Wir werden uns jedenfalls für diese Entsolidarisierung nicht benutzen lassen und fordern, daß das aufhört.

* siehe: Sigrid Happe und Gabi Hanka, 25. Oktober 1993

Karl-Heinz Dellwo

29. Oktober 1993

Wir haben weder Reuter noch Kohl noch sonst jemand einen Deal angetragen, wir haben auch keine »Abwicklung« betrieben, schon gar nicht ist eine »Gesamtlösung« an irgend jemand herangetragen worden. Es ging um die Frage, ob sich eine »dritte« Position herstellen läßt, die unabhängig von uns, trotzdem den Bezug zu uns haltend, etwas tun kann. Öffentlich wie nichtöffentlich. Wir haben in zwei Richtungen gesprochen:

Leute suchen, die das, was die RAF und die Gefangenen in den letzten Jahren versucht haben, als vernünftig ansehen und deshalb unterstützen wollen; politischen Druck machen in den Reihen der Gegenseite.

Was wir tatsächlich im Frühjahr dieses Jahres gemacht haben, sowohl in politischer Bestimmung, inhaltlichem Umfang und politischem Hintergrund, kann man beiliegendem Brief (Auszug*) entnehmen, den ich an Brigitte Mohnhaupt Anfang Oktober geschrieben hatte. Auch die anderen Gefangenen haben von diesem Brief Kenntnis.

Der Bruch in der Gefangenengruppe hat seine Vorgeschichte, die lange in die Vergangenheit zurückreicht. Wir werden uns dazu extra äußern. Die Zeit ist zu kurz, um diese Entwicklung hier und heute in ausreichender Klarheit darzulegen. Es ist falsch, und Brigitte weiß es, wenn sie behauptet, ihr Leben und ihr Kampf hätten hinter ihrem Rücken abgewickelt werden sollen.

Was Brigitte Mohnhaupt erzählt, ist die Simulation von Wirklichkeit. Das Scenario, das sie mit Erleichterung nach außen trägt, gibt das Bedürfnis wieder, sich der politischen Widersprüche in der Gefangenengruppe, gegenüber der RAF und Teilen der radikalen Linken über moralische Verdächtigungen zu entledigen. In diesem Abspaltungsprozeß wird alles Negative auf uns und die RAF abgeladen, alles Positive für sich reklamiert.

Zu den in dieser Erklärung und den im Anschluß daran in den Medien verbreiteten Mitteilungen kann ich heute nur sagen:

– Es ist Unsinn, zu behaupten, eine Entwicklung in die politische Agonie habe 1992 damit begonnen, daß die Grundlagen unserer Politik weggekippt worden seien. Wir halten fest: Am 10.4.92 hat die RAF erklärt, sie nehme für den jetzt notwendigen Prozeß die Eskalation zurück. Irmgard Möller hat zurecht und für alle Gefangenen die Erklärung der RAF begrüßt und sich dieser Erklärung angeschlossen. Es ist nirgendwo veröffentlicht, daß Brigitte Mohnhaupt der Erklärung von Irmgard Möller oder der der RAF widersprochen hat. Daß die alte Konzeption RAF nicht zu halten ist, wußten und wissen alle. Helmut Pohl schrieb, daß ihm immer schon bewußt war, daß am Ende eine Aufhebung der RAF steht. Es gibt aus 1992 zahlreiche Äuße-

rungen von Gefangenen, »daß die globalen und innergesellschaftlichen Umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache Fortsetzung der Politik und Praxis der siebziger und achtziger Jahre unmöglich machen« (Irmgard Möller, Erklärung für die Gefangenen, 15.4.92).

– Brigitte wirft uns vor, wir hätten gemeinsam mit der RAF einen Deal mit dem Staat abschließen wollen. Diese Logik weitergedacht, würde bedeuten zu behaupten, Wolfgang Grams sei beim Abschluß eines Deals erschossen worden. Das kann weder Brigitte Mohnhaupt noch irgend jemand anders ernsthaft meinen.

Die Kälte, die Wolfgang Grams hier trifft, wird zur Zeit gegenüber Birgit Hogefeld fortgesetzt.

– Ströbele hat weder verhandelt noch Zusagen oder sonstige Dealangebote gemacht, er hat vielmehr als jemand, der die ganze Geschichte (der RAF und der Gefangenen) von Anfang an kennt und in ihrer Dialektik einzuschätzen weiß, erklärt und darauf hingewiesen, daß die Regierung eine andere Entwicklung systematisch zerstört und für alles, was daraus kommen mag, dann auch allein die Verantwortung trägt. Ströbele hat als Politiker der Grünen mit Reuter gesprochen gegen die offenkundige Bewegungslosigkeit der Politik. Dafür hatte er unsere Zustimmung.

– Ignatz Bubis hatte kein Verhandlungsmandat. Er ist von Ströbele mit unserem Einverständnis angesprochen worden, ob er sich für die Forderungen der Gefangenen einsetzen will. Zu einem Besuch Bubis' bei uns und einer Darstellung unserer Position ihm gegenüber ist es leider nicht gekommen.

– Mit Bad Kleinen war eine neue Situation da. Das haben wir Ströbele gegenüber definitiv deutlich gemacht, auch, daß alles, was vorher überlegt war, jetzt keine Basis mehr hat. Der Kontakt zu Bubis war davon nicht berührt, weil es hier um die Kommunikation mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen zu unserer Situation ging.

Celle, den 29.10.93
Karl-Heinz Dellwo, auch im Namen von Lutz Taufer und Knut Folkerts und in Verbundenheit mit Birgit Hogefeld

* siehe: Karl-Heinz Dellwo an Brigitte Mohnhaupt, Anfang Oktober 1993

Norbert Hofmeier

30. Oktober 1993

Hallo liebe Irmgard, auch Hanna und Christine
Ehrlich gesagt, hätte ich nicht erwartet, daß ihr so einen Brief von Brigitte (FR, 28.10.) unterstützt.

Ich habe bisher gedacht, ihr hättet eine gewisse Souveränität gegenüber den Cellern, aber auch den andern, und würdet mal sagen, so, jetzt mal stop mit diesen Unterstellungen, Alleingängen, Ausgrenzungen, Anpissereien, – es gibt jetzt nur eins, eine inhaltliche, auch öffentliche und nachvollziehbare Auseinandersetzung.

Denn so hatte ich Gabi [Rollnick] verstanden in ihrem Beitrag auf der Demo in Lübeck:

»... politische Identität bedeutet auch, angstfrei und souverän neue Wege suchen zu können und aus den Fehlern zu lernen. Es ist sicher einfacher an Prinzipien festzuhalten, als gegen die Konventionen ... zu denken und zu handeln oder auch nur bisherige Erfahrungen zu sammeln ... Damit sollen nicht Kriterien über Bord geworfen werden, sondern im Gegenteil ginge es darum, ihre Gültigkeit zu diskutieren, zu überprüfen und neu festzulegen ...«

Ich dachte, eure Position sei ähnlich, nach dem, was ich von euch kannte – verstehe euren Schritt nicht, ich finds doch ziemlich opportunistisch.

Denn, wenn »... in Frage gestellt, neue Wege gesucht« wurden, dann kam es doch noch am ehesten von den Cellern, Illegalen, ... Michi/Bernhard/Ali oder auch euch, dachte ich.

Sicher mit Fehlern, und dieses »durchziehen« ist sicher nicht o.k. Das ist aber nicht so neu, ich denk nur mal an diese Erklärung von K.H. vergangenes Jahr. Das ist diese Art des »Politik-Machens« – die habt ihr, glaub ich, alle gleichermaßen drauf! (diese Totschlagargumentationen gegenüber Leuten draußen, z.B. den TübingerInnen, Feministinnen ...; oder wie versucht wird, 'ne Linie durchzudrücken ...).

Ich verstehe überhaupt nicht, warum jetzt jeder Anlaß dafür herhalten muß, um (mal wieder) einen sogenannten Schlußstrich zu ziehen.

Brigittes Brief macht mir den Eindruck, als sei's vor allem darum gegangen, den Brief von Helmut und den Ausgrenzungen (und es soll ja noch so ein Meisterwerk geben von Christian) noch mal so richtig Nachdruck zu geben, zum Durchbruch zu verhelfen.

Es ist doch so, daß einigen diese ganze Richtung mit dem »... offenen Raum für Diskussion ... kritischer Reflexion ... Neubestimmung ... usw.« sowieso grundsätzlich von Anfang an nicht gepaßt hat.

Wenn das wirklich ein ernsthaftes Interesse war, dann frag ich mich, warum wurde denn dann keine inhaltliche Kritik vorgebracht, wo waren eigentlich die Diskussi-

onsbeiträge, die kontroversen Standpunkte? Wenn ich dann jetzt lese, daß es manche gibt, die »schon alles gewußt« haben, schon im letzten Jahr, daß es angeblich den Cellern, Illegalen nicht um Neubestimmung radikaler Politik ging, sondern um: »... Schritte in die Anpassung und Entpolitisierung ..., daß die Grundlagen unserer Politik weggekippt wurden ...«, wenn ihr »... die Entwicklung in die politische Agonie, die '92 anfing ...«, schon vorausgesehen habt, verstehe ich umso weniger, daß ihr erst jetzt damit herauskommt. Wolltet ihr erstmal abwarten was rauskommt in Richtung »Lösung für alle ...«, um dann, wenn nichts ist, abzurechnen?

Ich meine, ohne eine ehrliche Bereitschaft (siehe Gabis Redebeitrag) gehts einfach nicht, und das setzt natürlich auch voraus, auch mal widersprüchliche Positionen auszuhalten, ohne sie gleich als »Friede mit dem System«, »Versöhnung«, »Counter« oder sonstwas zu bekämpfen. Von diesen Verschwörungstheorien halte ich überhaupt nichts.

Ich war ja nicht in der RAF, drum sehe ich das auch ein stückweit mehr von außen. Für mich steht aber fest, daß es letztendlich nicht anders geht, als daß die Politik und Praxis (Einschätzungen, Strategie usw.) nur von denjenigen entwickelt werden kann, die sie als ihre eigene Sache auch machen.

Dazu möchte ich auf die Erfahrungen der Tupamaros verweisen, sie haben ihre diesbezüglichen Erfahrungen aufgeschrieben. (Sicher gibt es auch Erfahrungen aus der Geschichte der RAF, da kann ich aber nichts zu sagen.) Wenn es jetzt heißt, in Brigittes Brief gegenüber den Illegalen, ihr habt »unsere Politik weggekippt« – finde ich das politisch daneben, wenn es als Verschwörungstheorie daherkommt.

Verrat an was denn? An einer »historischen Mission«, einem »politischen Vermächtnis«, an einer »moralischen Verpflichtung« oder was?

(Ich hab da auch immer so ein ungutes Gefühl, wenn ich lese, ... unsere Geschichte, 23 Jahre revolutionäre Intervention in der Metropole, ungebrochen durch Knast, Folter, durch alle Niederlagen siegreich hindurchgegangen ... – aber geht es denn nicht auch immer um eine lebendige Weiterentwicklung, versuchen die Illegalen das nicht?)

So oder so, möchte ich dem entgegenhalten, daß die Illegalen ihre Verantwortung für die Gefangenen sehr ernst genommen haben und nehmen – für was ist Wolfgang denn krepiert? – etwa auf dem »Weg zum Deal«?!?

Ich finde diese Art der Auseinandersetzung wirklich finster – von Souveränität erst gar nicht zu reden. Jedenfalls werde ich diese Ausgrenzung, Anpisserei nicht unterstützen.

Soviel für heute, und viele Grüße auch von Stefan

P.S.: Noch eine etwas zugespitzte Anmerkung, ja?!

Muß ich jetzt damit rechnen, wie schon neulich aus Anlaß der DDR-AussteigerInnen, daß irgendwann enthüllt wird, daß die alle: Celler, Birgit, Illegale ... sowieso nie so richtig RAF gewesen seien?!? Und draußen, ist jetzt angesagt, sich kräftig zu

distanzieren von den Bösen, VerführerInnen, VerschwörerInnen, um dann gnädig wieder aufgenommen zu werden?!?

»... und genau diese doppelte Distanz – zwischen einer Utopie, die noch unklar ist, aber schon als ›Leitfaden‹ benutzt wird – und einer Praxis, die versucht sich dieser Utopie anzunähern, führt dazu, daß wir die Analyse vernachlässigen oder den Widerspruch verneinen, indem wir ›Mythen‹ schaffen über das, was wir sind. Diese Mythen stimmen mit der Wirklichkeit nicht überein ...

Außerdem sollten wir anerkennen, daß unsere Modelle – zum Glück – nicht allumfassend sind, sondern ihre Inhalte erst eine Form gewinnen durch unsere Schwierigkeiten und Zweifel, unser Suchen und unsere Freuden, durch unsere Frustration, Fehler und Negierungen – also durch alle vitalen sozialen Praktiken. Wie der Dichter schon sagte: Der Weg entsteht beim Gehen! ...«

(Virginia Vargas, Frauenzentrum Flora Tristan Perú, aus »Frauendebatte in Lateinamerika«)

Knast Bochum, 30.10.93
Norbert Hofmeier

Hallo, lieber Wolfgang
Jetzt also, wie angekündigt, schon mal ein paar Anmerkungen zu deinem Brief vom 26.10. – und überhaupt zur aktuellen Entwicklung – und das gehört ja auch zur Vorbereitung der Konferenz.

Du kennst ja sicher den einen oder anderen Brief, den ich schon vergangenes Jahr geschrieben hatte, mit Kritik an bestimmten Positionen und auch am Politikverständnis – das betraf den Irmgard-Brief, die Celler, Rolf, Eva, die Illegalen u.a. – ich schick das vorneweg, weil ich keine Lust hab, gleich wieder in ne Schublade gesteckt zu werden.

Jedenfalls gab es ja die erklärte Absicht zu einer offeneren Diskussion, zur überfälligen (selbst-)kritischen Reflexion, um zu einer neuen Gegenmacht von unten beizutragen und Beziehungen untereinander und auch zu anderen politisch-sozialen Strömungen herzustellen, die möglichst nicht von Hierarchie geprägt sind ...

Den Vorstoß konnte und kann ich nur unterstützen!

Es wäre mir ein leichtes, mal einige der wichtigen Fragestellungen zu dokumentieren, wie sie in verschiedenen Beiträgen – ich denk jetzt gerade auch an die Celler (Lutz), die Illegalen, auch an Bernhard/Michi/Ali ... – enthalten sind.

Aber einem anderen Teil der Gefangenen hat diese ganze Richtung von Anfang an nicht gepaßt – weil's nicht zum Selbstverständnis einer Avantgarde paßt oder weil schlicht und einfach die Fähigkeit fehlt, der Wille mal Widersprüche auszuhalten,

oder was weiß ich. Jedenfalls wurde einfach keine inhaltliche Auseinandersetzung an den verschiedenen Fragen geführt.

Und jetzt scheints eben eine Mehrheit zu geben, für die die Zeit reif ist und auch jeder Anlaß recht, um auszugrenzen, abzurechnen, auch zu denunzieren. Den Charakter hatte schon Helmuts Brief, und genausowenig halte ich von den Verschwörungstheorien, die Brigitte losläßt.

Die Celler und Illegalen, die angeblich nichts anderes im Sinn haben als einen »Deal auf Kosten der anderen«, die sie ans Messer liefern, um ihren »Frieden mit dem System« zu machen, – ach herrje (wenn sie das wollten, wären die Celler doch längst raus und die Illegalen, die könnten sich das ja noch einfacher machen ...).

Nein, nein – so einfach: gut/böse, ist die Sache nicht.

Am einfachsten wär's ja, vom realen, konkreten auszugehen.

Zum Beispiel die Illegalen, sie sind ihrer angekündigten Verantwortung gegenüber den Gefangenen, trotz neuer politischer Vorstellungen, nachgekommen, nachlesbar in der August-Erklärung, wo der Aufruf drin ist an die Linke/Widerstand, die »Freiheit ...« mit durchzukämpfen.

Weiterstadt.

Oder, auch nachlesbar, Christians Prozeßerklärung in Stammheim, Herbst '92, wo er ausdrücklich in dieselbe Richtung gesagt hat, der Widerstand und die Linke solle sich angesichts der politischen Entwicklung der BRD (bundesweit/weltweit/Rassismus ...) keine Beschränkungen auferlegen in ihren Formen, Mitteln wegen der Gefangenenfrage ...

Da find ich es dann doch bißchen ne faule Ausrede – und das Abwälzen der eigenen Schwierigkeiten auf andre (eben auch wieder auf »Autoritäten« – wo aber ist die Eigenverantwortlichkeit?). Wenn du und ihr draußen die Sache so hinstellt, als seien die Celler und Illegalen verantwortlich für die »katastrophalen Jahre«!

Also so einfach kann doch die Verantwortung fürs eigene Denken und Verhalten nicht abgewälzt werden – (natürlich werden Fehler gemacht, wo blieb die Kritik?).

Oder auch nachlesbar – bei Lutz – er hat – und ich glaube, sehr zu recht – etwas geschrieben zum Ende der 80er Jahre, »Front«, daß es für Leute draußen z.T. ein Trauma war und stellt die Frage, warum darüber eigentlich – auch die beteiligten Gefangenen – so wenig gesprochen haben.

Als Christian Geißler Ende '89 dazu seine kritischen Fragen stellte – zunächst in einem offenen Brief – da wurde er schlichtweg als unpolitisch, wenn nicht gar »counter« abqualifiziert, zur Unperson erklärt.

Meinst du etwa, daß durch dieses Abwürgen von Kritik »Klarheit« eingetreten sei? (Damals gab's auch so'ne Art »Schnitt« übrigens.) Oder meinst du, das sei der Weg, um das gleichberechtigte »Zusammen« zu entwickeln, wie es eigentlich zu einer emanzipatorischen Bewegung gehört?

Waren denn nicht die entscheidenden – zumindest aber eine der entscheidenden

– Schwächen der 80er Jahre gewesen, die fehlende Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit draußen?

Und das besonders auch gegenüber den Gefangenen, den Illegalen?

(Das ist nur eins der Probleme, was nicht gelöst ist; die Illegalen haben das erkannt, versuchen neue Wege – »Abwicklung revolutionärer Politik«? – so einfach ist das nicht!)

Und so, wie ich dich verstehe, meinst du, es sei mal wieder »Klarheit, Bruch ...« angesagt – um endlich wieder die Einheit, Stärke und Reinheit zu schaffen, die alle so vermissen?

(So nach dem Motto, wenigstens haben wir noch die »revolutionären Gefangenen« als die »letzten Aufrechten«?! – etwas überspitzt gesagt. Ich halte von der Art Stärke, »Identifizierung mit« wenig.)

Für mich sind Trennungsstriche Scheinlösungen, Ersatzhandlungen. Da wird die Energie dafür aufgewendet, sich abzugrenzen, den Haufen zusammenzuhalten usw. (Neue »Unpersonen« werden geschaffen.) Bei diesem »Mit-sich-selbst-beschäftigt-Sein« rückt doch die gesellschaftliche Relevanz immer mehr in den Hintergrund. Und es gibt doch wahrhaft mehr als genug Fragen, wo sich's lohnt, den Kopf zu zerbrechen – was verändert sich eigentlich, was entwickelt sich eigentlich in dieser Gesellschaft – wo sich ne Linke mit sozial-revolutionärem Anspruch mal bißchen umsehen könnte...) Was sagt denn das aus: »dem revolutionären Projekt verbunden« – so abstrakt ist das ne Phrase, und außerdem nimmt das doch jede Seite für sich als Ziel in Anspruch. Oder was sonst?

Das Niveau der Auseinandersetzung ist wirklich finster.

Ich mein ja immer noch, daß die Anziehungskraft und Ausstrahlung einer radikalen, sozialrevolutionären, emanzipatorischen Linken vor allem in der offenen, solidarischen, kritischen Auseinandersetzung besteht – im Aushalten von Widersprüchen, im Akzeptieren anderer Positionen – denn die sind doch nicht aus der Luft gegriffen oder gar »counter«, sondern beruhen ebenfalls auf Erfahrungen ... (und ehrlich gesagt – wer heute behauptet, schon vor vier Jahren vorhergesehen zu haben, was sich in der BRD verändert – oder wer behauptet, den einzig richtigen Weg zu wissen für die Linke ... kann ich nicht ernst nehmen).

Weniger denn je jedenfalls besteht die Anziehungskraft der radikalen Linken (zumindest nicht im Sinn einer freiheitlichen Bewegung) in autoritären Mustern, Denk-/Handlungsweisen, hierarchischen Verhältnissen, in Gehorsam.

Deine Frage – zur Birgits Brief; ja sicher find ich gut, was Birgit an Helmuts Brief kritisiert, dieser Gestus – »schon alles gewußt und vorhergesehen zu haben, aber ihr draußen wart, mal wieder zu blöde« – (sinngemäß).

Dieses Heruntermachen: »Frieden mit dem System gemacht – Steinmetzsche Einheit ... usw.«; es richtet sich ja genauso gegen diejenigen, die rauskamen '92/'93 – sie haben alle auch schon den »Makel«, so bißchen nen Deal gemacht zu haben, auf

Kosten der anderen! (Gründlich, spießig! Manchmal glaub ich fast, es gibt einige – auch drinen – die möchten am liebsten noch deren Gesinnung überprüfen!).

Und gegenüber Birgit bleibt dieser Brief nur übel und denunzierend, denn zu allererst gilt mal, Wolfgang ist gestorben und Birgit im Knast, weil sie aus Verbundenheit zu den Gefangenen ihrer Verantwortung nachgekommen sind ... (über Fehler sollte solidarisch geredet werden), ehe draußen diese neuen »Klarheiten« und Diffamierungen übernommen werden, fänd ich's angebrachter, ehrlich zu sich selbst zu sein – zu fragen, ja – und was haben wir eigentlich gemacht?!

Es wär wirklich deine/eure Aufgabe draußen (und das im Interesse von jeder/m selber), sich einen eigenständigen und auch kritischen Standpunkt zu bewahren, alle Seiten anzugucken und zu untersuchen.

(Anstatt vorschnell und ähnlich kritiklos wie im vergangenen Jahr einfach Positionen zu übernehmen.)

Aus dem kurzen Brief – ziemlich aus dem Gefühl auch – siehst du, daß ich zu deinem Brief doch ziemliche Kontroversen hab.

Zur Gefangenengruppe (in deren Namen Brigitte diesen Brief geschrieben hat) genauso – das werd ich ihnen noch extra schreiben.

Für heute mache ich Schluß, also mach(t)s gut, und Grüße auch von Stefan.

Noch als Anmerkung:

Diesen Brief kannst du weitergeben, an Solid. Gruppen, Konferenzgruppen usw., der kann auch verwendet werden. Wenn er irgendwo veröffentlicht wird, möchte ich es nur gern wissen.

Ich kenn bisher nur Brigittes Brief in der FR – aus der taz nur vom Hörensagen, kenn sicher längst nicht alle Hintergründe.

Ich finds nicht o.k. – wenns stimmt – wie die Celler ihre Sachen durchziehen, dann soll das kritisiert werden. Diese Vorwürfe »Deal auf unsere Kosten«, »Abwicklung revolutionärer Politik« teile ich nicht.

Was soll denn das Getöse »Fahrplan abschneiden« – weit und breit ist nichts in Bewegung. Nach Weiterstadt noch mal einen Versuch zu machen in Richtung »Freilassung ... ZL«! (für alle!) – ist zwar logisch, aber die Realität ist doch, daß der Staat nicht im geringsten nachgibt.

An sich müßte das ja der Punkt für die Empörung sein!

Zu den Illegalen kann ich eigentlich noch weniger sagen – möchte aber doch an die Demo in Lübeck erinnern und an den Beitrag von Gabi [Rollnick] »... angstfrei und souverän neue Wege suchen ... bisherige Denk- und Handlungsweisen in Frage zu stellen, Experimente zu wagen, Erfahrungen zu sammeln ...«

Denn das war überfällig; das haben die Illegalen auch ganz mutig versucht (finde ich – und denk) sie werden daran weitermachen.

Rolf Heißler

November 1993

Die letzten »agitare bene« habe ich ebenso bekommen wie deinen Brief vom 1.11., über den ich mich ziemlich gefreut habe. Erst jetzt wird für uns offen, daß viele zu dem Ganzen genau die gleichen Gedanken oder Fragen hatten, sich nur alle irgendwie »politische Zurückhaltung« auferlegt haben. Die Realität wurde zwar gesehen, wie sie ist, aber ausgesprochen wurde es nicht oder höchstens intern, geschweige denn, daß daraus irgendwo praktische Konsequenzen gezogen wurden.

Im Rückblick läßt sich leicht sagen, wir haben zu lange geschwiegen. Objektiv stimmt es, aber was war die Situation? Was hat das wenige von uns – Eva im letzten Jahr im »ak«, Christians Prozeßerklärung zu Jahresbeginn, die Briefe von Brigitte, Heidi, Christian, mir – bewirkt? Bei mir hat niemand außer den eh Schreibenden dazu was gesagt, und bei den anderen wird es auch nicht viel anders gewesen sein. Dabei ist der Inhalt der Reaktion egal, das kann »Mist hast Du geschrieben« sein, wichtig überhaupt eine Reaktion, mit der Du Dich auseinandersetzen kannst, anders wird das Gefühl immer bestimmender, Du schreibst ins Nichts, für den Papierkorb, bestenfalls wird über Geschriebenes folgenlos diskutiert, aber nicht mehr mit Dir. Thema war »Gesellschaft oder Ghetto«, weil dieser Versuch von Abwicklung von Geschichte und Politik nicht nur die Stimmungslage vieler mehr traf, sondern Stütze für das war, womit viele beschäftigt sind, die Suche nach einem vor sich und gegenüber anderen zu rechtfertigenden Weg zum »kritischen Arrangement mit dem bestehenden Verhältnissen, nach einem Platz im neuen Reich.«

Unsere Bespitzelung ist total, sie wissen, was jeweils los ist, und wußten folglich auch über bestehende Widersprüche, über das wie weiter. In diese Situation intervenierten sie mit der KGT-Initiative. Sie konnten sich ausrechnen, daß wir darüber zu keiner gemeinsamen Einschätzung unter den Bedingungen kommen konnten, Folge war Schweigen.

Es folgten das Aprilpapier und unsere Erklärungen dazu. Schon in meinem Brief zu Jahresbeginn habe ich gesagt, dies waren die zwei entscheidenden Fehler, aus heutiger Sicht würde ich es noch schärfer sagen, damit wurde von den Illegalen und uns das Thema Freiheit von der Tagesordnung abgesetzt. Günters Raus – 15 Jahre zu spät – oder das von welchen aus dem Widerstand – sie hockten wegen Konstrukten, hätten folglich auch Jahre früher draußen sein müssen – ändern daran nichts.

Wir waren plötzlich mit Papieren, Interviews, Erklärungen konfrontiert, in denen das an der Zäsur Überlegte auf den Kopf gestellt war. Kaum hatte man sich von dem einen erholt, kam schon das nächste. Mit der Politik, derentwegen wir im Knast hockten, hatte es immer weniger zu tun, und das mußte jede/r für sich verarbeiten. Vorstellen kann man sich sicher nicht, wie es uns subjektiv ging. Du kannst es fest-

stellen, aber was hat das für Auswirkungen, wenn Du es offen machst, und was bedeutet es für einen, wenn die Perspektive nicht die »Freiheit« im Zinksarg sein soll. Es ging eben nicht mehr um die Auflösung irgendwelcher Widersprüche oder verschiedener Positionen, an was sich viele immer noch klammern, sondern ums Grundsätzliche. Antagonistisch stehen gegenüber: Reintegrationsversuch über den Szenesumpf in die bestehenden Verhältnisse oder aber Bruch mit ihnen samt der Neubestimmung revolutionärer Politik, das fängt beim Aufknacken der Vereinzelung an, radikal, nicht das Entlassen ins Beliebige, Unverbindliche, jede/r kann machen, was sie/er will. Trotz der nicht einfachen Situation bin ich ganz zuversichtlich, daß wir zusammen draußen wie drinnen das schaffen können und wieder in die Offensive kommen werden.

Mein Erinnerungsvermögen ist ein begrenztes (geworden). Von daher weiß ich mit Tutzingen nicht mehr. Wurde ich vorher gefragt, habe ich vermutlich mit »warum nicht« reagiert, und danach hat es mich nicht weiter beschäftigt, zur Kenntnis genommen.

Unseren »kollektiven Selbstmord« habe ich überlebt. Ich erfuhr von dem Gerücht über Fax meiner Rechtsanwältin und sagte denen, daß wir ihnen den Gefallen nicht tun werden. Sonst blieb es hier ruhig.

Helmut Pohl an Birgit Hogefeld

Anfang November 1993

Ich kann jetzt keine vollständige Antwort auf deinen Brief geben, will aber jedenfalls kurz schreiben, weil ich nicht schweigend nur andere antworten lassen will.

Es ist jetzt noch mehr dazugekommen, Karl-Heinz, die RAF, alles das kann ich nicht ausblenden, und in einem Brief von mir an dich weiß ich nicht, wie das gehen soll.

Und es ist ja auch so, was jetzt bei uns aufgebrochen ist, die Auseinandersetzung, die jetzt losgehen »müßte«, das interessiert doch jetzt keinen politischen Menschen. Mit den Problemen, den Fragen, um die es heute geht, hat das alles garnichts zu tun.

Natürlich, diejenigen, die in der gesamten Entwicklung drinsteckten, die interessiert das schon, und da ist auch manches für das Verständnis, was in der Entwicklung schiefgelaufen ist, zu klären. Aber das ist eine andere Sache. In der öffentlichen Auseinandersetzung ist es brotlos.

Ich will mich jetzt erst einmal mit den anderen verständigen, was wir nach dem Text der RAF jetzt im nächsten Schritt machen.

Noch etwas vorher. Wir sollten mal festhalten, von welchem Punkt aus wir jetzt sprechen. Immer von einem Endpunkt aus, der schon da war und der jetzt offen geworden ist.

Der partikulare Versuch der Celler ist gegen die Wand gegangen, unser langjähriges Gefangenenprojekt ist gescheitert, 23 Jahre RAF-Geschichte scheinen zu Ende zu sein.

Das erspart vielleicht manche Pseudo-Debatte.

Ich habe deinen Brief zum ersten Mal zwei Tage vor dem Erscheinungstag des Info, in dem er abgedruckt war, gelesen. Wir hatten da gerade die Informationen über euren Versuch, und ich saß wie perplex davor, daß du mir gleichzeitig, während ihr dabei seid zu versuchen, den Coup im zweiten Anlauf durchzubringen, diesen Brief schreibst.

Da hatte ich also doch den richtigen Riecher bei der »Spiegel«-eingeleiteten künstlichen Diskussion über unsere angebliche Forderung. Jetzt zu unseren öffentlichen Texten ist es doch gekommen, daß es auf euer seit Mai laufendes Ding abgestimmt war. Aus Celle kam damals schnell, von ihnen sei das nicht, sicher, niemand hatte diese Forderung gestellt, und trotzdem zeigt sich da auch nur das ganze falsche Schauspiel, denn natürlich hatte es eine Menge damit zu tun, und die Celler wußten ja Bescheid, während wir nichts wußten bzw. nur ein Gerücht hatten, nachdem die ganze Sache nach Reuter beendet war.

Ihr stellt euch jetzt hin und sagt, es war was ganz anderes. »Eruiert« sollte werden. »Für alle«. Also, ich weiß nicht, was ihr euch dabei denkt, so kraß außerhalb des

wirklichen Rahmens, der tatsächlichen Situation, die eure Initiative doch interpretiert – und nicht die Wortgirlanden, zu euren angeblichen Absichten und Gesinnungen, mit denen ihr sie behängt. Von denen, wenn es klappt, nichts übrig bleibt, weil dann natürlich die Regierung bestimmt, was läuft, und ihr gar nicht mehr anders könnt, als das zu machen und natürlich dann auch gemacht hättet, was sonst. Nach den zwei Jahren von einer Abfuhr nach der anderen für die Celler Politik, in denen die Schwelle für die Freilassung jedesmal höhergesetzt wurde;

Nachdem sie es nach dem BGH-Beschluß – diesem wahren Dokument des »realistischen Weges« (Lutz), mit dessen Produktion die Celler diese Bedingungen nun definitiv für jede/n andere/n Gefangene/n gemacht haben, Irmgard muß sich jetzt mit dem Gutachter-»problem« herumschlagen – nochmal, wenn nicht mehrfach beim Bundesjustizministerium versucht hatten und eine Abfuhr gekriegt hatten;

Nach Bad Kleinen und Kohls anschließendem Auftritt – konnte es so, wie dann mit Stroebele, Reuter, Bubis und allen, die Stroebele noch angesprochen hat, auf einer qualitativ völlig anderen Ebene als bisher angelegt war, garnicht anders verstanden werden. Und niemand, von Stroebele angefangen bis zur Regierung, hat es anders verstanden. Was immer die Lautsprecher auch erzählen. Im nachhinein kriegt auch ein Satz vom rheinland-pfälzischen Justizminister Cäsar in einem Interview seinen Sinn, der sich mit dem Argument, jetzt hätten wir auch unsere »überzogenen Forderungen vom Anfang« aufgegeben, für diese selbstproduzierte Idee eines Zusammentreffens eingesetzt hat. Denn er wird ja sicher einer der von Stroebele Angesprochenen gewesen sein.

Das ist die Wirklichkeit eures Versuchs. Vom Inhalt noch gar nicht gesprochen.

Und Karl-Heinz stellt sich hin und redet in bezug auf Brigittes Erklärung von »Simulation einer Wirklichkeit«.

Ich kann in dem Vorwurf der RAF, wir hätten doch selbst vor Jahren so etwas versucht, nichts anderes als wieder diese Beliebigkeit bei der RAF und bei dir sehen, zu der andere jetzt ihre Antworten an anderen Stellen auch geschrieben haben. Ich muß erst noch rauskriegen, was in dem Vorwurf gemeint ist, aber damals waren wir doch noch gar nicht weiter gegangen, auch zusammen für uns selbst nicht, als wir am Ende des Hungerstreiks waren. »Diskussion« und die Richtung, in die wir wollen. Und alle Gespräche der Anwälte bei den Justizministerien gingen darum, doch noch Bedingungen dafür zu erreichen. Daß wir weitergehen müssen, wie es nach dem HS war, wie es für uns politisch war, was schließlich zu unserem Drängen auf den Schritt geführt hat, den die RAF am 10.4.92 gemacht hat, das zu der Zeit gerade mal bei uns angesprochen, und wir kamen zu langsam weiter, vor allem, weil wir mit »illegalem Infosystem« und Kronzeugen undsoweiter eingedeckt worden sind. Es war noch gar nichts davon da, womit etwas, das für ihre Retourkutsche getaugt hätte, hätte stattfinden können. Euer Vorwurf hat gar keinen Gegenstand.

Aber »Gespräche mit dem Staat« sind »Gespräche mit dem Staat« bei euch, Inhalt spielt keine Rolle, die reale Situationsgrundlage spielt keine Rolle.

Die anderen sprechen von Beliebigkeit aus Entpolitisierung, das hier ist eine Variante von ihr, die ich gern »Ideologisierung« nenne. Als ginge es darum, »sich mit dem Staat einzulassen« oder nicht.

Aber der Vorwurf ist sowieso ein Schmarren, denn schließlich geht es bei eurem Versuch jetzt, zu allem, was Brigitte schon gesagt hat, um so absolut Unmögliches für uns, wie in Karl-Heinz' so bezeichnetem »Briefing« für Stroebeles Gespräche, in dem Wirtschaftsbosse regelrecht angewichst werden, die Politiker hätten doch nur »Bühnenmut« für die großen Sprüche, sie, die Wirtschaftsleute, wären es doch, die es trifft. Da wird von tödlichen Angriffen gesprochen, und es geht zu wie unter Corps-Brüdern!

Ohne uns:

Ich will zum Schluß noch was zu Wolfgang sagen. Ich war völlig überrascht von deiner Attacke, ich hätte in meiner Erklärung nichts zu Wolfgang gesagt, und das enthielte eine negative Aussage oder Haltung zu ihm. Als ich deinen Brief gelesen habe, wollte ich antworten, daß ich nicht glaube, daß es für viele, außer dir und einigen, »so dasteht«. Inzwischen ist das im selben Mechanismus noch weiter ausgefahren, bei der RAF ist schon »Dreck-über-Wolfgang«-Verbreiten daraus geworden. Nehme ich es zusammen mit der verbreiteten Erregung über das »wie« meiner Erklärung im August, scheint es doch ein starkes Bedürfnis nach solchem Stoff zu geben.

Ich wollte einfach mit dem, um das es mir in dem Text ging, nicht von Wolfgang sprechen. Es geht mir gegen jeden Strich, einen toten Genossen, und ich kannte ihn ja auch, in so einem Zusammenhang auszustellen. Für dich scheint auch ein öffentlicher Text ein Rahmen für eine möglichst gelungene Selbstdarstellung zu sein, für mich nicht.

Ich will dir auch sagen, davon habe ich jetzt wirklich genug, es zieht sich von Anfang an durch die letzten Jahre nach dem Hungerstreik, von Gesinnungsterror lasse ich mich nicht jagen.

Heidi Schulz an Birgit Hogefeld

1. November 1993

Birgit,
nachdem ich deinen Brief »an« Helmut im Angehörigeninfo gelesen habe, habe ich mich entschlossen, dir ebenfalls hier öffentlich zu antworten. Obwohl das in diesen ganzen Jahren noch nie meine Ebene war, und keiner von denen, die von Anfang an kämpfen, hat das so gemacht. Aber das gehört jetzt scheinbar zu deinem Verständnis von »Neuem«, von dem ich kein Teil bin und auch nicht sein will, und das zwingt mich dazu, hier Stellung dazu zu nehmen. Eben öffentlich zu deinem öffentlichen Brief (und den Unterschied zwischen einen Brief und einem politischen Text wie dem von Helmut will ich wirklich nicht erklären).

Du machst eins, wogegen wir uns immer gestellt haben, statt über Inhalte und Tatsachen zu reden einen Meinungsmarkt zu bilden. Jetzt haben sich die Tatsachen und Ereignisse, vor die alle Gefangenen (außer den Cellern und dir) gestellt worden sind in den letzten Wochen überschlagen. Daß wir nichts von eurer Bereitschaft erfahren haben, einen Kuhhandel mit dem Staat aushandeln zu wollen, liegt natürlich daran, daß euch klar war, daß wir dabei nicht mitspielen und daß wir vom erstem Moment an, wo wir von einem Deal erfahren, wir ihn platzen lassen, indem wir ihn öffentlich machen (insofern war Ströbeles Befürchtung bzw. die der Celler, es könnte was in die Zeitungen kommen, natürlich richtig, siehe taz vom 30.10.1993). Soweit wir das Scenario des Deals jetzt kennen, kann es ja jeder in Brigittes Zusammenfassung in der FR lesen (in der taz sind einige sinnentstellende Fehler).

Deswegen ist mein Brief jetzt vor allem. Wenn auch nicht umfassend, sondern auf einige Punkte beschränkt.

Zuerst ging es mir vor allem so, daß mich die Entpolitisierung in deinen öffentlichen Briefen davon abgehalten hat, dir zu schreiben. Aber nach dem Brief an Helmut konnte ich das Schweigen nicht mehr aushalten. Das alles stillschweigend zu ertragen, was da an Verdrehungen, Verstellungen, Unwahrheiten und Tatsachen über uns geschüttet wird, geht nicht.

Alle möglichen Worte, um selbst jedem Inhalt, jeder politischen Aussage zu den Verhältnissen in diesem Land wie zum Staat, worin erkennbar wäre, wo du stehst, zu entkommen. Ich fange jetzt nur mal mit einer Geschichte an, nämlich Helmut und uns vor die Füße zu knallen, daß er in seinem Text (im August '93) nichts zu Wolfgangs Ermordung gesagt hat. Das heißt für mich, daß du weder den Inhalt des Gedichts verstanden hast – mit dem etwas sehr anderes an Verbundenheit ausgesagt wird als ich es jemals von dir gehört habe – noch dich mit seinem Text politisch auseinandergesetzt hast.

Wie gesagt, ich will jetzt nur zu einigen Punkten von dem, was du sagst, etwas schreiben, so umfassend, wie es zu allem sein müßte, ist das nicht. Aber auch weil ich

das nicht mehr aushalte, wie du unter dem Motto von »Betroffenheit« alles umdrehst: als hätte die Entwicklung, die zu Bad Kleinen geführt hat, nichts mit dir zu tun, nichts mit eurer unpolitischen Haltung und verantwortlich sind – wenn überhaupt – nur andere.

Also auch deswegen hier dieser Brief, weil offen werden muß, was wirklich passiert ist, statt von einem Aufklärungskomitee zu verlangen, der Staat, der die ganze, seine Geheimdienstoperationen geführt hat, müsse nun die Tatsachen der »Revolutionäre« auf den Tisch legen.

Das ist nichts anderes, als die Vernebelung mitzubetreiben.

Ein brutaler Ausdruck der Verdrehung von allem.

Ich habe mich die ganze Zeit nach dem Schock von Bad Kleinen gefragt:

– Warum du und die Illegalen nichts zu den wirklichen Vorgängen sagen, so umfassend, wie sie sind, und warum jede Verantwortung für die Entwicklung, die zu Steinmetz und die zu Wolfgangs Tod geführt hat, geleugnet wird. Stattdessen schiebt ihr die Verantwortung auf die Szene in Wiesbaden. Ihre Verantwortung ist aber nur insofern wichtig, wie sie im realen Verhältnis zu eurer steht – und nicht umgekehrt.

So verlangt ihr nicht einmal, daß das Biotop überwunden wird, welches aus Oberflächlichkeit, Beliebigkeit, Unverbindlichkeit besteht – das aus der ganzen Entpolitisierung existiert – die Kriterienlosigkeit, fehlende politische Prinzipien, wie Verantwortungslosigkeit, hervorbringt, worin solche Steinmetze gemästet werden und mit allen möglichen Informationen versorgt werden.

– Seit vier Monaten kein Wort von keiner der beteiligten Seiten zu den Ursachen.

– Nichts von eurem Interesse an diesem Kontakt mit so einem dubiosen Hintergrund, das wird völlig ins Dunkle geschoben.

Denn ob einer VS-Interessen vertritt erkennt man schließlich an seinen politischen Gedanken und Interessen, wie daran, »in welchen Kreisen sich einer bewegt« ..., und nicht darin ob einer sagt, »Guten Tag, ich bin vom Verfassungsschutz«.

– Was hat euch dazu gebracht, so einen Kontakt zu wollen.

– Was war die Basis dafür.

– Um was ging es da wirklich.

– Was wird da alles in eurem Interesse vertuscht.

Lauter solche Fragen hatte ich im Zusammenhang mit Bad Kleinen und deinen Briefen in der taz danach.

Und, wie ist sie in der Lage, so einen Brief nach Wolfgangs Tod zu schreiben und dem taz-Publikum zum Konsum anzubieten. Wie kann das sein, solche »Gefühle« oder Schilderungen zu Markte zu tragen. Ich, und alle, die schon lange kämpfen, haben, anders als du, nicht nur einmal erlebt, wie Lebens- und Kampfgefährtinnen und -gefährten von einer Killmaschine dieses Staates ermordet wurden. Deswegen weiß ich, daß es für Schmerz, der so tief geht, keine Worte gibt.

Und keine/r hätte es »gebracht«, darüber zu schwätzen, ausgerechnet den Schmerz zur Ware (für Szenekonsumenten) zu machen. Wie du das bringst, kann ich nur im Kontext dessen verstehen, daß du gleichzeitig kein Wort über die Verant-

wortlichen dieser Politik in diesem Staat verlierst, die Emotionen gegen die Verbrechen dieses Systems sind »merkwürdigerweise« wie ausgelöscht.

Und da ergibt sich für mich ein ganz anderer Zusammenhang: – und jetzt, wo ich einige Fakten kenne, ein ziemlich klares Bild – was ich vorher für einen Bereich der Undenkbarkeit gehalten habe, ist bitterste Realität.

Und es fällt mir schwer, unter so einem Schock »adäquate« Worte zu finden.

Die veröffentlichten Tatsachen sagen eigentlich alles.

Auch, warum uns Welten trennen, warum wir uns nicht verstehen können.

Allerdings muß man die politische Entwicklung, die dahin geführt hat, sehen, um die ganze Dimension zu erfassen, um eben den Weg in diesen Deal zu begreifen, um was ideologisch an Vorarbeit dafür getan wurde, damit er möglich wird, wie mit den Papers und Interviews aus Celle, oder auch der letzten Erklärung der Illegalen. Aus Celle unter anderem, eigentlich wenig verklausuliert mit »Gesellschaft oder Ghetto«; »Abschluss einer Phase«; »Aufarbeitung der Geschichte« als Schlußpunkt, zu all dem muß noch einiges gesagt werden.

Ich kann dazu erstmal sagen, so grundsätzlich, wie das ist, wo ich sehe, wie sich der Kreis eures Interesses schließt: ihr wollt zurück ins System, und das ist immer zurück in die eigene alte Klasse, deswegen existiert in keinem von eurem Papers ein Begriff über die Klassenverhältnisse und die Notwendigkeit ihrer revolutionären Umwälzung und wie das immer ist, ohne offen zu sagen, daß es so ist, ohne dazu zu stehen. Deswegen die tausend verklausulierten Sätze und Umdrehungen, die Ideologie vom Sozialen und Gesellschaftlichen in euren Texten, um diesen Schnitt, um den politischen Verrat »politisch zu begründen«. Während eben das Ende revolutionärer Politik »als Phase« abgeschlossen werden soll. Deswegen die Ideologie, die es ermöglicht, alle antagonistischen Inhalte, Erfahrungen und Ziele zu opfern und sie als »Ghetto« zu denunzieren.

Selbst Praxis und Aktionen dafür zu verkaufen, damit sie Druck schaffen sollen, daß der Staat euer Angebot der Liquidation bewaffneter Politik zu euren Konditionen annehmen soll – und das ist die Denunziation der ganzen zwanzig Jahre Geschichte – eurerseits.

Das also war der verlogene Zweck der Aktion in Weiterstadt, »Druck zu schaffen«, damit der Staat auf euren anvisierten Deal eingehen soll, in dieser Schärfe konnte das allerdings sonst niemand außer euch durchschauen.

Wenn auch der Populismus, die Inhaltsleere und kein erkennbares Ziel, die politische Fragwürdigkeit mit der Erklärung manifestiert wurde.

Und damit liegt ihr voll im modernen Trend – ja, »wie naiv«, das nicht gleich zu kapieren, schließlich habt ihr ihn mitgeschaffen und seid für viele die Protagonisten und die »Legitimation« für Kapitulation und Ausverkauf unserer Geschichte. So muß sich dann niemand mehr mit revolutionären Ansprüchen, Prinzipien, Kriterien und Zielen rumschlagen.

Eben das ist der Trend und kein Zufall, daß er in dem Maß zunimmt, und das »Gesellschaftliche« (oder »Diskussion mit gesellschaftlichen Gruppen«) das Zu-Verändernde in sein Gegenteil umgedreht wird: in Anpassung und Integration in die Realität der Klassenverhältnisse des Großdeutschen Reiches, in den Maß, wie Faschisierung in Staat und Gesellschaft anwachsen. Und der Widerstand dagegen schwieriger wird.

Täglich faschistisch-rassistische Überfälle.

Und die Illegalen sehen in ihrer Erklärung zu Wolfgangs Tod nur das »scheinbare« Ausmerzverhältnis dieses Staates gegenüber Fundamentalopposition.

Eigentlich »logisch«, da ihr ja auf die Fraktionen im Staat baut, die so schon »fraktioniert« miteinander das Asylrecht aushebeln, die Verfolgten und Entrechteten aufs Schafott verbündeter Regimes bringen! Germans to the front weltweit für die deutschen imperialen Kapitalinteressen ... und so weiter, das sind eure »Fraktionen« im Staat, natürlich, das alles öffentlich nur verklausuliert, wie die Sozialdemokraten.

Und dahinter verbirgt sich so einfach und nackt und traurig: wieder zurück ins bürgerliche System aufgenommen werden zu wollen.

Ich denke, bei Illegalen, die sich für so was hergeben, war der »Prozeß« tatsächlich, daß die Knarre anstelle des politischen Bewußtseins gerückt ist.

Technisch immer perfektere Aktionen und immer unklarer und weniger ihr Sinn, politischer Gehalt und für welche Ziele eigentlich gekämpft wird.

Nie nachgedacht über den Unterschied, daß Guerilla nie Strategie, sondern Taktik ist, und das Politische die Mittel bestimmt statt umgekehrt, – beides für die Entwicklung revolutionärer Strategie.

Allerdings, da kann man nur einen »Schlußstrich« ziehen, einen Schnitt machen, der wäre aber verbunden mit einer wirklichen, politisch bestimmten Zäsur, in eine andere Richtung gegangen, zur Erkämpfung von politischen Bewußtsein und so bestimmter Intervention (im internationalen Klassenkrieg).

Um der reaktionär-faschistischen Weichenstellung des imperialistischen Systems und ihrem unbegrenzten Machtwahn seit dem Ende des sozialistischen Staatensystems eine eigenen Weichenstellung gegen die Faschisierung entgegenzusetzen. Auf der Grundlage dessen, was die RAF an Begriff von diesem System einmal erkämpft hat, der innere und äußere Zusammenhang der Metropolenstruktur, imperialistisches Zentrum, – verbunden mit der Suche nach einer Vorstellung, die konkrete Antworten zu konkreten Konflikten entwickelt (unter Einbeziehung der historisch veränderten globalen Situation).

Das Gegenteil ist gelaufen, statt Begriff von diesem System die Abwicklung unserer Geschichte und sie entsprechend dafür »umzuschreiben«. Viele von uns dachten lange, es ist »nur« die Tragik, daß die Illegalen keinen Begriff mehr haben von dem Krieg »von oben«, der gegen sie geführt wird. Und in gewisser Weise stimmt das ja auch, wenn einem Steinmetz so weit die Türen zu euch/von euch geöffnet werden. Er hat die Lageeinschätzung eurer Strukturen und Interessen, was er von euch mitgekriegt hat, natürlich an den VS weitergegeben, das war ja sein »Job«. Und von da aus (vom VS) geht das natürlich immer an die operativen exekutierenden Stellen, wo es als operatives Wissen in die operative Planung eingeht.

So war es alles andere als »Zufall«, daß bei diesem Treffen die operative Planung in Gang gesetzt worden ist und Wolfgang die Todesschüsse getroffen haben. Eine lang angelegte Geheimdienstoperation, und sie war keine der üblichen Infiltrationsgeschichten, solche, die man nie ganz ausschließen kann.

Sie hatte ihre Basis nicht im »offen sein« für gesellschaftliche Kräfte – darüber verliert man weder das Wissen von den konkreten Klassenverhältnissen und wo da jemand »steht«, noch den Begriff von diesem Staat und seinen Methoden –, sondern sie lag in eurem entpolitisierten Verhältnis zur und Verständnis der Konfrontation. Was dann auch die Grundlage für die Bereitschaft ist, nicht mehr um Ziele zu kämpfen, sondern einen Deal mit dem Staat aushandeln zu lassen und abzuschließen.

Durch so veränderte Interessen und Begrifflichkeiten verändern sich natürlich auch die »Maßstäbe« und »Kriterien« zu ALLEM wie zu den Leuten, mit denen man es zu tun hat.

Da mußte sich einer wie Steinmetz mit dem, was er sagt, über die April-'92-Erklärung diskutieren und eine »Annäherungen zwischen RAF und Staat erreichen«, nicht einmal verstellen.

Bei dieser Interessen-Identifikation ist das nicht einmal nötig, so auch klar, warum der Begriff von diesem Staat da keinen Platz hatte, sondern weg mußte.

Und auch klar, warum du und die Illegalen kein Interesse an der Aufdeckung der ganzen Tatsachen haben konntest. Weil sonst euer ganzer Deal offen geworden und geplatzt wäre. Die Planung fürs Exil und was auch immer, wie die Freiheit der Celler, wäre, wie der Preis, den ihr dafür bezahlt, die Akzeptanz, alles zu beenden, und das wir anderen auf Nicht-mehr-Wiedersehen hinter diesen Knastmauern verschwinden sollen, wäre geplatzt.

Wahrscheinlich auch die Zustimmung einiger linker Kreise zu eurer »Politik«.

Allerdings zu diesem Punkt will ich noch was sagen, weil es das noch nie gab und viele Junge und Leute mit wenig Erfahrungen hart treffen wird, ihr habt das Interesse und das Vertrauen vieler in diesem Land mißbraucht – weil RAF immer für Aufrichtigkeit stand –, das habt ihr ausgebeutet, wenn jetzt Demoralisierung und Ohnmacht aufgrund dieser Tatsachen noch mehr zementiert werden, könnt ihr euch zusammen mit dem Staat die Hände schütteln.

Ihr habt die Betroffenheit vieler über die Wirklichkeit in diesem Land, die vielen an Bad Kleinen wieder in der ganzen Schärfe bewußt geworden ist, auf das schändlichste mißbraucht.

Und so sehe ich auch deinen »Gefühls«-Exibitionismus, Birgit, mit dem du Betroffenheit zu einem Meinung-zur-Schau-Stellungs-Markt gemacht hast, der ist: Emotionen zur Ware, zum Produkt und Zahlungsmittel zu machen. In dem Fall als Tauschwert, um eine Solidarität zu bekommen, bei der keiner mehr fragen soll, womit sie/er eigentlich solidarisch ist. Eine kurze Distanzierung zu Steinmetz, eingepackt im Zur-Schau-Stellen von Trauer, und keiner soll mehr fragen.

Das erinnert mich alles nur an das, was im Kapitalsystem Normalität ist: selbst Emotionen zur Ware machen, Zahlungsmittel zum Kaufen. Genauso wie der Staat

als Instanz behandelt wird an die man sich wendet. Oder Untersuchungen, als wäre Wolfgang gar nicht tot. Genauso wird alles im Unklaren, Undurchschaubaren gelassen, was mit deiner Verantwortung und der der Illegalen zu tun hat. In der ersten Schließfachversion hast du noch von einer Schreibmaschine und Büchern geredet – in deiner zweiten öffentlichen Verlautbarung dazu war es dann Wolfgangs »Gepäck«. Es ist auch egal, wer den »Rucksack« mitgebracht hat. Aber ein Schlaglicht wirft allein der veröffentlichte Teil des Inhalts auf eure Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit und wie du nach Monaten noch damit umgehst. Empört über die Medien, da muß man schon jedes Denken aufgeben um nicht zu wissen, was ihr Geschäft ist.

Nur »merkwürdig«, daß da jede Betroffenheit und Empörung aufhört, wo es um das Leben anderer geht, die du mit Klatsch und Tratsch in eine Situation bringst, die Kriminalisierung und Verfolgung bedeutet. Und jetzt sollen sie sich dagegen wehren, so perfekt läuft die Umdrehung schon. Der Staatsschutz fragt natürlich nicht nach den Tatsachen oder dem Wahrheitsgehalt dessen, was in deiner Korrespondenz über andere verfaßt ist, er wäre ja dumm, und die veröffentlichten Passagen, die ich nur kenne, sind nichts anderes als Klatsch und Tratsch einer Illegalen, die »vergessen« hatte, daß sie illegal ist und den Staatsschutz haufenweise damit versorgt, und so werden sie es, egal was stimmt oder nicht, gegen die verwerten und drehen, die ihnen im Weg sind.

Das nur, weil die tatsächlich betroffen sind, im Gegensatz zu deinem Betroffenheitsmarkt.

Dein Umgang damit ist wie: »ein Unfall in eurem Deal«. Ihr habt wohl gedacht, der Staat bekämpft euch nicht mehr, weil ihr ja bereit seid, ihm alles zu opfern.

Naja, das anvisierte Deal-Scenario macht das ja auch mehr als deutlich, zum Wahlkampfjahr der »inneren Sicherheit« Kohl und der rechtesten »Fraktion« anzubieten, ihnen zum Wahlkampfsieg mitzuverhelfen, indem das, was 23 Jahre Vernichtungsstrategie nicht erreichen konnte, den radikalsten Widerstand in diesem Land zu besiegen, nun selbst zu »erledigen«, abzuwickeln.

Manuela Happe an Birgit Hogefeld

1. November 1993

Birgit!
Ich will dir endlich zu deinem Brief an Helmut schreiben.

Ich weiß nicht, wie du glauben konntest, du kämest damit durch. So tun, als ist gar nichts, die Unschuld vom Lande.

Inzwischen hab ich noch gehört, daß du mit der Möglichkeit spekuliert hast, die anderen in Schwalmstadt hätten seinen Brief verhindern sollen. Keine Ahnung, was du für ein Bild von uns hast. Bild eben, nichts Reales. Mittlerweile ist ja alles auf dem Tisch und veröffentlicht rund um den Deal, soweit wirs überhaupt wissen, und von daher ist es auch einfacher, zu deinem Brief zu schreiben. Weil ich so besser Klartext reden kann.

Deinen Haftbedingungsbericht im selben Info habe ich auch gelesen, zuerst bekam ich einen Schreck, weil ich genau seh, daß du, wenn du dich nicht ganz hart mit den Bedingungen auseinandersetzt, voll draufknallen wirst.

Bei zweiten Lesen wurde mir klar, daß du mit einem Kopf schreibst, der das, was ist, nicht einbezieht als die Realität, gegen die du kämpfen willst.

Was mich aber, nachdem die Abwicklung hinter unserem Rücken endlich offen wurde, auch kein Stück wundert, weil das Teil ihres Inhalts ist. Kurz gesagt, redest du aus dem Bewußtsein (= dem Unverständnis der Realitäten und eigenen Kraft), daß du dich mit allem gar nicht auseinandersetzen mußt, weil du eh nicht lange im Knast bist. Und draußen schon: erst gar nicht einfährst möglicherweise?

Ich weiß eins aus den Jahren im Knast, daß man die Bedingungen, wie sie sind, voll an sich ranlassen muß, um dagegen kämpfen zu können.

Und ich weiß nicht, wie alles, was wir je dazu gesagt und entwickelt haben, überhaupt bei euch angekommen ist. Denn teilweise wars ja öffentlich. Die Auseinandersetzung damit kann nur ganz oberflächlich gewesen sein, sonst würde dein Bericht nicht so aussehen, daß er vermittelt, sie ziehen bei dir jetzt was Neues hoch.

Also z.B. fünf Wochen niemand angefaßt ... das ist für alle von uns seit Jahren die Auseinandersetzung gewesen. Für mich ist es das bis heute, weil ich keine Besuche aus dem Widerstand ohne Trennscheibe habe. Seit neun Jahren also niemand, den ich gern umarmen würde, auch umarmen kann.

Zwischendrin die Besuche meiner Schwester, die nur in den ersten Wochen mit ts [Trennscheibe] waren, die abrupt endeten mit ihrer Verhaftung.

Meine Eltern spielen in dem Zusammenhang für mich keine weitere Rolle, der Kontakt zu ihnen fing erst sehr spät an, lang nach dem Urteil, und vor fast genau zwei Jahren hab ich jeden Kontakt abgebrochen. Wegen ihres mir verheimlichten Kontakts zu Benz/VS.

Meine Mutter schrieb mir am 23.11.91, als sies dann mir gegenüber offen machen mußte, weils ja nen bestimmten Zweck hatte, daß jetzt noch 2 Jahre Zeit sind bis zu meinem 2/3-Termin und daß es darum geht, das ohne Gesichtsverlust zu machen.

Herr »Benz« wollte mir also einen persönlichen Ansatzpunkt dafür geben, ohne Erfolgsgarantie. Ich sollte mich damit auseinandersetzen, ganz für mich alleine, und Herr »Benz« spricht, wie sie selbst auch, mit niemand darüber, und: »wenn du schlau bist, sprichst du auch auf keinen Fall mit der Brigitte darüber. Es tut mir ja leid, aber die hat nun mal keine Perspektiven und möchte natürlich alle zusammenhalten. Es ist schon wichtig, die Sache äußerst behutsam anzugehen, denn sonst ist nämlich niemandem gedient. Es wäre auch gut, wenn du dich etwas entsolidarisieren würdest. Ja Manuela, so ist es, ich finde einfach keine Antwort darauf, für wen, warum und wofür du auf 5 Jahre Freiheit verzichten solltest. Die kann dir doch nie einer ersetzen. Vor allen Dingen sehe ich nicht ein, daß du dich evtl. zu einem kollektiven Märtyrer machen willst.«

Herr »Benz« hat dann noch auf ne streng geheime Unterredung mit mir bestanden, als Bedingung für alles, und falls ich völlig anderer Meinung sein sollte, soll ich den Brief und alles sofort vergessen.

Soweit also zum Inhalt von dem Brief.

Und eben dieser Herr »Benz« ist es, der quasi Türöffner macht bei Reuter für euren Deal.

Nein, Helmut oder sonst jemand von uns hätte nicht in deinem, im Namen aller Gefangenen reden können, wenn es um Freiheit jetzt und bis dahin ZL geht, weil deine Freiheit und deine ZL nicht unsere Freiheit und unsere ZL ist.

Beides hat einen konkreten Inhalt und ein konkret bestimmtes politisches Ziel, wenn das, wie in allen Texten seit der Entscheidung, bestimmte bewaffnete Aktionen auszusetzen, vermittelt, für dich nicht mehr verbindlich ist, dann kann es auch keine Gemeinsamkeiten mehr geben.

Freiheit ist nicht einfach, vor den Knasttoren stehen.

Ich rede jetzt weiter von dir/euch draußen, weil, daß Celle die Abwicklung betreibt, war schon länger klar (»Strafaussetzung« usw., aber auch davor schon), nur nicht, daß es als Gesamtabwicklung mit uns als Statisten laufen soll.

Es war in der Zeit seit der Aprilerklärung schwer für uns zu sehen, wie Stück für Stück unser Lebensinhalt in den Tiefen der Entpolitisierung versenkt wird, wo ein Eingreifen ungeheuer schwierig war, auch subjektiv, weil mich das erst mal auch nur fertig gemacht hat. Das ist inzwischen anders, weil es jetzt zum Punkt gekommen ist, wo ich klar sehe und sagen kann: das hat mit mir und meinem Leben nichts mehr zu tun. Als die ersten Erklärungen kamen, ging mir das zwar auch schon so, aber ich dachte da noch, daß da vieles einfach auch unverständlich formuliert, politisch unbegriffen und schlicht doof ist. (Da meine ich jetzt nicht das ganze zur Geschichte, weil ich darin absolut nichts von meiner Geschichte wiedergefunden habe und das von Anfang an als Abrechnung, weg mit dem Ballast, begriffen habe.)

Aber auch das ist jetzt anders, weil von Anfang an der Schritt, und was dazu gesagt wurde, auf dieses eine Ziel hin angepackt worden ist: den Deal perfekt zu machen.

Daß wir jetzt durch Zufall dann doch das Ergebnis der Entpolitisierung und Liquidierung revolutionärer Politik mitbekommen haben, war ja nicht geplant. Aber so ist auch einiges, wie z.B. in der April-Erklärung der Hinweis auf die Wirtschaft und überhaupt diese positive Wertung der Kinkel-Initiative, ohne jeden Bezug zur Realität, die Zwei-Fraktionstheorie im Staat usw. usf., anders zu kapieren, weil das diesen einen bestimmten, konkreten Hintergrund hatte, worauf es dann praktisch im Ergebnis zugelaufen ist.

Ich will jetzt gar nicht weiter zurückgreifen bis in sämtlichen Erklärungen seit '92. Die Diskussion wird da laufen, wo das gewollt ist: revolutionäre Politik und Perspektive auch unter den schweren objektiven Bedingungen, die erst mal alles, ein durchkommen gegen die Walze, aussichtslos erscheinen lassen.

Also noch zu einem Punkt in deinen Brief, woran das auch deutlich wird: die Liquidierung revolutionärer Grundlagen, der Grundlagen, die wir uns in den ganzen Jahren erkämpft haben, zusammen.

Du sagst: »... nicht den Konsens, daran glaube ich nicht, und darum gehts mir auch nicht ...«

Sicher, an der konkreten Sache wird es nie einen geben.

Insofern ist es richtig, was du sagst. Nur, das geht alles viel weiter.

Konsens ist was Praktisches, wie wir jeweils an einen Schritt rangehen. Aber für uns hat das zur Bedingung, ist nur so möglich: auf einer gemeinsamen Basis.

Es ist also dann eine Einigung für einen konkreten politischen Schritt, die möglich ist, weil es die gemeinsamen Grundlagen und Ziele gibt.

Von gemeinsamen Grundlagen und Zielsetzungen redest du schon gar nicht mehr. Nicht mehr von Inhalten, das aber ist das eigentlich Zentrale. Am Schluß sagst du, »machen wir das zusammen«, was denn?

Bißchen rumreden über die objektiven Bedingungen, sich gegenseitig erzählen, was man alles anders sieht, ohne Sinn und Ziel. Das ist nicht mein Begriff von zusammen.

Als ich zur RAF gegangen bin, war das für mich gar keine Frage, daß es nur auf der Basis von gemeinsamen Grundlagen und Zielen möglich ist. Und wir haben auch keine Strukturen, Organisationsformen wie z.B. der Widerstand hier.

Hier ist die zentrale Erfahrung, daß auch eine Weiterentwicklung der Politik – wie z.B. nach den Erfahrungen '77 zum Frontkonzept -nur auf dieser Basis möglich waren, ganz sicher nicht, wenn welche hingehen und alles, was war an Lebensinhalt, an Erfahrungen, an Grundlagen, über den Haufen schmeißen und zubetonieren wollen.

Es ist dann tatsächlich was anderes, aber keine RAF-Politik mehr. Im Ergebnis ist es deutlich, wie es deutlicher nicht mehr geht.

Der Kern der Politik war immer, daß wir uns aus unserer eigenen Kraft die Ziele erkämpfen, uns dahin bewegen und hinkämpfen, egal in welcher Lage. Geworden ist daraus: die »realistischen« Ziele mit Hilfe des Staates durchzusetzen.

Und genau das, alles eigene, ist in der Entscheidung zur Abwicklung genauso liquidiert, und damit zwangsläufig jeder Inhalt von Beziehungen zusammen.

Es ist Anpassung an die Beliebigkeit der Szenestrukturen, wo Verbindlichkeit, Genauigkeit, Verantwortlichkeit, Kampf um den anderen selten vorkommen, wo es kaum Kampf, politische Diskussionen um gemeinsame Bestimmungen gibt.

Was du Rolf geschrieben hast, »Freundschaft«, davon rede ich nicht, nicht mit dir. Die habe ich zu Menschen, die nicht politisch denken und handeln, aber selbst dafür sind zwischen uns alle Grundlagen zerstört.

Mir ist schon der Hut hochgegangen an den ersten Interviews der Celler in Konkret, wo KH [Karl-Heinz Dellwo] davon spricht, daß er nicht länger den Kopf für die ganze Linke hinhalten will, also das, was »Benz« mir ja »empfohlen« hatte.

Wir haben hier damals lange darüber geredet, was das für ein Verhältnis ausdrückt zum eigenen Kampf.

Es war zu dem Zeitpunkt auch purer Zufall, daß ich das Buch von Ana María Guadelupe Martínez noch mal gelesen hatte (»In den geheimen Kerkern El Salvadors«), wo sie auch von der Folter schreibt und wo ihr die Folterer ständig sagen, sie solle doch aufhören, den Kopf für andere hinzuhalten, das hätte doch keinen Zweck.

Das hab ich damals schon begriffen, was so ein Begriff bedeutet, nur noch nicht gewußt, welche konkreten praktischen Konsequenzen, die dieser innere Begriff des Kampfes ausdrückt, haben wird.

Aber von dem Begriff zum »alternativen« Berater des Staates in Sachen innere Sicherheit ist es nicht weit. Das weiß ich jetzt.

Und ihr, ihr habt auch da gar nichts gefragt? Denkt ihr überhaupt über irgendwas mal tiefer nach?

Nein, wir werden nach Wolfgangs Tod nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern versuchen, soweit das unter den Bedingungen von hier aus möglich ist, unser Leben, unsere Wirklichkeit und Wahrheit in die Auseinandersetzung zu bringen, dann kann jede/r sehen, was ist und was nicht.

Ich kann das einfach nicht verstehen, daß du/ihr nicht mal nach Bad Kleinen angefangen habt, offen zu reden, und begriffen habt, daß diese Politik das aufgestellte Messer bedeutet.

Für die Illegalen, für uns Gefangene und für viele aus dem Widerstand.

Das ist das Bitterste.

Und Rico hatte mit seinem Brief an dich zu »Steinmetz« und dem Wegschieben deiner Verantwortung dich ja schon voll draufgestoßen.

Rote Armee Franktion

2. November 1993

Antwort auf die Spaltungserklärung vom 28.10.93

An die Gefangenen aus der RAF, die sich dahinter gestellt haben.

Für die Auseinandersetzung aller, die mit dem Kampf der RAF und der Gefangenen verbunden sind

Es hat nie irgendwelche Geheimverhandlungen zwischen uns und dem Staat gegeben. Es ging in unseren Überlegungen nie darum, den bewaffneten Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen zu »verdealen«. Alle Behauptungen, die das Gegenteil suggerieren, sind Dreck, unwahr.

Richtig ist, daß wir am 10.4.92 die Eskalation zurückgenommen haben, da mit den globalen Veränderungen Ende der 80er Jahre die Zentralperspektive der revolutionären Linken zusammengebrochen war und damit auch die Funktion des bewaffneten Kampfes in der BRD in der strategischen Vorstellung der vergangenen Epoche. Ausdruck dieser Entwicklung waren auch die Grenzen, an die wir gestoßen sind. Die gesamte Entwicklung verdeutlichte uns, daß eine kritische Reflektion der Kämpfe der vorangegangenen Epoche, d.h. auch des Kampfes der RAF, dringend notwendig ist. Eigentlich banalste revolutionäre Selbstverständlichkeit.

In dieser Phase, in der es vordringlich um das Herausfinden neuer Wege und Gedanken für den Umwälzungsprozeß ging und geht, wollten wir auch, daß die Freiheit der politischen Gefangenen erkämpft wird. Dazu haben wir immer gesagt, daß das nur in einem Kampfprozeß durchgesetzt werden kann.

Es entspricht nicht unserer Verantwortung aus 23 Jahren Kampf der RAF, die RAF unter allen Umständen ins nächste Jahrtausend zu retten. Wir waren offen für alle möglichen Formen und Transformationsgedanken, je nachdem, was wir und alle, die sich an der Neubestimmung revolutionärer Politik beteiligen, als das Beste für den zukünftigen Prozeß für die Umwälzung herausgefunden hätten. Und diese Bestimmung der Mittel und Organisationsformen ist nur möglich aus der neu zu entwickelnden strategischen Vorstellung. Das hat nichts mit der Aufgabe der Option auf bewaffneten Kampf zu tun.

Die Freude von Staat und Kapital über den politischen Todesstoß, der eure Erklärung gegen die RAF sein sollte, kommt zu früh: Wir werden solange die Verantwortung, die wir als RAF haben, tragen, bis das Neue herausgefunden worden ist. Und ob das dann weiter RAF heißt oder die Transformation der RAF innerhalb einer Neuformierung der revolutionären Linken, ist uns heute völlig egal. Hauptsache, es entspricht den Notwendigkeiten und Vorstellungen für den Umwälzungsprozeß.

Entsprechend war auch das, was wir in der Weiterstadt-Erklärung gesagt haben, ernst, so wie alles, was die RAF sagt, dem entspricht, was wir denken: »Es wird darum gehen, die sowohl international wie auch innergesellschaftlich veränderte Wirklichkeit umfassend zu begreifen ..., denn nur in einer tiefgreifenden Auseinandersetzung wird es möglich werden, eine Vorstellung zu gewinnen, wie die Verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. Und nur aus diesem Prozeß können die Fragen nach den Mitteln des Kampfes und den konkreten Formen der Organisierung neu beantwortet werden.«

Wir sagen ausdrücklich: Die Gespräche, die die Celler Gefangenen mit Ströbele hatten bzw. mit I. Bubis führen wollten – in dem Inhalt, wie Karl-Heinz das in der taz vom 1.11.93 erklärt – standen in der Tat nicht im Widerspruch zu unseren Vorstellungen.

Mit eurer Erklärung vom 28.10. ist ein Punkt erreicht, an dem ihr uns zwingt, zu der Geschichte zwischen der RAF und einigen Gefangenen, zu den fortlaufenden Verdrehungen und Versuchen, eine Entsolidarisierung gegen uns zu erreichen, öffentlich Stellung zu beziehen. Wir hätten nach dem Schlag vom 27.6.93 gegen uns mehr Zeit gewollt, um wieder in der Öffentlichkeit zu reden.

Wir mußten uns mit dem schweren Fehler, dem Kontakt mit dem VS-Spitzel, auseinandersetzen, wozu wir zu einem späteren Zeitpunkt noch was sagen werden. In erster Linie hat uns die Verhaftung von Birgit und die Ermordung von Wolfgang getroffen. Darüber hinaus die Tatsache, daß durch den Spitzel der Staat die Möglichkeit eines militärischen Schlages gegen uns in der Hand hatte, so daß wir die reale Entwicklung in der Konfrontation mit dem Staat an einem existenziellen Punkt nicht richtig überblickt haben. Wir sind mit einer Situation konfrontiert gewesen, in der es für uns darum ging, unsere Möglichkeit neu herauszufinden, wie wir uns produktiv in den Prozeß für Neubestimmung revolutionärer Politik einbringen können. Der 27.6. hatte für uns eine völlig neue Situation geschaffen. Dabei haben wir darauf gehofft, trotz der Widersprüche im Zusammenhang Gefangene/RAF, trotz des von einigen von euch bereits vollzogenen Bruchs, nochmal zu einer Vorstellung zu kommen, in der wir uns politisch aufeinander beziehen können. Das wollten wir in einem neuen Abschnitt, der so oder so vor uns liegt. Dieser Versuch wäre unsere Sache gewesen.

Eine Trennung von euch wollten wir nicht, obwohl einige von euch nach dem Schlag gegen uns das, was vom Staatsschutz zu erwarten gewesen wäre, selbst in die Hand genommen haben: den Bullen auch noch politisch gegen uns zu drehen. Das Gerede von der »Steinmetzschen Einheit«, »dem ideologischen Fuß des VS bei den Illegalen« bis hin zu der Unterstellung, die Celler Gefangenen, Birgit, Wolfgang und wir hätten »einen Platz im Reich« gesucht.

Seit langem sind die Äußerungen einiger von euch wie Bewegungen im Reagenzglas des Staatsschutzes. Für einige von euch scheint es schon länger Selbstverständlichkeit zu sein, bei inhaltlichen und politischen Widersprüchen GenossInnen der Kollaboration mit dem Staat zu beschuldigen und ihnen jede moralische Integrität abzusprechen. Genau auf so eine Haltung hat schon der ehemalige Hamburger VS-Chef Lochte gesetzt, als er nach ’89 für eure Zusammenlegung eintrat. Er war davon überzeugt, daß ihr nicht mehr in der Lage wäret, mit Widersprüchen und Unterschieden umzugehen, sondern euch gegenseitig zerfleischen würdet.

Die jahrelangen und immer wiederkehrenden Anschuldigungen und Gerüchte von einigen von euch gegen unsere gefangenen Genossen in Celle haben schon mal dazu geführt, daß international Gerüchte rumgingen, die Gefangenen in Celle würden mit dem VS zusammenarbeiten. Das setzt sich bis heute fort mit der Lüge in Brigittes Erklärung, die schon am 30.10. im Interview mit Ströbele offensichtlich wird: Ströbele hätte mit VS-Benz gesprochen.

Bis zum 28.10. hatten wir darauf gehofft, daß diese Gefangenen, die sowas nötig haben, nochmal den Sprung aus ihrer kleinbürgerlichen Konkurrenz schaffen – dem deutschen Alltag bei GenossInnen, die sich mit ihrem ganzen Leben einmal für etwas anderes entschieden hatten. Wir hatten gehofft, daß es nie soweit kommen würde, daß die RAF und Gefangene aus der RAF ein weiteres zerstrittenes Grüppchen wird, wie viele in der BRD, die nur noch gegenseitig Gift verspritzen und sich so ins politische Aus manövrieren.

Wir schreiben diesen Brief in dem Bewußtsein, daß es wichtigere Fragen aus der Situation in der BRD und international gibt, zu deren Antworten wir damit nichts beitragen können. Aber nun ist auch unsere Schmerzgrenze überschritten.

Hinter eurer Erklärung steckt miese Taktik, sonst wäre es unmöglich gewesen, daß ihr heute eine solche Initiative von Gefangenen als Deal mit dem Staat denunziert, obwohl doch einige von euch eine ganz ähnliche Initiative überlegt hatten, in der Zeit um ’90 rum, als in Texten von euch von »Freunden der Vernunft« die Rede war, was sich ja auch auf Typen aus der Wirtschaft bezog. Das erfuhren wir damals viel später, sozusagen »durch Zufall«.

Ihr wolltet damals nichts anderes als Bewegung in den Prozeß bringen, in dem es euch auch um eure Freiheit ging und darum, neue Ausgangsbedingungen für euch, für uns wie für alle, die neue Bestimmungen suchten, durchzusetzen. Auch dafür sollten wir den bewaffneten Kampf zurücknehmen, allerdings ohne öffentlich zu sagen, daß das in einem Zusammenhang steht.

Wir unterstellen euch nicht, daß es euch um den Deal mit dem Staat und den »Platz im Reich« ging. Ihr solltet das gegenüber Birgit, Wolfgang, den Celler Gefangenen und uns auch lassen.

Wie wir heute wissen, habt ihr das damals unterlassen wegen mangelnder Aussicht auf Erfolg und weil es damals mit unseren politischen Vorstellungen zusammen nicht möglich gewesen wäre. Eure Empörung ist heuchlerisch. Was ihr heute auf dem Markt als Deal feilbietet, den Gesamtlösungsgedanken – die Illegalen eingeschlossen – kam auch von euch. Von einigen von euch sind wir verdammt, verflucht und gehaßt worden, weil wir das nicht »rechtzeitig« einsehen wollten. Selbstverständlich hattet ihr vorgesehen: möglicherweise erstmal Exil.

Zur Vorstellung einiger von euch gehörte auch, daß wir eine Erklärung abgeben: daß die RAF den bewaffneten Kampf einstellt. Damals hieß es: Ansonsten ist jeder Gedanke an die Freiheit der Gefangenen Illusion. Wir sollten uns zurückziehen, dazu würde der Staat »Danke« sagen und sonst nichts – was dann komme, wisse niemand. Das war allerdings nie unsere Vorstellung, weil wir davon ausgegangen sind,

daß wir nur in einem Kampfprozeß neue Ausgangsbedingungen durchsetzen können, was auch heißt, in einer Zeit bewaffnet zu intervenieren, in der die strategische Vorstellung noch nicht erarbeitet ist, wenn es die Entwicklung von uns verlangt.

Ihr werft uns vor, mit unserer Drohung und der Sprengung des Weiterstädter Knastes hätten wir »die bewaffnete Aktion zur Ware gemacht«. Sind eurer Meinung nach Aktionen nur zur Begriffsbildung zulässig? Nur abstrakte Politik? Ohne jeden Gebrauchswert? Seit wann ist es eurer Meinung nach verwerflich, mit Aktionen Druck gegen den Staat auszuüben? Ihr wißt genausogut wie wir, daß die bewaffnete Aktion in ihrem politischen Inhalt stimmen muß, um Druck auf den Staat für eine Entwicklung, die es zu erkämpfen gilt, ausüben zu können.

Das Verhältnis, das ihr zu revolutionärer Politik und zur bewaffneten Intervention heute vermittelt, ist dermaßen abstrakt und tot wie es uns vollkommen fremd ist und wie wir es von Kämpfenden auf der ganzen Welt nicht kennen.

Auch wenn ihr die Lüge tausendmal wiederholt, wird sie nicht wahr. Wer die Aktion gegen den Weiterstädter Knast unpolitisch nennt, muß einen Knall haben. Ihr solltet mal INHALTLICH begründen, wieso ihr mit einer Intervention nichts anfangen könnt, die einen Knast zerstört, der ein in Beton gegossenes Spiegelbild der Entwicklung ist, wie sie die Herrschenden anpeilen und durchzusetzen entschlossen sind; gegen ein Projekt, das für den militärischen Umgang des Staates mit den sich forcierenden Widersprüchen in dieser Metropolengesellschaft steht; gegen ein Projekt, das für den staatlichen Rassismus und die wissenschaftliche Zerstörung menschlicher Identität steht. Das Wesen dieses Projekts und die Beweggründe, es zu zerstören, waren untrennbar mit unserer Absicht verbunden, Druck gegen den Staat für eure Freiheit zu entwickeln. Wir wissen allerdings, daß es welche unter euch gibt, die schon damals diese Aktion verurteilt haben, scheinbar wegen der Tatsache, daß viele Menschen – auch hier – damit etwas verbinden können. Denn das ist für euch Ausdruck von »Entpolitisierung und Anpassung«, wenn wir vielen aus dem Herzen sprechen, dann kann damit etwas nicht stimmen!

Euer Aufschrei gegen diesen Druck auf Staat und Kapital, der ein Aspekt aus 23 Jahren bewaffneten Kampfes, aus der Entwicklung der Konfrontation Befreiung/Kapital ist, ist nur noch flache Polemik. Mit inhaltlicher, also auch politischer Auseinandersetzung und Kritik hat das nichts zu tun. Schon ’77 ging es auch darum, einen Druck gegen Staat und Kapital zu schaffen, wobei ein Aspekt nur gewesen sein kann, daß die Wirtschaft ihren Einfluß zugunsten Schleyers zur Geltung bringt. Schon damals alles zur Ware verkommen? Natürlich nicht.

Kommt jetzt nicht damit, daß der Versuch damals seine Berechtigung ausschließlich aus der zentralen Perspektive der internationalen revolutionären Bewegung hatte.

Im Fernsehinterview hast du, Irmgard, gesagt, daß ihr damals staatlichen Stellen angeboten habt, nicht in die BRD zurückzukehren, sondern im Exil weiter politisch zu kämpfen. Von anderen aus eurem Kreis wissen wir, daß es für die gesamte Gruppe, d.h. auch für die Illegalen, darum gegangen wäre, nach der Befreiung der Gefan-

genen überhaupt neu herauszufinden, wie der Kampf weiter zu entwickeln ist. Alles sei offen gewesen, auch, wie bewaffnet weiter gekämpft werden soll. Das wäre auch in der jüngeren Vergangenheit für den gesamten politischen Zusammenhang RAF/Gefangene am besten gewesen. Wir wissen, daß die meisten von euch das nicht anders gedacht haben. Umso schlimmer, daß ihr jetzt anderes zu vermitteln versucht und von Deal quatscht.

»Wenn gleichzeitig Angriffe der Guerilla laufen, wird hier keine Mobilisierung für die Freiheit der Gefangenen Fuß fassen können ...« (aus einem Brief von Brigitte, Frühjahr '93). Wenn ihr denkt, daß die Existenz der RAF eurer Freiheit entgegensteht, und ihr mit der Erklärung vom 28.10. das Ziel habt, die RAF endgültig vom Hals zu haben – dann solltet ihr das auch so offen sagen. Anstatt so zu tun, als wäret ihr die Gralshüter der Option des bewaffneten Kampfes oder der revolutionären Intervention in der Metropole; und könntet den Trennungsstrich zur RAF ziehen, moralisch unbefleckt und als Opfer der angeblich verräterischen Machenschaften von uns, Birgit und den Celler Gefangenen. Wenn ihr offen und ehrlich reden würdet, hättet ihr solche Schweinereien nicht nötig. Und ihr könnt es euch auch sparen, ein Verhältnis zu bewaffneten Aktionen auf uns zu projizieren, das aus der Gruselkammer kapitalistischer Warenwelt kommt und von dem IHR euch mal in eurer gesamten Politik befreien solltet: »Wenn sie (RAF) jetzt ankündigen, den Schritt vom April '92 praktisch aufzuheben, begründet mit unserer Gefangenensituation – dann tragen wir das nicht mit« (Eva). Als wäre es unser Problem gewesen, daß wir was HABEN/BESITZEN wollten für uns. In dem Stil, die RAF – mordlüstern wie sie ist – braucht die Gefangenen, weil – unpolitisch wie sie ist – ihr sonst zur Entwicklung nichts einfällt.

Zur Geschichte der Beziehungen, deren Inhalt für euch zerstört ist: eure Kämpfe, die ihr in der RAF oder später als Gefangene geführt habt, haben uns mobilisiert. Für alle hier hatten sie eine Bedeutung in der eigenen Geschichte. Daraus ist ein Vertrauen in euch, die GenossInnen im Knast, lebendig gewesen. Eine Verbundenheit auch daraus, die gleiche existenzielle Lebensentscheidung für den Kampf um Befreiung getroffen zu haben, und die Vorstellung, dies sei eine Basis dafür, auch an unterschiedlichen Orten und in der sich immer verändernden äußeren Situation zu politischem Einverständnis über den Weg kommen zu können. Doch dies ist nur als lebendiger und widersprüchlicher Prozeß möglich, der Offenheit und Respekt zueinander voraussetzt.

Das Vertrauen dazu ist zu einigen von euch schon lange zerstört. Wir denken heute, daß es eine Illusion von uns war, wir könnten es schaffen, uns als politischen Zusammenhang, in dem die Grundlagen zueinander gebrochen sind, gegen einen Machtapparat wie den BRD-Staat gemeinsam durchsetzen und einen neuen Aufbruch schaffen. Unsere Entscheidung zu allem, womit einige von euch gegen uns – wo sie nur konnten – gearbeitet haben, nicht öffentlich Stellung zu beziehen, war falsch. Wir haben auf die falsche Hoffnung gesetzt, die Widersprüche könnten sich

im Kampfprozeß auflösen. Sie basierte auf einer falschen Rücksichtnahme auf euch als Gefangene in der Isolation und darauf, daß wir verhindern wollten, in eine sinnlose Schlammschlacht zu geraten.

Brigitte, deine Unterstellung in dieser Erklärung, unser Verhältnis zu euch sei gewesen »friß oder stirb ...« sagt viel über dich/euch, nicht über uns. Da, wo die Anschuldigung die Beschuldigten nicht trifft, macht sie nur offen, welche Nähe du oder ihr zu solchen Verhältnissen hast/habt. Das ist uns schon im vergangenen Jahr schmerzlich deutlich geworden. Wir kennen diese ganzen Sprüche zur Genüge: Wenn wir an Kritik und Selbstkritik – was ihr Opportunismus und Entpolitisierung nennt – festhalten würden, dann werdet ihr uns »als Typen vom Tisch fegen«, uns und andere »links überholen«. Alle, die sich auf das beziehen könnten, was von der RAF in die Auseinandersetzung gebracht wurde, »interessieren dann nicht mehr«. Das seid ihr.

Das war der Schwerpunkt eurer Anstrengung im letzten Jahr, zumindest soweit sie öffentlich bekannt sind. Und die Methoden, die ihr dabei benutzt, solltet ihr dem Gegner überlassen. Ihr habt darauf gebaut, daß es in der Linken schon seine Wirkung hat, wenn die Denunziation nur oft genug wiederholt wird.

Ihr seid im gesamten vergangenen Jahr auf inhaltliche Ansätze von uns nicht INHALTLICH Eingegangen, auch wenn das zu widersprüchlichen Diskussionen geführt hätte. Stattdessen habt ihr unsere gesamte Anstrengung mit eurer kleinbürgerlichen Konkurrenzscheiße und eurem Besitzverhältnis zur RAF und revolutionärer Politik in der BRD überzogen. Für manche von euch war es ausreichend, ewig alte Klarheiten zu verbreiten, die allgemein zwar richtig sein können, aber für sich allein wenig zur Beantwortung der Fragen beitragen können, die sich aus der sich zuspitzenden Situation hier wie international stellen.

Auch ihr hattet von einer Zäsur gesprochen, was das allerdings für euch bedeuten sollte, dazu gibt es von euch bis heute nichts Substantielles. Für uns war es aus unserem Prozeß heraus notwendig geworden, zu einem produktiven Verhältnis von Kritik und Selbstkritik zu kommen. Für die Kämpfenden auf der ganzen Welt ist das eine Lebensader – für einige von euch ist das wie das Wasser für das Feuer. Euer Bruch zu uns hängt auch damit zusammen und damit, daß wir, wie auch die gefangenen Genossen in Celle, in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre einen eigenen Kopf behalten haben.

Mit Schlagwörtern wie »entpolitisiert« und »Anpassung« schützt ihr euch schon seit 1 1/2 Jahren vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung. Und genau das ist entpolitisiert. Ihr tragt mit der auf uns fixierten Arbeit der letzten 1 1/2 Jahre mit Verantwortung daran, daß sich einige Teile der radikalen Linken mit einer »RAF-Debatte« selbstbeschäftigt haben, ganz so, wie ihr sie ins Leben gerufen habt. Die Rücknahme des bewaffneten Kampfes der RAF (die ihr auch wolltet!), sei Verrat. Viele von ihnen beziehen sich dabei auf Briefe von euch, da können sie euch wohl kaum verstanden haben. Das ganze geht soweit, daß behauptet wird, die RAF sei mit der Zurückstellung des bewaffneten Kampfes verantwortlich für die steigende Zahl von

Vergewaltigungen. (Auch welche, die sich auf euch beziehen.) Sie begreifen die alte Konzeption der RAF als zeitlose Antwort, wobei das Aussetzen des bewaffneten Kampfes (der RAF) bereits verräterisch sei.

Viele dieser Papiere sind eine Demonstration der Begriffslosigkeit sowohl des 23jährigen Kampfs der RAF und ihrer früheren Konzeption als auch der gesamten Entwicklung. '92 gab es plötzlich soviele SchwätzerInnen wie nie zuvor, die ausgerechnet jetzt die Notwendigkeit zum bewaffneten Kampf der RAF entdeckten. SchwätzerInnen, von denen wir in unseren offensiven Phasen nichts mitbekommen haben. Niemand von denen war und ist bereit, selbst bewaffnet zu kämpfen. Weder bei uns, noch gründen sie andere bewaffnete Organisationen, die weniger »reformistisch« sind. Das wundert uns nicht. Denn Schwätzertum führt nicht mal zu Wiederholungen des Alten, es führt zu nichts. Diese Scheindiskussion, in der es nie um die Leute selbst geht, sondern immer nur um andere, meistens gegen uns, habt ihr entfacht und mit einer Flut von Diffamierungen begleitet: »entpolitisiert«, »den Internationalismus fallengelassen«, »wir würden die Geschichte abwickeln« und mit dem VS – wahlweise – entweder die Politik bestimmen oder Verhandlungen führen und würden für unser Wohl und den »Platz im Reich« opportunistisch Inhalte aufgeben und und.

Wir haben die Methode schon lange satt, daß der Inhalt unserer Texte verdreht wird, je nachdem wie es gerade opportun erscheint, wie in einem Brief kurz vor Weiterstadt. Mit geschickter Wortspielerei kommt unterm Strich raus: Alle sollen »nun schauen, welche Fraktion sich ›durchsetzt‹ wie die RAF sagt.« Natürlich hatten wir ganz im Gegenteil in der dort zitierten Erklärung gesagt: »Von alleine werden sie (der Staat) an keinem Punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe notwendig sein.«

Euer blöder Machtkampf zeigt sich auch am verkrampften Festhalten an der Diskussion um die »zwei Fraktionen im Apparat«, obwohl die Gefangenen in Celle unseren Fehler in der April-Erklärung im »konkret«-Interview korrigiert hatten und wir die Kritik im August-Text bekräftigten. (Ein allerdings imaginärer Machtkampf gegen die Genossen in Celle, uns und zeitweise gegen die Genossinnen in Lübeck, denn alles andere wäre notwendig gewesen, da der Feind wie auch die Fragen groß sind.) Ihr müßt mal realisieren, daß ihr diesen Fehler von uns über ein Jahr lang zu einem eurer Schwerpunkte gemacht habt, während es ansonsten kaum noch jemand interessiert hat.

Während ihr immer wieder die »Situationsdebatte« statt »RAF-Debatte« gefordert habt und das Gegenteil davon gemacht habt, ist euch der Blick selbst auf die eigene Situation durch eure Orientierung gegen uns vollkommen verstellt geblieben.

Bis zuletzt haltet ihr euch an eurem Irrglauben fest, in der KGT-Initiative sei von Anfang an nur für einige Gefangene die Freiheit vorgesehen gewesen. Ihr realisiert nicht, daß für niemanden die Freiheit vorgesehen war. Alles war abhängig von einer politischen Mobilisierung, davon, ob die Gefangenengruppe darin SOLIDARISCHER KERN IST und in der Lage, gemeinsam in die Diskussion einzugreifen und auch vom

Kräfteverhältnis RAF/Staat. Das konntet ihr weder daran realisieren, daß nach Günter kein Gefangener aus der RAF mehr freikam, und noch nicht mal hat euch der Schlag gegen uns in Bad Kleinen erhellt. Bei euch schiebt sich vor jede Erkenntnisfähigkeit das Gift, das ihr in euren Herzen mobilisiert habt. Deshalb muß nun auch die Story vom versuchten Deal herhalten, damit euer Irrglaube weiter Bestand haben kann.

Daß ihr es fertigbringt, mit euren Denunziationen auch Wolfgang mit Dreck zu überziehen – ihn, der neun Jahre lang die Politik der RAF mitentwickelt und in ihr gekämpft hat, der unter anderem auch für eure Freiheit gekämpft hat und bei dem Versuch, gerade nicht in den Knast zu kommen, um draußen weiter kämpfen und leben zu können, ermordet wurde – ist nur Ausdruck davon, auf welchen Niederungen ihr angelangt seid. Wolfgang war ein Mensch, der für GenossInnen durchs Feuer gegangen wäre.

Es gab in der letzten Zeit einen neuen Anlauf zur Mobilisierung für eure Freiheit von GenossInnen mit einer neuen Haltung, die wir befreiend fanden gegenüber der alten Geschichte von Fraktionierungen, der Unfähigkeit, mit inhaltlichen, politischen Widersprüchen umzugehen. Das hat die Aussicht darauf offen gemacht, daß es tatsächlich einmal zu einer ernsten, politischen Auseinandersetzung kommen kann. Wir fanden die Entscheidung der GenossInnen richtig, sich nicht auf die Spaltereien einzulassen. Sie gehen stattdessen von den tatsächlichen Widersprüchen in den politischen Vorstellungen auf unserer Seite aus. Wir denken, daß das ein Selbstbewußtsein ist, das absolut notwendig ist, in einem Prozeß, in dem es um die Neubestimmung revolutionärer Politik geht. Eure Erklärung vom 28.10. ist auch gegen diese Haltung gerichtet. Sie ist Ausdruck eines dumpfen Machtkampfes. Sie drückt ein Festhalten an überholten Strukturen aus, in denen es für euch legitim ist, bei inhaltlichen Widersprüchen GenossInnen der Kollaboration mit dem System zu beschuldigen und ihre moralische Integrität in den Dreck zu ziehen. Letztlich seid ihr diejenigen, die sie damit verlieren.

WIR HALTEN ES FÜR NOTWENDIG, MIT DIESER HINTERLASSENSCHAFT EINEN BEWUSSTEN BRUCH ZU MACHEN!

Wir sagen euch, daß diese »ganz neue Entscheidung«, von der ihr sprecht, die auf Lügen, Dreck und Unehrlichkeit euch selbst gegenüber aufgebaut sein soll, mit Sicherheit nicht dazu führen wird, »daß revolutionäre Politik hier ... wieder Fuß fassen können wird«.

Wir fordern euch auf – und das ist uns sehr ernst –, jetzt einen Moment innezuhalten. Kommt zur Besinnung! Auch wenn ihr dabei über euren Schatten springen müßt. Wir wissen, daß euch das unser Brief nicht einfach macht, aber ihr könntet verstehen, daß ihr uns keine andere Möglichkeit gelassen habt, als nun das zu sagen, was wirklich ist.

Es gibt Vertrauen, das keine Mauern brechen können. Karl-Heinz, Lutz, Knut, Birgit und wir werden mit dieser Spaltung umgehen können, aber wir wollen sie nicht! Vielleicht ist dies – wenn überhaupt – die letzte Möglichkeit für was anderes.

Es liegt nun an euch.

Eva Haule

4. November 1993

Prozeßerklärung von Eva Haule

Ich will zuerst was sagen zu diesem Gericht. Weil daran die Konfrontation so klar wird, um die es auch hier im Prozeß geht.

Der Vorsitzende Richter Schieferstein hat vor kurzem verhindert, daß der schwerkranke politische Gefangene Ali Jansen entlassen wird. Ali Jansen hat im Februar '94 die 6jährige Strafe voll abgesessen. Haftunfähig ist er schon lang durch schweres Asthma. Jetzt hatte sich die Situation durch fehlende medizinische Behandlung und die andauernde Inhaftierug so verschärft, daß sogar die Bundesanwaltschaft das Risiko nicht mehr wollte, einen todkranken Gefangenen festzuhalten, der sowieso in drei Monaten entlassen wird.

Sie, Herr Schieferstein, haben das verhindert, Ali Jansen soll abschwören, sonst kommt er nicht raus. Sie müssen ihn sofort freilassen.

Was Sie tun, hat Tradition in Deutschland. Es gibt dafür das Wort von den »furchtbaren Juristen«. Sie gehören dazu.

Haben Sie irgend etwas zu sagen vor der Öffentlichkeit?

Wann entlassen Sie Ali Jansen?

Hier im Prozeß geht's im Kern um nichts anderes, das Urteil steht sowieso schon fest. Lebenslänglich um jeden Preis und gleich festgeschrieben, daß ich 20 Jahre oder länger im Knast bleiben soll. So wie alle Gefangenen aus der RAF, die zu lebenslänglich verurteilt wurden.

Das einzige, was an dem Urteil noch etwas ändern könnte, wäre, wenn ich Kronzeugin mache oder öffentlich abschwöre.

Also öffentlich erkläre, daß ich keine revolutionäre Politik mehr will, sondern mir die alte und neue deutsche Werteordnung aneigne, wie sie Bundesinnenminister Kanther grad verkündet hat: »Fleiß, Kameradschaft, Heimatliebe«.

Was ich nicht tun werde.

Es wird hier wieder so sein wie in allen anderen Prozessen gegen uns, sie haben nichts, aber es muß ein Urteil her. In dem ganzen Aktenberg kommt nichts vor, durch das ich oder jemand anderes Bestimmtes aus der RAF mit der Aktion gegen die Air Base in Verbindung gebracht werden kann.

Gegen mich haben sie das, was sowieso längst klar ist: daß ich in der RAF organisiert war, daß ich natürlich an der politischen Konzeption beteiligt war und an den Diskussionen über die konkreten Erfahrungen.

Meine Anwälte haben ja vorhin gezeigt, wie die Ausgangslage in diesem Prozeß ist, und wir haben deshalb auch nicht vor, auf die ganzen Krimi-Details einzugehen. Das hat aller Erfahrungen nach keinen Sinn, und ich selbst komme in den ganzen Ermittlungen sowieso nicht vor.

Jetzt hat sich die Situation verändert, es geht nicht mehr nur um mich, sondern auch um Birgit Hogefeld.

Letzte Woche kam eine Aktennachlieferung mit einem BKA-Schriftgutachten, Birgit soll das Auto gekauft haben, das bei der Aktion benutzt wurde.

Es wird also auch um sie gehen in diesem Prozeß, um die Vorbereitung einer Anklage, und wie wir das aus früheren Prozessen kennen, soll dann hier alles so weit verhandelt und im Urteil festgeschrieben werden, daß Birgit in einem Schnellverfahren verurteilt werden kann.

Wir müssen das jetzt mit reinnehmen, weil wir natürlich nicht zulassen werden, was da geplant ist. Es ist ein weiterer Mosaikstein im Programm gegen Birgit, um sie dahin zu pressen, Kronzeugin zu machen. Das war die Linie von Anfang an. Maximaler Druck durch die extreme Isolationshaft und in den Medien wird lanciert, daß sie an allen nur möglichen RAF-Aktionen beteiligt war und mehrfach lebenslänglich zu erwarten hat.

Ich will das an der Stelle mal sagen, einfach zu unserem Verhältnis. Daß die Trennung für uns jetzt unumgänglich geworden ist, ändert für uns nichts daran, daß wir solidarisch sind mit allen politischen Gefangenen gegen die Vernichtungshaft, und das gilt natürlich um so mehr für die, mit denen uns eine gemeinsame Geschichte verbindet.

Wir wollen diese Haltung nicht, die es draußen scheinbar gibt und die darauf rausläuft, einzelnen Gefangenen die Solidarität zu verweigern aufgrund von Differenzen und sie so dem Vernichtungsprogramm ausliefern.

Das ist auch politisch ein Armutszeugnis, weil in dieser Haltung das eindeutige Verhältnis gegen den Staat weg ist und die Fronten nicht mehr klar sind.

Wenn wir es auf den Punkt bringen, was in allen Prozessen gegen uns zu sehen ist, dann ist es das: der deutsche Staat und seine Justiz versuchen mit allen Mitteln das Problem zu lösen, daß nach 1945 die Todesstrafe abgeschafft werden mußte, und wie sie jetzt andere Methoden einsetzen, um sie faktisch doch zu exekutieren.

Die endlose Gefangenschaft unter verschiedenen Formen der Isolation soll ihnen das bringen, sie soll uns körperlich und psychisch erschöpfen, wenn sie uns politisch schon nicht brechen kann.

Irmgard Möller ist jetzt über 21 Jahre gefangen, und es ist mehr als fraglich, ob sie bei der Anhörung jetzt rauskommt. Es geht überhaupt nicht darum zu verhindern, daß Gefangene nach ihrer Entlassung zurück in die Illegalität gehen und bewaffnet kämpfen.

Es geht ganz nackt um Unterwerfung. Wir sollen ihnen die Füße küssen, das wollen sie. Die Verewigung ihrer Macht fressen, gerade jetzt, wo die Kapitalisten und allen voran die Deutschen sich als Endsieger der Geschichte darstellen und jede Gegenbewegung im Ansatz schon abwürgen wollen.

Unterwerfung ist also angesagt, Akzeptanz des Gewaltmonopols des Staates und die Frage der Gewalt ist da nur die äußere Schicht. Es geht um den ganzen Inhalt der Politik, die auf grundsätzliche Veränderung aus ist oder auch einfach nur nicht hin-

nehmen will, was als reaktionäre Entwicklung in Staat und Gesellschaft immer sichtbarer wird.

Wir sehen, wie der Staat gegen Antifa-Gruppen losgeht und wie ein Haftbefehl gegen einen Antifaschisten begründet wird damit, er sei in einer »anti-nationalen und sozialistischen« Gruppe organisiert.

Wir sehen, wie der Staat sich anmaßt, den jüdischen Menschen, den Flüchtlingen und ImmigrantInnen und allen, die von faschistischen Angriffen betroffen sind, das Recht auf Selbstverteidigung abzusprechen.

Gewaltmonopol, das heißt auch Definitionsmacht darüber, was Menschenrechte sind, was die Rechte der Frauen und soziale Rechte sind, was Opposition hier sein darf und was nicht.

Es geht um die Durchformierung der Gesellschaft, die Unterordnung unter den Herrschaftsanspruch dieses Systems und seines Staates, der ihn immer mehr totalitärer durchsetzt.

Exemplarisch auch gegen uns, weil wir für die Praxis des radikalen Bruchs stehen. Und für eine Kampferfahrung, die heute wieder neu Bedeutung hat: Daß es unter allen Bedingungen und auch mit schwachen Kräften möglich ist, zu kämpfen, die Ziele nicht loszulassen, immer weiterzugehen und vor der Macht nicht zu kapitulieren.

Genau das, eben diese subjektive Kraft und unsere ganze Geschichte verkörpert Irmgard, deshalb haßt der Staat sie so. Nach über 21 Jahren Gefangenschaft ist sie jetzt auch körperlich stark angegriffen, das Immunsystem rebelliert gegen den Dauerstreß unter extremen Haftbedingungen. Sie muß sofort bedingungslos raus.

Genauso Bernd. Durch fast 17 Jahre permanente Isolation ist er körperlich krank geworden, und die Isolation hat ihm auch psychische Verletzungen zugefügt – aber er weigert sich noch immer, sich zu verkaufen, deshalb wollen sie ihn nicht rauslassen.

Irmgard und Bernd sind Gefangene aus der RAF, deren Freilassung für uns ganz oben steht, und wir finden die Kampagne für Irmgard nur gut.

Wenn sich jetzt abzeichnet, daß Irmgard nicht rauskommt bei der Anhörung und Bernd nach den 18 Monaten Haftunterbrechung zurück soll ins Gefängnis, dann kann das nur heißen, daß wir den Kampf verstärken für ihre Freilassung, die nach diesen langen Jahren eine Selbstverständlichkeit sein muß. Was soll es darüber zu reden geben mit Kohl, Kanther oder der Justiz. Niemand von denen hat das Recht, von Irmgard oder Bernd auch nur einen einzigen Satz zu verlangen, damit sie rauskommen. Auch wir Gefangene werden da nicht zuschauen, wenn die beiden weiter festgehalten werden.

Die neuen Prozesse gegen uns sind Schauprozesse. Da wird nur Macht demonstriert. Gegen die Gefangenen, die sich weigern, »heim ins Reich« zu kommen, nach 7 bis 16 Jahren Gefangenschaft und alten Urteilen von 15 Jahren bis mehrfach lebenslänglich, demonstrativ noch eine Tonne drauf.

Gegen alle draußen, die mit uns für die Freiheit arbeiten, demonstrativ: was ihr wollt, erreicht ihr nicht, die Entscheidung über das Leben und die Freiheit der Gefangenen liegt in den Händen des Staates und der Justiz.

Und es ist eine Botschaft an alle, die heute und morgen für die Umwälzung der bestehenden Verhältnisse kämpfen: Wer es wagt, gegen diese Macht aufzustehen und sie anzugreifen, bezahlt dafür mit dem Leben.

Es ist klar, wir stehen heute vor der Tatsache, daß wir mit unserem Versuch nicht durchgekommen sind, für unsere Freiheit einen Weg zu erkämpfen in der Phase der notwendigen Zäsur in unserer Politik. Und jeder kann sich denken, daß es nicht leicht für uns war, die Situation anzunehmen.

Aber annehmen heißt nicht akzeptieren. Gerade nicht.

Es kann sich für uns auch nichts ändern an dem, was wir seit Jahren sagen zur Notwendigkeit, die Grundlagen neu rauszuholen für revolutionäre Politik, was den Kampf um eine neue gesellschaftliche Basis und Intervention einschließt.

Es ist absurd und reine Feindbildpropaganda, wenn behauptet wird, wir wollten »weitermachen wie in den 70er und 80er Jahren«.

Der Weg, den wir jetzt sehen und gehen wollen, auch für unsere Freiheit – und dabei ist uns bewußt, daß es ein längerer Prozeß ist –, das ist die konkrete Auseinandersetzung und bewußte Verbindung mit den Kräften in der Gesellschaft, die sich nicht anpassen an die reaktionäre Entwicklung, sondern sich der Faschisierung, neuen imperialistischen Kriegen, Rassismus und sexistischer Gewalt entgegenstellen und das trotz unterschiedlicher Geschichte und politischer Arbeit mit uns zusammen wollen. Es ist auch, was uns Gefangene betrifft, so wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen, wo der Angriff von Kapital und Staat frontal geführt wird:

Sie werden ihre Politik nur ändern, wenn gesellschaftliche Kräfte sich massiv dagegen stellen und die Bestimmung über die sozialen und politischen Entwicklungen nicht den Reaktionären überlassen.

Für diesen Prozeß zu arbeiten, in dem sich dann auch wieder Konturen revolutionärer Politik entwickeln können – und darin auch unsere Gefangenensache zu verankern –, nur so können wir uns vorstellen weiterzukommen.

Wir denken, es ist nicht nur für uns so, daß wir einen neuen Anfang brauchen, der auch die Entpolitisierung und Unverbindlichkeit der letzten Jahre aufhebt.

Und wir müssen für uns sehen, wie wir uns daran beteiligen können, auch wie wir das Recht auf politische Kommunikation durchsetzen und Bedingungen schaffen, in denen eine sinnvolle Diskussion möglich ist.

Unsere Politik bis zur Zäsur war richtig und legitim.

In den ganzen Jahren ging es für uns darum, vor allem Gegenkräfte aufzubauen, um die Entwicklung zu verhindern, die jetzt mit der »neuen Weltordnung« da ist.

Und zentral darin: gegen die Kontinuität dieses NS-Nachfolgestaates im Kampf zu verhindern, daß Deutschland wieder Weltmacht wird, daß wieder »Krieg von deutschem Boden ausgeht«, daß Rassismus und Faschismus sich hier wieder breit machen können.

Der politische rationale Weg in dieser Phase war die bewaffnete revolutionäre Intervention in der Metropole im Rahmen des weltweiten antiimperialistischen Kampfs.

Der deutsche Staat und sein Verfolgungsapparat haben gegen unseren Kampf von Anfang an Maßnahmen eingesetzt, die nur ein Ziel hatten: uns zu vernichten und mit uns jeden Gedanken an die Möglichkeit und Perspektive des Bruchs mit diesem System.

Grundrechte, Menschenrechtskonventionen waren und sind für sie nur Fetzen Papier, wenn es darum geht, dieses Ziel zu erreichen.

Wir sind jetzt bis zu 21 Jahren gefangen, einige von uns das zweite oder dritte Mal für diesen Kampf, und wir haben alle das Recht, nach diesen ganzen Jahren Isolation freizukommen; wir haben das Recht auf Zusammenlegung und politische Diskussion.

Wir verstehen unter »Lösung« für uns die Durchsetzung dieser Rechte, und dafür werden wir weiter kämpfen.

Wir vertrauen dabei auf uns und auf alle draußen, die gegen den reaktionären Durchmarsch in der »neuen Weltordnung« arbeiten. Ein internationaler Kampf.

Und es ist auch eine Frage an die antifaschistischen und fortschrittlichen Menschen hier, die außerhalb des traditionellen linken Spektrums arbeiten, wie sie sich dazu stellen: ob sie akzeptieren, daß dieser Staat systematisch Menschenrechte verletzt und den sogenannten Rechtsstaat außer Kraft setzt für unsere Bekämpfung und heute ja weit über uns raus.

Es ist auch in dieser Auseinandersetzung um uns Gefangene eine Frage danach, in welche Richtung die Weichen für zukünftige politische Entwicklungen hier gestellt werden.

Unser Weg jetzt ist ein anderer als der, den die Gefangenen in Celle und die RAF offensichtlich eingeschlagen haben.

Daß sie das jetzt abstreiten, ändert ja an den realen Vorgängen nichts.

Wir wissen, daß Ströbele im Auftrag der Celler gesagt hat, der Schritt der RAF vom April ’92 wird revidiert, im Klartext: die RAF führt wieder »gezielt tödliche Aktionen gegen Repräsentanten von Staat und Wirtschaft« durch im Fall, daß keine Lösung für die Gefangenen und die Illegalen zugelassen wird.

Das ist so für uns: da ist der ganze Inhalt und Sinn unserer Politik ausgekippt, und deshalb müssen wir das öffentlich jetzt so sagen.

Wir lehnen das ab, einen von jeder politischen Bestimmung entleerten Aktionismus der RAF im Zusammenhang mit uns wollen wir nicht, und einen Tauschhandel wird es mit uns nicht geben.

Wir haben die Verknüpfung der Gefangenenfrage mit dem Schritt der RAF, den bewaffneten Kampf zurückzustellen, wiederholt kritisiert, weil sie politisch einfach falsch ist, nicht geht und den Kampf der RAF, den Schritt selbst und auch unsere Gefangenensache entpolitisiert.

Der Schritt vom April ’92 war absolut notwendig, er war überfällig. Und wenn wir Gefangene uns fragen, welche Fehler wir in den letzten Jahren gemacht haben, dann kommen wir vor allem auf eines: daß wir die Illegalen nicht schon 1990/91 öffentlich aufgefordert haben, ihren vom politischen Prozeß abgelösten Aktionismus

sein zu lassen und sich auf den notwendigen Neubestimmungsprozeß zu konzentrieren; und mit Neubestimmung meinen wir eben nicht die Auflösung unserer Politik, sondern ihre Weiterentwicklung.

Wir haben es damals nicht gemacht, weil wir die Beziehung zu ihnen ganz anders wollen, und wir haben die Klärung über die politische Diskussion versucht.

Wir hätten das machen sollen, denn genau das, diese Entpolitisierung, die dann in Aktionismus umschlägt, war schon der Kernfehler in unserem Kampf Mitte der 80er – und ich weiß, wovon ich rede.

Es ist jetzt Spekulation, ob wir dann anders dastünden, aber sicher ist, daß der Zeitpunkt damals richtig gewesen wäre und die Auseinandersetzung hätte ganz anders geführt werden können als im letzten Jahr dann.

Der Punkt ist für uns überhaupt nicht, zu sagen: es kann unter keinen Umständen Gespräche mit der Regierung geben über die Freilassung von Gefangenen und auch, wenn es eine politisch richtige, klare und offene Entscheidung dahingehend gibt, daß die illegale Organisation »aufgehoben« wird, um in der Legalität politisch weiterzuarbeiten, auch über eine korrekte Lösung für die bewaffneten KämpferInnen.

Das ist eine Frage der realen politischen Situation, des historischen Zeitpunkts, der eigenen Bestimmung und offensiven Position darin.

Jetzt muß man sich ja nur mal die Realität anschauen – heute in der BRD, angesichts der durchgreifenden Faschisierung und nach diesen letzten furchtbaren Jahren, in denen innerhalb der Linken, einschließlich RAF, Zerfall und Anpassung bestimmend waren bis hin zur Einreihung in den nationalen Konsens –, heute kann das nur ein mieses Geschäft sein, der Ausverkauf revolutionärer Politik und für den Staat die Einladung zur Fortsetzung seiner Vernichtungsstrategie mit allen Mitteln für den Endsieg über die RAF und die Gefangenen.

Wie es sich ja auch zeigt.

Es kann jetzt nur so sein, daß die Illegalen für sich und ganz unabhängig davon, daß der Staat uns weiter als Geiseln behält, bestimmen, wie sie weitermachen.

Und wenn sie sich entscheiden, wieder bewaffnete Aktionen durchzuführen, dann kann das nur aus einer genauen und vermittelten Bestimmung für den ganzen politischen Prozeß kommen. Auf gar keinen Fall allein begründet mit unserer Gefangenensituation.

Wir selbst und unsere Anwälte und Angehörigen haben immer wieder Gespräche geführt mit der Regierung, wenn durch unsere Kämpfe in den Gefängnissen und den Widerstand draußen eine offene Situation geschaffen war. Es gab sie auch im letzten Jahr nach dem Schritt der RAF, zuletzt im August.

Dabei ging es darum, zu klären, wie die Regierung sich den politischen Tatsachen stellt und ob es auf ihrer Seite die Bereitschaft zur substanziellen Veränderung gibt.

Welche Politik wir machen, ist kein Diskussionsthema mit der Regierung, und schon gar nicht kann die Entscheidung darüber, ob die RAF weiter bewaffnet angreift oder nicht, ob sie als Organisation weiter existiert oder nicht, dem Staat in die Hände gelegt werden.

Es ging also in den Gesprächen darum, zu klären, ob der Staat bereit ist, unsere Forderung nach Zusammenlegung und einem Weg für unsere Freilassung in absehbarer Zeit zu erfüllen. Die Antwort war ein kategorisches Nein, und daran hat sich nichts verändert.

Aber für uns kann es nichts anderes geben als reale, materielle Schritte für die Zusammenlegung und Freiheit.

Diese Konfrontation wird weitergehen.

Sie geht hier weiter, wie sie auch in Frankreich weiter geht, wo die vier Gefangenen aus AD seit dieser Woche im Hungerstreik sind gegen die Isolation. Und ich bitte alle, die heute hier sind, sie zu unterstützen.

Norbert Hofmeier

22. November 1993

An das Angehörigen-Info, FreundInnen, Angehörige und ehemalige politische Gefangene

Ende Oktober hab ich euch zwei Briefe geschickt, in denen ich Stellung nehme zur Auseinandersetzung unter den Gefangenen und begründe, warum ich die Ausgrenzungspolitik und Diffamierung der Gruppe um Brigitte [Mohnhaupt] nicht unterstütze.

Ich habe euch aufgefordert meine Briefe abzudrucken; außerdem auch die Erklärungen der Celler Gefangenen sowie der Illegalen (RAF) zu veröffentlichen, damit sich jede/r ein Bild machen kann über die Widersprüche und Hintergründe.

Im neuen Angehörigen-Info (132) lese ich jetzt folgendes: Ihr seid »Partei«, für euch zählen nur die Gefangenen um Brigitte und Helmut [Pohl]; – die Erklärungen der Celler und Illegalen druckt ihr nicht ab, denn angeblich »erleichtern sie dem Staat Vorstöße gegen die Gefangenen« –, so einfach ist das also. Sie sind also mit einem Wort »Partei«feinde.

Meine Briefe und meine Position erwähnt ihr erst gar nicht.

Offensichtlich war ich für euch genau so lange von Interesse, wie ich halbwegs ins Konzept paßte und der »Partei«linie nutzte.

Als eigenständige politische Persönlichkeit habt ihr mich also nie wahrgenommen und respektiert. Hintenrum krieg ich mit, ich solle nichts dazu veröffentlichen, – ich würde doch nur anheizen!?

(Genau dieses politische Selbstverständnis hab ich vergangenes Jahr kritisiert, als ich noch die Hoffnung hatte, es sei ehrlich gemeint drinen/draußen mit der verkündeten »offenen, selbstkritischen Diskussion« – weil solche instrumentellen, hierarchischen Verhältnisse nicht taugen für Emanzipation und zum »Zusammenkämpfen« ...)

So oder so, also eins braucht ihr von mir sicher nicht erwarten, daß ich stillschweigend zuschaue oder vielleicht sogar noch selber solche beschämenden Ergebenheitsadressen vorbeischicke um ins kollektive Kesseltreiben gegen Birgit [Hogefeld] mit einzusteigen!

Das ist wirklich ein erbärmliches Schauspiel, wie Birgit – und ihr ermordeter Gefährte Wolfgang [Grams] ja automatisch mit ihr – in den Dreck gezogen werden, ihre persönliche Integrität und Gefühle herabgewürdigt werden –, um sich selber als »revolutionär« zu präsentieren. Es ist der Hohn, wenn Helmut jetzt auch noch über »Gesinnungsterror« ihm gegenüber klagt – wer hat denn eigentlich diese Schlammschlacht mit der »steinmetzschen Einheit« angefangen?!

Und das ganze Kesseltreiben, weil Birgit, Wolfgang und die Illegalen, die ja seit Jahren eigenständig kämpfen, Vorstellungen entwickelt haben, die den Gefangenen

nicht passen. (Wahrscheinlich ist das einmalig auf der Welt. Überall würden sich die Gefangenen – seit Jahren isoliert – dafür interessieren und versuchen zu verstehen, was diese GenossInnen draußen entwickelt haben ... nicht so hier in der BRD, hier werden sie als dumm, unfähig abgekanzelt und wenn sie sich nicht gleich anpassen auch noch als VerräterInnen denunziert!)

Ganz offensichtlich handelt es sich ja um politische Widersprüche. Allerdings fehlt die Bereitschaft und vor allem auch die Fähigkeit, damit umzugehen, – aber ohne eine radikale, demokratische Streitkultur wird es kein lebendiges Kollektiv und auch keine gleichberechtigte Kommunikation zwischen drinnen und draußen geben.

Stattdessen sollen jetzt mit Verschwörungstheorien und Vorwürfen aller Art die Widersprüche erledigt werden – schwarz-weiß; klare Linie; heile Welt ...!

Selbst bei unüberbrückbaren Widersprüchen müßte eine Trennung möglich sein auf der Basis von einem solidarisch-kritischen Verhältnis! Und genau da wäre auch eure Aufgabe, anstatt bedingungslos einseitig »Partei« zu ergreifen!

Meine inhaltliche Kritik von neulich kann ich nur unterstreichen:

»... spätestens seit August habt ihr gewußt, daß eine Gruppe von Gefangenen um Brigitte und Helmut entschlossen ist, die Celler aus dem ›Kollektiv‹ zu werfen.

Die Briefe dazu wurden von Helmut und Christian [Klar] verfaßt. Ihr habt auch mitgekriegt, wie Birgit runtergemacht wurde ... Ihr seid eurer allerwichtigsten Aufgabe nicht gerecht geworden ...

Ihr müßtet mal eine eigenständige Position einnehmen, und dann müßtet ihr damit mal in die Knäste gehen und einige Gefangene auf den Boden der Realität holen.

Stattdessen tragt ihr dazu bei, in der Öffentlichkeit überhöhte und idealisierte Bilder von den Gefangenen und dem Gefangenenkollektiv zu zeichnen (damit alle schön aufblicken!). Genau das rächt sich! ... Eure Verantwortung wäre es gewesen, rechtzeitig einzugreifen und souverän, klipp und klar zu sagen: solche Ausgrenzungen werden wir nicht mitmachen!

Schon seit vergangenem Jahr hättet ihr versuchen müssen, auf eine wirklich inhaltliche Diskussion zu drängen!

– auf eine ehrliche (selbst-)kritische Reflexion als Teil der Linken! (und ihr wißt doch genau, wie da blockiert wird von Gefangenen)

– auf die verschiedenen brennenden Fragen, die von politischer und gesellschaftlicher Relevanz sind! ...«

Eure Solidarität (für ausgewählte Gefangene) und bedingungslose »Partei«nahme ohne eigene Kriterien entspricht nicht meinen Vorstellungen. (Wie könnt ihr eigentlich Birgit gegenüber, so wie sie runtergemacht wird, noch gnädig »Solidarität« anbieten?!) Eure Haltung führt in letzter Konsequenz dazu, daß der Zweck die Mittel heiligt, und als erstes bleibt die Ehrlichkeit auf der Strecke. Wenn ich das unterstützen würde, was ihr da mit durchzieht, müßte ich mir selber untreu werden und gegen die Grundsätze und Überzeugungen handeln nach denen ich versuche zu leben, zu kämpfen – ich bin kein Konformist. In welche Schublade ihr mich steckt, ist allein euer Problem ...

Ich weiß, ich kann euch jetzt sowieso nicht mehr erreichen oder aufhalten – da mach ich mir keine Illusionen; und ihr werdet den Beifall und Anhang bekommen, den ihr verdient – der euch bei nächster Gelegenheit genauso knallhart fallenläßt, wie ihr es vorexerziert habt!

An der gemeinsamen Geschichte und meiner Beteiligung an Kämpfen wie ’89 ändert das nichts; – selbstverständlich werde ich auch weiterhin Diskussionen und Zusammenhänge suchen und mich an Kämpfen beteiligen, die mir einleuchten, wo ich eine politische und gesellschaftliche Bedeutung sehen kann, – (jenseits sektiererischer Selbstzerfleischung und Selbstüberschätzung).

Norbert Hofmeier
(Gefangener aus dem Widerstand)

P.S.: Für diese politischen Vorstellungen hatten die letzten Ausgaben des Angehörigen-Infos allerdings keinen Gebrauchwert für mich.

Birgit Hogefeld an Brigitte Mohnhaupt

16. November 1993

Hallo Brigitte.
Und jetzt? Alle sagen, sie wollen keine Schlammschlacht, Tatsache ist aber, wir sind mittendrin.

Wir müssen das in dieser Form aufhören, alle und sofort.

Brigitte, ich habe in der letzten Woche lange über Deine bzw. Eure Kritik an diesem »Alleingang« der Celler Gefangenen und mir nachgedacht, und ich finde, es war nicht richtig, daß wir das so gemacht haben.

Auch wenn diese Initiative überhaupt nichts mit dem zu tun hatte, was Ihr uns unterstellt, sondern Ausdruck eines sehr verschiedenen Politikverständnisses ist, geht das so nicht.

Das, was inhaltlich dazu zu sagen ist, hat Karl-Heinz schon geschrieben. Zu mir war Christian Ströbele deshalb gekommen, weil er wissen wollte, was ich von einer solchen Initiative halte und ob sie den Diskussionen innerhalb der RAF zum Zeitpunkt meiner Verhaftung entspricht, und außerdem wollte er meine Interpretation des Briefs der RAF vom Juli '93 in bezug auf die Frage einer möglichen Eskalation hören. Ich habe ihm gesagt, daß ich diese Initiative richtig finde und mir sicher bin, hätten wir davon gewußt, wir hätten sie befürwortet.

Es ist ja so, daß die Texte der RAF aus dem letzten Jahr in allerhöchstem Maß »untaktisch« sind – für Freund und Feind liegt ein Großteil der Gedanken, Überlegungen und Fragen offen auf dem Tisch. Wir hatten uns für diese Transparenz entschieden, weil wir angesichts des hohen Grades an Unorganisiertheit der radikalen Linken, fehlender gemeinsamer Diskussionsgrundlagen und ihrer (uns eingeschlossen) weitgehenden gesellschaftlichen Isolierung keine Alternative dazu gesehen haben. Trotz aller Problematik, die damit verbunden ist, wenn eine Gruppe wie die RAF sich so weitgehend berechenbar macht, haben wir in dem Schritt zu einer von uns aus offenen Diskussion die Chance gesehen für eine gemeinsame Diskussion mit allen fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräften bei der Suche nach Wegen, wie hier grundlegende Veränderungen durchgesetzt werden können.

Vor diesem Hintergrund war auch die erste Frage von Christian Ströbele, ob die Initiative in bezug auf diese Wirtschaftskreise im Widerspruch zum Diskussionsprozeß der RAF steht, keine wirkliche Frage, sondern er kam, um sich darüber zu vergewissern, was ihm aus den Texten sowieso schon klar war. Er hat diese Texte gelesen und verstanden; er wollte, daß sich die Regierung in dieser Auseinandersetzung bewegt, und er sieht in einer weiteren Eskalation keinen Sinn.

Die Initiative, zu Reuter zu gehen, damit aus dieser Ecke Druck auf Kohl ausgeübt wird (was ja die RAF ihnen letztes Jahr in einem ihrer Texte auch schon vorgeschlagen hatte), halte ich für grundsätzlich sinnvoll. Bei unserem Gespräch war es allerdings so, daß wir angesichts der allgemeinen politischen Lage und Entwicklung beide wenig (bis keine) Chancen gesehen haben, daß sich darüber in der aktuellen Situation tatsächlich was bewegen läßt – gerade nach Bad Kleinen, der Erschießung von Wolfgang und dem damit eingeleiteten Wahlkampfthema »innere Sicherheit«, mit dem sich die CDU Wählerstimmen von rechtsaußen sichern will.

Zusammengefaßt: das Ergebnis des Gesprächs zwischen Christian Ströbele und mir war, daß wir beide sinnvoll fanden, jede Möglichkeit zu nutzen, die Bewegung in diese festgefressene Situation bringen kann, daß wir aber den gegenwärtigen Zeitpunkt dafür für unglaublich ungeeignet hielten.

Mich hat kürzlich jemand gefragt, wie ich es denn gefunden hätte, wenn so was innerhalb der RAF gelaufen wäre, also einzelne was angeschoben hätten, was nicht Ausdruck bzw. Ergebnis eines gemeinsamen Diskussionsprozesses ist. Das kann ich mir gar nicht vorstellen – aber vielleicht sollten wir genau darüber mal zusammen reden.

Auch bei kontroversen Auseinandersetzungen haben wir immer wieder miteinander geredet, um zu einem gemeinsamen Ergebnis zu finden – das war oft nicht einfach, und es ging nur, weil alle es unbedingt wollten. Und so waren dann auch die Texte im letzten Jahr von allen getragen. Genau das ist aber bei Euch als Gefangenen-Gruppe schon sehr lange anders – und das ist nicht nur Resultat der Bedingungen im Knast, sicher, die machen das sehr viel schwieriger, aber das ist auch alles. Mein Eindruck ist, von Mehrheitsmeinungen abweichendes Denken soll es nicht geben, diese Einstellung hat z.B. dazu geführt, daß Ihr nie zusammen an diesem über 70 Seiten langen Text von Karl-Heinz, in dem er sich mit der Geschichte der RAF auseinandersetzt, diskutiert habt. Die allermeisten von Euch haben ihn einfach ignoriert, und solche Beispiele gibt es viele – ich finde, wir sind eine Gruppe, durch deren Kampfgeschichte sich über lange Zeit eine weitgehende Unfähigkeit zu selbstkritischer Reflexion zieht.

Daß bei einem solchen Maß an Nicht-Diskussion aus Unterschieden unüberbrückbare Widersprüche werden, liegt auf der Hand. Ein Moment dabei ist sicher auch, daß einige von Euch Unterschiede im Denken nicht auszuhalten scheinen – darauf komme ich z.B., wenn ich mir den Brief von Rolf [Heißler] an mich anschaue. Er schreibt darin an einer Stelle, daß, wenn es mir nicht um den Konsens ginge, dann ginge es mir um nichts, dann wäre jede Diskussion ziellos und unverbindlich – das drückt für mich eine Haltung aus, die Diskussionen erschwert und sehr schnell auch inhaltlich einengt, außerdem ignoriert sie die Realität.

Das, was ich in meinem Brief an Helmut zu »Akzeptanz von Unterschieden« geschrieben hatte, das war ja nicht einfach ausgedacht – ich bin ja nicht im Juni vom Mond gefallen und hier gelandet, sondern mir war seit dem Tag meiner Verhaftung bewußt, daß so was wie ein »Gefangenen-Kollektiv«, in dem es einen Platz gibt für jemanden wie mich, mit meiner Geschichte, meinem Denken und meinen Vorstellungen, nicht existiert. Da hatte ich keine Illusionen, allerdings hätte ich auch nicht gedacht, daß es so wird, wie's dann war, nämlich daß Ihr überhaupt nicht (bis auf

Rolf) mit mir redet und jede Initiative von mir, mit Euch ins Gespräch/Diskussion zu kommen, ins Leere laufen laßt. Das ist für mich der aktuelle Hintergrund, vor dem dieser »Alleingang« gelaufen ist.

Ihr hättet das alles schon sehr viel früher auflösen müssen, einfach auch um handlungsfähig zu sein bzw. zu bleiben, denn Ihr zusammen seid das ja schon lange nicht mehr. Ich denke, daß das, was die RAF in ihrem Text jetzt geschrieben hat, stimmt: »Es war eine falsche Hoffnung, daß sich die Widersprüche im Kampfprozeß auflösen lassen« – deswegen ist es gut, daß das jetzt alles auf den Tisch gekommen ist.

Allerdings finde ich diese Sorte Spaltung oder Trennung, die Ihr wollt, nicht den richtigen Weg – besser hätte ich gefunden (aber das habe ich ja schon im Brief an Helmut geschrieben), wenn wir geschafft hätten oder schaffen würden, ein Zusammenhang zu werden, in dem unterschiedliche Meinungen Platz haben und so auch an bestimmten Fragen unterschiedliches Vorgehen möglich ist, wobei allerdings allen klar sein muß, wer was trägt und wer nicht – diese Lähmung muß doch für Euch alle unerträglich gewesen sein.

Ich sage das aber nicht, weil ich das die beste Form finde, natürlich wäre mir eine Gruppe, die aus einer gemeinsamen Diskussion und deren Ergebnis ihre Initiativen bestimmt, auch lieber, doch um daran zu glauben, bin ich zu sehr Realistin.

Aber egal, wie die Form von uns aus dann genau aussehen wird, wir müssen einen Rahmen finden, in dem wir alle, zusammen mit anderen, einen Diskussionsprozeß organisieren, dessen Ziel die Neubegründung einer Politik ist, die die Entwicklungsrichtung auf ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben hier – und in Verbindung mit den Kämpfen in anderen Ländern – weltweit durchsetzen kann.

Ich finde, daß viele von Euch für eine produktive Diskussion ihren »Diskussionsstil« ändern sollten – Ihr seid oft bloß am Zurückschmettern, ohne eigene Vorstellungen zu entwickeln.

Wenn Christian (um das nur mal an einem Beispiel deutlich zu machen) die ganze Problemstellung aus dem Text von Lutz »Gedanken gegen die Mauern« und den Texten der RAF aus dem letzten Jahr zu der Frage der gesellschaftlichen Isolierung der radikalen Linken in diesem Land mit dem Satz »Rückkehr in die Gesellschaft« darstellt und entgegenhält: »Man müßte dagegen die bewußte Entscheidung für das Konzept einer Politik der bewußten Minderheit und der Verankerung im Emanzipationsprozeß der Weltmassen erneuern« – dann drückt sich darin für mich die Weigerung aus, sich mit dieser Frage auch nur beschäftigen zu wollen. Denn was heißt denn »bewußte Minderheit« – gerade aus unserer Geschichte? Sicher, du kannst einen Satz wie: »Radikale Politik ist hier eine Minderheitsposition« sagen, das ist eine dieser Aussagen, mit der du immer recht hast, aber das wars dann auch – als Antwort ist sie nur Rhetorik. Dieser Satz beantwortet – für mich zumindest – überhaupt nichts, er tut nur so und verhindert dadurch, daß wichtige Fragen überhaupt aufgeworfen werden. Die RAF und ihr politischer Zusammenhang waren ja in manchen Zeiten schon »Minderheit«, wie man mehr gar nicht Minderheit sein kann – nur, ist oder war das richtig so, oder sind dem Fehler von unserer Seite aus vorangegangen?

Welche Lehren ziehen wir aus unseren eigenen Erfahrungen und denen von anderen, die mit der Vorstellung Fokus/»kleiner Motor« ... gekämpft haben? Was machen wir mit der Erfahrung unserer GenossInnen von Action Directe, die das fast vollständig ohne Verankerung in der sowieso schwachen Linken in ihrem Land versucht haben? Und wie sind diese Erfahrungen ins Verhältnis zu setzen damit, daß »der bewaffnete Kampf auch in der jetzigen historischen Situation eine Option für revolutionäre Kräfte« ist. Dieser Satz stimmt ja, er wird so lange seine Gültigkeit haben, solange der Imperialismus existiert und die Menschen nicht leben läßt. Nur, was gibt uns die Kenntnis dieser Option für die Beantwortung aktueller Fragen über den Weg, wie hier eine Kraft für die Umwälzung der Verhältnisse aufgebaut werden kann, in die Hand? Mir sehr wenig. Für mich stellt sich vielmehr die Frage – und da ist wieder der Zusammenhang zu vorher und der Frage nach der gesellschaftlichen Verankerung emanzipatorischer und auf Befreiung ausgerichteter Kämpfe –, welche Voraussetzungen hier und heute für die Umsetzung dieser Option existieren bzw. aufgebaut werden müssen.

Das und vieles mehr müßten wir endlich zum Gegenstand unserer Diskussion machen – diese Ein-Satz-Antworten finde ich dabei völlig untauglich, dafür ist das doch allen viel zu wichtig.

Ich denke, wir müssen gleichzeitig aber auch rausfinden, auf welcher Basis wir unser Verhältnis neu aufbauen wollen, denn mit diesem grenzenlosen Mißtrauen, das daran deutlich wird, daß Ihr dachtet, Euer Leben sollte hinter Eurem Rücken von uns verdealt werden und Ihr für ewig (auch von uns) eingemauert, geht doch überhaupt nichts.

Und die BAW usw. wissen das alles und versuchen es gegen uns zu benutzen, um uns gegeneinander auszuspielen; schon bei meiner Verhaftung hatte mir dieser Bundesanwalt, der mich verhören wollte, eine lange Rede gehalten über den »Zustand« der Gefangenengruppe und daß es sie eigentlich nicht mehr gibt.

Seitdem versuchen sie, uns (die RAF, Wolfgang und mich) Euch und anderen gegenüber als verantwortungslose Idioten darzustellen – sie lancieren solche Sachen wie, daß 30, 50, 200 Hinweise auf Leute aus dem »Umfeld« bei uns gefunden worden wären. Ich war lange davon ausgegangen, daß alle wissen müßten, daß das nicht sein kann (es sei denn, ein solcher Hinweis ist, wenn meine Mutter in einem Brief 10 Namen von Menschen nennt, die ihr zum Geburtstag gratuliert haben; wer aus unserer Verwandtschaft bei der Beerdigung von Tante soundso war oder wen sie im Prozeß gegen Gefangene getroffen hat – aber das ist wirklich lächerlich). Daß Wolfgang und ich in Bad Kleinen so gut wie nichts dabei hatten, sehe ich nicht als unser »Verdienst« an, denn ich kann mir tausend andere Verhaftungssituationen vorstellen, wo das anders gewesen wäre – und es gab ja aus unserem Zusammenhang früher sehr oft Verhaftungen, wo es anders war, wo z.B. Teile der Logistik aufgeflogen sind. Aber diese gezielt eingesetzten Lügen treffen seit Monaten auf fruchtbaren Boden – weil einigen darüber die Abrechnung mit der Politik der RAF, die sie falsch finden, möglich scheint, ohne daß sie das inhaltlich begründen müssen.

Mich versucht die BAW in eine Situation zu bringen, wo ich anfangen soll, all diesen Mist zu dementieren – und was übrig bleibt, was ich nicht dementiere, das stimmt dann also. Wieso kapiert das niemand, daß z.B. dieser letzte Brief von BAW/Steinmetz, in dem Namen von Leuten genannt werden, die die BAW angeblich als SchreiberInnen von Briefen an uns ausgemacht hat, nichts anderes ist als Aussageerpressung – sie wollen mich mit Eurem Mißtrauen dahin bringen, zu all diesen Sachen Stellung zu nehmen, also »Aussagen« zu machen.

Dieselbe Sorte Abrechnung läuft auch über die Tatsache, daß wir Fehler gemacht haben und Kontakt zu diesem Spitzel hatten – viele, die es besser wissen, tun so, als wäre es das erste Mal in der Geschichte der RAF, daß es dem VS gelungen ist, einen Spitzel direkt an uns ranzuschieben – heute soll es als Beweis dafür herhalten, daß der politisch eingeschlagene Weg falsch ist – aber Du/Ihr seid auf dieselbe Frage bei früheren Spitzel-Geschichten nicht gekommen.

Natürlich ist es hart, wenn über solch einen Fehler dein Freund erschossen wird und du selbst verhaftet wirst – ich überlege sehr viel daran, denke darüber nach – als ich jetzt in dem Text meiner Genossinnen und Genossen gelesen habe, daß sie vorhaben, dazu irgendwann was zu sagen, war ich sehr erleichtert, denn ich hatte das angefangen, bin aber immer wieder auf die Grenze gestoßen, daß ich das in dieser Situation und allein nicht kann – daß man dafür alle Fakten und Hintergründe zusammentragen muß und v.a. zusammen darüber reden können muß.

Der Versuch, uns gegeneinander auszuspielen, läuft auch aktuell weiter – diesmal umgekehrt.

Hier war letzte Woche in der Nacht auf Freitag auch diese »Selbstmordgefahr«-Konstruktion gegen mich angesagt. Die ganze Nacht über Dauerbeleuchtung, und alle 15 Min. kamen sie in die Zelle rein und haben mich angesprochen, angeblich konnten sie durch den Türspion nicht sehen, ob ich tatsächlich noch lebe. Am nächsten Tag kam dann der Sicherheitsinspektor, er ist einer, der in allem, was mich betrifft, bisher sehr viel persönlichen Ehrgeiz und Motivation gezeigt hat – und diesmal kam er angeschleimt: Doch, es wäre ihre Fürsorgepflicht mir gegenüber gewesen ... Nein, das, was in den Zeitungen steht, seien nicht die wahren Gründe, hoffentlich würde ich die noch erfahren ... Mißverständnisse und eigentlich bei mir entschuldigen ...

Ich habe in dem Moment noch nicht alles einordnen können, aber eins war mir sofort klar, das zielt gegen Euch, und sie denken, daß sie so den Keil weitertreiben können zwischen uns.

Diese Rechnung darf nicht aufgehen.

Wir sind es uns, unserem Lebenssinn und allem, wofür wir seit Jahren kämpfen und bereit sind, unser Leben zu geben, schuldig, daß wir jetzt mit aller Anstrengung nach einem Weg suchen, dieses grenzenlose Mißtrauen zu überwinden und neu eine Basis dafür herzustellen, von der aus wir alle Teil in dem notwendigen Diskussions- und Findungsprozeß sein können.

Gruß

Angehörige der politischen Gefangenen

November 1993

Erklärung der Angehörigen, warum sie die Briefe von Karl-Heinz Dellwo nicht im Angehörigen-Info abdrucken

Der Bruch zwischen den Gefangenen ist für uns aufs äußerste schmerzlich.

Wir Angehörigen sind allerdings Partei in dem, was jetzt zum Bruch zwischen den Gefangenen geführt hat.

Die Gefangenen in Celle und die Illegalen haben versucht, die Gefangenen aus der RAF in eine Politik und einen Weg einzuspannen, von dem sie nichts erfahren sollten und in dem das, was ihr Leben und ihren Kampf ausmacht, zur Disposition gestellt werden sollte.

Die Briefe von Karl-Heinz Dellwo und die Erklärung der Illegalen, die jetzt in die Kerbe der »Hardliner«propaganda schlagen, die dem Staat weitere Vorstöße gegen die Gefangenen erleichtert – und das haben unsere Angehörigen prompt nach der Veröffentlichung der Briefe von Karl-Heinz Dellwo und der Erklärung der Illegalen erfahren –, werden wir nicht im Info abdrucken.

Wir würden uns selbst und unseren Angehörigen ins Gesicht schlagen.

Für uns ist aber genauso klar, daß unsere Solidarität gegen die Isolation und Angriffe auf Gefangene allen politischen Gefangenen gilt, daß wir bei keinem Gefangenen zusehen werden, wenn er bedroht oder terrorisiert wird.

Vreni Lauterbauch

November 1993

Aufruf an die RAF

(– ob diese Bezeichnung so noch richtig ist?)

Seit über 16 Jahren bin ich in der Angehörigengruppe für politische Gefangene.

Ich hatte u.a. schon mehrere Ermittlungsverfahren, weil ich zu den unmenschlichen Haftbedingungen nie geschwiegen habe.

Ich werde aber auch heute nicht dazu schweigen, was ihr jetzt über die politischen Gefangenen in Eurem Brief vom 2. November schreibt.

Es ist absolut beschämend und es tut sehr sehr weh, wie ihr Euch zu den Gefangenen äußert, die ihrer Politik treu geblieben sind und die wegen ihrer unbeugsamen Haltung all die Jahre jetzt im Knast sind.

Wir Angehörigen waren und sind stolz auf die ungebrochene und konsequente Haltung der Gefangenen, aus der heraus sie immer gekämpft haben und auch weiter kämpfen werden.

Aber man sieht aus Eurem Schreiben auch, daß ihr über '77 nichts wißt, deshalb solltet Ihr dazu lieber schweigen!

Denkt doch wenigstens mal an Irmgard und nehmt Euch ein Beispiel an den Gefangenen, die ihrer Sache und ihren Zielen treu geblieben sind – Ihr könnt doch nicht so blind sein!

Ich fordere Euch hiermit auf, Euch dafür zu entschuldigen, für die Beleidigungen und Frechheiten: von wegen »bürgerlicher Konkurrenzscheiße«, von wegen »Schweinereien, Unehrlichkeit und keine Offenheit«, von wegen »Gift in euren Herzen« – wie Ihr schreibt.

Wir sind über Euch zutiefst betroffen!

Ich hoffe – trotz allem – daß Ihr zur Ehrlichkeit fähig seid und daß Ihr Euch bei den Gefangenen und bei uns Angehörigen entschuldigt!

Vreni Lauterbach, Mutter von Heidi Schulz

Lutz Taufer

Januar 1994

Gesellschaft oder Ghetto – eine Ergänzung

Wir wurden in den letzten Wochen oft gefragt, welches denn nun die politischen Differenzen seien. Das ist in der Tat nicht so ohne weiteres zu entschlüsseln, nicht zuletzt deshalb, weil es eine zu verbindlichen Resultaten, also zu gemeinsamen Grundlagen kommende Diskussion so gut wie nie gegeben hat und so Aussagen über ein Hierhin oder Dorthin allenfalls in Ansätzen vorhanden sind.

Es wäre besser gewesen, schneller etwas zu sagen. Aber erstens hat diese Spaltung erstmal umgehauen; zweitens wollte ich einen Beitrag, der etwas erklärt statt zu polemisieren, einen Fehler, den ich in früheren Texten ab und zu gemacht und so sicher meinen Teil zur Eskalation beigetragen habe; an den tatsächlichen oder vermeintlichen Fehlern von andern hochzuklettern, das ist schnell in die Tasten gehauen, das andere braucht Zeit; drittens sind die Arbeitsmöglichkeiten – im Knast und nach fast 20 Jahren Knast – andere als draußen; der Mangel an sinnlicher Gewißheit über die Zustände und Veränderungen draußen macht die Arbeit nicht leichter; schließlich: Wenn ich was nachlesen will, greife ich nicht hinter mich ins Regal, sondern brauche bis zu drei Tagen, bis ich zu meinen Bücherkartons auf der Kammer vorgedrungen bin.

Inhaltlich ist das erste Problem, selbst zu verstehen, wie die Entwicklung war, das zweite, dies anderen zu vermitteln. In dem, was die Gefangenengruppe real war, sowohl in ihren beispielhaften Stärken (und antizipiert hat sie vor allem etwas in ihrem Kampf ums Überleben und um ein Recht auf Existenz, aus elendesten Bedingungen heraus: von den heutigen Kämpfen, vom Kämpfen auf der heutigen und zukünftigen Höhe des Umwälzens) als auch in ihren Schwächen (in denen sie von den Schwächen der Metropolenlinken soweit gar nicht entfernt war) wurde sie häufig idealisierend und so distanziert wahrgenommen. Der Versuch, die zum jetzigen Bruch führende Entwicklung zu verstehen, ist auch immer ein Versuch gegen massiv verankerte Bilder. Schließlich ein letzter Punkt: Es sieht so aus, daß wesentliche Teile gruppeninterner Festlegung (Diskussion?) an uns vorbeigelaufen sind in den letzten Jahren – warum, wissen wir nicht – und mir deshalb stellenweise konkretes Wissen fehlt. Dies betrifft ganz besonders die heftige Auseinandersetzung um die Einstellung der gezielt tödlichen Angriffe, die es offenbar zwischen den Illegalen und einigen Gefangenen '90/'91 gegeben hat. Die Konfliktlinien, die sich da vermutlich schneiden, scheinen ein Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung, die folgen sollte.

1977 – Front

Ein erster Konflikt bricht auf, als 1977 ein palästinensisches Kommando ein Flugzeug mit deutschen Mallorca-Touristen nach Mogadischu entführt. Eine Solidari-

tätsaktion palästinensischer Genossinnen und Genossen mit Gefangenen aus der RAF, deren Freilassung im Tausch gegen die Urlauber sie fordern. Die Entführung wird von Gefangenen aus der RAF kritisiert. Eine Kritik, die sich zu diesem Zeitpunkt auf weitgehend politisch-moralischem Niveau bewegt. »Die politisch-militärische Aktion der Stadtguerilla richtet sich nie gegen das Volk.« Eine Gewißheit, konstitutiv für die RAF, die es dir ermöglicht, selbst diesen Schritt zu tun. Ein unbefangenes Verhältnis zur Gewalt hatten wir, die wir nicht zuletzt vom Entsetzen über Auschwitz herkamen, nicht. Auch einer der Gründe, weshalb Andreas Baader in seinem obigen Imperativ die revolutionäre Aktion als politisch-militärisch bestimmt, das Politische mit dem Militärischen eng verknüpfend und doch in einer deutlichen Prioritätenfolge: Primat hat das Politische. Hier wird sich in den 80er Jahren, ausgehend von der Frontideologie, ein Bedeutungswandel vollziehen – die militärische Aktion wird zum Begriff des Revolutionären schlechthin, daneben gibts auch noch politische Initiativen. Die Gründe für diese »Entpolitisierung« der militärischen Aktion liegen letzten Endes darin, daß das Politikbild, in dessen Rahmen wir uns in der ersten Hälfte der 70er Jahre bewegen (weltweiter Aufstand gegen das US-imperialistische System), in der zweiten Hälfte der 70er Jahre verschwimmt, ohne daß neue Grundlagen sich in ausreichender Deutlichkeit entwickeln. Die Vehemenz, mit der die Gefangenengruppe zwischen ’88 und ’92 »die große politische Auseinandersetzung« (Eva Haule) fordern wird, ist Spiegel dieses schon fast als schmerzhaft empfundenen Mangels an Klarheit – die Einteilung der Welt in Gut und Böse, wie wir sie 1993 dann erleben, Ausdruck des Aufgebens dieser in der Tat schwierigen Suche. – 1977 kritisierten wir die Entführung der Urlaubermaschine weitgehend moralisch. Ohne die tatsächliche Vorstellung zu haben von den sich hinter unserem Rücken vollziehenden tiefgreifenden Veränderungen auf allen Ebenen, war da indes doch eine Befangenheit aufgekommen gegenüber dem bisherigen Politikbild. Eine Stagnation war eingetreten. Die Hoffnungen, die wir an den »Sieg des Vietcong« als dem Anfang vom Ende des US-imperialistischen Systems geknüpft hatten, waren zumindest diffus geworden. Kompromißlos solidarisch mit den RAF-Gefangenen, wie diese Aktion war, konnte der in dieser Urlauberentführung zum Ausdruck kommende Bruch mit der Metropolengesellschaft schlechthin – also mit jenem Volk, das für Andreas Baader (und alle anderen) bei der politischen Konzeption des Militärischen nicht aus dem Blickfeld geraten darf – den Versuch, die bisherige Politik, wie auch immer, zu ändern, von vornherein aussichtslos machen.

Tatsächlich könnten wir diese eine Aktion als einen Punkt sehen, in dem sich wesentliche Entwicklungen kreuzen. Sie ist eingebettet in das Politikbild der 60er und 70er Jahre. Der weltweite Aufstand gegen US-Imperialismus, Kolonialismus und vermeintlich delegitimierten Spätkapitalismus – in Lateinamerika etwa gab es in so gut wie jedem Land mindestens eine Guerilla – eine über viele Jahrzehnte hinweg sich aufbauende Woge, war immerhin von solcher Wucht, daß dieser Irrtum, das imperialistische System jetzt, in gemeinsamer Front, kippen zu können, unbedingt begangen werden mußte. Die Aktion kommt aber zu einem Zeitpunkt, da diese historische Welle bereits am auslaufen ist. So stellt sich die Frage nach deren politischen Folgen nochmal ganz besonders. – Ein zweites Moment ist ’77 der grundsätzliche Einbruch der von ’68 herkommenden »neuen Linken«. In ihrem politischen Selbstverständnis noch sehr stark auf den Staat und seine Institutionen fixiert, erlebt sie einen Zusammenbruch ihrer Widerstandskraft in dem Augenblick, wo der Staat zum Angriff übergeht und die Rückzugsmöglichkeiten auf das Terrain einer eigenen revolutionär-subjektiven Kultur nicht mehr vorhanden sind. Ende der 80er schließlich sollten andere kommen. Nie wäre es ihnen eingefallen, einen »Marsch durch die Institutionen« zu propagieren. Während die 68er-Generation noch »maschinenstürmerisch« gegen den vermeintlich seinem Ende zugehenden Spätkapitalismus und seine Kultur der Eindimensionalität und Zerstörung anrennt in der Hoffnung, Entfremdung, Kaputtheit und Destruktivität aus dieser Welt hinaustreiben zu können, werden, etwa mit dem Häuserkampf in Berlin, andere kommen, die im schnell wuchernden Dschungel sozialer und kultureller Rebarbarisierung lernen, lernen müssen, sich durchzukämpfen. – Dieser Mentalitätswandel wiederum spiegelt eine entscheidende Veränderung im politisch-ökonomischen Bereich. Die Epoche des Keynesianismus geht zu Ende und damit die Möglichkeit, sich auf den Staat als einen politischen Aktivisten, nicht zuletzt über das Ökonomische zu beziehen; die Ära des Neoliberalismus, Reich des Chaos, beginnt und mit ihr jene Militanz, die von ihrem selbstverständlichen Recht auf Existenz diesseits weltmarktdiktierter Rentabilitätsnormen für Leben ausgeht.

Auf sie wird sich das Frontkonzept der 80er Jahre beziehen, ohne sich allerdings von den politischen Denkgewohnheiten der 70er Jahre emanzipiert zu haben. In diesem Kampf der Militanten um Existenz ist eine Verwandtschaft zu spüren. Wer anders hat diesen Kampf geführt und erlitten, wenn nicht die Gefangenen aus der RAF in den Vernichtungsabteilungen der Gefängnisse?! Und dennoch wird die Frage der Verbreiterung und Vertiefung, die sich nach dem Verlust der – tatsächlichen oder vermeintlichen – Bündnispartner in Gestalt der Trikont-Befreiungsbewegungen neu stellt, nicht im Hineinkommen in diese radikale Subjektivität und ihre objektiven Hintergründe beantwortet, die doch weit mehr authentisch Metropole ist als ’68 – nein, es wird versucht, die Militanten dort, bei ihren zweitrangigen politischen Geschichten in der Gesellschaft abzuholen, um sie »zur Front«, zu eigentlichen, zum Militärischen zu bringen. Darauf läuft es de facto hinaus, auch wenn das im Frontpapier weit weniger eng angelegt ist. Wieviele sind seither bei der militärischen Aktion angekommen? Und wieviele wurde nur abgeholt, ohne je anzukommen? Auf Teufel komm raus werden politische Vorstellungen strapaziert, die mit dem Wechsel im globalen politisch-ökonomischen Dispositiv obsolet geworden sind. Jene weltweite, in Jahrzehnten der Kämpfe herangewachsene Aufstandsbewegung der 60er und 70er wird als »weltweite Front gegen das imperialistische Gesamtsystem«, als »westeuropäische Front« voluntaristisch imitiert. Ist das zweite der Versuch, die Frage der

Verbreiterung und Vertiefung konkret zu organisieren, was aber nie über ein paar wenige Genossinnen und Genossen in Frankreich (action directe), evtl. Belgien (CCC) und Spanien (Grapo) hinauskommt, so das erste die abstrakte Lösung in Gestalt eines Traumpartners Trikontmassen. In dieser Form wird der – heute mehr denn je notwendige – Internationalismus zur maximal möglichen Entfernung von den Notwendigkeiten und Möglichkeiten im eigenen Land. Und in dieser Verdinglichung und Widersprüchlichkeit zwischen Altem, von dem man sich nicht trennen will, und Neuem, dessen immanente Möglichkeiten zu bewältigen in der Tat eine ungeheure Schwierigkeit ist, wird die Suche nach Möglichkeiten, die '77 eingetretene politische Isolation zu überwinden, konterkariert: diese »Front« hat mit breitem Bündnis, mit Offenheit und der Suche nach neuen Verbindungen, wie sie Ende der 80er Jahre für kurze Zeit trotzdem ausbrechen sollten und wie sie heute angesichts faschistischer Gefahr unbedingt notwendig wären, herzlich wenig zu tun. Im Gegenteil – die Antiimpis kommen.

Das Frontkonzept beschränkte sich ganz bewußt auf die militanten, radikalen Teile der Linken, auf marginalisierte Bereiche der Gesellschaft. Was nicht unbedingt ein Fehler hätte sein müssen. Selbstverständlich spielen und haben Minderheiten in allen Revolten und revolutionären Prozessen eine wichtige Rolle gespielt. Aber die Frage war ja nicht, Gesellschaft oder Minderheit, die Frage war, Gesellschaft oder Ghetto. Will sagen: Selbstverständlich muß eine Minderheit nicht nur um eigene Identität und Konstituierung kämpfen, sie muß auch darum kämpfen, über den eigenen Bereich Wirkung in andere Sektoren, innergesellschaftlich wie international zu entfalten und von dort Herausforderungen annehmen. Sonst schmort sie doch im eigenen Saft! Die Ghettos wurden schon immer aufgerieben, sie sind der Ort des Untergangs. Als Minderheit(en) über den eigenen Bereich hinaus Fuß fassen, Orientierung sein, Hoffnungen wecken, ist schlicht und einfach eine Frage des Überlebens.

Das Ziel des Frontpapiers ist »zusammen kämpfen«. Das klingt gut. Die Vorstellungen indes waren schon politisch und militärisch auseinandergefallen, und so mündete diese wichtige Initiative zur Überwindung des nur-bewaffneten Kampfs in einer noch verbohrteren Geringschätzung des politischen, sprich: unbewaffneten Handelns.

Auf die Front-Zeit zurückblickend schrieb ein Gefangener 1989:

»Ausgegangen waren Lutz und ich davon, daß es in den Aufbrüchen seit den 80ern einen zentralen Unterschied gibt zu denen der Mitte der 60er, wo ein regelrecht ›kulturrevolutionärer‹ Motor drin war. Diese Bewegung hatte eine sehr starke gesellschaftsverändernde politisch-kulturelle Dynamik. Lutz meinte, das fehlt in den ganzen Jahren total und macht wesentlich die Schwäche aus ...

Man muß es so sehen – worum es in den ganzen Jahren bis '86 ging, war der Versuch und die Anstrengung, die ganze Situation überhaupt mal dahin zu wenden, daß neue Entwicklungen in Gang gesetzt werden können.

›Eine grundsätzlich neue Situation schaffen‹, haben wir gesagt, indem die Anstrengung gemacht wird, hier ne Kraft zu entwickeln, die die Walze anhält, eine Umkehrung der reaktionären Entwicklung in Gang bringt – durch das Festsetzen realer Momente von Gegenmacht, Gegengewalt für den revolutionären Prozeß ...

Das ist richtig, ne Kritik auch an uns, finde ich, was in der ganzen Phase gefehlt hat: die Genossen von AD haben als zentrale Sache immer die Dialektik von Aufbau und Zerstörung gesagt –

Aufbau heißt für uns als erstes die Beziehungen als Lebens- und Kampfstrukturen, und sie als ›Keim‹ der neu zu schaffenden gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Realität. Eine subjektive politische Kraft, die in der Lage ist, die reaktionäre Entwicklung hier umzudrehen. Und klar, das ist nur möglich, wenn dieser Emanzipationsprozeß, auf den wir aus sind, Wirklichkeit ist.

In dem Sinn wurde da nichts ›aufgebaut‹. Und jetzt ist total klar, es wird entweder eine Bewegung aus beidem – oder es wird hier gar nichts. Das ist zwar grundsätzlich schon immer klar gewesen, aber jetzt ist es raus. Und es waren Erfahrungen, die durchgemacht werden mußten von allen.«

Das Frontkonzept konnte nur laufen lernen, wenn die Einzelnen (Individuen, Gruppen, Sektoren) möglichst eigeninitiativ sich entwickelten. Quer dazu lag die verdinglichte, funktionalistische Vorstellung von »zusammen kämpfen«, wie sie aus dem Frontpapier sprach. Denn ein Zusammenfließen relativ autonomer Initiativen in dieser oder jener Kampagne oder Offensive konnte sich nicht allein über einen gemeinsamen Feind oder gar über die gemeinsame Bekämpfung seiner »Projekte« und Aktionen entwickeln. Einer der ideologischen Parameter der Frontzeit hieß: Strategie gegen ihre Strategie. Es brauchte eine gemeinsame politische Kultur, eine spürbare andere Welt, um das herrschende Realitätsmonopol in seiner alles und jedes erfassenden Bedrohlichkeit aufzubrechen und so nicht zuletzt subjektive Spielräume und Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, um mit anderen zusammenzukommen. Zwar ist Solidarität eine subjektive Kategorie, aber auch eine objektive. Die Zeiten der homogenen Arbeiterklasse und ihrer Kultur sind vorbei, und so werden wir an die Stelle des zusammenführenden Effekts des Industrialismus eine Kultur setzen müssen, die das »zusammen kämpfen« trotz ökonomisch und anderweitig bewirkter Zersplitterung unmittelbarer Interessenlagen möglich macht. Das mit der Spaltung gegebene Signal von Abschottung und »neuer Klarheit« scheint in die entgegengesetzte Richtung zu gehen. Wenn es heute viele gibt, die sich in die je eigene kleine Gruppe zurückziehen, dann nicht zuletzt, weil außerhalb dieser Gruppe der Kältetod droht.

Das ideale Ziel der illegalen Aktion (vermeintlich) vor Augen, war für manche der erste Schritt dahin konspirativ-defensives statt politisch-offenes und so offensives Verhalten. Ein Beispiel nur. Die Politik des Staatsschutzbunkers unter der Rebmannschen Richtlinie »soldatische Härte« bestand Mitte der 80er u.a. darin, Leute, die öffentlich gegen Isolationsfolter und für Zusammenlegung eintraten, die das »Kom-

munikationsverbot mit den RAF-Gefangenen« (Rebmann) durch Briefeschreiben in Frage stellten, zu bedrohen oder gar wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung für Jahre in den Knast zu schicken. Zwar gab es darauf eine politische Reaktion – im Rahmen einer bundesweit anlaufenden Gruß- und Infopaketaktion erlebten die Gefangenen Solidarität aus den verschiedensten linken und alternativen Bereichen –, aber nicht selten wurde diese Möglichkeit politischen Zusammenkommens und Ausweitens von aktiven durch sektiererisch-konspirative Tuerei konterkariert. Eine Genossin aus dem Bereich der ehemaligen Hamburger Jobber-Initiativen schrieb mir vor kurzem:

»Ach, absurde Geschichten sind da gelaufen: eine Zeitlang hatten wir den Laden für, ich glaub, das ›Info-Pakete-Treffen‹ zur Verfügung gestellt und dabei mitgekriegt, daß Leute, die in den Laden geguckt haben oder gar reingekommen sind, sehr unfreundlich behandelt wurden. Wir mußten dann erstmal ne Runde erzählen, daß wir ne offene Arbeit machen, daß wir wollen, daß sich Leute für uns interessieren und in den Laden gucken, und daß es sich dabei i.d.R. keineswegs um Bullen handelt ... Realsatire.«

Ich denke, wo der Begriff »revolutionär« oder auch nur »politisch« nicht nur abstrakt bleibende Bekundung radikaler Moral sein sollte, gibt es einige elementare Kriterien, an denen ein solcher Anspruch überprüft werden muß. Zum Beispiel die Frage der politischen Ausweitung. Aus der Geschichte unseres Gesamtzusammenhangs habe ich aber den Eindruck, daß Handlungsmöglichkeiten uns oft nicht deshalb fehlen, weil der Staat sie uns aus den Händen schlägt, sondern weil wir die Hände nie danach ausgestreckt haben.

Front-Hungerstreik 1984/'85

Den letzten Ausschlag für das politische Auflaufen des Projekts »zusammen kämpfen« gab die Situation resp. die Politik der Gefangenen nach dem HS '84/'85. Wenn heute in anklagender Weise davon die Rede ist, der Kampf draußen solle sich doch unabhängig von der Lage der Gefangenen entwickeln, ist das eine richtige, aber späte Einsicht. Die Praxis aus 20 Jahren sieht nun wirklich anders aus!

So auch '84/'85.

Vor dem Hungerstreik hatte es, im besten Sinn des Frontpapiers, zwischen drinnen und draußen eine Diskussion mit dem Ziel gegeben, das alte Verhältnis unselbständiger – und so materiell ineffizienter – Solidarität mit den Gefangenen aufzulösen zugunsten eigeninitiativen Handelns und Denkens. Und so erreichte die Front in dieser Zeit ihren Höhepunkt und zugleich ihre Grenzen. Während die Gefangenen drinnen kämpften, gab es draußen eine Vielfalt von Initiativen und Aktionen. Noch nie hatte es aus und in unserem Zusammenhang eine solche konzertierte Dichte befreiend wirkender, phantasievoller, radikaler Initiativen gegeben. Leute, Gruppen, die – wie an ihren Erklärungen und Texten abzulesen – aus den verschiedensten Bereichen kamen, insbesondere aus den militanten Bewegungen, hatten eigeninitiativ

dazu beigetragen, daß zum ersten Mal eine Vorstellung mit Händen zu greifen war, wie diese Front sich in der Praxis entwickeln könnte. Indes wurde diese HS-Kampagne von Gefangenen am Ende als Niederlage definiert, nachdem es nicht gelungen war, die Zusammenlegung durchzusetzen. Wäre diese Kampagne nicht gebunden gewesen an die existentiell bedrohliche Situation von Gefangenen, sie wäre anders eingestuft worden. Aufgenommen worden wäre sie als eine Entwicklung, die zwar ihr unmittelbares Ziel nicht erreicht hatte, die jedoch als richtungsweisend unbedingt hätte festgehalten werden müssen. Aber aus der pessimistischen Sicht von Niederlage und Einkreisung ist es schwer möglich, in Fortsetzung der Zusammenarbeit drinnen/draußen ein Bewußtsein über eigene Möglichkeiten der Stärke, über diese Perspektive »zusammen kämpfen« zu verdichten; ein kollektives und konsolidiertes Selbstbewußtsein zu verschaffen über politische Kraft, wie sie sich entfalten kann, wo – wie gerade gehabt – vor dem Hintergrund eines mehr oder weniger gemeinsamen politisch-kulturellen Selbstverständnisses zahlreiche autonome Vorstöße auf ein gemeinsames Ziel hin unternommen werden, ohne daß dies aus dem Innern einer strammen Organisierung oder autoritär fabrizierten Einheit kommt. Mein Vorschlag 1985, nach Streikende, war, einen solchen Selbstbewußtwerdungsprozeß zu unterstützen, nicht zuletzt auch, um vom Bewußtseinshorizont der vermutlich eher vereinzelten Aktion zu einem Bewußtsein gemeinsamer Effizienz und Kultur zu kommen. Wie anders konnte Aktionismus überwunden werden?! Länger denn je bestanden draußen nach diesem Streik die Gruppen. Intensiv wurde über Organisierung und Kampfmöglichkeiten diskutiert – wenn aber eine Gefangene in einer doch dramatischen Erklärung den Leuten draußen gesagt wurde,(???) wir sollten alle umgebracht werden, sprich: schnelles Handeln ist unbedingt notwendig, hat das sicher nicht dazu beigetragen, vom aktionistischen Denken wegzukommen.

Ich hatte damals in meinem »Pimental-Brief« vom 27.10.85 geschrieben:

»... daß man Entfremdung nicht bekämpfen kann, man kann ihr nur das eigene, nicht-entfremdete Projekt entgegenstellen und gegen den Imperialismus durchsetzen. Das wären die Politics, die, wie Mao sagt, das Kommando übernehmen müssen. Die Offensive von Macht, Gesellschaftlichkeit und Moral von unten. Das militaristische und politisch defensive Bewußtsein der letzten Monate und Jahre, das jetzt beginnt, sich in Aktionen umzusetzen, liegt quer dazu ...

Natürlich ist die Situation in den Metropolen eine ziemlich andere, geht es nicht darum, daß wir das Proletariat organisieren oder so etwas. Aber es geht darum, einen Weg in die Gesellschaft zu öffnen – und die Aktion [gemeint ist die Erschießung des US-Soldaten Pimental] ist ein dicker Brocken auf diesem Weg. Und es geht darum, uns selbst ernst zu nehmen. Wir haben im Winter [gemeint ist der HS] eine erste Erfahrungsgrundlage und solide Ahnung von dem erkämpft: Macht, Struktur und Moral von unten. Darin steckt Orientierungs- und Beispielkraft, selbst bis in die reformistische Linke hinein. Wo ist das Bewußtsein von dieser Erfahrung, ihr ›Geist‹? ... Im Winter zeigte sich der Ansatz zu einer räteähnlichen Struktur, wie ichs mal ge-

nannt habe – zusammenkommen aus den verschiedensten Bereichen und Bewußtseinen. Es war die praktische Umsetzung zu der grundsätzlichen und wichtigen Idee vom Mai ’82. Von da aus müssen wir den nächsten Schritt tun. Weltweit – das führt weltweit davon weg. Im Winter zeigte sich die Möglichkeit dorthin: wir können das Subjekt sein.«

Nein, räteähnliche Struktur war wohl eine agitatorische Übertreibung. Aber was ’84 und ’85 in Bewegung gekommen war, zu bestätigen, statt es wieder davontreiben zu lassen, wäre schon Sache gewesen. Nach dem Hungerstreik gab es eine Kontroverse mit dem PCE(r). Die spanischen Genossinnen und Genossen hatten unseren Streik solidarisch begleitet und analysiert, und so kamen sie – genaue Beobachter der Mobilisierung, wenn auch durch eine marxistisch-leninistische Brille – zu der Forderung an uns, wir sollten eine Arbeiterpartei gründen. So ungenau dieser Vorschlag, steckte doch ein richtiger Kern darin: Hier, nach dieser Mobilisierung, mußte etwas transformiert werden aus dem Bereich des eher Spontan-Zufälligen in den Bereich des Kontinuierlichen, Strukturierten, Verknüpften und so Identifizierbaren. Neben Heidi Schulz, die sich mit Vorschlag und Kritik des PCE(r) auseinandersetzte, hatte ich mich dazu mit dem wechselnden Verhältnis von Partei und Klasse bei Marx und Lenin befaßt und machte daraus den Vorschlag, hier, in einigen Städten zu Gruppen, Zentren zu kommen, die nach einer Phase eines wechselseitigen Lernprozesses zumindest einen Teil jener Orientierung und Verantwortung übernehmen, die ansonsten einseitig bei RAF und Gefangenen lag und zu einer grundsätzlichen Schieflage führte. Um jenen »Aneignungsprozeß« gings mir also, von dem Eva Haule schrieb (taz, 14.4.89), notwendig, »um selbständig revolutionäre Politik entwickeln zu können.« Der Vorschlag wurde nicht zur Kenntnis genommen.

Wenn dieser Konstituierungsprozeß nicht gelaufen ist, hat das – von den Gefangenen aus – vor allem zwei Gründe:

Ideologische. Zur Gegenmacht kommen hieß »zur Front kommen« und dies wiederum zur bewaffneten Aktion kommen. Da war nichts von einem »Keim« neuer Gesellschaftlichkeit, in der das Realitätsmonopol des Kapitalismus sinnlich gewiß durchbrochen ist im kollektiven Selbstbewußtsein der gerade erzeugten Bewegung. Ein Bewußtsein jedoch, das sich an den Gegner veräußert, das die Bedeutung des eigenen Tuns ausschließlich an der Reaktion der Gegenseite glaubt ablesen zu müssen, ist nicht frei. Und somit auch nicht in der Lage, über das Vorgefundene hinauszugreifen, über das Bestehende hinauszubauen, mit einem Wort: revolutionär zu sein. »Strategie gegen ihre Strategie« – das konnte nie und nimmer strategiefähig werden.

Zweitens: Die Gefangenen und ihr existentielles Interesse treiben den Prozeß zwar immer wieder voran, lenken ihn darin aber gleichzeitig von einer eigenständigen Entwicklung ab. Sie ziehen sich damit den Boden unter den Füßen weg. So wurde die Mobilisierung des HS ’84/’85 unterschätzt, weil sie die ZL nicht gebracht hat; die Mobilisierung zum Streik ’89 hingegen, obschon auf deutlich humanitär-bürgerrechtlichen Grundlage, aber in die Gesellschaft hineinreichend und so zum ersten

Mal Risse im Staatsschutzblock der Macht bewirkend, wird überschätzt. Die Rede ist von einer »neu entstehenden revolutionären Bewegung« (Eva Haule und andere).

Es kam eine andere Diskussion. Nicht die emanzipative, sondern die autoritäre. Die RAF hatte 1985 einen GI der US-Armee erschossen, um an seinen Ausweis zu kommen. Es kam zu einem heftigen Streit darüber. Einige von uns hatten zu Zeiten des Vietnamkriegs hier stationierten GIs bei der Desertion nach Schweden geholfen. Die Ursache für die Schärfe dieser Auseinandersetzung lag aber auch in den bis dahin offen nicht angesprochenen Problemen, die einige Gefangene mit jenen harten Aktionen der RAF während des Hungerstreiks ’84/’85 hatten. Wäre etwa – gleich in den ersten Hungerstreiktagen – die Autobombe auf dem US-Stützpunkt in Oberammergau hochgegangen und hätte es dabei womöglich eine Reihe von Toten gegeben, die Gefangenen hätten ihren Streik gleich in der ersten Woche wieder abbrechen können. Von denen, die die Erschießung des Soldaten verteidigten (und damit eine bestimmte Vorstellung, wie revolutionäre Politik sich weiterentwickeln sollte), um sie hernach, nachdem die Autorität RAF sich kritisch damit auseinandergesetzt hatte, ebenfalls zu kritisieren, wurde diese Debatte in einer Art und Weise geführt, die vermutlich jenes Zusammen-Kämpfen, wie es Monate zuvor zum ersten Mal sichtbar geworden ist, strategisch beschädigte. Man/frau schlug sich gegenseitig Wunden, die späteres Zusammenarbeiten völlig blockierten.

Vor allem verlangten die Verteidiger der Pimental-Aktion ein Verständnis von Einheit, das jeden kritischen und damit lernbereiten Blick aufs eigene Tun und Denken moralisch verdächtigte und auf diese Weise jenem Geist des Zusammen-Kämpfens – von einer gemeinsamen revolutionär-militant-kulturellen Grundlage ausgehend, ansonsten aber autonom denkend und handelnd – entgegengesetzt war. Dort war es ein Zusammenwirken, das sich aus den verschiedensten Quellen speiste, und insofern eine Vorahnung dessen, was heute für revolutionär-emanzipative Prozesse überhaupt zur Herausforderung wird – hier ein Versuch, diese Entwicklung ins Korsett verdinglichter Front-Vorstellungen zu zwingen.

»Aber es gab keine politische Diskussion, keine Auseinandersetzung um die wesentlichen Fragen, und so konnten die bereits im Ansatz präformierten Grenzen und Fehler auch nicht erkannt und überwunden werden. Stattdessen führte das zu immer stärkerer Verdinglichung des politischen Bewußtseins: revolutionäre Politik war nur noch als bewaffneter Angriff denkbar, die militärische Aktion wurde zum nicht mehr hinterfragbaren Fetisch, Illegalität wurde zu einem Mythos, zur Verkörperung des ›Bruchs‹, zur Voraussetzung von Kollektivität schlechthin.« (Michael Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter: Über das Schleifen von Messerrücken, »konkret« 11/92)

Ähnlich wie die RAF in ihren ersten Jahren gegenüber der 68er-Revolute bzw. ihren Ausläufern standen wir Mitte der 80er spätestens vor der Situation, ein Verhältnis zu einer Revolte, zu einer Bewegung massenhafter Militanz zu gewinnen. Ei-

ne Wiederholung jener Avantgarde, wie sie seit ’77 als zumindest ungeklärte Frage im Raum stand, hätte dies nicht sein dürfen. Die Mobilisierung des Jahres ’84/’85 wäre der Ort gewesen, um das, was RAF und Gefangene tatsächlich antizipiert hatten, nämlich eine bestimmte Art zu kämpfen, Guerillamentalität, mit den Erfahrungen und Vorstellungen anderer, etwa Autonomen, zu etwas Gemeinsamen oder Wechselseitigen weiterzuentwickeln. Denn ohne das bleiben die selbstverständlich notwendigen Klassen- und sonstigen Analysen, Strategiedebatten, Internationalismus-Totgeburten, »unbewaffnete Propheten« (Gramsci), ideologische Glasperlenspiele. Avantgarde im Kontext RAF sollte aber zur ewig tragischen Schönheit werden. Ja, wir waren wirklich Avantgarde. Gab es dieses Vorangehen im orientierenden, beispielgebenden, politische Bewegung erzeugenden Sinn, nicht zuletzt im Kampf der Gefangenen – so wurde irgendwann der Versuch aufgegeben, darin mit anderen zusammenzukommen, um an diese Stelle anderes zu schieben: Kampf gegen die NATO, westeuropäische Front, Gesamtsystem etc., in dem das, was RAF ist, nicht mehr wiederzuerkennen war, aus sich heraus bei anderen nichts mehr auslöste und ihnen deshalb oft mit autoritären Methoden aufs Auge gedrückt werden mußte. Darin kommen die, diesen Weg seit langen Jahren, immun gegen jedes Argument oder Beispiel, unbeirrbar gehen, dann am Ende doch mit Linken draußen zusammen. Mit jenen und jenen Momenten, gegen die RAF 1970 einen anderen Versuch unternommen hatte. Der Klärungsprozeß, nach dem 1989 gerade von diesen Gefangenen laut gerufen wurde, hätte spätestens zu jenem Zeitpunkt geführt werden müssen. ’89 war das, was zwischen ’84 und ’86 damit noch hätte bewirkt werden können, nicht mehr zu erreichen. So fruchtbar eine solche Debatte damals hätte sein können, so unwirklich und unwirksam der Versuch eines antiimperialistischen Kongresses 1986 in Frankfurt, in dessen Verlauf eine grundsätzlich richtige, nicht zuletzt internationalistische Absicht auf den dogmatischen Hund gebracht wurde.

Wenn die Mobilisierung zum HS ’89 vorwiegend bürgerrechtlich-humanitären Charakter haben sollte, wie Christian Klar das in der taz vom 13.6.89 kritisch anspricht, dann erstens als Abgrenzung/Distanz zu einer politischen Gewalt, die selbst in Teilen der radikalen Linken auf heftigen Widerspruch gestoßen war, und zweitens, weil die Chance eines emanzipatorisch-aufbauenden Prozesses, in unseren Zusammenhängen schon immer unterbelichtet, spätestens in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ungenutzt geblieben war und so das politische Gewicht fehlte, das der HS-Mobilisierung ’89 einen deutlicheren Charakter hätte geben können.

Zwei Befriedungsinitiativen. Die erste läuft – sicher nicht zufällig – nach dieser mißglückten Möglichkeit, ’87/’88, ist mit dem Namen der GRÜNEN-Politikerin Antje Vollmer verbunden, Amnestie und Dialog werden propagiert. Die zweite, Kinkel-Initiative, kommt 1992 in einer vergleichbaren Situation.

Hungerstreik 1989 – Die Diskussion

Wenn der Hungerstreik ’89 anders war, Ausgangspunkt für die Entwicklung der Jahre danach, hatte das mehrere Gründe. Da ist viel hineininterpretiert worden. Etwa

das Kalkül der Gefangenengruppe, sich einem liberalen Spektrum anzudienen. Hat es nicht gegeben! Es war aber erstens klar, daß ein Hungerstreik, in dessen Verlauf es »gezielt tödliche Aktionen« gegeben hätte, zur Zusammenlegung nicht geführt hätte. Und zweitens, daß nach allem, wie die Verhältnisse in der antiimperialistischen Szene waren, die von dort zu erwartende Mobilisierung nicht hinreichen würde, die Zusammenlegung durchzusetzen. So hatten wir etwa die Enttäuschung erlebt, daß die, die sich auf uns bezogen, im Lauf der Berliner Anti-WWG-Kampagne 1988, wichtiges Ereignis internationaler Solidarität mit den Völkern des Trikonts, kaum präsent waren. Obschon es zu dieser Kampagne eine breite, militante und phantasievolle Mobilisierung bis rein in die Berliner Bevölkerung gegeben hatte, die tagelang Straßen, Plätze und Medien beherrschte, war von jenen, die doch jahrelang von weltweiter resp. europäischer Front gegen den Imperialismus gesprochen hatten, nichts zu spüren.

Neben solchen und anderen enttäuschenden Erfahrungen zeigten sich damals aber auch neue positive Ansätze. In drei am 8.8.88 in der taz veröffentlichten Erklärungen machte die Gruppe der Gefangenen aus der RAF deutlich, die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Gruppen zu wollen, vorausgesetzt, sich dabei, von den äußeren Bedingungen her, als Gruppe verhalten zu können. Im Oktober ’88 brachte ein Aufruf für Zusammenlegung, veröffentlicht vom Hamburger Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße, solidarische Unterstützung bis rein in Betriebe und Gewerkschaften, wobei mehr als einmal die Mut- und Initiativlosigkeit der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre angegriffen wurde. Möglicherweise Reaktionen jenes auch in gewerkschaftlichen Kreisen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ebenfalls durchschlagenden Bewußtseins, gegen das »Wolfsgesetz der neoliberalen und neokonservativen Gesellschaftsoptionen« einen »offenen Dialog und neue Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen und Gruppen« (ein IG-Metaller) zu suchen, ein Bewußtsein, dem die IG-Metall mit ihrem »Zukunftskongreß« November 1988 Rechnung tragen mußte. Nein, »zur Front« wären diese nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch beunruhigten Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler nicht gekommen! – die umfassendste Veranstaltungsreihe, initiiert und durchgeführt vor allem von der Angehörigengruppe, aber auch bereits zuvor vom holländischen Rechtsanwalt Pieter Bakker-Schut gelegentlich des Erscheinens seines »Stammheim«-Buchs, zeigte ein starkes Interesse an den Gefangenen und einer grundlegenden Änderung ihrer Situation. Auch in kleineren Orten, deren Lage wir erst auf dem Atlas suchen mußten, war ein zu deutliches Interesse vorhanden, als daß wir nicht politisch darüber hätten nachdenken müssen. Dies sind kurz gesagt die Gründe, weshalb die von Helmut Pohl 1989 veröffentlichte HS-Erklärung offener angelegt war als andere.

Der Hungerstreik war dann auch in mehrerer Hinsicht ein Einschnitt. Eine breite Solidarisierung, von den radikalen Linken über sich bis dahin abgrenzende linke Gruppen bis hin zu gewerkschaftlichen und kirchlichen Kreisen bewirkte zum ersten Mal ein Aufbrechen des Staatsschutzblocks, ohne indes an der harten Haltung der

Entscheidungsträger etwas ändern zu können. Als Resümee schreibt Christian Klar am 13.6.89 in der taz:

»Das bis dahin Erkämpfte ist nicht gar so wenig. Halten wir das fest. Weil darin überhaupt Momente der neuen Aufbrüche liegen. Es startete eine tiefe Wirkung der Mobilisierung in die Gesellschaft rein. Die Gleichschaltung der vergangenen Jahre ist aufgebrochen. Wirkliche Beziehungen zu ausländischen Gefangenen GenossInnen und zu kämpfenden sozialen Gefangenen wachsen... Gegen die selektierende und vernichtende Knastmaschine, Beziehungen, in denen jeder in ersten Schritten von sich ausgeht hin zu gemeinsamer Perspektive befreiender Ziele. Und schließlich ist eine Mobilisierung angeschoben, die erstmals, und das ist mehr als bloße Vermutung, jetzt auch ohne sofort neue Hungerstreiks die Schritte zum Ziel hin weitertreibt.«

»Neue Aufbrüche«? »Ohne weitere Hungerstreiks zum Ziel hin«? Etwas war geschehen?

Zum ersten Mal hatte der fast 20 Jahre bestehende monolithische Block der politischen Klasse, des Staatsschutzbunkers und der Medien Widersprüche gezeigt: »Die Gleichschaltung der vergangenen Jahre ist aufgebrochen.« Zum Ende des Streiks hatte es eine Reihe von Gesprächen gegeben: Brigitte Mohnhaupt und Helmut Pohl mit Kinkel; Helmut Pohl mit Kruse (dem damaligen Vorsitzenden der evangelischen Bischofskonferenz), mit Enzensberger, ein bei Däubler-Gmelin angefragtes Gespräch wurde von dieser abgelehnt; die Frauen in Nordrhein-Westfalen sprachen mit einem Justizstaatssekretär; die Frauen in Lübeck mit Klingner und Engholm; wir in Celle mit einem Abteilungsleiter aus dem – damals noch CDU – Justizministerium.

In Gang gesetzt worden waren diese Widersprüche von einer bis dahin nicht gekannten Solidarisierung, an der sich linke, alternative, gewerkschaftliche, christliche, humanitäre Tendenzen beteiligten, die sich bis dahin bei den Hungerstreiks meist außen vor gehalten hatten. Ein Verhältnis, das sich bis dahin oft in Distanzierung, wo nicht Denunziation erschöpft hatte, war im Lauf des Hungerstreiks – nicht zuletzt aus den bereits genannten Gründen – umgeschlagen in die Suche nach Diskussion und Dialog. Und dies nicht nur immer in der Absicht, den bewaffneten Kampf Knall auf Fall abzuwürgen:

»Wir wollen diese Diskussion nicht nur um ihrer selbst willen, sondern weil die Erfahrungen der Leute, die in den bewaffnet kämpfenden Gruppen waren, für den jetzt angestoßenen Prozeß für uns genauso ein Stück Geschichte und Erfahrungen der westdeutschen Linken bedeuten wie die Erfahrungen der Linken, die in den Gewerkschaften aktiv sind, die in die GRÜNEN gegangen sind, um dort radikale Politik zu machen, die kommunistische Organisationen gegründet haben, manchmal sogar darin geblieben sind oder die in den sozialen Bewegungen arbeiten.« (Radikale Linke, »Brief an die politischen Gefangenen, Juli 1989)

Hier dürfte seinen Ursprung haben, wovon Helmut Pohl am 27.8.93 in der taz schreibt: von einer Neuzusammensetzung der Umwälzungspolitik, die heute über das

linksradikale Spektrum hinausreichen könnte. Ja, in der Gruppe taucht die Einschätzung auf, es gäbe eine »neu entstehende revolutionäre Bewegung«. Wo aber 1993, ausgedrückt etwa in Helmut Pohls Erklärung, das Gewicht auf unserer seit zwanzig Jahren richtigen Politik liegt, der gegenüber, angesichts der kapitalistischen Durchbrüche, Teile der Gesellschaft in Erkenntnis der eigenen Lage ihre Isolation aufgeben könnten oder sollten, sprechen die Texte der Jahre 1989 bis 1992 – unter dem Eindruck von Hoffnung – eine andere Spache: Offenheit, kritischer Blick auf das Eigene, nicht zuletzt als Möglichkeit, Zugang zu anderen Tendenzen zu bekommen.

»Das stimmt wirklich in einem umfassenden Sinn, daß die ganze Phase der Kämpfe seit '80 vor zwei bis drei Jahren abgeschlossen war und etwas Neues angefangen hat ... Jetzt wird – und muß auch – alles auf einer neuen Grundlage weitergehen, und es wäre total viel verschenkt, wenn diese wichtigsten Erfahrungen, die in den letzten 20 Jahren im revolutionären Kampf hier gemacht wurden, nicht offen in die Diskussion gebracht würden. Na, einfach: Es ist viel zu lernen, und eine sich neu entwickelnde revolutionäre Bewegung braucht ein Bewußtsein davon, sonst hängt sie geschichtslos, bodenlos in der Luft.

Außerdem hab' ich wieder gesehen, wie sehr wahr das ist: aus den Fehlern lernen, sich weiterbringen – so läuft's. Unsere Geschichte. Also so will ich das jetzt auch: Unsere Erfahrungen offen in die Auseinandersetzungen bringen und offen sein für alle ernsten Fragen – egal, wie kritisch sie sind. Das ist auch ganz klar ein Stück für den Aneignungsprozeß, um selbständig revolutionäre Politik entwickeln zu können.« (Eva Haule, taz, 14.4.89)

1989 gibt es aus der Gefangenengruppe eine ganze Reihe engagierter Appelle für eine Diskussion zwischen drinnen und draußen, ja sogar »ausgehend von den – noch so schmalen – Möglichkeiten der kleinen Gruppe und dazu Initiative auch der Einzelnen« (Christian Klar, taz, 13.6.89).

Nein, eine neue revolutionäre Bewegung war da gewiß nicht im Entstehen, aber wie nach dem HS '84/'85 gab es angesichts der Solidaritätssignale aus den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft Gründe genug, politisch darüber nachzudenken und praktisch sich etwas einfallen zu lassen. Wenn Gefangene aus RAF und Widerstand in dieser nachdrücklichen Weise von offener und öffentlicher Diskussion reden, ist das erstens ein Politikum und zweitens werden Erwartungen geweckt. Bevor aber aus dem Knast auch nur ein nennenswerter Diskussionsanstoß kommt, lesen wir bereits wenige Monate später in einer Erklärung von Helmut Pohl:

»Ich habe mich mit ein paar Gefangenen verständigt, und wir glauben, die meisten denken so, daß es längst Zeit ist, unter der Geschichte nach dem Hungerstreik einen Schlußstrich zu ziehen. ... Heute hat sich nach unserem Eindruck draußen alles zum Thema ›Diskussion‹ hin verschoben, und die Zusammenlegung rutscht in den Hintergrund. Für uns aber steht die Zusammenlegung im Zentrum« (10.11.1989, Angehörigeninfo 27).

Um wenige Wochen vor der Kinkel-Initiative zu lesen:

»Das ist ganz einfach das konkrete Problem momentan, nicht nur für uns, wie man eine Diskussion in Gang bringt, oder vielleicht besser: eine politische Strukturierung an einer inhaltlichen Klärung der Auseinandersetzungen, die auf uns zugeflogen kommen, die man gar nicht raustüfteln muß.« (Helmut Pohl, Brief, Oktober '91, in: AK Drinnen & Draußen, Celle, Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992, Juli 1992)

Es geht mir nicht darum, anderen, vielleicht gar Helmut Pohl, Inkonsequenz nachzuweisen. Sich einzureden, man selbst habe alles klar, halte ich in diesen Zeiten schon für den Beginn des Irrtums. Aber ich denke, das Hin- und Herpendeln zwischen Diskussion als Metapher für Klarheit, Perspektive, Verständigung und Verbindung mit anderen (weil natürlich jenes Bedürfnis nach gemeinsam entwickelter Kraft mit anderen Sektoren, Klassen, unterdrückten Völkern, wie es in den Gefangenentexten '89–'92 zum Ausdruck kommt, das Urpolitische ist) – und Kampf, sich entscheiden, als Metapher für revolutionäre Subjektivität (die in der Tat von RAF und Gefangenen in einer Dimension verwirklicht worden ist wie sonst kaum von einer Gruppe der Linken seit '68), das erste als Ausdruck der Möglichkeit, das zweite als Ausdruck des Willens, dieses Hin- und Herpendeln zwischen zwei Polen zu überwinden, scheinbar gegensätzlich, tatsächlich aber nur in wechselseitiger Durchdringung zu einer anderen Wirklichkeit führend, wäre ein wichtiger Schritt gewesen. Wo aber das Revolutionäre identisch ist mit einem »nicht hinterfragbaren Fetisch« militärische Aktion, bringt sich jene revolutionäre Subjektivität um ihre politischen Möglichkeiten und so, früher oder später, auch um. In der revolutionären Subjektivität der RAF steckten ursprünglich auch andere Möglichkeiten. Das nicht gesehen, nicht darum gekämpft zu haben, ist die Niederlage.

1990 legte Karl-Heinz Dellwo der Gefangenengruppe einen ausgearbeiteten Vorschlag für einen Kongreß vor. Nicht ein Kongreß linker Experten und Spezialisten, sondern ein Forum, vielleicht als Ausgangspunkt für eine permanente Struktur der Verknüpfung und Auseinandersetzung, ein Kongreß, auf dem verschiedene Gruppen der Linken, der Frauenbewegung, der Autonomen, der Alternativen usw. ein Resümee ihrer Erfahrungen ziehen. (Der Vorschlag wird in der Gruppe ignoriert.) Die Linke in Lateinamerika hat das schon lange erkannt, sie hat sich Strukturen des Austauschs und gemeinsamer Suche geschaffen.

Es waren nicht viele, die zu dieser »großen politischen Auseinandersetzung« beitrugen. Michael Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter; Eva Haule mit einer sogenannten Zusammenfassung der Diskussion in der Gefangenengruppe (die nie gelaufen ist); die Illegalen, wir hier in Celle. In der vom Celler AK Drinnen & Draußen, Juli '92 herausgegebenen Sammlung von »Texten von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992« ist die offene Suche jener Zeit spürbar. Hält man diese Texte (bei denen im großen und ganzen jene fehlen, die dann

im Herbst '93 die Spaltung organisieren sollten) neben Beiträgen aus '93, ist auf den ersten Blick zu sehen, was da wo abgebrochen ist. Und wenn die beiden Erklärungen der RAF aus '92 mit der eigenen Geschichte kritisch umgehen, was ich nach all den Jahren der krampfhaften Nicht-Diskussion als wirklich befreiend empfunden habe, wenn in diesen Erklärungen die Einstellung der Angriffe auf Repräsentanten usw. mitgeteilt wird, kann man nun wirklich nicht behaupten, dies sei das eine, was die abgespaltenen Gefangenen gewollt hätten, ginge in eine ganz andere Richtung.

Wenn die politische Auseinandersetzung mit draußen und der Umgang mit der veränderten Situation nicht in die Gänge kommt, hat das verschiedene Gründe. Nach '89 wurden einschneidende Veränderungen sichtbar, in Deutschland, Europa, weltweit. Stichwortartig: der Zusammenbruch des Realsozialismus und des globalen Ost-West-Kräfteverhältnisses, von dem auch die Prozesse im Süden tangiert waren; die deutsche Vereinigung samt anschließender Kolonisierung Ostdeutschlands; der Golfkrieg und das dabei sichtbar werdende Umschlagen der inneren Verfassung Deutschlands in eine neue Qualität, insbesondere das Abtreten der von 68 herkommenden undogmatischen »Neuen Linken« als politischer Faktor im Land; das mehr und mehr ins Chaos taumelnde neoliberale Experiment; nicht zuletzt eine große Gefahr von Faschismus – kurz: es gab in der Restlinken den Eindruck, gegen eine solche Entwicklung Kräfte sammeln zu sollen, und dies hinein bis in gewerkschaftliche und bürgerliche Kreise. Die Stimmung des Mobilisiertseins, wo nicht Aufbruchs nach dem HS '89 verwandelte sich indes schnell in ihr Gegenteil, Gefühle der Ohnmacht, der Niederlage, der Depression machten sich breit. Zu tief der Einbruch, zu überholt die Denkweise, aus der der neue Versuch gestartet werden sollte. Jene oben mit ihrem »Brief an die politischen Gefangenen« zitierte »Radikale Linke«, die ihren Ausgangspunkt nicht zuletzt im HS '89 hatte, festgelegt indes auf die »Kraft der Negation«, gibt ihren Geist bald wieder auf. Ein Teil wird sich, so die Mitteilung eines bekannten Hamburger Gründungsmitglieds, schnell in Richtung Bündnis 90/GRÜNE und PDS verziehen, ein anderer Teil sollte mit Diskussionsbeiträgen erst 1992 rüberkommen, als sich die Chance bot, die Kraft der Negation an RAF und Gefangenen auszuprobieren. »Und Heuchler waren die, die sich brüsteten, sie hätten immer schon so gedacht, wie sie jetzt dachten, und die von anderen eine Eindeutigkeit und Militanz verlangten, die sie selbst nie praktiziert hatten. Genau die hatte ich damals ankommen sehen, das Wort Revolution auf der Lippen« (Alejo Carpentier, Le sacre de printemps, Frankfurt, 1993).

Ein weiterer Grund: Die Unmöglichkeit, zusammenzukommen und zusammen zu reden. Die Spaltung ist auch ein Produkt der Isolation. Aber diese Situation der Gefangenen erklärt nicht, weshalb ein Dutzend ehemaliger Gefangener draußen – die größte Zusammenlegung, die es je gab – nie in die Initiative gekommen ist.

Ein viertes Moment hängt auch zusammen mit einer Orientierung, wie sie Ende der 60er/Anfang der 70er kurz und knapp so benannt wurde: Die Aktion eint, Worte

spalten. Ulrike Meinhof, 1974: »Man ist eine Gruppe von Genossen, die sich entschlossen hat, zu handeln, die Ebene der Lethargie, des Verbalradikalismus, der immer gegenstandsloser werdenden Strategiediskussionen zu verlassen.« Richtig. Denn es war eine Situation, die international wie in Europa wie innergesellschaftlich in Kämpfen und Auseinandersetzungen eine Fülle von Erfahrungen, Wissen, »revolutionäre Bestimmungen« hervorgebracht hatte, was sich in einem lebendigen Prozeß ständig weiterentwickelte und sich zu einem Teil in den frühen RAF-Texten und im alten Info wiederfindet. Das Konzept Stadtguerilla entstand in dieser Situation – es war nicht vorstellbar ohne die Revolte von '68 und die Bewegung gegen den US-Völkermord in Vietnam, wie ja auch das Frontkonzept der 80er Jahre ohne die militanten Bewegungen der ausgehenden 70er/beginnenden 80er überhaupt nicht hätte ersonnen werden können. Realitätsfern deshalb der heutige Vorwurf an die Illegalen, sie hätten kein Konzept, als ob revolutionäre Politik das aufgesetzte Produkt von ganz wenigen sein könnte – eine Vorstellung, die doch gerade am Frontkonzept gescheitert ist.

An dieser Stelle noch ein anderer Aspekt zu Diskussion überhaupt. Eine ganze Reihe von Leuten draußen hatte in den letzten beiden Jahren den Eindruck, vor allem die Celler verträten heute eine »Position«, die von der, die sie die Jahre davor vertreten hatten, erheblich abweicht – und sie verkünden dies im alten Avantgardestil nach draußen. Einige sind darüber sauer. Wo dies nicht nur Zuschauerhaltung ist, ist darin mit Sicherheit ein Moment von Emanzipation. Es hat, nach der Spaltung, eine Reihe von Texten und Haltungen gegeben, in denen deutlich wird: Wir wollen eine inhaltliche Diskussion, weil wir uns nur so als Subjekt in dieser Auseinandersetzung verhalten können.

Celle war nie »Front« im hinreichend bekannten Tenor. Ich glaube nicht, daß es auch nur einen Brief von mir gibt, der diese doktrinäre Frontideologie bedient. Es hat von uns von Anfang an Kritik, aber keinen Bruch gegeben, denn tatsächlich hatte das Frontkonzept einiges für sich – wäre die Grundidee von einem offenen, emanzipativen Geist getragen worden, hätte daraus etwas anderes werden können. Das war nicht der Fall, die eingangs zitierte Selbsterkenntnis eines der Frontideologie ganz besonders verpflichteten Gefangenen über das Fehlen eines Keims neuer Gesellschaft kam zu spät. Auch wurden Möglichkeiten der Verbreiterung und Vertiefung, die sich immer wieder boten, nicht ausgefüllt. Unsere Widersprüche und Vorschläge, die wir hatten, haben wir in der Regel nicht verheimlicht, unsere Kritik aber auch nicht in öffentlich-systematischer Form vorgelegt. Dies war wohl ein Fehler. Schlimmer als es jetzt ist, hätte es dadurch auch nicht werden können. Wenn also die beiden letzten Jahre bei einigen wie ein unvermittelter »Positionswechsel« ankommt, mag das für die bis dahin fehlende deutliche und systematische Darstellung zutreffen.

Insgesamt gibt es bei den abgespaltenen Gefangenen als auch bei uns hier den Eindruck wechselseitiger Mißachtung über eine längere Zeit. Auch draußen gibt es

dieses Gefühl. Auch deshalb hätte ich es gut gefunden, wenn es, von der Spaltung als der inzwischen nötigen Distanz ausgehend, dennoch zu einer Diskussion gekommen wäre. Ich betrachte es nicht für ein Epochendrama, wenn eine Gruppe (oder Teile daraus), die über 20 Jahre unter diesen Bedingungen zu leben und zu kämpfen gezwungen waren, in einer Weise reagiert, die inakzeptabel ist. Diese Frage entscheidet sich eher daran, wie nach einer gewissen Frist damit umgegangen wird. Ich finde Leute, die heute versuchen, sich an diesem Debakel zu mästen, sagen nur etwas über sich selbst. Was soll die Klassenanalyse, wenn ein Teil draußen noch nicht einmal in der Lage oder auch nur bereit ist, sich in die Situation hineinzudenken, die doch seit 20 Jahren so unübersehbar extrem ist? Wo sich welche aber noch nicht mal in die Situation von Gefangenen versetzen können, welchen Zugang – außer einem ideologisch gesteuerten – mochten sie zum Alltag jener Klasse gehabt haben, von der sie so gerne reden? Ich bin skeptisch gegenüber »Positionen«, insbesondere, wo sich das im Ablegen von politischen Bekenntnissen (für Internationalismus, gegen Patriarchat) erschöpft. Ob das Projekt eines internationalen Kampftags für Gefangene richtig oder falsch ist, wird sich erst hinter den Forderungen und Überschriften entscheiden. Wenn welche mit jener radikalen und findigen Guerillamentalität diesen Kampf beginnen, könnte etwas darüber hinaus Impulsgebendes daraus werden. Wenn es im sektiererischen Stil beackert würde, sollten wir es lieber gleich vergessen.

Ich hatte einen Entwurf dieses Textes mit einigen FreundInnen draußen diskutiert. Einer sagte mir dabei: Wenn du vom Kampf um Würde schreibst, können wir draußen das so direkt nicht nachvollziehen. Ich reagierte spontan und heftig: Doch, hier mußt du deine Würde tagtäglich verteidigen, und vor allem im Trakt und in der Isolation war das ein Kampf, der jeden Tag sehr deutlich spürbar an deinen Kräften zehrte. Auseinandersetzungen, ob sie und wie sie mit Gefangenen und untereinander laufen, haben andere Bedingungen als draußen.

Das Desaster – Die politische Leere

1992. Die Vehemenz, mit der Klärungsprozesse gefordert werden, ohne zu Resultaten zu kommen, entspricht der politischen Leere des Jahres 1992. Die alten, seit 20 Jahren gültigen Gewißheiten sind erschüttert, neue nicht in Sicht. In dieser Krisenzone – in der die Gefahr eines letzten Stillstands ebenso gegeben ist wie die Chance, neue Ufer zu erreichen – wird erstens von fast allen fast alles gedacht und gesagt, was 20 Jahre lang von fast niemandem gesagt wurde, und zweitens wird der Staat initiativ. Wobei zweitrangig ist, welche Ziele er mit dieser Initiative verfolgt. Entscheidend ist, daß er die Initiative in die Hand bekommt. Und so wird aus dieser Kinkel- und/oder KGT-Initiative eine Köpfe-füllende monströse Angelegenheit. Wohl wissend um den inneren Zustand der Gruppe fordert der Verfassungsschutz die Zusammenlegung, lange vor 1992 (die Gefangenen sollen sich zerstreiten) – und identifizieren Gefangene die Kinkel-Initiative sofort als Spaltungsmanöver. Weshalb sollte sich diese Gefangenengruppe, 20 Jahre lang auf Leben und Tod zusammen kämpfend, von einer solchen Initiative spalten lassen?

Nein, es ist nicht der Knast, der nicht mehr auszuhalten ist. Wir haben in fast 20 Jahren gelernt, auch extremste Situationen mit Sinn und Leben und Kampf zu füllen, weshalb sollte das jetzt plötzlich abbrechen? Wenn 1993/94, in der Spaltung, jene Mentalität politischer Auseinandersetzung, aus der 1985 die Pimental-Debatte geführt wurde, in aller Unbefangenheit neu aufgelegt wird, offenbart sich hier, wenn auch in zugespitzter Form, die vermutlich unabänderliche Kontinuität einer bleischweren Unbeweglichkeit, in der das Bewußtsein, das Menschen, Dinge, sich selbst in deutlich spürbarer Bewegung hält, kurz: revolutionäre Identität schon lange zur »Position« festsetzte, geronnen ist. Der Raum, in dem »RAF« zu suchen begonnen hatte, war aber ein anderer gewesen. Dorthin als Gruppe zurückzukehren, war unser Versuch der vergangenen Jahre. Danach soll fragen, wer uns kritisiert. Ja, dies wäre ein Sich-Auseinandersetzen auf völlig anderer Ebene, wäre es doch immer sofort auch eine Frage der oder des Kritisierenden an sich selbst. »Position« indes, Begriff von '92 und danach, ist das, was übrigbleibt, wo die Frage revolutionärer Subjektivität außen vor gelassen wird. Der Verlust liegt in einer Politik, die es schon lange aufgegeben hat, diese Emanzipation auf allen Ebenen des Denkens und Handelns, von Praxis und Theorie anzustreben, zu organisieren, aufleben zu lassen. Als dieser Raum spätestens mit der verdinglichten Vorstellung von »zusammen kämpfen« verlassen wird, wird aus strategischem Defizit politische Orientierung, von nun an sieht alles anders aus, die Spaltung ist da nur die Endmoräne.

Wären jene Energien, die noch 1993/94 für eine Spaltung zur Verfügung stehen, die Jahre zuvor genutzt worden, um den emanzipativ-suchenden Weg der Illegalen, einiger Gefangener, von Leuten draußen mitzugehen statt sich auf das Herausgeben von Diskussionsappellen zu verlegen – ich bin mir sicher, das Jahr 1992 wäre zu diesem Desaster nicht geworden. Ob Gefangene rausgekommen wären, darüber will ich nicht spekulieren. Aber es wäre Erinnerungsarbeit gelaufen, inhaltliche Substanz beschafft worden, ein neues Netz von Verbindungen wäre entstanden. Beides auf der Höhe der Zeit: möglichst breites Sammeln von Kräften gegen die Gefahr von Faschismus, bei gleichzeitiger und immanenter Entwicklung einer radikalen Perspektive, radikal im originären Sinn, den Verhältnissen und ihren objektiven Verankerungen auf den Grund gehend. Daraus ist nichts geworden, und so ist die inhaltsleere Härte, wie sie aus den Spaltungstexten spricht, tatsächlich Orientierung in eine Richtung, wie sie Eva Haule nach der April-Erklärung der RAF zutreffend kritisiert:

»Jetzt schrieb mir gerade jemand aus Berlin, daß die Entscheidung der RAF und was wir Gefangene dazu gesagt haben, bei manchen Leuten ›Gefühle der Ohnmacht und Niederlage‹ ausgelöst habe und sie nur noch alles ›zusammenbrechen‹ sehen. Das kann ich mir einerseits erklären, so wie die Lage der Linken ist und weil ich weiß, daß für viele hier mit der RAF und ihren Aktionen eine ganze Menge vor allem emotional verbunden war, Hoffnungen, ›der Kampf geht weiter‹ ... Alles das. Aber andererseits sind diese Reaktionen politisch völlig leer, und das Denken, das sich darin ausdrückt, darf uns heute nicht mehr ausreichen« (Brief, 25.4.92).

Nach der Erklärung der RAF vom 10.4.92, in der sie die Einstellung der Angriffe mitteilt, bestätigt Irmgard Möller im Namen aller Gefangener:

»Wir sehen auch heute noch um vieles deutlicher, als es schon Mitte der 80er zu erkennen war und im Hungerstreik '89 von uns das erste Mal angepackt und in eine Praxis umgesetzt wurde, daß die globalen und innergesellschaftlichen Umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache Fortsetzung der Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre unmöglich machen.«

Und wenn Hanna Krabbe im Fernsehinterview der Lübecker Gefangenen vom 16.5.92 die Frage aufwirft, ob Gewalt – angesichts heutiger gesellschaftlicher Zustände – überhaupt noch die Funktion haben kann, »gesellschaftliche Widersprüche aufzubrechen, sichtbar zu machen und zuzuspitzen«, wenn es in der Gefangenengruppe niemanden gegeben hat, der Irmgard Möllers Erklärung widerspricht, ist das eine authentische Auskunft darüber, wo sich die Gruppe im Frühjahr 1992, dem Zeitpunkt also, als sich die Reaktionen auf die Kinkel-Initiative herausbilden, befand. Dieser Satz wird auch dann nicht falsch, wenn es – intern – auf die April-Erklärung der RAF selbst Kritik gegeben hat, die indes von ähnlich diskussionsfernem Zuschnitt war wie gewisse Spaltungstexte.

Und folglich setzen auch alle Gefangenen an der Kinkel-Initiative an. Skeptisch zwar, im Bewußtsein oder zumindest mit dem Appell verknüpft, um Freilassung resp. Zusammenlegung kämpfen zu müssen, aber grundsätzlich verworfen wurde sie von niemandem. Entgegen heutiger Legende kommen doch recht weitgehende Vorschläge, wie auf die justiz-institutionelle Ebene eingegangen werden soll. In der Pressemitteilung der VerteidigerInnen der politischen Gefangenen in der BRD vom 24.2.92, abgestimmt mit den Gefangenen, wird gesagt, Kinkel habe damit »eine neue Position in der öffentlichen Diskussion« eingenommen, »sich damit der politischen Realität genähert«. In ihren Beiträgen zu den 1. Mai-Demos in Stuttgart und Frankfurt fordern ehemalige Gefangene »vor dem Amtswechsel von Kinkel«, daß »eine Entscheidung getroffen wird für die Freiheit aller politischen Gefangenen« und daß die Regierung jetzt Kontakt zu den Gefangenen aufnehmen solle (clockwork 129a, 22.5.92). Im Angehörigen-Info vom 28.2.92 bekräftigt Eva Haule die Haltung, »auf den Punkt zu gehen, an dem wir einhaken und mit dem, was wir wollen, weiterkommen zu können statt nur die ›Counterschnute‹ zu ziehen und sich zurückzulehnen.« Bei diesem Appell sollte es – von der eben bereits erwähnten »Zusammenfassung« einer nie dagewesenen gruppeninternen Diskussion abgesehen – dann aber auch bleiben. Wenn Wochen nach der Kinkel-Initiative sich die Anfragen von draußen häufen, was die Gefangenen denn nun wollten, konkret: nach einer grundsätzlichen Orientierung, einer Erklärung der Gefangenengruppe geradezu gerufen wurde, um draußen handlungsfähig zu werden, wird das mit dem Hinweis auf fehlende Zusammenlegung resp. Diskussionsmöglichkeit ausdrücklich abgelehnt. Das alte Muster. Wieder ist es die Situation der Gefangenen, die zum politischen Angelpunkt gemacht wird – vorgeschobenerweise, denn Hungerstreikerklärungen wa-

ren ja auch machbar, nicht zuletzt diese Spaltung. Wenn im April die RAF etwas sagt, dann nicht zuletzt deshalb, um dieses Vakuum zu füllen.

Trotz dieser weitgehend übereinstimmenden Wahrnehmung der Kinkel-Initiative vom Januarbeginn 1992 gab es also erhebliche Unterschiede in der Frage, wie praktisch darauf zu reagieren ist. Verweigerung hielten wir hier stets für die letzte aller Möglichkeiten. Möglicherweise kommt hier aber wieder jenes andere Moment zum Tragen: Wer davon ausgeht, daß die Situation so ist, daß Teile der Gesellschaft, über die Linke hinaus, in welcher Form auch immer, sich unserer Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre zuwenden könnten, wer davon überzeugt ist, daß »widerständische« Auseinandersetzungen auf uns zugeflogen kommen könnten, der wird vermutlich von einem real (oder potentiell) erheblich stärker zu unseren Gunsten existierenden Kräfteverhältnis ausgehen (so jedenfalls die Skizze, wie sie sich aus der Erklärung Helmut Pohls vom 27.8.93 ergibt) –, während welche, die wie wir eine solche Einschätzung unmittelbarer Möglichkeiten nicht hatten, eher davon ausgingen, uns ins Zeug legen zu müssen, um das politische Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten zu verschieben. Vor einem Jahr hatte ich in »Gesellschaft oder Ghetto« davon gesprochen, daß Kinkel Januar 1992 der Öffentlichkeit den Gedanken der Freilassung von RAF-Gefangenen in den Kopf gesetzt hatte, »eine neue Position in der öffentlichen Diskussion«, und daß es darum gegangen wäre, diese Situation für uns weiterzuziehen und auszubauen, den Gedanken einer Freilassung offensiv zu vertreten, der öffentlichen Position Kinkels und anderer die eigene Kampagne entgegenzusetzen. Wie konnten wir, die wir eben noch von der »großen politischen Auseinandersetzung« mit allen gesellschaftlichen Gruppen geredet hatten, dies an unsere Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte delegieren, wo eben jene gesellschaftliche Gruppen über uns sprachen?!

»Nach der Entscheidung der RAF und den endlich möglich gewordenen öffentlichen Stellungnahmen der Gefangenen aus der RAF in Fernseh- und Zeitungsinterviews gibt es immer mehr Interesse der Öffentlichkeit, über die Gefangenen zu sprechen« (Vorbereitungsgruppe Demonstration am 20.6.1992, Mitteilung an die Presse, Bonn, 16.6.1992).

Bereits Mitte Januar legt Karl-Heinz Dellwo den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der Gefangenengruppe vor. Er beginnt mit einer skeptischen Einschätzung der Kinkel-Initiative: Bereits während des HS '89 hatten RAF und die Gefangenen »die politische Situation grundsätzlich aufgemacht ... von oben kamen nur Reaktionen, den Krieg bis zum ›Endsieg‹ fortzusetzen«.

Verschärfung der Haftbedingungen, bundesweite Zellenrazzien, Anwaltsverfolgung, Hetzkampagnen, draußen weiter Repressionsbetrieb gegen Linke und als Abschluß: Ein halbes Dutzend neuer Anklagen gegen Gefangene, die teilweise schon über zehn Jahre im Gefängnis sitzen, teilweise bereits zu mehrfach lebenslänglich verurteilt wurden oder kurz vor dem Ende langer Haftstrafen stehen. Gegen die Illegalen neue Fahndungsoffensiven und die alten Illusionen ...

Abschwören ist kein Weg. Auch die 8 werden nicht abschwören. Und es wäre auch kein Weg, zu denken, alle Gefangene müßten diese langen Strafen absitzen und sie könnten einzelne Gefangene bis weit übers Jahr 2000 im Gefängnis halten und von unserer Seite gäbe es keinen Kampf mehr.

Insgesamt dreimal werden in dieser zweiseitigen Vorlage die geplanten Kronzeugenprozesse als Hindernis angeführt, um zu einem politischen Umgang mit der Lage zu kommen. So auch in allen Interviews 1992. Aber diese oder irgendeine andere Erklärung wird grundsätzlich abgelehnt. Vielleicht hatte dieses Nein Gründe in einer von diesen Gefangenen erwarteten Einstellungserklärung der RAF, von der sie sich möglicherweise mehr politische Schubkraft für Freilassung/Zusammenlegung versprachen als von einer eigenen Erklärung. Ich weiß es nicht.

Die RAF berichtet in ihrer Erklärung vom 2.11.93, daß es jenen Gefangenen, die von ihr die Einstellung der gezielt tödlichen Angriffe verlangt hatten, um eine Gesamtlösung gegangen sei. Eva Haule schreibt am 25.4.92 in »Sandkörner« (Reader zum Forum 1, Anti-WWG, München, 1992):

»So sind wir '89 in den Streik. Wäre die ZL und die freie Kommunikation erreicht worden, hätte das damals schon ein Aussetzen der Kommandoaktionen bedeutet, denn in der Diskussion, die wir '89 wollten, sollte es um neue gemeinsame Grundlagen für die gesamte revolutionäre Bewegung gehen; was die Priorität des politischen Prozesses einschließt und daß er offen ist für eine grundsätzliche Klärung ALLER Fragen ...

Für uns ist JETZT DIE politische Zeit, in der unsere Freiheit erkämpft werden kann, in der auch der Schritt der RAF richtig und dafür eine Voraussetzung ist – anders wäre ›Freiheit‹ bloß ein schöner Traum.«

Wie bereits gesagt, wissen wir nicht, worum damals der Streit ging. Aber eine solche Erklärung wie diese fällt ja nicht vom Himmel. Es ist ein Gedankengang, eine Logik, die der Erklärung von Irmgard Möller vom 10.4.l992 weit näher sind als den 1993 im nachhinein entwickelten Legenden: da die Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre nicht mehr so einfach fortgeführt werden kann, Suche nach neuen Grundlagen und Einstellung der Angriffe, damit die Freilassung nicht nur ein Traum bleibt, sondern eine realistische Perspektive bekommt. 1993 sollte der Vorwurf, die Situation der Gefangenen an den bewaffneten Kampf gebunden zu haben, einer der Hauptgründe für die Spaltung sein.

Aber selbst wenn diese Haltung nicht von allen Gefangenen geteilt wurde – wovon ich ausgehe –, wie Helmut Pohl jene Einstellung, wie sie von ihm und einigen anderen Gefangenen von den Illegalen gefordert wird, begründet, wird das Ganze dann tatsächlich fragwürdig. Nein, um eine Aufgabe des Kampfs sei es nicht gegangen. Aber Freilassung aller! Wie hätte dieser Vorstellung zufolge der gemeinsame Kampf von Illegalen und – dann – ehemaligen Gefangenen ausgesehen? Die Ex-Gefangenen hätten den bewaffneten Kampf in der Theorie richtig gefunden – und die

Illegalen hätten ihn in der Praxis geführt. Denselben Widerspruch hatten wir bereits vor 25 Jahren. Auch damals gab es welche, allerdings in anderen Dimensionen, die den bewaffneten Kampf richtig fanden. Sie liefen durch die Straßen von Berlin, Frankfurt, Hamburg und München und riefen zu Tausenden: »Für den Sieg des Vietcong!« und dann gab es damals welche, die dazu in einer bestimmten Weise Nein gesagt haben. Sie sprachen von revolutionärer Identität, von der Einheit von Sagen und Tun. Das war der Beginn der RAF. Wer für sich selbst den bewaffneten Kampf beendet, wer inhaltlich nichts dazu beiträgt, eine solche Zäsur inhaltlich zu bewältigen und für andere begreifbar zu machen, wer sich nicht darum bemüht, zumindest in Gestalt erkennbarer Suche nach weiterführenden Perspektiven deutlich zu machen, daß es nicht um »Aufgabe des Kampfs« geht, sollte nicht spalten. Ich finde es nicht korrekt, bei anderen draußen einen Eindruck entstehen zu lassen, der dazu beitragen könnte, daß sie ihr Leben aufs Spiel setzen.

Ich kann mir vorstellen, daß die Illegalen durchaus damit einverstanden waren, wenn die Gefangenen jetzt versuchen, rauszukommen. Ich kann mir auch vorstellen, daß sie bereit waren, den Kampf alleine weiterzuführen. Keine/r der bisher entlassenen RAF-Gefangenen ist in die Illegalität zurückgegangen. Aber nach allem, was ich in ihren Erklärungen ab April 1992 gelesen und gespürt habe, kann ich mir nicht vorstellen, daß sie sich diese Einstellung, eine solche Zäsur anders denken konnten als auf der Grundlage einer inhaltlichen Durcharbeitung und ihrer Vermittlung. Sie wollten nicht nur den formalen Schritt, sie wollten einen inhaltlichen, sich als Subjekt zur eigenen Geschichte verhalten. Das Problem ist doch nicht, daß die Illegalen diesen Weg eingeschlagen haben, sondern daß zuviele zurückgeblieben sind, um im ihnen geeignet erscheinenden Augenblick den Daumen nach unten zu drehen. Das Problem ist doch, daß der größte Teil der Gefangenengruppe sich diesem notwendigen Prozeß verweigert hat und deshalb jede Einstellungserklärung, ohne einen gemeinsamen Begriff der Situation zur Grundlage zu haben, in der Luft hängen mußte. Was für eine revolutionäre Identität, die in wenigen Sätzen dem Rest der Welt mitteilen will, Mitte der 80er Jahre sei eine Phase zu Ende gegangen – um diese dann über eine Formel von der Legitimität des bewaffneten Kampfs wegzutippen wie ein langweilig gewordenes Fernsehprogramm! Und dies bei all den Toten! Warum ausgerechnet einzelne Feministinnen, die doch über die Wechselbeziehung von Subjektivem und Objektivem etwas wissen, damit Probleme haben, wenn die Illegalen auf einem bewußten Verhalten zu ihrer eigenen Geschichte bestehen, wenn sie Nein sagen zu einem Subjekt-Objekt-Verhältnis der geschilderten Art, hat sich mir nicht erschlossen. Es fällt mir schwer, mir nach fast 20 Jahren Abwesenheit aus dieser Gesellschaft ein Bild von der Frauenbewegung zu machen (und vom Ablegen parolenhaft-entfremdeter Bekenntnisse halte ich schon gar nichts!), aber wenn ich das doch richtig verstanden habe, war da die Rede von starken Frauen, die sich auf eigene Identität, auf eigene Kraft, auf eigene, bewußt gemachte Geschichte verlassen. Ich habe das Gefühl, wenn solche emanzipative Kraft in den letzten Jahren in unserem Zusammenhang wirksam geworden wäre, wären die Jahre '92 und '93 anders verlaufen!

In der zweiten Hälfte '93 schließlich die Illusion, diese politische Leere durch die bekannte Schuldzuweisung zu füllen. Nochmal: Wir haben niemandem ein Angebot gemacht und hatten dies auch nicht vor. Wo jemand wie Ströbele davon spricht, daß im Fall einer ausbleibenden Deeskalation in der Gefangenenfrage die Möglichkeit einer erneuten Eskalation bewaffneter Aktion wahrscheinlich ist, kann dies gelesen werden als konkrete Drohung, als konkretes Angebot – oder es kann genommen werden als das was es für Reuter war: die Lageeinschätzung eines früheren aktiven RAF-Anwalts, Kenner der Sachlage, der die Entwicklung verfolgt und der bei Bubis und Reuter formell ausdrücklich als Vertreter einer politischen Gruppierung auftritt, die weder RAF noch Celler Gefangene noch Gefangene aus der RAF und Widerstand heißt – noch sonst irgendwie mit uns in Verbindung gebracht werden kann. Und so war damit auch kein Risiko verbunden. Wir haben niemanden beauftragt, mit dem Verfassungsschützer Benz Kontakt aufzunehmen. Von Reuter/Bubis wußte er nichts. Eine Vermittlung welcher Art auch immer durch ihn hat nicht stattgefunden und war auch nicht beabsichtigt. Im Kontrast zu den von Brigitte Mohnhaupt und anderen, zu den im Spiegel und im Angehörigen-Info aufgetischten umfangreichen Einzelheiten und Abläufen, die wir dort erstmalig nachlesen, erfahren konnten wie jede/r andere auch, mag diese Mitteilung dürftig erscheinen. Aber sie entspricht dem Begriff dessen, was gewesen ist. Daß andere Gefangene sich aber auch davon überfahren fühlen, kann ich nachvollziehen. Im umgekehrten Fall wäre mir das vermutlich genauso gegangen. Auch wenn diese, von uns selbst als peripher und aller Wahrscheinlichkeit nach als nicht besonders effektiv empfundene Initiative nicht gerade ein unerklärlicher Ausbruch aus einem lebendigen Kollektiv war – Alleingang war es allemal. Ein Gespräch mit Bubis würde ich auch heute noch führen, er aber vermutlich nicht mehr mit RAF-Gefangenen. Er hat in den letzten beiden Jahren einen engagierten Antifaschismus vertreten. Als der bekannteste Repräsentant der deutschen Jüdinnen und Juden teilt er bei seinem Outing zum Vorgang selbst eine Auffassung mit, die mit der öffentlichen Meinung übereinstimmen könnte. Das ist gut so. Die Möglichkeit eines Kontakts zu bürgerlichen AntifaschistInnen dürfte mit dem, wie das jetzt gehandhabt wurde, auf lange Zeit verbaut sein. Schließlich: Wenn im Papier der Tübinger Gruppe die Frage aufgeworfen wird, ob in der oben erwähnten Lageeinschätzung ein Widerspruch steckt, kann ich das nur mit Ja beantworten.

1991 beschäftigten mich zwei Fragen: Perspektive für die Gefangenen; politische Perspektive, wie kann dieser Sinn, wie er trotz allem in den letzten 20 Jahren steckt, heute und morgen wieder lebendig werden. Zum ersten Punkt vertrat ich die Auffassung, daß die Zusammenlegung ein Ziel für erste Knastjahre sein kann, daß es aber keinen Sinn macht, nach 10, 15, 20 Jahren für Zusammenlegung zu kämpfen. Perspektivisch jedenfalls. Politisch schief vor allem deshalb, weil das Sich-Abfinden mit der Tatsache der Gefangenschaft, ja, des Gefängnisses überhaupt, etwas zutiefst Unrevolutionäres, Defensives, ja, Resignatives hat. Zur politischen Einschätzung kommen, daß eine Freilassungskampagne zu diesem oder jenem Zeitpunkt aussichtslos

ist, ist das eine, ob Gefangenschaft in Frage gestellt oder hingenommen wird, das andere. Vor allem sagt es etwas aus über das Verhältnis zum kapitalistischen Zwangssystem überhaupt. Es hat ja wohl auch in der Frauenbewegung, um das, worum es mir geht, an einem Beispiel zu verdeutlichen, nie eine Diskussion darüber gegeben, statt für Frauenbefreiung und gegen Patriarchat nur für Frauenhäuser zu kämpfen, da die Abschaffung des Patriarchats angesichts heutiger Verhältnisse erstmal nicht durchsetzbar sei. Die Frage, die uns vor einiger Zeit mal erreichte, ob wirs denn im Knast nicht mehr aushalten, ist so sinnvoll wie die Gegenfrage, ob ihr's denn im Kapitalismus nicht mehr aushaltet.

Gleichzeitig bemühte ich mich, zu der 1989 angesagten »großen politischen Auseinandersetzung« etwas beizutragen. Deshalb mein Austausch mit Tupamaros und anderen, deshalb inhaltliche Beiträge. Ich bin der Auffassung, wenn von einer solchen Zäsur die Rede ist, muß Nachforschen einsetzen. In beiden Momenten – Bruch mit dem von manchen verinnerlichten Knast; bewußt gemachte und vermittelte Zäsur – steckt ein emanzipatives Moment: Durchbrechen eines verdinglichten, oft in erstarrten Formeln und Denkmustern steckengebliebenen Politikverständnisses. Von einem Hinter-sich-Lassen solchen Entfremdungsstresses – sei es beim Absender, sei es beim Empfänger – verspreche ich mir das Freiwerden enormer Energiemengen, die ansonsten dafür verbraucht werden, labile ideologische Konstrukte in Schach zu halten. Die beiden letzten Jahre sind ein trauriges Beispiel dafür.

Ich denke, ein solcher oder ähnlicher, weniger spektakulärer, dafür inhaltlich aufbauender und vermittelnder Prozeß hätte mehr gebracht; die Erklärung, gezielt tödliche Angriffe einzustellen, hätte drinnen und draußen eine gemeinsame politische Grundlage gehabt. So aber öffnet diese politische Leere dem Taktieren untereinander Tür und Tor.

Vom Kampf zweier Linien zu sprechen, scheint mir etwas voreilig. Darunter verstehe ich doch etwas anderes. Da ist viel zu wenig herausgearbeitet. Solche spektakulären Interpretationen befriedigen wohl eher das Bedürfnis nach flinker Einordnung, einen aufklärenden Beitrag kann ich darin nicht erkennen. Es wäre eine weitere deprimierende Erfahrung, würde diese unsere Geschichte zum Steinbruch, aus dem auf die Schnelle Brocken herausgebrochen werden, um die jeweilige »Position« zu untermauern. Dennoch ist heute festzuhalten, daß es seit langem auseinanderstrebende Tendenzen gibt, in sich selbst jeweils nicht ohne Widersprüche, von persönlichen Animositäten überlagert und zur Dimension eines Bruchs nicht zuletzt dadurch gebracht, daß die Freiheit, mit Konflikten eher vertrauensvoll als verbissen umzugehen, zu wenig vorhanden war.

Wir hier in Celle haben seit Mitte der 80er Jahre in Richtung einer emanzipatorischen Gegenmacht gesucht. Will sagen: Befreiung braucht die Mobilisierung und Organisation von Aktionskraft, aber ohne die Mobilisierung und Organisation von Zuneigung zur eigenen Kraft, zu Talenten und Bedürfnissen wird das im Subjektiven

über Aktionismus nicht hinauskommen. Selbst wo man einen weitgehend »militärischen« Standpunkt einnehmen wollte: Daß dies kriegsentscheidend ist, hatte – in seinem Klasseninteresse verallgemeinernd – bereits ein Clausewitz einer revolutionären Armee seiner Zeit abgeguckt. Bewaffneter Kampf ist indes eine autoritäre Angelegenheit, und je ungleicher das Kräfteverhältnis, desto größer die Gefahr solcher Verkürzung der Perspektiven. Zeit und Kraft für lange Entwicklungswege ist da so gut wie nie. Aber auch daraus könnte noch etwas rausgeholt werden in einer Epoche, wo das Zeitgefühl verschwimmt angesichts von Zuständen, die in jedem Punkt schon fertig zu sein scheinen, unkorrigierbar kontrolliert und beherrscht – und so beginnen und beenden, unterbrechen und neu anfangen, wovon das Zeitgefühl lebt, sinnlos erscheinen. Guerillamentalität! Zu lange haben wir uns in diesem Widerspruch zwischen Sehnsucht nach Befreiung und Zwang zur Härte bewegt, als daß uns das nicht alle verändert hätte. Davon spricht unser Alleingang nicht weniger als die Art und Weise, wie diese Spaltung vollzogen wurde. Es wäre nicht der erste revolutionäre Krieg, der sich durch sich selbst seines ursprünglichen Ziels beraubt. Lenin spricht am Ende des Bürgerkriegs vom Verschwinden der Arbeiterklasse. Womit er nicht deren physische Dezimierung und Zerstreuung in alle Heimatdörfer meinte, er spricht, mit Blick auf die Barbarei dieses Kriegs, vom Verlust jenes einzigartigen, kämpferischen und Talente freisetzenden Klassen-Selbst-Bewußtseins, das Herz und Verstand jenes emanzipatorischen Sozialismus-Projekts hätte werden können, das er, ausgerechnet im Streß des Revolutionssommers '17, in »Staat und Revolution« und benachbarten Überlegungen entworfen hatte. Die Partei sollte da doch ein ganz und gar un-leninistisches Gewicht haben! Nein, für diesen Lenin war Antiimperialismus und Sozialrevolution ganz gewiß kein Gegensatz. Ganz im Gegenteil! Wenn ich mal davon geredet habe, daß wir alte eingefahrene Denk- und Kontroversenmuster überwinden sollten, wäre dies ein Beispiel. Aber auch Marx! In seinem Begriff der Pariser Commune hat er, strategisch denkend, dem Emanzipatorischen unmißverständlich, ja geradezu demonstrativ Vorrang gegeben vor den militärischen Defiziten, obwohl sie ihm den Schlaf geraubt hatten.

In den Auseinandersetzungen der Jahre 1992/93 scheinen die Gewichte anders gelagert zu sein. Denkbar schlechte Voraussetzungen für den Umgang mit dieser Kinkel-Initiative. Denn sie drückt weniger auf das militärische als auf das emanzipatorische Moment. Das, wie unsere Geschichte nun mal gelaufen ist, eher bei den Gefangenen lag, wenn auch in sehr widersprüchlicher Weise, als bei den bewaffnet Kämpfenden, egal ob den von '75, Æ77 oder '85. Im Konflikt einiger Gefangener mit den Illegalen '90/'91 taucht es auf Seiten der RAF auf, findet seinen Ausdruck in den April- und August-Texten '92, um von jenen, die sich einen klaren Blick nur noch über Kimme und Korn vorstellen können, intern sofort als »Müsli« denunziert zu werden.

Wenn es von seiten des Staates keine politische Antwort gab, dann vor allem deshalb, weil sie glaubten, mit der Figur Steinmetz endlich der militärischen Lösung na-

he gekommen zu sein. Dies ist das eine. Das andere ist, daß die seit Januar '92 vom Staatsschutzbunker noch einmal mit besonderer Inbrunst gelegte Eskalationsspur gewiß kein Fremdkörper in der gegenwärtigen Politik von Staat und Kapital sind. Mölln, Bad Kleinen, Solingen gehören zusammen. Von allem andern gar nicht zu reden. An dieser Figur Steinmetz fällt jedenfalls auf, daß sie überall hinfließen will. Und darin ist sie sicher auch Produkt jener politischen Leere, von der oben die Rede war. Nicht daß aus solcher politischen Leere zwangsläufig Verrat kommen müßte, aber dem Verrat vorbeugende Identität kommt aus Verdinglichung und Fetisch nicht.

Ich denke, die politische Vorstellung, wie sie beispielhaft in der Erklärung Helmut Pohls, 27.8.93, sichtbar wird: Teile der Gesellschaft könnten sich der seit 20 Jahren richtig antizipierenden RAF-Politik anschließen, nachdem sie im heutigen kapitalistischen Durchmarsch ihre Lage erkannt haben, und zwar ohne daß es von unserer Seite aus nennenswerte Austauschanstrengungen braucht, da die Auseinandersetzungen auf uns zugeflogen kommen – solch ein Scenario ist so realitätsverträglich wie das der weltweiten resp. westeuropäischen Front der 80er Jahre. Umgekehrt wird ein Schuh draus! Die praktische Initiative muß auf die Menschen zufliegen, die in dieser Welt mehr denn ja Grund haben, ihre Lage zu begreifen (mehr denn je aber, nicht zuletzt in ihrer oft zugespitzten Vereinzelung, Schwierigkeiten damit haben dürften), und die so in der revolutionären Initiative etwas wiedererkennen von ihrem Bedürfnis, von ihrem Traum nach Würde und Existenz (wozu heute auch der Wunsch gehört, zurückzuschlagen). Jede Initiative einen Moment, aus dem sich nach und nach das Puzzle einer revolutionär-emanzipativen Gegenmacht und -wirklichkeit herausstellt. Ja, es mag sein, daß RAF Hoffnungen auf sich gezogen hat (aber auch Ängste), aber eine revolutionäre Strategie, die diesen Namen verdient, muß doch darauf aus sein, den Menschen Hoffnungen auf sich selbst zu machen! Wo bewaffnete Aktion und revolutionärer Kampf zum Synonym werden, ist die Niederlage vorprogrammiert – politisch als auch militärisch.

Konkret – auch um das, was von uns und an uns in den letzten Jahren gelaufen ist, einordnen zu können.

Am wichtigsten scheint mir aktuell eine möglichst breite Front gegen die Gefahr von Faschismus. Eine Frage, die unausweichlich auf uns zukommen wird, spätestens dann, wenn es in dieser Entwicklung einen noch bedrohlicheren Sprung geben wird. So jedenfalls die Erfahrungen aus der Geschichte. Das von Spaltung und Zensur ausgehende Signal geht in die falsche Richtung. Diese Faschisierung ist aber nur der unverstellte Klartext des neoliberalen Wolfsgesetzes. Antifaschistischer Kampf ist notwendig, soweit ich das von hier sehen kann, hat er eine Kraft und eine Wirkung entwickelt, die ihn legitimiert, aber doch ist er ohne Schutzwirkung gegenüber der Zerstörungsdynamik des neoliberalen Totalitarismus. Die Diskussion über bewaffnete Aktionen, wie sie in den letzten zwei Jahren weitgehend geführt wurde, halte ich nicht für einen Beitrag zur Lösung dieser Frage, sondern für einen Beitrag zu ihrer Verdrängung.

Wir hier haben das Gewicht unserer Arbeit in den letzten Jahren schwerpunktmäßig auf die Suche nach einer Überwindungsperspektive gelegt: das 77-Seiten-Papier von Karl-Heinz Dellwo, ursprünglich für die gruppeninterne Diskussion bestimmt, in Ausschnitten jetzt in der Berliner Zeitschrift Arranca[1] veröffentlicht; mein Austausch mit Tupamaros[2], der Beitrag im Pizza-Sammelband Frühjahr 1992[3], Diskussionen und Auseinandersetzungen mit Linken und Alternativen aus den verschiedensten Bereich, aus Ost- und Westdeutschland. Es ist sicher richtig, daß Gefangene nach dieser langen Zeit des Abgeschottetseins von jeder sinnlichen Erfahrbarkeit der stark veränderten Gesellschaft draußen sich bei einer solchen Arbeit in einzelnen Punkten vertun können. Unser grundsätzliches Anliegen sehe ich aber durch die Entwicklung der letzten Monate eher noch einmal bekräftigt. Auf jeden Fall war diese Arbeit sinnvoller als die An- und Absage von Diskussionen, denen dann aber keine eigene Vorgabe folgte.

Nicht zuletzt ging es uns darum, zwischen der Realpolitik »Zusammenlegung durchsetzen« und der Irrealpolitik einer weltweiten Front zu einem Maß zu finden, das unseren Möglichkeiten und Kräften entspricht und so Entwicklungsmöglichkeiten in sich trägt.

Was uns in den letzten Jahren umgetrieben hat, könnte in den Sätzen aus dem Pizza-Beitrag skizziert sein:

»Widerstand ist Abwehrkampf, Negation von bestehendem Schlechten. Widerstand ist nicht revolutionär, denn er führt der Gesellschaft nicht jenes Positive zu, dessen Möglichkeit er mit seiner radikalen Kritik am Bestehenden behauptet.«

Die Suche nach einer Überwindungsperspektive wird allerdings in dem Maß subjektiv als sinnlos und abgehoben erscheinen und objektiv auch sein, wo die Alltagskämpfe ums Überleben und für eine selbstbewußte Kultur der Existenz diesseits der Selektionsrampe Weltmarktrentabilität nicht geführt werden. Damit ist aber schon die Unmöglichkeit benannt, unseren Kampf hier anders als mit international-solidarischer Wirkung zu entwerfen. Warum Auschwitz im US-Krieg gegen Vietnam wiedererkennbar gewesen sein soll, die nicht weniger massenhaft-tödlichen ökonomischen Vernichtungsfeldzüge des westlichen Kapitals gegen die allermeisten Trikontländer Ausdruck eines Demokratisierungsprozesses sein sollen, ist nicht nachzuvollziehen. Bei jenen, die so reden, scheint mir das Demokratische heute nicht weniger ideologisch-entäußert zu sein wie ehedem das Revolutionäre. Wenn die Aufstände gerade in den als jahrzehntelang »stabil« und »demokratisch« geltenden Ländern Lateinamerikas wie Mexiko und Venezuela zunehmen, ist das ein deutliches Zeichen. Auch hier bei uns wächst die Bedrohung von Leben und Existenz. Ohne die Erfahrungen aus all diesen Kämpfen, ohne ihre wechselseitige Annäherung und Vermittlung, wird aber eine Überwindungsstrategie kaum zu gewinnen sein. Der im Bild der One-World suggerierte Endsieg hat so nicht stattgefunden. Ratlosigkeit in globalperspektivischer Hinsicht breitet sich aus. Dies zu sagen heißt nicht, die zu unter-

schätzen, die trotzdem versuchen, die kapitalistische Katastrophe zu verwalten und jene, die so uneinsichtig sind, noch immer wie Menschen leben zu wollen, in Schach zu halten.

Es gibt draußen welche, die die Einstellung der Angriffe, das damit verbundene Aufknoten unserer Geschichte sowie – kaum vermittelt – Andeutungen, wonach in der Gesellschaft heute etwas anderes möglich sein soll, als Messer in den Rücken empfinden. »Links« steht mit dem Rücken zur Wand – so sehr die Kämpfe ums Überleben im Alltag ohne Militanz kaum noch vorstellbar sind, so sehr sie auch ganz subjektiv Überlebensbedingung sind, an der grundsätzlichen Situation ist damit allein nichts zu ändern. Ich denke aber, auch wenn eine revolutionäre Perspektive nicht in Sicht ist, haben die recht, die Widerstand leisten. Das war ursprünglich Selbstverständnis von »RAF«, um nach und nach dem verbalradikalen Lippenbekenntnis zu weichen.

Wenn wir etwas antizipiert haben, dann diese revolutionäre Subjektivität. Es hat in dieser Gruppe harte Auseinandersetzungen gegeben, auch hier in Celle gab es die. Wie sollte das anders sein, wir sind nicht vom Mond gefallen. Positiv- wie Negativmythen haben dazu beigetragen, Konflikte, die bei einer so langen Zeit und unter derart extremen Bedingungen ganz natürlich, ja, ich würde sagen, notwendig sind, nicht immer in konstruktiver Weise regulieren zu können. Also wurden sie akkumuliert. Aber wenn es diese Gruppe mehr als zwei Jahrzehnte gegeben hat, dann aus einer Reihe von Kämpfen ums Überleben als politisch freibleibende Menschen, aus Bedingungen heraus, die denen draußen heute sehr viel verwandter sind als noch vor 20 Jahren. Die Erfahrungen, die wir erkämpft haben, waren und sind verschlungen in eine Wirklichkeit, die immer wieder so unüberwindbar schien wie die heutige Wirklichkeit draußen. Es gab im Hochsicherheitstrakt und in den Isolationszellen keine Möglichkeit, sich lange Illusionen über die eigene Situation zu machen. Als Gefangene hatten wir nie den Reichtum an Möglichkeiten zum Kämpfen und zum Leben, den es draußen solange gab und der inzwischen dramatisch zu schrumpfen scheint. Wir hatten keinen gemeinsamen Ort wie eine Arbeiterbewegung die Fabrik oder die Gewerkschaft oder eine Hausbesetzerbewegung den Kiez – und unter dem existentiellen Druck der Vernichtungshaft hatten wir auch nicht immer den Luxus endloser Zeit, eine präzise Klassenanalyse anzufertigen, bevor wir einen Hungerstreik begannen. Entsprechende Forderungen, wie sie '92 uns hier erreichten, haben mich doch eher melancholisch gestimmt. Es gab keine hinreichend vorhandenen Ressourcen, auf welcher subjektiven und objektiven Ebene auch immer, sie waren dschungelmäßig, äußerst dürftig und beschwerlich. Trotzdem hat sich die Gefangenengruppe in ihrem Kampf der Wirklichkeit präziser angenähert als viele andere. Sie hat gekämpft auf einem Terrain, auf dem das System in jedem noch so kleinen Detail die Initiative zu haben scheint, in einer Situation der scheinbar erdrückenden Übermacht des Gegners; an einem unausweichlich feststehenden, unentrinnbar öden und engen Ort, nach einer Zeiteinteilung, die den eigenen Lebens- und Arbeitsrhythmus

zerstückelt; nach objektiven Bedingungen für emotionales und intellektuellen Leben, wie sie unter sensorischer Deprivation und sozialer Isolation schlechter kaum vorstellbar waren und, bei Birgit Hogefeld, noch heute so sind. Wir waren hier in der elendigen Situation einer Guerilla, die mit nichts in der Hand beginnt und lange, lange Zeit über diese erbärmlichen Bedingungen nicht hinauskommt – und die deshalb gar keine andere Wahl hat als unterzugehen, und das heißt auch, individuell unterzugehen, oder ein Maximum an Erfindungsreichtum, Flexibilität, Kraft und Risikobereitschaft zu entfalten. Wir hatten nicht die Möglichkeit, auf Zwangsernährung und Isolationshaft mit Transparenten oder dem Aufstellen »richtiger Forderungen« reagieren zu können. Wie Robinson auf seiner Insel waren wir gezwungen, ständig neue Lösungen zu erfinden. In der politischen Aussage hat es, nicht zuletzt aufgrund dieser Bedingungen, Fehler gegeben. Gut, daß es immer wieder ein paar gibt, die die dahinter sich verbergenden moralischen Abgründe aufdecken. Wir waren in unserem Kampf auf der Höhe der Zeit. Wenn wir dabei an eine Grenze gestoßen sind, dann die, daß unsere Art und Weise zu kämpfen, eine Vorahnung gewissermaßen, vertieft und verbreitert, aufgehoben sein könnte im Kämpfen, Handeln, Nachdenken und Suchen auf neuer Ebene. Denn die alltägliche Dimension von Austilgung und Selbstaustilgung, von Deprivation und Enteignung hat die abhängigen Teile der Gesellschaft draußen längst erreicht.

Als normative Kraft des Tat-Sachen-Schaffens gingen die Gefangenen immer wieder voran, zusammen kämpfend und doch erstmal allein und auf eigene Faust, und darin waren sie Avantgarde im besten Sinne. Da entstand Nähe, erlebt wurde die Geburt menschlicher Beziehungen über Hunderte von Kilometern hinweg, und so von Kraft. Die Furcht vor einer unklaren, offenen Situation – offen im Negativen wie im Positiven –, verwarf sich im Sprung in die Solidarität. Jene, die uns – die letzten beiden Jahre nicht zum ersten Mal – die Klarheit der Klassikerinnen und Klassiker vorhalten, übersehen dabei, daß es diese, ohne die schon fast natürliche Solidarität der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, gar nicht gegeben hätte. Ja, gewiß, Solidarität ist naiv. Aber in dieser Scham vor solcher Einfachheit, in der manche Linke jener Metropolengesellschaft und der Logik des Wolfsgesetzes ähnlicher sind als ihnen recht ist, verbirgt sich schließlich ein Bedürfnis nach Gesellschaftlichkeit von Vereinzelten, die nicht mehr wissen, wie sie das anstellen sollen. Ungewiß, wie heute nun mal alles ist, braucht eine solche Situation der Krise und des Übergangs eine Solidarität, die Kraft und Selbstbewußtsein genug hat, auch mal alleine zu gehen, ohne auf die ewige Krücke der moralisierenden Abgrenzung angewiesen zu sein. Im Ungewissen der einfachen Negation Priorität zu geben – diese endlose und so müde machende Geschichte des Herummanövrierens in der Sackgasse von Ausgrenzung und Abgrenzung –, schafft keine Klarheit. Wenn wir Ohnmachtsgefühle (ab und zu) lindern wollen, mag es genügen, hier und da eine bewaffnete Aktion zu machen. Wo wir aber die Ohnmachtssituation aufbrechen wollen, müssen wir alle die politisch-ökonomisch-kulturelle Schranke durchbrechen, die uns heute stärker denn je gesetzt ist, ja, uns einzukreisen droht. Mag sein, daß unsere Suche nach dem, womit die Gesell-

schaft schwanger geht – nicht nur nach Marx conditio sine qua non jeden revolutionären Prozesses, manchen allerdings untrügliche Zeichen für reformistische Dekadenz –, angesichts der real existierenden Kraft und Bewußtseinslagen von uns Linken sowie der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung nicht vermittelt ist. Trotzdem möchte ich auf Gramscis Warnung hinweisen, die konjunkturellen Entwicklungen nicht mit den organischen zu verwechseln.

Anmerkungen:

1 ARRANCA! Nr. 3, Winter '93/'94

2 L. T., »Auf der Suche ...«, ak 337, 16.12.1991

3 L. T., »Gedanken gegen die Mauern«, in: PIZZA (Hg.): Odranoel. Die Linken – zwischen den Welten. VLA

Rote Armee Fraktion

6. März 1994

Wir sagen jetzt noch einmal was zu der vergangenen Phase seit April '92. Uns ist klar, daß nach der ganzen Katastrophe – unserem Kontakt zu dem VS-Bullen Steinmetz, der dem Staatsschutz die Ermordung von Wolfgang Grams und die Verhaftung Birgit Hogefelds ermöglicht hat, bis hin zur Spaltung zwischen uns und einem Teil der Gefangenen aus der RAF – eine Menge Fragen an uns auf dem Tisch liegen. Warum wir mit allem gescheitert sind, was wir in dieser Phase erreichen wollten. Natürlich ist das auch unsere Frage, die wir beantworten wollen, soweit wir unsere Verantwortung sehen.

Den GenossInnen, die von uns erwarten, daß wir hier über »unsere Hoffnungen« auf den Staat reden, daß wir einen von uns angeblich angestrebten »Deal« mit dem Staat kritisieren, können wir nur sagen: wir können darüber nicht reden, weil es nicht der Wahrheit entspricht. Es gibt in dieser Hierarchie nichts, »was wirklich gelaufen ist« oder was wir »zugeben könnten«.

Die schwerste Verantwortung dafür, daß der Druck für die Freiheit der Gefangenen, soweit er mit uns verbunden war, sich ins Nichts auflöste, sehen wir in unserem Fehler, Kontakt mit einem Bullen gehabt zu haben. Deshalb geht es jetzt zum großen Teil darum. Wir haben gehört, daß es GenossInnen gibt, die die Diskussionen, die sich aus der Spaltung ergeben haben, teilweise erfreulich finden. »Endlich kommen die Fragen auf den Tisch«. Wir sind davon nicht begeistert. Wir sehen diese Spaltung als Schwächung und die Tatsache, daß sich GenossInnen erst nach so einem Crash zusammensetzen und fragen, was die Ziele von uns oder den Gefangenen seit '89 gewesen seien, drückt auch aus, wie wenig genau die Diskussion in den letzten Jahren an diesem Punkt in der Linken geführt worden ist.

Sicher ist es jetzt richtig, die politischen Widersprüche herauszuarbeiten. Insgesamt geht es um die Aneignung der Erfahrungen aus den Kämpfen der radikalen Linken und um die Zukunft emanzipatorischer Politik für die Umwälzung. Darum ging es uns auch in den letzten Jahren. Angesichts der »RAF-Debatte«, die wir seit dem 28.10./2.11. haben, sind wir erstmal darauf zurückgeworfen, zu klären, »was wirklich war«. Das ist jetzt erstmal die Bedingung für uns, um uns wieder auf die inhaltliche Vertiefung und Entwicklung konzentrieren zu können. Die Klärung ist notwendig, weil die offenen Fragen zu den letzten Jahren einem weiterführenden Prozeß im Wege stehen. Trotzdem ist es so, daß diese Diskussion mitsamt diesen Fragen der Wirklichkeit weit hinterher hinkt – auch wenn wir die Notwendigkeit, darüber zu reden, sehen. Die Fragen, die eigentlich anstehen, berühren beispielsweise Kinkel nur insoweit, als daß er als heutiger Außenminister wesentlich die Rolle der BRD im internationalen Rahmen mitbestimmt. Wie z.B. die direkte Teilnahme der BRD am Krieg

des türkischen Staates gegen das kurdische Volk und die Verlängerung dieses Krieges durch das Verbot der kurdischen Organisationen in die BRD hinein. Darüber hinaus beinhaltet die Beantwortung dieser Fragen kaum den Schlüssel für die Fragen nach den politischen Zielen, den sozialen Inhalten und Formen der Organisierung, die die Linke der herrschenden Entwicklung entgegenstellen wird.

Seit dem Schlag in Bad Kleinen war uns definitiv klar, daß ein Teil unseres Versuchs aus den vergangenen Jahren: auch in einer Zeit des Übergangs zu neuen Bestimmungen unsere konkrete Initiative für die Freiheit der Gefangenen einzusetzen, gescheitert und unmittelbar so nicht fortzusetzen war. Doch statt mit neuen Überlegungen wieder Fuß fassen zu können, haben wir uns seither im Kreis bewegt: Die Auseinandersetzung um den Bullen, der offensichtliche Bruch zwischen uns und einem Teil der Gefangenen danach und schließlich die Denunziationen und die Spaltung einschließlich der Debatte, die das ausgelöst hat. Uns geht es darum, alles das abzuschließen, um überhaupt wieder den Blick nach vorne freizubekommen. Für uns haben sich die Ausgangsbedingungen entscheidend verändert. Eine »große Diskussion«, wie wir sie uns vor zwei Jahren vorgestellt haben, ist bisher nicht zustande gekommen. Wir denken, daß das mehr oder weniger zufällig und unstrukturiert auch nicht zustande kommen kann.

Ein neuer Anlauf ist sicher notwendig. Wie der Klärungsprozeß zur Neubestimmung für uns nun genau verlaufen wird und wie wir uns darin einbringen werden, ist für uns zum jetzigen Zeitpunkt völlig offen.

Unser schwerster Fehler in den letzten Jahren – der Kontakt mit dem Bullen Steinmetz – hat natürlich bei GenossInnen Fragen aufgeworfen, die geklärt werden müssen. Wie konnte es dazu kommen?

Nachdem das Staatsschutzprojekt, Steinmetz nach Bad Kleinen weiter als Spitzel einzusetzen, gescheitert war, war es die veränderte Staatsschutzlinie, Lügen über den Inhalt der Verbindung von uns zu Steinmetz zu lancieren. Sie haben gesehen, daß diese Denunziationen wirken und z.B. die Spaltung innerhalb des politischen Zusammenhangs RAF/Gefangene forcieren. Unser Versuch, zu einer umfassenden Diskussion zur Neubestimmung systemantagonistischer Politik zu kommen, war in den letzten Jahren kaum in Gang gekommen. In dieser Situation sollte die Staatsschutzpropaganda von der Verquickung unserer Politik mit einem VS-Spitzel unsere Isolierung von allen, die nach einer Weiterentwicklung der emanzipatorischen Kämpfe suchen, produzieren und so das Scheitern unseres Versuchs erreichen.

Bis jetzt sind dem Staatsschutz kaum Grenzen dabei gesetzt worden, die Steinmetz-Geschichte immer weiter auszumodellieren. Dazu haben wir auch unseren Teil beigetragen, weil wir – nach allem, wovon wir '93 überrollt worden sind – uns erst jetzt dazu äußern können.

So teilt der VS via Steinmetz in einem Interview (Spiegel 7/94) ein weiteres Mal mit, Steinmetz hätte zwischen der »Szene« und dem Staat und zwischen uns und dem Staat den »Mittler« gespielt. Wir hätten mit einem Vermittler des VS diskutiert,

dessen Position gegenüber uns quasi die Propagierung von »Frieden mit dem Staat« gewesen sei. Tatsächlich spielte Steinmetz uns gegenüber die Rolle »revolutionärer Linker«, der z.B. gerne eine Diskussion mit uns darüber geführt hätte, ob es seine eigene Perspektive sein könnte, in der Guerilla zu kämpfen. – Eine Diskussion, auf die wir uns nicht eingelassen haben.

Dieser Vermittlerquatsch ist genauso frei erfunden wie die neueste Version von seiner angeblichen »Mitgliedschaft« in der RAF, und die Funktion dieser Lügen offensichtlich. Es wäre auch vollkommen falsch zu glauben, daß Steinmetz, als einer, der »dazwischen« steht, nicht alles das an Informationen über GenossInnen an den Staatsschutz weitergegeben hat, was er mitbekommen hat, und alles das liefern wird, was er nicht weiß, aber was der Staatsschutz von ihm verlangt.

Was jetzt angelaufen ist, das Theater um die »großen Widersprüche« im Apparat, die Geschichte von der angeblichen Vertuschung der angeblichen »Mitgliedschaft« eines Bullen in der RAF soll die Diffamierungen gegen uns noch weiter in die Köpfe der Leute, weit über die linken Zusammenhänge hinaus, einpflanzen. Wer würde schon in Frage stellen, daß der Staatsschutz vertuscht und lügt, wo er kann!

Für diese Geschichte haben sie in längerer Prozedur den »renitenten« BKA-Beamten in der Öffentlichkeit aufgebaut, der aufgrund seiner »Wahrheitsliebe« den Repressalien seiner Dienstherren ausgesetzt sei. Wie groß die Übereinstimmung des VS-BKA-BAW-Interesses tatsächlich ist, zeigt sich u.a. daran, daß der VS über seine Schreiber in der taz die Vertuschungsstory groß aufbauen läßt – wo er doch selbst der Vertuschung beschuldigt ist. Es ist schon eine gigantische Staatsschutzoperation, die mit dem Ziel, die größtmögliche Verunsicherung über uns zu schaffen, läuft. Um der »Phantom«-Lüge Authentizität zu verleihen, inszeniert das BKA auch Hausdurchsuchungen bei ihren Geheimdienst-Schreibern Landgräber, Sieker, Wisnewski, den Autoren des »RAF-Phantom«.

Die Lüge, Steinmetz sei an unserer Aktion gegen den Knast in Weiterstadt beteiligt gewesen, soll sowohl die von den Geheimdiensten in die Welt gesetzte »Phantom«-Diskussion als auch zur künftigen Kriminalisierung von legalen GenossInnen die alte Lüge von einer »Gesamt-RAF« auffrischen. Mal abgesehen davon, daß sie damit bezwecken, die politische Wirkung der Aktion im nachhinein zu zerstören.

Gegen diese Phantom-Propaganda und die alte Kriminalisierungslinie gegen legale GenossInnen sagen wir noch einmal:

1. Weder Steinmetz noch GenossInnen aus dem Widerstand waren in irgendeiner Art an unserer Aktion gegen den Knast in Weiterstadt (oder sonstigen Aktionen) beteiligt.

2. Auch haben wir keinen Fragebogen an GenossInnen aus dem Widerstand herumgeschickt, um die Entscheidung über diese Aktion abstimmen zu lassen.

3. Wir sind weder von Steinmetz noch auf einem anderen Weg an die offene Struktur von Computernetzen wie dem Spinnennetz angeschlossen. Diese Behauptung zielt einzig und allein auf die Kriminalisierung und Zerstörung von internatio-

nalen Kommunikationsstrukturen des Widerstands, die offen organisiert sind.

4. Wäre unser Kontakt zu Steinmetz so intensiv und eng gewesen, wie die Staatsschutzpropaganda behauptet, dann hätten wir ihn als Bullen enttarnt. Gerade die Diskontinuität und Ungenauigkeit in diesem Kontakt hat das verhindert. Die Möglichkeit, daß einer wie Steinmetz hierher zu uns dazukommt, besteht und bestand nicht.

Wir werden einiges auch Konkretes zu der Geschichte sagen, nicht, um eine lebensnahe Story hinzulegen, sondern einzig und allein deswegen, weil von uns und von anderen Fehler gemacht wurden, die wir begreifbar machen wollen, um so zu ihrer Aufhebung kommen zu können. Nur darin hat die Transparenz einen Sinn.

Auch wenn für uns Konsequenzen und Korrekturen notwendig sind, über die wir hier nicht reden werden, denken wir, daß aus unseren Fehlern mit Steinmetz auch für andere, die sich damit auseinandersetzen, wie Widerstand organisiert werden kann, einiges deutlich wird und herausgezogen werden kann.

Wichtig ist: Es wäre möglich gewesen und es ist möglich, einen Bullen wie Steinmetz, der voll und ganz in der Szene lebt, zu enttarnen.

Nach dem 27.6.93 sind so viele Schrägheiten in der Geschichte des Spitzels ans Licht gekommen, daß der Gedanke zur Gewißheit wird: Wären wir und die, die mit ihm zusammengelebt haben, den »komischen Gefühlen« und seltsamen Geschichten auf den Grund gegangen, dann wäre dieser Fehler nicht passiert.

Die Chronologie seiner Karriere (siehe die Broschüre der Recherchegruppe aus Wiesbaden) macht das deutlich.

Es ist fatal, daß GenossInnen (in einem Papier in dieser Broschüre zur Aufarbeitung ...) immer noch von sich sagen, es wäre ihnen unmöglich gewesen, Steinmetz als V-Mann zu enttarnen. Was wir aus der ganzen Sache ziehen, ist nicht, daß der VS unschlagbar »gut« gewesen ist, sondern, daß wir große Fehler gemacht haben. Wir hören des öfteren von Leuten, die heute sagen, sie hätten »schon immer ein komisches Gefühl« zu K.S. gehabt, ihnen wären Sachen seltsam vorgekommen, und es hätte sogar in der Vergangenheit Anlässe zu Brüchen mit ihm gegeben. Aber wir hören selten darüber, warum diese Leute nichts damit angefangen hatten. Aber erst daraus könnte gelernt werden.

Es geht uns jetzt darum:

1. Den Hintergrund, die Situation und die Fehler zu klären, die zu unserer Kontaktaufnahme mit Steinmetz geführt haben.

2. Unsere Fehler in der Auseinandersetzung mit ihm.

Der Bulle Steinmetz – ein Nach-68er-Staatsschutzangriff gegen uns

Wir gehen heute davon aus, daß Steinmetz – nach einer Vorlaufzeit ab ’84 – spätestens ’86/’87 die konkrete Aufgabe übernommen hatte, Beziehungen zu GenossInnen aufzubauen, die den Bullen aus dem politischen Zusammenhang der Front bekannt waren, um langfristig an uns dranzukommen.

’86/’87 hat der Staatsschutz als Reaktion auf den Schritt, mit den Offensiven ’85 und ’86 als gemeinsame revolutionäre Front von RAF, organisierten Militanten und GenossInnen aus dem antiimperialistischen Widerstand zum Handeln zu kommen, mit einer massiven Repressionswelle gegen legale GenossInnen geantwortet.

Sie wollten diesen Prozeß mit Gewalt abwürgen. Auf der anderen Seite witterten sie ihre Chance, über die politischen Diskussionszusammenhänge an die illegalen Strukturen dranzukommen.

In dieser Zeit ist Steinmetz nach Wiesbaden gezogen. Er hat in rasantem Tempo engen Kontakt zu GenossInnen bekommen, die aus der politischen Entwicklung der Frontzeit kamen, also auch bei jeder Gelegenheit im Zentrum der Observation der Bullen standen. Ende ’87 waren schon viele Zusammenhänge von GenossInnen, die sich vorher auf die politischen Bestimmungen der Front bezogen hatten, auseinandergebrochen.

Schon damals waren viele dieser GenossInnen auf der Suche nach neuen Orientierungen, und die politischen Fragen, die sie in der Frontvorstellung nicht klären konnten oder wollten, standen für sie im Vordergrund.

Aus dieser Zeit stammt der erste Verdacht gegen Steinmetz, er könnte ein Bulle sein, der uns damals auch bekannt geworden ist. Da beginnt der erste Fehler, wo wir heute sagen können, wir hätten einen Einfluß darauf gehabt; daß dieser Verdacht geklärt wird.

Steinmetz hängte sich damals in einer Art an GenossInnen dran, mit der er Mißtrauen auf sich zog. Er vermittelte sich gegenüber GenossInnen, die ihn kaum kannten, als »Technik-Crack«, der schon »andere« Sachen gemacht hätte. Er verbreitete eine Aura um sich, als sei er in der Vergangenheit in militanten Zusammenhängen gewesen, die ihm inhaltlich zu flach geworden seien, und als sei er auf der Suche nach einer weitreichenderen revolutionären Perspektive, die er unter anderem bei GenossInnen aus der antiimperialistischen Szene zu finden hoffte. Tiefer begründete er das weder aus seiner politischen Vorstellung noch aus seiner subjektiven Entwicklung. Es blieb bei Plattheiten wie: »Es geht um’s Ganze statt um Teilbereichskämpfe« oder »militant und illegal ist wichtig«... auch war er schmierig genug, GenossInnen gegenüber, die darauf nicht eingingen und im Gegenteil andere Vorstellungen vermittelten, sofort umzuschwenken und so zu tun, als sei es genau das, was er auch wollte. Sein Verhalten ist damals als ein Abchecken durch ihn empfunden worden, ob GenossInnen darauf einsteigen und etwas von sich offenmachen.

Der Verdacht damals war eine Sache von Gefühlen, d.h. die Widersprüche sind empfunden worden. Aber es gab keine Indizien und in seiner Geschichte stimmte oberflächlich betrachtet alles. Es gab Gespräche mit anderen, die Steinmetz’ Verhalten auch verdächtig fanden, aber die Unsicherheit überwog, oder es blieb bei verschiedenen Meinungen stehen, wie es in der radikalen Linke gerade bei solchen Fragen immer wieder vorkommt. Die Konsequenz war dann lediglich, sich selbst gegen Steinmetz abzuschotten, um damit die engsten GenossInnen und auch uns zu schützen.

Nicht auf die Aufklärung zu bestehen, hatte verschiedene schlechte Gründe. Die Unsicherheit, bei so einem Verdacht sehr stark von Gefühlen auszugehen, ohne etwas Konkretes in der Hand zu haben. Und die Befürchtung, statt einer Aufklärung könnte eine Gerüchteküche entstehen, die einen Typen, der sich nur da und dort wichtig machen und »dazugehören« will, zu Unrecht mit einem harten Verdacht trifft. Diese Unsicherheit wurde dadurch verstärkt, daß Steinmetz offensiv mit dem Mißtrauen gegen sich umging. Er hatte realisiert, daß Abstand von ihm gehalten wurde und eine Auseinandersetzung gefordert.

Das ist ein immer wieder auftauchendes Problem. Solche Unsicherheiten, die dazu führen, die ganze Sache dann doch mehr oder weniger laufen zu lassen, statt die Entscheidung zu treffen, sich dann hinter eine Aufklärung zu klemmen, die eine Gerüchteküche nicht aufkommen läßt. Das ermöglicht es Spitzeln, ihre Karriere in linken Zusammenhängen fortzuführen. Das Ernstnehmen von Geheimdienstangriffen gegen die Linke durch Spitzel reicht dann gerade noch soweit, sich und die allernächsten Zusammenhänge – wenn überhaupt – gegen so einen abzuschotten. So war es damals auch mit Steinmetz. Ein Herumlavieren statt einer Lösung. Entsprechend sind andere GenossInnen, die viel mit Steinmetz zu tun hatten, nicht mit dem Verdacht gegen ihn konfrontiert worden. Das war das Konkrete.

Der Hintergrund, den wir wesentlich finden, um die damaligen Fehler zu begreifen, war im Ende der Front angelegt. Das Ende der Front war nicht einfach ein Ende, das so bestimmt war und eine Reflektion der Erfahrungen aller am Frontprozeß Beteiligten erarbeitet und daraus gemeinsam nach einer neuen Vorstellung gesucht wurde. Sondern das Ende war ein schleichender Zerfallsprozeß, in dem viele GenossInnen Trennungen statt Auseinandersetzung vorgezogen haben. Ein Zerfallsprozeß, in dem sich die Frontzusammenhänge größtenteils auflösten und individuell oder als Kleinstgruppe andere Wege eingeschlagen wurden. Auch von uns kamen keine Impulse für eine andere Umgehensweise.

Auf der Strecke blieb sowohl die Verantwortung füreinander als auch die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft revolutionärer Politik.

Dieser Zustand hat es Steinmetz leicht gemacht, verschiedene GenossInnen abzuchecken, ohne größer Gefahr laufen zu müssen, daß das zur gegenseitigen Vermittlung der GenossInnen untereinander und so möglicherweise zu seiner Enttarnung führt.

Das Ausweichen vor einer Klärung hat es Steinmetz nur ermöglicht, jahrelang weiter in verschiedenen Zusammenhängen zu leben und Teil von immer mehr Mobilisierungen der radikalen Linken zu sein.

Die Chronologie seiner Karriere macht deutlich, daß der Fehler, nur auf den eigenen unmittelbaren Horizont zu achten, im Zusammenhang mit Steinmetz sehr oft gelaufen ist. Wir sind uns sicher, wären beispielsweise die Information über die Verhöre bei der Staatsanwaltschaft in Kaiserslautern mit dem Verdacht zusammengekommen, hätte die Geschichte damals einen anderen Verlauf genommen. Mit Schuldzuweisung hat das nichts zu tun, dazu haben wir gar keinen Anlaß.

Unsere Kontaktaufnahme mit Steinmetz nach der vermeintlichen Aufklärung des Verdachts

Wir hatten den Verdacht gegen Steinmetz nicht vergessen. Wir hatten lange Zeit nichts mehr über Steinmetz gehört. Soweit wir wußten, hatte er sich ’89 erstmal aus verschiedenen Auseinandersetzungen zurückgezogen. Circa ’90 erfuhren wir, daß er Teil in Diskussionszusammenhängen wurde, zu denen es von uns politische Bezugspunkte gab. Uns hat das überhaupt nicht gefallen. Es war damals noch gar nicht die Frage von uns, selbst mit ihm Kontakt aufzunehmen. Trotzdem wollten wir nicht, daß einer in Diskussionszusammenhängen Teil ist, mit denen wir es uns vorstellen konnten, in einer gemeinsamen politischen Perspektive zusammenzukommen. Also haben wir versucht, dem früheren Verdacht über verschiedene Stränge noch einmal auf den Grund zu gehen. Es gab GenossInnen, die von unseren Fragen zu ihm wußten. Nach ihrer Einschätzung hatte sich das, was zu dem Mißtrauen früher geführt hatte, aufgelöst. Steinmetz hatte z.B. angefangen, sein früheres »Abfahren auf Technik« zu kritisieren. Auch daß es ihm schwerfällt, eigene politische Gedanken über das »gegen die Schweine« hinaus zu entwickeln, hatte er als Problem von sich angesprochen. (Wir stimmen dem nicht zu, was ein Genosse im Arranca-Interview sagte, er sei bei solchen Widersprüchen immer ausgewichen. Unsere Erfahrung mit ihm ist anders. Es zieht sich durch, daß er immer versucht hat, mit seinen Schwächen, die er als Bulle hatte, offensiv umzugehen; immer alles als »Probleme«, die er lösen will, zu thematisieren. Das machte er allerdings nur dann, wenn er es für notwendig hielt, persönliche »Offenheit« zu demonstrieren, damit wir den Kontakt zu ihm weiter aufrechterhalten. Daß er diese »Probleme« natürlich nie aufgelöst hat, versteht sich ja von selbst.)

In der Auseinandersetzung um Steinmetz sind wir viel zu schnell und selbstverständlich von gemeinsamen Kriterien zwischen uns und anderen GenossInnen ausgegangen, wir haben viel zu wenig hinterfragt. Dazu kommt, daß wir uns auf das »Hände ins Feuer legen« für ihn von GenossInnen verlassen haben, deren Kriterien wir überhaupt nicht kannten – es sei ausgeschlossen, daß er ein Bulle sei. Wir hätten uns über deren Kriterien verständigen müssen. Allein die Tatsache, daß dieses oder jenes mal geklappt hat, heißt natürlich nicht, daß kein Bulle dabei gewesen sein kann. Es war eine große Ungenauigkeit von uns, zu akzeptieren, daß wir nicht mehr über den politischen und praktischen Rahmen dieser Geschichte erfahren konnten und wir aus wenigem, was wir vermittelt bekamen, einen falschen Respekt vor einer von uns nicht zu hinterfragenden Struktur hatten. Obwohl wir nichts genaues über sie wußten und sich keine tiefere Diskussion mit ihnen entwickelte, haben wir auf ihre Einschätzung an so einer entscheidenden Frage gezählt. Aufgrund all dieser Ungenauigkeiten konnte Steinmetz’ Karriere weiterlaufen.

Trotzdem ist es uns wichtig zu sagen, daß die Fragen an GenossInnen im Brief von Birgit Hogefeld (taz, 22.7.93) kein »Abschieben des Problems auf andere« ist.

Wir müssen uns als Illegale bei solchen Fragen schon sehr weitgehend auf andere GenossInnen verlassen können. Vor einer Kontaktaufnahme mit Leuten, die wir

nicht kennen, sowieso. Was natürlich ein sehr hohes Maß an Genauigkeit aller daran Beteiligten voraussetzt. Hinzu kommt, daß wir schon oft genug die Erfahrung gemacht haben, daß GenossInnen sich bei Treffen mit uns vollkommen anders vermittelt haben, als sie in ihrem Alltag gelebt haben, und wie sie in ihren Zusammenhängen, in den Beziehungen der GenossInnen untereinander waren. Es ist ein anderes Kennenlernen möglich in gemeinsamer kontinuierlicher Praxis und im Alltag, im Zusammenleben als in der Ausnahmesituation illegaler Treffen.

Steinmetz hat dann im folgenden Jahr immer mehr mit GenossInnen und verschiedenen Zusammenhängen zu tun bekommen, »gehörte also richtig dazu«. Zu politischen Zusammenhängen, die damals für sich den Anspruch formulierten, umfassende Perspektiven auch im politischen Zusammenhang mit militanten und bewaffneten Gruppen wie der RAF entwickeln zu wollen. Er hat sich als einer vermittelt, der auch, wenn nötig, mal praktisch etwas hilft – wie sowenige in der ganzen Zeit damals. Wir waren immer auf der Suche nach GenossInnen, die helfen, die Diskussion zu organisieren, was immer auch eine praktische Frage ist. Es waren die ganzen Jahre nicht gerade die Massen von GenossInnen, die dazu bereit waren. Es gab immer viel mehr GenossInnen, die »eine Front« oder den Anspruch auf gemeinsame Diskussion mit uns bekundet haben, als welche, die auch bereit waren, dafür etwas zu tun. Dementgegen vermittelte Steinmetz den Eindruck, daß er bereit sei, seine »politischen Vorstellungen« auch praktisch anzupacken. Wir sehen es heute so, daß genau das sowohl bei uns als auch bei anderen GenossInnen im weiteren Verlauf der Geschichte entscheidend dafür war, warum wir Kriterien in der Auseinandersetzung – die wir aus langen Erfahrungen hatten und weder '89 noch '92 aufgegeben haben – im Verhältnis zu ihm nach hinten geschoben haben. Im Verhältnis zu Steinmetz ist, nachdem der Bullenverdacht vermeintlich ausgeräumt war, sehr schnell in den Vordergrund gerückt, daß er im Zusammenhang der Organisierung der Diskussion (wen wunderts heute!) äußerst zuverlässig war.

In der Zeit nach '89 waren wir definitiv mit der Tatsache konfrontiert, daß aus dem Frontprozeß keine gemeinsame relevante Kraft entstanden war, die in die rasante Entwicklung in irgendeiner Weise produktiv für die Seite der Befreiung hätte eingreifen können. Das hat bei uns zu Diskussionen darüber geführt, worin unsere Fehler in den Jahren vorher gelegen haben, was falsch war an dieser Vorstellung und an ihrer Umsetzung. Es war uns bewußt, daß es nicht nur die Folgen der weltweiten Umbrüche waren, die zu diesem Ergebnis geführt hatten. In der Phase von '89 bis '92 ging es uns darum, was wir erkannt hatten und verändern wollten, direkt in unserer Praxis umzusetzen. Entlang unserer damaligen Vorstellungen wollten wir neue Bezüge zu GenossInnen aufbauen.

Auf große Resonanz sind wir mit unseren Versuchen, in eine gemeinsame Diskussion mit GenossInnen zu kommen, nicht gestoßen.

Dementgegen war Steinmetz einer von denen, die verstärktes Interesse an einer direkten Auseinandersetzung mit uns vermittelten. Das war Mitte/Ende '91.

Die Auseinandersetzung zwischen uns und Steinmetz

Die ersten beiden relativ kurzen Treffen hatten schon eindeutig eine falsche Gewichtung. Es ging dort fast ausschließlich um eine Beschreibung der Situation in der radikalen Linken. Über Steinmetz selbst wußten wir nach dem ersten Treffen zwar, daß er »nett« war – und heute sehen wir darin diese schmierige, oft übertriebene »Herzlichkeit« des Bullen, der unbedingt Übereinstimmung signalisieren wollte –, ansonsten blieb es uns verschwommen, was er überhaupt und speziell mit uns wollte. Er hatte vermittelt, er hätte das Interesse, etwas gegen die Distanz zwischen uns und »der autonomen Szene« zu tun. Außerdem würde er daran überlegen, ob es für ihn nicht selbst Perspektive sein könnte, in der Guerilla zu kämpfen. Zum ersten konnte er nicht viel erklären. Auf die Diskussion über eine Perspektive von ihm bei uns ließen wir uns nicht ein. Denn darum kann es mit niemandem gehen, den wir nicht genau kennen und verstehen.

Nach diesem Treffen wollten wir aber weitersehen, ihn und seine Vorstellungen in weiteren Treffen kennenlernen.

Beim nächsten Treffen erzählte er, er sei in einer Internationalismusgruppe zur Vorbereitung der Widerstandstage gegen den WWG in München. Nachdem wir Interesse an einer Diskussion darüber zeigten, löste sich das jedoch in Luft auf. Die Begründung dafür war, daß die Gruppe auseinandergegangen sei bzw. dort keine gemeinsamen Diskussionen in Gang gekommen seien.

Auch beim zweiten Treffen wollte er über seine mögliche Perspektive bei uns reden.

Diese beiden Treffen fanden vor dem 10.4.92 statt, und wir haben uns darüber gewundert daß er später vermittelte, unsere Entscheidung sofort gut und richtig zu finden. Darauf angesprochen behauptete er, er hätte schon seit '91 den Gedanken, daß eine »Pause« richtig wäre. Auf die Frage, warum er dann vorher ganz anders diskutiert hätte, antwortete er, er hätte befürchtet, wir würden die Diskussion mit ihm gar nicht erst anfangen, wenn er uns das sagt.

Steinmetz war weder an unserer Reflektion beteiligt noch an Diskussionen hin zu unserem Schritt im April '92. Wir haben ihn nicht als einen gesehen, mit dem wir im Denken eine große Übereinstimmung hätten. Im Gegenteil hat er nach dem 10.4. oft Positionen in die Diskussion eingebracht, die wir gerade in dieser Zeit öffentlich kritisiert haben, weil sie die Diskussion, die wir führen wollten, blockierten. So war er einer derjenigen, der z.B. unsere Grußadresse an alle TeilnehmerInnen der Demonstration und des internationalen Kongresses gegen den WWG in München mit der Aussage: »Es fehlen die konkret greifbaren Bestimmungen für die Zukunft« kritisiert hat. Was wir von dieser Erwartungshaltung an uns halten, die von uns verlangt, daß wir nur Fertiges auf den Tisch legen sollen und ansonsten das Maul halten, haben wir daraufhin im August '92 öffentlich gesagt. Mit ihm war es Anlaß zum Streit, weil er selbstverständlich auch nicht in der Lage war, zu füllen, was er damit meint.

Bei den drei Treffen nach dem 10.4.92 und vor Juni '93 kam es immer zu Widersprüchen zwischen ihm und uns, oder wir mußten »Fehler«, die er gemacht hatte,

mit ihm klären. In solchen Diskussionen nahm er meist das, was wir kritisierten, zurück und begründete alles damit, daß er aus den Bedingungen der Treffen nicht genügend Zeit zum Überlegen hätte und deshalb unüberlegte Sachen sagen würde.

Die Diskussionen mit Steinmetz sind immer an die Grenze gestoßen, daß es mit ihm nicht möglich war, gemeinsame politische Vorstellungen zu entwickeln, aus denen er dann politische Initiativen dort, wo er lebte, angepackt hätte. Immer wieder begründete er, politische Initiativen, die er sich angeblich vorgenommen hätte, seien unmöglich gewesen, weil zu wenige GenossInnen die Verantwortung »für den Prozeß« übernehmen würden.

Je länger wir mit Steinmetz zu tun hatten, desto mehr hatten wir das Bild von ihm, daß er nicht in der Lage ist, sich eigene Gedanken in der Auseinandersetzung zu machen. Daß er auf alles abfährt, wo sich Äußerungen von GenossInnen einigermaßen »klar« und entschieden anhörten. Wir haben das als eine Schwäche von ihm gesehen, etwas, das er verändern müßte, und das auch von ihm verlangt. Wir hatten es ja auch realisiert, daß er überall seine Nase drin hatte und trotzdem nichts eigenes anfing.

Nach dem Treffen im April ’93 stand für uns fest, daß wir in den ganzen Diskussionen mit ihm bis dahin nicht zusammengekommen waren. Es gab erste Überlegungen, den Kontakt mit ihm zumindest solange abzubrechen, bis er sich selbst klar darüber wird, was er selbst richtig findet und will. Beim Treffen in Bad Kleinen sollte es noch einmal darum gehen, wie und ob es zwischen ihm und uns weitergehen wird.

Unsere Fehler in der Auseinandersetzung mit Steinmetz

Die Überlegung, der Fehler von uns, Kontakt mit Steinmetz aufzunehmen, hinge mit einer politischen Öffnung und den damit verbundenen Gefahren zusammen, trifft den realen Hintergrund nicht. Wir haben die Diskussion mit ihm als einem aus der radikalen Linken angefangen. Die spezielle Situation Ende ’91–’93, in der wir großes Interesse hatten, so viel wie möglich von den Diskussionen auch der radikalen Linken mitzubekommen, hat sicher zum Teil zu unserem Fehler beigetragen. Steinmetz hat uns da immer viele Informationen gebracht – heute sagen wir, wir haben das konsumiert und sind dabei dem Typen selbst nicht richtig auf den Grund gegangen.

Natürlich war auch der Inhalt der Diskussionen zwischen Steinmetz und uns von der Situation ’92 geprägt. Unser Liberalismus in dieser Diskussion geht aber gerade in eine andere Richtung, als viele GenossInnen, die unserem Versuch ’92 mißtrauisch gegenüber standen, meinen wollen.

Steinmetz ist uns gegenüber weder als der Protagonist einer neuen politischen Entwicklung noch der Entwicklung in seiner Stadt seit ’89 (siehe Wiesbadener Broschüre, Hausbesetzungen etc.) aufgetreten.

Tatsächlich vertrat er inhaltliche Positionen, die ’92 in politischen Zusammenhängen, die sich früher auf uns bezogen hatten, als Schlagworte kursierten.

Also Positionen der eher »aufrechten Revolutionäre«, die uns darauf hinwiesen, daß das System aber letzten Endes doch nur bewaffnet umzuwälzen ist, oder die

meinten, daß unsere Drohung gegen den Staat nicht ernstzunehmen sei und allenfalls als moralische Haltung verstanden werden könnte. Er ist da nicht aus dem Rahmen der in Teilen der alten antiimperialistischen oder in Teilen der autonomen Szene kursierenden Diskussionen herausgestochen. Er bezog sich in den Diskussionen auf Zusammenhänge, die – als Ergebnis der Entwicklung des Politikverständnisses aus der Frontzeit – die Frage stellten, ob es nun, da wir die Eskalation in der Konfrontation zurückgenommen hatten, überhaupt noch notwendig sei, sich mit dem, was wir zu sagen haben, auseinanderzusetzen.

Natürlich hat er solche Positionen in jeder Diskussion zurückgenommen. Aber das Problem war, daß wir es wieder und wieder akzeptiert haben, daß wir uns schließlich damit auseinanderzusetzen haben, wenn GenossInnen uns nicht verstehen bzw. immer wieder darauf hinzuweisen, daß wir diese Phase als gemeinsame Anstrengung begreifen und unsere Sachen nicht als etwas Fertiges. Anstatt die Diskussion mit ihm abzubrechen.

Die Behauptung, die »neue Politik« der RAF sei die Ursache für den Fehler gewesen, soll über die Katastrophe hinaus, die der Fehler mit Steinmetz für uns ohnehin schon bedeutete, gleich alles, was wir in den letzten Jahren versucht und gemacht haben, zur Hölle schicken. Wir sagen, daß die Wurzeln für diesen Fehler tiefer liegen als in der Entwicklung, die wir seit ’89 gemacht haben. Wir waren mit einer Situation konfrontiert, die auch aus Fehlern der Vergangenheit gekommen war und die wir überwinden mußten. Und darin haben wir Fehler gemacht. Für uns macht das die Sache keinen Deut besser, nur muß es darum gehen, für uns und für andere, daran wirklich etwas begreifen zu können und nicht, diesen Fehler politisch gegen uns auszunutzen. Es ist immer einfacher, zu erkennen, was in der Vergangenheit falsch gemacht worden ist, oder die Mitverantwortung für eine Entwicklung zu erkennen, die von den ursprünglichen Zielen abgewichen ist, als daraus umfassend die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Das trifft auch auf uns zu im Zusammenhang des Endes der Front und den sich daraus notwendig ergebenden Veränderungen. Wir wußten z.B. genau, welche Strukturen wir in den Diskussionen mit GenossInnen nicht mehr wollten. Wie wir schon im August ’92 beschrieben haben, hatte die politische Festlegung in der Frontvorstellung darauf, daß die Guerilla und damit die militärische Angriffsfähigkeit im Zentrum der Front stehen muß, direkte Auswirkung auf die Struktur in der Diskussion: die Hierarchisierung der Diskussion, die eine politische Enge und Begrenzung der Diskussion und Praxis zur Folge hatte.

Diese Hierarchisierung drückte sich auch in dem Bewußtsein aus, in dem die Organisierung der militanten als »Durchgangsstadium« zur Guerilla begriffen wurde. Das führte zu einem Subjektivismus, der sich vor die Auseinandersetzung um politische Perspektiven schob. Daraus entstand weder eine politische Verankerung der Front noch eine langlebige Organisierung. Es war nicht von Anfang an so, und es trifft auch nicht auf alle Militanten aus den Frontzusammenhängen zu. Aber es wurde zur Haupttendenz in der Diskussion.

Es liegt auf der Hand, daß es weder positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Politik, auf das Selbstbewußtsein der GenossInnen noch auf ihre Diskussionen mit anderen – auch mit uns – hat, wenn die GenossInnen bei jedem Schritt, den sie tun, denken, das sei politisch eigentlich gar nicht das Wesentliche, das Wesentliche sei der erst noch bevorstehende Sprung zur Guerilla. Nachdem wir das erkannt hatten, war es für uns wesentlich, den Krampf in den Diskussionen zwischen uns und GenossInnen, die Fremdheit, die falsches Anspruchsdenken produzieren muß, zu überwinden. Tatsächlich war aber nicht alles von heute auf morgen anders.

Wir hatten auch nach '89 viele quälende Diskussionen mit GenossInnen, die aus einem Anspruchsdenken heraus sich und uns vormachten, sie ständen kurz vor dem Schritt, hier mit uns zusammen zu kämpfen. Auseinandersetzungen, wo sich von Treffen zu Treffen mühsam herausschälte, daß das gar nicht stimmt. Oder die Erfahrung, daß GenossInnen uns gegenüber nicht aufrichtig waren, ihre Kritik nicht sagten und sich nicht wagten, ihre eigenen Überzeugungen zu sagen, wenn sie Gefahr liefen, damit in Widerspruch zu einer von ihnen uns zugeordneten Meinung zu geraten.

Was Steinmetz betrifft, war es für uns offensichtlich, daß er uns entweder vor oder nach dem 10.4. angelogen hatte. Diese Lügen kamen uns schon fast »normal« vor. Für uns waren das die altbekannten Erscheinungen, die wir aus vergangenen Auseinandersetzungen schon zur Genüge kannten. Mit seinen Lügen sind wir dann so umgegangen, daß wir nichts weiter davon wissen wollten. Zumal wir uns vorher schon gar nicht auf eine Diskussion mit ihm darüber, ob er zur Guerilla kommt, eingelassen hatten. Wir wollten nicht schon wieder so eine Auseinandersetzung.[1]

Auch an einem anderen Punkt haben wir Falsches aus der Vergangenheit einfach umgedreht: Wir haben einen widerlichen Liberalismus in der Diskussion mit ihm entwickelt. Wir haben Widersprüche nie soweit eskaliert, daß sie sich klären mußten. Stattdessen haben wir uns immer wieder von ihm mit seinen verwaschenen Erklärungen abspeisen lassen. So blieb immer etwas übrig, was nicht geklärt war, d.h. wir haben ihm das Lavieren einfach gemacht. Unser Verhalten war ein Reflex darauf, daß wir früher Offenheit in den Diskussionen oft selbst blockiert hatten. Denn wir hatten Diskussionen an Widersprüchen oft mit einer Härte geführt, die manchmal mehr auf Niedermachen als auf Klärung herauslief. Das wollten wir so nicht mehr. Aber: Die Negation des Falschen bleibt oft falsch – ihr fehlt die Aufhebung ...

Gedanken darüber, ob Steinmetz schizophren sei, haben für uns keine Bedeutung. Nach allem, was jetzt offen ist, springt vielmehr seine Dreistigkeit und Hartnäckigkeit ins Auge, mit der er erst über Jahre hinweg das Ziel verfolgte, an uns dran zu kommen und dann dran zu bleiben. Er hat sich mit uns getroffen, obwohl er von dem früheren Verdacht von uns gegen ihn wußte. Das sagt auch etwas über seine Zielstrebigkeit und Eigeninitiative in der ganzen Sache aus.

Es wäre mit Sicherheit ein Fehler, die speziellen Schwächen von Steinmetz – z.B. seine geringe Fähigkeit, sich politisch zu artikulieren – zum Erkennungsmerkmal für Spitzel zu machen. Andere Bullen können andere Schwächen haben.

Kriterium ist nicht, wie gut oder schlecht jemand politische Reden halten kann. Für ein entscheidendes Kriterium halten wir, daß in der politischen Auseinandersetzung eine Ernsthaftigkeit zu spüren ist. Wie ernst es jemandem ist, das, was er/sie formuliert, auch umzusetzen und weiterzuentwickeln, und dafür auch die Verantwortung übernimmt. Alles das, was Inhalt der »politischen Auseinandersetzung« zwischen Steinmetz und uns war, hatte in seinem Handeln nie die geringste Konsequenz. Was wir für Konsequenz bei ihm hielten, nämlich daß er uns bei der Organisierung der Diskussion »unterstützte«, sagte in Wirklichkeit nichts über ihn, sondern mehr über uns aus: unsere Fixierung darauf, an jeder Möglichkeit, Informationen über die Diskussion in der Linken zu erhalten, festhalten zu wollen. Daß Steinmetz selbst gar kein Interesse an der Weiterentwicklung der Diskussion hatte, also in dieser Richtung auch nicht initiativ war, hätten wir schnell merken können, wenn wir bewußter darauf geschaut hätten.

Auch daran, daß er »politische Widersprüche« nie von sich aus klären wollte und nur als Reaktion auf unser Nachfragen versuchte, sich aus Widersprüchen herauszulavieren, hätten wir die Unernsthaftigkeit und Identitätslosigkeit erkennen können.

Sicher ist es nichts Neues, wenn wir jetzt sagen, daß in Zusammenhängen, in denen tiefes Vertrauen Voraussetzung ist, den/die andere wirklich zu verstehen, Grundlage sein muß. Widersprüche können weder einfach weggedrückt, unterdrückt noch ignoriert werden. Wirklich vertrauensvolle Beziehungen können niemals durch die Verständigung über oder gegen andere entstehen, nicht über Abgrenzungen, sondern immer nur daraus, was GenossInnen sich zu sagen haben über ihre politischen und praktischen Vorstellungen, über ihr Leben und ihre Träume.

Auch aus diesen Gründen sind die Spaltungseuphorien der letzten Zeit unsere Sache nicht. Wo an die Stelle der Auseinandersetzung Ausgrenzung gesetzt wird, ist größte Oberflächlichkeit einfach. Das ist ein Einfallstor für Staatsschutzpropaganda und Spitzel.

»An jedem Punkt, wo Leute sich zu linker Arbeit zusammenfinden, ist eine Verantwortlichkeit einzufordern, die über die Erfordernisse des jeweiligen Gruppenrahmens hinausgeht ...« (Broschüre der Recherchengruppe Wiesbaden). Es ist die Aufgabe aller, denen es ernst ist, den »machtbesoffenen Herrschenden« die Weichenstellung für die Entwicklung hier und weltweit aus den Händen zu reißen, eine Organisierung zu schaffen, in der über konkrete, kurzfristige Ziele und Mobilisierungen hinaus eine gemeinsame langfristige Perspektive und daraus verbindliche Strukturen und umfassende Verantwortung selbstverständlich sind.

Verbindlichkeit und umfassende Verantwortung sind nicht alleine Fragen der Moral und nicht nur die Frage nach grundsätzlicher solidarischer Haltung, sondern die Frage nach dem politischen Bewußtsein. Es stellt sich die Frage nach der Fähigkeit und dem Willen der Linken zu einer Organisierung, die das Terrain der verschiedenen getrennten Bereiche, der Kleinstgruppen und spontaneistischen Zusammenschlüsse hinter sich lassen kann.

Zäsur und »Verknüpfung«

Die Zäsur, die wir im April ’92 einleiteten, war unabhängig von der Situation der politischen Gefangenen notwendig, und so auch von uns bestimmt. Wir hätten die Eskalation in der Konfrontation mit dem Staat damals auch dann zurückgenommen, wenn es keine politischen Gefangenen, geschweige denn Kinkel- oder sonstige KGT-Initiativen gegeben hätte. Unser Versuch von ’89 bis ’92 war an Grenzen gestoßen. In dieser Phase lag es uns fern, in der Zeit der Depression der Linken, dem Siegestaumel der Herrschenden, der staatlichen Rassismuskampagnen, den rassistischen und faschistischen Eskalationen auf den Straßen, dem Golf-Krieg u.v.a. den bewaffneten Kampf zurückzunehmen.

Deshalb wurde aus dieser Phase von uns aus der Versuch einer (ungewollt heimlichen) Überleitung zu neuen Bestimmungen und politischen Beziehungen.

Unter dem Eindruck der sich global zuspitzenden katastrophischen Entwicklung und der »neuen Weltordnung« waren wir darauf aus, zur Reflektion unserer Erfahrungen, zur Neubestimmung und zur Verstärkung des bewaffneten Kampfes zu kommen. Wir hielten es für notwendig, alles auf einmal zu schaffen: Immerhin war es nicht nur eine Zeit der weltweiten Umbrüche, sondern objektiv war aus der Frontentwicklung keine gemeinsame relevante Kraft existent und ihre Konzeption hinfällig.

92 haben wir erkannt, daß es notwendig ist, für die Neubestimmung die Eskalation in der Konfrontation zurückzunehmen. Also von uns aus eine offene Situation zur Linken hin herzustellen. Niemand von uns hat ’92 gedacht, daß wir einfach so weitermachen könnten wie die Jahre zuvor.

Heute sagen wir, daß die Zäsur viel früher richtig und notwendig gewesen wäre. Grundsätzlich halten wir es für notwendig, daß eine revolutionäre Organisation immer wieder in der Lage sein muß, Überprüfungen durchzuführen und daraus Konsequenzen für zukünftiges Handeln abzuleiten. Das gilt vor allem dann, wenn eine Kampfphase, aus welchen Gründen auch immer, zu Ende ist. Sicher ist dafür ein politisches Bewußtsein notwendig, in dem ein revolutionäres Verhältnis zu Kritik und Selbstkritik selbstverständlich ist.

Das heißt natürlich nicht, daß es dabei jedesmal um einen so grundlegenden Einschnitt gehen muß, wie wir ihn im April ’92 gemacht haben.

Wir denken, daß der Fehler, das zu unterlassen, uns ’89 nicht das erste Mal unterlaufen ist.

Nach unserem Brief vom 2.11. und Helmut Pohls Brief (taz, 27.8.93) haben viele es so verstanden, als hätten die Gefangenen von uns seit ’89 die Zäsur gefordert und wir hätten uns bis April ’92 dagegen gesperrt. Das stimmt so nicht. Hier liegt ganz sicher nicht der Schlüssel für die Spaltung. Unser Prozeß hin zur Zäsur war einfach ein anderer als ihrer, und im April ’92 sah es für uns erstmal so aus, als hätten sich diese beiden Entwicklungen getroffen. Heute ist offensichtlich, daß die politischen Vorstellungen von uns und einem Teil der Gefangenen aus der RAF weit auseinanderlagen.

Natürlich ist es uns immer darum gegangen, das, was von den Überlegungen der Gefangenen veröffentlicht wurde, in unsere Diskussionen miteinzubeziehen. Dabei haben wir viel zu viel an Übereinstimmung hineininterpretiert. Auch wenn es inhaltliche Kritik an einzelnen Punkten unserer Erklärungen zwischen ’89 und ’91 gab, so sind uns trotzdem keine Äußerungen der Gefangenen, die sich von uns abgespalten haben, aus dieser Zeit bekannt, aus denen wir hätten schließen können, daß sie Aktionen von uns ablehnten. So finden wir es treffender zu sagen »das (mit dem Einschnitt und Gesamtlösung) war damals alles nur angedacht« (Helmut Pohl, Angehörigen-Info 132), als jetzt den Eindruck zu vermitteln, die Gefangenen hätten es damals schon klar gehabt, daß es in dieser Zeit keine Aktionen von uns hätte geben sollen, wie es Eva Haule in ihrer Prozeßerklärung vom 4.11.93 sagt; wenn sie sich einen Fehler in den letzten Jahren vorzuwerfen hätten, sei es der gewesen, uns nicht öffentlich aufzufordern, »ihren vom politischen Prozeß losgelösten Aktionismus sein zu lassen ...« Im Gegensatz dazu schrieb sie noch im April ’92: »Es war in einer Zeit der politischen Erdbeben seit Ende ’89 richtig, die Kontinuität zu halten gegen die Unterwerfungstendenzen und das Getöne vom ›Tod des Kommunismus‹. Das haben wir auch in den Knästen so gesehen, nachdem unser Versuch im Streik ’89 plattgemacht worden war« (Sandkörner, S. 41).

Wenn sie heute also betonen, daß sie unsere Aktionen ab ’89 als entpolitisiert ansehen, dann liegt der Gedanke nahe, daß dieser Teil der Gefangenen unsere Aktionen hauptsächlich auf die Wirkung für ihre eigene Situation bezogen haben: der Walze von Staat und Kapital etwas entgegensetzen. Darüber hinaus scheint es keine Auseinandersetzung darum, was wir mit den Aktionen politisch entwickeln wollten, bei ihnen gegeben zu haben. Darin waren die Widersprüche der letzten Jahre zwischen ihnen und uns schon angelegt. Ein Teil des Schlüssels liegt eher hier.

Zur »Verknüpfung«

Alles, was wir jetzt zu unseren Einschätzungen dieser Zeit sagen, ist natürlich nur auf dem Hintergrund zu verstehen, daß wir nicht wußten, daß wir seit Ende ’91 Kontakt mit einem Bullen hatten.

Wenn wir uns die ganze Entwicklung heute ansehen, halten wir es für schlüssig, daß die Information über diesen Kontakt erst nach der »Kinkel-Initiative« Anfang ’92 auf der politischen Ebene angekommen ist. Sonst hätten sie es nicht nötig gehabt, die Gefangenenfrage, die Existenz von haftunfähigen Gefangenen und der Sonderhaftbedingungen in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Die Vorläufer der K-I liegen in den Jahren nach ’89, wie es z.B. in sämtlichen VS-Lochte-Interviews in der taz seit ’89 zu verfolgen war.

Sowohl wir als auch die Gefangenen stellten fest, daß unter anderem durch die Mobilisierung zum Hungerstreik ’89 und unsere Angriffe bis ’91 vor allem auf Seiten des Kapitals die Ansicht entstand, die Anti-Guerilla-Politik ändern zu müssen. Sie wollten unbedingt unser Ende. Das hatten sie 23 Jahre mit ihren Fahndungskonzepten nicht erreicht. Es ist keine Erkenntnis erst seit es die KGT gibt, daß dem Staat

verschiedene Konzepte zur Zerschlagung von Widerstand und Guerilla zur Anwendung bringt, und das Ziel trotzdem immer das gleiche bleibt, nämlich die Zerschlagung. Die Einschätzung, daß das uns und der Linken dennoch die Möglichkeit gibt, diese Situation zu nutzen und für unsere Seite umdrehen zu können, war logisch und richtig. Es war ein Aspekt, der sich aus 23 Jahren Konfrontation Befreiung/Kapital ergab. Wir alle sind davon ausgegangen: »... der Staat war es, der aufgrund unserer Politik im Streik '89 und der letzten Operationen der Guerilla zur Einsicht zu kommen gezwungen war, daß perspektivisch weder eine militärische Lösung gegen die Gefangenen noch gegen die Guerilla zu erreichen ist. Nach dem Scheitern ihrer Hetzkampagne gegen uns im letzten Jahr traf die KGT, nicht zuletzt auf Druck des Kapitals, die Entscheidung, so geht es nicht mehr weiter. ›Wir müssen nach anderen Wegen der Entsolidarisierung, Spaltung und Vernichtung suchen‹« (Rolf Heißler, Clockwork, 31.7.92).[2]

Sowohl die Gefangenen als auch wir hatten die Einschätzung, daß unser Zäsurschritt, der mit oder ohne die »Kinkelinitiative« notwendig war, für den Kampf um die Freiheit genutzt werden kann. Für alle war diese Möglichkeit mit der Zäsur verknüpft! Die Behauptung des Gegenteils entspricht nicht der Realität, und es gibt x-Äußerungen der Gefangenen, die das deutlich machen: »Was ist also wichtiger: In der Phase des Übergangs die ›bewaffnete Position‹ praktisch in Aktionen zu ›halten‹ oder sie in dieser Phase zurückzustellen und so auch der Frage der Gefangenen einen Weg freizukämpfen für unser Leben und unsere unmittelbare Teilnahme am politischen Prozeß. Wir haben uns für das Zweite entschieden.«

»Es ist also die Frage, wie wir uns entscheiden – konkret wir, die Gefangenen und die RAF, um an einer konkreten Frage und Auseinandersetzung eine produktive Lösung durchzusetzen und dafür den Raum zu öffnen« (beides Eva Haule, Sandkörner-Reader zum WWG '92, S. 40/41, 25.4.92). Darin liegen also nicht die Widersprüche, sondern – an dieser Frage – darin, ob auch wir das öffentlich vertreten, so wie wir es in der April-Erklärung mit den Forderungen und vor allem unserer Drohung gemacht haben.

Wieso hätten wir nicht die Wirkung unserer Angriffe bis '91 als ein Gewicht in die Auseinandersetzung für die Freiheit der Gefangenen einbringen sollen – auch wenn wir die Wirkung unserer Aktionen als begrenzt und nicht dementsprechend, was für den revolutionären Prozeß notwendig gewesen wäre, eingeschätzt haben.

Es zu lassen, hätte die Möglichkeit der Situation verkannt (ausgehend davon, daß der Spitzel Steinmetz nicht enttarnt war) und wäre unserer Meinung nach Ausdruck einer »höheren« Abstraktion der Politik gewesen, mit der nichts zu erkämpfen ist.

DIESE VERKNÜPFUNG HAT NICHTS MIT DER VERKNÜPFUNG DER SITUATION DER POLITISCHEN GEFANGENEN MIT DER EXISTENZ DES BEWAFFNETEN KAMPFES ZU TUN!

Falls es in den Diskussionen weiterhin um die »Verknüpfung« gehen soll, dann muß dieser Begriff endlich mal entschleiert werden, ansonsten bleibt er nur polemisches Schlagwort gegen uns und nichts wird geklärt und begriffen.

Wir haben im Gegenteil immer deutlich gemacht, daß die Konzeption und die Form, mit der wir weiterkämpfen, von der Diskussion um Neubestimmung abhängig ist und natürlich von den Konsequenzen, die wir aus unseren bisherigen Erfahrungen für notwendig halten.

Als nach unserer April-Erklärung viele GenossInnen fragten, ob unsere Drohung bedeuten würde, daß wir, wenn der Staat nicht zurückweicht, zum Alten zurückkehren würden, haben wir diese Frage mit »Nein« beantwortet. Unsere Aktion in Weiterstadt hat das gezeigt, daß wir es dem Staat nicht »in die Hände legen«, was wir machen und wie wir es machen. Auch in ihrer politischen Bedeutung war die Aktion nicht auf »Vergeltung« reduziert, sondern enthielt ganz konkret eine Richtung, um die es überhaupt gehen muß: im Kampf die Verbindung herstellen zu all denen, die innerhalb und außerhalb der Knäste um Menschenwürde kämpfen.

Wir haben die Existenz des bewaffneten Kampfes weder im April '92 noch im August '92 noch in sonstigen Texten mit der Folter an den politischen Gefangenen begründet, also verknüpft. (Obwohl natürlich die Tatsache der Folter in den Knästen viel über das Wesen des Systems aussagt und deswegen ein Punkt sein kann, an dem sich jemand dafür entscheidet, dieses System als ganzes zu bekämpfen.)

Wir fanden auch die Verknüpfung in umgekehrter Weise nicht richtig: »... wenn gleichzeitig Angriffe der Guerilla laufen, wird hier keine Mobilisierung für die Freiheit der Gefangenen Fuß fassen können« (Brigitte Mohnhaupt, Angehörigen-Info 114). In diesem Text ist nicht nur der Geiselstatus gegen die Gefangenen als nicht wegzukämpfen festgeschrieben, sondern gleich die ganze mögliche Mobilisierung für die Freiheit zur Geisel des Staates gegen eine Guerilla gemacht.

Gesamtlösung

Absolut unabhängig vom Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen stellten wir mit der Zäsur die bisherige Bestimmung und Konzeption des bewaffneten Kampfes der RAF in Frage. Nur in diesem Zusammenhang sind die Gedanken um Gesamtlösung zu verstehen. Auch wenn heute niemand über Gesamtlösung nachzudenken braucht, weil das unrealistisch ist, sagen wir etwas dazu. Die Gefangenen, die sich von uns getrennt haben, stellen den Begriff »Gesamtlösung, die Illegalen inbegriffen« in ihrem Brief vom 28.10.93 fälschlicherweise in einen Zusammenhang mit der Initiative der Gefangenen in Celle. Dieser Begriff stammt mit Sicherheit nicht aus den Gesprächen der Celler Gefangenen mit Ströbele, sondern betrifft Gedanken, die im Oktober '93 schon älter als ein Jahr und nicht aktuell waren.

Transformation der RAF, Aufhebung der RAF – das sind Begriffe, die nicht für Aufgabe und »Abwicklung« des bewaffneten Kampfes und der Politik der RAF stehen. Sondern sie stehen für die Vorstellung, daß die Erfahrungen und Fähigkeiten, die aus der 23jährigen Geschichte gezogen werden können, in eine Neuformierung revolutionärer Politik eingehen werden. Wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß der Prozeß der Neubestimmung, Diskussion um gemeinsame politische Grundlagen tatsächlich als Gemeinsamer begriffen und entwickelt wird. Also so auch stattfindet.

Mit unserem Einschnitt ’92 ging es uns nicht um eine »Pause«, nach der wir mit neuen Bestimmungen in alter Form zurückkehren würden. Wir haben mit diesem Einschnitt immer die Vorstellung verbunden, einen Prozeß in Gang zu setzen, aus dem eine Konzeption und Organisierung entwickelt werden kann, die stärker ist als das, wie der Widerstand – die RAF inbegriffen – die ganzen letzten Jahre vor ’92 gewesen ist. Und die den Erfordernissen der heutigen Situation und Entwicklung entspricht. »... aber heute kann die bewaffnete Aktion hier diese strategische Funktion nicht mehr haben, gar nicht mehr erreichen, weil es die strategische Gesamtkonzeption nicht mehr gibt. Sie trifft die veränderte Wirklichkeit nicht mehr. Die Auseinandersetzungen sind so viele geworden, die alle gleichzeitig nach Lösungen verlangen, daß die ›zentrale Perspektive‹, wie sie historisch entwickelt war, die neu entstandenen Bedingungen nicht mehr erfassen kann ...« (Brigitte Mohnhaupt, Angehörigen-Info 114).

Daß wir die sich aus diesen Veränderungen ergebenden Fragen nicht darüber auflösen können, indem wir »die bewaffnete Aktion« einfach von uns aus immer mehr auf konkrete Auseinandersetzungen beziehen, haben wir in den Jahren ’89–’91 erfahren. Dazwischen fehlt der politische Prozeß, der aus dem Innern dieser Auseinandersetzungen kommen müßte. Die Antwort darauf, daß die Auseinandersetzungen so zahlreich und viele geworden sind, die alle gleichzeitig nach Lösungen verlangen, kann zukünftig nicht heißen, daß die Guerilla im Hintergrund steht und wartet, bis aus der Vielzahl der Auseinandersetzungen die bewaffnete Aktion gebraucht wird, die Guerilla also sozusagen eine Feuerwehr-Politik macht. Denn das würde eine Trennung der politischen Prozesse und der bewaffneten Intervention herstellen, die falsch ist. Deshalb sehen wir die Zukunft viel mehr darin, daß die Fähigkeit, bewaffnet zu intervenieren, aus dem Innern der verschiedenen Kämpfe entwickelt, bestimmt und organisiert wird. Ob das möglich sein wird und wie es genau aussehen wird, wissen wir heute nicht. Bisher fehlen dafür fast alle Voraussetzungen, auch z.B. die verbindliche und gemeinsame Diskussion. Und natürlich gilt für diese Überlegungen das, was immer gilt: die Realität wird es zeigen. Ob es möglich ist, oder ob der tatsächliche Weg dann doch ganz anders verläuft. Nur auf dem Hintergrund solcher Überlegungen ist es überhaupt möglich, Gedanken um Gesamtlösung, »die Illegalen inbegriffen« als etwas anderes als unsere »Sehnsucht nach der Rückkehr heim ins Reich« zu begreifen.

Alle, die Gefangenen und wir, hatten zu unserem Schritt im April ’92 gesagt, daß er von uns aus die Verschiebung des Gewichts in der Auseinandersetzung auf einen politischen Prozeß, Diskussion und frische Luft ... bedeutet, aus dem die Neubestimmung überhaupt erst möglich wird. Die RAF hat die Illegalität als Offensivposition der revolutionären Linken bestimmt. Mit dem Einschnitt vom April ’92 war diese Bestimmung für die Zeit des Übergangs aufgehoben. Niemand von uns wußte, wie lange der Prozeß der Neubestimmung dauern würde (und auch nicht das Ergebnis). Wir haben den Platz in der Illegalität in dieser Zeit nicht als den produktivsten und offensivsten gesehen.

Es gab also Gedanken an eine Gesamtlösung nach April ’92. Aber uns war klar, daß das nur erkämpft werden könnte. Es kam nicht dazu, daß wir uns genauer über Schritte, wie das durchgesetzt werden kann, auseinandergesetzt haben. Das wäre in der damaligen Situation nur vermessen gewesen: Mitte ’92 hatte der Staat gegenüber jeder positiven Entwicklung in bezug auf die Situation der Gefangenen vollkommen dicht gemacht. Es ist Staatsziel, jeden Funken der Erfahrung und Erinnerung an die 23jährige Geschichte des Widerstands auszulöschen. Das heißt auf die Gefangenen bezogen, auf alle Fälle zu verhindern, daß sie sich mit dem Bewußtsein aus dieser Geschichte in die anstehenden Diskussionen gemeinsam hätten einbringen können. Das stand der Freiheit entgegen, und es gab BKA-Berichte, die die Zusammenlegung der Gefangenen als zu große politische Gefahr ablehnten, weil sie dadurch in die Lage kommen könnten, aus gemeinsamer Diskussion in Auseinandersetzungen um aktuelle Fragen, die sich aus der zugespitzten gesellschaftlichen Situation in der BRD sowie der neuen Rolle der BRD im Internationalen ergeben, Stellung zu beziehen. Es gab keine Mobilisierung der Linken, die die Kraft entwickelt hätte, diesen Beton zu durchbrechen. Stattdessen konnte der Staat den Angriff gegen die Gefangenen wieder eskalieren, ohne daß ihm die eigenen Ziele und die Wut einer Mobilisierung für Freiheit entgegenschlug. Was das für Gedanken an Gesamtlösung bedeutete, liegt auf der Hand.

Wir haben uns in allen Texten der letzten Jahre bemüht, für alle auf unserer Seite so deutlich wie möglich faßbar zu machen, worum es uns ging: darum, zu einem umfassenden neuen Aufbruch zu kommen. Die GenossInnen, die uns und den Gefangenen vorwerfen, daß wir Gedanken zur Gesamtlösung nicht offen thematisiert haben, müssen vergessen haben, daß wir auch nach dem 10.4. in einem Konfrontationsverhältnis zum Staat stehen. Sollten wir dem Staat etwa diese Gedanken zum Geschenk präsentieren, in einer Situation, in der er an allen Ecken und Enden die Widerstandsbekämpfung verschärfte?

In dieser Kritik ist kein Begriff der realen Konfrontation mehr enthalten.

Zur Erklärung vom April ’92

Unsere April-Erklärung ließ die abwegigsten Interpretationen zu. Damit war sie politisch sehr schwach. Sie hat die Mutmaßungen ermöglicht, wir würden auf »den Staat hoffen«. Es war ein Fehler, Kinkel auch nur zu erwähnen. Natürlich haben wir nicht gedacht, der Staat wäre gerade drauf und dran, bspw. seine neue angestrebte Entwicklung zur direkten Teilnahme an den Kriegen gegen die Völker im Süden und Osten umzudrehen oder seine rassistische Politik in Frage zu stellen.

Im Gegenteil war die Zuspitzung der katastrophalen Entwicklung national und international von ihrer Seite aus längst festgelegt. Für uns ging es vielmehr um die Frage, an welchen Punkten und wie sie von unserer Seite aus zurückgedrängt werden können.

Die Erklärung war also viel zu ungenau. Entsprechend haben wir das im Juni ’92 und den folgenden Erklärungen wieder und wieder korrigiert. Unser Problem war

dann nicht mehr die April-Erklärung, sondern daß alles Erklären viele GenossInnen nicht erreicht hat.

Es ist eine Mode der »Szene« geworden, diese Kritik an der RAF zu haben, egal was wir tatsächlich sagen und machen. Bis heute werden diese »Thesen« zu »unserer Hoffnung« verbreitet. Wir hatten keine Hoffnung auf den Staat, wir hatten eine Hoffnung auf eine kämpferische Linke, die aus der Stagnation herausbricht. Was unser Verhältnis zum Staat betrifft, haben wir darauf gesetzt, daß wir mit unserer Drohung einen Hebel in der Hand haben, um mit vielen anderen zusammen die Freiheit gegen den staatlichen Vernichtungswillen durchsetzen zu können. Deshalb haben wir die Aktion in Weiterstadt gemacht, um neuen Druck herzustellen, auch indem wir andere mobilisieren. Damit verbunden war die Hoffnung, daß das die lähmenden Diskussionen durchbricht, die im Jahr '92 um die Kinkel-Frage kreisten. Wir hielten es auch nicht für sinnvoll, die ständigen Vorwürfe zu dementieren, z.B. wir seien dafür verantwortlich, daß viele meinten, sie müßten nur noch zuschauen, welche Fraktion im Staat sich durchsetzt, und nur darauf hoffen, daß Gefangene freigelassen würden. Die Aktion in Weiterstadt sollte auch diese Haltung durchbrechen und die Frage an uns, ob wir nun kämpfen oder zuschauen meinen – definitiv beantworten.

Wir hatten im April '92 eine Fehleinschätzung, was die Möglichkeit einer schnellen und starken Mobilisierung für die Freiheit der Gefangenen betrifft. Davor hatten wir mitbekommen, daß viele, die während des Hungerstreiks für die Zusammenlegung und die gemeinsame Diskussion mit den Gefangenen gekämpft hatten, die Forderung nach Freiheit zwar richtig fanden, allerdings keine reale Chance zu ihrer Durchsetzung gesehen haben: »Wir konnten '89 die Zusammenlegung nicht durchsetzen – wie sollen wir jetzt die Freiheit erkämpfen?« Wir sind davon ausgegangen, wenn eine Situation hergestellt ist, in der die Möglichkeit zur Durchsetzung aufscheint, sehr viele sehr schnell und mit großer Kraft diese Chance aufgreifen würden. Das war unsere Einschätzung der Situation im April '92.

Warum das so nicht gelaufen ist und es nur wenige geblieben sind, müßten andere GenossInnen besser beantworten können als wir.

Wir sehen als einen weiteren Fehler bei uns, daß wir in der April-Erklärung zwei Stränge, die unterschiedliches Gewicht hatten, vermischt haben – so daß die Klarheit beider Stränge verwischt worden ist: Unser Einschnitt, der in unserer Geschichte bisher einmalig war; die Frage nach der gemeinsamen Diskussion um Neubestimmung, woraus wir grundlegende Fragen für die Zukunft emanzipatorischer Kämpfe klären wollten, und auf der anderen Seite der Kampf um die Freiheit der Gefangenen.

Unbestritten ist, daß beides einen Zusammenhang hatte. Nicht nur deshalb, weil die Zäsur den Raum für die Freiheit aufmachen konnte, sondern auch, weil wir es natürlich erkämpfen wollten, daß die Gefangenen tatsächlich an der Diskussion um Neubestimmung Teil sein können und das nicht in den Knästen, sondern draußen. Trotzdem sind es zwei unterschiedliche Stränge: Der Kampf um die Freiheit der politischen Gefangenen ist eine Selbstverständlichkeit für alle, die für eine herrschaftsfreie Welt kämpfen. Er ist unabhängig von einer Neubestimmung immer notwendig.

Das betrifft ein grundsätzliches Verhältnis der Fundamentalopposition gegenüber dem kapitalistischen System. Niemals kann eine radikale Linke die Folter, und daß GenossInnen im Knast weggesperrt werden, akzeptieren, auch unabhängig davon, welche politischen Positionen die Gefangenen innerhalb einer Neubestimmung einnehmen werden. Und das ist ja heute offensichtlich, daß es dabei keine einheitliche Vorstellung bei den Gefangenen gibt.

Die Diskussion um Neubestimmung ist eine andere Anstrengung, bei der mit großer Sorgfalt alle gemachten Erfahrungen überprüft werden müssen und die gesellschaftliche Situation hier sowie die internationalen Entwicklungen miteinbezogen werden müssen, um eine aus den veränderten Bedingungen bestimmte revolutionäre Perspektive entwickeln zu können. In so einem Prozeß, der damals wie heute ansteht, müssen selbstverständlich auch praktische Schritte und Initiativen entwickelt werden. Wir denken, der Kampf um die Freiheit der politischen Gefangenen, kann nur innerhalb dieses Prozesses neu verankert werden.

Der Gedanke, daß es eine Überforderung der linken und fortschrittlichen Kräfte war, gleichzeitig den Kampf für die Freiheit zu forcieren und die Diskussion um Neubestimmung anzufangen, klärt das Problem nicht auf. Sicher war es eine widersprüchliche Situation. '92 ist ja niemand von einer starken existierenden linken Kraft ausgegangen. Im Gegenteil ging es für viele darum, einen ganzen Berg Fragen zu bewältigen, die sich aus den Erfahrungen, an Grenzen gestoßen zu sein, ergaben. Es wird niemals eine Situation geben, in der von den äußeren Bedingungen her eine Situation der »Pause« besteht, in der alle mehr Luft haben. Objektiv gesehen war es in den letzten 25 Jahren nie so, daß die Entwicklungen des Imperialismus den Menschen Zeit gegeben hätten. Wir können es uns also nicht aussuchen. Und wir sehen es nach wie vor als größte Notwendigkeit an, die Situation des »hohen Grades an Unorganisiertheit der radikalen Linken, der fehlenden gemeinsamen Diskussionsgrundlagen ...« aufzuheben. Wir hätten es falsch gefunden, das oder Kämpfe für konkrete Forderungen aufzuschieben.

Die anhaltende Schwäche in dieser Zeit war auch vom wenig soldarischen Verhalten der Gefangenen untereinander und einiger Gefangener zu uns seit April '92 mitbestimmt. Die Gefangenengruppe war nicht in der Lage, als solidarischer Kern die Auseinandersetzung mitzubestimmen. Wenn das auch zum großen Teil Ergebnis der Isolation untereinander und der Unmöglichkeit, gemeinsame Diskussionen zu führen, war, ändert es nichts daran, daß das dem Staat einfach machte, seine Spaltungsstrategie auszubauen. Berechtigterweise hat das im Staatsapparat alle Hoffnungen genähert, daß er hier mit überhaupt keiner mobilisierenden Kraft mehr konfrontiert ist, sondern mit einem Zusammenhang, dessen Zerfallsprozeß zur vollsten Blüte heranreift.

Wesentlich dafür, daß unsere Drohung gegen den Staat nicht zur Wirkung kam, war unser Kontakt zu dem Bullen Steinmetz. Das, was wir in Hinsicht auf Druck gegen Staat und Kapital bis '91 erreicht hatten, war durch unseren Kontakt mit ihm zu

100 % neutralisiert. Eva Haule sagte im Prozeß (4.11.93), im August sei eine offene Situation gewesen, weswegen ihre Anwälte bei Schnarrenberger waren. Damals haben wir das auch so gesehen. Heute wissen wir, die Situation bezüglich der Freiheit für die politischen Gefangenen war keineswegs mehr offen. Sie hatten sich längst dafür entschieden, daß kein Gefangener aus der RAF mehr rauskommt. Sie hatten bereits darauf gesetzt, uns nach 23 Jahren endgültig zerschlagen zu können. Mit Steinmetz sahen sie sich nicht im geringsten dazu gezwungen, zurückweichen zu müssen. So etwas verändert komplett ihr Vorgehen, es sei denn, es gibt so starke linke und gesellschaftliche Gegenkräfte, daß sie trotzdem zurückgekämpft werden können. Das war nicht der Fall.

Ein Mittel wie unsere Drohung kann nur dann (mit vielen anderen Initiativen zusammen) dazu beitragen, einen Sieg gegen den Staat an einem Punkt der Auseinandersetzung zu erreichen, wenn sie keine Aussicht darauf haben, uns demnächst militärisch zerschlagen zu können. Also wäre eine Voraussetzung '92/'93 gewesen, keinen Steinmetz an uns dran zu haben. Ohne ihn wäre die Drohung ein Mittel gewesen, den Geiselstatus der Gefangenen zurückzukämpfen. Die Kritik, daß ausgerechnet eine solche Drohung den Geiselstatus »festklopft«, ist ebenso abstrakt wie falsch.

Zu den Gesprächen mit Ströbele

Diese Gespräche haben dadurch, daß sie öffentlich zum Anlaß der Spaltung, die einige Gefangene zu uns schon lange vollzogen hatten, genommen wurden und durch die ganzen Unterstellungen, ein absolut unangemessenes Gewicht bekommen. Den einzig für uns nachvollziehbaren Grund für die Empörung bei einem Teil der Gefangenen sehen wir darin, daß die Initiative nicht von vornherein mit allen Gefangenen diskutiert worden ist. Darin sehen wir heute einen Fehler. Dieser Fehler hat seinen Anfang nicht mit den Gesprächen von Karl-Heinz Dellwo mit Ströbele, sondern ist Ausdruck des Zustands im politischen Zusammenhang Gefangene aus der RAF/RAF und ist eine Konsequenz daraus.

Sicher war es die falsche Konsequenz, und wir sehen die Parallele zu unserem Vorgehen seit April '92: Wir haben an unseren Vorstellungen festgehalten in der Überzeugung, daß wir auf dem richtigen Weg sind, der für alle zum Ziel führen würde, und gehofft, daß sich in diesem Prozeß die Widersprüche untereinander auflösen würden. Wir haben diese Widersprüche erst im Laufe der letzten zwei Jahre als so tiefgreifend erfaßt, wie sie wirklich sind.

Der Prozeß, den wir mit dem April-Schritt eröffnet hatten, hatte für den gesamten politischen Zusammenhang Gefangene/RAF große Bedeutung – zu große, um in diesem Prozeß jahrealte, nicht aufgeklärte Widersprüche mitschleppen zu können. Was wir erreichen wollten, hätte eine große Übereinstimmung und Offenheit zueinander erfordert, die über die allgemeine Übereinstimmung, eine Zäsur für notwendig zu halten, hinaus geht. Statt an einem Strang ziehen zu können, haben wir in den Widersprüchen gehandelt. Auch unser Text vom August '92, mit dem wir anfangen wollten, öffentlich darüber zu reden, was wir im April mit »Fehler gemacht« meinten, war ein Kompromiß. Wir wollten das anfangen für eine Auseinandersetzung mit allen, für die diese Fragen wichtig sind, weil sie an der Zukunft der Kämpfe überlegen und weil wir Weiterentwicklungen und keine Wiederholungen wollen. Aber wir wußten, daß einige Gefangene diese Selbstkritik nicht als ihre sahen.

Wir wollten es ermöglichen, daß sie ihren Teil, eventuell auch widersprüchlich zu uns, selbst dazu beitragen. Wir wollten keine Vorwegnahme. Deshalb haben wir gesagt: Wir können über die Zeit vor '84 nicht reden. Was nicht dazu führte, daß die Gefangenen sich einschalteten. Stattdessen führte es zu den unnötigen Diskussionen: Wieso könnt ihr zu dieser Zeit nichts sagen? Natürlich hätten das alle, die '92 in der RAF waren, sagen können, wie sie die Geschichte sehen, die nicht erst '84 angefangen hatte.

Und natürlich ist es ein Ding der Unmöglichkeit, die 80er Jahre zu reflektieren, ohne die konzeptionelle Grundlage, also das Mai-Papier, miteinzubeziehen.

Wir können zum Inhalt der Initiative der Celler Gefangenen nicht mehr sagen, als das, was Karl-Heinz Dellwo in der taz am 1.11.93 und Birgit Hogefeld im Angehörigen-Info vom 16.11.93 schon dazu gesagt haben. Da gibt es für uns nichts »zuzugeben«. Wir haben gesagt, sie stand zu unseren Vorstellungen nicht im Widerspruch, weil es unserem Interesse entsprach, Druck auf der Gegenseite zu erzeugen. Und es gab (vorausgesetzt, es hätte Steinmetz nicht gegeben) seit August '92 keinen besseren Zeitpunkt für so eine Initiative als nach Weiterstadt. Wir hätten uns tausende Initiativen gewünscht, die Druck auf Staat und Kapital erzeugen.

Weder ging es in den Gesprächen um irgendwelche Gesamtlösungen im Zusammenhang mit uns, noch ging es um Verhandlungen oder sonstige »Fahrpläne«. Uns ist es immer noch nicht begreiflich, wie GenossInnen dazu kommen können, solche Sachen zu erfinden.

Wir teilen zwar nicht die Haltung eines Teils der Metropolenlinken gegenüber Verhandlungen, jedoch wäre es aufgrund des Kräfteverhältnisses Linke/Staat unrealistisch gewesen, daß so etwas zustande kommt.

Verhandlungen für selbstbestimmte Ziele einer revolutionären Linken können nur erkämpft werden!

Und da die Gefangenen, die radikale Linke und die RAF in den vergangenen Jahren weit weg von einer erforderlichen Stärke hierfür gewesen sind und unsere gefangenen Genossen in Celle das mit Sicherheit nicht anders gesehen haben, ist es nur eine denunziatorische Behauptung, es wäre mit Ströbele oder sonstwem um Verhandlungen gegangen.

Soziale Gegenmacht

Was wir brauchen, ist eine »... offene, solidarische und kritische Auseinandersetzung – und das ganz besonders in einer Zeit wie heute, wo es so viele Fragen und Probleme von gesellschaftlicher Relevanz gibt –, um voneinander zu lernen, Wege zu finden! ...« (Norbert Hofmeier, Gefangener aus dem Widerstand)

Wir finden es sehr schwer, die politischen Widersprüche, die zur Abspaltung eines Teils der Gefangenen von uns geführt haben, wirklich tiefgehend zu erfassen. Aus ein paar abgrenzenden Schlagwörtern wie »entpolitisiert« und »Ganz in die Anpassung« oder Denunziationen ist nichts zu ziehen. Die Abgrenzung eines Teils der Gefangenen gegenüber dem, was wir gesagt und getan haben, war in den vergangenen zwei Jahren immer deutlich geworden. Hinzu kommt, daß viele ihrer Äußerungen extrem widersprüchlich und dehnbar waren. Im Zuge der Spaltung an einem »Deal«, den es gar nicht gab, und der Debatte darum sind die politischen Inhalte verwischt worden. Aus diesem Grund sagen wir nochmal einige Gedanken dazu, worum es uns politisch ging und geht.

Uns wundert, daß heute als Enthüllung und als Vorwurf kommt, daß wir keine Strategie haben, nachdem wir schon seit April '92 eine Diskussion wollen, in der neue Vorstellungen für die Zukunft revolutionärer Politik entwickelt werden. Wir sind davon ausgegangen, daß Ergebnisse einer Diskussion, also auch eine Neubestimmung, erst in einer gemeinsamen Auseinandersetzung gewonnen und nicht (von uns) vorweggenommen werden können.

Der Vorwurf vermittelt, es könnte heute Sache einer Gruppe sein, sozusagen »von außen« eine Konzeption zu entwickeln und anderen überzustülpen. Und das ohne den angepeilten Stoffwechsel zwischen uns und anderen, von dem noch kaum die Rede sein kann. Wir gehen nach wie vor davon aus, daß in einer neuen Vorstellung und zukünftigen Organisierung sich die Erfahrungen und Auseinandersetzungen aus den verschiedensten Bereichen des Widerstands widerspiegeln müssen. Es ist absurd zu denken, ausgerechnet eine illegale Gruppe könnte heute alleine eine umfassende Konzeption in die Welt setzen.

Alle, denen es ernst ist mit einer Neubestimmung, müssen für diesen Prozeß Verantwortung übernehmen, natürlich auch wir.

Mit »Gegenmacht von unten« haben wir eine Vorstellung ANGERISSEN. Wir wollten eine Richtung benennen. Wir gingen davon aus, daß die Orientierung auf »Einheit der Revolutionäre« viel zu eng ist. Sowohl was den Blick auf die notwendige Entwicklung der Kämpfe betrifft, in denen es auch immer um politische Verankerung und Verbreiterung gehen muß, als auch was einen umfassenden Begriff der Situation betrifft. Beides ist in der ausschließlichen Konzentration auf die Organisierung von Revolutionären nicht möglich, auch wenn diese dafür Bedingung ist.

Wir brauchen eine emanzipatorische Bewegung, die nicht nur dazu in der Lage ist, die Strategien der Herrschenden zu bekämpfen. Sondern die darüberhinaus eigene Alternativen entwickeln kann, eine gesellschaftliche Gegenkraft aufbaut, die aus dem Selbstbewußtsein kämpfen kann, der Kälte und Vernichtung durch das kapitalistische System eigene Vorstellungen von menschenwürdigem Leben entgegensetzen zu können. Eine emanzipatorische Bewegung muß die Auseinandersetzung um alle Unterdrückungsverhältnisse wie Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus führen, um im Kampf zu ihrer Aufhebung zu kommen. Es geht um den Aufbau einer

Gegenmacht, die sowohl den Willen hat als auch die Fähigkeit entwickelt, ihre Ziele gegen die Macht des Kapitals durchzukämpfen.

Wir gehen nicht davon aus, daß die Bedingungen in Deutschland für einen Aufbau einer sozialen Gegenmacht von unten einfach wären. Auch das Bewußtsein der Linken ist vom Leben in der Metropole bestimmt. Hier ist es oft einfacher, sektiererische Kämpfe zu vollführen, als den Willen und die Anstrengung aufzubringen, gemeinsame Grundlagen zu entwickeln und Organisierung aufzubauen. Wenn die Indigenas in Chiapas sagen: »Dieses Volk wurde rebellisch und voller Würde geboren«, dann drückt das nicht unser Lebensgefühl in diesem Land hier aus. Aber der so einfache arrogante und resignierte Blick auf »die anderen« drückt doch nur aus, die eigene Geschichte vergessen zu haben: hier ist bestimmt niemand als Revolutionär geboren worden. Und es ist katastrophal, in Deutschland das »unten« den Faschisten zu überlassen.

Heute ist die Linke hier nicht deshalb nicht spürbar vorhanden, weil es keine Linken gibt, sondern weil sie es kaum in Angriff nehmen, eine gemeinsame Kraft zu entwickeln.

Wir haben gesagt, revolutionäre Politik muß dazu in der Lage sein, konkrete Veränderungen durchzukämpfen. Das hat mit einer auf Integration ausgerichteten Reformpolitik nichts zu tun. Uns geht es um einen Aneignungsprozeß, der erst mit der vollständigen Umwälzung der herrschenden Verhältnisse beendet sein wird (zumindestens in seiner ersten Etappe). Nicht nur die Lage der Völker im Süden und Osten macht deutlich, daß das notwendig ist. Auch die rasante destruktive politische, soziale und ökologische Entwicklung hier macht das existentiell.

Überall auf der Welt stellen sich die Revolutionäre die Aufgabe, eine soziale Gegenmacht entwickeln zu können. Eine Basis für den langen Atem für die internationale Revolution. Ein Aneignungsprozeß, der unter den Bedingungen der weltumspannenden Herrschaft des Kapitals heute schon beginnt und gegen diese durchgesetzt und verteidigt werden muß. »Die Macht wird nicht erobert, sie wird aufgebaut.« Eleuterio Fernández Huidobro, Tupamaros. GenossInnen aus dem Trikont betonen, daß sie die Entwicklung in Deutschland als weltweite Bedrohung für die Völker sehen. Heute kann die vordringliche Aufgabe internationalistischer Politik der Linken in Deutschland nur sein: Das Kräfteverhältnis hier und in dieser Gesellschaft zu unseren Gunsten zu entwickeln. Das verlangen GenossInnen aus dem Trikont von uns, womit sie recht haben. Da fängt der Internationalismus an. Das ist unsere Verantwortung. Die Verantwortung dafür, eine relevante Gegenkraft aufzubauen, die sich in die Lage versetzt, sowohl die Faschisten und Rassisten auf der Straße zu stoppen, als auch die Bestie Deutschland daran zu hindern, im Rahmen der NATO, der UNO und im Rahmen des globalen Marktes weiterzumarschieren.

Die Radikalität einer internationalistischen Linken wird sich nicht über Willensbekundungen oder verbalradikale Parolen herstellen; radikal werden wir nur dann sein, wenn wir es schaffen, relevanter Faktor zu werden, in einem Kampf für wirkli-

che Veränderungen überall auf der Welt, für das Leben der »Weltmassen«, einem internationalen Kampf für die Menschenwürde. Das ist existentiell.

Dieser Prozeß wird hier nur Wirklichkeit werden können, wenn der soziale Inhalt in unseren Kämpfen identifizierbar wird. Ein emanzipatorischer Kampf kann nicht nur das »Gegen«, die Negation transportieren, sondern muß deren Neusetzung entwickeln. Dem Irrsinn des Kapitalismus, der Barbarei des globalen Marktes, der Verwertung von Mensch und Natur muß der soziale Sinn, der an Mensch und Natur orientierten Gegenentwürfe entgegengestellt werden. Und so den sozialen Sinn revolutionärer Kämpfe kenntlich zu machen.

Der Kampf für die soziale Revolution steht im Widerspruch zu allen Formen der Herrschaft, zur Ausplünderung der Völker, zu Rassismus und Sexismus. Die Aneignung des gesamten sozialen Lebens, die Freiheit auf selbstbestimmte Organisierung des Lebens weltweit statt der Unterwerfung unter die Verwertungslogik des Kapitals kann nur gegen die herrschenden Verhältnisse erkämpft werden.

Dabei geht es nicht um alternative Lebensweisen, die sich mit dem System arrangieren. Auch hat das nichts mit »vorpolitisch« zu tun. »Das Soziale« ist der Kern der Revolution.

Wir sind in der Entwicklung der letzten Jahre bis hin zu Spaltung auf den Boden der Realität geknallt: Wir haben es als politischer Zusammenhang Gefangene/RAF nicht geschafft, die Erfahrungen aus 23 Jahren Kampf in diesen Prozeß gemeinsam einzubringen. Das ist eine Niederlage.

Von der sozialen Kenntlichkeit unseres Kampfes sind wir alle – RAF und Gefangene – weiter entfernt als die Jahre zuvor. Das zu ändern, wird neue Anläufe brauchen.

Das letzte Wort denen, die im weltweiten Kampf um soziale Revolution einen großen Schritt vorwärts durchgekämpft haben:

»Noch herrscht der Wind von oben, es kommt der Wind von unten, und dann kommt der Sturm. So wird es sein. Wenn der Sturm nachläßt, wenn der Regen und das Feuer die Erde zur Ruhe kommen lassen, dann wird die Welt nicht mehr diese Welt sein, sondern etwas Besseres« (EZLN Mexiko, August '92).

Rote Armee Fraktion
6.3.1994

Anmerkungen:

1 Jetzt im nachhinein wissen wir, daß wir es damit ihm – sprich: dem VS – sehr einfach gemacht haben. Es muß für sie ein Problem gewesen sein, mit der veränderten Situation nach dem 10.4. umzugehen. Vor dem 10.4. war es offensichtlich VS-Vorstellung, den Bullen in die Guerilla einzuschleusen, um uns dann zu zerschlagen. Deshalb versuchte er vorher eine Diskussion in diese Richtung anzufangen. Nach dem 10.4. war das nicht mehr angebracht und seine Funktion änderte sich so, daß sie mit ihm einen Schlag gegen uns in der Hand hatten, für eine Situation, in der ihnen das politisch am meisten nützt. Das war nach Weiterstadt der Fall.

2 Die Übereinstimmung zwischen uns und einem Teil der Gefangenen erstreckt sich an diesem Punkt allerdings nur auf die Einschätzung. Aber nicht darauf, wie mit diesem Spaltungsinteresse umzugehen ist. Nämlich sich darüber bewußt zu sein und sich so auch davor schützen zu können. Tatsächlich waren wir in den letzten Jahren oft erschrocken darüber, wie sehr der Spaltungsplan aufgehen konnte. Wir waren immer davon überzeugt, daß der Staat nur dann Gefangene rauslassen würde, wenn es einen starkem Kampf darum gibt. Dementgegen gab es Äußerungen von Gefangenen, die dem Staat unterstellten, er hätte die Absicht, einigen Gefangenen die Freiheit zu »schenken«; das Vernichtungsinteresse zielte also nicht auf alle Gefangenen (dies natürlich an politischen Widersprüchen untereinander festgemacht). Das bekam dann den Einschlag, wenn einige Gefangene tatsächlich freikommen würden, sei das nur Teil des Vernichtungsplans gegen die anderen. Die Wirklichkeit hat bewiesen, daß es keinen Staatsplan gab, irgendwem die Freiheit zu »schenken«.

Gefangene aus der RAF im Hungerstreik

27. Juli 1994

Erklärung

Wir gehen jetzt für eine begrenzte Zeit in den Hungerstreik, um nochmal mit Nachdruck die Situation zu vermitteln und wo sie steht.

Irmgard [Möller] soll nicht rauskommen, die Staatsanwaltschaft hat bereits angekündigt, daß sie in die nächste Instanz gehen wird, wenn es in einem halben Jahr oder wann zu einer Entscheidung des Gerichts kommt.

Also entweder Sperrfrist wegen Verweigerung der psychiatrischen Untersuchung oder die ganze Prozedur nochmal von vorne – damit haben sie weitere Jahre für Irmgard festgesetzt und so auch den »Maßstab« für den Rest von uns.

Wir denken, auch für die breitere Öffentlichkeit liegt jetzt offen auf dem Tisch, daß über diesen rein justiziellen Schlauch, auf den sie uns geschoben haben, nichts geht, bis in die Einzelheiten ist die ganze Unmöglichkeit zu sehen:

Aktuell werden Irmgards Mitgefangene und alle, die sie besuchen, aufgefordert, Einschätzung, Beobachtungen und Beurteilungen von ihr abzuliefern, als Material für die psychiatrische »Gefährlichkeitsprognose«. Was Irmgard ablehnt, sollen nun die Menschen tun, die ihr nahestehen und politisch verbunden sind.

Wir hoffen, das lehnen alle ab!

Es ist brotlos und an der Wirklichkeit vorbei, auf diesem Weg weiter mitzulaufen, sich an Scheinfragen abzuarbeiten (wie dem vorgeschobenen »Gutachterproblem«), von einer Anhörung auf die nächste zu hoffen, denn auf dem sogenannten rechtlichen Weg passiert schließlich immer nur eins: es wird die politische Vorgabe vom Staat exekutiert, der herrschende politische Wille.

Und der ist eindeutig: Wolfgang, Birgits Haftbedingungen und die Anklage gegen sie, wo schon alles klar ist: jetzt soll die Kontinuität des bewaffneten Angriffs in der BRD bis '92 abgeurteilt werden, wieder endloser Knast als Abschreckung gegen neue Aufbrüche; Evas Urteil; Heidis Prozeß und sämtliche Kronzeugenprozesse, die den Knast bis zum Tod für uns auch hundertfünfzig Prozent absichern sollen; über 100 neue politische Gefangene in den Knästen, PKK-Verbot und Verfolgung aller politisch aktiven kurdischen Menschen; Antifa-Prozesse; Razzien; Halim Dener, 16 Jahre, wird beim Plakatkleben von Zivilbullen erschossen.

Das ist die Realität, nicht die neueste Leimrute der Bundesanwaltschaft, auf die wieder alle gezogen werden sollen, wo sie wieder mit der Justiz winken, nachdem die gerade bei Irmgard den Hammer hat runterfallen lassen.

Freiheit, eine reale Freiheitsperspektive für uns Gefangene kann nur am Dreh- und Angelpunkt ansetzen: am politischen Willen, das heißt, einen anderen politischen Willen zu artikulieren und voranzubringen gegen die staatliche Liquidierungsstrategie, sie zum Einbrechen zu bringen. Wir sind damit, was wir seit '88 versucht haben, aufzubauen, gescheitert. Aber trotzdem kann es auch weiterhin nur darum gehen, einen anderen politischen Willen zu bilden und zu artikulieren. Das ist nach wie vor der Punkt, um den es geht.

Das wollen wir mit dem Streik: die Realität wieder in die Diskussion holen, den scharfen Blick auf das, was ist. Unsere unveränderte Gefangenensituation, Trennung und Vereinzelung bis aufs Blut, nach 22 Jahren in härtesten Haftbedingungen soll Irmgard weiter gefangen bleiben, das Rechtsstaatsritual der Prozesse, wo sie in faktischen Todesurteilen geradezu baden, läuft weiter.

Wir glauben nicht, daß wir Druck auf die Entscheidung in diesem Lübecker Verfahren ausüben können, aber wir fordern alle auf, dafür zu kämpfen, daß sie jetzt freikommt, und sich nicht blenden zu lassen von diesem Anhörungsverfahren, das nur ein Vorwand ist, es ist klar, daß Irmgard ohne wenn und aber, ohne diesen ganzen Verfahrensschiß, wo sich jeder Mensch an den Kopf greifen muß, raus muß. Irmgard hat immer nur aus politischen Gründen gekämpft, nicht aus ihrer Persönlichkeitsstruktur, die jetzt Gegenstand der Begutachtung sein soll. Es ist ausgeschlossen, daß das überhaupt die Frage sein kann, und angesichts der langen Haft und ihrer angeschlagenen Gesundheit totaler Zynismus.

Es ist notwendig, einen Schnitt zu machen, aufzuräumen mit dem Denken, das sich in den letzten Jahren etabliert hat, weg vom Starren auf »Angebote«, auf die Justiz, auf die ganze elende Tour, mit der der Staat die Schraube nur immer noch eine Umdrehung weiter zugedreht hat.

Irmgard muß raus!

22.7.94

Manuela Happe, Eva Haule, Rolf Heissler, Sieglinde Hofmann, Christian Klar, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Irmgard Möller, Brigitte Mohnhaupt, Helmut Pohl, Heidi Schulz, Rolf-Clemens Wagner

Einen Tag später hat sich auch Birgit Hogefeld dem Hungerstreik angeschlossen:

»Ich habe mich am 28.7.94 dem zeitlich begrenzten Hungerstreik, den gestern 12 Gefangene aus der RAF begonnen haben, angeschlossen.

Sofortige Freilassung von Irmgard Möller!

Birgit Hogefeld«

Die Gefangenen haben ihren einwöchigen Hungerstreik am 3. August 1994 beendet.

4

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

AD	Action Directe
BAW	Bundesanwaltschaft
BKA	Bundeskriminalamt
BR	Rote Brigaden
CCC	Kämpfende kommunistische Zellen
FRAPO	Revolutionäre Front Proletarische Aktion
G-7	Zusammenschluß »führender« Wirtschaftsnationen (USA, Kanada, England, Frankreich, BRD, Italien und Japan)
GRAPO	Antifaschistische Widerstandsgruppe 1. Oktober
GSG 9	Sondereinheit des Bundesgrenzschutzes
HS	Hungerstreik
JVA	Justizvollzugsanstalt
K-I	Kinkel-Initiative
KGT	Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung
MEK	Mobiles Einsatzkommando
MTU	Motoren- und Turbinen Union
OLG	Oberlandesgericht
PCE(r)	Kommunistische Partei Spaniens/ revolutionär
RA	RechtsanwältIn
VS	Verfassungsschutz
ZL	Zusammenlegung der politischen Gefangenen

Biografische Angaben zu den Verfasserinnnen und Verfassern der Texte

Berberich, Monika
Ehemalige Gefangene aus der RAF. Festnahme 1970, Entlassung 1988.

Dellwo, Karl-Heinz
Gefangener aus der RAF, verhaftet am 26.4.1975 bei der Besetzung der Stockholmer Botschaft und am 20.7.1977 zu lebenslanger Haft verurteilt.
JVA, Trift 14, 29221 Celle

Dietiker, Michael
Ehemaliger Gefangener aus dem Widerstand, wurde 1988 in Frankfurt zusammen mit Ali Jansen und Bernd Rosenkötter zu fünf Jahren Knast wegen eines Anschlages auf eine Renault-Niederlassung aus Solidarität mit den Hungerstreik der Gefangenen aus der Action Directe verurteilt. 1993 entlassen.

Dutzi, Gisela
Ehemalige Gefangene aus der RAF, am 1. März 1983 verhaftet und wegen Mitgliedschaft in der RAF, Verstoß gegen das Waffengesetz, Urkundenfälschung etc. zu 8 Jahren Knast verurteilt. Entlassung 1991.

Feifel, Stephan
Ehemaliger Gefangener aus dem Widerstand. Verurteilt wegen einer Aktion gegen die Frankfurter Börse während des Hungerstreiks der politischen Gefangenen 1989. Wurde im Dezember 1993 entlassen.

Folkerts, Knut
Gefangener aus der RAF, wurde wegen der Erschießung von Generalbundesanwalt Buback angeklagt. Verhaftet am 22.9.1977 in den Niederlanden. Wird im Oktober 1978 an die BRD ausgeliefert und am 31.7.1980 zu lebenslänglich verurteilt.
JVA, Trift 14, 29221 Celle

Hanka, Gabi
Ehemalige Gefangene aus dem Widerstand. Festgenommen am 12. April 1989 wegen Beteilgung an der Aktion gegen die Frankfurter Börse während des Hungerstreiks 1989. Wurde im Dezember 1993 entlassen.

Happe, Manuela
Gefangene aus der RAF, verhaftet am 23. April 1984. Vom Oberlandesgericht Stuttgart zu 15 Jahren Knast verurteilt.
JVA, Münchener Str. 33, 86551 Aichach

Happe, Sigrid
Ehemalige Gefangene aus dem Widerstand. Verhaftung am 12. April 1989 wegen Beteiligung an der Aktion gegen die Frankfurter Börse während des Hungerstreiks 1989. Wurde im Dezember 1993 entlassen.

Haule, Eva
Gefangene aus der RAF, in Rüsselsheim am 2.4.1986 verhaftet, wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt wegen Anschlag auf die NATO-Schule Oberammergau und Mitgliedschaft in der RAF. 1994 erneute Verurteilung wegen Angriff auf die US-Airbase Frankfurt zu lebenslänglich.
JVA, Obere Kreuzäckerstr. 4, 60435 Frankfurt

Heißler, Rolf
Gefangener aus der RAF, wurde gegen den Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz am 3.3.1975 »ausgetauscht« und nach Aden ausgeflogen. Erneute Verhaftung am 9.6.1979 in Frankfurt, dabei durch einen Schuß in den Kopf schwer verletzt. Wird in Düsseldorf am 10.10.1982 zu lebenslänglich verurteilt.
JVA, Ludwigshafener Str. 20, 67227 Frankenthal

Hofmann, Sieglinde
Gefangene aus der RAF, am 5. Mai 1980 in Paris festgenommen, Auslieferung im Juni 1980 in die BRD mit Auflagen (keine Verurteilung nach § 129a, kein lebenslänglich). Am 16. Juni 1992 zu 15 Jahren Knast verurteilt.
JVA, Rochusstr. 350, 50827 Köln

Hofmeier, Nobert
Ehemaliger Gefangener aus dem Widerstand, am 20.1.1989 zu acht Jahren Haft wegen Anschlag auf BGS-Kaserne und Mitgliedschaft in der RAF verurteilt. Wurde im August 1994 entlassen.

Hogefeld, Birgit
Gefangene aus der RAF, untergetaucht 1984, wurde im Juni 1993 in Bad Kleinen verhaftet. Ihr Prozeß läuft seit November 1994.
c/o OLG, 5. Strafsenat, Zeil 42, 60256 Frankfurt

Jansen, Ali
ehemaliger Gefangener aus dem Widerstand, verhaftet am 22.12.1970 in Nürnberg, verurteilt zu 10 Jahren (Mitgliedschaft in der RAF). Im März 1988 erneut wegen eines Brandanschlages auf eine Renault-Niederlassung im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der französischen Action Directe-Gefangenen festgenommen, verurteilt zu 6 Jahren am 22.6.1989. Entlassung im Juni 1994.

Klar, Christian
Gefangener aus der RAF, am 12.11.1982 in Hamburg verhaftet, verurteilt am 2.4.1985 in Stuttgart-Stammheim zu lebenslänglich wegen Aktionen gegen Buback, Ponto, Schleyer etc. 1994 erneute zu lebenslänglich verurteilt.
JVA, Schönbornstr. 32, 76646 Bruchsal

Krabbe, Hanna
Gefangene aus der RAF, verhaftet am 26.4.1975 bei der Besetzung der Stockholmer Botschaft. Am 20.7.1977 zu lebenslänglich verurteilt.
JVA, Marliring 41, 24114 Lübeck

Kuby, Christine
Gefangene aus der RAF, wird am 22.1.1978 in Hamburg verhaftet und am 2.5.1979 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Im Februar 1994 entlassen.

Lauterbach, Vreni
Mutter der politischen Gefangenen Heidi Schulz

Mohnhaupt, Brigitte
Gefangene aus der RAF, erstmals verhaftet am 9.6.1972 in Berlin, verurteilt im August 1974

zu 4 Jahren, Entlassung am 8.2.1977, erneute Verhaftung am 11.11.1982. Verurteilt zu lebenslänglich u.a. wegen Aktion gegen NATO-General Haig.
JVA, Münchner Str. 33, 86551 Aichach

Möller, Irmgard
Gefangene aus der RAF, verhaftet am 8.7.1972, im März 1976 in Hamburg verurteilt zu 4 Jahren 6 Monate Haft. Kurz vor ihrem Entlassungstermin erging ein neuer Haftbefehl, der sich auf »Kronzeugen-Aussagen« stützte. In einem neuen Prozeß wird sie zu lebenslänglich und 15 Jahren Haft verurteilt. Am 18.10.1977 in Stammheim schwer verletzt aufgefunden, bestreitet einen Selbstmordversuch. Entlassung 1.12.1994.

Pohl, Helmut
Gefangener aus der RAF, festgenommen in Frankfurt am 2.7.1984, verurteilt zu lebenslänglich am 23.12.1986, wegen Anschlag auf US-Flugplatz Ramstein. Neues Verfahren wegen Anschlag auf US-General Kroesen.
JVA, Paradeplatz 5, 34613 Schwalmstadt

Prauss, Rico
Ehemaliger Gefangener aus dem Widerstand, verhaftet am 18.12.1987 und zu 9 Jahren Knast wegen Mitgliedschaft in der RAF und Angriff auf die Firma Dornier verurteilt. Wurde im Dezember 1993 entlassen.

Rollnik, Gabriele
Ehemals Mitglied der Bewegung 2. Juni, heute Gefangene aus der RAF. Verhaftet im September 1975, Ausbruch aus der JVA Berlin Lehrter Straße, erneute Festnahme am 21. Juni 1978. Vom Kammergericht Berlin zu 15 Jahren Knast verurteilt (u.a. wegen Lorenz-Entführung , Befreiung von Till Meyer). Entlassung: 14. September 1992

Rosenkötter, Bernd
Ehemaliger Gefangener aus dem Widerstand, wurde 1988 in Frankfurt zusammen mit Ali Jansen und Michael Dietiker verhaftet. Urteil 5 Jahre. Wurde 1993 entlassen.

Schmid, Sven
Ehemaliger Gefangener aus dem Widerstand. Wegen Teilnahme an der Aktion gegen die Frankfurter Börse anläßlich des Hungerstreiks 1989 verhaftet. Entlassung Dezember 1993.

Schulz, Heidi
Gefangene aus der RAF, verhaftet am 11.November 1982. In Düsseldorf zu lebenslänglich verurteilt. Im August 1994 erneut zu lebenslänglich verurteilt (u.a. wegen Aktion gegen Haig).
JVA, Rochusstr. 350, 50827 Köln

Sonnenberg, Günter
Ehemaliger Gefangener aus der RAF, wird bei seiner Verhaftung am 3.5.1977 lebensgefährlich verletzt und im April 1978 zu lebenslänglich verurteilt. Wurde 1992 entlassen.

Taufer, Lutz
Gefangener aus der RAF, verhaftet am 26.4.1975, gehörte zu dem Kommando, das die Stockholmer Botschaft der BRD besetzte. Am 20.7.1977 zu lebenslänglich verurteilt.
JVA, Trift 14, 29221 Celle

Wagner, Rolf Clemens
Gefangener aus der RAF, im März 1987 wegen der Schleyer-Entführung zu lebenslänglich verurteilt.
JVA, Paradeplatz 5, 34613 Schwalmstadt

Auswahlbibliographie: Diskussionsbeiträge zur Politik der RAF und der politischen Gefangenen seit April 1992

Sortiert bei Broschüren nach HerausgeberInnen, bei den anderen Beiträgen nach Zeitschriftentitel.
Die Kontaktadressen der jeweiligen Gruppen, Zeitschriften und Verlage befinden sich am Ende der Bibliographie.

[1]
A-Kurier, Berlin, Nr. 64, Mai 1994
Die »Front« als Fetisch. Einige Bemerkungen zur Kritik von Gefangenen aus den Roten Brigaden an der RAF.
[Der Beitrag von R.C. bezieht sich auf einen Text von Wotta Sitta. In diesem Zusammenhang sind die Hefte 1-7 der Gruppe Zwei um die »politische Lösung« des Komplexes Stadtguerilla in Italien lesenswert. Siehe in der Bibliographie unter Gruppe Zwei und Subversion, Zürich. Zum Thema »Antiimperialistische Front« bemerkt der/die AutorIn: »Die ›antiimperalistische Front‹ bestand aus einigen koordinierten Aktionen von RAF und Action Directe in den Jahren 1985 und 1986. Lediglich Action Directe hatte sich vorher in ihrem Text »Internationalismus – eine revolutionäre Aufgabe« mit Fragen der westeuropäischen Integration und der daraus hervorgerufenen Vereinheitlichung der Klassenkampfbedingungen beschäftigt und somit der ›Front‹ von ihrer Seite aus so etwas wie eine theoretische Grundlage gegeben.« Siehe auch in dieser Bibliographie unter Action Directe.]

[2]
Action Directe: Internationalismus – eine revolutionäre Aufgabe.
Saarbrücken: Selbstverlag, o.J.
[Mehrfach nachgedruckt. Zuletzt in der Zeitschrift Um-Verteilung, Salzburg, Ausgabe März 1994. Des weiteren sind zwei Broschüren zum Verständnis der Politik und Geschichte von Action Directe hilfreich:
– Front: Zeitungsprojekt aus Frankreich mit Texten (in französischer Sprache) zu: Revolutionärer Krieg – Einheit der Revolutionären in Westeuropa – Antiimperialistische Front. (Nr. 1) o.O.: o.J. (1992);
– Zum Hungerstreik in Frankreich und der Kampagne gegen Isolations- und Klassenjustiz. Zur Organisierung der Kämpfe Drinnen & Draußen. (Nr. 1-3).]

[3]
Agitare Bene (Hg.)
Diskussion um den RAF-Text.
Köln: Selbstverlag, o.J. (1992)
[Ausgehend von der RAF-Erklärung vom April 1992 und Briefen der politischen Gefangenen, die auch in den vorliegenden Band dokumentiert sind. Beiträge von folgenden Gruppen und Personen:
– VERS: Von einer revolutionären Strömung;
– Brief an die Genossinnen und Genossen, die im bewaffneten Kampf der RAF stehen;
– Der Kampf geht gemeinsam weiter (zwei Texte);
– Das kann doch nicht alles gewesen sein. Gedanken aus Diskussionen in Berlin (West);
– Menschen aus dem Widerstand: Zur Erklärung der RAF;
– Wilma: Zum Brief der RAF;
– Von einigen Frauen und Männern aus dem radikalen linken Widerstand: Liebe Genossinnen und Genossen;
– Oliver Tolmein: Interview mit Irmgard Möller, Christine Kuby, Hanna Krabbe und Gabriele Rollnick. (Das Interview wurde am 16. Mai 1992 im NDR gesendet und im »ak«, Hamburg, Nr. 343 vom 3. Juni 1992 abgedruckt.);
– Konkret-Gespräch mit Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut Folkerts. (Von Seiten der Konkret-Redaktion nahmen Thomas Ebermann, Roswita Timm und Hermann L. Gremliza daran teil. Abgedruckt in Konkret Nr. 6, 1992.);
– Hamburger Gruppe: Zur Diskussion um die Demo in Bonn.]

[4]
Agitare Bene (Hg.)
Dokumentation zur Auseinandersetzung RAF – »politische Gefangene« – Widerstand.
Köln: Selbstverlag, o.J. (1994)
[Als Nachfolgebroschüre schließt sie an der o.g. Dokumentation an. Sie beginnt mit der »August-Erklärung« der RAF und umfaßt eine Reihe von Stellungnahmen politischer Gefangener. Daneben sind Diskussionsbeiträge aus dem »Widerstand« und anderer linker Personen/Gruppen wiedergegeben. Nachfolgend werden nur die Texte bibliographisch erfaßt, die in dieser Dokumentation nicht aufgenommen wurden:
– Eine Feministische Kritik – am Schritt der RAF – zur KGT. (Der Text wurde im Februar 1993 auf einen bundesweiten Treffen zu den politischen Gefangenen von einer Gießener Frauen/Lesben-Gruppe als Referat gehalten. In der Agitare Bene-Broschüre ist auch eine Antwort von Karl-Heinz Dellwo enthalten. Siehe auch dieser Auseinandersetzung dem Beitrag unter »Interim«);
– Kampf zweier Linien. Anderthalb Jahre »Kinkel-Initiative« – eine Bilanz ihrer Wirkung »drinnen und draußen«. (Aus: ak, Hamburg, Nr. 358, 22.9.1993)
– Rosa Luxemburg (Pseudonym): Offener Brief von Rosa Luxemburg an die RAF, die RZ sowie an die autonome und antiimperialistische Bewegung. Eine Polemik. (Aus: ak, Hamburg);
– Offener Brief an die RAF (Oktober 1993 v. »Legale AktivistInnen«);
– Stellungnahme der »Tübinger Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen – Jetzt«. Zu den Auseinandersetzungen unter Gefangenen aus der RAF sowie der RAF selbst, wie sie in den Erklärungen von 28.19.93 (Brigitte Mohnhaupt), 1.11.93 (Karl-Heinz Dellwo) und 6.11.93 (RAF) zum Ausdruck kommen;
Autonome Kommunisten: Anmerkungen zur Debatte zwischen der RAF, den Gefangen aus der RAF und aus dem Widerstand und GenossInnen, die »noch« legal leben;
– Mikesch: Offener Brief an die RAF und an alle Gefangenen aus der RAF (November 1993);
– Diskussionsbeitrag der Antiimperialistischen Widerstandszelle Nadia Shehadah (5. September 1993).]

[5]
ak, Hamburg, Nr. 329, 8.4.1991 (Beilage zur Debatte mit den Gefangenen und der RAF)
Hanna Cash: Auf ins Offene! Beitrag zur Diskussion mit den Gefangenen und der RAF.
[Dieser Beitrag wurde veröffentlicht während der »Zwischenzeit« (Ende des Hungerstreiks der politischen Gefangenen 1989 und der Erklärung der RAF April 1992). Er steht exemplarisch dafür, ausgehend vom Hungerstreik eine Diskussion zu eröffnen. Aus dem Vorwort: »Seitdem der Hungerstreik der Gefangenen 1989 weitgehend ergebnislos verlaufen ist, herrscht Rat- und Sprachlosigkeit unter denjenigen, die den Hungerstreik unterstützt haben. Die RAF macht weiter wie gehabt ihre Aktionen. Die Situation einzelner Gefangene hat sich drastisch verschärft. Im Zeitraffer löst sich das sozialistische Lager auf. Die kommunistische Idee ist diskreditiert wie nie. Deutschland ist unter der CDU wiedervereinigt. Die ›DDR-Aussteiger‹ bieten sich z.T. der Justiz als Kronzeugen an und arbeiten auf ihre Weise an der Zerschlagung aller mit der RAF verbundenen Hoffnungen. Verfassungsschutzchef Lochte macht sich die Forderungen der Gefangenen nach Zusammenlegung zu eigen, und die Bundesregierung ist ebenfalls für die Zusammenlegung, wenn nur die RAF endlich aufgibt. Versuche, eine erneute Diskussion darüber in Gang zu bringen, wie wir – die sich als revolutionär verstehende Linke – die Gefangenen aus der Isolation bekommen und Zusammenlegungen durchsetzen können; wie wir die Freilassung zumindest der Haftunfähigen und der zu ›lebenslänglich‹ Verurteilten, wenigstens nach 15 abgesessenen Jahren, erreichen können, ohne daß sie zu Kreuze kriechen müssen, sind bisher immer wieder ganz schnell in Konfusion und Lähmung erstickt. Dieser Beitrag ist der Versuch, ein bißchen gedankliche Klarheit in all den Wirrwarr zu bringen, mit dem Ziel, daß wir endlich wieder die politische Initiative bei der Unterstützung der Gefangenen in die Hand bekommen. Dazu ist es auch notwendig, die politische Auseinandersetzung um die Strategie der RAF zu führen. Diese Diskussion ist längst überfällig und muß – wie jede Diskussion um politische Strategie – so öffentlich wie möglich geführt werden. So schwer das auch ist, müssen endlich alle GenossInnen ihre Fragen und Kritiken auf den Tisch packen (können).

Ohne das geht inzwischen nichts weiter an wirksamer Unterstützung für die Forderungen der Gefangenen. Spätestens nach der unveränderten Fortsetzung der Hinrichtungsaktionen nach dem Hungerstreik einerseits und dem Lochte-Vorschlag und dem ›Angebot‹ der Bundesregierung andererseits kann man nicht länger so tun, als sei die Frage der Unterstützung der Gefangenen ein von der Politik der RAF unabhängiges Thema.«
Der Beitrag von Hanna Cash (Februar 1991) gliedert sich wie folgt: Der Hungerstreik 1989; Die Aktion gegen Herrhausen; Zur Erklärung der RAF zum Anschlag auf Neusel; Gefangene haben immer Geiselstatus; Zu Lochtes Vorschlag; Zum »Verhandlungsangebot« der Bundesregierung; Die politische Initiative muß bei uns bleiben!; Die verfluchte Angst, offen zu diskutieren; Fetisch revolutionäre Identität; Der Klassenfeind schläft nie; Perspektiven. Kritik an der Position von Hanna Cash siehe: AK Drinnen und Draußen Celle: Zum Artikel von Hanna Cash. »Auf ins Offene? Achtung: Sackgasse!«, In: Ausbruch (Hg.) Gegen den Kopf-in-den-Sand stecken, für Sand im Getriebe der Macht, siehe Nr. 8]
Zum Hungerstreik 1989 siehe auch die Dokumentation der Roten Hilfe e.V. (Hg.): ... wir lassen jetzt nicht mehr los. . Diskussionsbeiträge und Dokumente zum Hungerstreik 1989 der politischen Gefangenen und zur Isolationsfolter in der BRD,. Kiel: Selbstverlag, 1989.

[6]
ak, Hamburg, Nr. 355, 9.6.1993
Offener Brief von Rosa Luxemburg an die RAF, die RZ sowie die autonome und antiimperialistische Bewegung. Eine Polemik. Teil I.
[Teil II wurde im ak, Nr. 356 vom 7.7.1993 abgedruckt.]

[7]
ak, Hamburg, Nr. 362, 12.1.1994
P. und D., Berlin: Ende oder Neuanfang? Zur Diskussion »drinnen und draußen« nach dem Bruch zwischen der RAF und der Mehrheit der Gefangenen.
[Ausgehend von der April-Erklärung der RAF stellen die AutorInnen die einzelnen Positionen der Illegalen und der politischen Gefangenen dar. Die Widersprüche in den einzelnen Positionen werden mit »Fragen an die RAF und die Gefangenen« dargestellt. Die Reaktionen und Stellungnahmen von »Draußen« seit November 1993, anläßlich der Erklärung von Brigitte Mohnhaupt, bilden einen weiteren Schwerpunkt dieses übersichtlichen Artikels.]

[8]
Ausbruch (Hg.): Gegen den Kopf-in-den-Sand stecken, für Sand im Getriebe der Macht, Freiburg, o.J.
– GenossInnen aus Hamburg: Wir halten nicht mehr länger das Maul!
[Aus dem Vorwort: »Es ist Zeit für uns geworden, jetzt auch was zu sagen ›auf ins offene‹ und dem ganzen Papierkram, der da hinterherkam. Dabei geht es uns weniger um die konkreten Vorstellungen, die in solchen Papieren wie ›auf ins offene‹ formuliert werden; es geht uns um die Auseinandersetzung mit einer ›Tendenz‹ in der Linken, die vor allem besagt, jetzt wäre alles neu und anders, jetzt müsse alles neue und anders angegangen werden, um zu neuen und anderen Zielen zu kommen. Neu und anders reicht uns nicht.«]

[9]
Ausbruch, Freiburg, Nr. 29, März 1992
[Am 24. Februar 1992 gaben VerteidigerInnen der politischen Gefangenen zur sog. Kinkel-Initiative (»Freilassungsdebatte«) folgende Erklärung ab, die wir nachfolgend im vollen Wortlaut dokumentieren: »Zu Beginn dieses Jahres hat Bundesjustizminister Kinkel eine neue Position in der öffentlichen Diskussion über die Situation der politischen Gefangenen eingenommen und sich damit der politischen Realität genähert, daß nach 21 Jahren die Frage dieser Gefangenen eben nur politisch gelöst werden kann. Namentlich genannt wurden einige unserer Mandantinnen und Mandanten, die entlassen werden sollen, da die gesetzlichen Voraussetzungen einer Entlassung nach 2/3 bzw. 15 Jahren der Haftzeit vorliegen. Voraussetzung sollte nicht mehr, wie bisher, eine Abschwörritual oder ein politischer Kotau sein, so der Bundesjustizminister. Eine Gefangene ist jetzt entlassen worden: Claudia Wannersdorfer. Sie ist seit Jahren haftunfähig erkrankt gewesen. Das OLG Stuttgart hat mit Beschluß vom 13.2.92 ihre Reststrafe von knapp 11 Monaten zur Be-

währung ausgesetzt – bei einer Bewährungszeit von 3 Jahren. Ende '92 hätte Claudia Wannersdorfer sowieso entlassen werden müssen. Bei diesem Ansatz ist es bis jetzt stehengeblieben. Über die ›vorzeitigen Entlassungen‹, so zitiert die Presse den Bundesjustizminister, liefen mit den Anwälten ›hochkomplizierte Verhandlungen‹. Die Realität sieht anders aus: »Hochkomplizierte geheime Verhandlungen« mit den Anwälten gab und gibt es nicht. Um uns über die Haltung der Bundesanwaltschaft zu informieren, gab es insgesamt zwei Gespräche mit je einen Anwalt. Das Ergebnis dieser Gespräche war, daß die BAW weiterhin von den Gefangenen verlangt: es müsse erkennbar sein, daß sich der Gefangene mit seiner ›Tat‹ auseinandergesetzt habe – d.h., der Gefangene soll gezwungen werden, die politische Geschichte als individuelle ›Tat‹ und ›Kriminalität‹ zu denunzieren. Außerdem muß der Gefangene erklären, daß er die Durchsetzung politischer Ziele mit Gewalt ablehne und ein straffreies Leben führen werde – d.h., der Gefangene soll für alle Zukunft das staatliche Gewaltmonopol akzeptieren. Es werde lediglich auf eine allgemeine Distanzierungserklärung zur RAF verzichtet. Im Kern von der Bundesanwaltschaft nichts Neues. Und was heißt ›vorzeitige Entlassung‹? Irmgard Möller befindet sich im 20sten Haftjahr. Das Urteil basiert allein auf gerichtsbekannt manipulierten Aussagen des Kronzeugen Müller. Christa Eckes hat ihre Haftzeit im Juli '92 vollständig abgesessen. Bernd Rössner befindet sich seit 17 Jahren in Haft und ist zudem haftunfähig. Ebenfalls seit 17 Jahren sind Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Hanna Krabbe inhaftiert. Günter Sonnenberg ist seit dem Tag seiner Verhaftung vor 15 Jahren haftunfähig. Was für Erklärungen verlangt man da von ihm? Er wird sich um seine Gesundheit kümmern, was ihm in der Haft unter Verstoß gegen die elementarsten Menschenrechte versagt war. Jede erforderliche medizinische Maßnahme mußte mühsamst erkämpft werden. Häufiger Sprachgebrauch in der ›Freilassungsdebatte‹ ist ›Normalisierung‹ und ›Normalbehandlung‹. Ausgeblendet bleiben soll dagegen die Realität der letzten 21 Jahre: die politischen Gefangenen wurden und werden, seit es sie gibt, einheitlich einer systematischen Sonderbehandlung unterworfen, die durch zahlreiche Sondergesetze abgesichert wird. Ihre Haftsituation ist nach wie vor durch die Verhinderung oder Einschränkung ihrer politischen Kommunikation sowie die Beschneidung von Verteidigungsrechten gekennzeichnete. Am Anfang stand die Totalisolation, heute gibt es die modifizierten Formen der Isolation. Gleichgeblieben ist allerdings immer das Kernstück der Isolationshaft: der Entzug des politischen Kommunikationszusammenhangs. Dieser Entzug ist gleichzusetzen mit der Verödung des Menschen mit dem Ziel der Vernichtung seiner politischen Identität. Eine Form der Folter und der menschenunwürdigen Behandlung, die nach UNO-Menschenrechtskriterien verboten ist. Für diese Menschenrechtsverletzung hat der UN-Menschenrechtsausschuß die Bundesregierung mehrfach (1978, 1986 und 1990) z.T. massiv kritisiert. Dieser Verantwortung muß sich die Bundesregierung stellen: jeder Tag dieser Sonderhaft ist mindestens dreifach anzurechnen. Ein Vorgang, wie er im allgemeinen Strafrecht und auch im Strafprozeßrecht bei Anrechnung von in Drittstaaten verbüßter Haft gebräuchlich ist. Deutlichster Ausdruck der Sonderhaft ist die Tatsache, daß alle Gefangenen Gesundheitsschäden davongetragen haben, die mit andauernder Haft unter diesen Bedingungen zunehmen. Bernd Rössner und Claudia Wannersdorfer sind durch diese Bedingungen haftunfähig erkrankt: die Krankheiten der haftunfähigen Gefangenen Isabel Jacob und Ali Jansen verschlimmern sich von Tag zu Tag. Auf der einen Seite die öffentliche Diskussion um Freilassung – auf der anderen Seite ist Angelika Goder, die wegen einer schweren Hüfterkrankung in Folge des Hungerstreiks '89 nach 11 Haftjahren entlassen wurde, trotz ärztlicher Bescheinigung ihrer Haftunfähigkeit eine weitere Haftverschonung jetzt versagt worden. Ihre Reststrafe beträgt etwa über 4 Jahre. Gegen die querschnittgelähmte Ute Hladki beabsichtigt die Bundesanwaltschaft trotz Verhandlungs- und Haftunfähigkeit weiterhin die Durchführung eines Strafverfahrens. Gegen Gefangene, die teilweise bereits zu mehrfach lebenslänglicher Haft verurteilt sind oder die kurz vor dem Ende ihrer teilweise bis zu 15-jährigen Haftstrafen stehen, werden neue Strafverfahren eingeleitet und Anklagen erhoben. Diese Verfahren basieren ausschließlich auf den Aussagen der DDR-Kronzeugen. Kronzeugen-Aussagen sind grundsätzlich erkaufte Aussagen, die nach den allgemeinen Grundsätzen des Strafprozeßrechts überhaupt nicht verwertet werden dürften. Für die weitere Inhaftierung unsere Mandantinnen und Mandanten sollen sie aber die Grundlage sein. Journalisten erhalten Einsicht in alle Aussageprotokolle der Kronzeugen und arbeiten damit im Vorfeld der Prozesse öffentlich, während der Verteidigung ausschließlich selektiv Einsicht gewährt wird. Um gegen Sieglinde Hofmann, die 1995 entlassen werden müßte, den neuen Prozeß eröffnen zu können, bedarf es der Zustimmung durch das zuständige Pariser Gericht, welches 1980 die Auslieferungsentscheidung in die BRD getroffen hatte. Dieses Gericht hat jetzt von den bundesdeutschen Behörden vor der Entscheidung über die Zustimmung die vollständigen Kronzeugen-Aussagen angefordert, um sie einer eigenen Prüfung zu unterziehen. Gleichzeitig wird am Ermittlungsverfahren gegen alle Gefangene wegen des Verdachts eines ›illegalen Informationssystems‹ weitergearbeitet. Ein Verfahren, das seit März '90 ohne Ergebnis läuft und in dem aber weiterhin Beschlagnahmungen durchgeführt und mit dem Besuchs- und Schreibverbote begründet werden. Dies steht im diametralen Gegensatz zur berechtigten Forderung der Gefangenen nach Kommunikation, wie sie ja auch vom Bundesjustizminister in der ›Freilassungsdebatte‹ beabsichtigt sein soll. Und auf der Vollzugsebene laufen die Verschärfungen für die Gefangenen durch die Briefzensur und Besuchseinschränkungen nach wie vor weiter. Die Existenz politischer Gefangener ist nicht durch die Behauptung der Normalität zu leugnen. Sie ist seit 21 Jahren Realität. Wenn also die Initiative des Bundesjustizministers ein Einschnitt in die 21-jährige Geschichte sein will, dann muß jede Form der Isolation beendet werden, alle haftunfähigen Gefangenen müssen sofort freigelassen werden. Mindestens dreifache Anrechnung der Sonderhaft mit der Folge, daß alle politischen Gefangenen in große Gruppen zusammengelegt werden.

Die Kronzeugen-Prozesse sind einzustellen. Die Ermittlungsverfahren wegen des ›illegalen Informationssystems‹ sind ebenfalls einzustellen: Eine ungehinderte Kommunikation für die Gefangenen muß sichergestellt werden.

Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte:

Dieter Adler, P.H. Bakker Schut, Ute Brandt, Anke Brenneke-Eggers, Berthold Fresenius, Dorothee Frings, Andreas Groß, Ulrike Halm, Martin Heiming, Thomas Herzog, Barbara Klawitter, Gerd Klusmeyer, Rainer Koch, Heike Krause, Wolfgang Kronauer, Michael Moos, Johannes Pausch, Adele v.d. Plas, Johannes Santen, Thomas Scherzberg, Jürgen Schneider, Regina Schulze, Wolfgang Schwab, Gertrud Tacke, Peter Tode, Renate Trobitzsch, Waltraut Verleib.]

[9a]

Ausbruch, Freiburg, Nr. 34, August 1992.

Revolutionäre Gruppe Ausbruch: Offener Brief.

[Diskussionsbeitrag Zürich anläßlich der Erklärung der RAF von April 1992: »Wir haben uns entlang der Kämpfe der politischen Gefangenen und der Politik der Guerilla politisiert und engagiert. Bei uns habt ihr genauso das bewirkt, was ihr wolltet: der Prozess, den ihr heute als überholt betrachtet, hat in unserer Politisierung stattgefunden. Wir sind nicht viele, wir kommen in eurer Analyse kaum mehr vor, doch wir versuchen etwas, mit den Kräften, die vorhanden sind.«]

[10]

AK Drinnen & Draußen Celle: »Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß« (Lukacs). Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992.

Köln: GNN-Verlag, 1992

[Wichtige Beiträge von politischen Gefangenen und anderen zur »Vorgeschichte« der RAF-Erklärung von April 1992. Inhalt:

– Karl-Heinz Dellwo: Wir wollen ein Leben ohne Verkauf und Verrat;

– Eva Haule: Eine revolutionäre Situation ist dort, wo es Arbeit für uns gibt. Texte, Briefe und Dokumente von Eva Haule, Rolf-Clemens Wagner, Helmut Pohl, Sven Schmidt – zusammengestellt von Eva Haule;

– Knut Folkerts: Das Wesentliche ist der gesellschaftliche Aneignungsprozeß. Aus Briefen vom August und November 1991;

– Karl-Heinz Dellwo: Von der Ersatzlosigkeit des Insistierens in der realen Lebenspraxis. Auf der Wahrheit vor sich und anderen. Aus Briefen vom August und November 1991;

– Rolf Heissler: Die Kluft zwischen staatlichen Re-

den und herrschender Realität ist noch immer tief und weit;
– Norbert Hofmeier: Über die Mühen des Kampfes;
– Carlos Grosser: Was waren die wichtigen Dinge, was ist zu kritisieren? Aus Briefen vom Dezember 1991, Januar und März 1992;
– Gabi Hanka, Siggi Happe: ... in konkreten Schritten für reale Veränderungen. Aus Texten vom Oktober 1990 und Oktober 1991 zu »500-Jahre-Conquista« sowie ein Brief an Hamburger Frauen;
– Sven Schmid: Eine strategische Allianz, die sich an dem Ziel Umwälzung orientiert. Aus Briefen vom Januar 1991 bis Januar 1992;
– Andreas Sievering: Eine »Ordnung« wird es nicht geben, nur eine Verschärfung der Widersprüche und Kämpfe. Aus einem Brief vom Oktober 1991;
– Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen, Michael Dietiker: Der Erlkönig lebt! Zur Hebung der antizionistischen Verkehrssicherheit bei Nacht und Wind;
– Martina Bick, Rosmarie Prieß, Mareile Schmegner, Roswita Timm: Unser Kampf für das Leben – Freiheit für alle politischen Gefangenen;
– Norbert Hofmeier: Es gab nicht nur den bewaffneten Kampf. Antwort auf »Unser Kampf für das Leben«;
– Lutz Taufer: Suche nach der Strategie des Glücks. Notizen nach einem Gespräch mit dem Tupamaro Luis Rosadilla;
– RAF: Erklärung vom 10.4.1992;
– Irmgard Möller: Erklärung vom 15.4.1992.]

[11]
AMOK-Reader.
Saarbrücken: Selbstverlag, o.J. (1992)
[Broschüre zu einer Veranstaltungsreihe, u.a. mit einen längeren Beitrag von zwei ehemaligen politischen Gefangenen (G. und W.) zur Geschichte der RAF und der politischen Gefangenen.]

[12]
Angehörigen Info, Nr. 133,
Hamburg, 2.12.1993
[»Seit dem Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand 1989 berichtet das Angehörigen Info auf acht Seiten vierzehntägig aktuell und authentisch über die Situation und die Haftbedingungen von politischen Gefangenen. Herausgegeben von ihren Angehörigen, dokumentiert es Briefe und Erklärungen der Gefangenen, deren politischen Aussagen allzuoft in der Presse verfälscht wiedergegeben werden, um damit Haftverschärfungen zu legitimieren« (Aus: Verlagsinfo GNN-Verlag).
In der Auseinandersetzung zwischen den Illegalen aus der RAF und Teilen der Gefangenen bezieht das Angehörigen Info eindeutig Stellung: »Im Info 132 haben wir erklärt, daß wir den Brief von Karl-Heinz (Dellwo) nicht abdrucken werden. Aus einigen Reaktionen mußten wir entnehmen, daß dies als Zensur und Repression aufgefaßt wird. Gegen dies Aburteilung wehren wir uns, weil sie falsch ist. Im Einvernehmen mit der überwiegenden Zahl der Gefangenen sind wir der Überzeugung, daß diese Art der Diskussion nicht ins Info gehört und deshalb beendet werden muß. Trotzdem drucken wir Birgits (Hogelfeld) neusten Brief ab, damit die Debatte abgeschlossen werden kann.«]

[13]
Arranca!, Berlin, Nr. 3, Winter '93/94
[In dem Schwerpunktheft »Linke und Militanz« sind auch einige politische Gefangene mit Beiträgen vertreten:
– Karl-Heinz Dellwo zur Geschichte der RAF: ... mitten im nebel ...
»Der Text besteht aus Auszügen eines 77 Seiten langen Aufsatzes von Karl Heinz Dellwo, in dem der Celler RAF-Gefangene die Geschichte der bewaffneten Organisation aufzuarbeiten versucht. Wir haben diese Passagen ausgesucht, obwohl der Aufsatz bereits vor 3 Jahren geschrieben wurde. An ihm werden inhaltliche Positionen sichtbar, die in der sehr wütenden Auseinandersetzung der letzten Wochen kaum noch zu erkennen waren« (Auszug aus dem Vorwort der Redaktion).
– Lutz Taufer: Gesellschaft oder Ghetto.
Ein Text, welcher auch in diesem Buch abgedruckt ist. In der Arranca-Ausgabe ist eine »kurze Antwort auf Lutz Taufer« von »zettelknecht« wiedergegeben (Zitat: »Die RAF blieb nicht allein wegen der Linken klein, sondern weil sie sich aus freien Stücken isoliert hatte, weil ihre Erklärungen [ich erinnere mich genau an die 80er Jahre und z.B. den Beckurts-Anschlag] weltfremd und fern anmuteten.«)]

[14]
AWI 92 (Hg.):
Flugsand. Dokumentation des Forum 1: Internationaler Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel, München 1992.
Frankfurt a.M.: Selbstverlag, 1992
[Während des Münchner Gegenkongreß nahm die Situation der politischen Gefangenen einen breiten Raum ein. Bezogen auf die politischen Gefangenen in der BRD und der RAF sind in den Band folgende Beiträge ehemaliger politischer Gefangener, noch in Knast befindender politischer Gefangener und der RAF dokumentiert:
– Stephan Feifel: Auch wenn wir nicht bei euch sein können ...;
– Monika Berberich: Ein umfassender Begriff von Befreiung;
– Rede von Monika Berberich auf der Großdemo: Den gemeinsamen Protest und Widerstand entgegensetzen;
– Den Stein ins Rollen bringen ... Nichtgehaltene Eröffnungsrede:
– Gisela Dutzi auf der Abendveranstaltung: »Der Knast ist der Ort, wo sie unsere Körper einsperren ...«;
– Grußworte von Sven Schmid und Stefan Feifel;
– Grußworte von Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter, Michael Dietiker sowie Norbert Hofmeier;
– Mirtala López besucht Brigitte Mohnhaupt;
– Grußwort der politischen Gefangenen in der BRD an das Internationale Tribunal in San Francisco;
– RAF: Wir grüßen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration und des internationalen Kongresses gegen den WWG.]

[15]
Brennpunkte, Heidelberg, Oktober November 1992
AK Drinnen & Draußen Celle: Power durch die Mauer. *[Interview mit dem Kommunikationsprojekt Celle]*
Nachgedruckt In: Angehörigen Info, Hamburg, Nr. 111, 28.1.1993;

[15a]
Broschürengruppe u.a. (Hg.):
Für eine neue revolutionäre Praxis. Triple Oppression & bewaffneter Kampf. Eine Dokumentation von antiimperialistischen, feministischen, kommunistischen Beiträgen zur Debatte über die Neubestimmung revolutionärer Politik 1986-1993.
Berlin: Selbstverlag, 1994
[Aus der Einleitung: »Entsprechend unserem Ausgangspunkt, der Triple-oppression-Theorie, dokumentieren wir Texte, die sich primär aus einer feministischen oder kommunistischen Sicht mit einer Kritik an der RAF oder mit revolutionärer Politik allgemein beschäftigen und bisher noch nicht in leicht zugänglicher Form vorlagen oder kaum Beachtung gefunden haben.«
Die Broschüre ist in folgenden Kapiteln gegliedert:
– Für eine neue revolutionäre Praxis!
– Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit I: Kommunistische Kritiken an der alten Politik der RAF. (Beiträge vonGefangene aus der PCE(r) und der GRAPO; Frédéric Oriach; Gruppe Für den Kommunismus!)
– Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Weißen und People of Color: Antirassismus ist mehr als Antifaschismus und traditioneller Antiimperialismus! (Beiträge von Christian Klar; Heidi Schulz; RAF; Lutz Taufer; Einigen Frauen aus der radikal; Frauen aus verschiedenen politischen Bereichen)
– Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen I: Feministische Kritiken an der alten und neunen Politik. (Beiträge von Schweizer Feministinnen; Frauen aus der radikal; Sterin; Deutsche Lesben aus dem linksradikalen Frauen-/Lesben-Spektrum)
– Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen II: Zur kommunistische Debatte über das Pariarchat. (Beiträge von Kommunistische Brigaden; CCC-Gefangenen, Gruppe Pro Kommunismus)
– Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit II: Kommunistische Kritiken an der neuen Politik der RAF. (Beiträge von PCE (r); Gefangene aus der CCC; Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen, Michi Dietiker)
– Kritische Theorie: Die Totalität eliminiert die gesellschaftlichen Antagonismen. Die theoretischen Ursachen der Defizite der alten und neuen Politik. (Beiträge von Broschürengruppe; Galvano della Volpe; Karl Marx; Friedrich Engels; Lucio Colletti; Rolf Nemitz, Stuart Hall, Desch)

– Antiimperialistische Kritiken an der neuen Politik. (Beiträge von Nathalie Menigon; Joelle Aubron; Christian Klar, Rolf Heißler, Heidi Schulz)
– Außerhalb der Kapitel-Überschriften (Konkret-Interview der Celler Gefangenen; Lutz Taufer; Karl-Heinz Dellwo)
– Anhang (Quellenverzeichnis und Hinweis auf weiterführende Literatur)
Anmerkung der Redaktionsgruppe: Einige Beiträge überschneiden sich mit dem hier vorliegenden Band, wobei viele Erklärungen nur auszugsweise in der »Triple Oppression & bewaffneter Kampf«-Broschüre veröffentlicht wurden. Dokumentarisch sticht die Broschüre mit den Beiträgen ausländischer GenossInnen und der zeitlichen Spannbreite (1986–1993) hervor.]

[16]
clockwork 129a, Mainz, Nr. 35/36, 29.3.1994
[Schwerpunkt dieser Ausgabe sind Beiträge zur Diskussion und Situation der politischen Gefangenen. Veröffentlicht wird ein Text des italienischen Gefangenenkollektivs Wotta Sitta sowie ein Beitrag der Gruppe Kein Friede (Das Leben geht weiter. Der Kampf auch? Aus der Broschüre: Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken – Bad Kleinen, Steinmetz und der Bruch in der RAF). Interessant ist ein Artikel unter dem Titel »Reform und Revolution« der Gütersloher Gruppe ILA, Initiative Linker Aufbruch. Über die Bedeutung der RAF und der Gefangenen für ihre politische Arbeit schreiben die AutorInnen u.a.: »Unser Wissen um die Gefangenen und den bewaffneten Kampf ist nicht groß. Was wir wissen, ist das Wissen aus Geschichte. Den Hungerstreik '89 haben wir zum Beispiel nicht bewußt wahrgenommen. Wir denken, daß auch dies unser Verhältnis zu den gefangenen GenossInnen und zur RAF beeinflußt. Es ist etwas anderes, ob man aus dem gleichen politischen Kampfprozeß kommt oder ob das Wissen, über diesen Kampf vor allem erstmal angelesen ist. Es gibt bei uns keine Leute, die kontinuierlich für die Freiheit der Gefangenen arbeiten. Das ist deswegen nicht möglich, weil es hier, in dieser Kleinstadt viele Punkte und Diskussionen gibt, die für uns zunächst viel existentieller sind. Trotzdem gibt es bei vielen eine grundlegende Verbundenheit mit den gefangenen GenossInnen, und in manchen Situationen bricht die Distanz auch auf. So hatten wir uns Sylvester 1992 spontan entschlossen, eine Kundgebung in Bielefeld vorm Knast für Heidi, Ingrid, Sieglinde und Rico zu machen. Die meisten, die dabei waren, waren Schülerinnen und Schüler und wußten nicht viel über den bewaffneten Kampf. Trotzdem war eine Verbundenheit zu den gefangenen GenossInnen schon zu spüren. Was diese Verbundenheit ausgemacht hat, ist nicht das Wissen, wann und wie welche Angriffe gelaufen sind, sondern das Wissen um den gemeinsamen Kampf. Zu wissen, daß die da drinnen und man selber das gleiche Ziel hat, auch bei einer ganz anderen Wahl der Mittel. Später gab es hier ein Seminar zur Geschichte der RAF. Uns war es wichtig, die Gründe und die strategischen Vorstellungen, die zur Aufnahme des bewaffneten Kampfs in der BRD geführt haben, darzustellen, denn – dieser Satz gilt auch für uns – »wer aus der Geschichte nicht lernt, ist verdammt, sie zu wiederholen«. Wie gesagt sind wir alle noch recht jung, und viele Jugendliche, mit denen wir hier zusammenarbeiten, sind noch jünger. Wir glauben, daß gerade deswegen die Erarbeitung und Weitergabe revolutionärer Geschichte und Erfahrungen besonders wichtig ist. Für Menschen, die anfangen zu kämpfen, ist es gut zu wissen, daß sie nicht die ersten sind, die auf diese Idee kommen, sondern daß es eine lange Geschichte revolutionären Kampfes gibt. Eine Linke, die ihre Geschichte zum Fenster rausschmeißt, nur weil sie eine Niederlage ›wenn auch eine verheerende‹ einstecken mußte, wird immer marginalisiert bleiben. Auch deswegen war der Bruch des größten Teils der Gefangenen mit der RAF, den Celler Gefangenen und Birgit Hogefeld notwendig ...«]

[17]
clockwork 129a, Nr. 29/30, 31.7.1992
[Beinhaltet alle Redebeiträge und Grussadressen zur Bonner Demonstration und Kundgebung am 20. Juni 1992 »Für die Freiheit aller politischen Gefangenen«.
Aus dem Inhalt: Beitrag von Günter Sonnenberg; Erklärung der türkischen Kulturgruppe Grup Yorum; Peter Gingold, antifaschistischer Widerstandskämpfer; Hanne Witkofski, Krüppel- und Anti-Eugenik-Gruppe; Hans Branscheidt, Medico International; Beitrag des Städtevorbereitungstreffens. Helga Prauss, Angehörige der politischen Gefangenen. Grußadressen von folgenden Gruppen und Personen: Divrimci Sol Gücler; Özgur-Der Nilüfer Alcan; Gruppen des »Christopher-Street Day«, Eva Haule; Besetztes Haus in der Bäckerstrasse, Zürich; El Salvador-Komitees, Bonn; Rolf Heissler; VertreterInnen der Medienjugend in der IG Medien Berlin-Brandenburg; Vreni Lauterbach, Angehörige der politischen Gefangenen; Kampfkomitee der Gefangenen aus der Action Directe; TeilnehmerInnen des Bundestreffens der Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen; Heike Krause, Rechtsanwältin; Jupp Angenfort, VVN-Bund der Antifaschisten; TeilnehmerInnen der Demonstration: »Kein § 218 in Ost und West«; Solidarische Kirche in Nordelbien; Antifa-Konferenz NRW; PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin; Barbara Steffens (Grüne NRW); Solidaritätskomitee für Erich Honecker; Semiar »Zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD«, Humboldt-Universität, Berlin; Verband zur Verteidigung der revolutionären Gefangenen weltweit aus dem Iran.]

[18]
Contraste, Heidelberg, Nr. 112, Januar 1994
[Ausgehend von einen Aufruf zur Unterstützung der politischen Gefangenen, ist auch ein Gespräch veröffentlicht, welches im November 1993 geführt wurde. Dabei wird auch auf die Auseinandersetzung zwischen den Illegalen der RAF und einen großen Teil der Gefangenen, wenn auch sehr vorsichtig, eingegangen. Unter anderen äußerst sich im diesen Gespräch ein ehemaliger politischer Gefangener über die »Schwierigkeit der Vermittlung von Realität von Draußen nach Drinnen« und dem politischen Scherbenhaufen der Kinkel-Initiative.]

[19]
Debatte auf Radio Dreyeckland vom 14.6.1992. Politische Gefangene, Freilassungsdebatte, Bewaffneter Kampf in der BRD.
Freiburg: Selbstverlag, 1992
[An der Diskussion haben teilgenommen: Eine ehemalige Gefangene aus der RAF, ein Mitglied vom Projekt interredaktionelle Zusammenarbeit im Radio Dreyeckland, ein Vertreter des 129a-Plenums aus Hannover, eine Frau von der Revolutionären Gruppe Ausbruch, Zürich und eine Vertreterin des Komitees gegen Isolationshaft, ebenfalls Zürich.]

[20]
Gruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen (Hg.).
»Aber in den 80ern lief es ganz anders ... und was jetzt?«
Berlin: Selbstverlag, 1992
[»... Statt langer Texte wurden Diskussionsprotokolle von GenossInnen möglichst authentisch abgedruckt. Die Broschüre ist vor allen deshalb interessant, weil die verschiedenen Standpunkte zur RAF-Erklärung und zur revolutionären Perspektive in der Diskussion aufeinanderprallen. Neben der PragmatikerInnenposition, die im wesentlichen darin besteht, mensch müsse alles anders machen als bislang, nur mensch wisse nicht wie, sind darin auch Denkanstöße enthalten. Es werden sowohl Fehler aus der Vergangenheit tabulos benannt, als auch Schlußfolgerungen für eine zukünftige Perspektive gezogen.« Aus: Kampf zweier Linien. In: ak, Hamburg, Nr.358, 22.9.93]

[21]
Gruppe Zwei (Hg.):
Klassenkampf oder »politische Lösung«? Materialien, d.h. wesentliche Positionen zur »Amnestiediskussion« in Italien.
(Reihe -texte- Dokumentationen zur Zeitgeschichte; Nr. 1)
München: Selbstverlag, 3. Auflage 1988

[22]
Gruppe Zwei (Hg.):
Italien – Chronik einer Debatte – Texte zu Zyklus, Klassenzusammensetzung, bewaffneter Kampf. Internationalismus etc. mit kurzer Chronik der Jahre 1966–1988.
(Reihe -texte- Dokumentationen zur Zeitgeschichte; Nr. 2)
München: Selbstverlag, 1989

[23]
Gruppe Zwei (Hg.):
Insurrezione – Erklärungen aus dem »Aufstandsprozeß« der BR/PCC und zum Zusammenhang Produktion/Konsum/Internationalismus des Kapitals etc.
(Reihe -texte- Dokumentationen zur Zeitgeschichte; Nr. 3), München: Selbstverlag, 1990

[24]
Gruppe Zwei (Hg.):
Per il Communismo ... Der Klassenkampf ist der Motor der Geschichte. Texte italienischer Gefangenen-Kollektive.
(Reihe -texte- Dokumentationen zur Zeitgeschichte; Nr. 4)
München: Selbstverlag, 1990

[25]
Gruppe Zwei (Hg.):
Texte von CC/PCC – BR/PCC – Prigionieri Politici – Wotta sitta etc. Zur internationalen Debatte über kämpfende Partei. GRAPO ...
(Reihe -texte- Dokumentationen zur Zeitgeschichte; Nr. 5)
München: Selbstverlag 1990

[25a]
Gruppe Zwei (Hg.):
Politische Gefangene und Widerstand in den USA. Dokumente des Internationalen Tribunals gegen Menschenrechtsverletzungen in New York, 1990.
(Reihe – texte- Dokumentationen zur Zeitgeschichte; Nr. 6)
München: Selbstverlag, 1992

[25b]
Gruppe Zwei (Hg.):
Krise, Guerilla und revolutionärer Prozess.
(Reihe -texte- Dokumentationen zur Zeitgeschichte; Nr. 7)
München: Selbstverlag, 1994

[26]
Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen (Hg.):
»Die Würde des Menschen ist unantastbar.« (Ulrike Meinhof). Beiträge von der Veranstaltung am 29.1.1993 in Hamburg.
Hamburg: Selbstverlag, 1993

[27]
Interim, Berlin, Nr. 182, 27.2.1992
Es geht um die Bedingungen in Knast und die Zukunft revolutionärer Politik. Einige Gedanken zur möglichen Freilassung von Gefangenen.

[28]
Interim, Berlin, Nr. 190, 23.4.1992
– Das kann doch nicht alles gewesen sein! Gedanken aus Diskussionen in Berlin (West).
– Brief an die Genossinnen und Genossen, die im bewaffneten Kampf der RAF stehen.

[29]
Interim, Berlin, Nr. 191, 30.4.1992
– Pepone: RAF/RZ-Debatte. Wenn das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird.
– VERS: Liebe GenossInnen.
– Ein Teil des Widerstands in der BRD (Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah): 22 Jahre bewaffneter Kampf der RAF in der BRD.

[30]
Interim, Berlin, Nr. 194, 21.5.1992
– Reim: Zur Neubestimmung revolutionärer Politik.
– Wilma: Zum Brief der RAF in der Interim Nr. 189.
– Frauen und Männer aus dem radikalen Widerstand: Fragen in den »offenen Raum«.

[31]
Interim, Berlin, Nr. 195, 28.5.1992
– Menschen aus dem Widerstand (Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadeh): Zur Erklärung der RAF.
– Pro Kommunismus: einige Überlegungen und Vorschläge zum Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen.

[32]
Interim, Berlin, Nr. 196, 4.6.1992
Ein Teil des Widerstands in der BRD: Zum RAF-Papier.
[Auch VerfasserInnen des Papiers vom 22.4.92 »Der Kampf geht gemeinsam weiter«]

[32a]
Interim, Berlin, Nr. 197, 11.5.1992
Pro Kommunismus: Alt, aber nicht veraltet. Thesen zur Diskussion vom 31. März 1992.

[33]
Interim, Berlin, Nr. 198, 18.6.1992
Anmerkungen zum Konkret-Interview der Celler Gefangenen.

[34]
Interim, Berlin, Nr. 200, 2.7.1992
Autonome Kommunisten: Anmerkungen zur Debatte zwischen der RAF, Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand und GenossInnen, die »noch« legal leben.

[35]
Interim, Berlin, Nr. 203, 30.7.1992
R. vom ides: Kommentar zur RAF-Erklärung.

[36]
Interim, Berlin, Nr. 204, 13.8.1992
Revolutionäre Gruppe Aufbruch, Zürich:. Offener Brief. Teil I.

[36a]
Interim, Berlin Nr. 205, 27.8. 1992
Revolutionäre Gruppe Aufbruch, Zürich: Offener Brief. Teil II.

[36b]
Interim, Berlin, Nr. 206, 10.9.1992
Interim-Redaktion: Stellungnahme zur August-Erklärung der RAF.

[37]
Interim, Berlin, Nr. 208, 24.9.1992
Pro Kommunismus: Die inhaltliche Debatte weitertreiben! Anmerkungen zur RAF-Erklärung vom August 1992.

[38]
Interim:, Berlin, Nr. 210, 8.10.1992
Sterin: Die inhatliche Debatte weiterentwickeln!
[bezieht sich u.a. auf dem Artikel in der Interim Nr. 208 der Gruppe »Pro Kommunismus«]

[39]
Interim, Berlin, Nr. 213, 29.10.1992
Stellungnahme zur Kampagne »Freiheit für die politischen Gefangenen«.
[Beitrag aus Hannover, wobei der Vorwurf gemacht wird: »Die Kampagne zur Freilassung ist nicht das Resultat einer starken politischen Bewegung, sondern sie ist durch die KGT-Initiative (sog. Kinkel-Initiative), den Gewaltverzicht der RAF und die Erklärungen der Gefangenen ermöglicht worden. In ihrem Kern bedeutet diese Kampagne nicht anderes, als daß die Gefangenen für sich eine politische Lösung durch Verhandlungen mit dem Staat anstreben. Unter diesen konkreten Bedingungen spielen wir als politische Bewegung keine Rolle ...«]

[40]
Interim, Berlin, Nr. 217, 26.11.1992
Kreis für die politischen Gefangenen, Hamburg: Bernd Rössner kommt raus! Freiheit für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand?!
[Anläßlich der Aufnahme von Bernd Rössner in November 1992 in einer therapeutischen Einrichtung, nimmt der Hamburg Kreis für die politischen Gefangenen auch Stellung zur den Entwicklungen seit Anfang 1992:
»... 1. Der Staat benutzt die Bereitschaft der Gefangenen, sich auf bestimmte formale Prozeduren einzulassen, um ihnen immer mehr Zugeständnisse abzupressen. Damit will der Staat uns seine Macht und unsere Ohnmacht vorführen und nach außen zeigen: Es wird keine politischen Entscheidungen geben, die Gefangenen werden behandelt wie andere auch. Dieses staatliche Vorgehen, immer noch eins draufzusetzten, ergibt sich aus einer Situation, in der eine Kraft außerhalb der Knäste, die die Gefangenen schützt, wieder fast vollständig fehlt. Im Fall von Bernd haben wir dieses an sich schon ungünstige Kräfteverhältnis nach dadurch unterminiert, daß wir ab einem bestimmten Punkt davon ausgegangen sind, seine Freilassung würde schon laufen ...
2. Es ist höchste Zeit, eine Bilanz der sogenannten ›Kinkelinitiative‹ zu ziehen. Die Antwort der Gefangenen und einiger UnterstützerInnen auf diese Initiative war die Forderung nach einer ›politischen Lösung‹. Darunter wurde verstanden, daß der Staat eine politische Entscheidung für die Freilassung aller Gefangenen in einem überschaubaren Zeitraum fällt. Bei manchen war das darüber hinaus mit der Vorstellung verbunden, daß der Staat von seiner repressiven Praxis gegenüber den Gefangenen grundsätzlich ablassen könnte, was dann auch auf andere gesellschaftliche Konflikte positive Auswir-

kungen haben würde. Anfang Mai, nach der Erklärung der RAF und einer kontroversen Debatte im politischen Establishment, antwortete die Bundesregierung darauf mit einer klaren Absage. Es wurde die Formel verkündet, die politischen Gefangenen würden behandelt ›wie gewöhnliche Kriminelle auch‹. Dieser Sprachregelung haben sich alle staatstragenden Parteien angeschlossen, und außer vielleicht den Grünen haben auch alle dasselbe darunter verstanden. Das zeigt sich in dem, wie jetzt mit Bernd umgesprungen wird. Der Öffentlichkeit wird suggeriert, es habe eine Entspannung stattgefunden und gleichzeitig finden inquisitorische Anhörungen statt, wurden schikanöse Auflagen erlassen, Kronzeugenprozesse veranstaltet. Diese Mischung macht das Wesen der ›Kinkelinitiative‹ aus und von daher ist sie auch nicht tot – sie hat bisher im Gegenteil gut im Sinne der Erfinder funktioniert: Spaltung und Desorientierung auf unserer Seite, während der Staat die Gefangenenfrage entpolitisiert, auf formaljuristische Abläufe reduziert und zugleich der Öffentlichkeit einen Kurswechsel suggeriert. Bezogen auf den Staat ist der Begriff ›politische Lösung‹ spätestens nach den Erfahrungen mit dieser Initiative bar jeden Inhalts, ein eigenes Interesse an Lösungen in unserem Sinne gibt es dort nicht.

3. Unser Engagement für die Freilassung der Gefangenen basierte bisher auf keiner gemeinsamen Einschätzung der Situation und politischen Bestimmung. Stattdessen haben die meisten von uns aus einem moralischen Druck und aus der Nähe zu den Gefangenen heraus gehandelt. Ausgestattet waren wir nur mit der vagen Hoffnung darauf, daß hinter Kinkels Sirenengesängen ein tatsächliches staatliches Interesse steht, über die Freilassung von einzelnen oder mehreren Gefangenen Druck loszuwerden. Wie weit dieses Interesse geht, darüber bestand schon keine Einigkeit mehr. Sichtbar wurde dieses wackelige Fundament an der Reaktion vieler nach der Zusage Weizsäckers zu Bernds Begnadigung – Erleichterung, Hände in den Schoß –, bis uns die Ereignisse wieder auf Trab brachten. Aufgrund der jahrelangen Arbeit zur Situation der politischen Gefangenen gibt es ein eigenes Interesse des Staates, diesen permanenten Konfliktherd zu befriedigen. Daraus ergibt sich momentan die Möglichkeit, Freilassungen einzelner Gefangener und Verbesserungen der Knastsituation zu erreichen. Diese Möglichkeiten versuchen die Gefangenen zu nutzen, und wir unterstützen sie dabei. In diesem Zusammenhang wurden erhebliche Zugeständnisse an den Staat gemacht, von denen sicherlich die meisten aufgrund der Situation der Gefangenen und des ungünstigen Kräfteverhältnisses notwendig waren. Es ist eine ständige Gratwanderung und zugleich ein Ringen um Millimeter. Dieses von pragmatischen Überlegungen stark geprägte Rangehen kann allerdings nicht als richtungsweisende Orientierung auf andere politische Konflikte übertragen werden. Die vor sich hin dümpelnde Debatte um die Neubestimmung revolutionärer Politik und die Gefangenenfrage dürfen nicht in dieser Weise miteinander verknüpft werden. Wir können der staatlichen Entpolitisierung nicht entgegenwirken, indem wir pragmatische Rangehensweisen als Schlußfolgerungen aus einer Debatte präsentieren, die noch gar nicht richtig stattgefunden hat. In dem Maße, wie wir in der politischen Diskussion und in bezug auf die daraus zu ziehenden Konsequenzen vorankommen, werden wir auch in der Lage sein, die Gefangenen zu schützen und rauszuholen. Dabei wird es in nächster Zeit auch darum gehen müssen, die Zusammenlegung der Gefangenen durchzusetzen, deren Freilassung nicht absehbar ist.«]

[41]
Interim, Berlin, Nr. 220, 17.12.192
Kinkel in Tutzing. Protokoll des Treffens.
[Nachdruck einer Beitrages aus der Hamburger Zeitschrift »Ohm«]

[42]
Interim, Berlin, Nr. 231, 11.3.1993
Gregor: An die Frauen aus Gießen, die den Text geschrieben haben, der in der Interim Nr. 229 vom 25.2.1993 abgedruckt ist!

[42a]
Interim, Berlin, Nr. 232, 18.3.1993
Anna und Arthur: Zu Gregors Kritik an den Frauen aus Gießen.

[43]
Interim, Berlin, Nr. 233, 25.3.1993
Gregor: An Anna und Arthur, wg. der Diskussion um den Text aus Gießen.

[43a]
Interim, Berlin, Nr. 235, 8.4. 1993
Die Interim, die RAF und die Hausarbeit.
VERS: Zur Diskussion über die feministische Kritik in der Interim 229 am neuen Kurs von RAF sowie Teilen der Gefangenen und des Widerstands.

[44]
Interim, Berlin, Nr. 236, 15.4.1993
Gregor: Nochmal – zum letzten Mal.

[45]
Interim, Berlin, Nr. 238, 29.4.1993
Anton und Fritz: Stellungnahme zur Amnestie-Forderung.

[46]
Interim, Berlin, Nr. 239, 6.5.1993
DAK: Heute noch RevolutionärIn sein? Für die Freiheit der Gefangenen aus RAF und Widerstand ohne Unterwerfung unter das Staatskalkül kämpfen! Für eine eigenständige revolutionäre Praxis!

[47]
Interim, Berlin, Nr. 243, 3.6.1993
Brief von Karl-Heinz Dellwo.
[Bezieht sich auf den Beitrag des FrauenLesben in Gießen.]

[48]
Interim, Berlin, Nr. 245, 17.6.1993
Anton, Fritz und Jenny: So nicht! Stellungnahme zum in der Interim Nr. 243, 3. Juni 1993, Seite 32 veröffentlichten Brief von Karl-Heinz Dellwo an die Gruppe »Freiheit für die politischen Gefangenen« Berlin.

[48a]
Interim, Berlin, Nr. 252, 9.9.1993
Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah: Erklärung vom 5.9.1993.

[49]
Interim, Nr. 263, 25.11.1993
– Offener Brief an die RAF!;
– Militante aus dem antiimperalistischen Widerstand in der BRD (Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah) : Zum Angriff auf ein Gebäude des »Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände«.;
– Stellungnahme der »Tübinger Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen – Jetzt« zu den Auseinandersetzungen unter Gefangenen aus der RAF sowie der RAF selbst...
– Ein Mann aus Berlin: Offener Brief an die RAF.

[50]
Interim, Berlin, Nr. 264, 2.12.1993
Mikesch: Offener Brief an die RAF und an alle Gefangenen aus der RAF.

[51]
Interim, Berlin, Nr. 265, 9.12.1993
Für den Bruch mit diesen Hinterlassenschaften! Für eine neue revolutionäre Entwicklung!
Zum Brief von Brigitte Mohnhaupt und der neuen RAF-Erklärung (FR. v. 29.10., 6.11.)

[52]
Interim, Berlin, Nr. 266, 16.12.1993
Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah.Erklärung vom 13.12.1993.

[53]
Kein Friede (Hg.)
Die Mühen der Ebene.
Frankfurt a.M.: Selbstverlag, o.J. (1992)
[Die Gruppe »Kein Friede« über sich selbst: »... Der bewaffnete Kampf bzw. die politische Möglichkeit, die er eröffnet, war für uns politisch wie aus der Biographie der einzelnen immer ein Bezugspunkt. In unserem Begriff von revolutionärer Politik war der bewaffnete Kampf, weg von dem, was wir von RAF, Bewegung 2. Juni oder RZ hielten, eine strategische Option: eine grundsätzliche Umwälzung, ohne die im Volk vorhandene Macht sie auch herbeizuführen, konnten wir uns nicht vorstellen. Über die politischen Linien, Methoden und Formen haben wir uns wahrscheinlich genauso gestritten, wie viele andere auch« (aus: Die Mühen der Ebene, S.5). Ausgehend von den Aktivitäten gegen den Welt-

wirtschaftgipfel in München 1992 beinhaltet die Broschüre u.a. folgende Themen:
»Früher ging es um Angriff – heute um Politik.« Revolutionäre Front; Freiheit für alle revolutionären Gefangenen! Kinkel-Initiative – So oder so, oder nur so?
»... So haben sich GenossInnen im Rahmen der Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftgipfel in München im letzten Jahr mit der revolutionären Politik der achtziger Jahre in der BRD befaßt. Die Grenzen des heute von vielen Beteiligten tabuisierten Frontprozesses wurden aufgezeigt. Die Perspektiven für die 90er Jahre sind allerdings mager.« Aus: Kampf zweier Linien. In: ak, Hamburg, Nr. 358, 22.9.93]

[54]
Kein Friede (Hg.)
Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken. Bad Kleinen, Steinmetz und der Bruch in der RAF. Ein vorläufiger Bericht.
Frankfurt a.M.: Selbstverlag, o.J. (1994)
[Quasi als Fortsetzung der Broschüre »Die Müben der Ebene« setzt sich die Gruppe ausgehend von den Ereignissen in Bad Kleinen und des VS-Spitzel Klaus Steinmetz mit den politischen Folgen auseinander. Diese Broschüre ist eine der wenigen Publikationen des Jahres 1993/94, welche versucht, eigenständig die Veränderungen der letzten Jahre im Kontext der RAF und der politischen Gefangenen zu analysieren und eine Positionsbestimmung zu benennen. Neben einer breiten Darstellung zu Bad Kleinen und Klaus Steinmetz beinhaltet die Broschüre folgende Punkte:
– Steinmetz, die »Kinkel-Initiative« und Weiterstadt: Hatten die Gefangenen überhaupt eine Chance;
»Ein Raum für Widersprüche als strategischer Ort für die Phase der Transformation« Beiträge zur Fragen revolutionärer Politik: Gefangene/RAF. Die Frage der Linie. Der Mechanismus der Selbstzerstörung. Der politische Verrat. Zäsur: »Es verschiebt sich zum Politischen..« Eine Machtfrage. Zentralperspektive. Golfkrieg: Keine antiimperialistische Front in Sicht.]

[55]
Konkret, Hamburg, Nr. 6/92
Oliver Tolmein: Praktiker des starken Staates.
[Der Autor analysiert in diesem Artikel die Funktion der »Kinkel-Initiative«: »Denn die ›Kinkel-Initiative‹ zielt nicht auf Freiheit, sie ist die Fortsetzung der harten Linie in zeitgemäßerem Outfit«. (Aus dem Vorwort).]

[56]
Konkret, Hamburg , Nr. 8/92
[Das Gespräch der Konkret in der Juni-Nr. 1992 mit Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer war von der Redaktion als Aufforderung zur Diskussion »über die Geschichte der RAF und die Bedingungen linksradikaler Opposition im neuen Deutschland« gedacht. »Eingeladen zu dieser Diskussion waren alle politischen Gefangenen in der BRD und einige Konkret-Autoren. Die Beiträge, die bisher eingegangen sind, werden in diesem Heft abgedruckt. Geantwortet haben: ein Gefangener aus der RAF (Lutz Taufer), ein ehemaliges Mitglied der RAF, das sich von ihr losgesagt hat, ohne zum Verräter zu werden (Klaus Jünschke), und ein Konkret-Autor (Georg Fülberth) – eine in gewisser Weise zwar repräsentative Kombination, aber weniger, als wir erwarteten. Begründet ist die magere Beteiligung an der doch so ausdrücklich geforderten Debatte wohl unter anderem in jener Haltung, die Klaus Jünschke verlaßt hat, das Konkret-Gespräch ein »abgehobenes weltrevolutionäres Kolloquium« zu nennen: das Bestreben der Sympathisanten der RAF wie ihrer Feinde, die RAF stets zu individuellen, psychosozialen und moralischen Problem zurechtzustützen, auf das – je nachdem – mit dem Gestus der Verehrung, der Verteufelung oder der sozialpädagogischen Fürsorge reagiert werden konnte. In ihm verschwand die politisch-theoretische Frage, ob denn die Analyse der RAF zutreffend und ihre Strategie geeignet gewesen sei, den selbstgesetzten Zweck zu erfüllen. Georg Fülberth setzt sich in diesem Heft mit dieser Frage auseinander.« (Aus dem Editorial Konkret Nr. 8/92)]

[57]
Konkret, Hamburg, Nr. 1/94
Oliver Tolmein: Ende des Kollektivs.
[Zum dem Versuch der Celler Gefangenen aus der RAF, über den Anwalt Christian Ströbele mit E. Reuter und I. Bubitz in Kontakt zu kommen, schreibt O. Tolmein u.a.: »Die erbitterten Reaktionen auf diesen, wie sich gezeigt hat, erfolglosem Vorstoß resultieren vor allem daraus, die die Celler Gefangenen, was sie mittlerweile selbst für einen Fehler halten, ganz bewußt keine Rücksprache mit anderen Gefangenen gehalten haben – offensichtlich nicht einmal mit den in Lübeck gefangenen Frauen, die ihnen, auch aufgrund der gemeinsamen Geschichte (Hanna Krabbe war, wie Dellwo und Taufer, an der Besetzung der Deutschen Botschaft in Stockholm beteiligt), politisch näher stehen als z.B. Brigitte Mohnhaupt oder Christian Klar. Sie wollten so verhindern, daß die Initiative bereits im Vorfeld abgelehnt würde. In einer Situation, in der sich Einschätzungen und Perspektiven ohnedies auseinanderentwickelten, mußte das als Affront erscheinen und nicht nur als Formfehler. Zumal die Initiative nicht von irgendwem kam, sondern von den wenigstens in einer Kleingruppe zusammengelegten Celler Gefangenen, die im Vergleich zu den meisten anderen Gefangenen aus der RAF entspanntere Haftbedingungen und vor allem im Gegensatz zur restlichen Gefangenengruppe (mit Ausnahme der Lübecker Frauen) seit etwa anderthalb Jahren die Möglichkeit haben, mit Journalisten zu reden und Interviews zu geben. Durch dieses Privileg konnten sie die politische Auswirkung des Kollektivs massiv beeinflussen, was angesichts der existierenden Widersprüche bei ihren Genossinnen und Genossen schon seit einiger Zeit zu Mißtrauen und gereizten Briefwechsel geführt hat. »
Siehe auch das Interview mit dem Rechtsanwalt Christian Ströbele in der TAZ, Berlin vom 30.10. 1993: »Unkonventionelle Wege versucht«]

[58]
Konkret, Hamburg, Nr. 1/94
Hermann L. Gremliza: Nichts wie raus!
[Aufruf des Konkret-Herausgebers an »Die Mitrevoluzzer von einst aber, die nur malten, was jene taten, müßten nun, da sie etwas geworden sind: Minister, Land- und Stadtrat, Bürgermeister, Präsidentenbegleiter, Literaturpreisträger, Talkshow-Stammgast, endlich ihr auch auf Kosten ihrer Genossen von gestern gewonnenes Renomee nutzen, um ihren Freunden von heute zu sagen. daß endlich Schluß sein muß mit den Mißhandlungen und alle, die den ›bewaffneten Kampf‹ aufgeben, wie andere Deliquenten nach zwei Drittel ihrer Haftzeit (bei Lebenslänglichen nach fünfzehn Jahren) freizulassen sind.«

[59]
Ohm, Hamburg, Nr. 1, April 1992
[Das Heft besteht aus folgenden Beiträgen: Aufruf aus Hamburg (»Unser Kampf für das Leben – Freiheit für alle politischen Gefangenen«). Die Initiatiorinnen über sich selbst: »Wir sind vier Frauen mit einer ziemlich unterschiedlichen Lebensgeschichte. Zwei von uns sind im Zusammenhang mit dem Kampf der RAF und der Gefangenen im Knast gewesen: jede von uns hat eine längere politische Geschichte: Kommunistischer Bund, Grün-Alternative Liste, Gefangenenselbstiniative, Komitee gegen Folter, antiimperialistische, autonome Gruppen, militanter Widerstand, im Kampf um die Häuser in der Hafenstraße, das Leben dort, dann auch gemeinsam für die Zusammenlegung. Wir wollen mit unserem Aufruf erreichen, mit allen möglichen unterschiedlichen Menschen in die Diskussion zu kommen. Es ist ein Anfang und Beitrag zu all dem, was wir uns einfallen lassen wollen und müssen.«
– Interview mit Gisela Dutzi, ehemalige Gefangene aus der RAF, am 21.2.92 (aus Angehörigen Info, Nr. 88, 13.3.92);
– Freiheit für alle politischen Gefangenen (Artikel zur Kinkel-Initiative);
– Menschen aus dem kommunistischen Widerstand: Antwortbrief an Lutz Taufer (bezieht sich auf einen Brief von Lutz Taufer an die »Tübinger Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen«, abgedruckt im »Interim« Nr. 180, 1992).

[59a]
Ohm, Hamburg, Nr. 4, August/September 1992
Kinkel in Tutzing.
[Über ein Treffen zwischen einigen Angehörigen der politischen Gefangenen, Leuten, die sich für die Forderung nach Freilassung einsetzen und dem damaligen Justizminister Kinkel in der Evangelischen Akademie Tutzing. Das Treffen fand in der Vorbereitungszeit der bundesdeutschen Demonstration in Bonn für die Freilassung der politischen Gefangenen

statt und wurde von der Ohm-Redaktion als »Geheimverhandlung« bezeichnet.]

[59b]
Radikal Brechen, Frankfurt, Nr. 9, Februar 1993
Zur Auflösung von RZ und zur RAF-Erklärung vom 10.4.92.: Die Debatte über alle grundlegenden Fragen der Revolution endlich beginnen!

[60]
Radio »Harte Zeiten« (Hg.)
Zu unserer Widerstandsgeschichte in den 80er Jahren.
Saarbrücken: Selbstverlag, o.J. (1992)
[Abdruck mehrerer Radiosendungen von AutorInnen aus dem »anti-imperialistischen Widerstand«: Zur Geschichte aus ihrer Sicht seit 1980 ff.; Beitrag von der Demonstration »Für die Freiheit der politischen Gefangenen« am 20. Juni 1992 in Bonn; zur Freilassungskampagne für politische Gefangene.]

[61]
RAZZ, Hannover, Nr. 53, Januar 1994
Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen in der BRD; Initiative für die Freilassung vom Irmgard Möller: Zum aktuellen Stand des Verfahrens und die Mobilisierung für die Freilassung von Irmgard Möller.
[Anläßlich der Kampagne zur Freilassung vom Irmgard Möller wird auch zur Auseinandersetzung zwischen den Gefangenen und den Illegalen eine Stellungnahme abgegeben. Exemplarisch spiegelt die nachfolgenden Auszüge aus dieser Erklärung die Situation von Gruppen und Personen wider, die sich solidarisch zum Anliegen der Gefangenen verhalten: »... Der Bruch unter den Gefangenen und der RAF hat die Situation verändert. Wir können nicht so tun, als wäre nichts passiert. An der Notwendigkeit, die Freilassung aller Gefangenen zu erkämpfen, hat sich für uns nichts verändert. Wir setzen uns mit den Folgen dieses Bruchs auseinander und arbeiten gleichzeitig an weiteren Initiativen für die Freiheit von Irmgard und allen anderen Gefangenen. Nur wenige haben bisher eigene Fragen und Positionen veröffentlicht. Die meisten Reaktionen reichen von Hilflosigkeit bis Fraktionierung. Natürlich nimmt die Auseinandersetzung mit der aktuellen Situation real viel Zeit und Gedanken in Anspruch. Aber das darf nicht dazu führen, daß die konkreten, praktischen Initiativen, Aktionen und auch Reaktionen aufgegeben werden.«]

[62]
Der Spiegel, Hamburg, Nr. 21/1992
»Ich will nicht anders leben« Die inhaftierte RAF-Terroristin Irmgard Möller über ihr Verhältnis zu Staat und Gewalt. *[Interview]*

[63]
Subversion, Zürich (Hg.):
Italien: Politische Gefangene, Selbstinterview.
Zürich: Selbstverlag, o.J. (ca. 1992)

[64]
Vorbereitungsgruppe (Hg.):
Über den Tag hinaus. Arbeitskonferenz von 17.–19. Dez. in Dassel (Solling).
o.O.: o.J. (1993)
[In Vorbereitung dieser Konferenz zur Geschichte des bewaffneten Kampfes sowie zur Solidaritätsarbeit für die politischen Gefangenen sind im dem Reader Beiträge abgedruckt, welche sich mit der Situation linksradikalen Widerstands beschäftigen. Dabei wird auch auf den »Bruch« zwischen Teilen der Gefangenen und der RAF eingegangen. In einzelnen handelt es sich dabei um folgende Beiträge:
– Frank: Für jedes Problem gibt es eine Lösung, die einfach, klar und falsch ist! (7.12.93);
– Beitrag einer autonomen Genossin (Nov. '93);
– m. und h.: Zur Neubestimmung linker Politik; (Dez. '93);
– Wossi: Hurra, da bin ich froh, daß m e i n Gefangener auch bei der Mehrheit ist ...;
– Warum sich der »AK Drinnen & Draußen Celle« an der Durchführung der Arbeitskonferenz nicht weiter beteiligt! (28.11.93);
– Buchbesprechung von Norbert Hofmeier zu Carlos Pino »Die Nacht wird Sterne haben«:
– Gregor: Bericht und Gedanken über unsere Arbeit in den letzten 2 Jahren (2.11.93);
– Lars Fischer, Tjark Kunstreich: Thesen zur Arbeitskonferenz »Über den Tag hinaus«;
0- Mikesch: Offener Brief an die RAF und an alle Gefangenen aus der RAF (Ist ebenfalls in der Agitare Bene-Broschüre »Auseinandersetzung ...« dokumentiert);
– Stellungnahme der »Tübinger Initiative für die Zusammenlegung der Politischen Gefangenen – Jetzt« (siehe ebenfalls bei Agitare Bene-Broschüre »Auseinandersetzung...«)
– A.B.: Die Verstaatlichung der Menschenrechte. Gedanken im Anschluß an die UN-Menschrechtskonferenz in Wien. Aus: ak, Nr. 357, 25.8.1993;
– Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit. Aufruf des deutschen Initiativkreis Libertad!]

[65]
Wildcat, Berlin, Nr. 59, Juni 11992
Sechs Thesen, vier Mythen, zwei Wege, ein Ziel?
[Neben der Auflösung von RZ-Gruppen thematisiert der Artikel die »April-Erklärung« der RAF. Dabei wird das Gemeinsame und das Trennende von RZ und RAF herausgearbeitet. Gemäß dem politischen Wildcat-Konzept wird im Bezug auf die Geschichte der RAF Emile Marensin aus »Stadtguerilla und soziale Revolution« (1972) zitiert:
»... die Leninisten versuchen, sich in den am weitesten zurückgebliebenen Schichten zu verwurzeln, die der Kapitalismus aufs Abstellgleis gestellt hat: die Gastarbeiter, die Alten, die Gefangenen, die rassischen und sexuellen Minderheiten, kurz, alle Bereiche, wo noch die revolutionären Beweggründe der Vergangenheit überleben. Darum gleichen die Leninisten immer mehr Pfaffen oder Sozialarbeitern. Sie sind außerhalb des wirklichen Ablaufs, außerhalb des Lebens, außerhalb der wirklichen Bewegung des Kommunismus. Sie suchen im Müllhaufen der Geschichte den Fraß für ihr Überleben.« Zur Perspektive der RAF im April 1992 schreiben die AutorInnen: »Nachdem fast 20 Jahre lang mit elf Hungerstreiks über öffentlichen Druck die Haftbedingungen der Gefangenen vergeblich angegriffen wurden, ist es legitim, die Freilassung der Gefangenen direkt zu verhandeln. Aber das kann nicht als revolutionäre Politik ausgegeben werden. Die Aktionen der RAF in den letzten Jahren – das Ausschalten einiger Spitzen aus Politik und Wirtschaft – haben Druck gemacht, um Verhandlungen zu ermöglichen. Eine politische Diskussion muß aber trennen: die Freilassung auf der einen Seite, das Aufarbeiten der eigenen Geschichte auf der anderen.«]

Kontaktadressen der HerausgeberInnen:

(Die Klammer bezieht sich auf die entsprechende Broschüre bzw. Zeitschrift)

A-Kurier *[1]*
Kreuzbergstr. 61
10965 Berlin

Agitare Bene *[3]*
c/o AL
Bobstr. 6
50676 Köln

ak *[5-7]*
Schulterblatt 58b
20357 Hamburg

Angehörigen Info *[12]*
c/o GNN-Verlag
Güntherstr. 6a
22087 Hamburg

Arranca *[13]*
c/o LAZ
Crellestr. 22
10827 Berlin

Ausbruch *[8, 9, 9a]*
Wilhelmstr. 15
79098 Freiburg

AWI 1992 *[14, 53, 54]*
c/o Dritte Welt-Haus
Westerbachstr. 40
60489 Frankfurt

Brennpunkte *[15]*
c/o Friedensladen
Schillerstr. 28
69115 Heidelberg

Broschürengruppe *[15a]*
c/o Kopierladen M 99
Manteuffelstr. 96
10997 Berlin

clockwork 129a *[16, 17]*
Leibnitzstr. 24
55118 Main

Contraste *[18]*
Postfach 104520
69035 Heidelberg

GNN-Verlag *[10]*
Postfach 260226
50515 Köln

Info-Büro *[2, 11]*
c/o Alte Feuerwache
Landwehrplatz
66111 Saarbrücken

Gruppe Für die Freiheit der politischen Gefangenen *[20]*
c/o Rote Säge
Falckensteinstr. 46
10997 Berlin

Gruppe Zwei *[21-26b]*
Fasanenstr. 142
82008 Unterhaching

Interim *[27-52]*
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Konkret *[55-58]*
Postfach 203365
20223 Hamburg

Ohm *[59, 59b]*
1. Umschlag:
Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Radikal Brechen *[59b]*
c/o Buchladen Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4
60327 Frankfurt

Radio Dreyeckland *[19]*
Adlerstr. 15
79098 Freiburg

Radio Harte Zeiten *[60]*
c/o Offener Kanal
Eschbergerweg 65
66121 Saarbrücken

RAZZ *[61]*
c/o Katharina Stock
Schaufelder Str. 33
30167 Hannover

Rote Hilfe e.V. *[8]*
Postfach 6444
24125 Kiel

Subversion *[63]*
Postfach 853
CH-8025 Zürich

taz
Briefe aus dem Knast
Kochstra. 18
10969 Berlin

Wildcat *[65]*
Postfach 360527
10975 Berlin

Texte der Roten Armee Fraktion und der Gefangenen aus der RAF und Widerstand

Nachfolgend eine Auswahlbibliographie, deren Zweck darin besteht, bei der Suche nach älteren Texten und Erklärungen der RAF und der Gefangenen aus der RAF und Widerstand (vor April 1992) Hilfestellung zu geben. Jedoch ist diese Auflistung nicht vollständig! Vor allen bei Erklärungen und Briefen aus dem Knast und zu den Prozessen sind Lücken. Etliche Erklärungen von ehemaligen Gefangenen aus der RAF, die sich heute nicht mehr in diesem politischen Zusammenhang verstehen, fehlen. Weithin wird nicht unterschieden zwischen Briefen und Erklärungen zu den Haftbedingungen, zu Prozessen, zur »Sache«, zur Theoriebildung und zu allgemeinen politischen Diskussion. Es fehlen auch Anträge und Erklärungen von RechtsanwältInnen im Namen von Gefangenen, die als Teil der politischen Diskussion angesehen werden können. Trotzdem denken wir, daß diese Auswahlbibliographie die politische Entwicklungsgeschichte der RAF und der politischen Gefangenen in Ansätzen nachvollziehen läßt und bei Interesse einzelne Texte nachgeschlagen werden können. Dabei sind in der Regel nur Bücher und Broschüren aufgelistet, die im Buchhandel noch lieferbar bzw. in öffentlichen Bibliotheken vorhanden sind. Sinn dieser Bibliographie ist nicht, aufzuzeigen, wie viele Kopiensammlungen es in den letzten 25 Jahren zur Stadtguerilla in der BRD gab, sondern einen Gebrauchswert für die politische Diskussion zu geben.

Erklärung zur Befreiung von Andreas Baader Die Rote Armee aufbauen
(5. Juni.1970)
In: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte: Bundesrepublik Deutschland (BRD) – Rote Armee Fraktion (RAF). Hg.: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung. Verlagsgesellschaft Politische Berichte. – Köln: GNN, 1987. S. 4

Das Konzept Stadtguerilla
(April 1971)
In: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 5–13
In: Die alte Straßenverkehrsordnung. Dokumente der RAF. Mit Beiträgen von W. Pohrt, K. Hartung u.a. . – Berlin: Edition Tiamat, Verlag Klaus Bittermann, 1986. S. 21–45

Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa (Kollektiv Rote Armee Fraktion)
(Mai 1971)
In: Die alte Straßenverkehrsordnung. S. 47–125

Horst Mahler: »Die revolutionäre Linke ist kriminell!«
In: Der Spiegel, Nr. 5/1972 vom 24.1.1972

Dem Volk dienen Stadtguerilla und Klassenkampf
(April 1972)
In: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 15–27

Kommandoerklärung vom 14. Mai 1972
(Kommando Petra Schelm, 11.5.1972, Frankfurt am Main, US-Army)
In: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 27
In: texte: der RAF. – Malmö: Verlag Bo Cavefors, 1977. S. 448

Kommandoerklärung vom 16. Mai 1972
(Kommando Thomas Weisbecker, 12.5.1972, Augsburg und München)
In: Bewaffneter Kampf. Texte der RAF. Auseinandersetzung und Kritik. – Utrecht bzw. Graz: Verlag van Houden bzw. Verlag Rote Sonne, Januar 1973. S. 178–179

Kommandoerklärung vom 20. Mai 1972
(Kommando Manfred Grashof, 16.5.1972, Karlsruhe, Buddenberg)

In: texte: der RAF. S. 449–450
Auszug in: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 27–28

Kommandoerklärung vom 20. Mai 1972
(Kommando 2. Juni, 19.5.1972, Hamburg, Springer)
In: texte: der RAF. S. 450–451

Kommandoerklärung vom 25. Mai 1972
(Kommando 15. Juli, 24.5.1972, Heidelberg, US-Army – am 15. Juli 1971 wurde in Hamburg Petra Schelm erschossen.)
In: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 28

Tonbandprotokoll der Erklärung der RAF auf dem Teach-in der Roten Hilfe Frankfurt am 31. Mai 1972
In: Neues vom Sozialstaat. Dokumentation zum Teach-in der Roten Hilfe zur unmittelbaren Unterdrückung durch Polizei und Justiz. Hg.: Rote Hilfe Frankfurt. – Frankfurt am Main: Selbstverlag, 1972. S. 35–37
In: Bewaffneter Kampf. Texte der RAF. S. 181–183

Horst Mahlers Erklärung zum Prozeßbeginn am 9. Oktober 1972 vor dem 1. Strafsenat des Westberliner Kammergerichts
In: Bewaffneter Kampf. Texte der RAF. S. 184–197

Die Aktion des Schwarzen September in München – Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes
(November 1972)
In: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 31–40
In: texte: der RAF. S. 411–447

Ein Brief Ulrike Meinhofs aus dem Toten Trakt
(Aus der Zeit: 16.6.1972 bis 9.2.1973)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. Kritische Anmerkungen zu dem Bericht der Bundesrepublik Deutschland an den UN-Menschenrechtsausschuß vom November 1977. Hrsg. v. Pieter Bakker Shut, Ralf Binswanger und Bernhard Rambert. – Amsterdam: Selbstverlag, 1983. S. 157f.
Auszug in: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 41

das info. Briefe der Gefangenen aus der RAF 1973–1977. Dokumente.
Hrsg. v. Pieter H. Bakker Schut. – o.O. (Kiel): Neuer Malik Verlag, 1987. 336 S.

Dossier. Berichte und Erklärungen von Gefangenen
In: Kursbuch 32. August 1973. Folter in der BRD. Zur Situation der Politischen Gefangenen. Hrsg. v. Hans Magnus Enzensberger und Karl Markus Michel. – Berlin: Kursbuch Verlag/Rotbuch Verlag 1973.

Hungerstreik-Erklärung der Politischen Gefangenen
(8.5.1973, 2. Hungerstreik, 8.5.-29.6.1973)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 199–202

Rede von Ulrike Meinhof für die Gefangenen aus der RAF im Baaderbefreiungsprozeß am 13. September 1974
In: texte: der RAF. S. 62–74
In: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 47–50
In: letzte texte von ulrike. Hg.: internationales komitee zur verteidigung politischer gefangener in Westeuropa. – o.O.: Selbstverlag, o.J. (1976). S. 48–59

Hungerstreikerklärung
Wer seine Lage erkannt hat – wie soll der aufzuhalten sein?
(13.9.1974, 3. Hungerstreik vom 13.9.1974 bis 15.2.1975)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 203–205
Auszug in: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 50

Provisorisches Kampfprogramm für den Kampf um die politischen Rechte der gefangenen Arbeiter
(September 1974)
In: Rote Armee Fraktion: bewaffneter antiimperialistischer kampf und die defensive der konterrevolution in ihrer psychologischen kriegführung gegen das volk. hungerstreikerklärung

der gefangenen aus der RAF. provisorisches kampfprogramm für den kampf um die politischen rechte der gefangenen arbeiter. (rede von ulrike meinhof für die gefangenen aus der RAF im baaderbefreiungsprozeß am 13. september 1974). – o.O.: 1974. S. 15–19 (Flugschrift)

Erklärung der Gefangenen aus der RAF zum Ausschluß von Horst Mahler aus der RAF
(Monika Berberich für die Gefangenen aus der RAF, 27.9.1974)
In: Der Kampf gegen die Vernichtungshaft. Hg.: Komitees gegem Folter an politischen Gefangenen in der BRD. – o.O.: Selbstverlag, o.J. (1974). S 24–27

Holger Meins: Bericht zur Zwangsernährung, Oktober 1974
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 246–247

Letzter Brief von Holger Meins, 31. Oktober 1974
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 267–268
In: texte: der RAF. S. 13–15

Erklärung zur Bombenexplosion im Bremer Hauptbahnhof
(9.12.1974)
In: »Holger, der Kampf geht weiter!« Dokumente und Beiträge zum Konzept Stadtguerilla. Fragen an die Stadtguerilla: Interview mit der Revolutionären Zelle Bewegung 2. Juni: Die Entführung aus unserer Sicht. – Gaiganz: Politladen Verlagsgesellschaft, 1975. S. 253 (= Reihe Gegendrucke Nr. 1)

»Wir werden in den Durststreik treten«
SPIEGEL-Fragen an Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe (20.1.1975)
In: Der Spiegel, Nr. 4/1975 vom 20.1.1975, S. 52–57
In: texte: der RAF. S. 241–261
Auszug in: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 52–53

Brief der RAF an die Gefangenen aus der RAF vom 2.Februar 1975
(Aufforderung, den Hungerstreik abzubrechen)
In: Brief an die Gefangenen aus der RAF. Frankfurter Rundschau 6. Februar 1975
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 208
In: texte: der RAF. S. 332–333

Kommandoerklärung vom 24. April 1975
(Kommando Holger Meins, 24.4.1975, Deutsche Botschaft in Stockholm)
In: texte: der RAF. S. 334–336

Rede von Irmgard Möller im Prozeß in Hamburg – Mai 1975
In: texte: der RAF. S. 304–311

Rede von Ronald Augustin in Bückeburg
(ohne Datum, 1975)
In: texte: der RAF. S. 312–322

Nach dem Protokoll rekonstruierte Antragsbegründung der Gefangenen im Prozeß
(5.6., 1.7., 9.7., 24.7., 29.7. und 30.7.1975)
In: texte: der RAF. S. 140–176

Erklärung von Andreas Baader am 18. Juni 1975
In: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 57–59
In: texte: der RAF. S. 89–94

Andreas Baader am 16. Juli 1975
In: texte: der RAF. S. 95–97

Zu Staatsschutzjustiz, psychologischer Kriegführung und imperialistischer Öffentlichkeit. Begründung der vier Gefangenen aus der RAF zum Ablehnungsantrag gegen den 2. Strafsenat des OLG Suttgart am 5. August 75
In: texte: der RAF. S. 112–135

Am 19. August 1975, zur Aufforderung, eine Erklärung zur Person abzugeben
In: texte: der RAF. S. 136–139

Die Gefangenen am 21.August 1975
In: texte: der RAF. S. 98–111

Andreas Baader am 26. August 1975
In: texte: der RAF. S. 75–88

Zu den Anwälten, September 1975
In: texte: der RAF. S. 533–545

Erklärung der RAF zum Bombenanschlag im Hamburger Hauptbahnhof
(Die Gefangenen aus der RAF, Stammheim, den 23.9.1975)
In: Frankfurter Rundschau, 10. Oktober 1975
In: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 59
In: texte: der RAF. S. 323–325

Text zur Prozeßtrategie und und zu den Anwälten
(Anfang November 1975)
In: texte: der RAF. S. 546–560

»wir bestimmen das jetzt so«
(ohne Datum, ca. 1975/76)
In: texte: der RAF. S. 561–570

Brief von Ulrike Meinhof an Axel Azzola (Anwalt), 7. Dezember 1975
In: texte: der RAF. S. 522–531

Brief von Ulrike Meinhof an Axel Azzola, 20. Dezember 1975
In: texte: der RAF. S. 517–522

Teile zu der Erklärung der Gefangenen aus der RAF, Januar 1976
In: letzte texte von ulrike. S. 18–30
In: texte: der RAF. S. 40–54

Brief von Andreas Baader an die Gefangenen, 3 fragmente aus der »erklärung zur sache«
(ohne Datum, ca. Januar 1976)
In: texte: der RAF. S. 177–207

Erklärung zur Sache (13.1.1976, Baader, Ensslin, Meinhof, Raspe)
(Auszüge aus dem Manuskript)
Auszug in: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 60–87
Geschichte der BRD (ohne Einleitung) In: letzte texte von ulrike. S. 36–42
Geschichte der BRD (ohne Einleitung) In: texte: der RAF. S. 55–61

Gudrun Ensslin am 19. Januar 1976
In: texte: der RAF. S. 326–331

Vietnamkrieg
(Anfang März 1976)
In: texte: der RAF. S. 571–573

Fragment über Struktur
(Ulrike Meinhof, ohne Datum, 1976?)
In: letzte texte von ulrike. S. 3–5
In: texte: der RAF. S. 23–26

Brief von Ulrike Meinhof an Hanna Krabbe vom 19. März 1976
In: letzte texte von ulrike. S. 6–8
In: texte: der RAF. S. 16–19

Brief von Ulrike Meinhof an Hanna Krabbe, 23. März 1976
In: letzte texte von ulrike. S. 9–10
In: texte: der RAF. S. 19–20

Brief von Ulrike an die Gefangenen in Hamburg, 13. April 1976
In: letzte texte von ulrike. S. 11–13

Aus der Diskussion Stammheim, Anfang Mai 1976
Thema: Oktoberrevolution – 3. Internationale
In: letzte texte von ulrike. S. 14–17
In: texte: der RAF. S. 35–39

Brief von Ulrike Meinhof
(ohne Datum, 1976?)
In: letzte texte von ulrike. S. 31–35

Konzept von Andreas Baader und Ulrike Meinhof zu einem anderen Prozeß, Ende April 76
In: letzte texte von ulrike. S. 43–47
In: texte: der RAF. S. 27–32

Andreas Baader und Ulrike Meinhof: Linie zum Prozeß gegen das Kommando Holger Meins
(ohne Datum, ca. Anfang 1976 ?)
In: texte: der RAF. S. 32–34

Erklärung von Jan-Carl Raspe im Prozess in Stuttgart-Stammheim, 11. Mai 1976
In: letzte texte von ulrike. S. 1–3
In: texte: der RAF. S. 21–22

Interview mit der Le Monde Diplomatique
(Juli und November 1976)
In: texte: der RAF. – Malmö: Verlag Bo Cavefors, 1977. S. 262–303

Aussage von Brigitte Mohnhaupt in Stammheim am 22. Juli 1976
In: texte: der RAF. S. 208–231

Aussage von Helmut Pohl in Stammheim
In: texte: der RAF. S. 231–240

Erklärung der Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins zum Anschlag auf das Auto des Zwangsverteidigers Peters
(11.3.1977)
In: glaubt den lügen der mörder nicht. Dokumentation zur Situation in der BRD und zum Verhältnis BRD-Schweiz. Hg.: Rote Hilfe Zürich, Russell-Initiative Zürich, Arbeitsgruppe politische Gefangene. – Zürich: Selbstverlag, 1978. S. 62

Hungerstreikerklärung vom 29. März 1977
(4. Hungerstreik, 29.3.-1.5.1977)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 209–211

Antrag zur Ladung von Helmut Schmidt und Willy Brandt
(Stammheim, 29.3.1977)
In: texte: der RAF. S. 455–464

Kommandoerklärung vom 7. April 1977
(Kommando Ulrike Meinhof, Aktion gegen den Generalbundesanwalt Siegfried Buback)
In: texte: der RAF. S. 451–454
Auszug in: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 89

Bericht zur Zwangsernährung der gefangenen Frauen aus der RAF in Hamburg , April 1977
(Brigitte Asdonk, Annerose Reiche, Margit Schiller, Christa Eckes, Inga Hochstein und Ilse Stachowiak)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 248–250

Protokoll des Besuchs und Untersuchung von Prof. Schroeder am 26. April 1977
(Ingrid Schubert in Stammheim)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 212–214

Erklärung zum Abbruch des Hungerstreiks vom 30. April 1977
(Gudrun Ensslin für die Gefangenen aus der RAF)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 215

Auszug aus einem Brief Siegfried Haags zur Trennscheibe
(Rückübersetzung aus dem Französischen, Stammheim, 1.7.1977 (?))
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 281

Protokoll des Überfalls vom 8. August 1977
(Ingrid Schubert, 9.8.1977)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 257–262

Erklärung der Gefangenen aus der RAF zur Unterbrechung des Hungerstreiks
(2.9.1977, Jan-Carl Raspe für die Gefangenen aus der RAF)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 216

Zum Anschlag auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe
(3.9.1977)
In: glaubt den lügen der mörder nicht. S. 65

Bericht der Gefangenen aus der RAF in Lübeck über die Haftbedingungen seit dem 18. Oktober 1977 im Toten Trakt
(Lübeck, Frauen aus der RAF)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 167–171

Bericht zur Kontaktsperre von einem Gefangenen aus der RAF in Hamburg, 25. November 1977
(Auszüge aus einem Brief von Werner Hoppe)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 236–238

Erklärung von Irmgard Möller vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages Baden-Württemberg am 16. Januar 1978
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 271–280
Auszug in: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 98

Irmgard Möller: Haftbedingungen (S. 1–2)
Chronologie. Bericht von I. Möller über die letzten 6 Wochen vor dem 18.10. (S. 3–11)
Die Nacht vom 17./18.10 (Irmgard Möller) (S. 11–13)
Stellungnahme von Irmgard Möller zu Detailfragen (S. 13–19)
Vernehmungsprotokoll. Vernehmung Irmgard Möllers vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages Baden-Württemberg am 16.1.1978 (S .37–46)
In: Irmgard Möller berichtet. Dokumentation. Hrsg. v. Jutta Bahr-Jendges, Alexandra Goy, Heinz Heldmann und Rainer Frommann. – Selbstverlag, 1977

Haftbericht Karl-Heinz Dellwo, Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf, 29. September 1978
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 239–241

Zwangsgegenüberstellung – Bericht von Stefan Wisniewski, 23. Oktober 1978
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 263–266

Der Trakt in Celle
(10.12.1978, Karl-Heinz Dellwo)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 172–179

Hungerstreikerklärung vom 20. April 1979
(Die Gefangenen aus der RAF in Berlin, 5. Hungerstreik, 20.4.-20.6.1979)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 217–218

Bericht von Lutz Taufer vom 20. Juni 1979
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 232–235

Bericht zur Zwangsernährung Hanna Krabbe, 23. Juni 1979
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 251–252

Kommandoerklärung zum 25. Juni 1979
(Kommando Andreas Baader, 25.6.1979, Aktion gegen NATO-General Alexander Haig)
In: Erklärung des Kommandos Andreas Baader zum 25.6.1979. – o.O.: o.J. (1982). S. 1–2 (Kopiensammlung)
In: Gegen Geiselstatus + Mord – Zusammenlegung sofort! Die Prozeßerklärung vom Rolf, Erklärung der RAF zu Haig Ramstein Kroesen. – o.O.: o.J. (1981). S. 13–14

Erklärung zum Abbruch des Hungerstreiks vom 26. Juni 1979
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 219

[ohne Titel – Brief von Karl Heinz Dellwo vom 9.10.1979]
In: Briefe von Gefangenen aus der RAF zu ihren Forderungen. – o.O.: o.J. (ca. 1981/82). S. 4–6 (Kopiensammlung)

Der neue Hochsicherheitsbereich in Berlin-Moabit
(6.2.1980, Moabit – Gudrun Stürmer, Gabriele Rollnik, Angelika Goder, Monika Berberich, Gefangene aus der Bewegung 2. Juni und der RAF)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 180–187

Auflösungserklärung der Bewegung 2. Juni
(2.6.1980)
In: Rote Armee Fraktion: Das Konzept Stadtguerilla (und andere Texte 1972–81). – o.O.: o.J. (1983), S. 34–35 (Kopiensammlung)

Erklärung von Sieglinde Hoffmann am 25.6.80 im Auslieferungsprozeß in Paris zur Aktion gegen Jürgen Ponto am 30. Juli 1977
In: Widerstand heißt Angriff! S. 13–14

Zum Tod von Juliane Plambeck und Wolfgang Beer
(26.7.1980)
In: Widerstand heißt Angriff! S. 53

verena becker, gefangene aus der raf, zum sog. »normalvollzug«, in dem sie jetzt über zwei jahre als einzige gefangene aus der raf war (und was ein »versuchsprojekt« zur zerstörung ihrer politischen identität war), aus einem bericht von ihr vom sommer 1980 aus frankfurt-preungesheim:
In: Briefe von Gefangenen aus der RAF zu ihren Forderungen. – o.O.: o.J. (ca. 1981/82). S. 7–12

Karl Heinz Dellwo (aus dem Vernichtungstrakt in Celle):
(20.11.1980)
In: Briefe von Gefangenen aus der RAF zu ihren Forderungen. S. 1–3

Hungerstreikerklärung vom 6. Februar 1981
(8. Hungerstreik, 6.2.-16.4.1981)
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 220–222
In: Widerstand heißt Angriff! S. 54–55

Karl-Heinz Dellwo, Gefangener aus der RAF über die Zwangsernährung, 19. März 1981
In: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. S. 253–256

Kommandoerklärung vom 31. August 1981
(Kommando Sigurd Debus, 31.8.1981, Aktion gegen das europäische Hauptquartier der US-Luftwaffe in Ramstein)
In: Widerstand heißt Angriff! S. 70

Prozeßerklärung von Rolf Heißler, 14. September 1981
In: Gegen Geiselstatus + Mord. S. 1–12

Kommandoerklärung vom 15. September 1981
(Kommando Gudrun Ensslin, 15.9.1981, Aktion gegen den Oberbefehlshaber der US-Armee in Europa Kroesen)
In: Widerstand heißt Angriff! S. 71

Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front, sog. »Mai-Papier«
(Mai 1982)
In: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 116–122
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. Deutschlands Aufbruch und die RAF. – Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1992. S. 84–102
In: Widerstand heißt Angriff! S. 87–95

Brief von Gefangenen aus der RAF zu Nato-Gipfel und der neuen politischen Dimension der Nato
(22.5.1982)
In: Brief von Gefangenen aus der RAF zu Nato-Gipfel und der neuen politischen Dimension der Nato. – o.O.: o.J. (1982). S. 1–27 (Kopiensammlung)

Aussage von Brigitte im Prozeß gegen Helga 21. März 1983
In: Widerstand heißt Angriff! S. 122–123

Aussage von Heidi im Prozeß gegen Helga 21. März 1983
In: Widerstand heißt Angriff! S. 124–125

Brief von Andreas Vogel zur Grußaktion
(ohne Datum, ca. Anfang 1984)
In: Widerstand heißt Angriff! S. 144–145

Brigitte am 1. Februar 1984 »zur Person«
In: Widerstand heißt Angriff! S. 24–26

Christian Klar am 10. April 1984 zu den Aktionen 1981
In: Widerstand heißt Angriff! S. 72–73

Die Aussagen von Knut Folkerts und Günter Sonnenberg am 5. Juni 1984 in Stammheim zur Aktion gegen den Generalbundesanwalt Siegfried Buback
In: Widerstand heißt Angriff! S. 8–12

Brief von Christian Klar, Gefangener aus der RAF, 9. Juni 1984
Auszug in: Widerstand heißt Angriff! S. 148–150

Brief von Bernd Rössner, 2. Juli 1984
(zur Anarchistischen Förderation Südbayern)
In: Widerstand heißt Angriff! S. 146

Erklärung zu ´77 von Christina Klar und Brigitte Mohnhaupt, 4. Dezember 1984
In: Widerstand heißt Angriff! S. 15–23
Auszug in: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. S. 124–127

Hungerstreikerklärung und Erklärungen der Gefangenen der RAF, Dezember 1984.
(9. Hungerstreik, 4.12.1984 – 3.2.1985)
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 102–108
In: Widerstand heißt Angriff! S. 155–158

Kommandoerklärung vom 20. Dezember 1984
(Kommando Jan Raspe, 18.12.1984, Geplante Aktion auf die NATO-Schule in Oberammergau)
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 109
In: Widerstand heißt Angriff! S. 160

Gemeinsame Erklärung von RAF und Action Directe, Januar 1985
In: Widerstand heißt Angriff! S. 176–177

Kommandoerklärung vom 1. Februar 1985
(Kommando Patsy O'Hara, 1.2.1985, Aktion gegen den MTU-Vorstandsvorsitzenden Ernst Zimmermann)
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 110
In: Widerstand heißt Angriff! S. 186

RAF: An die gefangenen Revolutionäre, 2. Mai 1985
In: Widerstand heißt Angriff! S. 187

Hungerstreikabbruchserklärung der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand
(Mitte Februar 1985)
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 111–113
In: Widerstand heißt Angriff! S. 188–189

Ausage von Irmgard Möller am 22. Februar 1985 in Stammheim
In: ausage von irmgard möller am 22.2.1985 in stammheim. brief von ulrike meinhof an hanna krabbe vom märz 1976. andreas baader am 18.6.1975 in stammheim. aussage von brigitte mohnhaupt in stammheim am 22.7.1976. aussage von helmut pohl in stammheim. – o.O.: o.J. S. 27 (Kopiensammlung)

Irmgard Möller am 28.Februar 1985 in Stammheim im Prozeß gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar
In: Widerstand heißt Angriff! S. 27–33

Schlußerklärung von Heidi Schulz und Rolf Clemens Wagner in Düsseldorf, 5. März 1985
In: Widerstand heißt Angriff! S. 196–198

Brief von Christa
(17.3.1985?)
In: Widerstand heißt Angriff! S. 199

Schlußerklärung von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar in Stammheim, 26. März 1985
In: Widerstand heißt Angriff! S. 204–208

Christa, 30. März 1985
In: Widerstand heißt Angriff! S. 203

Interview mit Genossen aus der RAF, April 1985
In: Widerstand heißt Angriff! S. 190–194

Antwortbrief der Gefangenen aus der RAF in Celle an die »18. Oktober Brigade von El Pochote«
(Auszug ohne Datum, ca. Frühjahr 1985)
In: Widerstand heißt Angriff! S. 200–201

Brief von Ingrid Jakobsmeier, Frühjahr 1985
In: Widerstand heißt Angriff! S. 202

Schlußerklärung von Gisela Dutzi, 1. Juli 1985
In: Widerstand heißt Angriff! S. 214–218

Kommandoerklärung vom 8. August 1985
(RAF/Action Directe, Kommando George Jackson, 8.8.1985, Aktion auf der Rhein-Main-Air-Base, Frankfurt)
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 115–117
In: Widerstand heißt Angriff! S. 219–220

Zur Aktion gegen die Rhein-Main-Air-Base und die Erschießung von Edward Pimental, 25. August 1985
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 117–119
In: Widerstand heißt Angriff! S. 221

Interview mit Genossen aus der RAF, September 1985
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 119–123
In: Widerstand heißt Angriff! S. 222–224

Brief von Lutz Taufer/Celle, Oktober 1985
In: Widerstand heißt Angriff! S. 247–252

Erklärung von Claudia Wannersdorfer Stammheim , 23. Oktober 1985
In: Widerstand heißt Angriff! S. 253–257

RAF-Erklärung: »An die, die mit uns kämpfen«, Januar 1986
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 123–136
In: Widerstand heißt Angriff! S. 232–238

»Die revolutionäre Front aufbauen«
(1986)
In: Widerstand heißt Angriff! S. 225–229

Kommandoerklärung vom 9. Juli 1986
(Kommando Mara Cagol, 9.7.1986, Aktion gegen das Siemens-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Beckurts)
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 139–146
In: Widerstand heißt Angriff! S. 286–289

Kommandoerklärung vom 10. Oktober 1986
(Kommando Ingrid Schubert, 10.10.1986,Aktion gegen den Miinisterialdirektor im Auswärtigen Amt Gerold von Braunmühl)
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 147–153
In: Widerstand heißt Angriff! 326–329

Kommandoerklärung vom 20.September und 21. September 1988
(Kommando Khaled Aker, 20.9.1988, Aktion gegen den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Hans Tietmeyer)
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 153–155

Hungerstreikerklärung 1. Februar 1989
(Helmut Pohl für die Gefangenen aus der RAF)
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 158–161

Brief von Helmut Pohl, Ende Oktober 1989
In: Der König ist tot. Hilmar Kopper Nachfolger. Dokumentation 30.11. – 6.1.90 – o.O.: Selbstverlag, o.J. (1990). S. 14–15

Kommandoerklärung vom 2. Dezember 1989
(Kommando Wolfgang Beer, 30.11.1989, Aktion gegen den Chef der Deutschen Bank Alfred Herrhausen)
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 161–163

Kommandoerklärung vom 10. Dezember 1989
(Kämpfende Einheit Sheban Atlouf/Conny Wissmann, 10.12.1989, Bayer AG, Monheim)
In: Der König ist tot. S. 12–13

Kommandoerklärung vom 29. Juli 1990
(Kommando José Manuel Sevillano, 27.7.1990, Aktion gegen den Staatssekretär im Bundesinnenministerium Hans Neusel)
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 163–169

Kommandoerklärung vom 13. Februar 1991
(Kommando Vincenzo Spano, 13.2.1991, Aktion gegen die US-Botschaft in Bonn)
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 169–172

Kommandoerklärung vom 4. April 1991
(Kommando Ulrich Wessel, 1.4.1991 Aktion den den Treuhand-Chef Detlev-Carsten Rohwedder)
In: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. S. 173–179

Kleine Chronologie zur Geschichte der RAF

1967
Bei einer Demonstration am 2. Juni gegen den Besuch des Schah von Persien kommt es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten, schahtreuen Persern und der Polizei. Dabei wird der Student Benno Ohnesorg von dem Polizisten Kurras erschossen.

1968
In der ganzen BRD und West-Berlin kommt es zu Protestaktionen gegen den Vietnamkrieg, am 17./18. Februar findet in West-Berlin der Vietnam-Kongreß mit einer Abschlußkundgebung von über 15 000 Personen statt.
Zwei Wochen nach dem Massaker von My-Lai (Einheiten der US-Armee vernichten ein Dorf und seine Bewohner) explodieren Anfang April in zwei Frankfurter Kaufhäusern Brandsätze. Die Aktion versteht sich als Antwort auf die Gleichgültigkeit der westdeutschen Gesellschaft gegenüber den Morden in Vietnam. Im Oktober werden die vier Angeklagten (Thorwald Proll, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Horst Söhnlein) zu je drei Jahren Haft verurteilt, müßen ihre Strafen nach Entlassung aus der Untersuchungshaft jedoch erst später antreten.
Rudi Dutschke wird am 11. April von dem rechtsradikalen Josef Bachmann durch Schüsse lebensgefährlich verletzt. In den folgenden Tagen kommt es bei Aktionen gegen die Springer Presse, die für das Hetzklima verantwortlich gemacht wird, zu Straßenschlachten mit der Polizei.
Am 30. Juni werden die Notstandsgestze, trotz breiter Proteste, verabschiedet. Diese setzen für den Spannungs- und Kriegsfall zahlreiche bürgerliche Rechte außer Kraft.

1969
Im Sommer kommt es in West-Berlin zahlreichen Protestaktionen, nachdem elf Bundeswehrdeserteure, darunter das spätere RAF-Mitglied Manfred Grashof, verhaftet und ausgeliefert werden.
Bundesinnenminsiter Benda legt im Dezember einen »Fünf-Jahres-Plan« für die Innere Sicherheit vor.

1970
Im Laufe des Jahres kommt es in West-Berlin und München zu zahlreichen Brandschlägen auf Justizgebäude, Polizeireserven, US-Einrichtungen, Banken u.a. Die Aktionen richten sich gegen den Vernichtungskrieg der USA in Vietnam.
Mit 230 Vertretern aus 20 Städten findet am 7./8. Februar in West-Berlin die »Randgruppen-Konferenz« statt.
Am 4. April wird Andreas Baader bei einer Verkehrskontrolle in West-Berlin verhaftet; am 14. Mai wird er während einer »Ausführung« aus einem Berliner Uni-Institut gewaltsam befreit, dabei wird ein Institutsangehöriger verletzt.
Ende Mai erscheint in der Zeitschrift »agit 883« die erste öffentliche Erklärung der RAF unter dem Titel »Die Rote Armee aufbauen«.
Im Juni druckt der Spiegel ein Interview mit Ulrike Meinhof ab.
Im Oktober werden die ersten Mitglieder der RAF, Horst Mahler, Irene Goergens, Ingrid Schubert, Brigitte Asdonk und Monika Berberich festgenommen.
Am 20. Dezember wird in Oberhausen Karl-Heinz Ruhland verhaftet und macht als erster Aussagen über die Gruppe.

1971
Ein Jahr nach der Gefangenbefreiung erscheint im April die RAF-Schrift ›Das Konzept Stadtguerilla‹; im Juni wird das RAF-Strategiepaier ›Die Lücken der revolutionären Theorie schließen – Die Rote Armee aufbauen!‹ veröffentlicht. Es erscheint im September auch als

Rotbuch 29 im Berliner Wagenbach-Verlag unter dem Titel »Kollektiv RAF – Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa«. Das Buch wird sofort nach Erscheinen verboten und beschlagnahmt.
Bei der bisher größten Fahndungsaktion gegen die RAF wird am 15. Juli Petra Schelm bei ihrer Festnahme erschossen, ihr Begleiter Werner Hoppe verhaftet und später wegen versuchten Mordes angeklagt. Am 4.12. wird Georg von Rauch in angeblicher Notwehr von einem Polizisten durch Kopfschuß getötet.
Im November wird als erster Häftling der RAF Astrid Proll in den »toten Trakt« verlegt – einen völlig abgeschiedenen Teil des Gefängnisses Köln-Ossendorf.
Im Laufe des Jahres werden in Kassel, München, Hannover, Kiel und Berlin politisch motivierte Banküberfälle registriert, bei denen eine knappe Millionen Mark erbeutet werden. In Berlin und München kommt es zu zahlreichen Anschlägen u.a. auf Justizgebäude, US-Einrichtungen, Polizeireviere, Banken.

1972

Als Antwort auf die Wiederaufnahme der Flächenbombardements in Vietnam startet die RAF die sogenannte Mai-Offensive mit Anschlägen auf US-Einrichtungen in Frankfurt und Heidelberg, wo mit einem Großrechner im europäischen Hauptquartier die Bombardierung koordiniert wird. Bei diesen Angriffen sterben fünf US-Soldaten, über 20 werden verletzt. Ebenfalls im Mai finden Bombenanschläge auf Polizeihauptquartiere in Augsburg und München sowie ein Sprengstoffanschlag auf den Bundesgerichtshof-Richter Buddenberg statt, bei dem seine Frau verletzt wird. Am 19. Mai explodieren zwei Bomben im Hamburger Springer-Hochhaus. Trotz rechtzeitigen Warnungen läßt Springer sein Haus nicht räumen, es werden 17 Arbeiter verletzt.
Im Juni und Juli werden Andreas Baader, Holger Meins, Jan-Carl Raspe, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Brigitte Mohnhaupt, Bernhard Braun, Irmgard Möller, Klaus Jünsche und Gerhard Müller verhaftet.
Am 5. September überfällt das palästinensische Kommando »Schwarzer September« bei den Olympischen Spielen in München das Quartier der israelischen Mannschaft, tötet zwei Sportler und nimmt neun Mitglieder der Mannschaft als Geiseln, um die Freilassung von 200 arabischen Häftlingen in Israel zu erzwingen. Bei dem Befreiungsversuch durch die bayerische Polizei kommt es auf dem Flughafen Fürstenfeldbruck zu einem Blutbad. Neun Israelis, fünf Mitglieder des Kommandos und ein Polizist kommen ums Leben.
Im November erscheint das vierte Papier der RAF mit dem Titel »Die Aktion des Schwarzen September in München – Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes.« In dem Text wird die Aktion als beispielhaft für die »revolutionäre Strategie des antiimperialistischen Kampfes« gewürdigt.

1973

Zwischen dem 17.1. und 12.2. treten 40 politische Gefangene in den ersten gemeinsamen Hungerstreik und fordern die Aufhebung der Isolationshaft und insbesondere, daß Ulrike Meinhof aus dem »Toten Trakt« herauskommt.
Im April entstehen in zehn bundesdeutschen Städten örtliche »Komitees gegen Folter«, um die liberale Öffentlichkeit über die Verhältnisse aufzuklären und zu Solidaritätsaktionen für die Gefangenen zu bewegen.
Ende September beginnen die Prozesse gegen Astrid Proll und Marianne Herzog in einem aufwendig umgebauten Bürgerhaus in Frankfurt; das Gerichtsgebäude wird als nicht sicher genug bezeichnet.
Am 23.5. wird in Hamburg ein Mobiles Einsatzkommando (MEK) eingesetzt, das brutal vorgeht, um das besetzte Haus in der Eckhoffstraße zu räumen.
Der Ermittlungsrichter beim BGH ordnet im Juli zur Vorbereitung eines Gutachtens über die Zurechnungsfähigkeit Ulrike Meinhofs eine Szintigraphie ihres Gehirns unter Anwendung von direkter Gewalt an. Sechs Wochen später zieht die Bundesanwaltschaft nach zahlreichen öffentlichen Protesten diesen Antrag zurück.

1974

Im Januar wird Monika Berberich für verhandlungsunfägig erklärt, sie war seit Oktober 1970 völlig isoliert; im Februar wird der Prozeß gegen Astrid Proll wegen akuter Kollapsgefahr abgebrochen, sie befindet sich seit 34 Monaten in U-Haft, davon vier Monate im toten Trakt von Köln-Ossendorf, am 4.2 kommt es zur Freilassung Astrid Prolls infolge Haftunfähigkeit.
Im Februar werden in Hamburg Helmut Pohl, Ilse Stachowiak, Christa Eckes und Rechtsanwalt Eberhard Becker verhaftet; in Frankfurt werden Margit Schiller, Kai-Werner Allnach und Wolfgang Beer festgenommen; in Amsterdam ein paar Tage später Axel Acherrath und Ekkehard Blenk. In Hamburg und Frankfurt werden dabei Waffen, Sprengstoff und Papiere sichergestellt.
Im Februar verabschiedet die Inneminister-Konferenz das »Programm zur Förderung der Inneren Sicherheit«.
Am 19. September beginnen die Gefangenen zu wiederholten Male einen, diesmal fast fünf Monate dauernden Hungerstreik, um gegen die Sonderbehandlung und Vernichtungshaft zu protestieren. Nach 10 Wochen stirbt Holger Meins während der Zwangsernährung durch bewußte Fahrlässigkeit des zuständigen Arztes; an den Tagen danach kommt es in vielen Städten zu Demonstrationen mit zum Teil schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei. In West-Berlin wird an dem Tag nach dem Tod von Holger Meins der Berliner Kammergerichtspräsident Drenckmann von der Bewegung 2. Juni erschossen.
Jean-Paul Sartre besucht am 4. Dezember Andreas Baader im Stammheimer Hochsicherheitstrakt und bezeichnet die Haft als Folter.

1975

Am 20.1. erscheint im Spiegel ein ausführliches Interview mit den Gefangenen aus der RAF Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe; in diesem Gespräch äußern sie sich zu ihrem politischen Selbstverständnis und den Haftbedingungen.
Der in West-Berlin von der Bewegung 2. Juni entführte CDU-Vorsitzende Peter Lorenz wird am 5.3., im Austausch gegen die Freilassung von sechs politischen Gefangenen, aus dem »Volksgefängnis« entlassen.
15. April: Bei einer Großfahndung im gesamten Bundesgebiet werden 183 000 Personen überprüft, 323 von ihnen vorläufig festgenommen.
Am 24. April besetzt das RAF.-»Kommando Holger Meins« die deutsche Botschaft in Stockholm; es fordert die Freilassung von 26 politischen Gefangenen. Aus nie ganz geklärten Gründen explodiert im Botschaftsgebäude eine Bombe, durch die zwei Botschaftsangehörige ums Leben kommen, bei der anschließenden Stürmung des Gebäude kommt ein Angehöriger des Kommandos, Ulrich Wessel, ums Leben, mehrerer werden schwer verletzt. Siegfried Hausner stirbt 10 Tage später an den Folgen der Verletzung. Die überlebenden Kommando-Mitglieder Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Bernd Rössner und Lutz Taufer werden am 20.7.77 zu jeweils zweimal lebenslänglich verurteilt
Im Mai beginnt der Prozeß gegen Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe und Andreas Baader, in dessen Verlauf die Verteidigerrechte systematisch eingeschränkt werden (z.B. keine Mehrfachverteidigung, Kriminalisierung durch den Paragraphen 129a). Vom Stammheimer Gericht bestellte Gutachter kommen 1975 zu dem Ergebnis, daß die Gefangenen nach der jahrelangen Isolation nicht mehr verhandlungsfähig sind, sie setzen sich dafür ein, die Gefangenen in Gruppen zusammenzulegen.
Am 13. September explodiert im Hamburger Hauptbahnhof eine Bombe, für die in den Medien die RAF verantwortlich gemacht wird. Die Gefangenen der RAF sprechen von einer faschistischen Provokation. In der Folgezeit kommt es zu weiteren Anschlägen auf öffentliche Einrichtungen, von der sich die RAF distanziert.

1976

Am 9. Mai wird Ulrike Meinhof tot in ihrer Zelle aufgefunden; die genauen Umstände blei-

ben (bis heute) unklar. In den Tagen danach kommt es bundesweit zu Anschlägen und militanten Demonstrationen; an der Beerdigung nehmen in West-Berlin 5 000 Menschen teil.
Vier Frauen aus der RAF bzw. von der Bewegung 2. Juni (Monika Berberich, Juliane Plambeck, Gabriele Rollnik und Inge Viet) gelingt im Juli der Ausbruch aus der Haftanstalt Lehrter Straße in Berlin.
Am 1.5. treten die StGB-Paragraphen 88a (Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten) und 130a (Anleitung von Straftaten) in Kraft, die die Verbreitung oder auch nur den Besitz von Schriften, die Gewalt propagieren, unter Strafe bis zu drei Jahren stellen; am 12. Juni 1980 werden die Pragraphen wieder abgeschafft.
Der Bundestag verabschiedet am 24.6. das sogenannte »Anti-Terror-Gesetz«. Das Gesetz schafft mit dem § 129a StGB den Straftatbestand der »Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung«.

1977

Vom 29. März bis zum 30. April findet der vierte Hungerstreik statt. Neben der Abschaffung der Isolation und Gruppenisolation, der Auflösung der toten Trakte sowie der Untersuchung des Todes von Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof durch eine Internationale Untersuchungskommission wird auch eine öffentliche Erklärung gefordert, daß Meldungen über geplante RAF-Anschläge gegen die Bevölkerung nicht wahr seien. Aufgrund einer Zusage nach teilweise Zusammenlegung wird der Hungerstreik abgebrochen, im August werden diese Zusagen jedoch wieder rückgängig gemacht.
Am 7. April werden in Karlsruhe auf den Dienstwagen von Generalbundesanwalt Buback von einem Motorrad aus Schüsse abgegeben, dabei werden Buback und seine zwei Begleiter getötet. Ein »Kommando Ulrike Meinhof« bekennt sich zu dem Anschlag.
25. August: In Karlsruhe entdeckt man eine auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft gerichtete Raketenabschußanlage, deren Zeitautomatik nicht funktioniert hat.
Am 5. September entführt das RAF-»Kommando Siegfried Hausner« den Arbeitgeberpräsident und früheren Leiter des nationalsozialistischen Präsidialbüros im Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren Schleyer und erschießt dabei dessen drei Begleiter. Das Kommando fordert von der Bundesregierung im Austausch gegen Schleyer die Freilassung elf politischer Gefangener, den Flugtransport in ein Land ihrer Wahl sowie 100 000,-DM pro Person. Am 7.9. wird von der Bundesregierung die Kontaktsperre über 72 Gefangene verhängt, die erst einen Monat später durch Gesetz legalisiert wird; am 13. Oktober wird eine Boing der Lufthansa von einem palästinensischen Kommando entführt, das ebenfalls die Freilassung der Gefangenen aus der RAF fordert. Nach vier Tagen, am 17.10. stürmt ein Kommando der GSG 9 in Mogadischu/Somalia die Maschine und befreit die entführten bundesdeutschen Urlauber. Am Morgen des 18. Oktober werden Andreas Baader und Gudrun Ensslin tot, Jan-Carl Raspe sterbend und Irmgard Möller schwer verletzt in ihren Zellen gefunden. Irmgard Möller bestreitet bis heute die offiziell verbreitete Selbstmordversion. Einen Tag später wird Schleyer tot in einem Kofferaum eines PKWs in Mühlhausen gefunden.
Am 12. November wird Ingrid Schubert (das amtliche Untersuchungsergebnis spricht später ebenfalls von Selbstmord) erhängt in ihrer Zelle in München-Stadelheim aufgefunden.
Während des »Deutschen Herbstes« ist die Republik im Ausnahmezustand: Straßenkontrollen, Hausdurchsuchungen, Festnahmen, eine gleichgeschaltete bürgerliche Presse und eine vollkommen erstarrte Linke prägen das Bild.

1978

22. Januar: Bei der Festnahe von Christine Kuby in Hamburg kommt es zu einer Schießerei, bei der sie und ein Polizeibeamter verletzt werden.
Vom 28. März bis 4. April findet in Frankfurt mit mehreren tausend Teilnehmern die erste Sitzung des 3. Internationalen Russel Tribunals zur »Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik« statt.
11. Mai: In Jugoslawien werden die RAF-Mitglieder Sieglinde Hofmann, Rolf-Clemens Wagner, Brigitte Mohnhaupt und Peter-Jürgen Boock verhaftet. Für die Auslieferung an Bonn fordert Jugoslawien den Austausch von acht Exilkroaten, was die Bundesregierung ablehnt; am 17. November können die RAF-Mitglieder in ein Land ihrer Wahl fliegen.
6. September: Bei einer Personenkontrolle in einem Düsseldorfer Restaurant wird Willy-Peter Stoll von zwei Polizisten erschossen. 24. September: In Dortmund kommt es bei der Festnahme von Angelika Speitel und Michael Knoll zu einer Schießerei, bei dem der Polizist Hans-Wilhelm Hansen erschossen und Michael Knoll so schwer verletzt wird, daß er zwei Wochen später stirbt.

1979

16. Februar: Rechtsanwalt Croissant erhält in Stuttgart zweieinhalb Jahre Haft und vier Jahre Berufsverbot.
Im siebten Hungerstreik (20.4. bis 26.6.) fordern über 70 politische Gefangene die Abschaffung der Isolationshaft, die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention, die Zusammenlegung der Gefangenen in interaktionsfähige Gruppen, die Freilassung des haftunfähigen Günter Sonnenberg.
Bei Solidaritätsaktionen zum Hungerstreik werden Unterstützer mit 129a-Strafverfahren überhäuft und zum Teil zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt.
4. Mai: Elisabeth van Dyck wird beim Betreten einer Wohnung in Nürnberg erschossen. In der Wohnung befanden sich drei Polizisten, Elisabeth van Dyck war allein.
9. Juni: Rolf Heissler wird in Frankfurt festgenommen und dabei schwer verletzt.
25. Juni: gescheiterte Sprengstoffanschlag auf den NATO-General Haig; ein RAF-Kommando »Andreas Baader« sowie die palästinensische PFLP und eine französische Gruppe übernehmen die Verantwortung.
19. November: In Zürich wird nach einem Banküberfall, bei dem eine unbeteiligte Frau ums Leben kommt, Rolf-Clemens Wagner festgenommen.

1980

31. Januar: Die Rechtsanwälte Arndt Müller und Armin Newerla werden in Stuttgart-Stammheim zu vier Jahren und acht Monaten bzw. zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt, sie sollen 1977 für die Gefangenen der RAF u.a. Waffen in den Hochsicherheitstrakt geschmuggelt haben.
5. Mai: In Paris werden Sieglinde Hofmann, Ingrid Barabas, Regina Nicolai, Karola Magg und Karin Kamp festgenommen.
25. Juli: In der Nähe von Stuttgart kommen bei einem Verkehrsunfall Juliane Plambeck und Wolfgang Beer ums Leben.
5. September: Christof Wackernagel und Gert Schneider werden in Düsseldorf wegen Schießerei mit der Polizei und RAF-Mitgliedschaft zu 15 Jahren Haft verurteilt.
Während des achten Hungerstreiks (2. Februar bis 16.April) von über hundert politischen Gefangenen (erstmals schließen sich auch Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand an) stirbt Sigurd Debus (der kein RAF-Mitglied ist) aufgrund der an ihm durchgeführten Zwangsernährung. Die den Hungersteikenden von der Bundesregierung gemachte Zusage, kein Gefangener bleibe in Einzelisolation, wird später nicht eingehalten.
15 September: In Heidelberg verübt die RAF auf den Oberbefehlshaber der US-Armee in Europa, den amerikanischen General Kroesen, einen Anschlag.

1982

Im Mai 1992 veröffentlicht die RAF unter dem Titel »Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front« erstmals seit 10 Jahren ein umfassendes Positionspapier und eine Darstellung ihrer ideologischen und strategischen Vorstellungen. Die RAF bezieht sich darin auf die militante AKW- und Anti-Kriegs-Bewegung.
10. Oktober: Rolf Heissler wird in Düsseldorf wegen Polizistenmord und RAF-Mitgliedschaft

zu zweimal lebenslänglich und 15 Jahre verurteilt.
11. November: An einem Erddepot in der Nähe von Frankfurt werden Brigitte Mohnhaupt und Adelheid Schulz verhaftet, fünf Tage später wird bei Hamburg Christian Klar festgenommen. In weiteren Depots werden Waffen, Munition und Papiere entdeckt.

1983
13. März: Adelheid Schulz und Rolf-Clemens Wagner werden in Düsseldorf wegen Beteiligung an der Schleyer-Entführung und RAF-Mitgliedschaft zu lebenslanger Haft verurteilt.

1984:
2. Juli: In Frankfurt werden Ingrid Jacobsmeier, Christa Eckes, Stefan Frey und Helmut Pohl verhaftet.
Ab 4. Dezember beteiligen sich am neunten Hungerstreik der politischen Gefangenen rund 40 Gefangene. Forderungen sind die Aufhebung der Einzel- und Kleingruppenisolation und Zusammenlegung aller kämpfenden Genossen, ferner Besuchs- und Briefverkehr, Aufhebung der Zensur politischer Kommunikation.
Während des Hungerstreiks unternehmen die RAF und »Kämpfende Einheiten« einige Aktionen zur Unterstützung des Hungerstreiks: Am 18.12.84 scheitert ein Sprengstoffanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau; bei einem Anschlag auf das Rechenzentrum Stuttgart-Vaihingen wird Johannes Thimme durch eine vorzeitige Explosion getötet, Claudia Wannersdorf schwer verletzt; am 25.1. tötet das »Kommando Elisabeth van Dyck« der action directe den Waffenexportchef im französischen Außenministerium, General Réné Audran; am 1. Februar wird der MTU-Vorstandsvorsitzende Ernst Zimmermann von dem RAF-»Kommando Patrick O'Hara« in seinem Haus erschossen.

1985
Mitte Januar erscheint gleichzeitig in Frankreich und der BRD eine gemeinsame Erklärung der action directe und der RAF, die die Notwendigkeit einer westeuropäischen Front gegen die »strategischen pfeiler der imperialistischen politik« begründet.
2. April: Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt werden in Stammheim zu je fünfmal lebenslänglich und 15 Jahre verurteilt.
8. August: Das RAF-»Kommando George Jackson« führt einen Autobombenanschlag auf den US-Luftstützunkt am Frankfurter Flughafen durch, zwei Amerikaner (ein Soldat und eine zivile Angestellte) kommen dabei ums Leben. Um sich einen Zugang zu der Air-Baise mittels ein ID-Card zu verschaffen, tötet die RAF den zwanzigjährigen US-Soldaten Edward Pimental.

1986
9. Juli: Das RAF-»Kommando Mara Cagol« sprengt durch eine ferngesteuerte Autobombe das Siemens Vorstandsmitglied Karl-Heinz Beckurts und dessen Fahrer Eckart Groppler in der Nähe von München in die Luft.
10. Oktober: In Bonn wird der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Gerold von Braunmühl, vor seiner Villa von den RAF-»Kommando Ingrid Schubert« erschossen.
Begleitet wurden die RAF-Aktionen im Jahr 1986 durch insgesamt 17 Anschlägen von »Kämpfenden Einheiten« unter anderem auf das Frauenhofer-Institut und die Firma Dornier.
Im September wird das RAF-Mitglied Eva Haule in Rüsselheim festgenommen, ihre Gesprächspartner Christian Kluth und Luitgard Hornstein werden ebenfalls verhaftet.
In Duisburg und Düsseldorf werden ebenfalls Leute aus der antiimperialistischen Szene verhaftet und später ohne Beweise zu Haftstrafen zwischen sechs und zehn Jahren verurteilt.

1988
Kurz vor der IWF- und Weltbanktagung in Berlin beschießt am 20. September das RAF-»Kommando Khaled Aker« den Dienstwagen des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium Hans Tietmeyer.

1989
Vom 1. Februar bis 14. Mai findet der zehnte Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF, dem Widerstand und anderen kämpfenden Gefangenen um Zusammenlegung und allgemein bessere Haftbedingungen statt. Vor allem geht es den Hungerstreikenden aber auch um eine freie Kommunikation untereinander und mit Gruppen und Einzelpersonen außerhalb der Gefängnisse. Der Hungerstreik wird von einem breiten politischen Spektrum unterstütz, die Forderungen werden jedoch nicht erfüllt.
30. November: Das RAF-»Kommando Wolfgang Beer« tötet mittels einer Autobombe Alfred Herrhausen, den Chef der Deutschen Bank und Aufsichtsratsvorsitzenden von Daimler Benz, Continental und Texaco.

1990
2.3.90: Der Presse geht ein angeblicher Brief der RAF zu einem Anschlag auf Landwirtschaftsminister Kiechle zu. Am nächsten Tag wird eine Erklärung veröffentlicht, in der ein Abbruch des Anschlages mit der Gefährdung Dritter begründet wird. Am 26. April dementiert die RAF beide Schreiben und behauptet als Urheber den Verfassungsschutz.
5.6.90: Raubüberfall auf einen Einkaufsmarkt in Duisburg. Zu diesem Überfall bekennt sich die RAF in einem Schreiben, indem sie u.a. angebliche Verbindungen zwischen den besetzten Häusern in der Hamburger Hafenstraße und der RAF abstreitet.
Im Juni 1990 werden ehemalige Mitglieder der RAF in der DDR verhaftet (Susanne Albrecht, Inge Viet, Werner Lotze, Ekkehard Seckendorff-Gudent, Christine Dümlein, Monika Helbing, Silke Maier-Witt, Henning Beer, Sigrid Sternebeck und Ralf-Baptist Friedrich). Sie befanden sich seit Anfang der achtziger Jahre in der DDR. Durch den Zusammenbruch der DDR wurde ihre Identität bekannt und sie daraufhin an die BRD ausgeliefert. Während Ekkehard Senckendorff-Gudent und Christine Dümlein aufgrund von Verjährungsfristen aus der Haft entlassen wurden, war Inge Viett die einzige, die sich nicht auf die »Kronzeugenregelung« eingelassen hat (sie wurde zu 13 Jahren Haft verurteilt).
Susanne Albrecht, Werner Lotze, Henning Beer und andere ehemalige »DDR-BürgerInnen« stellen sich in der Folgezeit für neu aufgerollte Prozesse gegen politische Gefangene zur Verfügung und erhalten dafür, angesichts des Strafvorwurf (u.a. Ermordung von Ponto, Schleyer-Entführung, Anschläge auf die US-Generäle Haig und Kroesen), relativ geringe Verurteilungen. Susanne Albrecht u.a. für die Beteiligung an der versuchten Entführung und Ermordung von Ponto 12 Jahre, Werner Lotze 12 Jahre, Henning Beer 6 Jahre.
Am 27. Juli entgeht der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Hans Neusel, einem RAF-Anschlag. Neusel ist u.a. für »Terrorismusangelegenheiten« zuständigt. Mit dem Kommandonamen »Jose Manuel Sevillano« nimmt die RAF bezug auf den parallel laufenden Hungerstreik spanischer politischer Gefangener, in dessen Verlauf Sevillano gestorben war.

1991
1. April: Detlev-Carsten Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der Treuhandanstalt, wird vom RAF-»Kommando Ulrich Wessel« in seinem Düsseldorfer Haus erschossen.

1992
Im April 1992 formuliert die RAF eine grundsätzliche Revision ihrer Politik und verkündet die Beendigung ihrer Aktionen gegen einzelnen Repräsentanten von Staat und Wirtschaft.

1993
Am 30. März 1993 sprengt das RAF-»Kommando Katharina Hammerschmidt« den kurz vor der Einweihung befindlichen Hochsicherheitsknast Weiterstadt.
Am 27. Juni wird in Bad Kleinen Wolfgang Grams erschossen und Birgit Hogefeld festgenommen.